

## Spaltung der Unabhängigkeitspartei.

Die Aktionen der Karolhi-Gruppe.

Aus Budapest wird uns vom 11. d. geschrieben:

Die Spaltung der Unabhängigkeitspartei ist erfolgt. Wäre der Weltkrieg schon zu Ende gegangen oder hätte er nicht so lange gewährt, die „reinliche Scheidung“ zwischen den beiden Gruppen der Unabhängigkeitspartei wäre schon früher eingetreten. Seit Jahr und Tag bestehen in dieser Partei Gegensätze, und wie ehemals ein Konflikt zwischen den einander widerstrebenden Richtungen ausbrach, der sich damals an die Namen Kossuth und Fusth knüpfte, ist nunmehr ein Zwist entstanden, der mit den Namen Apponyi und Karolhi zusammenhängt. Es handelt sich da um persönliche Meinungsverschiedenheiten und sachliche Divergenzen, um Fragen der persönlichen und politischen Ambition einerseits und Probleme der politischen und parlamentarischen Wirksamkeit andererseits. Wenn im Interesse der Unabhängigkeitspartei lange Monate hindurch ein Eklat

der widerstrebenden Anschauungen hintangehalten wurde, und seit Kriegsausbruch hinwieder im Interesse des Landes eine Sezession oder Umgestaltung der Parteien vermieden werden sollte, um dem feindlichen Ausland zu irrigen Mutmaßungen keinerlei Anlaß zu geben, hat doch offenbar die lange Dauer des Kampfes auf den Schlachtfeldern die Nerven der äußerslinken Politiker in Mitleidenschaft gezogen. Denn trotz der oft beteuerten Absicht, bis zum Friedensschluß keinerlei innerpolitische Konflikte zu provozieren, ist es doch und dazu noch wegen einer durchaus nicht belangreichen Angelegenheit — der Entjendung von oppositionellen Vertrauensmännern zur Entgegennahme authentischer Informationen über den Krieg — zum Zusammenstoß und Zusammenbruch gekommen.

Welche Folgen die Spaltung der Unabhängigkeitspartei in Zukunft haben wird, ist schwer vorauszusagen. Ob der radikale Flügel, der sich jetzt absonderte, imstande sein wird, die Wähler für sich zu gewinnen und dem anderen Flügel den Boden abzugraben, ist fraglich, aber schließlich im Augenblick auch irrelevant. Denn derzeit — und die Gegenwart ist das Wichtige — kann die Gruppe Karolhi gegen die Gruppe Apponyi nicht viel ausrichten. Von den ungefähr 75 Mitgliedern der Unabhängigkeitspartei werden kaum mehr als 25 mit Karolhi gehen, und so bleiben immerhin noch etwa 50 mit Apponyi, der daher über eine wesentliche Mehrheit verfügt. Auch steht Apponyi als politische Autorität und parlamentarischer Redner hoch über Karolhi, so daß ernstlich von einer Rivalität gar nicht gesprochen werden kann.

Allerdings ist nicht zu bestreiten, daß Karolhi einen großen Teil der Presse und der öffentlichen Meinung für sich gewonnen zu haben scheint. Man erwartet von ihm erfolgreiche parlamentarische Inregungen, die sich auf radikale Umgestaltungen des Wahlrechtes, moderne Bodenreformen und fortschrittliche Neugestaltungen überhaupt beziehen. Auch rechnet man damit, daß die Karolhi-Gruppe im Parlament heftige Angriffe gegen die Regierung richten und diese wegen mancher Versäumnisse und Unterlassungen, die während der Kriegsepoche vorkamen, zur Verantwortung ziehen werde, was bekanntlich die ungarische Opposition bisher nicht tat. Die hervorragendsten Führer der oppositionellen Parteien bemühten sich bekanntlich, jede Erörterung der Kriegsfragen im Parlament zu verhindern und konnten trotz allen Widerstrebens Einzelner volle zwei Jahre die Ruhe und Einmütigkeit sichern, was in keinem anderen europäischen Parlament gelang. Welche patriotische Selbstüberwindung dazu gehört, diese Haltung dem Ministerium Tisza gegenüber einzunehmen und zu bewahren, haben die Sprecher der Opposition oft betont und dabei mit Nachdruck hervorgehoben, daß sie dem Ministerpräsidenten die Szenen der famosen Parlamentswache nimmer vergeben werden.

Wenn nun die Karolhi-Gruppe mit dem bisherigen Usus brechen und im Parlament eine heftige oder doch sicherlich nicht wünschenswerte Diskussion entfalten will, wenn, wie man heute in politischen Kreisen erzählt, schon im Laufe der nächsten Woche die neue scharfe Tonart angeschlagen werden soll, dann wird die Regierung wohl die notwendigen Aufklärungen vor der Öffentlichkeit geben, aber keineswegs sich zu einer Debatte verleiten lassen, die letzten Endes wohl bloß nachteilig sein könnte. Die umlaufenden Nachrichten über eine Vertagung der Beratung der Steuervorlagen deuten schon an, daß für den Fall, als sich im Abgeordnetenhaus Ereignisse abspielen sollten, die jene Grenzen überschreiten, die sich bisher die Regierung im Verein mit den oppositionellen Parteien stecken, eine Schließung des Parlaments nicht ausgeschlossen wäre. Eben deshalb wird die Karolhi-Gruppe recht viel Wasser in ihren Wein gießen und sich in ihren Ansagen, Reden und Aktionen jener Umsicht und Zurückhaltung befleißigen müssen, die im gegenwärtigen Zeitpunkt, angesichts der entscheidenden Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen, ein Gebot der Notwendigkeit ist.

**Spaltung in der slowenischen clerikalen Partei.**

\* Wien, 12. Juli. Aus Laibach berichtet die Tschechische Korrespondenz: Am 6. d. fand hier im Landtagsgebäude eine Vertrauensmännerversammlung der slowenischen Volkspartei für Krain statt. Nach einem Referat des Obmannes Landeshauptmannes Abg. Dr. Schusterschic über innere Parteifragen wurde nach lebhafter Wechselrede dem Abg. Schusterschic das volle Vertrauen votiert und den Abgeordneten Dr. Johann Kref und Prof. Jarc das Mißtrauen ausgesprochen. Zugleich wurde beschlossen, die beiden letztgenannten Abgeordneten nicht mehr als Mitglieder des Vollzugsausschusses der Partei zu betrachten. Zu dieser Kundgebung erfährt die genannte Korrespondenz von unterrichteter Seite: Die Gegensätze zwischen den beiden führenden Männern der slowenischen Volkspartei, Dr. Schusterschic und Dr. Kref, sind bereits älteren Datums, haben sich aber im Kriege wegen verschiedener nationaler und wirtschaftlicher Fragen noch bedeutend verschärft. Der radikale Flügel des Dr. Kref hat in den letzten Monaten gegen die offizielle Führung der Partei offen frontiert. Die Krisis verschärfte sich noch durch die Gründung einer neuen Bank, der „Kilhrischen Bank“, an deren Spitze Dr. Schusterschic steht, während Dr. Kref und Genossen, die das krainische Genossenschaftswesen in der Hand haben, die Statuten zu einer „Genossenschaftsbank“ einreichten. Es verlautet auch, daß Abg. Kref vom Bischof Zealic in seiner Eigenschaft als Professor der Moralthologie am Laibacher Priesterseminar wegen seiner politischen Anschauungen suspendiert wurde.

### Spaltung in der slowenisch-keritalen Partei.

Aus Laibach wird uns berichtet: Am 6. d. fand im Landtagsgebäude eine Vertrauensmännerversammlung der slowenischen Volkspartei für Krain statt. Zu derselben waren zahlreiche krainische Reichsrats- und Landtagsabgeordnete sowie Vertreter der Geistlichkeit erschienen. Nach einem Referat des Obmannes Landeshauptmannes Dr. Susterjic über innere Parteifragen wurde nach lebhafter Wechselrede dem Dr. Susterjic das volle Vertrauen votiert und den Reichsratsabgeordneten Dr. Krel und Professor Zarc das Mißtrauen ausgesprochen. Zugleich wurde beschlossen, die beiden letztgenannten Abgeordneten nicht mehr als Mitglieder des Vollzugsausschusses der Partei zu betrachten.

Zu dieser Rundgebung erfahren wir von unterrichteter Seite: Die Gegensätze zwischen den beiden führenden Männern der slowenischen Volkspartei, Dr. Susterjic und Dr. Krel, sind bereits älteren Datums, haben sich aber im Krieg wegen verschiedener nationaler und wirtschaftlicher Fragen noch bedeutend verschärft. Der radikale Flügel des Dr. Krel hat in den letzten Monaten gegen die offizielle Führung der Partei offen frondierte und eifrig Anhänger geworben. Namentlich unter der jüngeren Geistlichkeit und der keritalen Intelligenz war unter Dr. Krels Führung eine starke Bewegung im Gang, welche die Politik des Landeshauptmannes Dr. Susterjic als schwächlich verurteilte und die Idee der kroatisch-slowenischen Gemeinbürgerschaft stark in den Vordergrund stellte. Die Krise verschärfte sich noch durch die Gründung einer neuen Bank, der „Zihriſchen Bank“, an deren Spitze Dr. Susterjic steht, während Dr. Krel und Genossen, welche das krainische Genossenschaftswesen in der Hand haben, die Statuten zu einer „Genossenschaftsbank“ einreichten. Bereits seit längerer Zeit war es offenbar, daß der Zwist zwischen den konservativen Elementen der Partei und dem radikalen Flügel derselben

unheilbar geworden war und die offene Stellungnahme der in sorgfältiger Auswahl zusammenberufenen keritalen Vertrauensmänner gegen Dr. Krel hat daher in den slowenischen politischen Kreisen nicht überrascht. Der gleichfalls aus der Parteiführung ausgeschlossene Reichsratsabgeordnete Professor Zarc ist einer der eifrigsten Anhänger Dr. Krels. Es verlautet auch, daß Abg. Krel vom Bischof Jeglic in seiner Eigenschaft als Professor der Moralktheologie am Laibacher Priesterseminar wegen seiner politischen Anschauungen suspendiert wurde.

Konferenz der Partei der nationalen Arbeit.

Budapest, 12. Juli.

Nach der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt die reichstägige Partei der nationalen Arbeit unter Vorsitz des Parteipräsidenten Grafen Karl Huen-Séderváry eine Konferenz, deren Protokoll Ladislaus Almásy führte.

Die Vorlage über Modifizierung und Ergänzung einzelner Verfügungen des Spiritussteuergesetzes wurde in der Vertierung des Finanzausschusses unverändert angenommen, desgleichen die Gesetzentwurfvorlage über Aenderung der Bestimmungen bezüglich des Verlaufs von Tabakwaren, beide auf Grund des Referats von Koloman Münnich. Auch die Vorlage über Modifizierung einzelner Verfügungen der Verordnung über Stempel und Gebühren wurde auf Grund des Referats von Géza Antals unverändert angenommen, nachdem Finanzminister v. Teleßky auf die Bemerkungen der Abgeordneten Elemér Sántos und Madár Markhot, die sich auf die Verfügungen des § 12 bezogen, beruhigende Aufklärungen erteilt hatte.

Finanzminister Johann Teleßky teilte sodann der Partei mit, daß er mit den Delegierten der Opposition und dem Referenten des Gesetzentwurfs über die Besteuerung der Kriegsgewinne Beratungen gepflogen habe und daß auf Grund dieser Beratungen der Berichterstatter im Namen des Ministers morgen in der Spezialdebatte gewisse Abänderungsanträge stellen werde, die dahin gehen, daß jene Bestimmungen des Gesetzentwurfs, die dem Finanzminister mit gewissen diskretionalen Rechten ausstatten, teilweise abgeändert werden; so zum Beispiel soll der § 18 des Gesetzentwurfs, demgemäß die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen gewisse Daten auf Wunsch des Finanzministers mit der Unterschrift sämtlicher Mitglieder der Direktion versehen vorlegen müssen, nach der Richtung hin eine Aenderung erfahren, daß eine solche Verpflichtung im neuen Text imperativ ausgesprochen wird und nicht vom Beschlusse des Finanzministers abhängt; weiter soll die Erlaubnis zur vorherigen Bücheruntersuchung nicht vom Finanzminister, sondern von der Steuerreklamationskommission erteilt werden; ebenso wird nicht der Finanzminister, sondern diese Kommission in den Fragen eventueller Steuernachlässe oder Steuerherabsetzungen kompetent sein, im Falle einer Appellation aber wird das Verwaltungsgericht für zuständig erklärt. Schließlich wird auch jene Bestimmung des Gesetzentwurfs entfallen, daß der Finanzminister im Falle einer übermäßig strengen Handhabung des Gesetzes Erleichterungen gewähren könne; es wird ferner in den § 9 des Gesetzentwurfs eine Bestimmung aufgenommen, der gemäß die Feststellung der aus Wäldern stammenden Mehreinnahmen — denn hauptsächlich auf diese Frage hatte die im § 28 enthaltene Ermächtigung Bezug — derart zu erfolgen hat, daß als Grundlage nicht das effektive Erträgnis der betreffenden Friedensjahre, sondern das effektive Erträgnis nach Zochen in Betracht gezogen und dieses Erträgnis mit dem nach Zochen berechneten Erträgnis des Kriegsjahres verglichen werde, und daß als Kriegsgewinn nur die demnach sich zeigende Mehreinnahme der Steuer unterliege.

Hat die Partei im Frieden keine Ausrodung gehabt, so wird das durch seine Nachbarn erzielte Einkommen pro Joch als Grundlage des Vergleiches genommen. Ferner soll eine Verfügung aufgenommen werden, derzufolge die Steuerbemessungskommission von der Bemessung der Kriegsgewinnsteuer ganz oder teilweise Abstand nehmen kann, wenn die Partei in beglaubigter Form nachweist, daß sie das betreffende Einkommen schon in den Friedenszeiten erworben hat, daß es aber infolge von Umständen, an denen sie keine Schuld trägt, erst während des Krieges fällig wurde. Ferner kann das Einkommen bis zu einem Drittel in dem Falle unberücksichtigt gelassen werden, wenn die Partei nachweist, daß das in Frage stehende Einkommen mit dem Kriege in keinerlei Zusammenhang steht und rein auf persönlichem Erwerb beruht. Diese zwei letzteren Verfügungen beziehen sich indes bloß auf natürliche Personen und nicht auf die zur öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen. Bezüglich der von Elemér Sántos gemachten Anregung betreffend den § 13 soll eine Modifikation aufgenommen werden, wonach für die Reservierungen und Abschreibungen die Abrechnung bis 31. März 1919 an die Finanzbehörde eingegeben werden muß. Sofern sich aus dieser Abrechnung ergibt, daß diese Summen zum Teil oder im ganzen nicht für jene Zwecke verwendet wurden, für die sie reserviert oder abgeschrieben werden durften, werden sie nachträglich in die Kriegsgewinnsteuer eingerechnet. Wenn aber die Partei die Verrechnung nicht eingeht, wird

sie so behandelt, als ob sie die ganze Summe nicht für die erlaubten Zwecke verwendet hätte. Er bittet die Parteimitglieder, diesen Abänderungen zuzustimmen.

Die Konferenz nahm diese Modifikationen, sowie nach dem Referat Ivan Rakovszky's die Vorlage über die neuerliche Verlängerung des Mandats der Komitatsbeamten an. Damit erreichte die Konferenz ihr Ende.

## Die deutschböhmischen Bezirke und die Frage der Kreisver- fassung.

Wie aus Prag berichtet wird, fand dort vor einigen Tagen eine Sitzung des Rates des Verbandes der deutschen Bezirke Böhmens statt, in der gemäß dem Ergebnisse der am 24. Juni d. J. in Prag abgehaltenen Besprechung der deutschen Bezirksobmänner und Stellvertreter der Beschlus gefast wurde, in Angelegenheit der Kreisverfassung in Böhmen eine Denkschrift auszuarbeiten und der Regierung zu überreichen. Bei der Ausarbeitung dieser Denkschrift wird auch das sachmännische Urteil führender deutschböhmischer Abgeordneter herangezogen werden, um als besonderes Ergebnis eine möglichst einheitliche Auffassung aller kompetenten Faktoren des deutschen Volkes in Böhmen sicherzustellen.

### Die innere Amtssprache bei den Gerichtsbehörden in Böhmen.

Die „Deutschböhmisches Korrespondenz“ meldet: In einem vor einiger Zeit allen Gerichten des Prager Oberlandesgerichtsbezirks zugewandten Erlasse des Obergerichtspräsidiums wird den Justizbehörden neuerdings eindringlich eingeschärft, daß die im Dienstverband der Behörde stehenden Beamten, Angestellten und Diener in ihren persönlichen Beziehungen zu den Dienstbehörden nicht als Parteien aufgefaßt werden können und daß in diesem Belange die deutsche Sprache als die Sprache des inneren Dienstes ausschließlich zur Anwendung gelangen müsse.

## Wirtschaftliche Gegenwartsfragen.

Eine Rede des Landesauschusses Kunschat.

Der Christlichsoziale Arbeiterverein Rudolfsheim veranstaltete am 11. d. in Spitzbarts Gasthof, Grimm-gasse 35, eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung. Vn. Krikawa, der den Vorsitz führte, konnte u. a. begrüßen: Vn. Kunschat, Gv. Wiesinger, die Bezirksräte Jonas und Waldjam, die hochw. Herren Dr. Huber, Halbedel, Luz und Leiprecht, vom Katholischen Männerverein Reindorf Obmann Aßler, vom Katholischen Volksbunde Fünfhaus Vn. Scharlmiller, Redakteur Danieß, vom Christlichsozialen Arbeiterverein Fünfhaus Zahlstellenleiter Walzl mit zahlreichen Mitgliedern, viele Armenräte u. a. m. Nach der Eröffnungsansprache des Vorsitzenden ergriff, lebhaft begrüßt, Vn. Kunschat das Wort, der ausführte: „Die österreichische Ernte ist seit Jahren nicht so gut ausgefallen wie heuer. Die arge Mäuseplage, die man infolge des warmen Winters befürchtet hatte, ist nicht eingetroffen; sie ist geringer wie im vergangenen Jahre. Auch der Schaden, den sonst der Rost anrichtet, ist heuer viel weniger bedeutend wie im abgelaufenen Erntejahre. Hajer, Roggen und Weizen stehen glänzend. Heu ist in solchen Mengen vorhanden, wie sich selbst die ältesten Leute am Lande nicht erinnern können, je eine solche Heuernte gehabt zu haben. Ueber die ungarische Ernte gehen die Meinungen sehr auseinander; man hört von Hagelschlägen, Gewitterschäden, von Dienstbotennot u. dgl., und dann wiederum das direkte Gegenteil. Wenn unsere österreichische Ernte noch so gut ausfällt, so reicht sie nicht hin, um unseren Bedarf ganz zu decken; wir waren ja schon immer auf Einfuhr angewiesen. Lassen wir, daß in den Verhandlungen, die gegenwärtig gepflogen werden, beschlossen werde, ein gemeinsames Versorgungsgebiet zu schaffen, um über alle Schwierigkeiten der Approvisionierung bezüglich der Brotfrucht hinwegzukommen. (Beifall.) Unsere Viehstände sind verringert, was durch den Bedarf des Heeres, ferner durch die infolge der Futternot eingetretene Einschränkung der Aufzucht seine Ursache hat. Wir sind auch hier auf Ungarn angewiesen, womit sich die Notwendigkeit eines gemeinsamen Versorgungsgebietes neuerlich als unbedingt notwendig erweist. (Lebhafte Beifall.) Nach dem Kriege, sagte Redner weiter, muß man sofort daran schreiten, eine gründliche Ernährungspolitik zu schaffen, um die geschwächten Kräfte der Bevölkerung wiederum zu erheben. Die Gesundheit unserer Soldaten, die schon seit beinahe zwei Jahren bei jedem Wetter im Felde stehen, ist den schwersten Gefahren ausgesetzt und zahlreich werden nach dem Kriege die Fälle sein, wo die heimkehrenden Krieger zwar keine äußerlichen Verletzungen, dagegen innerliche Leiden aufzuweisen haben, wie Lungen-

defekte, Rheumatismus, Gicht usw. Die endliche Schaffung der Sozialversicherung ist dringender geworden denn je! Unsere Regierung steht auf dem Standpunkte, die Schaffung der Invaliditäts- und Altersversicherung dem Parlamente zu überlassen; das würde gleichbedeutend sein mit dem Hinausschieben auf einen sehr fernen Zeitpunkt. Die endgültige Schaffung der Alters- und Invaliditätsversicherung ist heute zu einer unbedingten Notwendigkeit geworden; sie muß durchgeführt werden und sei es auch durch den § 14. (Lebhafte Beifall.) Sie erfordert zwar große Summen Geldes, aber diese könnten leicht dadurch beschafft werden, daß gewisse Prozente der Kriegsanleihe dafür verwendet werden; ebenso könnte man die Kriegsgewinne mit einer entsprechenden Umlage besteuern, die der Alters- und Invaliditätsversicherung zugeführt wird. (Lebhafte Beifall.) Im Jahre 1908 hat Bürgermeister Dr. Lueger im Parlamente den Antrag gestellt, anlässlich des Regierungsjubiläums unseres Kaisers einen Betrag von 100 Millionen als Gründungsfonds für die Sozialversicherung zu verwenden. Der Antrag wurde damals abgelehnt; heute wäre man sicherlich froh, diese Summe zu besitzen, die sich außerdem seit dem Jahre 1908 sehr hoch verzinst hätte. (Beifall.) Zum Schlusse seiner Rede nahm Vn. Kunschat noch in scharfen Worten Stellung gegen die von morgen- und abendländischer Seite ins Werk gesetzte systematische Verheerung der Bevölkerung und forderte die Anwesenden auf, nach wie vor treu zur christlichsozialen Partei und deren Organisationen zu halten, ebenso mit allem Nachdruck die christliche Presse zu unterstützen. (Stürmischer Beifall.)

des Ertragsprinzips einholbar. Redner macht in concreto keine Vorschläge, empfiehlt aber diese Gesichtspunkte der Aufmerksamkeit des Finanzministers unter Betonung dessen, daß seinerzeit bei Einführung der Vermögenssteuer das Erträgnis des immobilien und mobilen Vermögens, respektive das aus diesem Erträgnis nach demselben Schlüssel umrechenbare Vermögen bei vollster Parität besteuert werde. (Lebhafte Zustimmung.)

## Abgeordneter Georg Platthy

beschäftigt sich mit der Abschätzung von Immobilien durch Sachverständige sehr eingehend und hat nichts gegen Beziehung von Sachverständigen in gewissen Fällen einzuwenden, verlangt indes Garantien dafür, daß hiedurch den Steuerzahlern keine außergewöhnlichen Lasten aufgebürdet werden. Er lenkt die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Bezationen des Publikums durch die Finanzbehörden. Das steuerzahlende Publikum sollte nicht verärgert, sondern eher bei guter Laune erhalten werden. (Weiterkeit.) Er verlangt Aufklärungen, wie die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Schätzungen durchgeführt werden sollen. Redner geht eingehend in die Details ein und bittet den Minister, in der Vollzugsverordnung zu verfügen, daß die vorgeschlagene Ermäßigung bei Verlassenschaftsgebühren nicht durch ein besonderes Gesetz, sondern mündlich bei der Finanzbehörde verlangt werden kann. Er billigt die Abänderungsanträge des Abgeordneten Madarassy-Bed zum § 12. Obwohl er gegen mehrere Verfügungen des Gesetzentwurfes schwere Bedenken hegt, nimmt er den Gesetzentwurf im allgemeinen an. (Zustimmung links.) Die Debatte wird geschlossen.

## Finanzminister Johann v. Telekhy

stimmt dem Antrag des Abgeordneten Csermát zu, daß die Dittungsgebühren der öffentlichen Beamten während der Dauer des Krieges nicht erhöht werden sollen. Eine vollständige Gebührenfreiheit kann der Minister nicht gewähren, da unter den gegenwärtigen Umständen der Minister außerstande ist, die bisher bestehenden Lasten zu ermäßigen. Es kann nur davon die Rede sein, sie unverändert zu lassen. Gegenüber den Bemerkungen des Abgeordneten Barons Madarassy-Bed gibt der Minister zu, daß hinsichtlich des Minimalwertes der Grundbesitz verhältnismäßig geringer belastet ist als die Häuser, namentlich die Budapester Häuser. Man darf nicht außer acht lassen, daß der Minimalwert des Grundbesitzes nach dem reinen Katastereinkommen, bei den steuerpflichtigen Häusern aber nach dem Bruttoeinkommen berechnet wird. Bei den Häusern kann der tatsächliche Wert festgestellt werden, bei dem Grundbesitz aber nur ein Durchschnittswert, der nicht für alle konkreten Fälle gleichmäßig angewendet werden kann. Der Feststellung des Minimalwertes beim Grundbesitz ist daher eine gewisse latitude gelassen. Dieser Minimalwert des Grundbesitzes dürfte wohl später erhöht werden, doch wird er nie das Maß erreichen, wie beim Hausbesitz. Hinsichtlich der Schätzung des Wertes der Immobilien kann der Minister das Haus beruhigen. Schon in Folge der Unzulänglichkeit des Personals kann die Durchführung dieser Verfügung des Entwurfes nicht zur Bezation des Publikums dienen. Die Schätzung ist aber unbedingt notwendig, weil bisher sehr wertvolle Vermögenselemente der Gebührenentrichtung entzogen worden sind. Doch ist der Minister, um die Bedenken der oppositionellen Redner zu zerstreuen, bereit, in der Spezialberatung ein Amendement anzunehmen, nach dem die Schätzungskosten vollständig das Verar belasten, wenn der Schätzungswert den Betrag von 5000 Kronen nicht übersteigt. (Zustimmung.)

Was die im § 9 enthaltene Fassungspflicht betrifft, so verweist der Minister darauf, daß das Intelligenzniveau der Steuerzahler zweifellos jetzt höher ist als zur Zeit der Schaffung der früheren Gebührengesetze. Der Minister erwartet von dem Patriotismus, von dem Gerechtigkeitsgefühl, Anstandsgefühl und Pflichtbewußtsein der ungarischen Steuerzahler, daß sie bestrebt sein werden, sich der Steuerzahlung nicht entziehen zu wollen, sondern dafür zu sorgen, daß die Steuerlasten auf jeden Bürger des Staates gleichmäßig verteilt werden. (Zustimmung.)

Was die Verlassenschaft der im Krieg Gefallenen betrifft, so ist auch der Minister der Ansicht, daß wir unseren Dank denen gegenüber entrichten müssen, die für das Vaterland gefallen sind. Deshalb hat er auch keine Einwendung dagegen, daß die im Entwurfe enthaltenen Begünstigungen erweitert, und zwar auf die illegitimen Kinder, auf die Deszendenten der legitimen und illegitimen Kinder, auf die Adoptivkinder und auf die Eltern ausgedehnt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Was die Frage betrifft, wann die §§ 13 und 14 in Kraft treten, verneint man, daß es ein Gesetz gibt, nach dem die Gesetze fünfzehn Tage nach ihrer Promulgierung in Kraft treten, wenn in dem Gesetz eine andere Verfügung nicht enthalten ist.

was den Vorwurf des Abgeordneten Platthy anbelangt, daß wir in diesem Gesetzentwurf eine neue gemeinsame Angelegenheit mit Oesterreich schaffen, indem das Inkrafttreten der Verfügungen des ersten Kapitels in Folge unserer wirtschaftlichen Verhältnisse von dem Inkrafttreten ähnlicher Verfügungen in Oesterreich abhängig machen, so erinnert Redner daran, daß bei der Verhandlung der Erhöhung der Justizgebühren gerade die oppositionellen Redner sich darauf beriefen, daß durch dieses Gesetz die Interessen der ungarischen Industrie und des Handels geschädigt werden, wenn in Oesterreich kein ähnliches Gesetz geschaffen wird. Der Minister hielt die Disparität bei den Justizgebühren nicht für besonders bedenklich, Ueberhaupt kann im allgemeinen der Gesichtspunkt nicht maßgebend sein, daß einzelne Schichten der Gesellschaft höher besteuert werden als die entsprechenden Gesellschaftsklassen Oesterreichs, zumal wenn es sich darum handelt, daß die Ausgaben des Staates unbedingt gedeckt werden müssen. Es gibt aber Angelegenheiten, bei denen zwischen den österreichischen und den ungarischen Zuständen ein so enges Verhältnis besteht, daß es zweckmäßig erscheint, in dieser Hinsicht die Disparität zu vermeiden. Der konkrete Fall ist so beschaffen. Damit will aber keineswegs gesagt sein, daß der ungarische Staat nicht das Recht hat, in dieser Angelegenheit vollständig souverän vorzugehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Was die Bemerkungen des Abgeordneten Barons Anton Radványi betrifft, so billigt sie der Minister. Die Frage wird in Berücksichtigung gezogen werden, daß bei der Erhöhung der Immobilien hinsichtlich der Gebühren ein Unterschied gemacht werde zwischen dem Wert, nach dem die Immobilien nach der Vermögenssteuer besteuert werden, und dem Betrag, um den sie verwertet worden sind. (Zustimmung.) Der Minister bittet, den Gesetzentwurf anzunehmen. (Lebhafte Beifall.)

Der Gesetzentwurf wird im allgemeinen angenommen.

Nach einer berichtigenden Erklärung des Abgeordneten Johann Novák, auf die Finanzminister Johann v. Telekhy

antwortete, tritt das Haus in die Spezialberatung über die Vorlage ein.

Der Titel und § 1 werden nach einer Bemerkung des Abgeordneten Elemér Hantos unverändert angenommen. Zu § 2 ergreift

## Abgeordneter Ernst Csermát

das Wort, um ein Amendement einzubringen.

## Finanzminister Johann v. Telekhy

stimmt dem Antrage des Abgeordneten Csermát zu. § 2 wird mit folgender Ergänzung angenommen:

Von diesen Verfügungen, die im § 2, Linea 2 enthalten sind, bilden eine Ausnahme die Bestätigungen der Staatsbeamten, die über Bezüge aus öffentlichen oder solchen gleichgearteten Klassen ausgestellt werden. Diese Bestätigungen und Uebernahmensecheinigungen werden während der Kriegsdauer und zwei Jahre vom Tage des Friedensschlusses mit einem durch den früheren Paragraphen außer Kraft gesetzten Stempel zu versehen sein.

§ 3 wird unverändert angenommen.

Zu § 4 ergreift

## Abgeordneter Samuel Bakonji

das Wort und bringt ein Amendement ein. Desgleichen bringt

## Abgeordneter Georg Platthy

eine Modifikation in Vorschlag.

§ 4 wird nach Antrag des

## Berichterstatters Géza Antal

mit Weglassung des letzten Satzes, der die Abschätzung betrifft, angenommen.

§ 5 wird mit Streichung des letzten Lineas angenommen.

§ 6 wird nach einer Bemerkung des Abgeordneten Platthy und der Antwort des Finanzministers unverändert angenommen.

§ 7 wird ohne Debatte angenommen.

§ 8 wird mit einer stilistischen Modifikation, die die Steuerpflichtigkeit nicht nach dem Witzeln, sondern mit dem Sechzehnjährigen feststellt, angenommen.

§ 9 wird unverändert angenommen.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Elemér v. Simonits um 2 Uhr unterbrochen.

### Die künftige deutsche Parteienbildung.

Abg. Karl Fro verbreitet unter dem Schlagworte: „Deutsche politische Arbeitsgemeinschaft“ einen Artikel, in dem es heißt: Vielfach trifft man auf die nicht unrichtige Meinung, daß erst die nächsten Neuwahlen für den Reichsrat, an denen auch die mit reichen Lebenserfahrungen aus dem Felde Heimkehrenden teilnehmen werden, die Lösung für die künftige deutsche Parteienbildung in Oesterreich geben werden. Der lückenreiche Rest des vergangenen Obstruktionsparlaments sei keine Grundlage für parlamentarische Parteienbildungen, die in der Politik der Zeit nach dem Kriege zu arbeiten haben, da müsse erst den Wählerschaften das Wort gegeben werden, erst die neuen Abgeordneten und dann die neue Parteienbildung.

Abg. Fro führt des weiteren aus, daß sich eine Neuformation der deutschen politischen Parteien wird leichter vollziehen können, sobald die programmatischen Entschlüsse der Regierenden in bezug auf die Neugestaltung der Dinge in Oesterreich nach dem Kriege vorliegen, verweist insbesondere auf die Notwendigkeit der Lösung der polnischen Frage und tritt dann für die Schaffung einer allgemeinen deutschösterreichischen politischen Arbeitsgemeinschaft ein.

Abg. Fro sagt schließlich: Schon die Neuwahlen müssen zeigen, daß die Zeit des Kadaver-Parlamentarismus der Vergangenheit vorüber ist. Von ernstem, der blutigen Schlachtfeldbergangenheit der Kriegsjahre würdigen, von hoher nationaler Warte aus geleiteten Reichsratswahlen hinweg muß in ebenso ernster und würdevoller Weise an die gesetzgeberische Wohlfahrtsarbeit für das wirtschaftlich aus tausend Wunden blutende Volk und Vaterland in geschlossener deutscher Einheit gegangen werden.

## Kriegstagung des Reichstages. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 14. Juli.

Das Abgeordnetenhaus hat heute in sorgfältiger und rastloser Arbeit die Vorlagen, die auf seiner Tagesordnung standen, in erster und zweiter Lesung verabschiedet.

Eine größere Debatte gab es nachmittag nur mehr bei dem Gesetzentwurf über die Abänderung einzelner Verfügungen der Spiritusgesetze, von der an einzelnen Stellen des Hauses nachteilige Folgen für die Bauernschaft befürchtet wurden. Finanzminister Johann v. Teleky begegnete diesen Bedenken mit völlig befriedigenden Aufklärungen.

Das Abgeordnetenhaus wird morgen die dritte Lesung der heute verabschiedeten Vorlagen vornehmen und dann bis 9. August in die Ferien gehen.

### Der Verlauf der Sitzung.

In der Nachmittagsitzung wird die Spezialdebatte über die Stempel- und Gebührenvorlage fortgesetzt.

#### Abgeordneter Ernst Csérmák

beantragt die Streichung des zweiten Absatzes des § 10 oder die Herabsetzung der zehnprozentigen Schätzungsabweichung auf 5 Prozent.

#### Abgeordneter Georg Plattky

schließt sich diesen Anträgen an, verlangt dann, daß das Avar die Spejen der Schätzung trage.

#### Finanzminister Johann Teleky

lehnt alle Abänderungsanträge ab, unterbreitet jedoch ein Amendement, demgemäß das Avar die Spejen der Schätzung zu tragen habe, falls der Schätzungswert 5000 Kronen nicht übersteigt, oder wenn der Schätzungswert den von der Partei fiktiven Wert zwar übersteigt, jedoch der Unterschied unter 10 Prozent bleibt.

Der § 10 wird mit dem Amendement des Finanzministers angenommen.

Bei § 11 unterbreitet

#### Abgeordneter Samuel Bakonyi

zwei Amendements, die den Kreis der Begünstigten erweitern würden, dann die Ausdehnung der Begünstigungen dieses Paragraphen auf die unehelichen Kinder des Erblassers.

#### Finanzminister Johann Teleky

unterbreitet einen abändernden Text, demzufolge die Begünstigungen auch auf die unehelichen Kinder des Erblassers erstreckt werden.

Das Haus nimmt den § 11 mit dem Amendement des Ministers an.

Bei § 12 unterbreitet

#### Abgeordneter Baron Julius Mabarassy-Bek

seinen Abänderungsantrag betreffend den Zeitpunkt des Inlebens der neuen Gebühren.

#### Finanzminister Johann Teleky

bedauert, das Amendement ablehnen zu müssen. § 12 wird unverändert angenommen.

Der § 13 wird angenommen.

Bei § 14 wird auf Antrag des Abgeordneten Grafen Marko Pejacesevich und mit Zustimmung des Finanzministers die Durchführungsbestimmung für Kroatien dem Finanzministerium vorbehalten.

Damit ist der Gesetzentwurf auch in den Details erledigt. Folgt die Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Abänderung einzelner Bestimmungen des Spiritussteuergesetzes.

#### Berichterstatter Koloman Männich

erläutert den Gesetzentwurf und empfiehlt ihn zur Annahme in der modifizierten Form. Die Finanzen des Landes erheischen es, eine möglichst große Einnahme aus der Besteuerung des Spiritus zu ziehen, das Interesse des Landes dagegen, daß die der so hochwertigen Spiritusindustrie und der Landwirtschaft in weitestem Maße berücksichtigt werden. Für beides ist in der Vorlage gesorgt. Die im Jahre 1915 erhöhten Spiritusverkaufspreise sind seither abermals so in die Höhe gegangen, daß es nur billig ist, wenn die Beteiligung des Staatsarars an dem Spiritusverkaufspreise ebenfalls erhöht wird. Da der Finanzminister die unter die §§ 33 und 34 des G.-A. XXVIII:1908 fallenden Spiritusbrennereien in ihren Interessen dadurch zu fördern wünscht, daß er in erster Reihe den Produzenten den entsprechenden Preis von Obst, Weintreber und Trester sichert, ist der Grundsatz getroffen auszusprechen, daß die nach der Produktionsfähigkeit der Destil-

lationsanlagen bemessene Pauschalierung vollständig einstellbar ist in jenen Gegenden, wo eine Brennerei gegründet wird, die verpflichtet ist, die Obst-, Weintreber- und Trestererzeugung der Gegend zum vorgeschriebenen Preise von den Produzenten zu übernehmen und die Spiritusbrennsteuer auf Grundlage der effektiven Tagesproduktion entrichtet. Da nach dem Kriege einschneidende Veränderungen in der ganzen Spiritusfrage zu gewärtigen sind, ist es nur richtig, wenn die Errichtung von neuen landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien und Raffinerien ohne Kontingent von der Genehmigung des Finanzministers abhängig gemacht und die Zustimmung des Ackerbauministers und für Kroatien-Slavonien die des Banns bedungen wird. Zur Wahrung der bereits erworbenen Rechte und zur Regelung der Uebergangsvorrichtungen ist der § 3 der Vorlage von dem Finanzausschuß revidiert worden.

#### Abgeordneter Ernst Csérmák

lehnt den Gesetzentwurf ab. Der im Jahre 1914 eingebrachte Gesetzentwurf, der denselben Gegenstand behandelt, mußte zumindest gleichzeitig mit dem heute in Verhandlung befindlichen Entwurfe erledigt werden. Die Interessen der kleinen Kesselbranntweinbrenner müssen auch gewahrt werden, man könne ihnen heute, wo sie ihre Kupferkessel hergegeben haben und die Zeit zur Schaffung eines Ersatzes nicht geeignet ist, das alte Recht nicht rauben. Redner wendet sich gegen die Einziehung der industriellen Spiritusfabrikkontingente, man müßte endlich für die Verteilung neuer Kontingente eine befriedigende Form finden.

#### Abgeordneter Béla Bernáth:

Der Gesetzentwurf nimmt den Landwirten das Recht, die Nebenprodukte ihrer Obstzucht selbst zu Branntwein verarbeiten zu können. Die Finanzminister haben es wiederholt versucht, gegen die Branntweinkesselbrennereien solche vernichtende Maßregel einzuführen, es ist ihnen bisher nicht gelungen, eine alle Parteien befriedigende Lösung zu finden. Der Landwirt kann sein überliefertes Recht, eine eigene kleine Kesselbrennerei zu betreiben, nicht preisgeben. Man darf dem Landwirte seine Begünstigung und sein Recht heute, wo er so viel opfert, nicht nehmen. Der Entgang der kleinen Landwirte und Weingartenbesitzer beläuft sich auf 16 Millionen, wenn sie die Kesselbrennereien verlieren, sie werden dadurch auf der einen Seite so empfindlich getroffen, daß sie andererseits die Steuerfähigkeit einbüßen würden. Die Vorlage lehnt Redner ab, trotzdem er es gerne anerkennt, daß man heute Opfer für das Vaterland bringen müsse.

#### Abgeordneter Stefan Szabó (Nagyatád)

spricht ebenfalls im Interesse der kleinen Landwirte, die durch die Vorlage arg geschädigt, ja in ihrer Existenz bedroht sind. Das ist eine Rechtsbeugung, gegen die er protestiert. Er lehnt den Gesetzentwurf ab. Sollte das Haus ihn dennoch annehmen, so schuldet die Finanzregierung den kleinen Landwirten Schadenersatz für die konfiszierten Rechte und den erlittenen materiellen Schaden. Wenn man das Spiritusmonopol einführen will und diese Vorlage den Beginn der Einführung des Monopols bedeutet, so dürfe man den kleinen Landwirten allein nicht die Möglichkeit nehmen, ebenso wie die industriellen Brennereien seinerzeit Ablösegelder für ihr Recht zu erhalten.

#### Abgeordneter Johann Kovát

beklagt die große Ungerechtigkeit, die die Vorlage den Kleinbrennern gegenüber involviert und ist der Ansicht, daß selbst zur Zeit der nationalen Unterdrückung, als ein kaiserliches Patent jedem Ungarn, Herrn oder Bauern gegen Erlag einer gewissen Summe das freie Spiritusbrennen gestattet, die kleinen Leute besser daran waren als heute. Die Zentralbrennereien richten den Kleinbrenner zugrunde und leisten allerlei Mißbrauch Vorschub. Dem Bauern wird seine kleine Industrie genommen und er müsse zugrunde gehen oder auswandern. Die Vorlage nimmt er nur an, wenn der Finanzminister Garantien gebe, daß die Interessen der Kleinbrenner nicht geschädigt werden.

#### Abgeordneter Stefan Rakovszky

bedauert, daß die althergebrachte Industrie des Spiritusbrennens auf kleinen Kesseln aufhören soll, da es nur von Vorteil ist, wenn der Landwirt auch landwirtschaftliche Industrie treibt. Wenn der Finanzminister in der Kriegsgewinnsteuervorlage die geldmächtigen Klassen begünstigt hat, so hätte er wenigstens aus taktischen Gründen in der zur Verhandlung stehenden Vorlage den kleinen Mann begünstigen müssen. Das Fallobst, das zu nichts anderem verwendbar ist, brachte bisher dem kleinen Landwirt mittelbar Nutzen dadurch, daß er daraus Schnaps machen konnte. Nun soll ihm sein kleiner Kessel genommen werden, was der Konfiszierung eines angeerbten Rechtes gleichkomme. Dies wird in der Obstkultur ebenso empfindlich fühlbar sein wie in sozialem Belang nach

Pester Lloyd *Okunwald*  
15./VII. 1916

15  
13

**Sitzung des Abgeordnetenhauses.**

Das Abgeordnetenhaus verabschiedete heute in dritter Lesung die gestern verhandelten Gesetzentwürfe und vertagte sich sodann bis zum 9. August, an welchem Tage die Gesetzentwürfe über das teilweise Inkrafttreten der Einkommensteuer, über die Vermögenssteuer und über die Aufrechterhaltung der Geltung der für das Jahr 1916 bemessenen Erwerbsteuer III. Klasse zur Verhandlung gelangen. Diese drei Gesetzentwürfe werden gemeinsam durchberaten. Um 7 Uhr abends folgen, da der 9. August ein Mittwoch ist, Interpellationen. Vor der dritten Lesung der gestern beratenen Vorlagen machte Präsident Paul v. Beöthy dem Hause die Mitteilung, daß ihn der bisherige Abgeordnete für den Berettyóer Wahlbezirk Koloman Czifra brieflich von der Zurücklegung seines Reichstagsmandats verständigt habe.

17. / VII. 1916

\* Abg. Bauchinger über Zeitfragen. Aus Dillenfels wird der „R. N.“ berichtet: Anlässlich einer christlichsozialen Parteiversammlung, die in Göls Gasthof in Tübingen stattfand, hielt u. a. Abg. Stadtpfarrer Bauchinger eine Ansprache, in der er auf die gegenwärtig an den maßgebendsten Stellen in Beratung stehenden Schulreformen nach dem Kriege hinvies. In einer, so führte Redner aus, gleichfalls in Tübingen stattgehabten freisinnigen Versammlung wurde ganz besonders hervorgehoben, daß die Tapferkeit und der Selbstenmut unserer herrlichen Truppen nicht wenig auf dem, denselben innewohnenden „fortschrittlichen und freiheitlichen Geist“ zurückzuführen sei und daß man nach Beendigung des großen Weltkrieges daran gehen müsse, auch die Schulerziehung der kommenden Geschlechter auf freiheitliche und fortschrittliche Grundlage zu stellen. Ueber die verschiedenartige Deutung der „freiheitlichen Grundlage“, meinte hierzu Abg. Bauchinger, heute zu rechten, ist nicht die richtige Zeit, wenn man bedenkt, daß unsere Grenzen von den feindlichen Heeresmassen in Nord und Süd, wenn auch vergeblich, umbrandet werden. Was nun den Fortschritt anbelangt, so ist es gerade in den jetzigen ernstesten Zeiten am Platze, zu betonen, daß auch wir für den wahren Fortschritt sind. Allerdings nicht für den „Fortschritt“ des Geistes allein, sondern auch des Herzens. Es muß auch in der Schule nicht nur der Geist des Kindes im fortschrittlichen Sinne geweckt, sondern auch die wahre Vaterlandsliebe und der unerschütterliche Glauben an die Vorsehung des Allmächtigen ins Herz eingepflanzt werden. Der Redner bekämpfte dann den einseitigen unfruchtbaren Radikalismus und sagte bezüglich der unentbehrlichen einheitlichen Vermittlungssprache: Die deutsche Sprache muß als diese Sprache gelten bei allen Zentralstellen; sie bleibt die Kommando- und Militärsprache, und muß auch die Parlamentssprache sein. (Anhaltender Beifall.) — Redner besprach sodann noch die bewunderungswürdigen Opferleistungen des Hinterlandes, das entsagungsvolle Hingeben des heimischen Bauernstandes für die Ziele und Zwecke des Staates, das Ausbarren und Festhalten der Zugehörigen des Bauernstandes zu der heimatischen Scholle und deren unverminderte Bebauung durch Greis, Weib und Kind und betonte schließlich die Zuversicht des Hinterlandes an den endgültigen Sieg unserer lorbeerbesäumten Truppen an allen Feindesfronten des altherwürdigen Habsburgerreiches. (Stürmischer Beifall.)

17. VII. 1916

**Neue Bestimmungen betreffend die  
Aufsicht über die serbisch-orthodoxe  
Kirchenverwaltung in Bosnien.**

Soeben ist, wie uns aus Sarajevo berichtet wird, das Gesetz betreffend die Ausübung des obersten Aufsichtsrechtes der Regierung über die Kirchenverwaltung der serbisch-orthodoxen Eparchien in Bosnien-Herzegowina erschienen. Es enthält allgemeine und besondere Bestimmungen und ist bereits in Kraft getreten.

Die 30 Paragraphen des neuen Gesetzes beinhalten die Kontrolle der Regierung über die gesamte Tätigkeit, insbesondere die Vermögensgebarung der serbisch-orthodoxen Kirchengemeindeämter und Anstalten, deren Fonds, Stiftungen und Güter, deren Stand und Verwaltung, die Verwendung des kirchlichen und klösterlichen Vermögens. Den

Behörden sind alle zu dieser Aufsichtführung nötigen Befehle und Aufschlüsse zu erteilen. Schenkungen und dergleichen mit Ausnahme solcher des öumenischen Patriarchen in Konstantinopel zugunsten der serbisch-orthodoxen Kirche sind untersagt, wenn solche Zuwendungen aus dem Auslande oder von Ausländern herrühren, das Recht zu Gabensammlungen in Gemeindegebieten wird im Falle eines Mißbrauches entzogen werden.

## Landmarschall Prinz Liechtenstein über die Kriegslage.

Der Wählerverein der vereinigten Christen im 5. Bezirke hielt Donnerstag, den 13. d., in Ehrlichs Gastwirtschaft in der Reinprechtsdorferstraße seinen Monatsabend ab, auf dem Landmarschall Prinz Alois von Liechtenstein unter außerordentlichem Beifall folgendes ausführte:

Wir haben im Weltkriege während der jüngsten Zeit einige Nachteile erlitten, welche sich durch die große ziffermäßige Ueberlegenheit der Gegner erklären lassen. Wir haben uns in Wolhynien und in der Bukowina auf eine kurze Strecke zurückziehen müssen; wir haben in Italien unsere Offensive eingestellt. Ein wesentlicher Schaden ist uns nicht zugefügt worden und es wird binnen kurzer Zeit mit Gottes Hilfe wiedergutmacht werden. Unsere Truppen stehen wieder in der Nähe von Luck, und auch in Südosgalizen sowie in der Bukowina ist unsere Front, wenn auch etwas zurückgebogen, doch keineswegs durchbrochen. Solche Wechselfälle kommen in jedem Kriege vor, müssen eben mit Gleichmut ertragen werden.

Die Entscheidung des Weltkrieges wird voraussichtlich im Westen erfolgen. Den französisch-englischen Truppen in Flandern und an der Somme ist ebenfalls der Durchbruch nicht geglückt, die deutsche Front, wenn auch ein klein wenig eingebogen, hat tapfer gehalten. Mittlerweile reifen große Ereignisse in Verdun heran. Nach menschlicher Voraussicht wird diese Festung, die unter furchtbaren Menschenopfern heldenmütig verteidigt wird, in absehbarer Zeit von den Franzosen aufgegeben werden müssen. Der moralische Eindruck eines solchen Ereignisses kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, weil die Franzosen die letzten Reserven ihres ohnehin nahezu erschöpften Menschenmaterials dort schonungslos aufgebraucht haben.

Es ist möglich, daß ich mich täusche, aber ich erwarte nach der Räumung Verduns, trotzdem die strategischen Folgen verschmerzt werden könnten, den Sturz des Präsidenten Poincaré und des Ministeriums Briand, welche die eigentlichen Träger des Revanchegedankens und der Kriegspartei in Frankreich sind.

Eine andere Regierung in Frankreich würde zu Friedensunterhandlungen gewiß geneigter sein, als die jetzige, welche ja die Urheberin des frivolen und ausfichtslosen Krieges ist; und daß Deutschland dem Feinde großmütig goldene Brücken bauen wird, ist bei der bewährten Friedensliebe und Weisheit des deutschen Kaisers überaus wahrscheinlich. Der Friedensschluß hängt meiner Ansicht davon ab, daß die Solidarität der Entente aufhört; und Frankreich ist am ehesten in der Lage, einen Separatfrieden ohne großen Verlust abzuschließen.

England ist nicht so wie Frankreich vom Kriege unmittelbar bedroht, denn es ist durch den Aermelkanal gegen eine Invasion so ziemlich geschützt; aber die Engländer sind viel zu vernünftig, um nicht einzusehen, daß sie durch die Fortsetzung eines Krieges nichts gewinnen können, der im besten Falle unentschieden endigen wird. Deutschland kann weder ausgehungert noch niedergewungen werden, seine Zeppeline und Unterseeboote gleichen die numerische Ueberlegenheit der Flotte aus. England ist ein viel zu besonnener und kühler Rechner, um einen Krieg länger fortzusetzen, der ihm keinen Gewinn mehr verspricht. Ich glaube daher, daß nach

dem Falle von Verdun die Westmächte zum Frieden geneigt sein werden.

Andererseits steht es mit Rußland und Italien. Rußland ist von dem nationalen Fanatismus und der unheilbaren Eroberungslust beherrscht. Es will den Balkan und Konstantinopel, es will Galizien und die Karpathengrenze sich erwerben. Zurückgedrängt aus Kurland, Polen, Litauen, Wolhynien, will es sich in diesen Verlust nicht fügen; es scheut vor den blutigsten Menschenopfern nicht zurück und wird den Krieg fortsetzen, bis es erschöpft niederbricht. Auch Italien wird, aus Furcht vor der verdienten unausbleiblichen Züchtigung seines Verrates, die Waffen erst dann niederlegen, bis die Revolution und die Anarchie sie ihm entwindet. Ich glaube also nicht an die unmittelbare Nähe eines Friedensschlusses, wohl aber an den Zerfall des Vierverbandes nach der Räumung von Verdun.

Sie sehen, daß ich kein unbedingter Optimist bin. Unsere Devise bis zum eingetretenen Friedensschluß sei: Durchhalten! Die Opfer mutig tragen, die uns der Krieg auferlegt, stets eingedenk des vergossenen Blutes, der Wunden, welche unsere braven Soldaten freudig aus Liebe zum Vaterlande erdulden.

Was die Nahrung anbelangt, ertragen die Deutschen im Reiche draußen, ohne zu murren, härtere Entbehrungen als wir. Was die sozialen und wirtschaftlichen Mißstände betrifft, die nun einmal unvermeidliche Begleiter des zweijährigen Weltkrieges sind, müssen wir uns auch in Geduld fassen, aber schon jetzt energisch und vorausschauend die Mittel ersinnen, um nach dem Kriege die Wunden zu heilen, die er insbesondere dem Mittelstande geschlagen hat. Geschäftskleute und Kleingewerbetreibende haben besonders in Wien zu Hunderten ihre Betriebe sperren müssen; die ernsteste Gefahr ist, daß Großhandel und Konfektion nach dem Kriege die Kundschaft an sich ziehen werden. Dagegen vermag nur eine zielbewusste Kreditorganisation des Staates und der Bankwelt Hilfe zu bringen.

Unser Kleingewerbe hat als Lieferant und Produzent für das k. u. k. Heer in diesen zwei Jahren großartiges geleistet; solid und pünktlich gearbeitet. Es verdient wahrhaftig nach dem Kriege Rücksicht von Seite des Staates und der Gesellschaft. Beide sollten nicht vergessen, daß der Mittelstand die feste Säule ihres Bestandes ist. In Wien ist das Baugewerbe, welches ganz besonders während der Kriegszeit darniederliegt, während in normalen Jahren durchschnittlich für zwanzig- bis fünfundsiebenzigtausend neue Einwohner Häuser in Wien entstehen, sind heuer kaum drei oder vier Neubauten zu verzeichnen. Bedenken Sie, wieviel tüchtige Gewerbetreibende: Schlosser, Tischler, Zimmerleute, Glaser usw. infolge dieser Stagnation brotlos und notleidend sind. Verhältnismäßig besser geht es dem Arbeiterstande, weil die Löhne, insbesondere in allen Rüstungsindustrien, stark gestiegen sind. Freilich steigen die Preise der Lebensmittel bis zur Unerreichbarkeit und die Klassen, welche von fixen Bezügen leben, leiden darunter schwer genug. Brot und Mehl wird allerdings nach Friedensschluß bald billiger werden, aber Fleisch erst in etwa zwei Jahren, bis die Viehbestände ergänzt sein werden.

In erster Linie wird es Pflicht der Regierungen und der großen Bankinstitute sein, nach Friedensschluß die Volkswirtschaft und das Kreditwesen wieder in normale Bahnen zu leiten; aber auch die Vertretungskörper werden gut daran tun, nationale und Parteizwistigkeiten beiseite zu stellen und ihre ganze Müheveraltung darauf zu verwenden, daß die schwere Not unseres christlichen Volkes gemildert und geheilt werde.

## Die neue Partei.

— Konstituierung der Partei des Grafen Michael Károlyi. — Ententefreundliche Enunziationen. — Eine pikante Enthüllung. —

Heute Abend vollzog sich das seit Tagen angekündigte politische Ereignis: die Konstituierung der Partei des Grafen Michael Károlyi. Die neue Partei nennt sich wie die alte: *Unabhängigkeits- und 48er Partei* und will das alte 48er Programm aufleben lassen, welches radikal-demokratische Prinzipien auf seine Fahne schreibt.

In der konstituierenden Versammlung wurden drei Reden gehalten. Es sprachen: Graf Michael Károlyi, Julius Justh und Graf Theodor Batthyány. Der Inhalt dieser drei Reden spricht klar und deutlich dafür, daß es hoch an der Zeit war, daß Graf Apponyi in der ehemaligen Kossuth-Partei reinen Tisch gemacht hat. Die Situation war dort allem Anschein nach schon sehr zerfahren, denn Graf Michael Károlyi und seine Freunde verfolgten Ansichten und Richtungen, die schon mehr als politisch unzulässig waren. Graf Michael Károlyi machte gar kein Hehl mehr aus seiner ententefreundlichen Gesinnung und legte eine Konfession ab, wonach er stets für die Herstellung eines freundschaftlichen, auf wirtschaftlichen Konzessionen aufgebauten Verhältnisses mit den Ententemächten agitirte. Ja, er ging sogar noch weiter und erklärte, jede Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges ablehnen zu müssen. Dies sprach er in einem Zeitpunkt, wo alle korrekten und vernünftigen Politiker Ungarns, so erst vorgestern Graf Julius Andrássy, in der energischsten Weise dafür eintraten, daß Alles geschehe, damit der Krieg siegreich beendet werden könne.

Julius Justh trat für die Reaktivierung des alten Unabhängigkeitsprogramms ein. Und seine Forderungen unterstrich Graf Theodor Batthyány, der diesen Forderungen Form gab, als er als Programmpunkt der neuen Partei die Schaffung des selbstständigen ungarischen Meeres und die Errichtung des selbstständigen ungarischen Zollgebietes forderte. Dieses Programm stellen diese Herren in einem Zeitpunkt auf, wo wir Krieg mit Staaten führen, denen sie ihre Sympathien ausdrücken; einen Krieg, den nicht wir herausgefordert haben, sondern der uns aufgezwungen wurde und den wir um die Existenz unseres eigenen Landes führen müssen.

Graf Theodor Batthyány gab übrigens eine sehr interessante Enthüllung zum Besten, durch die verrathen wurde, daß Graf Károlyi und er schon während des Krieges zu dem alten Requisit der geheimen Memoranden an den König gegriffen haben. Graf Batthyány erzählte, daß im Präsidialrathe der Unabhängigkeitspartei die Absendung eines Memorandums an den König besprochen wurde, in dem dafür, daß Ungarn in so opferfreudiger Weise für die Monarchie und Dynastie eingetreten ist, politische Rechte für Ungarn gefordert wurden. Mit anderen Worten heißt das, daß für die gesinnungsverwandten Politiker des Grafen Theodor Batthyány — Ministerportefeuilles verlangt wurden.

Wir wissen nicht, ob die neue Partei dem Grafen Batthyány für diese Enthüllung sehr dankbar sein wird, auch bleibt abzuwarten, was die sonstigen politischen Freunde des Grafen Batthyány, mit denen er noch bis vor Kurzem in einem Lager kämpfte, dazu sagen werden. Alles

in Allem aber kann schon heute gesagt werden, daß es vom Standpunkte der Demonstration der Einheit Ungarns von Glück ist, daß die Clique Károlyi's sich rechtzeitig von den übrigen Parteien Ungarns loslöste. Diese kleine „Partei“ kann wohl viel von sich reden machen, aber schaden kann und wird sie nicht. Der Bericht über die Konstituierung der neuen Partei lautet wie folgt:

### Konstituierung der Károlyi-Partei.

Die aus der vereinigten Unabhängigkeits- und 48er Partei ausgetretenen Abgeordneten versammelten sich heute Abends 7 Uhr im „Hotel Bristol“ zu einer Konferenz. Graf Michael Károlyi eröffnete die Beratungen, indem er die Anwesenden begrüßte und hielt sodann die folgende Rede:

#### Die Rede des Grafen Michael Károlyi.

Ich halte es für meine Pflicht, meinen Austritt aus der vereinigten Unabhängigkeitspartei auch hier zu begründen. Bekanntlich war ich Derjenige, der seinerzeit die größte Kraftanstrengung gemacht hat im Interesse der Vereinigung der beiden Fraktionen der Partei. Wohl hatten wir schon damals konstatiert, daß wir in gewissen Fragen nicht ganz eines Sinnes sind, allein diese Fragen waren damals nicht aktuell und wir hofften, daß sich später schließlich doch eine Plat-

Arbeiten. Eine dieser gewissen Fragen war die abweichende auswärtige Politik.

Es war die Zeit der Delegationsdebatten während der Balkankriege und nach denselben. Wir, mein Freund Julius Justh und auch ich, waren damals der Ansicht, daß wir vor einem Weltkriege stünden, und daß die Monarchie eine solche auswärtige Politik verfolgen müsse, welche nicht den Krieg verschieben, sondern den Ausbruch desselben unmöglich machen soll, welche den Bündnistoff entfernt, der die Gefahr des Krieges in sich birgt. Graf Albert Apponyi und seine Freunde, die den Krieg sicherlich eben so wenig wollten wie wir, glaubten dagegen, denselben auch auf andere Weise verhüten zu können. Die Basis unserer Politik war die, daß wir bestrebt waren, mit den im Lager der sogenannten Entente vereinigten Mächten ein solches Verhältniß aufrechtzuerhalten, welches — wenn auch nicht gerade ein Bündniß, dennoch ein freundschaftliches sei, und im Wege der wirtschaftlichen Verbindungen schließlich sich zu einem innigeren Verhältniß entwickeln könnte. Wir haben uns diesbezüglich beide freie Hand vorbehalten, und da die Frage nicht aktuell war, geschah damals nichts weiter.

Die zweite Frage, bezüglich welcher keine Harmonie zwischen uns bestand, war die Frage des Radikalismus, respektive des demokratischen Ausbaues Ungarns. Diesbezüglich war mein Freund Justh mit seiner Partei und auch ich Anhänger einer radikalere Lösung, doch ist in der Frage des Wahlrechtes eine Einigung zustande gekommen. Unter solchen Umständen ist der Vorwurf erklärlich, warum ich, der ich doch für die Vereinigung war, jetzt mich für den Bruch entschieden habe. Ich übernehme hierfür die Verantwortung und schreibe vor den Konsequenzen nicht zurück (Lebhafter Beifall.) Ich werde offen sprechen. Als die Vereinigung zustande kam, haben wir die Agitation eingeleitet und dieselbe auch über das Meer, nach Amerika, getragen, und zwar mit Erfolg. Inzwischen ist der Krieg ausgebrochen, welcher mich in Frankreich traf. Damals konnte ich auf die politischen Ereignisse keinen Einfluß ausüben, und zuhause angekommen, fand ich hier ein fait accompli vor, welches darin bestand, daß die ungarische Nation mitsamt der Opposition wie ein Mann aufgestanden war und für die Zwecke des Krieges Alles votirt hatte. Zweifellos ist es wahr, daß es in dem Falle, wenn das Vaterland vom Feinde angegriffen wird, für keinen Ungar etwas Anderes geben kann, als die Einschlossenheit, das Vaterland zu vertheidigen, ohne darüber nachzudenken oder ohne zu fragen, was vorgefallen oder warum und wie es kommen konnte. (Lebhafter Beifall.) Dagegen konnte ich die Haltung der Opposition nicht billigen. Ich war der Ansicht, daß bei Ausbruch des Krieges es die Pflicht der Opposition gewesen wäre, alle jene Pro-

18. Jh. Partei.

grammpunkte zu wiederholen, welche die ungarische Nation damals gefordert hat und auch heute fordert. (Wahr! So ist's!) Man hätte im Parlament, vor dem Angesichte der Nation erklären sollen, daß wir gewiß bereit sind, Alles zu thun im Interesse eines Verteidigungskrieges, daß wir aber dafür erwarten, daß alle unsere gerechten Wünsche und Forderungen, welche auf historischem Rechte und dem Menschenrechte basiren, verwirklicht werden. (Lebhafter Beifall.)

Im Vaterlande angelangt, galt mein erster Besuch dem Grafen Albert Apponyi, dem ich all dies offen auseinandersetzte. Das hätte die Monarchie nicht geschwächt, sondern im Gegentheil ihre Macht gestärkt, denn die Monarchie ist stärker, seitdem nicht mehr das Berufsheer, sondern das Volksheer den Krieg führt. Erst seit einem Jahre, seitdem dies der Fall ist, haben wir die größten Erfolge, die größten Siege erzwungen. Graf Albert Apponyi war der Ansicht, daß wir besser thun, diese unsere Forderungen für die Zeit nach dem Kriege zurückzustellen. Es kam nun der lange Krieg und während dieser Zeit waren die Reibungen zwischen diesen beiden Parteienansichten auf der Tagesordnung. Wir unsererseits haben den demokratischen Ausbau Ungarns während des Krieges urgirt. Und wir waren der Ansicht, daß wir diese Forderung mit elementarer Gewalt stellen müssen, weil ja die Nation großer Kraftquellen bedarf. (Wahr! So ist's!) Die Thatfachen beweisen ja, daß die Entwicklung des demokratischen Ungarns nicht mehr verhindert werden kann, ja daß der Weltkrieg nicht nur ein demokratisches Ungarn, sondern ein demokratisches Europa schaffen wird. Demokratie und die sozialen Institutionen werden wie ein Phönix aus seiner Asche aus dem Weltkriege hervorgehen.

Hinsichtlich des demokratischen Wahlrechtes leitete uns der Gedanke, daß Derjenige, der für das Vaterland geblutet hat, an der Ausübung der Bürgerrechte nicht ausgeschlossen werden kann. Wohl haben Graf Albert Apponyi und seine Freunde diesen unseren Bestrebungen und Ansichten nicht gerade Widerstand geleistet, allein sie waren uns dennoch immer ein Hemmschuh mit ihrer unterdrückenden, hinhaltenden Politik, welche uns daran hinderte, unsere Intentionen mit derselben Energie zu verfolgen, wie wir dies gewollt hätten. Den unmittelbaren Anlaß zur Verschärfung der Situation und schließlich zum Bruche gab das Aufwerfen der Frage der Verantwortlichkeit. Ganz vergeblich will man sagen, daß die Opposition dadurch, daß sie sich an die Seite der Regierung stellt und in den sogenannten Vertrauenssenat hineingeht, für den Krieg keine Verantwortung übernimmt. Man kann ja dies mit einiger Haarbalerei sa-

gen und auch so auslegen; aber die wahre öffentliche Meinung hat es sofort herausgefunden, daß Diejenigen, die mit Ende des zweiten Kriegsjahres ein gesteigertes Zusammenwirken mit der Regierung für wünschenswert halten, thatsächlich die Verantwortung übernehmen. Ein solches Zusammenwirken mit der Regierung würde entweder zu einem Fiasko führen, weil die Oppositionsmänner nicht genügend oder nicht rechtzeitig informiert würden, oder aber es würde in letzter Linie zu einer Koalitionsregierung führen. Und dann wäre die Verantwortung nur noch größer, und zwar nicht nur profuturo, sondern auch rückwirkend. Beide Eventualitäten aber würden für die Unabhängigkeits- und Achtundvierzigerpartei eine geradezu unmögliche Situation schaffen.

Das waren die Gründe, aus welchen ich die Scheidung für unvermeidlich gehalten habe. Wenn ich auch die Zwangslage so lange gebuhet habe, in welcher ich und meine Freunde uns befanden, fühlte ich doch, daß dies nicht weiter so gehen könne, weil ich einsah, daß hieraus ein großes Unglück für die Nation ersprießen könnte. Ich sah die schiefe Ebene, auf welche die Partei gerathen war, und ich erkannte, daß diejenige Richtung, die wir verfolgten, nicht zu unseren Zielen, sondern zu gerade entgegengesetzten Zielen führt. Auf dem Scheideweg angelangt, blieb nichts Anderes übrig, als aus der Partei auszutreten und das Präsidium niederzulegen. (Lebhafte Ovationen und Applaus.)

Ich zählte damals nicht, wer mit mir kommen werde und ob überhaupt Jemand mit mir gehen werde, die Ereignisse kamen zu plötzlich, als daß ich hieran hätte denken können und nun sind wir dennoch Alle wieder vereint, die wir zusammen fühlen, zusammen denken und zusammen gehen wollen. Ich glaube, wir werden eine kleine Republik gründen, in welcher es nur dem Namen nach einen Präsidenten gibt, in welcher aber in Wirklichkeit Jedermann ein einfacher Soldat ist, der für den gemeinsamen Zweck arbeitet. Wenn die andere Partei groß war der Zahl nach, werden wir groß sein an Kraft, denn was dort gefehlt hat, das ist bei uns vorhanden: die größte Kraft und die Gefühls- und Prinzipieneinheit. (Lebhafte Ovationen und Applaus.) Wir werden immer Schulter an Schulter kämpfen für den vollkommenen Ausbau der nationalen Existenz Ungarns, für Ungarns Integrität und Unabhängigkeit, für das neue demokratische Ungarn. (Lebhafter Applaus.)

Graf Theodor Batthyány erklärte im Namen der Konferenz, daß alle Anwesenden das Vorgehen des Grafen Michael Károlyi billigen und sich seiner Auffassung anschließen.

**Das Programm Julius Juszt's.**

Ueber Antrag Julius Juszt's sprach sodann die Konferenz die Konstituierung der Partei aus und wählte einstimmig den Grafen Michael Károlyi zum Vorsitzenden und Kornel Kóbel zum Schriftführer. Der Name der Partei bleibt der alte: „Unabhängigkeits- und 48er Partei“.

Wir haben absolut keine Ursache dazu — meinte Julius Juszt, der den bezüglichen Antrag gestellt hatte —, daß wir an unserem alten Namen etwas ändern. In diesem Namen sei das ganze Programm der Partei enthalten: die Demokratie, der Radikalismus; es sei das ein halbhunderjtähriges Programm, und jetzt handle es sich nur darum, daß an dem bei der Vereinigung verfaßten Programm jene Aenderungen durchgeführt werden, welche in Folge des Kompromisses aus dem alten Programm weggelassen. Er beantragt, es möge eine Kommission zu dem Zwecke entsendet werden, das Programm der Partei auf Grund des Programms der alten Unabhängigkeitspartei auszuarbeiten. Diese Partei werde durch eine prinzipielle und Gefühlseinheit verbunden, welche sie zu großen Aktionen befähigt. War es doch der vollständige Mangel an einer prinzipiellen und Gefühlseinheit, welche die Partei bisher in ihrer Wirksamkeit behindert hatte. Wir haben — schließt Juszt — die Pflicht, entschlossen mit allen Mitteln der Unabhängigkeitsidee zum Triumph zu verhelfen, und indem wir in demokratischer Richtung fortfahren, das neue Ungarn zu schaffen, welches mit voller Kraft im Dienste der Unabhängigkeitsidee steht. (Beifall.)

**Rede des Grafen Theodor Batthyány.**

Graf Theodor Batthyány führte aus, daß beim Ausbruch des Krieges die Parteien wegen der ausgetauchten Meinungsverschiedenheiten ihr Programm nicht durchführen konnten. Die Auffassung des Grafen Albert Apponyi war die, daß die Partei mit der Geltendmachung der nationalen Forderungen bis nach dem Kriege warten solle. Als Graf Károlyi heimkehrte, meinte Redner weiter, traten wir wieder mit unseren Forderungen auf. Im Präsidialrath der vereinigten Parteien wurde jedoch auf Anrathen des Grafen Apponyi beschlossen, mit diesen Forderungen nicht vor die Öffentlichkeit zu treten, sondern in einer Repräsentation an den König den Träger der Krone zu bitten, daß er mit Rücksicht auf die Opferwilligkeit der Nation deren berechnigte Wünsche erfüllen möge. Die Repräsentation ging Ende des Jahres 1914 ab. Die Partei wartete bis zum Sommer des Jahres 1916. Und nicht nur, daß die Nation nichts erhielt, wurde die Partei nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Dafür machen wir verfassungsmäßig die Regierung und die Mehrheit verantwortlich. Diese Negligirung enthebt die Partei davon, in der Folge den Weg geheimer Repräsentationen und Memoranden zu betreten. Wir gründen eine Partei

und werden offen sagen, was der Wunsch, die Forderung der ungarischen Nation ist als Entgelt dafür, daß Hunderttausende unserer Söhne verblutet sind und die ganze Nation wie ein Mann mit ihrem Blute und ihren Milliarden den Krieg unterstützt. (Beifall.)

**Die Funktionäre der Partei.**

Sämmtliche Anwesende erörterten sodann ihre Ansichten bezüglich der weiteren Agenden, und man kam darin überein, daß die Partei schon im Verlaufe der Abgeordnetenhausitzungen im August den Erwartungen der Nation entspreche. Die Partei wählte sodann, mit Rücksicht darauf, daß der Präsident Graf Michael Károlyi seine Pflicht an der Front erfüllt, einstimmig den Grafen Theodor Batthyány zum stellvertretenden Präsidenten. Mit der Durchführung der politischen Organisation der Partei wurde Ludwig Beck betraut. Zum Dekonom der Partei wurde Kornel Kóbel gewählt. Die Konferenz, welche um 5 Uhr Nachmittags begonnen hatte, war erst um 10 Uhr Abends zu Ende.

## Die wirtschaftlichen Konferenzen zwischen Oesterreich und Ungarn.

Wien, 18. Juli.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Budapest:

Um 4 Uhr nachmittags fand im ungarischen Finanzministerium eine gemeinsame Konferenz der österreichischen und der ungarischen Regierung über die wirtschaftlichen Angelegenheiten statt, an der die beiden Ministerpräsidenten Graf Stürgkh und Graf Tisza, die Handelsminister Dr. v. Spiz Müller und Baron Harkanyi, die beiden Finanzminister Dr. Ritter v. Leth und Dr. Leszky, die Ackerbauminister Benker und Baron Ghillany, Eisenbahnminister Dr. Ibenko Freiherr v. Forster und die beiderseitigen Fachreferenten teilnahmen. Die Sitzung dauerte bis in die späten Abendstunden und findet morgen ihre Fortsetzung.

Morgen mittag treffen zur Teilnahme an den Verhandlungen seitens der österreichischen Regierung Minister für öffentliche Arbeiten Ottokar Trnka mit Sektionschef Johann v. Herimberg und dem Bezirkskommissär Dr. Horak, ferner vom Eisenbahnministerium Sektionschef Burger in Budapest ein.

Morgen abend gibt Ministerpräsident Graf Stephan Tisza zu Ehren der hier weilenden österreichischen Herren ein Mahl, zu welchem die österreichischen Minister mit ihren Begleitern und die Fachreferenten geladen sind.

20. VII. 1916

23

**Die wirtschaftlichen Verhandlungen der österreichischen und ungarischen Minister.**

Budapest, 19. Juli.

Die gemeinsamen wirtschaftlichen Verhandlungen der österreichischen und der ungarischen Regierung wurden heute nachmittag von 4 Uhr bis 3 Uhr abends fortgesetzt. An den Verhandlungen haben die beiden Ministerpräsidenten sowie die beiderseitigen Ressortminister und ihre Fachreferenten teilgenommen.

Die Beratungen finden morgen vormittag ihre Fortsetzung und dürften morgen auch beendigt werden.

Abends waren die österreichischen Minister mit ihren Begleitern und den Fachreferenten Gäste des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza.

## Die Deutschvölkische Vereinigung für die deutsche Einheitspartei.

Wien, 20. Juli.

Am 17. d. hielt die deutschvölkische Vereinigung des Deutschen Nationalverbandes unter dem Vorsitz des Abgeordneten Denz eine Sitzung ab, in der zunächst zu der Anregung Stellung genommen wurde, eine deutsche Einheitspartei zu schaffen. Nach einer längeren, eingehenden Debatte wurde einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Die deutschvölkische Vereinigung begrüßt neuerlich den Gedanken, eine große deutsche Einheitspartei zur kräftigen Vertretung des deutschen Volkes zu schaffen, und ist bereit, daran mitzuarbeiten. An einer Auflösung der eigenen parlamentarischen Organisation kann sie aber so lange nicht denken, als die anderen Gruppen im Nationalverbande sich nicht dazu entschließen, ihre Vereinigung aufzulösen.

In der weiteren Erörterung, an der sich sämtliche zahlreich erschienenen Mitglieder der Deutschvölkischen Vereinigung beteiligten, trat der gemeinsame Wille hervor, für die politischen und nationalwirtschaftlichen Grundsätze der Vereinigung, insbesondere auch durch entsprechenden Ausbau der Organisationen in den einzelnen Kronländern, mit allen Kräften einzutreten.

Endlich wurde beschlossen, selbständig vorzugehen und die Haltung der Deutschvölkischen Vereinigung dem Deutschen Nationalverbande zur Kenntnis zu bringen.

Abgeordneter Denz wurde von der Vereinigung beauftragt, für Dienstag den 25. d. eine neuerliche Sitzung einzuberufen, in der die Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleiches zur Diskussion gestellt werden wird.

### Deutsche Parteiberatungen.

Die „deutschböhmische Vereinigung“ des Deutschen Nationalverbandes hielt gestern in Wien unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dent eine Vollversammlung ab, in der die Bestrebungen zur Gründung einer Einheitspartei eingehend besprochen und folgender Beschluß gefaßt wurde: Die deutschböhmische Vereinigung begrüßt neuerlich den Gedanken, eine große deutsche Einheitspartei zur kräftigen Vertretung des deutschen Volkes ehestens zu schaffen und ist bereit, daran mitzuarbeiten. An eine Auflösung der eigenen parlamentarischen Organisation kann sie aber so lange nicht denken, als die anderen Gruppen im Nationalverbande sich nicht dazu entschließen, ihre Gruppen aufzulösen. Nächsten Dienstag wird die Vereinigung in einer Vollversammlung über die Ausgleichsfrage beraten.

Abends trat der Vorstand des deutschen Nationalverbandes zu einer Beratung zusammen, in der über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen eingehend beraten und beschlossen wurde, mit der Regierung diesbezüglich in Fühlung zu treten.

## Deutsche Arbeitsgemeinschaft.

Von mehreren alpenländischen Abgeordneten wird der Parlamentskorrespondenz mitgeteilt: „Da die Gründung der in der letzten Zeit im Vordergrund der innerpolitischen Erörterungen gestandenen Einheitspartei vorläufig daran scheiterte, daß weder die Deutschradikalen noch dann auch die Agrarier des Deutschen Nationalverbandes sich entschließen konnten, ihre Organisationen zugunsten der geplanten „Deutschen Arbeitspartei“ aufzulösen, dagegen die „Deutschvölkische Vereinigung“ und die größte Zahl der verbandsunmittelbaren Abgeordneten geneigt war, sich der neuzubildenden Partei anzuschließen, entstand durch diese Gegensätze ein toter Punkt, über den man schwer hinwegkommen konnte.“

In dieser Situation traten die Abgeordneten Freiherr d'Elvert, Dr. Urban von den Verbandsunmittelbaren und Dr. Erlert von der Deutschvölkischen Vereinigung zusammen, um die Einigungsbestrebungen, die ja allseits mit den besten Wünschen begrüßt wurden, weiter zu pflegen und fortzuführen. Die genannten drei Abgeordneten schlugen als Resultat ihrer Beratungen schließlich vor, daß als erster Schritt zur Schaffung der großen Einigungsorganisation vorerst die Deutschvölkische Vereinigung und die Verbandsunmittelbaren sich zu einer gemeinsamen Organisation, und zwar zu einer „Deutschen Arbeitsgemeinschaft“ der deutschen Parteigruppen, zusammenschließen sollen, wobei als Voraussetzung angenommen war, daß zunächst die Deutschvölkische Vereinigung ihre Organisation auflösen werde.

In der am 17. d. abgehaltenen Sitzung der Deutschvölkischen Vereinigung hat sich nun diese Parteigruppe bereit erklärt, an der Schaffung einer großen deutschen Einheitspartei mitzuarbeiten und die Einigungsbestrebungen mit voller Kraft zu fördern, hat aber, was die Auflösung ihrer eigenen parlamentarischen Organisation betrifft, die Bedingung gestellt, daß auch die anderen Organisationen des Deutschen Nationalverbandes in gleicher Weise vorgehen. Die Deutschvölkische Vereinigung, die bekanntlich hauptsächlich aus alpenländischen Städtevertretern besteht, glaubt naturgemäß ihre nicht nur auf Grund gemeinsamer politischer Anschauungen aufgebaute, sondern auch durch kollegiale Freundschaft ihrer Mitglieder festgefügte Organisation nicht früher aufgeben zu sollen, bevor nicht die Gewähr besteht, daß ihre politischen Interessen durch eine andere taktische Parteieinheit in entsprechender Weise besser vertreten werden. Der Tenor der Äußerungen der Abgeordneten der Deutschvölkischen Vereinigung geht dahin, daß die alpenländischen Städteabgeordneten, welche der Vereinigung angehören, nicht früher ihre Organisation aufgeben können, bevor nicht die Sicherheit geboten ist, daß eine andere taktische Parteieinheit zur Vertretung ihrer Interessen gebildet werden kann.

Es wird nun — so äußern sich die erwähnten Mitglieder der Deutschvölkischen Vereinigung — Aufgabe der nichtorganisierten, das ist verbandsunmittelbaren Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes sein, nun ihrerseits zu erklären, ob und in welcher Weise sie einen Zusammenschluß der deutschen Abgeordneten der verschiedenen Gruppen zu einer großen Einheitspartei oder einer deutschen Arbeitsgemeinschaft herbeizuführen gedenken. Es müsse vor allem — so erklären die genannten Abgeordneten — von Seite der Verbandsunmittelbaren die entschiedene Absicht und der feste Wille dargelegt werden, daß sie sich mit anderen bereits in Parteiverbänden des Nationalverbandes befindlichen Abgeordneten zu einem Ganzen zusammenschließen wollen, bevor die in Parteigruppen organisierten Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes in der Lage sein können, auf ihre bisherige Organisation zugunsten einer anderen neuzubildenden zu verzichten.“

### Christlichsoziale Vereinigung.

Unter Vorsitz des geschäftsführenden Obmannes Abgeordneten Dr. v. Baechle und seines Stellvertreters Präsidenten Schraffl hielt der Vorstand und das Plenum des Christlichsozialen Reichsratsklubs in Anwesenheit des Parteichefs Landmarschall Prinz Liechtenstein, Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Ministers a. D. Dr. Gekmann zahlreich besuchte, mehr als neunstündige Beratungen ab, welche der Erörterung der allgemeinen inneren und äußeren Lage galten und in denen eine Reihe von Beschlüssen gefaßt wurden, insbesondere solche, die das Verhältnis Oesterreichs zu Ungarn betreffen und die im Zuge befindlichen Ausgleichsverhandlungen. Die meisten der erschienenen Mandatäre ergriffen zu diesen Beratungsgegenständen das Wort. Der Klub beschloß einstimmig, eine Abordnung zum Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh zu entsenden, die ihm die Forderungen der Partei in dieser Richtung zur Kenntnis bringen wird. Die Abordnung besteht aus dem geschäftsführenden Obmann Dr. v. Baechle, dem Vorsitzenden Präsidenten Schraffl, dem Parteichef Landmarschall Prinz Liechtenstein, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Minister a. D. Dr. Gekmann,

Vizepräsidenten Jukel und Abgeordneten Dr. Mataja. Die Erklärungen, welche die Regierung der Abordnung geben wird, werden in der nächsten Vollberatung der Partei über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen am 22. August zur Erörterung gelangen. Die Partei wird in dieser Konferenz über ihre endgiltige Stellungnahme zu diesen Fragen die entscheidenden Beschlüsse fassen.

Sodann wurde, wie in früheren Klubstimmungen, die infolge der Teuerung aller Bedarfsartikel so bedrängte Lage des Seelsorge-Klerus nach einem Referate des Ministers a. D. Dr. Gekmann in Beratung gezogen. Ferner wurde die neue Getreideverordnung und die Hereinbringung der Ernte, die Druscharbeiten u. dgl. durchbesprochen, wobei festgestellt wurde, daß unsere Landwirtschaft dormalen nicht über genügende Arbeitskräfte verfüge, weshalb die Heranziehung von Kriegsgefangenen und Rekonvaleszenten, insbesondere aber auch die umfassendere Erteilung von Ernteurlaubnissen als unbedingt notwendig erweisen. Schließlich machte Abgeordneter Zaunegger auf den Umstand aufmerksam, daß die gegenwärtig in Durchführung stehende Zentralisierung der Kohleabnahme die Gebereien in der Provinz beschäftigungslos mache, wodurch ein Mangel an Leder hervorgerufen wird. Diese Frage sowie die Angelegenheit der Erntearbeiten wird die Klubabordnung gleichfalls beim Kabinettschef zur Sprache bringen sowie bei den zuständigen Stellen betreiben.

Ueber die Beratung der Kongrua-Frage wird noch berichtet: Die der Christlichsozialen Vereinigung angehörigen Priester gaben sachgemäße Aufklärungen über die wirtschaftliche Lage des Priesterstandes und legten dar, daß die Not insbesondere des Seelsorge-Klerus dringend ein energisches Eingreifen der Regierung gebiete. Die bisherigen Kriegsaushilfen haben sich, wie der Referent Minister a. D. Dr. Gekmann an der Hand zahlreicher Beispiele auseinandersetzte, in sämtlichen Diözesen als unzureichend erwiesen. Die von der Regierung bereits vor zehn Jahren beabsichtigte Kongruaerhöhung wäre heute einschließlich der bewilligten Kriegszulagen unzulänglich. Namens der Christlichsozialen Partei werden der Klubvorstand sowie Minister a. D. Dr. Gekmann, Landeshauptmann Hausser, Vizepräsident Jukel, die Abgeordneten Bauchinger, Baumgartner und Prisching und Obmann des Katederensvereines Müller beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, Kultusminister Dr. von Hujfárey und Finanzminister v. Leth vorsprechen, um nachdrücklich darzulegen, daß die infolge der Bemühungen der christlichsozialen Partei dem Klerus bisher zugewendeten Teuerungsaushilfen erhöht werden müssen. Auch Kardinal Fürsterzbischof Dr. Piffl wird gebeten werden, diese Aktion der Christlichsozialen zu unterstützen.

## Sitzung der Deutschvölkischen Vereinigung.

Die Deutschvölkische Vereinigung des Deutschen Nationalverbandes hielt vorgestern unter dem Vorsitz des Einberufers Abg. Dent eine Sitzung ab, in der zunächst zu den von verschiedenen Seiten angeregten Bestrebungen zur Schaffung einer deutschen Einheitspartei Stellung genommen wurde. Nach einer längeren eingehenden Besprechung der Angelegenheit wurde einstimmig der folgende Beschluß gefaßt: „Die Deutschvölkische Vereinigung begrüßt neuerlich den Gedanken, eine große deutsche Einheitspartei zur kräftigen Vertretung des deutschen Volkes entstehen zu lassen und ist bereit, daran mitzuarbeiten. An eine Auflösung der eigenen parlamentarischen Organisation kann sie aber solange nicht denken, als die andern Gruppen im Nationalverband sich nicht dazu entschließen, ihre Vereinigung aufzulösen.“

Die weitere Debatte, an der sich sämtliche erschienenen Mitglieder der Deutschvölkischen Vereinigung beteiligten, zentrierte den gemeinsamen Willen, für die politischen und nationalwirtschaftlichen Grundsätze der Vereinigung, auch insbesondere durch entsprechenden Ausbau der Organisationen in den einzelnen Kronländern, mit allen Kräften einzutreten. Abg. Dent wurde von der Vereinigung beauftragt, für Dienstag, den 25. d., eine weitere Sitzung einzuberufen, bei welcher insbesondere die Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleiches zur Diskussion gestellt wird.

### Schaffung einer Deutschen Arbeitsgemeinschaft.

Von Seiten mehrerer alpenländischer Abgeordneten wird der „Parl.-Korr.“ über die Bestrebungen zur Bildung neuer Parteigruppierungen in den Kreisen der deutschen Abgeordneten folgendes mitgeteilt: „Nachdem die Gründung der in der letzten Zeit im Vordergrund der innerpolitischen Erörterungen gestandenen Einheitspartei vorläufig daran scheiterte, daß weder die Deutschradikalen noch dann auch die Agrarier des Deutschen Nationalverbandes sich entschließen konnten, ihre Organisationen zugunsten der geplanten Deutschen Arbeitspartei aufzulösen, dagegen die Deutschvölkische Vereinigung und die größte Zahl der verbandsunmittelbaren Abgeordneten geneigt war, sich der neuzubildenden Partei anzuschließen, so entstand durch diese Gegensätze der Anschauungen der einzelnen deutschen Parteigruppen ein toter Punkt, über den man schwer hinwegkommen konnte.“

In dieser Situation traten die Abgeordneten Freiherr d'Elvert, Dr. Urban von den Verbandsunmittelbaren und Dr. Gries von der Deutschvölkischen Vereinigung zusammen, um die Einigungsbestrebungen, die ja allseits mit den besten Wünschen begrüßt wurden, weiter zu pflegen und fortzuführen. Die genannten drei Abgeordneten schlugen als Resultat ihrer Beratungen schließlich vor, daß als erster Schritt zur Schaffung der großen Einigungsorganisation vorerst die Deutschvölkische Vereinigung und die Verbandsunmittelbaren sich zu einer gemeinsamen Organisation, und zwar zu einer „Deutschen Arbeitsgemeinschaft“ der deutschen Parteigruppen zusammenschließen sollen, wobei als Voraussetzung angenommen war, daß zunächst die Deutschvölkische Vereinigung ihre Organisation auflösen werde.

In der am 17. d. abgehaltenen Sitzung der Deutschvölkischen Vereinigung hat sich nun diese Parteigruppe bereit erklärt, an der Schaffung einer großen deutschen Einheitspartei mitzuarbeiten und die Einigungsbestrebungen mit voller Kraft zu fördern, hat aber, was die Auflösung ihrer eigenen parlamentarischen Organisation betrifft, die Bedingung gestellt, daß auch die andern Organisationen des Deutschen Nationalverbandes in gleicher Weise vorgehen. Die Deutschvölkische Vereinigung, die bekanntlich hauptsächlich aus alpenländischen Städtevertretern besteht, glaubt naturgemäß ihre nicht nur auf Grund gemeinsamer politischer Anschauungen aufgebaute, sondern auch durch kollegiale Freundschaft ihrer Mitglieder festgefügte Organisation nicht früher aufgeben zu sollen, bevor nicht die Gewähr besteht, daß ihre politischen Interessen durch eine

andere taktische Parteieinheit in entsprechender Weise besser vertreten werden. Der Tenor der Äußerungen der Abgeordneten der Deutschvölkischen Vereinigung geht dahin, daß die alpenländischen Städteabgeordneten, welche der Vereinigung angehören, nicht früher ihre Organisation aufgeben können, bevor nicht die Sicherheit geboten ist, daß eine andre taktische Parteieinheit zur Vertretung ihrer Interessen gebildet werden kann. Es wird nun — so äußern sich die erwähnten Mitglieder der Deutschvölkischen Vereinigung — Aufgabe der nichtorganisierten, das ist verbandsunmittelbaren Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes sein, nun ihrerseits zu erklären, ob und in welcher Weise sie einen Zusammenschluß der deutschen Abgeordneten der verschiedenen Gruppen zu einer großen Einheitspartei oder einer deutschen Arbeitsgemeinschaft herbeizuführen gedenken. Es müsse vor allem von Seiten der Verbandsunmittelbaren die entschiedene Absicht und der feste Wille dargetan werden, daß sie sich mit andern bereits in Parteiverbänden des Nationalverbandes befindlichen Abgeordneten zu einem Ganzen zusammenschließen wollen, bevor die in Parteigruppen organisierten Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes in der Lage sein können, auf ihre bisherige Organisation zugunsten einer andern, neuzubildenden zu verzichten.“

**Richtlinien für die Ausfuhr nach Ungarn.**

Eine interessante Strassache aus einem Lebensmittelgeschäft, die erst beim Landesgericht anhängig war und nach erfolgter Einstellung an das Bezirksgericht Leopoldstadt abgetreten wurde, beschäftigte gestern den Bezirksrichter Dr. Kreilichheim. Die Kolonialgroßwarenhändler Leopold Ullmann, Fritz Steiner sowie deren Procurist Anton Fischer hatten sich gegen eine Anklage wegen Uebertretung des Lebensmittelgesetzes sowie der Preisstreiberei zu verantworten. Nach dem Inhalt der Anklage hatten die Angeklagten eine größere Menge Kondensmilch, die sie von der Firma Hamburger um den Preis von 100 Kronen für 100 Kilogramm erstanden hatten, zum Preise von 186 Kronen weiterverkauft. Die Kondensmilch, die durch eine Reihe von Zwischenhändlern schließlich an die Vereinigten Margarinebutterfabriken gelangte, wurde von der staatlichen Untersuchungsanstalt als ranzig, käseartig und zum menschlichen Genuß ungeeignet befunden.

Den Angeklagten lag auch zur Last, daß sie Meißstärke, die sie um 70 Kronen eingekauft hatten, um 125 Kronen an den Kaufmann Frei in Steinamanger verkauft hatten.

In der gestern nach mehrfacher Vertagung durchgeführten Schlussverhandlung verantworteten sich die Angeklagten dahin, daß sie an der Kondensmilch, die als beschädigte Milch auch in den Rechnungen bezeichnet wurde und nur zu technischen Zwecken verwendet werden sollte, überhaupt ein sehr schlechtes Geschäft gemacht hätten, da ein großer Teil der Milch, abgesehen von den hohen Lager- und „Provisions“-spesen, infolge der langen Einlagerung verdorben sei. Was das Meißstärkegeschäft betreffe, so handle es sich da doch um ein nach Ungarn abgeschlossenes Geschäft, weshalb in diesem Falle die Preisstreibeiverordnung nicht zur Anwendung kommen könne. Ueberhaupt sei Meißstärke ein Luxusartikel, der nur in den feinsten Wäschereien verwendet werde. Der Richter verlas eine gutachtliche Aeußerung der Handels- und Gewerbekammer, die den Standpunkt vertritt, daß bei dem großen Mangel an Stärkesorten Meißstärke ebenso wichtig sei wie alle übrigen Ertragstoffe. Es sei nach der Ansicht der Handelskammer kein Handelsgebrauch, höhere Preise für das Ausland zu stellen. Der hierauf als Sachverständiger vernommene Bürochef der Länderbank (Warenabteilung) Ladislav Korsch gab sein Gutachten dahin ab, daß Meißstärke, die nur von den erstklassigen Putzereiunternehmungen verwendet wird, nicht zu den unentbehrlichen Bedarfsartikeln gezählt werden könne.

Wegen der Preisbildung beim Verkauf nach Ungarn, erklärte der Sachverständige, gebe es bei uns kein Verkommen, das dahingehen würde, daß die Waren nach Ungarn teurer zu berechnen wären. Jedoch müsse man hier in Betracht ziehen, daß seit dem 1. Jänner d. J. die Ausfuhr von Meißstärke nach Oesterreich überhaupt in Ungarn verboten sei. Der Verteidiger legte eine Reihe von Belegen dafür vor, daß auch Handelsunternehmungen Deutschlands für das Ausland besondere höhere Preise stellen. Auch die hiesige Petroleumvertriebsgesellschaft, die gewissermaßen unter staatlicher Aufsicht stehe, huldigt dieser Uebung. Der Richter sprach nach durchgeführtem Beweisverfahren sämtliche Angeklagten frei. In seiner Begründung führte das Urteil aus, daß in dem ersten Falle von einer Preisstreiberei sowie von der Uebertretung des Lebensmittelgesetzes nicht die Rede sein könne. Meißstärke hinwiederum müsse als Luxusartikel bezeichnet werden. Außerdem sei dieses Geschäft nicht im Sinne unserer Preisstreibeiverordnung zu bestrafen, da es nur billig sei, daß sich der Export nach Ungarn, das im strafrechtlichen Sinne als Ausland gelte, unter denselben Richtlinien vollziehe wie der Export von Ungarn nach Oesterreich. Der Staatsanwaltschaftliche Funktionär Dr. Gutmann meldete die Berufung an.

## Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes.

\* Wien, 21. Juli. In der am 17. d. unter dem Vorsitz des geschäftsführenden Obmannes Abg. Dr. Groß abgehaltenen Vorstandssitzung wurde als notwendig die Ausgestaltung der interministeriellen Approvisionierungskommission zu einer von den Fachministerien unabhängigen und nur dem Ministerpräsidium unterstehenden Zentrale erkannt. Von der Wänderung in der Organisation der „Miles“ genannten Einkaufsstelle wird Kenntnis genommen, doch wird neuerlich die Umwandlung in eine gemeinnützige Anstalt verlangt. — Aus einer dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister von der Leitung des Deutschen Nationalverbandes überreichten Denkschrift wird als hauptsächlichster Inhalt angeführt: „Die Rücksicht auf die Staatsfinanzen und den Staatskredit erheischt eine Deckung des Zinsendienstes für die Kriegsschulden nicht durch neue Schulden, sondern durch neue Einnahmen. Als solche wurden, um die Richtung zu bezeichnen, in der auf das Verständnis und auf die Zustimmung der Bevölkerung gerechnet werden kann, hervor gehoben: 1. Auf dem Gebiete der direkten Steuern die Beseitigung des 15prozentigen Nachlasses bei den Grundsteuern und eine erhöhte Besteuerung des großen Grundbesitzes, progressive Zuschläge für die höheren Stufen der Einkommensteuer, Auflassung der Kontingentierung bei der ersten und zweiten Klasse der allgemeinen Erwerbsteuer, Zuschläge zur Erwerbsteuer der Gesellschaften bei hochrentierenden Unernehmungen, durchgreifende Reform der Rentensteuer und Einführung einer Vermögenssteuer. 2. Anteil des Staates an den Kartellgewinnen, namentlich für Zucker, Spiritus, Petroleum und Eisen, Verstaatlichung des Kohलगroßhandels. 3. Erhöhung und Neueinführung einzelner Gebühren, so der Erbgebühren, der Gebühren für Gründung und Kapitalvermehrungen der Aktiengesellschaften, der Fahrkartensteuer, der Börsesteuer, der Lantiensteuer und eine Gebühr für Ankündigungen. 4. Namhafte Mehreinnahmen bei der Postverwaltung und den Staatseisenbahnen. Der Umfang der Aktion und die Höhe der Sätze sind in der Weise festzusetzen, daß das gegenwärtige Erfordernis der Kriegsanleihezinsen gedeckt ist, während die Vorsorge für das weitere Erfordernis auf die Zeit nach dem Kriege zu verschieben ist.“

## Die um Karolhi.

Von unserem Wiener Vertreter.

Es ist an dieser Stelle schon darauf hingewiesen worden, daß man die Spaltung in der ungarischen Unabhängigkeitspartei nicht allzu tragisch nehmen darf, trotzdem ihr die Berichte der Budapestblätter die Bedeutung einer Haupt- und Staatsaktion beilegen. Was ist geschehen? Die vereinigten ungarischen Oppositionsparteien, an deren Spitze Graf Julius Andrássy steht, werden auf ihren Wunsch in die schwebenden staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Verhandlungen mit Oesterreich und Deutschland eingeweiht und erhalten auch das Recht, ihren Standpunkt bei der Krone zur Geltung zu bringen. So sehr sie das auch formell ablehnen, so bilden sie doch tatsächlich einen unterstützenden Faktor von Tiszas Politik und übernehmen damit einen Teil der Verantwortlichkeit für die Gestaltung der Dinge. Die bisherige offizielle Opposition dient der Regierung als Vorspann, und wenn es ihr gelingt, ihre Forderungen durchzusetzen, so wären gewissermaßen die magyarischen Gravamina befriedigt. Es ist daher nur logisch, wenn jetzt, um die Gefahr abzuwenden, daß ein Ende der bisher endlosen Schraube abzusehen wäre, hinter der alten Unabhängigkeitspartei, die unter der Führung des Grafen Apponyi zusammen mit der Verfassungskartei und der katholischen Volkspartei in den Tiszaschen Machtkonzern eintritt, sich ein Häuflein Unentwegter zu einer Kampfpartei zusammenschließt. Was auch Tisza und die Oppositionsführer von Schönbrunn heimbringen mögen — die Maschine darf nicht zum Stillstand kommen. Zu diesem Behufe gründet Graf Michael Karolhi neben der alten Unabhängigkeitspartei, die sich in Gefahr begibt, saturiert zu werden, eine neue, zunächst 25 Mann starke „Unabhängigkeits- und Wirtschaftspartei“ — die Partei der Ueber-Unabhängigen.

Es ist eine bunte Gesellschaft, die sich da zusammengefunden hat. Neben den Sprößlingen alter reichbegüterter Magnatenfamilien, wie den Grafen Karolhi und Batthyányi, finden wir den strupellosen Berufspolitiker Polonhi; er hieß ursprünglich ein wenig anders, aber unter seinem jungen magyarischen Namen brachte er es rasch bis zum Justizminister im Koalitionsministerium Weterke und war dann später der Held eines Skandalprozesses, der ihn eigentlich hätte politisch unmöglich machen müssen. Auch der alte Justh fehlt nicht, ein Kossuthist vom alten Schlag, der unverföhnlichste unter den Unverföhnlichen, bekannt aus manchem Parlamentsstandal früherer Jahre. Und buntscheidig wie die Zusammenfügung der neuen Partei ist auch ihr Programm. Wir finden darin alle Hauptpunkte des unbestimmtesten magyarischen Nationalismus: die Auflösung des staatsrechtlichen Verbandes mit Oesterreich und seine Ersetzung durch eine bloße Personalunion. Auflösung der gemeinsamen kaiserlichen und königlichen Armee und Schaffung einer selbständigen ungarischen Wehrmacht. Weiter das selbständige Zollgebiet und die selbständige ungarische Notenbank.

Ob bis Erfahrungen des Weltkrieges gerade solche Reformen wünschenswert machen, das zu beurteilen, muß dem politischen Verständnis des ungarischen Volkes und der Krone überlassen bleiben, die, wenn es sich um die Aufhebung der Pragmatischen Sanktion, der staatsrechtlichen Grundlage der habsburgischen Gesamtmonarchie und die Abschaffung der gemeinsamen Armee handelt, doch schließlich auch noch ein Wort mitzureden hat. Die gemeinsame Armee hat sich in den Stürmen des Weltkrieges als fester, unentbehrlicher Hort und Schild des Habsburger Reiches erwiesen: ohne sie hätte sich auch Ungarn nie und nimmer des Ansturmes der russischen Massen erwehren können, die schon die Karpaten überflutet hatten. Und wie die ungarische Landwehr die Anlehnung an die mächtige alte kaiserliche Armee braucht, so werden Ungarns Volkswirtschaft und Staatskredit nach den Milliardenausgaben

des Krieges erst recht den Rückhalt an der stärkeren Kapitalkraft Oesterreichs benötigen, wie er ihnen durch die gemeinsame österreichisch-ungarische Bank zur Verfügung steht. Auch drängen die Drohungen der Entente, die Mittelmächie auch nach Wiederkehr des Friedens wirtschaftlich abzuschwächen, doch wohl eher auf die Schaffung eines ebenbürtigen, widerstandsfähigen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes, als auf die Errichtung eines allein auf sich selbst gestellten ungarischen Wirtschaftskörpers mit eigenen Zollschranken. Ein Volkswirtschaftler der jungungarischen Schule, Roland v. Hegedüs, weist in einem jüngst erschienenen Buche darauf hin, daß bei der langen Grenzlinie zwischen Oesterreich und Ungarn die Selbstkosten der Zwischenzolllinie so hoch wären, daß Ungarn, wenn es auf das selbständige Zollgebiet nicht draufzahlen will, gleich mit sehr hohen Zöllen beginnen müßte. In dem Wirtschaftskriege, der nach dem militärischen kommen soll, wird Graf Karolhi die Gegner nicht besiegen, wenn er durch eine Agitation, die mit in Amerika gesammelten Geldern betrieben wird, die eingefrorenen Posthorntöne von Anno 48 zum Auftauen bringt, so wenig, wie er vor 1914 die Kriegsgefahr durch seine Wallfahrten nach Moskau, Paris und London zu bannen wußte.

Neben den sehr radikal klingenden, im Grunde aber durchaus rücksichtlichen freis-rechtlichen Forderungen der neuen Karolhi-Gruppe nehmen sich einige durchaus moderne und demokratische Programmpunkte sehr merkwürdig aus: „Die Partei wünscht die Sanierung der ungesunden Verteilung des Grundbesitzes durch eine umfassende nationale Bodenreform; die ungesunde Verteilung des Grundbesitzes ist auch die Ursache der Auswanderung. Die Partei findet es daher nötig, umfassende Parzellierungen vorzunehmen, um das Abströmen der Bevölkerung durch Auswanderung zu verhindern. Schließlich wird auch eine intensive Entwicklung des Volksschulunterrichts verlanagt.“

Soviel Sätze, soviel Wahrheiten. Die Krone setzt aber die neue Gruppe ihrem demokratischen Programm auf, wenn sie auch noch das allgemeine Wahlrecht forbert. Bisher sträubte sich die magyarische Oligarchie mit Händen und Füßen gegen eine solche Reform, und zur Zeit des Ministeriums Fejervary hat die Krone durch den Wahlrechtsentwurf Kristoffys die so unbändig tuende Kossuthpartei rasch zum Einlenken gebracht. Man braucht sich nur gegenwärtig zu halten, daß Deutsche, Rumänen, Slovaken, Serben und Ruthenen, alle die sogenannten „Nationalitäten“ Ungarns, die Einführung dieser Reform, mit der Oesterreich längst vorangegangen ist, zum allerersten und dringlichsten ihrer Wünsche gemacht haben. Und jetzt wollen ihnen Karolhi und Justh dieses allgemeine Wahlrecht bringen, zu einer Zeit, da sie schärfer als je den Ausbau des Staates nach der rein nationalistisch-magyarischen Richtung fordern? Es ist ungefähr, wie wenn Herr v. Heydebrand im preussischen Landtage sich auf einmal die Wahlrechtsforderungen der Linken zu eigen machte.

Hier kauft ein Widerspruch. Oder sollte uns ein vergessenes Wörtchen des Käfels Lösung bringen? In dem Programm der neuesten ungarischen Partei ist wohl vom Allgemeinen, nicht aber vom Gleichen Wahlrecht die Rede. So lange sich Graf Karolhi über diesen Punkt nicht unzweideutig äußert, werden die ungarischen Nationalitäten seiner demokratischen Gesinnung nicht trauen, denn es besteht die Gefahr, daß auch eine Parlamentsreform nach seinem Sinne nur auf ein paar wahlgeometrische Kunststücke hinauslaufen würde, die trotz aller „Allgemeinheit“ doch nur den Zweck hätten, die Nichtmagyaren unter allen Umständen in der Minderheit zu erhalten. Es wäre eine andere Nummer, aber derselbe Faden.

Ernst Pöschel.

23. VII. 1916

**Die Auffassung der deutschfortschrittlichen Partei  
in Böhmen.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 22. Juli.

Aus deutschfortschrittlichen Kreisen wird dem „Prager Tagblatt“ geschrieben: Die Deutsche Fortschrittspartei ist sofort bereit, ohne irgendeinen Vorbehalt bezüglich ihrer Organisation, in einer neuen Einheitspartei aufzugehen, wenn die begründete Aussicht besteht, daß die Neugründung eine dauernde ist und wenn Bürgschaften gegeben erscheinen, daß die obersten Grundsätze wirklich nationaler, freiheitlicher und demokratischer Politik im Programm der neuen Partei ihren gebührenden Platz finden. Solange eine solche neue Partei nicht geschaffen ist, muß die Deutsche Fortschrittspartei selbstverständlich alles daran setzen, nicht nur ihren bestehenden Besitzstand zu wahren, sondern auch jene Verluste wieder wettzumachen, die ihr in den letzten Jahren, keineswegs aus inneren Gründen, sondern infolge von organisatorischen Mängeln erwachsen sind.

Das Wesentliche, was eine Partei ausmacht, ihre Grundsätze, bedürfen bei der Fortschrittspartei keiner anderen Umgestaltung als jener, die sich durch die naturgemäße Anpassung an den Wechsel der Verhältnisse ergibt, mit dem die Fortschrittspartei als modern demokratische Partei jederzeit Schritt gehalten hat und auch weiter halten wird, und in jenen Punkten, in denen allerdings grundsätzliche Reparaturen erforderlich sind — wir meinen hier die Stärke der Organisation und die Entschiedenheit in der Betätigung der Partei — wird die angezweifelte Entwicklungsfähigkeit der Partei in nächster Zeit hoffentlich viele ausgiebig überraschen.

## Der Kriegsparteitag.

Der deutsche Parteivorstand plant, wie wir mitgeteilt haben, die Einberufung eines Parteitages. Im Augenblick beschäftigt sich mit der Frage der Parteiaussschuß, der durch zwei Tage in Berlin Sitzung hält. (Der Parteiaussschuß ist eine Einrichtung der letzten Jahre; er besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Der Parteiaussschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen... und gibt durch Beschluß seine Gutachten ab.) Obwohl der Parteiaussschuß noch nichts vorgeschlagen hat, hat der Gedanke schon den leidenschaftlichsten Widerspruch hervorgerufen. Schon das zeigt, in welcher schwerer Krise sich die deutsche Partei befindet. An sich schiene nichts selbstverständlicher, als daß die deutsche Sozialdemokratie an ihre Gesamtberatung trete. Wie denn anders! Die Organisation der Partei beruht auf dem alljährlichen Parteitag, und wenn dieser schon im Frieden, in dem normalen Lauf der Dinge, als unentbehrlich erkannt wird: wie dann erst jetzt, wo ganz neue Fragen vor die Partei getreten sind! Der letzte

Parteitag ist im Jahre 1913 abgehalten worden; es sind also bereits drei Jahre, daß die Partei der klärenden und zusammenfassenden Beratung entbehrt. Und es soll nicht selbstverständlich sein, daß sie nun erfolgt? Dabei ist doch gar nicht abzusehen, wann jene ganz normalen Zeiten, die für die Abhaltung des Parteitages angeblich die unerläßliche Voraussetzung sein sollen, kommen werden — denn mit dem Aufhören der kriegerischen Operationen werden sie noch lange nicht da sein —: das parteitaglose Zwischenspiel wäre danach in der Dauer unberechenbar. Und was in Deutschland als unerhört hingestellt wird, das ist anderen sozialdemokratischen Parteien, und zwar den Parteien in allen kriegsführenden Ländern, als das Selbstverständliche erschienen: überall sind während des Krieges Parteitage abgehalten worden und nirgends ist die Abhaltung auf einen Widerstand gestoßen, am wenigsten, daß ihr die radikale Richtung widersprochen hätte. Die französische sozialistische Partei hat seit dem Kriege bereits zwei Kongresse abgehalten. In England halten alle sozialistischen Parteien regelmäßig ihre Jahresversammlung ab, der Gewerkschaftskongress ist nie entfallen; im Gegenteil, es sind mehrere außerordentliche abgehalten worden. Was uns Deutsche in Oesterreich betrifft, so haben wir den formellen Schwierigkeiten insofern Rechnung getragen, daß statt des Parteitages eine Reichskonferenz berufen wurde, voriges Jahr und heuer; aber die Genossen wissen, daß die heutige Reichskonferenz in allem und jedem, in der Bescheidung, Beratung, Beschließung, die Eigenschaften eines regelrechten Parteitages hatte. Erwägt man all dies, so scheint es eigentlich unfaßbar, daß der Gedanke, nach drei Jahren einen Parteitag abzuhalten, einem so stürmischen, überspannten Widerspruch begegnet. Man kann natürlich sagen, daß ein Parteitag während des Krieges doch kein echter Parteitag sei und man von ihm nicht allzuviel erwarten könne, man kann sogar meinen, daß er zwecklos sei; aber schädlich und gefährlich? Es soll schädlich sein, wenn die Sozialdemokraten zu einer Beratung zusammentreten; gefährlich, wenn sie zusammenkommen, um sich auszusprechen? Wenn nun die Furcht vor den Gefahren und Schädigungen, die von dem Parteitag kommen könnten, keine eingebildete ist, so würde das nur beweisen, daß sich die deutsche Sozialdemokratie in einer ernststen und schwersten Krise befindet.

Es ist selbstverständlich ganz richtig, daß ein Parteitag während der Kriegszeit, also während der Zensur, die die Erörterung und Berichterstattung in der Presse so starken Beschränkungen unterwirft, während des Belagerungszustandes, der schon die Freiheit der Wahl der Delegierten in Frage stellt und die Freiheit der Diskussion selbst hinter geschlossenen Türen beeinträchtigt, kein Parteitag sein kann, wie ihn gerade die deutsche Bruderpartei traditionell kennt. Aber ergibt sich daraus, daß man auf den Parteitag deshalb ganz verzichten müsse? Der Krieg zwingt zu mancherlei Verzichteten und macht es nötig, sich ihm in vielem anzupassen; warum soll das gerade bei der obersten Notwendigkeit nicht gehen? Die deutsche Partei stand noch unter schwererem Druck, als ihr der Krieg auferlegt, unter dem Sozialistengesetz; hätte man da raten wollen, die Abhaltung der Parteitageberatung deshalb zu unterlassen? Wenn diese Schlussfolgerung richtig wäre, so müßte man schon auch die Presse auflassen: denn auch da ist die Freiheit der

Betrachtung und Erörterung sehr erschwert und alles kommt nur halb und schwächlich zu Tage. Nicht anders steht es mit dem Einwand, daß der Parteitag darum unmöglich sei, weil die Massen der sozialdemokratischen Genossen im Felde sind, ihr Wille sich demnach nicht geltend machen kann und es unzulässig wäre, über ihn hinwegzugehen und Beschlüsse in ihrer Abwesenheit zu fassen. Aber trotz dem Kriege geht die Welt und geht auch das politische Leben weiter, und auch die Demokratie kann nicht innehalten und ihre Aufgabe darin beschließen sehen, zu warten. Was für die Partei gelten soll, würde zum Beispiel auch für das Parlament gelten. Die ab-

geordneten, die jetzt die Parlamente bilden, sind von den Wählern ganz bestimmt nicht mit dem Mandat beauftragt worden, über Kriegsfragen zu entscheiden; sachlich angesehen, scheinen sie dazu nicht mehr zuständig, als ein Parteitag Zuständigkeit beanspruchen kann, der unter dem Kriegsdruck erwählt wird und verhandelt. Alle Parlamente, deren Mandat während des Krieges erlischt, verlängern einfach ihre Dauer und so wird es gegebenenfalls auch der Reichstag tun; warum soll nun die Demokratie dazu verurteilt sein, tatenlos den Dingen zuzusehen? Und wenn die Abwesenheit der Masse der Genossen dazu verpflichten sollte, daß inzwischen nichts verhandelt und nichts beschlossen wird, so müßte das doch für das ganze Parteileben gelten, für die Presse wie für alle örtlichen Organisationen; es wird aber im Reiche unausgesetzt debattiert und resolutioniert. Daß der Kriegsparteitag sozusagen nur ein Bruchstück der normalen Parteitage sein kann, wird ihm selbstverständlich Beschränkungen für seine Arbeit auferlegen und ihr Gewicht mindern; gegen die Abhaltung des Parteitages, insofern er sonst nötig ist und nützlich, scheint es kein stichhaltiger Einwand.

Man darf allerdings, wenn man die Möglichkeit des Parteitages erwägt, die Dinge nicht übertreiben. Ein Kriegsparteitag vermag in jedem Falle, also auch in dem für die deutsche Partei leider gar nicht zutreffenden Falle, daß sie im großen und ganzen einig ist, natürlich nur eine beschränkte Wirksamkeit zu entfalten. Der „Vorwärts“ allerdings denkt daran, daß der Parteitag „nicht nur die entscheidendsten Fragen der inneren Politik, sondern auch die verwickeltesten Fragen der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik, die Probleme der ganzen auswärtigen Politik“ zu entscheiden haben werde. Es sind, meint er, „um nur einiges anzudeuten, die Fragen der europäischen Handels- und Zollpolitik, das Problem Mitteleuropas, die Beurteilung der europäischen Bündnispolitik, die Stellungnahme zur Kolonialpolitik, zum Militarismus, zu den Seerüstungen, zur offenen Tür, zur Freiheit der Meere, zu Grundfragen des Völkerrechtes, der Abrüstung, der Schiedsgerichte“, über welche Fragen der Parteitag vor allem ins Klare kommen müsse. Wenn das nur „einiges“ ist, so scheint es uns ein bißchen viel; wir wären todfröh, wenn ein Parteitag vorläufig nur die eine Frage beantworten und lösen würde: wie nämlich aus dem jetzt tobenden Bruderkampf wieder die eine einheitliche deutsche Sozialdemokratie zu bilden sei, die ihre Kraft einträchtig und geschlossen für den proletarischen Klassenkampf wirksam macht. Und da der Parteitag, bevor er sich zu der Parteifrage wendet, vorerst jene „einigen“ Nebenfragen zu entscheiden hätte, so braucht er natürlich auch eine gründliche Beratung: „alle diese Streitfragen können erst nach freier, gründlichster Aussprache in der Presse, in Zeitschriften und Büchern, und daran anschließend in Versammlungen, einem Parteitag zur Lösung vorgelegt werden“. Namentlich die Bücher werden wohl recht nötig sein... Nur scheint uns diese „Bepackung“ des Parteitages mit so ziemlich allen Problemen des nationalen und internationalen Lebens, der inneren, auswärtigen und Weltpolitik ganz zu übersehen, daß die Entscheidung des Parteitages für sie alle zu spät käme. Denn wenn der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erst dann auftreten kann, wenn der Krieg vorbei ist und der Friedensschluß da, so schaltet er die organisierte Kraft des deutschen Proletariats für die Fragen von Krieg und Frieden so ziemlich aus, und er wird an alle jene Fragen erst herantreten, wenn sie entschieden sein werden. Man braucht das Gewicht der feierlichsten Parteifundgebung nicht zu überschätzen — obwohl, wenn sich die Partei der Selbsterfleischung nicht hingäbe, ihr Gewicht schon in die Waagschale fiele — und muß doch eine Argumentation seltsam nennen, die auf der einen Seite dem Parteitag die größten Probleme zuschiebt, auf der anderen seinen Willen nicht rechtzeitig lebendig machen will. Wir aber können uns schon vorstellen, daß ein

23. VII. 1916

36

## Im Kriegsparteitag.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie für Krieg und Frieden von wirklicher Bedeutung werden könnte.

Wir sind uns aber natürlich nicht im unklaren darüber, daß das Für und Gegen hier ausschließlich von parteipolitischen Beweggründen bestimmt wird, und dies auf beiden Seiten. Der Parteivorstand ist wohl der Ueberzeugung, auf dem Parteitag die Mehrheit zu finden und danach von ihren Beschlüssen eine Kräftigung seiner Stellung und seines Ansehens gewärtigen zu können. Die Opposition hegt dagegen die Hoffnung, bei der Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse allmählich die Mehrheit zu gewinnen, also den nächsten Parteitag, wenn er nicht jetzt abgehalten wird, zu beherrschen; sie befürchtet aber auch, daß der Kriegsparteitag unter Umständen dazu gebracht werden könnte, von seiner Mehrheit einen Gebrauch zu machen, der der Partei verhängnisvoll werden müßte, nämlich Beschlüsse zu fassen, denen die Opposition nicht gehorchen kann, die also dazu führen könnten, daß aus dem Parteitag, der die Einigung anstrebt, die Spaltung hervorgeht. Was nun den Parteivorstand betrifft, so ist sein Bedürfnis, aus der peinlichen Lage herauszukommen, wohl zu begreifen. Er ist das Objekt unausgesetzter und schändlicher Angriffe; ist es doch das Merkmal einer gewissen Abart des Radikalismus, von den Männern, denen der letzte Parteitag die Führung der Partei anvertraut hat, ja nur in dem geringschätzigsten, um nicht zu sagen: verächtlichsten Tone zu reden. Findet es doch sogar Kautsky für angemessen, zu versichern, „die moralische Autorität des Vorstandes sei in stetem Sinken begriffen“. Nun beruht gerade in dem Verhältnis von Mitgliefern und Führern die Demokratie auf Vertrauen; der Parteivorstand ist doch keine Behörde oder Obrigkeit, sein Sein und seine Wirksamkeit sind daran geknüpft, daß man ihm vertraut und ihn achtet. Was soll also der Parteivorstand, der für ein Jahr gewählt ist, nun aber mit der Würde — denn es ist unter den heutigen Verhältnissen in der deutschen Partei eine schwere Bürde — drei Jahre behaftet ist, nun eigentlich tun? Daß er seine Ueberzeugung opfere, mit der es ihm doch ebenso Ernst ist wie der Opposition mit ihrer, wird doch vernünftigerweise niemand verlangen. Einen Parteitag zu berufen, zu dessen Berufung ihn das Organisationsstatut verpflichtet, der dann entweder seine Vertrauens bestätigung oder neue Männer einsetzen würde, das darf er nicht; das wäre eine Farce, sagt das Zentralorgan. Soll er also verpflichtet sein, dem „stetem Sinken seiner moralischen Autorität“ so lange zuzusehen, bis er, wie man sich jetzt ausdrückt, ganz auf den Hund gekommen ist? Schließlich könnten sich die Männer, die man vor drei Jahren einstimmig gewählt hat und denen man jetzt von autoritativer Seite bescheinigt, daß sie mit ihrem Parteiansehen stetig sanken, einfach entschließen, zu demissionieren; was dann? Daß sie das Vertrauen der wirklichen Mehrheit der Parteigenossen nicht haben, wird ihnen ja ununterbrochen vorgetragen, so wieder vom „Vorwärts“ in seiner Polemik gegen den Kriegsparteitag; aber wie sollen sie dann noch beanspruchen können, das Amt weiter zu versehen? Daß also der Parteivorstand das Bedürfnis hat, seine Stellung zu klären, ist begreiflich; er hat auf diese Klärung auch ein Recht. Natürlich sind auch die Bedenken der Opposition zu verstehen, denn daß es innerhalb der Mehrheit auch Leute gibt, in deren Sinn die Hinausdrängung der radikalen Elemente liegt, die sich also vielleicht nicht bedenken würden, auf dem Parteitag Beschlüsse zuwege zu bringen, die für die Opposition entweder ein laudinisches Joch oder der Zwang sein sollen, sich über sie hinwegzusetzen, woraus sich die Gefahr einer ernstlichen Spaltung ergeben könnte: das ist nach vielem, was man so liest, nicht zu bezweifeln. Aber daraus folgt nun keineswegs, daß der Parteitag schädlich wirken müßte; er könnte, allen Zweifeln zu Trotz, nützlich und fruchtbar wirken. Es kommt eben darauf an, in welchem Geiste man ihn einberuft,

was man mit ihm will und auf welches Ergebnis man lossteuert.

Was der Parteitag leisten sollte und leisten könnte, ist eine ebenso einfache wie nötige Sache: daß die deutsche Sozialdemokratie eine Partei bleibe, eine aktionsfähige Partei, die fähig ist, in den politischen Entscheidungen, die sich auf den Krieg beziehen, die seine Dauer und die Möglichkeit seiner Beendigung betreffen, die Bedeutung und das Gewicht des Willens der deutschen Arbeiterklasse wirksam zu machen. Kein verständiger Mann, ob er nun rechts oder links steht, wird verlangen oder erwarten, daß die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten, die gerade der Krieg entzündet hat, durch den Nachspruch eines Parteitages gelöst werden, daß etwa der gordische Knoten dieser Gegensätze durch die Parteitagsentscheidung durchgehauen werden solle; das kann natürlich der Kriegsparteitag nicht leisten und das wird auch ein normaler Parteitag, und ginge ihm die breiteste und umfanglichste Diskussion voraus, zu leisten nicht vermögen. Aber Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten hat es in der deutschen Partei ja immer gegeben und die Abstimmungen von einem Duzend Parteitag haben nicht vermocht, sie aus der Welt zu schaffen; wohl deshalb, weil die zwei Richtungen ihre sehr bestimmten Ursachen haben, die sich aus der Zwiespältigkeit der Stellung der Arbeiterklasse selbst ergeben. Das hat nun die deutsche Sozialdemokratie nie daran gehindert, zu wirken: das heißt in dem proletarischen Massenkampf die volle Kraft der Arbeiterklasse allezeit lebendig machen zu können. Aber daß sie dessen heute fähig wäre, ist recht zweifelhaft: weil eben alle Energien auf den Bruderkrieg gerichtet sind, sich in ihm aufreiben und dadurch die ganze proletarische Kraft schwächen. Aber ist es wirklich unmöglich, das Augenmerk der Partei, statt es unausgesetzt der Vergangenheit zuzuwenden, auf die Zukunft zu richten? Für die Beurteilung des Geschehenen kann die Einheitslichkeit nicht herbeigeführt werden; aber über das, was geschehen soll, ist man ja einiger, als man es auf beiden Seiten gelten lassen will! Die Vorstellung, daß aus dem Kriegsparteitag nur Unheil herauskommen kann, ist im Grunde nur die Vorstellung, daß sich die Männer von rechts und von links als Feinde gegenüberstehen, sich demnach auf dem Parteitag nur als Feinde begegnen und behandeln können. Eine Vorstellung, von der wir, aller Heftigkeit des Streites ungeachtet, überzeugt sind, daß sie falsch ist! Der Wert der leidenschaftlichen Erörterungen auf den deutschen Parteitag hat sehr selten in der Abstimmung bestanden; darin ist er zu suchen, daß sich die Vertrauensmänner des Proletariats ausgesprochen hatten, stürmisch, schroff, leidenschaftlich, aber doch ausgesprochen, jede Seite die andere Anschauung vernahm und dadurch die Bedingtheit ihrer eigenen erkannte. Diese Aussprache täte auch diesmal not, und selbst wenn sie nur auf die Vertrauensmänner beschränkt bliebe, wenn die Zensur es verhindert, daß die breiten Massen sie mitmachen, auch dann behielte sie ihren Wert. Denn es würde jedem nützlich sein, wenn er auch den anderen hörte und ihm Rede und Antwort stehen müßte; es würde beiden frommen, Vorwürfe und Beschwerden zu hören und auf sie antworten zu müssen, sein Tun vor den anderen zu verantworten zu haben! Wenn es sich bei dem Streit der zwei Gruppen nur um sachliche Gegensätze handelt und nicht um einen Machtkampf, so müßten wohl beide Teile den brennenden Wunsch haben, sich auseinanderzusetzen und für die Zukunft ein Vorgehen zu vereinbaren, das allerdings darauf verzichtet, eine Einheitslichkeit der Anschauung über alle Kriegs- und Friedensfragen, die nun einmal nicht vorhanden ist, zu erzwingen, eine Einseitigkeit, die nur äußerlich sein könnte und darum wertlos wäre, das aber doch die deutsche Sozialdemokratie als eine aktionsfähige Partei erhält und dadurch ihren Einfluß auf die Kriegspolitik begründet. Der Parteitag muß kein Schachzug der Mehrheit sein und braucht von der

23. VII. 1916

37

**Die Bestrebungen nach Schaffung einer deutschen  
Arbeitsgemeinschaft.**

Dienstag den 25. d. findet eine neuerliche Beratung der Deutschböhmischen Vereinigung in Wien statt, auf deren Tagesordnung zwar ein anderer Gegenstand steht als die Frage einer Parteibildung, doch wird sich bei diesem Anlaß die Möglichkeit ergeben, weitere Mitteilungen über den Stand der Bestrebungen zur Bildung neuer Partei-gruppierungen in den Kreisen der deutschen Abgeordneten zu machen.

(Ungarische Zollpolitische Zentrale.) Die Ungarische Zollpolitische Zentrale hielt gestern unter dem Borſiße des Magnatenhausmitgliedes Dr. Franz Chorin ihre dritte Generalversammlung. Die Generalversammlung nahm den Jahresbericht, welcher sich hauptsächlich mit der während des Krieges entfalteten Tätigkeit der Zentrale befaßt, zur Kenntnis. Auf Antrag der Herren Dr. Jakob Schreyer, Baron Moriz Kornfeld und Ludwig Rosenauer, Präsident der Handels- und Gewerbekammer in Bestercebánya, sagte die Generalversammlung den Präsidenten der Zentrale Leo Bánczy und Franz Chorin protokollariſchen Dank; ebenso wurde auch den unter der Leitung der Sekretäre Dr. May Jenuhó und Josef Vágó arbeitenden Referenten Dank votiert. Zum Schluſſe wurden Hofrat Uladár Sahaß und Kommerzialrat Aloß Zwad mit der Leitung und Kontrolle der Finanzangelegenheiten der Zollpolitischen Zentrale betraut. Die nach der Generalversammlung abgehaltene Sitzung des Präſidialausſchusses befaßte sich mit dem bezüglich der Revision des autonomen Zolltarifs ausgearbeiteten Memorandum, welches in sechs Bänden jede einzelne Poſt des Zolltarifs behandelt und konkrete Vorſchläge für den neuen autonomen Zolltarif unterbreitet. Diese Vorſchläge wurden — wie dies Präsident Chorin in ſeiner Eröffnungsrede ausführte — auf Grund des weiteren Bestandes des Vertragszollgebietes erſtattet. Dies iſt aber nicht gleichbedeutend damit, daß die Zollpolitische Zentrale für die Gemeinſamkeit des Zollgebietes Stellung genommen hat. Sie konnte dies umſo weniger tun, als ein Teil der die Zollpolitischen Zentrale bildenden Korporationen die wirtschaftliche Kräftigung Ungarns von der Aufhebung des freien Verkehrs zwischen Oeſterreich und Ungarn erwartet. Bei der Sammlung und Aufarbeitung des Materials hat die Zollpolitische Zentrale auch darauf geachtet, daß ſie für den Fall, wenn die mit Oeſterreich geſtiegene Verhandlungen kein Reſultat ergeben ſollten und die Regierung entweder den Standpunkt des ſelbſtändigen Zollgebietes oder den der Zwischenzölle einnehmen würde, auch diesbezüglich ihre Vorſchläge zu unterbreiten in der Lage ſei. Der Präſidialausſchuß

hieß den erſten Band des Memorandums gut. Mit der endgültigen Feſtſtellung der Vorſchläge der übrigen Bände und der Vereiniung der noch ſchwebenden Streitfragen wurden mehrere Subkommiſſionen unter dem Präſidium des Geheimen Rates Alexander v. Matlekovits betraut. Eine ſpättere Sitzung des Präſidialausſchusses wird die Vorſchläge der Subkommiſſionen in Verhandlung ziehen. Auf eine Anfrage des Mitgliedes Dr. Leo v. Goldberger erſtatteten die Sekretäre Josef Vágó und Dr. May Jenuhó Bericht über die jezt im Bureau der Zollpolitischen Zentrale in Arbeit befindlichen Fragen. Diese betreffen die Verfügunen des autonomen Zollgeſetzes über den Veredelungsverkehr und die Einfuhrſcheine, ferner den Handelsvertrag mit Deutschland und den neuen türkiſchen Zolltarif.

## Die fünf Sozialdemokratien.

Eine Klarstellung.

— Berlin, 24. Juli.

Die Zerlegung der deutschen Sozialdemokratie hat einen hohen Grad erreicht. Nicht weniger als fünf Gruppen lassen sich, wie H. v. Gerlach in der Welt am Montag darlegt, in ihr deutlich unterscheiden: äußerste Linke, Linke, linkes Zentrum, rechtes Zentrum, Rechte.

Die äußerste Linke kennzeichnet man am besten durch den Namen „Spartakusgruppe“. Wirkliche Namen zu nennen, ist deshalb nicht ratsam, weil das wie eine Denunziation wirken kann. Man weiß ja, mit welcher besonderen Aufmerksamkeit die Glieder gerade dieser Gruppe an bestimmten Stellen beobachtet werden. Die stimmungsmäßige Werbestraft der äußersten Linken hat seit der Verurteilung von Liebsknecht zu Zuchthaus durch verschiedene Maßnahmen einen besonderen Antriebs erfahren. Trotzdem winkt ihr keine große Zukunft. Mit dem Herzen mögen viele bei ihr sein. Aber auch die radikalsten Arbeiter sind geschult genug, um schließlich bei wirklich politischen Entscheidungen den Verstand obliegen zu lassen. Beweis dessen: bei der Generalversammlung von Groß-Berlin blieben die Freunde der Beitragsperre in kleiner Minderheit gegenüber der Richtung Haase. In Berlin ist man gewiß sehr radikal. Aber ein sicherer Instinkt schreckt die Massen vor anarcho-sozialistischen Experimenten zurück. Mögen ein paar Hühner auch „Hunde“-Flugblätter verbreiten, die im Stil in bedenklicher Weise an die Spießliteratur zur Zeit des Sozialistengesetzes erinnern, die riesige Mehrheit wird den Weg der geordneten parlamentarischen Entscheidung nicht verlassen.

Die weitaus gewichtigste Minderheitsgruppe ist die der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Zwischen ihr, der Linken, und dem rechten Zentrum steht irgendwann der Kampf um Mehrheit und Macht bevor. Haase oder

Scheidemann? Augenblicklich scheint sie noch zur Rolle einer ohnmächtigen Minderheit verdammt, 19 gegen 89! Aber die Fraktion ist nicht die Partei. Niemand weiß, wie das Stimmenverhältnis draußen im Lande sich verteilt. Niemand weiß vor allem, wie es sich verteilen wird, wenn erst die Haase, Ledebour und Bernstein reden dürfen. Denn vorläufig steht es doch noch so: die Stellungnahme dieser Männer ist bekannt. Aber die Gründe für ihre Stellungnahme sind der großen Öffentlichkeit unbekannt. Und müssen es bleiben, so lange wir den Belagerungszustand haben.

Sicher ist, daß die Linke schon jetzt eine starke moralische Unterstützung durch das linke Zentrum der Erdmann, Edmund Fischer, Koch und Genossen erfährt. Das sind die reichlich zwanzig Fraktionsmitglieder, die grundsätzlich ganz oder fast ganz wie Haase und Bernstein stehen, aber bis jetzt zu anderen praktischen Konsequenzen gelangen. Unterschied der Taktik, nicht des Prinzips! Es sind teils ehemalige Revisionisten, die den Wechsel der Front von Rußland gegen England nicht mitmachen, teils alte Radikale, die in dem jetzigen Verhalten der Fraktion einen Bruch mit der ihrer Meinung nach guten Tradition der Partei erblicken. Auch sie alle sind gegen die Kreditbewilligung. Aber sie stimmen nicht dagegen, sondern gehen nur hinaus, um die inneren Differenzen nicht allzu stark äußerlich zu markieren. Sie fassen eben den Begriff der Disziplin formeller auf als die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.

Die zurzeit noch allein herrschende Richtung ist das rechte Zentrum mit Scheidemann als Höchstkommandierenden und David als dirigierenden Generalstabschef. Sie setzt sich zusammen aus drei Elementen: den meisten Gewerkschaftsführern, den Parteibureaucraten und den Opportunisten. Ihre Macht ist groß, da sie so ziemlich über den gesamten Partei- und Gewerkschaftsapparat gebietet. Wie weit sich allerdings der „Apparat“ mit der Mitgliedschaft deckt, muß erst die Zukunft lehren. Das rechte Zentrum bemüht sich eifrig, die Fiktion aufrechtzuerhalten, die Sozialdemokratie von heute sei dieselbe wie die vor dem Kriege. Man braucht noch die alten Worte und tut so, als entsprächen die Beschlüsse während des Krieges durchaus den Beschlüssen vor dem Kriege.

Die Rechte ist offener oder — einsichtiger. Sie versucht, an Stelle der Fiktion, alles sei geblieben, wie es war, neue Realitäten und neue Ideale zu sehen. Sie besteht im wesentlichen aus Literaten. Aber diese Literaten sind sehr verschiedener Natur. Teils sind es alte extreme Revisionisten, wie Pénz, Hendrich und Kolb, die ihre früheren revisionistischen Gedankengänge mit äußerster Beschleunigung und Intensität zu Ende gedacht haben und die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen. Teils sind es frühere radikale Marxisten, wie Dr. Paul Lensch, die urplötzlich während des Krieges ihren Tag von Damaskus erlebt haben und nun mit geradeau paulinischem Eifer die neue Heilslehre künden. Beide Zweige der Rechten werden in ihren äußersten Ausläufern dem herrschenden Zentrum außerordentlich unbehagen, weil sie das sanfte Ruhestücken der Fiktion heillos gefährden. Macht einer gar zu offen in Imperialismus oder redet einer in einer — nach altsozialdemokratischen Begriffen — gar zu kompromittierlichen Gesellschaft, so wird er vom Vorstand zurückgepfiffen oder wenigstens angepfiffen.

**Verbotene allslawische Biervignetten.**

Das Preisgericht in Neutitschein hat die Weiterverbreitung der in der Druckerlei des Julius Pitterl in Mährisch-Ostau gedruckten, von Anton Othpla in Marienberg herausgegebenen und in Marienberg erschienenen, auf den von Anton Othpla in Marienberg verkauften Bierflaschen angebrachten, respektive für die Anbringung auf solche Bierflaschen, bestimmten, in allslawischen Farben hergestellten Vignetten mit dem Text: „Protivinsky granat-Pivovar zalozen roku 1598. Sklad Mar. Hory“ versehen auch mit dem Wapen des Schwarzenbergischen Hauses, respektive mit dem Text: „Bier aus dem Aktienbräuhaus Dubweis. Niederlage Marienberg“. „Pivo z ceskeho akcioveho pivovaru Ceske Budejovice sklad v Mar. Horach“ verboten.

**Deutscher Nationalverband.**

Die Sitzung der Deutschvölkischen Vereinigung des Deutschen Nationalverbandes, die für gestern den 25. angelegt war, wurde auf Dienstag den 1. August verschoben, da es einer Reihe von Mitgliedern der Deutschvölkischen Vereinigung nicht möglich war, nach Wien zur Sitzung zu kommen, auf deren Tagesordnung sehr wichtige Verhandlungsgegenstände stehen.

**Die Christlichsozialen beim Ministerpräsidenten.**

\* Wien, 28. Juli. In Durchführung der Beschlüsse der letzten Vollberatung der christlichsozialen Vereinigung des Abgeordnetenhauses erschienen heute der geschäftsführende Obmann Abgeordneter Dr. v. Baehle, dessen Stellvertreter Präsident Schraffl, der Parteichef Landmarschall Prinz Liechtenstein, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Dr. Gebmann und Vizepräsident Kufel beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh. Präsident Schraffl berichtete über die Beschlüsse des christlichsozialen Reichsratsklubs zu den aktuellen Lagefragen und brachte dem Kabinettschef die Forderungen der christlichsozialen Partei zur Kenntnis. Der Ministerpräsident besprach eingehend die allgemeine Lage und die gegenwärtig zu lösenden Aufgaben und erklärte seine volle Bereitwilligkeit, gegebenenfalls die Vertreter der Partei über den jeweiligen Stand aller aktuellen Fragen nach Möglichkeit zu unterrichten.

\* Die Wiener Freisinnigen und die geplante Deutsche Arbeitspartei. Nun haben auch die Mandatäre und Vertrauensmänner der verschiedenen freisinnigen Schattierungen Wiens zum Plane der Gründung einer „Deutschen Arbeitspartei“ aller Freiheitlichen Stellung genommen. Bei den Besprechungen, die zwischen dem 20. und 27. d. stattfanden, war Abg. Friedmann der Berichterstatter, den Vorsitz führte Abg. Zentler. In der Debatte verlangten, wie die Parlamentarische Korrespondenz meldet, die Abgeordneten Hofrat Baron Hof und Dr. Osner, daß die Ehe- und Schulreform sowie überhaupt die bekannten freisinnigen Forderungen auf religiösem und kulturellem Gebiete als erster Punkt ins Programm der neuen Partei aufgenommen werden müßten. Der Vorsitzende, Abg. Zentler, beschwichtigte die beiden Redner mit dem Versprechen, daß selbstverständlich die in diesen Erklärungen zum Ausdruck gekommenen Forderungen bei der Gründung einer großen deutschfreihellen Partei die entsprechende volle Würdigung finden müssen, doch dürfe man bei der Schaffung einer deutschen Einheitspartei das große Ganze nicht außer acht lassen und wohl erwägen, von welchem großem Wert das Zustandekommen einer solchen Partei wäre. Abg. Kemetter (ihn in dieser Gesellschaft zu sehen, tut einem in der Seele weh!) bemerkte zu den Wünschen der Abgeordneten Hof und Osner nicht übel, ihre Forderungen lämen ihm so vor, als würden die Leute vor einem brennenden Hause miteinander streiten, nach welchen Grundsätzen man beim Löschen vorgehen solle. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, die Besprechungen sollen fortgesetzt werden.

\* Heimkehrende Zivilisatane aus Afrika

29. VII. 1916

**Inland.**

Wien, 28. Juli. (Die Beratungen der Polenführer.) Die politische Kommission des Polenklubs hat ihre Beratungen, die mittags unterbrochen wurden, am Nachmittag fortgesetzt. Ueber die Anträge, betreffend die Behandlung mehrerer politischer Fragen, entspann sich eine eingehende Debatte, an der sich die Vertreter sämtlicher polnischer Gruppen beteiligten. Nach vierstündiger Dauer gelangte die Kommission zu einer einmütigen Beschlussfassung.

In der morgigen Plenarsitzung des Polenklubs werden wahrscheinlich nur Angelegenheiten wirtschaftlicher Natur zur Verhandlung gelangen. Der Obmann des Polenklubs Dr. v. Biluski wird, wie in polnischen Abgeordnetenkreisen verlautet, im Laufe der nächsten Tage mit den maßgebenden Kreisen Besprechungen haben.

### Hus der Sozialdemokratie.

**Ein Parteitag — so bald als möglich.** Diese Forderung stellt der von Wilhelm Kolb, dem Führer der badischen Sozialdemokratie geleitete „Volksfreund“ in Karlsruhe. Von einer Reichskonferenz hält er gar nichts:

„Sie kann weder Parteibeschlüsse aufheben, noch kann sie irgendwelche bindenden Beschlüsse fassen. Daß durch gutes Zureden der fortschreitenden Zerrüttung der Partei Einhalt getan werden könnte, ist aber völlig ausgeschlossen. Irgend ein praktisches Resultat ist also von einer Reichskonferenz nicht zu erwarten, da sie über keinerlei Kompetenzen verfügt.“

Der „Volksfreund“ hält „eine Verständigung mit der äußersten Linken für gänzlich ausgeschlossen“. Auch sei „kaum anzunehmen, daß der Parteivorstand damit rechnet, die Abspaltung dieser Gruppe verhüten zu wollen“. Die Partei müsse von jedem ihrer Anhänger verlangen, daß er die Beschlüsse der Mehrheit respektiert:

„Insofern die Anhänger der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gewillt sind, diesem demokratischen Grundsatz sich zu fügen, besteht kein Grund dafür, ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihnen für unmöglich zu halten. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß es innerhalb der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine Anzahl Genossen gibt, die diesen Grundsatz auch jetzt noch anerkennen, obwohl sie ihn in privater Weise durch ihren Beitritt zur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft verletzt haben. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß in der Gruppe Haase-Ledebour auch Elemente sich befinden, die nur deshalb sich noch nicht auf die Seite der äußersten Linken geschlagen haben, weil sie immer noch hoffen, die jetzige Mehrheit in die Minderheit drängen zu können.“

Jedenfalls könne gar keine Rede davon sein, daß die Mehrheit lediglich zu dem Zweck, eine organisatorische Spaltung zu vermeiden, sich auf faule Kompromisse mit der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft einlassen kann: „So wie die Dinge sich entwickelt haben, ist an eine Ueberbrückung der Gegensätze nicht mehr zu denken. Damit müssen wir uns abfinden. Man muß diese Tatsache aufs tiefste bedauern, aber zu ändern ist an ihr nichts mehr.“

29. VII. 1916

**Wien, 28. Juli. (Die deutschfreiheitlichen Abgeordneten Wiens und die Bildung einer deutschen Einheitspartei.) Am 20. und**

27. d. fanden in Wien Besprechungen der deutschfreiheitlichen Abgeordneten und der deutschfreiheitlichen Vertrauensmänner Wiens statt, in denen die Vorschläge zur Bildung einer deutschen Einheitspartei der eingehenden Erörterung unterzogen wurden. Den Vorsitz in diesen Besprechungen führte Abg. Zenker. In der Besprechung am 20. d. gab Abgeordneter Friedmann eine Darstellung über den bisherigen Gang der Einigungsbestrebungen und führte in längerer Rede aus, welche Gründe für die Zweckmäßigkeit der Bildung einer Einheitspartei sprechen. An diese Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Debatte über die politische Zweckmäßigkeit einer solchen Partei, über die Art ihrer Bildung und Zusammensetzung und über ein für eine derartige Partei aufzustellendes Programm.

Die Abgeordneten Dr. Džner und Freiherr v. Sosa erklärten mit Entschiedenheit, daß als erster Punkt eines derartigen Programms die freiheitlichen Forderungen auf religiösem und kulturellem Gebiete, Ehe- und Schulreform, festgelegt werden müßten. Nur unter dieser Bedingung könne eine wirkliche deutschfreiheitliche große Partei geschaffen werden, der auch sie und ihre Anhänger beitreten könnten.

Vorsitzender Abg. Zenker bemerkte hierzu, daß selbstverständlich die in diesen Erklärungen zum Ausdruck gekommenen Forderungen bei der Gründung einer großen deutschfreiheitlichen Partei die entsprechende volle Würdigung finden müssen. Bei der Schaffung einer deutschen Einheitspartei dürfe man aber das große Ganze nicht außer acht lassen und müsse wohl erwägen, von welchem großem Werte das Zustandekommen einer solchen Partei wäre.

In den Beratungen vom 20. und 27. d. wurden bindende Beschlüsse nicht gefaßt, die Beratungen werden fortgesetzt werden.

**\* Ein Aufruf des Deutschen Volksrates in Böhmen.** Unter dem Schlagwort „Zum 18. August 1916“ veröffentlicht der Deutsche Volksrat in Böhmen nachstehenden Aufruf: „Der Krieg hat schon schwere Opfer gefordert, doch gern hat Deutschböhmern sein Teil gebracht. Es gilt aber, weitere Opfer zu bringen. Willig geben wir Deutschen in Böhmen für jeden Zweck; wir tun es aber um so lieber, wenn wir gleichzeitig einem vaterländischen Gedanken huldigen können. Darum soll uns auch heuer der 18. August, der den Deutsch-Oesterreichern als vaterländischer Festtag gilt, wieder bereit finden, zu opfern. Da der 17. August der Geburtstag des Thronfolgers ist und auf den 15. August ein Feiertag fällt, soll die ganze Woche eine richtige Kaiserwoche werden. Jeder, auch der kleinsten Gemeinde, wird es möglich sein, an einem

der genannten Tage entweder eine Versammlung, ein Fest oder eine andere Veranstaltung abzuhalten oder wenigstens eine Sammlung einzuleiten, damit Deutschböhmern wieder reichlich und vieles abliefern kann. Auf Beschluß des Volksrates vom 16. Juni sollen die Einnahmen der Kaiserwoche wieder zu gleichen Teilen den Wittwen und Waisen und den Kriegskrüppeln und Kriegsverletzten zugewendet werden. Rüste darum, Deutschböhmern, die Kaiserwoche im Sinne des Kaisers durch Wohltun zu begehnen! Jeder gebe, was seine Mittel erlauben, gilt es doch, die Wunden unserer Söhne zu heilen und unendliches Leid zahlreicher Familien zu stillen. Trebnitz, am 21. Juli 1916. Mit treudeutschem Gruß im Auftrage des Deutschen Volksrates für Böhmen: Dr. Litta, derzeit Vorsitzender.“

## Gegen eine Politik der Minderheiten.

In einer Betrachtung: „Was die Internationale kann und soll“ (in der „Leipziger Volkszeitung“) macht Eduard Bernstein auch die nachfolgenden Bemerkungen:

Die Aufgabe wird und kann nicht durch Minderheiten gelöst werden, die aus irgend einem Grunde mit dem Gros ihrer Partei in Gegensatz geraten sind. Solche Minderheiten können unter Umständen als Pioniere Gutes leisten und sie werden das um so besser tun, je mehr sie sich dessen bewußt bleiben, daß sie Pioniere einer größeren Vielheit sind. Sie können aber in der großen Frage, die es zu lösen gilt, nicht schlechtweg an die Stelle der Mehrheiten treten. Für diese große Frage, das heißt für die Erwirkung eines den Grundsätzen der Sozialdemokratie einigermaßen gerecht werdenden Friedens, müssen die Minderheiten, die dieses Ziel verfolgen, ihr Tun und Gebaren darauf einrichten: durch Ueberzeugen die Mehrheit für ihre Anschauung zu gewinnen, und alles vermeiden, was die Klust unnützlich erweitern muß. Auf die Mehrheiten kommt es zuletzt an. Der häusliche Streit darf nicht dahin führen, daß im entscheidenden Zeitpunkt die Geister in der Sozialdemokratie sich völlig entfremdet gegenüberstehen und insolgedessen einander nur noch neutralisieren. Natürlich ist es unsinnig und wäre auch aussichtslos, zu verlangen, daß man von der Geltendmachung gegensätzlicher Auffassungen ganz und gar Abstand nehmen und sich auf Kundgebung von Friedenswunsch und dergleichen beschränken solle. Das ist bei der Bedeutung der gegensätzlichen Standpunkte weder möglich, noch zu wünschen. Der

Meinungskampf muß bleiben. Aber er muß in einer Weise geführt werden, die — von gewissen Extremen abgesehen — eine Verständigung nicht ausschließt.

In der „Humanité“ vom 19. Juli wird ein Brief veröffentlicht, den der Führer der Schwedischen Sozialdemokratie Ojalmar Branting unterm 6. Juli an Renaudel geschrieben hat. Er hat folgenden Wortlaut:

Ich lese im „Labour Leader“, daß man mich, zusammen mit Macdonald und anderen, als Mitarbeiter an einer neuen Wochenschrift angezeigt hat, die in Paris erscheinen soll, um die Ansichten der Opposition in der französischen sozialistischen Partei zu verteidigen. Als man mich im verflossenen Winter auf die Liste der Mitarbeiter einer sozialistischen Revue setzte, deren Leitung Longuet übernehmen würde, wollte ich kein Dementi veröffentlichten, obwohl ich nie in dieser Angelegenheit befragt worden bin. Die Zeitschrift, die jetzt vorbereitet wird, bezeichnet sich offen als Organ der Opposition im Schoße der Partei. Da ich meinerseits die Richtlinien der Politik der „Humanité“ vom Standpunkt der Internationale unanfechtbar finde und im eigenen Lande selber einen unzweideutigen Kampf gegen die mehr oder minder offen hervortretenden Tendenzen der Zimmerwäldler führe, habe ich keine Veranlassung, auf jene Seite zu treten, und ich darf hinzufügen, daß niemand meine Erlaubnis eingeholt hat, um von meinem Namen Gebrauch zu machen.

## Die Konferenz der neutralen Sozialisten im Haag.

Wie bereits berichtet, wird die Konferenz der neutralen Sozialisten am 31. d. und an den darauffolgenden Tagen im Haag stattfinden. Spanien wird nicht durch Pablo Iglesias vertreten sein, da er krank ist. Statt seiner werden zwei neue Mitglieder des Internationalen Büros, nämlich Besteiro und Verdes Montenegro, erscheinen. Besteiro ist Professor der Philosophie an der Universität in Madrid, Verdes Montenegro Lehrer für Philosophie am Königlichen Athenäum in Alicante. Die spanisch sprechenden Delegierten werden noch vermehrt durch das Mitglied des argentinischen Parlaments, Repetto, der Professor an der Universität in Buenos Aires ist. Von Norwegen wird noch die Ankunft des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, Ole Lian, gemeldet. Der andere Abgeordnete Vidnes ist leitender Redakteur des „Socialdemokraten“. Die Abordnungen sind nun folgendermaßen zusammengesetzt: Luxemburg: Dr. Knauff; Spanien: Besteiro und Verdes Montenegro; Schweden: Branting; Dänemark: Stauning; Holland: Troelstra, van Kol und Albarada; Schweiz: Grimm; Vereinigte Staaten von Nordamerika: Hillquitt oder Berger; Argentinien: Dr. Repetto; Norwegen: Ole Lian und Vidnes.

Wien, 29. Juli. (Die Wiener freiheitlichen Abgeordneten und die Bildung einer deutschen Einheitspartei.) Abgeordneter Dr. Julius Osner schreibt uns: „Geehrte Schriftleitung! Die „Neue Freie Presse“ berichtet heute über die Besprechungen deutschfreihheitlicher Abgeordneter und Vertrauensmänner in Wien zur Bildung der deutschen Arbeitspartei. Ich bitte für Herrn Baron Hock und mich um eine aufklärende Bemerkung.

In meinen Ausführungen, denen sich Baron Hock anschloß, wies ich darauf hin, daß zwei Probleme, die beide wichtig sind, miteinander nicht vermengt werden dürfen. Um die Forderungen des deutschen Volkes in Oesterreich zu vertreten, ist ein Verband notwendig, der alle deutschen Parteien umfassen muß, auch die Christlichsozialen und die deutschen Sozialdemokraten. Das Programm dieses Verbandes ist einfach, es liegt nahezu im Namen. Der Verband kann aber keine Partei sein, weil sein Rahmen zu weit ist. Unabhängig davon ist das ebenso wichtige Problem, eine große deutschbürgerliche freiheitliche Partei zu schaffen. Für sie verlangten Herr Baron Hock und ich kurz gehaltene, aber klare Richtlinien, durch die sich die Partei als deutsch, freiheitlich und demokratisch bekennet. Wir haben nicht von einem ersten Punkt gesprochen, nicht die Ehe- und Schulreform besonders betont (die Ehefrage ist bekanntlich das hauptsächlichliche Kampfsgebiet des Abgeordneten Zenker), wir haben nur allgemein ein ernstes und offenes Bekenntnis zu den freiheitlichen Grundsätzen verlangt — das uns nicht vorlag.

Sonntag den 23. d. hat die „Neue Freie Presse“ einen Bericht über die deutsche Fortschrittspartei in Böhmen gebracht, in welchem es heißt: „Die deutsche Fortschrittspartei ist sofort bereit, ihnen irgendeinen Vorbehalt bezüglich ihrer Organisation in einer neuen Einheitspartei aufzugeben, wenn... Bürgschaften gegeben erscheinen, daß die obersten Grundsätze wirklich nationaler, freiheitlicher und demokratischer Politik im Programm der neuen Partei ihren gebührenden Platz finden.“ Die Forderung berührt sich nahezu wörtlich mit jener, die wir bei der Beratung gestellt hatten, und ich habe auch bei der nächsten Zusammenkunft auf diese Uebereinstimmung hingewiesen. Den Wert einer großen deutschfreihheitlichen Partei wissen wir beide selbstverständlich voll zu würdigen und waren vom ersten Moment bereit, uns an ihrer Gründung zu beteiligen. Ich zeichne in vorzüglicher Hochachtung Dr. Osner“

### Die Beratungen des Polenklubs.

Vom Sekretariate des reichsrätlichen Polenklubs wird uns mitgeteilt: Unter dem Vorsitze des Klubobmannes Dr. v. Bilinski fand in dessen Bureau Freitag eine Sitzung der politischen Kommission des Polenklubs statt, zu der sich die Kommissionsmitglieder Fürst Witold Czartoryski, v. Czajkowski, Daszynski, v. Dlugosz, German, Graf Goluchowski, v. Jaworski, Kebzior, Krogulski, Leo, v. Loewenstein, Fürst Andreas Lubomirski, Marek, Graf Reh, von Sliwinski, Graf Johann Stadnicki, v. Starowieski, Sredniawski, Graf Bislaus Tarnowski, von Letmajer und der Sekretär des Polenklubs v. Jablonski eingefunden haben.

Der Klubobmann Dr. v. Bilinski erstattete einen eingehenden Bericht über die seit der letzten Sitzung der politischen Kommission beim Minister des Aeußern unternommenen Aktionen. In der Debatte, die sich sodann entwickelte, ergriffen das Wort die Abgeordneten: Leo, Sliwinski, Daszynski, Graf Reh, Graf Stadnicki, German, Letmajer, Sredniawski, Fürst Czartoryski, Dlugosz, Starowieski und Fürst Lubomirski.

Die in der Sitzung gefaßten Beschlüsse wurden für vertraulich erklärt.

### Polenklub.

Im Gebäude der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer fand am 29. Juli l. J. eine Sitzung des reichsrätlichen Polenklubs statt, in welcher Klubobmann von Bilinski den Vorsitz führte und zu welcher sich 56 Klubmitglieder eingefunden hatten. Den Beratungen wohnten ferner bei: der Minister für Galizien v. Morawski, die Herrenhausmitglieder Fürst Witold Czartoryski, v. Jędrzejowicz, von Smolka, Graf Anton Wodzicki und Graf Józef Tarnowski, sowie die Landtags-Abgeordneten Freiherr v. Konopka und Professor v. Starzyński.

Klubobmann v. Bilinski erstattete zunächst einen Bericht, in dem er darauf hinwies, daß im Sinne des Klubbeschlusses vom 30. April l. J. eine Denkschrift von der politischen Kommission des Polenklubs ausgearbeitet und der Regierung überreicht wurde. Diese Frage bildete den Gegenstand der Beratungen in der letzten Sitzung der politischen Kommission des Polenklubs. Mit Rücksicht auf die politische Lage beabsichtigte der Klubobmann eine Konferenz der Mitglieder des Subkomitees der politischen Kommission mit dem Minister des Aeußern herbeizuführen, doch konnte der Gedanke nicht verwirklicht werden.

Zur Besprechung der wirtschaftlichen Fragen übergehend, wies Obmann v. Bilinski auf die Schritte hin, die vom Klub seit dem 20. Februar 1915 in Sachen der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung des Landes unternommen wurden. Insbesondere besprach Dr. v. Bilinski die Tätigkeit der Galizischen Kriegskreditanstalt, die gemäß den von interessierter Seite geäußerten Wünschen nach und nach erweitert und reformiert wurde. Zur Sanierung der durch den Krieg in den Städten hervorgerufenen prekären Verhältnisse wird demnächst eine spezielle Städtekreditanstalt ins Leben gerufen werden, wodurch auch den durch den Krieg indirekt Geschädigten Hilfe gebracht werden wird.

Der bestehenden Landeszentrale für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Galiziens werden von der Regierung alle Mittel zur Durchführung der Wiederaufbauaktion zur Verfügung gestellt werden.

Der politische Teil des Berichtes des Klubobmannes wurde, wie es der Obmann gewünscht hat, debattelos zur Kenntnis genommen. Seitens der sozialdemokratischen Gruppe hatte Abg. Diamand die Eröffnung der Debatte über diesen Teil des Berichtes beantragt.

Der Vorsitzende der Kommission für Kriegsentgeschädigungen Abg. v. Czaykowski berichtete sodann über die Arbeiten dieser Kommission, worauf die Vorsitzenden der beiden wirtschaftlichen Kommissionen v. Dlugosz und Dr. Leo das Wort zur Erstattung der Referate ergriffen.

In der Debatte, die sich über den wirtschaftlichen Teil des Berichtes des Klubobmannes und über die Referate der Vorsitzenden der besagten Kommissionen entwickelte, gelangten zu Worte die Abgeordneten: Witos, Graf Lasocki, Redzior, v. Wysocki, Rauch, Emilowski, Steinhaus, Matafiwicz, Steslowicz, Kluski, Fürst Lubomirski, Sredniawski, Wrobel, v. Sitwinski, Glombinski, Aręgulski und Freiherr v. Gög.

Die Beratung des Polenklubs.

Wien, 31. Juli.

Ueber die am Samstag den 29. Juli im Gebäude der niederösterreichischen Handels- und Gewerbeammer abgehaltene Sitzung des reichsrätlichen Polenklubs, über die wir bereits berichtet haben, wird von der Korrespondenz Polonia gemeldet: Klubobmann v. Bilinski führte den Vorsitz. Es hatten sich 56 Klubmitglieder eingefunden. Den Beratungen wohnten ferner bei: Der Minister für Galizien v. Morawski, die Herrenhausmitglieder Fürst Witold Czartoryski, v. Zdzislawicz, v. Smolla, Graf Anton Wodzicki und Graf Joziasz Tarnowski sowie die Landtagsabgeordneten Freiherr v. Konopka und Professor v. Starzynski.

Klubobmann v. Bilinski erstattete zunächst einen Bericht, in dem er darauf hinwies, daß im Sinne des Klubbeschlusses vom 30. April d. J. eine Denkschrift von der politischen Kommission des Polenklubs ausgearbeitet und der Regierung überreicht wurde. Die Frage der Verwaltung bildete den Gegenstand der Beratungen in der letzten Sitzung der politischen Kommission des Polenklubs. Mit Rücksicht auf die politische Lage beabsichtigte der Klubobmann, eine Konferenz der Mitglieder des Subkomitees der politischen Kommission mit dem Minister des Auswärtigen Baron Burian herbeizuführen, doch konnte der Gedanke nicht verwirklicht werden.

Zur Besprechung der wirtschaftlichen Fragen übergehend, wies Obmann v. Bilinski auf die Schritte hin, die vom Klub seit dem 20. Februar 1915 in Sachen der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung des Landes unternommen wurden. Insbesondere besprach Dr. v. Bilinski die Tätigkeit der Galizischen Kriegskreditanstalt, die gemäß den von interessierter Seite geäußerten Wünschen nach und nach erweitert und reformiert wurde. Zur Sanierung der durch den Krieg in den Städten hervorgerufenen prekären Verhältnisse wird demnächst eine spezielle Städtekreditanstalt ins Leben gerufen werden, wodurch auch den durch den Krieg indirekt Geschädigten Hilfe gebracht werden wird.

Der bestehenden Landeszentrale für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Galiziens werden seitens der Regierung alle Mittel zur Durchführung der Wiederaufbauaktion zur Verfügung gestellt werden.

Der politische Teil des Berichtes des Klubobmannes wurde, wie es der Obmann gewünscht hat, debattelos zur Kenntnis genommen. Seitens der sozialdemokratischen Gruppe hatte Abgeordneter Diamand die Eröffnung der Debatte über diesen Teil des Berichtes beantragt.

Der Vorsitzende der Kommission für Kriegsentschädigungen Abg. v. Czajkowski berichtete sodann über die Arbeiten dieser Kommission, worauf die Vorsitzenden der beiden wirtschaftlichen Kommissionen v. Dlugosz und Dr. Leo das Wort zur Erstattung der Referate ergriffen.

In der Debatte, die sich über den wirtschaftlichen Teil des Berichtes des Klubobmannes und über die Referate der Vorsitzenden der besagten Kommissionen entwickelte, gelangten zu Worte die Abgeordneten: Witos, Graf Lasocki, Kędzior, v. Wisocki Rauch, Smilewski, Steinhaus, Mataliewicz, Steslowicz, Alesski, Fürst Lubomirski, Sredniamski, Wrobel, v. Kliminski, Glombinski, Kropulski und Freiherr v. Gocz.

### Aus der Sozialdemokratie.

Die „Konsequenz“ der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Am Sonntag hat in Gera in einer Konferenz des sozialdemokratischen Vereins für Neuh. L. der Vertreter des Wahlkreises Reichstags-Abg. Wurm den Standpunkt der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft dargelegt. Es wurde eine Resolution zugunsten der Arbeitsgemeinschaft angenommen. Das „Hamd. Echo“ berichtet:

Weiter wendet sich die Resolution gegen einen Parteitag oder eine Reichskonferenz, „da die Wahlen der Vertreter unter dem Kriegsrecht nicht mit der erforderlichen Freiheit vorgenommen werden können“. Wohl aber erklärt sich die Resolution für eine Reichskonferenz — der Frauen, „da trotz des Kriegsrechts solche sozialpolitische Fragen in öffentlichen Versammlungen erörtert und Vertreterinnen gewählt werden können“. Also für die Partei im ganzen ist eine Reichskonferenz unmöglich, von wegen des Kriegszustandes. Aber möglich ist sie für einen Teil der Partei, nämlich die Frauen, trotz des Kriegszustandes. Das ist Konsequenz!

Uebrigens heißt es in dem Spartacus-Brief vom 28. Mai in dem Bericht über die zweite Zimmerwalder Konferenz wörtlich:

„Der Vertreter der „Internationale“ begründete kurz die auf der deutschen Reichskonferenz von Mitte

März angenommenen Leitsätze und die Resolution zur parlamentarischen Aktion.“

Also dieselben Radikalen, die jetzt eine Reichskonferenz für die Gesamtpartei für unmöglich ansehen, haben selber eine Reichskonferenz schon Mitte März, d. h. noch vor der Spaltung der Reichstagsfraktion abgehalten.

„Spinnfäden“ der Disziplin. Die von den Radikalen in Bremen herausgegebene Wochenschrift hält die Spaltung der sozialdemokratischen Partei für dringend erforderlich. Sie schreibt: „Der Linksradikalismus wird durch alle diese Tatsachen in der Auffassung bekräftigt, daß nur die Spaltung der Partei die Gesundung der Arbeiterbewegung herbeiführen kann. Der Riß geht zwischen Rechte und Linke. Mögen die Vertreter des Zentrums (das sind die um Haase und Kautsky. Die Red.), je nachdem es ihnen zweckmäßig für die Sicherung von Haus und Herd erscheint, sehen, wie sie's treiben und wo sie bleiben. Die Einberufung eines Kriegsparteitages oder einer Kriegskonferenz macht es allen Anhängern des Linksradikalismus zur Pflicht, überall und mit allem Nachdruck die Beitragsperre zu propagieren und durchzuführen... Sollte dennoch ein Kriegsparteitag oder eine Konferenz zustande kommen, so würde keine Organisation, die auf sich hält, sich an einem solchen Unternehmen beteiligen, geschweige denn dessen Beschlüsse durchführen. Es wäre eine der größten Komödien der Weltgeschichte, wenn die Arbeiterschaft sich nach den Erlebnissen des Weltkrieges in ihren Handlungen an den Spinnfäden einer Disziplin leiten ließe, die von den eigenen Instanzen zum Gespött der Welt gemacht wurde.“

## Die Sitzung des Polenklubs.

Wien, 1. August.

Ueber die Sitzung des Polenklubs, die Samstag stattgefunden hat, wird uns noch das Folgende berichtet:

Nach der Ansprache des Klubobmannes erstatteten die Vorsitzenden der Kommissionen ihre Berichte.

Der Vorsitzende der Kommission für Kriegsschädigungen Dr. Ritter v. Czajkowski schilderte eingehend die Aktion, die vom Polenklub in Sachen der Auszahlung von Kriegslieferungsgebühren und Kriegsschädigungen eingeleitet und seit zwei Jahren konsequent durchgeführt wird. Redner wies auf die Mängel des Kriegslieferungsgesetzes vom Jahre 1912 hin und betonte, daß insbesondere die zu diesem Gesetz erlassenen Erläuterungen die Sachlage zu ungunsten der interessierten Kreise kompliziert haben. Eine Verordnung, die demnächst erlassen werden wird

und welche die Höhe des Betrages regeln soll, bis zu welcher die politischen Kommissionen einen Ausgleich mit den Parteien treffen dürfen, trägt zwar nicht allen vom Polenklub geäußerten Wünschen und Forderungen Rechnung, muß jedoch als eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft betrachtet werden. Es ist nämlich zu erwarten, daß insbesondere die häuerlichen Forderungen auf diesem Wege eher befriedigt werden. Es ist ferner dem Polenklub gelungen, eine Ministerialverordnung zu erwirken, wonach die Kommissionen für Kriegslieferungen unter Zuziehung von Sachverständigen auch die Kriegsschäden festzustellen haben. Gleichzeitig mit den Schritten, die darauf hinzielten, daß die Kriegslieferungsgebühren zur Gänze ausbezahlt werden, haben die Abgeordneten v. Czajkowski und v. Starowiejski im Auftrage des Klubpräsidiums dahin interveniert, daß Vorschüsse auf die infolge der feindlichen Invasion noch nicht genau festgesetzten Forderungen den Parteien gewährt werden.

Geheimer Rat v. Dlugosz berichtete als Vorsitzender der Wirtschaftlichen Kommission über die wirtschaftliche Angelegenheiten über die wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Landes. Abgeordneter v. Dlugosz stellte sodann den Antrag, das Klubpräsidium sei aufzufordern, bei der Regierung Schritte zu unternehmen, daß die in der Konferenz mit dem Ministerpräsidenten festgestellten Grundsätze für den Wiederaufbau der zerstörten Gebäude und Wirtschaften der Landeszentrale für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Galiziens und deren Bezirksexposituren amtlich zur Kenntnis gebracht werden, damit die von dieser Institution, beziehungsweise von deren Exposituren ausgehenden Anträge den mit der Regierung vereinbarten Grundsätzen genau angepaßt seien. Abgeordneter v. Dlugosz konstatierte, daß bei der Gewährung von Darlehen durch die Kriegskreditanstalt in letzter Zeit viele vom Polenklub befürwortete Erleichterungen eingeführt wurden. Schließlich erwähnte der Berichterstatter, daß sich der Beirat der Landeszentrale für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Galiziens in seiner nächsten Sitzung mit den Forderungen der Landwirtschaft befassen wird.

Der Vorsitzende der wirtschaftlichen Kommission für städtische Angelegenheiten Dr. Leo gab bekannt, daß die Leitung der städtischen Abteilung der Kriegskreditanstalt mit dem 1. August l. J. Herr Marzewski übernehmen wird. Die Bildung einer gesonderten Bank für Städte unterliegt keinem Zweifel. Die Statuten sind genehmigt worden, nunmehr werden die organisatorischen Arbeiten erledigt, und es ist zu erwarten, daß diese neue Kreditanstalt für die infolge des Krieges indirekt Geschädigten im September dieses Jahres eröffnet werden wird. Dr. Leo erklärte ferner, daß die städtische Kommission durch ihre Vertreter beim Finanzminister wegen der Bildung eines Zentral-Approvisionierungsausschusses vorstellig wurde. Der Statthalter Baron Diller hat diesbezüglich konkrete Versprechungen gemacht.

Im Laufe der Sitzung des Polenklubs sprach beim Klubpräsidium eine Deputation des galizischen Verbandes der polnischen Volksschullehrer vor, um über die prekäre Lage der Lehrerschaft vorstellig zu werden. Abgeordneter Dr. German brachte in der Klubitzung einen dringenden Antrag in dieser Sache ein, der auch einstimmig angenommen wurde, den galizischen Landesauschuß zu ersuchen, der Lehrerschaft in Galizien zu Hilfe zu kommen.

**Ein Urteil über den Deutschen Nationalverband.** Die Grazer „Tagespost“, die doch sicherlich ein ruhiges und wohlwollendes Blatt ist, urteilt über den Deutschen Nationalverband, von dem sie ein Organ ist, folgendermaßen:

Die beiden vergangenen Wochen waren ausgefüllt mit Beratungen der Parteien, die laufende ist es ebenfalls. Soweit die deutschen Parteien in Betracht kommen, handelt es sich um den Gärungsprozeß, der längst im deutschen Volke eingeseht hat, den aber ein Großteil der Abgeordneten erst jetzt verspürt. Mit der Politik des Deutschen Nationalverbandes war alles unzufrieden und mit der seines Obmannes Groß erst recht. Das ist im Kriege nicht besser, sondern eher schlechter geworden. Was man von den Leistungen des Nationalverbandes und seines Obmannes vernahm, das beschränkt sich so ziemlich darauf, alle Bestrebungen zur Vereinheitlichung der deutschen Politik und zur Beseitigung des überflüssigen Klügelwesens zur vereiteln. Der Versuch zur Gründung der deutschen Arbeits- und Einheitspartei begegnete daher dort, wo man die beste Förderung hätte erwarten können, dem größten Widerstand. Dazu kam der Einfluß der Großbanken und der Schwerindustrie sowie ihrer Verbündeten, denen die scharfe antikapitalistische Tendenz des Arbeitsparteiprogramms höchlichst mißfiel. Das fehlte ihnen gerade noch, daß eine einheitliche und starke deutsche Politik den „sauer erworbenen Kriegsgewinn“ schmälerte! Und das ist just in den Grundzügen des Arbeitsparteiprogramms enthalten, das ausdrücklich verlangt, die Kriegskosten nicht auf die breiten Massen zu wälzen, sondern in möglichst naher Zeit von jenen bezahlen zu lassen, denen der Krieg keine Zeit der Not und Sorge war. Schließlich haben sich auch sehr viele Abgeordnete, die lange Zeit hindurch weder sichtbar noch fühlbar waren, gegen eine Neugestaltung der deutschen Politik gewendet, weil sie mit vollem Recht der Ansicht waren, daß das das Ende ihres Mandats bedeuten müsse. Die seltsamen Verbündeten, die sich

gegen eine gründliche Erneuerung der deutschen Politik zur Wehr setzten und den alten Sumpfzustand als das Beste preisen und deshalb auch erhalten wissen wollen, werden sich schwer täuschen. Man kann heute über diese ganz eigenartige Gesellschaft nicht offen sprechen — aber wer nur einigermaßen Bescheid weiß, kennt sie ja. Die Erneuerung und die grundstürzende Aenderung werden kommen und die Leute einfach hinwegspülen, die noch immer den eigenen Kirchturm als die höchste Erhebung, das eigene Mandat als einzige Ursprünglichkeit bei der Besorgung der öffentlichen Geschäfte ansehen. Die breiten Massen des Volkes haben kein Gefühl mehr für die Parteisplitter, sie wollen klare, gute und kräftige Arbeit sehen. Das setzt eine straffe Organisation und eine gute Führung voraus, woran es bisher im Deutschen Nationalverband in jeder Hinsicht gefehlt hat.

Wir mischen uns in den so besagten „Gärungsprozeß“ im deutschbürgerlichen Lager grundsätzlich nicht hinein, aber dieses ungeschminkte Urteil mußte doch verzeichnet werden.

## Die Kundgebung des National-Ausschusses.

In Ergänzung unserer heutigen Berichte über die gestrige Kundgebung des Deutschen Nationalausschusses teilen wir noch die nachstehenden Drahtberichte unserer Vertreter über Kriegszielversammlungen im Reich mit:

**Reichstagsabgeordneter Kerschensteiner in Karlsruhe.** Reichstagsabg. Kerschensteiner in München beleuchtete in Karlsruhe eingehend die innere Politik. Er ermahnte alle Parteien, dem Reichkanzler volles Vertrauen entgegenzubringen und die Ausführungen in seiner letzten Reichstagsrede anzuerkennen. Der Redner verlangte eine Neuorientierung der inneren Politik auf freiheitlicher Grundlage.

**Prof. Dr. Marx in München.** Der Bismarckbiograph Universitätsprofessor Dr. Marx erklärte in München: Wir müssen wünschen, daß wir Grenzen erhalten, die unser Land verteidigungsfähiger machen, als das bisher der Fall war. Daß wir dabei ein national geschlossenes Reich behalten müssen, darf nicht vergessen werden. Den Frieden können wir heute nicht erstehen. Jetzt heißt es noch schlagen und nicht handeln! (Lebhafte Beifall.) Der Redner rief auf zum Vertrauen zu den führenden Männern und zur Sammlung. Das Programm des Reichkanzlers ist gut und wir müssen und dürfen ihm folgen.

**Dr. August Müller in Bielefeld.** Dr. August Müller, das sozialdemokratische Mitglied des Kriegsernährungsamtes, bezeichnete in Bielefeld als den Brennpunkt des ganzen Weltkrieges die Dardanellenfrage. Müller meinte, daß Deutschlands Lebensinteresse den Russen den Besitz von Konstantinopel nicht gestatten könne. Andererseits sei zu verstehen, wenn Rußland, das 70 v. H. seiner Getreide- usw. Produktion durch die Dardanellen ausführe, deren Erlangung intensiv anstrebe. Vielleicht sei es möglich, über die Dardanellenfrage zwischen Deutschland und Rußland zu einer vorläufigen Verständigung in der Richtung zu gelangen, daß den Russen die freie Durchfahrt durch die Dardanellen garantiert werden könne, was gleichbedeutend sein werde mit dem Ausschalten künftiger Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland. Die Möglichkeit einer Verständigung mit England liegt nach Ansicht des Redners nicht im Bereiche der Wahrscheinlichkeit, solange nicht England zu einer solchen Verständigung gezwungen werden kann. Zur Frage der Annexionen übergehend, meinte Dr. Müller, das Streben in Deutschland nach Siedlungsgebieten für die Bauernschaft sei wohl verständlich. Dieses Siedlungsgebiet liege aber keinesfalls im Westen, sondern höchstens im Osten. Als innere Kriegsziele bezeichnete er die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung eines jeden Volksgenossen in dem eventuell erweiterten Deutschland.

**Geheimrat Kahl in Dresden.** In Dresden war der Vortrag des Berliner Juristen Geheimrats Kahl ein unumwundenes Bekenntnis zur Politik und zu den Kriegszielen des Reichkanzlers, wie sie in der bekannten Dezemberrede im Reichstage ausgesprochen worden sind. Lebhaftige Zustimmung fand der Redner, als er die Möglichkeit eines neuen verschärften Unterseebootkrieges streifte, während der Satz „von der künftigen mittleren Linie“ mißfällige Zurufe auslöste. Ebenso wurde das zustimmende Interesse der Zuhörerschaft stärker, als der Redner als Bedingung eines dauernden Friedens die Niederrettung Englands forderte. Ferner wurde die notwendige Ablehnung eines allgemeinen Friedenslongrosses, der nur im Interesse England liege und die Absichten gewisser freundlich gefälliger Neu-

traler, die ihre Vermittlerrolle anbieten würden, beifällig aufgenommen.

**Prof. Max Weber-Heidelberg in Nürnberg.** Der Heidelberger Nationalökonom Max Weber bezeichnete in Nürnberg den Reichkanzler als den einzig möglichen Mann, der völlig das Vertrauen der Feldgrauen im Schützengraben als Staatslenker genieße. Er polemisierte gegen die Annexionspolitik, verlangte jedoch zuverlässigste militärische Garantien, sowohl in Belgien, wie im neuen polnischen Staatsgebilde, dessen Aufbau wesentlich von der Möglichkeit der Schaffung eines einheitlichen Mitteleuropas abhängen müsse.

**Reichstagsabg. Pfeiffer in Köln:** Im großen Gürzenich-Saal sprach nach einleitenden Worten des Prof. Dr. Stier-Somlo von der Kölner Handelshochschule Reichstagsabgeordneter Dr. Maximilian Pfeiffer: Ob wir die heute besetzten Gebiete behalten werden, weiß ich nicht. Jedenfalls müssen wir Garantien in Händen halten, womit sich das ganze Volk zufrieden geben kann. Was wir haben, werden wir klug und weise in der Hand behalten. Der heutige militärische und wirtschaftliche Stand der Dinge sei glänzend und derart, daß man in aller Ruhe und Zuversicht in die Zukunft blicken könne. Wir dürfen die feste Hoffnung hegen, daß der Frieden so ausfallen werde, daß sich die Gegner wohl überlegen, noch einmal einen Angriffskrieg gegen Deutschland zu unternehmen.

**Dr. Paul Rohrbach in Dortmund.** Dr. Rohrbach knüpfte in seinem Vortrag in Dortmund an die von ihm 1910 getanen Äußerungen, daß der Tag kommen werde, an dem am Elgris der deutsche Infanterist auf Posten ziehe. Er legte die Wichtigkeit der Orientfrage für Deutschland dar: Nur über den Orient gehe ein unbestreitbarer Weg zur deutschen Weltpolitik. Rußland dürfe daher nicht in den Besitz Konstantinopels kommen, und der Suezkanal müsse der Kontrolle Englands entzogen werden. Der konservative englische Politiker Garbe habe ehrlich ausgesprochen, daß der Ausgang des Krieges allein davon abhängen, ob die Mittel- und Orientmächte den Weg nach dem Orient behaupten können. Könne der Bierverband den Weg nicht zertrümmern, dann sei der Krieg für ihn mißglückt. Der Krieg muß nach Rohrbachs Ansicht fortgesetzt werden, bis England am Boden liegt und Deutschland als gleichberechtigt neben sich duldet.

**Conrad Hausmann in Hamburg.** In Hamburg erwähnte der Reichstagsabg. Conrad Hausmann durch seine Ausführungen die Mehrheit der Versammlung in steigendem Maße, sie blieben aber nicht ohne Widerspruch. Die Opposition nahm zuletzt sogar einen etwas tumultuarischen Charakter an. Dabei kam der in weiten Kreisen Hamburgs herrschende Haß gegen England, der eine scharfe Bekämpfung Großbritanniens durch die U-Boote fordert, zum Ausdruck. Rufe erklangen: U-Boote heraus! Nieder mit England! So darf man den Hamburgern nicht kommen! Der Vorsitzende, Dr. Karl Petersen, wahrte mit einem Hoch auf den Kaiser und das Vaterland die Stimmung der Versammlung zur Einheitsigkeit, aber beim Auseinandergehen der Menge klangen die scharfen Meinungsverschiedenheiten durch. Abg. Hausmann brachte den wärmsten Dank an die Kämpfer und die Anerkennung des Vaterlandes zum Ausdruck. Er betonte: Das Errungene darf nicht in kleinlicher Nörgelei verloren gehen. Die kritische Stunde fordere nicht eine Stunde der Kritik, sondern des Weiterarbeitens und des Handelns. Der Regierung dürfe man keinen Vorwurf machen, daß sie sich über die Kriegsziele nicht geäußert habe und auch die Erörterung darüber nicht freigebe. Vielmehr wäre es ein großer Fehler gewesen, bereits die Kriegsziele festzusetzen, bevor man über den Ausgang dieses blutigen Völkerringens einen abschließenden Eindruck bekommen konnte.

\* Der österreichische Polenklub an die Stadtvertretung von Warschau. Der Obmann des reichsrätlichen Polenklubs v. Bilinski hat im Namen des Polenklubs an das Präsidium der Stadtvertretung in Warschau nachstehende Begrüßungsdepesche gerichtet: „Der seit Konstituierung des Gemeinderates der Stadt Warschau zur Tagung versammelte Polenklub begrüßt aus vollem Herzen die erste freigewählte Vertretung der glorreichen Hauptstadt Polens. Stolz auf die Würde und die Weisheit, mit denen Warschau beispielgebend nach Innen, Bewunderung und Anerkennung wecken nach Außen die nationale Konsolidierung vollführte, eingedenk der geistigen und geschichtlichen Einheit die uns alle verbindet, flehen wir zu Gott, es möge die in Warschau begonnene Wiedergeburt das polnische Volk umfassen. Obmann des Polenklubs Bilinski.“

\* Französische Rohheit. Die Franzosen haben in ihrer Sucht, uns zu verlästern, so manches schon geleistet, was ihrem vielgerühmten Takt keine Ehre macht. Recht roh und abgeschmackt aber will es uns erscheinen, wenn sie sich darüber lustig machen, daß ihre Raubtiere besser gepflegt werden könnten, als die kleinen „Bochenfinder“. Maurice de Waleffe schreibt im „L'Deubre“ vom 18. d.: „Ein deutsches Blatt, und noch dazu ein sozialistisches, läßt sich das Elend der armen Löwen im Hamburger Zoologischen Garten zu Herzen gehen, die sich gar nicht an die fleischlosen Tage gewöhnen wollen und gegen die unterschiedlichen Salate und grünen Gemüse, die man ihnen vorsetzt, eine, wie es scheint, unüberwindliche Abneigung haben. Bloß einmal soll man ihnen ein ganzes Pferd vorgeworfen haben, als nämlich die Journalisten aus dem nordischen Neutralien der Fütterung der Raubtiere beiwohnen wollten. Man denke: ein ganzes Pferd auf einmal, wo die Menschen auf ihre Fleischkarte nur 200 Gramm davon bekommen! Nun denn! Stechen wir mit glühenden Eisen in die Wunden der trauernden Bochen! Bei uns in Paris bekommen die Löwen ihre drei Pfund Fleisch Tag für Tag. Ungelogen! Und wenn sie nicht gerade für Pferdefleisch, eine Vorliebe hätten, könnte man ihnen auch noch Schinken vorsetzen. Zwei süße kleine Löwenkinder schwärmen z. B. für Milch und Pferdeherz, und jeden Tag bekommen sie ihre drei Liter Milch und ihr Pferdeherz. Da läuft wohl den kleinen Bochen das Wasser im Munde zusammen, was? Und unsere Löwenkinderchen werden es ihr ganzes Leben so gut haben und keinen Hunger zu spüren haben, können deshalb auch mit einem langen Leben rechnen. Ihre Großmutter ist jetzt so alt wie der deutsche Kronprinz und hat alle Aussicht, ihn zu überleben!“

3./VIII. 1916

66

**Deutschböllische Vereinigung.**

Die Deutschböllische Vereinigung des Deutschen Nationalverbandes hielt gestern eine von zahlreichen Mitgliedern besuchte Beratung unter dem Vorstehe des Abg. Denk ab. Die Vereinigung erörterte zunächst die Fragen der künftigen politischen Organisation der Deutschen in Oesterreich und beschloß die Fortsetzung der bezüglichen Verhandlungen im Sinne der bekannten früheren Beschlüsse der Vereinigung. Mehrere Teilnehmer brachten sodann die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zur Sprache, bezüglich welcher Angelegenheiten die Vereinigung geeignete Schritte an den zuständigen Stellen machen wird. Nach vierstündiger Dauer wurde die Beratung geschlossen. Die Erstattung des Referates über den Ausgleich mit Ungarn wurde auf den 22. d. verschoben.

### Eine Rundgebung der Friauler Volkspartei.

In Durchführung der Beschlüsse der katholischen Volkspartei in Friaul hat der Obmann des Görzer Landtagsklubs der genannten Partei Reichsratsabgeordneter Dr. Bugatto der Regierung eine Denkschrift überreicht, in welcher zu der in einer Rundgebung der slowenischen Volkspartei aufgeworfenen Frage des Landtages von Görz-Gradiska Stellung genommen und insbesondere die unterschiedlos und unerschütterlich loyale Haltung der Bevölkerung des Landes, die geordnete und ersprießliche Tätigkeit der autonomen Landesverwaltung sowie das verdienstvolle, unermüdete Wirken des Landeshauptmannes Monsignore Dr. Faidutti hervorgehoben wird. Auch wird in der Denkschrift betont, daß die friaulische Volkspartei in dieser schweren Zeit, in welcher alle Geister in dem einzigen Gedanken an den Sieg des allen Oesterreichern — welcher Sprache sie immer seien — gemeinsamen Vaterlandes gebannt sind, an dem Burgfrieden festhält. Die Rundgebung schließt mit dem Wunsch, daß Görz und das Görzer Land, den Sturm des Weltkrieges überdauernd, den Charakter eines Juwels der Krone Habsburgs unabänderlich und unzerstörbar bewahren möge.

\* Die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen in Böhmen. Vor kurzem fand die Bundeshauptversammlung 1916 in Prag statt. Den Anfang machte eine Sitzung der erweiterten Bundesleitung, an die sich ein Begrüßungsabend in Heines Wintergarten schloß. Der Obmann des Festausschusses Anton Swatosch begrüßte die Erschienenen, darunter die Abgeordneten Pacher, Schreiter, Wichtel, A. S. Wolf, Zulleger, den Rektor der Universität Professor Zicha, die Vertreter vieler befreundeter Körperschaften usw. Der Deutsche Volksgesangverein brachte unter Leitung des Chormeisters Eisefert Chöre zum Vortag, wozu Bundesobmann Pacher eine Rede hielt, in deren Verlauf der „Bundeswehrmann“ enthüllt wurde, den bekanntlich Professor Zichle geschaffen hat und der allseits bewundert wurde. Die anschließende Benagelung ergab 15.184 Kronen; unter Hinzurechnung bereits früher eingelaufener Spenden wurde ein Betrag von 28688 Kronen erzielt. Nachdem Landesauschusssekretär Dr. Pantrah die noch hunderterten zählenden Begrüßungsschreiben zur Verlesung gebracht hatte, hielt die eigentliche

Festrede Abgeordneter Schreiter. Vorträge des Deutschen Volksgesangvereins beschloßen den Abend. Tags darauf fand die 22. Hauptversammlung in Heines Wintergarten statt. Bundesobmann Pacher gab seiner Freude Ausdruck, daß wieder einmal nach Jahren Prag der Ort der Hauptversammlung sei, die Stätte, wo der Bund gegründet wurde, besprach dann die Tätigkeit des Bundes im Jahre 1915, die vorzugsweise der Kriegsfürsorgetätigkeit gewidmet war, sowie die dringendsten Aufgaben des Bundes nach dem Kriege. Hierauf berichtete Obmannstellvertreter MUDr. Heinrich Fritsch über die Tätigkeit im Jahre 1915, während Bundeszahlmeister Meitner die geldliche Lage erörterte. Zum Kassenbericht erklärte Abgeordneter A. S. Wolf, der vorgelegte Kassenbericht sei nichts weniger als erfreulich. Der Bund sei nicht stärker geworden, sondern zurückgegangen. Wenn der Bund jetzt zusammenbrechen würde, so wäre das ein Zeichen des Niederganges des deutschen Volkes in Böhmen. Hierauf folgten die Wahlen in die Bundesleitung, womit die Versammlung ihr Ende fand. Nachmittags fand im Deutschen Theatergarten ein von der Kapelle des Infanterieregiments Nr. 2 ausgeführtes Konzert statt, das alle Prager und auswärtigen Bundesmitglieder vereinigte.

\* Eine deutschnationale Stimme aus Kärnten über die Gründung der neuen Deutschen Partei. Aus Klagenfurt wird uns berichtet: Das Organ der Deutschnationalen von Kärnten, die Klagenfurter „Freien Stimmen“ schreiben im Zusammenhange mit einer Besprechung der letzten Sitzung der Wiener deutschfreiheitlichen Abgeordneten zur Gründung einer neuen Deutschen Partei u. a. folgendes: „In Kärnten ist die überwiegende Mehrheit der Deutschnationalen ganz entschieden für einen Zusammenschluß aller deutschführenden Parteien zum Zwecke der kraftvollen Durchsetzung der gemeinsamen deutschen Forderungen (erweitertes und verbessertes Osterprogramm) bei dem inneren Neuaufbau nach dem Kriege, aber ebenso entschieden müßte man sich gegen eine unnatürliche Verquickung auflehnen, welche von allem Anfange an den Reim der Zerfetzung in sich trüge und uns den angestrebten Zielen in Wirklichkeit gewiß nicht nähern würde.“ — Das Blatt meint des weiteren, es liege kein Hindernis vor, daß ein Vollausschuß aller deutschführenden Parteien für die so notwendige Zusammenfassung aller, die eines guten Willens sind, sorgt, und die Einigkeit des Handels vor allem in den Vertretungskörpern sicher stellt. Im Verhältnisse der deutschen Parteien zueinander müsse nach den Erfahrungen der letzten Jahre eine Umgruppierung voraenommen werden.

Wien, 3. August. (Die Beschlüsse des Polenklubs.) In der letzten Sitzung des Polenklubs, über die berichtet wurde, sind folgende Anträge angenommen worden:

Antrag des Grafen Lasocci: Das Klubpräsidium wird ersucht, bei der Regierung Schritte zu unternehmen, 1. daß die polnischen bauerlichen Familien, die aus Ostgalizien evakuiert wurden und sich zur Zeit in den Barackenlagern, beziehungsweise in Prag aufhielten, in den westgalizischen Gemeinden, die vom Krieg verschont geblieben sind, untergebracht und daß diesen Familien Flüchtlingsunterstützungen zuerkannt sowie daß die übrigen Flüchtlinge aus Chozyn nach Oswiecim gebracht werden; 2. daß denen, die infolge der Kriegsoperationen evakuiert wurden und nicht in der Lage waren, die in der kaiserlichen, beziehungsweise ministeriellen Verordnung vom 11. August 1914 vorgegebene Staatshilfe in Anspruch zu nehmen, eine entsprechende Entschädigung für die Kosten, die ihnen infolge ihrer Evakuierung erwachsen sind, zuerkannt werde; 3. daß bei dem Ministerium des Innern ein Beirat für Kriegsflüchtlingsevakuierte und Saisonarbeiterfürsorge geschaffen werde.

Ein Antrag des Abgeordneten Dr. Steinhaus wendet sich gegen die zum Kriegsteilnahmegesetz erlassenen Erläuterungen und fordert die Zurückziehung dieser Erläuterungen.

Ein Antrag des Abgeordneten Dr. Steslowicz ersucht seinen Präsidenten, in der Angelegenheit des als Geisels weggeführten Dr. Rutowski neuerlich bei der Regierung zu intervenieren.

Im Laufe der Debatte ergriff Minister für Galizien R. v. Morawski zu wiederholten Malen das Wort, um auf die Anfragen der einzelnen Redner Auskünfte zu erteilen. Die Anfrage des Grafen Lasocci beantwortend, erklärte Minister v. Morawski, daß das Kriegsüberwachungsamt angeordnet habe, daß die Bürger des Königreiches Polen — denn dieser Terminus wird nunmehr offiziell gebraucht — die beim Ausbruche des Krieges nur mit Rücksicht auf ihre russische Staatsangehörigkeit interniert oder konfiniert wurden, gegen die so mit nichts Nachteiliges vorliegt, von Amts wegen die Erlaubnis zur Rückkehr in ihren früheren Wohnort erhalten, ohne daß sie verhalten wären, ein Gesuch einzureichen.

Ueber Antrag des Abgeordneten Kleski beschloß der Polenklub, die seinerzeit im Schoße des Klubs bestehende Kommission für Kriegsflüchtlinge zu reaktivieren.

In die Kommission für Kriegsentchädigungen wurde an Stelle des verstorbenen Dr. Lisiewicz Abgeordneter Rauch gewählt.

Am Schlusse der Sitzung teilte Klubobmann v. Bilinski mit, daß er beabsichtige, die nächste Sitzung des Obersten polnischen Nationalkomitees in der zweiten Hälfte des Monats September nach Krakau einzuberufen. In gleicher Zeit wird auch eine Sitzung des reichsrätlichen Polenklubs in Krakau stattfinden.

Der amtlichen „Gazeta Lwowska“ zufolge wurden mehrere Departements der galizischen Statthalterei, welche die Verpflegungs-, Getreideverkehrs- und Kriegsbedarfssachen zu besorgen haben, von Biala nach Krakau verlegt. Die Leitung dieser zu einer Sektion vereinigten Abteilungen übernimmt Postol Jimmy.

4. / III. 1916

71



Seine kaiserliche und königlich apostolische Majestät haben das nachstehende Allerhöchste Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Graf Stürgkh!

Zum zweitenmal jähren sich die Tage, in denen die unverfälschten Gesinnungen der Feinde uns zum Kriege zwangen. So schmerzlich ich die lange Dauer dieser der Menschheit auferlegten harten Prüfung beklage, erfüllt mich doch der Rückblick auf das schwere Ringen, das Mein Vertrauen in die unbegreifliche Kraft der Monarchie stets auf Neue rechtfertigt, mit hoher Genugthuung.

Würdig ihrer tapferen Söhne, die in innigem Vereine mit den Heeren unserer glorreichen Verbündeten dem stets erneuten Anprall der Übermacht heldenhaft die Stirne bieten, leisten Meine geliebten Völker auch daheim jenes hohe Maß begeisteter Pflichterfüllung, wie es der großen ersten Zeit entspricht. In einem machtvollen Siegeswillen geeint, bringen sie mit männlicher Entschlossenheit jedes Opfer, das die Sicherung eines künftigen ehrenvollen und dauernden Friedens erheischt. Mit richtigem Verständnis der zum Wohle des Vaterlandes erforderlichen Maßnahmen ertragen sie die Infolge des Krieges notwendig gewordenen Einschränkungen des wirtschaftlichen Lebens und bereiten die auf planmäßige Gefährdung der Feinde der Bevölkerung abzielenden tüchtigen Absichten unserer Feinde.

Mein Herz teilt in väterlicher Bestürzung mit jedem Einzelnen Meiner Getreuen die Sorge, die auf ihnen lastet und die sie so standhaft ertragen, den Schmerz um die Gefallenen, die Angst um die Lieben im Felde, die Störung der reichen friedlichen Arbeit, die empfindliche Erschwernis aller Lebensbedingungen. Aber ich blicke, gestützt auf die erhebenden Erfahrungen zweier Kriegsjahre, mit vollem Vertrauen in eine nun allmählich heraufziehende Zukunft, in dem beglückenden Bewußtsein, daß Meine braven Völker den Sieg wahrhaft verdienen, und in der gläubigen Zuversicht, daß ihn die Gnade und Gerechtigkeit der Vorsehung ihnen nicht vorenthalten wird.

In diesen ersten, aber hoffnungsreichen Gedanktagen drängt es mich, die Bevölkerung neuerlich wissen zu lassen, daß mich die nie erlahmende Betätigung ihres patriotischen Opfermutes mit stolzer Freude erfüllt und daß ich ihre wahrhaft ergebungsreichen verbürgende Haltung dankbaren Herzens anerkenne.

Ich beauftrage Sie, dies in Meinem Namen der Bevölkerung kundzutun.

Wien, am 31. Juli 1916.

**Franz Joseph II.**

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Wien, am 31. Juli 1916.

Der k. k. Statthalter im Erzherzogtume Österreich unter der Enns:

**Wenzeslaus**

Stürgkh u. P.

## Eine neue bürgerliche Partei!

Durch das deutsche Bürgertum Oesterreichs geht zurzeit eine merkwürdige Bewegung, etwas wie politische Selbstbestimmung. Man ist mit den bisherigen bürgerlichen Parteien begreiflicherweise sehr unzufrieden und erinnert sich nur mit Grauen und Widerwillen an das Gebaren der Politiker, solange sie die politische Tribüne mit dem hohlen Lärm ihrer Schlagwörter füllten. Man empfindet es schmachvoll, eines Tages im kleinlichsten Alltagstrubel ahnungslos, ohne jegliche Vorbereitung und Vorschulung durch die eigenen „geistigen“ Führer, durch ein gewaltiges Welt drama überrascht worden zu sein. Man fragt sich erstaunt: Wie war es denn nur möglich, daß uns von jenen, die wir mit unserem Vertrauen auszeichneten, auch nicht die leiseste Andeutung ward von dem Bevorstehenden und von der furchtbaren Tragweite dessen, was kam? Wie konnte es nur geschehen, daß man uns jahrelang mit Kindereien, ja mit schalem und innerlich unwahrem Kindertand belustigte, ärgerte und zerstreute, bis wir eines Tages aufwachten inmitten einer Welttragödie, in der über unser politisches und wirtschaftliches Dasein aewürfelt

wird? Warum unsere Erwählten selbst nicht, was in der Welt vorging, oder verschwiegen sie es uns? Und als der Tag der politischen Wirklichkeiten über das puppenhafte Schattenspiel unserer sogenannten Tagespolitik hereinbrach, wo waren sie dann? Haben sie uns nicht ohne jede Weisung und Ausrichtung gelassen? Und heute? Alle Welt um uns redet und gibt kund, strebt, das werdende zu bestimmten Zielen zu lenken — gibt es für uns keine Wünsche, keine Notwendigkeiten, keine Ziele?

Und jeder Bürger fragt sich heute: In wessen Hände habe ich meine Geschicke gelegt?

Die Ausrede aber, es fehle leider der Boden solcher Wirksamkeit, mildert nicht, sondern erhöht dieses Mißbehagen. In allen Ländern steht die Presse unter harter Kriegszucht, aber welche übersäumende Fülle politischer Auseinandersetzungen geht durch die bürgerliche Presse des Deutschen Reiches, welch aufwühlender Ideenlampf durch die Presse der deutschen Sozialdemokratie! Trotz aller Zensur! Wenn bei uns sachlichpolitische Erörterungen austauschen, so nur, weil das Gefühl der Scham über die geistige Verarmung Nichterwählte heraustrreibt. Man kommt allmählich dahinter: Ihr schweigt, weil ihr uns nichts zu sagen habt! Was ihr uns bisher gesagt habt, ist nichtiger Kram, auf dessen Wiederaufstichung wir verzichten.

Die Ausrede mangelnder Tribüne ist nicht Entschuldigung, sondern neues Vergegnis: Habt ihr denn die Tribüne, um die ihr weint, auch sorgsam und ehrlich behütet? Habt ihr nicht selbst alles dazu getan, sie zu zerstören? Haben die Nationalparteien — welche ein anmaßender Name! — nicht wechselweise vor Schadenfreude gejubelt, wenn es gelang, sich selbst auszuschalten — nur weil so auch der andere mit ausgeschaltet wurde? Habt ihr es nicht selbst als euren taktischen Sieg in die Welt hinausposaunt, jedesmal, wenn das Haus der Gesetzgebung geschlossen wurde? Wart es denn nicht ihr selbst, die die Verordnungs-gewalt von der parlamentarischen Verantwortung losgebunden haben?

Das deutsche Bürgertum Oesterreichs ist tief enttäuscht, es fühlt sich hilflos und verlassen, es fühlt sich mundtot. Ein wortreicher Nachrichtendienst meldet sehr interessante Dinge über die Leitha herüber: Parteiführer trennen und verbänden sich, die Vertreter aller Gruppen reden von der Gegenwart und Zukunft des Landes, die Autorität der Mehrheit verstärkt sich durch die Autoritäten der Minderheit, um bestimmte politische Ziele zu erreichen — welche, wissen wir nicht; wir können gar nicht einmal vermuten, ob sie auch uns näher oder entfernter angehen. Wir aber blicken fragend im Kreise der verehrten „Volksmänner“ herum und fragen: Wo sind denn bei uns die Autoritäten? Ja, wo ist eine Autorität überhaupt? Eine einzige Autorität? Verlegenes Schweigen!

So fragt das deutsche Bürgertum Oesterreichs allerorten, wo ihrer zwei oder drei zusammenkommen.

Nicht bösen Willens — dazu ist der Oesterreicher auch im Unglück zu gutmütig. Auch nicht ohne eigenes Schuldbewußtsein. Der sogenannte „gute Bürger“ gesteht sich heute freimütig ein: Wir haben uns leider niemals um Politik gekümmert! Wer hätte denn auch gedacht, daß so gewaltige Welterschütterungen mit dem, was man bei uns Politik genannt hat, in Zusammenhang geraten könnten? Als guter Bürger ging man seinem Geschäft nach, arbeitete für sich und seine Familie, erholte sich zeit- und standesgemäß und überließ die Sorge um den Staat — sie ist eben Politik — teils der hohen Bürokratie und teils den mehr

6. Juni 1916

II

73

# Ein unheimlich Partei.

minder verfehlten Existenzen, die durch Rederei und Schriftleiterei ein kümmerliches Brot suchten. Und man vergnügte sich zu Wahlzeiten recht herzlich daran, wenn den „Böhm“ oder den „Sozi“ gehörig zugelegt wurde. (Auf der anderen Seite hielt es die tschechische Bourgeoisie nicht um ein Haar anders.) Man war völlig befriedigt, wenn der Böhm oder der Sozi nicht aufkam, und gab sich mit keinem Gedanken davon Rechenschaft, daß das nationale wie das soziale Problem am Ende doch positive Staatsaufgaben stellt, von deren Lösung unter Umständen der normale Geschäftsgang, ja der Friede, sogar das persönliche Leben abhängen kann, wie es dieser Krieg augenscheinlich gemacht hat. Man beginnt sich in denkenden Bürgerkreisen zu schämen, tief zu schämen. In Zeiten, wo, wie sich jetzt herausgestellt hat, das staatliche Eigendasein mit all seinen wirtschaftlichen und kulturellen Werten, ja mit dem nackten Leben so vieler Bürger von der Umwelt der Staaten in Frage gestellt wurde, hat man Wahlkämpfe mit den wichtigsten Schlagwörtern und den kleinlichsten Mitteln um lächerlich schale Ziele aufgeführt. Das heißt als guter Bürger hat man sich daran nicht recht beteiligt, aber man hat es sich gefallen lassen und hat über die kleinlichen Bosheiten der Wahlwerber vergnügt geschmunzelt! Man hat es sich gefallen lassen, daß die Wahlwerber des deutschen Bürgertums Schlachten führten mit dem Zettelkasten, worin verdrehte oder erlogene Aussprüche von in- und ausländischen Sozialdemokraten, Verfehlungen längst verschollener Kassenangestellter, Abbildungen von Privathäusern als siegreiches „Material“ aufgehäuft waren! Nicht die Stellung des Staates in der Welt, der Nation zum Staate und des deutschen Bürgertums zur Nation, nicht seine großen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben, nicht das, was man die positive politische Idee des deutschen Bürgertums in Oesterreich nennen kann — und es gibt eine solche! —, war das Material des politischen Kampfes gewesen, sondern seine Idee war jenes „Material“, das berühmte Material der deutschnationalen Schriftleitungen gewesen, das aus dem politischen Abfallhaufen einer großen, aber unverständenen Bewegung von politischen Lumpensammlern aufgelesen war. Und das hat sich der gute Bürger gefallen lassen und mitgehalten, als auf einem Völkervulkan hart vor seinem Ausbruch Narrenspissen getrieben wurden.

Man beginnt sich dessen zu schämen, wenigstens überall dort, wo die Not der Zeit nicht durch den Taumel des Verdienens übertäubt wird. Auch bei uns begegnet man heute schon Bürgerleichen, die in stiller Zwiesprache eingestehen: „Alles, alles ist nicht wahr, ist plumpe Mache gewesen! Wir haben zu unserem Schaden an der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gemeines Unrecht getan. Mißdeutet haben wir ihre Friedensbestrebungen, mißdeutet ihre nationale wie ihre internationale Haltung, verkannt ihre Stellung zum Staate. Wir haben nur eine Entschuldigung — wir sind von unseren Wortführern in Täuschung geführt worden. Wir haben leider die Warnungen der Sozialisten vor den Folgen des nationalen Chauvinismus nicht ernst genommen. Wir haben uns an ihnen belustigt, weil sie über Dinge grübelten, um deren willen heute unsere eigenen Kinder sterben müssen! — Gleich unwahr und schief ist alles, was man über die anderen

Nationen gesagt hat. Denn man hat uns als boshaften, bühischen Mutwillen dargestellt, was ein sehr ernstes Staatsproblem, was im Grunde auch unser Problem ist: denn wir sind es ja selbst, die mit den Völkern zusammen leben müssen, mit denen wir zusammen wohnen. Diese allerernsteste Angelegenheit haben wir von unverantwortlichen Schreihälsen dazu mißbrauchen lassen, manchem gedankenlosen Nichtswisser einen Reichratsstich zu versichern, weil er es am besten verstanden hat, die Anderssprachigen anzupöbeln...“ Solche Stimmen werden überall in bürgerlichen Kreisen laut. Und man hält dort das mäßige Vergnügen, das solches Wählen gemacht hat, gegen die furchtbaren Opfer an Gut und Blut, die die heutige Lage des Staates erfordert, gegen die allerunmittelbarste Mißhandlung jedes Staatsbürgers für das Staatsganze, gegen den ganzen tiefen Ernst, den eine wahrhafte Politik als die Mitforge um den Staat fordert, hält die aufbringliche Maulkriecherei von ehemals gegen das klägliche Versagen und Verstummen in der Stunde der großen Völkerschicksale und wendet sich mit tiefem Widerwillen ab von der Politik, wie sie bisher war, und von den Politikern, die sie betrieben haben.

Der Wiederhall dieser Stimmungen ist das jüngst sichtbar gewordene Bestreben, eine neue deutsch bürgerliche Partei zu gründen. Uebermächtig ist das Bedürfnis, mit dem Namen auch die Erinnerung an das alte Parteileben auszuschleichen und von vorn zu beginnen. Nicht Verjüngung, nicht Wiedergeburt, sondern Neuschöpfung! Nur keinen Anflug mehr an das Alte! Besser keine Tradition als eine solche! Keine Belastung mit der Verantwortung früherer Irrtümer und Fehler! Wie sollte man denn auch mit solcher Bürde vor den Männern bestehen, die den Ernst politischer Zusammenhänge im Schützengraben erfahren haben? Die anscheinlichste Klasse der ersten Nation Oesterreichs, das deutsche Bürgertum, verdient eine andere Vertretung und braucht sie auch! Schafft uns eine neue Partei!

Dieses Bestreben ist wichtig genug, sich eingehender damit zu befassen. Es kann der sozialdemokratischen Arbeiterpartei nicht gleichgültig sein, was im Lager ihrer Klassengegner vorgeht, zumal da diese Klassengegner noch immer und noch geraume Zeit über das Schicksal des Staatsganzen entscheiden, das vielfach zugleich das Schicksal der Arbeiterklasse des Landes in sich schließt. Darum wollen wir diese Bestrebungen und ihre Aussichten eingehender betrachten.

10. Juni 1916

**Nur keine Verknöcherung.**

Parteipolitisch vom Abg. J. W. Dobernik.

Daß deutschnationales Empfinden und vaterländische Treugesinnung in unseren Herzen nebeneinander Platz haben, bedarf heute keines umständlichen Beweises. An beiden sicheren Eckpfeilern findet auch der Reichsgedanke seine feste Stütze. Im Felde wie im Hinterlande! Tausende deutscher Helden, in denen die Flamme glühender Liebe zum Volkstum loderte, haben ihre Vaterlandstreue mit dem Blute besiegelt und ebenso viele Tausende wirken fern von der Walsstatt für des Krieges siegreichen Verlauf. Wahrhaft, das deutsche Volk in Oesterreich steht allenthalben, wohin wir schauen, auf der Höhe seiner geschichtlichen Aufgabe. Es soll darum keines anderen Leistung geringer geschätzt werden, wenn man die Ruhmestaten des eigenen Volkes preist, sich an ihnen erbaut und daraus Hoffnung für eine bessere Zukunft schöpft. An dem endgültigen Siege unserer gerechten Sache zweifeln, heißt freveln an allem, was dem Menschen teuer und heilig sein soll.

Werden wir aber, wenn die Truppen endlich, endlich heimkehren, nicht zu ihrem jubelnden Empfange vorbereitet sein, sondern auch schon die Lösung jener Fragen kennen, die aus dem Kriege geboren wurden und bei denen es sich um nichts Geringeres handelt als um die künftigen Geschicke unseres Vaterlandes? Werden dann die Grundmauern für den Neubau Oesterreichs bereits emporragen, werden wir wissen, wie dies neue Haus einzuteilen, wie es wohnlich zu machen ist, damit wir Deutsche ausreichend Luft und Atemfreiheit besitzen? Wir müssen uns in der Folge etwas mehr gesunden völkischen Egoismus zu eiaen machen und die Sorge um die

Wohlfahrt unseres Volkes in den Vordergrund unseres Strebens stellen. Ein verhängnisvoller Fehler jedoch wäre es, zu übersehen, daß wir allein nicht den Staat bilden. Oesterreich kann ein Staat unter deutscher Führung werden, wird aber nie ein deutscher Staat sein. Eine so selbstverständliche Wahrheit muß zuweilen wieder ausgesprochen werden, wenngleich derjenige, welcher derartiges sagt, sich nur zu leicht dem Fluche der Lächerlichkeit preisgibt.

Bei ruhiger Beobachtung in den deutschen Parteilagern kommt der Eindruck zutage, als wären unsere Politiker noch sehr weit davon entfernt, sich für die große Aufgabe im Staate zu rüsten. Die zwei Kriegsjahre scheinen an gewissen Parteigebilden und ihren Trägern spurlos vorübergegangen zu sein. Haben wir denn nicht alle den drängenden Ruf nach Zusammenfassung aller Deutschen zu einer politischen Einheit vernommen, und zwar von überall her, aus der Mitte derer, die zu Hause geblieben waren, noch stürmischer aber aus dem Felde von jenen, die für uns, für die Heimat, für das Reich kämpften und schon ihr Leben ließen? — Ist nicht in uns selbst die Stimme erwacht, die uns zur Abkehr von den Vorurteilen und Eifersüchteleien der Vergangenheit mahnte? Und dennoch will der Einheitsgedanke nicht greifbare Gestalt annehmen. Einige Politiker von Namen versuchten es, die einigende Formel zu finden. Vorläufig ohne ein anderes Ergebnis als das, daß die Parteien noch weiter von einander abgerückt sind.

Es gab die leichtesten Einwände, neben anderen mehr oder weniger dummen Behauptungen vernahm man auch die, es handle sich bei der Sache nur um die Schaffung einer Schutztruppe für die Wucherer und Ausbeuter. Als ob die Männer, die an das Einigungswerk herangetreten waren, durch ihre ganze Vergangenheit nicht genügende Bürgschaft für die Lauterkeit ihrer Bestrebungen geboten hätten. Sie glaubten vermöge ihrer langjährigen öffentlichen Arbeit berufen zu sein, auf die anderen Politiker im Sinne der Vereinerlichung des Parteiwesens einzuwirken. Der Versuch ist mißglückt, das alte Mißtrauen stärker geworden, der an und für sich gute Gedanke wandert bis auf weiteres wieder in den Winkel zurück. Er wird abermals daraus herborgewonnen werden, weil die Ereignisse und die Menschen, die vom Schlachtfelde zurückkehren, uns dazu zwingen werden. Beharren wir bei den verknöcherten Parteiformen, nun so werden sie eben in den Boden getreten werden und wir mit ihnen, denn ein besseres Los haben wir nicht verdient. Die Zukunft gehört nicht den Kritikastern, Wortklaubern, Raunzern, Schimpfern und Unverträglichen, sie braucht arbeitsfrohe, zähe geduldige und ausdauernde Menschen. So wird auch der Neuaufbau unseres Vaterlandes nicht durch die Eigenbrödlere, die andere zum Mittum Bereite wegdrängen, und nicht durch die Unverträglichen, denen es Keiner recht macht, gefördert werden, sondern er wird und kann nur den stillen, unermüdeten Arbeitern, welche in dieser sauren Arbeit selbst Genügen und Lohn finden, gelingen.

**Aus der Sozialdemokratie.**

**Das verkannte Musterbeispiel.** Die „Internat. Corr.“ schreibt: Ein gewisses Parteiblatt veröffentlicht eine Erinnerung an Jean Jaurès, die eine Szene aus dem internationalen Kongreß von Amsterdam darstellt. Mit beredten Worten und in lebhaften Farben wird geschildert, wie Jaurès, obwohl er mit seiner glänzend verteidigten Ansicht in der Minderheit blieb, sich dennoch als guter Demokrat dem Mehrheitsbeschluß fügte:

Jaurès erhielt für seine Worte endlosen Beifall. Aber die Ansicht, welche er so glänzend verteidigt hatte, wurde von dem Kongreß verworfen. Nach der Abstimmung schlugen Delegierte verschiedener Länder eine Entschließung für die sozialistische Einigkeit aller Länder vor. Diese Entschließung bezog sich besonders auf Frankreich, wo seit Jahren vier oder fünf sozialistische Richtungen sich um die Leitung der Arbeiterklasse stritten. Die Frage tauchte auf: Was wird Jaurès tun? Wird er sich unterwerfen? Und jeder auf dem Kongreß zitterte bei dem Gedanken, daß diese bedeutende Intelligenz, dieses herrliche Talent der Arbeiterinternationale verlorengehen könnte. Renaudel, der getreue Freund Jaurès, erhob sich. Nachdem er an die schöne und mutige Haltung des Abg. v. Tarn in der Frage der deutsch-französischen Beziehungen erinnert hatte, erklärte er im Namen der französischen sozialistischen Partei, welchen Titel die Jaurès'sche Richtung führte, daß sie sich einem Entschluß zugunsten der sozialistischen Einigkeit anschließen werde. Der Saal wiederhallte von Beifall. Es war ein herrlicher Augenblick tiefster Bewegung, den niemand vergessen wird. Manche werden vielleicht fragen: „Was ist denn das so Besonderes, daß sich ein Sozialist, der in der Minderheit blieb, der Majorität unterwirft?“ Diese vergessen nur, daß Jaurès, als er nach Amsterdam kam, auf der Höhe seines öffentlichen Ruhmes stand... Jaurès unterwarf sich. Er gab dadurch den herrlichsten Beweis seiner sozialistischen Ueberzeugung und seiner sozialistischen Schulung.“

Und welches, fragen wir, ist das Blatt, das diesen begeisterten Hymnus auf Einigkeit und demokratische Disziplin anstimmt? Es ist — — — der „Braunschweigische Volksfreund“, das hervorragendste Organ der Spartacus-Leute, Sonderbündler, Disziplinbrecher, Beitragsverweigerer usw. Stärker können sich diese Leute wahrhaftig nicht ins eigene Gesicht schlagen, als wenn sie vor der Öffentlichkeit bekunden, daß sie das nicht zu tun imstande sind, was ein Jaurès selbst auf dem Gipfelpunkt seines Ruhmes vermochte: in überstimmter Minderheit Parteieinheit und Disziplin zu wahren.

**Eine Arbeitsgemeinschaft in Bayern?** Als erste sozialdemokratische Organisation in Bayern, die sich rückhaltlos den Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft anzuschließen scheint, faßte gestern die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Schweinfurt nach Referaten der Chefredakteure Dr. Adolf Braun, Nürnberg und Dr. Kurt Geyer, Würzburg mit allen gegen drei Stimmen folgende Resolution:

„Die Schweinfurter Parteigenossen, die in ihrer Mehrheit auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehen, erklären sich ebenso wie seinerzeit gegen den Kriegsparteitag jetzt auch gegen die Reichskonferenz. Ueberhaupt ist die Schweinfurter Parteigenossenschaft empört über die einseitige Geschäftsführung des Parteivorstandes, dessen ausgesprochenes Bestreben ist, die Fraktionsminderheit und deren Anhänger im Lande zu bekämpfen, während er für das parteischädigende Treiben der Rechte innerhalb der Partei keine Worte des Tadelns findet. Weiterhin benützt die Schweinfurter

Parteigenossenschaft den Anlaß, um dem in erster Instanz verurteilten Genossen Liebknecht ihre wärmsten Sympathien zum Ausdruck zu bringen.“

**„Stillstandspolitiker“.** Der radikale „Braunschweigische Volksfreund“ erklärt den großen Bannfluch über den sozialdemokratischen Reichstagsabg. Max Cohen, weil dieser in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ über die Politik des 4. August u. a. auch geschrieben hat:

Gerade für diejenigen, die vom Marxschen Geist auch nur ein Weniges gespürt haben, kann es, nach so gewaltigen Ereignissen, auf keinem Gebiet einen status quo ante mehr geben. Und schließlich kann es der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gar nicht so hart ankommen, einzusehen, daß dieser gewaltige Völkerring auch an ihr selber gezeigt hat, wie richtig ihr so oft den bürgerlichen Parteien gepredigter Grundsatz war, daß alle Dinge dieser Welt sich in ewiger Umwandlung befinden.

Für diese „ewige Umwandlung“ wünscht der „Braunschweigische Volksfreund“ dem Abg. Cohen den Fuhrtritt der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Woraus zu schließen ist — sagt die „Internationale Corr.“ — daß für die prinzipienfesten Thalheimer usw. sich die Welt in ewigem Stillstand befindet!

**Sozialdemokratische Boykottierung der sozialdemokratischen „Parteikorrespondenz“.** Der Parteivorstand erklärt im „Vorwärts“: „Aus einigen Wahlkreisen wird uns mitgeteilt, daß die Organisationsleitungen in letzter Zeit die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“ an die bisherigen Bezirker nicht mehr liefern, wohl weil sie den von ihnen einseitig informierten Genossen das in der „Partei-Korrespondenz“ enthaltene, zur Beurteilung der politischen Vorgänge im In- und Auslande wichtige und notwendige Material vorenthalten wollen. Der Parteivorstand ist überzeugt, daß die von dieser Maßregel betroffenen Genossen mit einer solchen Bevormundung nicht einverstanden sind, und ist deshalb bereit, Parteifunktionären, die bisher die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“ bezogen haben, sie jetzt aber nicht mehr erhalten, dieselbe weiterzuliefern.“

## Die Sprachenordnung in Oesterreich.

Die Monatschrift: „Das neue Oesterreich“ bespricht in dem eben erschienenen Augusthefte in einem bemerkenswerten Aufsätze das bekannte Werk Dr. Wenzel Frinds: über das sprachliche und sprachlich-nationale Recht und führt dem Verfasser in allen Grundsätzen beistimmend aus: „So Moral und Recht. Ihren Lehren muß aber auch die österreichische Politik folgen, wenn sie ein starkes Gesamtreich, ein friedliches Zusammenleben und Zusammenwirken der Nationen an Stelle eines brudermörderischen Kampfes ohne Ende will. Gemeinsame Vermittlungssprache und Gleichberechtigung der verschiedenen Sprachen im Verkehre. Das sind die beiden Grundpfeiler des Sprachenproblems. Daran kann kein Zweifel bestehen. Daran kann kein ehrlicher Politiker rütteln. Zu dieser unverlierbaren Erkenntnis führt die in sich geschlossene Gedankenreihe des Verfassers mit unentrinnbarer Logik.“

Die praktische Lösung des Problems steht jedoch noch vor einer großen Frage. Ist man sich erst über die Unentbehrlichkeit und Unvermeidlichkeit eines gemeinsamen Verständigungsmittels für die staatlichen Einheitszwecke klar, so wird es zwar noch reiflicher Prüfung und Erwägung bedürfen, die Grenzen für das Anwendungsgebiet dieser Vermittlungssprache zu finden. Aber sie werden sich finden lassen. Anders steht es dagegen mit der Frage, wann und wo eine bestimmte Sprache als allgemeine Verkehrssprache zu gelten hat, so daß sie in Kollisionenfällen vor einer anderen den Vorzug verdient oder wenigstens auf Gleichberechtigung Anspruch erheben kann. Historische Gründe führen nicht zum Ziele. Die Sprachgrenzen fallen weder mit den Reichs- noch mit den Kronlandsgrenzen zusammen. Auch können historische Gründe nur Bestehendes oder Geschaffenes erklären, aber nicht ausschließlich und unbedingt rechtfertigen. Entscheiden können bloß Zweckmäßigkeitserwägungen. Eines der obersten Zweckgesetze ist aber das von der Ökonomie der Mittel zur Erreichung eines bestimmten Zweckes. Das Mittel ist das beste, das den angestrebten Zweck am einfachsten verwirklicht. Nun kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Verständigungszweck der Sprache desto besser und rascher erreicht wird, je mehr man das Hemmnis der Doppel- und Mehrsprachigkeit verringert. Das geschieht aber am einfachsten durch Bildung von Sprachkreisen, die möglichst einsprachig gestaltet sind.

Gemeinsame Vermittlungssprache, Gleichberechtigung der Verkehrssprachen, Festlegung von Sprachkreisen. Damit scheint die Sprachenfrage nach Recht und Gerechtigkeit gelöst. Wenn diese Erkenntnis durchdringt und wenn der Staatskünstler sich findet, der ihr die erforderliche Gestalt zu verleihen weiß, dann wird das Werk eines patriotischen Gelehrten seinen schönsten Lohn, dann wird Oesterreich seinen inneren Frieden gefunden haben.“

## Die Audienzen der ungarischen Oppositionsführer beim Kaiser.

Von einem in Wien weilenden ungarischen Parlamentarier erhalten wir zu dem gestrigen Empfange der oppositionellen Führer beim Kaiser folgende Mitteilungen:

Im Sinne des Abkommens, das zwischen den ungarischen Oppositionsparteien und dem Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza vor einigen Wochen über Anregung des Grafen Julius Andrássy getroffen wurde, werden die Führer der Oppositionsparteien bekanntlich von Zeit zu Zeit über die militärischen und diplomatischen Ereignisse vom ungarischen Regierungschef vertraulich informiert. Es wurde auch vereinbart, daß den Herren Gelegenheit geboten werden würde, über ihren besonderen Wunsch durch Vermittlung des ungarischen Kabinetts beim Monarchen zu erscheinen, um diesem ihre Ansichten über die Situation darzulegen. Dieses Abkommen wurde mit dem gestrigen Tage seiner Gänze nach durchgeführt. Während die drei Vertrauensmänner der Oppositionsparteien Graf Julius Andrássy, Graf Albert Apponyi und der ehemalige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Geheimer Rat Stephan v. Rakovszky bereits vor zwei Wochen Gelegenheit hatten, vom Ministerpräsidenten Grafen Tisza und dem gemeinsamen Minister des Neußern Baron Burian vertrauliche Informationen entgegenzunehmen, fanden die Audienzen beim Kaiser erst jetzt statt, nachdem die oppositionellen Parteiführer bereits vollständig orientiert worden waren.

Ebenso wie die Audienz des Grafen Julius Andrássy in der Vorwoche, hatte auch die gestrige Audienz des Grafen Albert Apponyi eine besonders lange Dauer. Graf Apponyi, der das Arbeitskabinetts des Monarchen mittags um 1/2 Uhr vertrat, weilte über eine Stunde beim Kaiser und hatte hierbei Gelegenheit, seine persönlichen Anschauungen sowie die Ansichten seiner Partei, die auch nach dem Austritt des Anhangs des Grafen Karolyi 60 Mann stark ist, ausführlich auseinanderzusetzen. In freiem Vortrage legte Graf Apponyi seine Meinung dar, der Monarch stellte an ihn sehr viele Fragen und ließ sich dann über alle Einzelheiten eingehend informieren.

Graf Apponyi erklärte nach seiner Audienz, er sei von ihrem Verlauf hochbefriedigt. Der Monarch erfreue sich eines glänzenden Aussehens, sei über alle Details vollständig orientiert und habe mit größter Aufmerksamkeit alle Ausführungen entgegengenommen. Graf Apponyi war bei der Audienz im Salonroß erschienen.

Nach dem Grafen Apponyi wurde Stephan v. Rakovszky vom Kaiser empfangen. Auch diese Audienz, die nach halb 2 Uhr stattfand, dauerte beinahe eine Stunde. Rakovszky trug dem Kaiser die Ansichten der Volkspartei zur Situation vor, und der Monarch erkundigte sich nach Entgegennahme dieser Berichte bei Rakovszky über die Erfahrungen, die dieser als Oberleutnant im Felde bei der Armee gemacht habe.

Graf Apponyi erklärte nach der Audienz, daß er Einzelheiten über den Verlauf derselben selbstverständlich nicht mitteilen könne, da der Empfang natürlich ebenso vertraulicher Natur war wie die Informationen, die die Oppositionsführer erhalten hätten.

Graf Apponyi verließ um 4 Uhr 40 Minuten Wien, um sich nach Budapest zu begeben, wo er heute der Konferenz seiner Partei vorsitzen wird. Auch Abgeordneter Rakovszky hat gestern bereits Wien verlassen. Sowohl Graf Apponyi als Herr von Rakovszky werden im Laufe des heutigen Vormittags den Grafen Andrássy über den Verlauf ihrer Audienzen informieren, ebenso wie den Ministerpräsidenten Grafen Tisza, der selbstverständlich volle Kenntnis von den Mitteilungen der Oppositionsführer an den Monarchen besitzt.

Damit ist die Serie der Empfänge der Oppositionsführer beim Monarchen vorläufig abgeschlossen. Weitere Audienzen sind derzeit nicht in Aussicht genommen. Die Oppositionsführer werden nun wieder vom Grafen Tisza über alle Vorgänge auf dem laufenden gehalten werden und nur dann, wenn sich wieder eine Situation ergeben sollte, in welcher sie den Wunsch äußern könnten, abermals beim Monarchen zu erscheinen, wieder in Audienz empfangen werden. Es sei besonders hervorgehoben, daß ein aktueller Anlaß für die gestrigen Empfänge nicht vorlag, sondern daß in dieser Audienz lediglich allgemeine Orientierungen der Auffassungen der ungarischen Oppositionsparteien über die großen seit Kriegsbeginn aktuellen Fragen stattfanden.

Wie wir weiter erfahren, weilte gestern auch der Präsident der nationalen Arbeitspartei Ministerpräsident a. D. Graf Karl Rhuen-Hedervary in Wien. Er war aus Berlin eingetroffen, wo er in den letzten Tagen mit zahlreichen politischen Freunden einen unverbindlichen Gedankenaustausch geführt hatte. Dies war während der Kriegsdauer wiederholt der Fall, da Graf Rhuen-Hedervary, so oft er seinen der Berliner Botschaft zugeteilten Sohn besucht, immer auch mit politischen Freunden in Berlin in Berührung tritt. Graf Rhuen-Hedervary hat sich gleichfalls gestern abend wieder nach Budapest zurückbegeben, wo er während der Parlamentssession ständig verweilen wird. Ein Empfang des Präsidenten der nationalen Arbeitspartei beim Kaiser ist natürlich nicht vorgesehen, da Graf Stephan Tisza als Führer der Majoritätspartei ohnehin die Auffassung der Mehrheit dem Monarchen jedesmal mitzuteilen pflegt.

\* Ein katholisches tschechisches Blatt über die Verständigungsbestrebungen im deutschen Lager. Der Prager katholisch-nationale "Cech" bespricht in seinem Leitartikel vom 6. August die Einigkeitsbestrebung im Lager und verweist darauf, daß auf arischer deutscher Seite sich niemand einen Kulturkampf wünsche, daß selbst das Organ Wolfs, die "Ostdeutsche Rundschau" aus der Feder Dr. Buditz am 15. Juni einen Aufsatz gebracht habe, daß die religiöse Ueberzeugung eines jeden respektiert und gesichert sein müsse, daß niemand mehr sich unterfangen dürfe, einen "Kerikalen" deshalb abzulehnen, weil er nach den Sätzen seines Glaubens lebt, auf Grund dieser gegenseitigen Duldsung müsse dann eine Einigung möglich sein in nationalen Belangen. Der "Cech" folgert nun, daß im deutschen Lager die traurigen Zustände in der tschechischen Nation wohl beachtet werden, und wie notwendig auch eine ähnliche Einigung der Tschechen sei. Das Blatt schließt dann folgenden Satz an: "Der Deutschen Block in Oesterreich mit 200 Stimmen im Abgeordnetenhaus, gestützt durch die staatserkhaltenden Elemente anderer Nationen, müßte der Angelpunkt der inneren Politik werden". (Die gesperrt gedruckten Worte sind auch im "Cech" im Druck kenntlich gemacht.)

8. VIII. 1916

## Die Schönbrunner Audienzen der Abgeordneten Andrássy, Apponyi und Rakovszky.

Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt:

Auf die Audienz des Grafen Julius Andrássy bei Sr. Majestät folgten nunmehr heute nachmittags die Audienzen des Grafen Albert Apponyi und des Volksparteiabgeordneten Stefan v. Rakovszky. Sowie Graf Julius Andrássy als Führer der ungarischen Verfassungspartei vor dem Monarchen erschien, haften die Parteiführerrolle auch dem Grafen Albert Apponyi an, der im Audienzzimmer Sr. Majestät Gelegenheit finden sollte, als Präsident der ungarischen Achtundvierziger- und Unabhängigkeitspartei deren Anschauungen in der gegenwärtigen Lage darzulegen. Nicht so verhält es sich mit der Audienz des Herrn v. Rakovszky: Dieser hatte zwar in seiner Audienz bei der Krone auch Gelegenheit, die Anschauungen und Auffassungen der Katholischen Volkspartei darzulegen, aber nicht in der Eigenschaft als Führer dieser Partei, deren Vizepräsident er nun ist, sondern nur auf Grund eines Mandates, welches er in einer Konferenz seiner Partei erhielt, als die ganze Institution des oppositionellen Vertrauensrates in Frage stand. Geheimrat Stefan v. Rakovszky war als Vizepräsident der unter der Führung des Grafen Madao Bichy stehenden Volkspartei ganz unbestritten in der Lage, seine gründliche Kenntnis der Auffassungen seiner Partei in der Audienz beim Monarchen direkt zu vertreten, so daß die Bedeutung dieser Audienz für die Volkspartei selbst keineswegs darunter leidet, daß das Vertrauensmännermandat Rakovszky sich nicht mit der tatsächlichen Führerrolle in der Volkspartei deckt, aber dieses Moment muß registriert werden, um einem, wie es scheint, bereits Fuß gefaßten Irrtum den weiteren Boden zu entziehen und in der Volkspartei selbst keine Unterströmungen aufkommen zu lassen.

## Die geheime Denkschrift der Unabhängigkeitspartei an den König.

Budapest, 8. August.

Anlässlich des Ausscheidens der Fraktion Károlyi aus der Unabhängigkeitspartei überraschte Graf Theodor Batthyány, bekanntlich ein Anhänger des Grafen Michael Károlyi, die Öffentlichkeit mit der Enthüllung, unter dem Einflusse des Grafen Albert Apponyi habe die Unabhängigkeitspartei während des Krieges sich vom Gebiete der offenen parlamentarischen Aktionen auf dasjenige der geheimen Denkschriften abdrängen lassen.

An diese Enthüllung knüpfte Graf Albert Apponyi in der heutigen Konferenz der Unabhängigkeitspartei an und gab einiges über die pikante Vorgeschichte dieser geheimen Denkschrift an die Kabinettskanzlei zum besten. Es ist eine regelrechte Gegenenthüllung, die Graf Albert Apponyi seinen Parteigenossen vorlegte, und ihr verblüffender Inhalt besagt nicht weniger, als daß der Urheber des Gedankens, die Wünsche der Unabhängigkeitspartei nicht in offener Parlamentsitzung zu verkünden, sondern in einer geheimen Denkschrift im Wege der Kabinettskanzlei zum König gelangen zu lassen, kein anderer als Graf Michael Károlyi selbst gewesen ist.

Graf Albert Apponyi äußerte sich hierüber in seiner Ansprache an die heute zur Konferenz versammelte Unabhängigkeitspartei wie folgt:

„Graf Theodor Batthyány, der allerdings dem Präsidialrat nicht angehörte, war nicht genau informiert über den Fall, durch den er meinen schädlichen Einfluß auf das Parteilieben illustrieren wollte. Er behauptete bekanntlich, ich wäre es gewesen, der die oppositionelle Aktion aus dem Parlament auf das Gebiet der geheimen Denkschriften hinübergeleitet hätte. Der Fall, auf den er anspielte, hat sich aber in Wahrheit wie folgt zugetragen: Aus Anlaß einer konkreten Sache, die schon seit geraumer Zeit die öffentliche Meinung beschäftigt hatte — eine nähere Kennzeichnung dieser konkreten Sache halte ich heute nicht für opportun —, entstand in den Kreisen unserer Partei, und ich kann hinzufügen, in erster Reihe im Kreise meiner intimsten und ältesten politischen Freunde, eine Bewegung, die dahin ging, daß es die bare Unmöglichkeit sei, die betreffende konkrete Sache im Parlament nicht zur Sprache zu bringen und daß wir dies unbedingt in Form einer Interpellation oder eines Beschlußantrages tun sollten. Ich war damit einverstanden und formulierte auch einen Beschlußantrag, der dem Parlament zu unterbreiten gewesen wäre.

Mit diesem Beschlußantrag trat ich an den Präsidialrat der Partei heran. Da nahm jedoch gerade mein geehrter Freund Graf Michael Károlyi den Standpunkt ein, daß es unter den gegebenen Umständen viel richtiger wäre, statt einer parlamentarischen Aktion sich mit einer Denkschrift entweder an die Regierung oder an den König zu wenden; in dieser Denkschrift sollten wir unseren Wunsch darlegen, damit eine Urkunde vorhanden sei, durch die wir seinerzeit dem Lande nachweisen würden, daß wir angesichts der fraglichen Situation nicht untätig geblieben wären.

Alle Mitglieder des Präsidialrates waren übereinstimmend der Ansicht, daß wir uns mit der Denkschrift nicht an die Regierung, sondern an den König zu wenden hätten. Ich füge hinzu: Michael Károlyi war vollständig im Recht, und ich habe mich seinem Standpunkte sofort angeschlossen. Mit der Abfassung der Denkschrift wurden Martin Lovázy und ich betraut, Martin Lovázy aber übertrug seine Be-

traung auf mich. So faßte ich denn die Denkschrift ab, der Präsidialrat trat ihr nach geringen Änderungen bei, und im Auftrage des Präsidialrates trug ich selbst das Schriftstück in die Kabinettskanzlei.

Das ist der Sachverhalt.

Die Sache verhält sich also gerade umgekehrt. Ich war bereit, auf den Wunsch mehrerer Freunde eine parlamentarische Aktion einzuleiten, und Michael Károlyi war es, der — ich wiederhole: in ganz richtiger Weise — das übrigens ebenfalls durchaus verfassungsmäßige Vorgehen vorschlug, daß wir uns an den anderen Faktor der Gesetzgebung, an den König, wenden sollten.

Wir kamen auch darin überein, und zwar aus denselben Gründen, die ein öffentliches Auftreten im Parlament nicht ratsam erscheinen ließen, von der Ueberreichung der Denkschrift nichts in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

Da diese Angelegenheit von der anderen Seite zur Sprache gebracht worden ist, habe ich diese Richtigstellung des wirklichen Sachverhaltes für notwendig erachtet.“

**Parteikonferenzen. — Die Sonderstellung der  
Károlyi-Partei. — Die Steuervorlagen.**

Nach mehr als dreiwöchentlicher Unterbrechung nimmt das Abgeordnetenhaus morgen wieder seine meritorischen Beratungen auf. Auf der Tagesordnung stehen vorerst die Steuervorlagen, deren Berathung trotz der im Zuge befindlichen Kompromißverhandlungen ziemlich lange Zeit in Anspruch nehmen, aber sonst wohl kaum viel Staub aufwirbeln wird. Das Interesse, welches man der morgigen Eröffnungsitzung entgegenbringt, konzentriert sich indeß keinesfalls auf die Steuervorlagen, sondern auf das parlamentarische Debut der Károlyi-Partei, die — nach dem Verlaufe ihrer heutigen Sitzung zu schließen — entschlossen ist, den seit Ausbruch des Krieges herrschenden innerpolitischen Bürgerfrieden zu stören und es darauf abgesehen hat, mit ihren Aktionen eine parlamentarische Situation zu schaffen, mit welcher nach außen hin die bisher so glänzend dokumentirte Einigkeit der ungarischen Nation als gestört erscheinen soll. Graf Károlyi hat heute dem Kabinett Tisza den Krieg erklärt und sein politischer Mentor, Julius Fusth, forderte, daß man den Wunsch nach einem Friedensschluß im Abgeordnetenhaus zum Ausdruck bringen soll. In diesem Sinne wird morgen der Führer der jüngsten politischen Partei im Abgeordnetenhaus das Wort ergreifen. Der Effekt, den seine Aktion dort hervorzurufen wird, dürfte ihn aber belehren, daß der Zeitpunkt, den er für seine Handlungsweise wählte, ein sehr schlecht gewählter ist und daß die erdrückende Majorität des Abgeordnetenhauses für seine Aktion kaum das von ihm erhoffte Verständniß zeigen wird. — Die

übrigen oppositionellen Parteien beschäftigten sich in ihren am Abend abgehaltenen Konferenzen ausschließlich mit den Steuervorlagen, betreffs welcher sie eine gemeinsame Resolution acceptirten, welche all jene Wünsche enthält, deren Berücksichtigung sie bei der Annahme dieser Vorlagen seitens der Regierung erwarten.

Unsere Berichte über die heutigen politischen Vorgänge lassen wir hier folgen:

**Konferenz der Károlyi-Partei.**

Die Unabhängigkeits- und 48er Partei hielt heute Abends unter Vorsitz des Grafen Michael Károlyi eine Konferenz, zu deren Beginn der Präsident noch einmal auf die Gründe der Sezession aus der Vereinigten Unabhängigkeitspartei verwies und dann bezüglich der einzunehmenden Haltung seiner Partei Folgendes ausführte:

**Die Aktion der Károlyi-Partei.**

Wir sind aus der, unter Führung des Grafen Albert Apponyi stehenden Partei ausgetreten, weil wir das Unabhängigkeitsprogramm als keine Utopie betrachten, sondern für die Verwirklichung desselben den gegenwärtigen Zeitpunkt als den günstigsten halten. Wir sind der Ansicht, daß, wenn wir die für die ungarische Nation sich jetzt bietende Gelegenheit nicht ergreifen, wir einen verhängnißvollen Fehler begehen würden, den man nicht mehr gut machen kann, denn es würden fait accomplis entstehen, an denen man nichts mehr ändern könnte. Mit ein Grund unserer Trennung von der Partei des Grafen Apponyi war, daß wir in Sachen des Krieges und mit mehreren mit dem Krieg zusammenhängenden Fragen nicht eines Sinnes waren. Wir sind der Ansicht, daß der Krieg kein Vorwand dafür sein dürfte, daß wir von Aktionen, die für die Nation von Vortheil sein können, welche das Land wünscht und erwartet, absehen. Und nachdem wir den gegenwärtigen Zustand als schädlich erachten, können wir auch nicht zugeben, daß wir mit der Regierung gemeinsame Aktionen eingehen. Bei solchen wäre die Verantwortung nicht zu vermeiden. Es wäre auch unvermeidlich gewesen, daß die Verantwortung auch auf jene falle, die die Kontrolle zu üben haben. Da aber die Majorität der unter der Führung des Grafen Apponyi verbliebenen Partei die gemeinsame Aktion mit der Regierung billigte, konnten wir mit derselben nicht weiter zusammenbleiben.

Nach diesen Ausführungen theilte Graf Károlyi mit, daß er diesen Standpunkt seiner Partei in der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vor der Tagesordnung zum Ausdruck bringen wird. Er schloß seine Rede mit der Erklärung, daß man das Programm der Unabhängigkeitspartei nur so verwirklichen könne, wenn man während des Krieges die Regierung zum Sturze bringt. (Lebhafte Zustimmung.)

**Julius Fusth über den Frieden.**

Der nächste Redner, Julius Fusth, erklärt sich mit den Ausführungen des Grafen Michael Károlyi vollständig einverstanden, wünscht aber, daß dieser in seiner morgigen Rede im Abgeordnetenhaus auch ausführen soll, daß wir nach je früherer Beendigung des Krieges einen gesunden und ständigen Frieden wünschen. Einen solchen Frieden, welcher ähnliche Ereignisse wie die gegenwärtigen, vollständig ausschließt. Man müsse die Welt davor bewahren, daß die Dummheit oder der Wille der Diplomaten einen Krieg heraufbeschwöre. Auf den interparlamentarischen Konferenzen, auf dem Haager Friedenskongreß haben die vornehmsten Vertreter aller Parlamente der Welt betont, daß Konflikte unter den Nationen Schiedsgerichten überlassen werden müssen. Wenn die Völker unmittelbar miteinander verkehren, werden die Diplomaten keinen Krieg herbeiführen können. Dies ist unsere Auffassung; dabei ist es aber natürlich, daß wir unsere Grenzen, unsere territoriale Integrität jedem Feinde gegenüber verteidigen wollen. Aber während wir einerseits unser Land verteidigen, wollen wir kein anderes Land an uns angliedern. (Lebhafte Zustimmung.)

**Der weitere Verlauf der Konferenz.**

Im weiteren Verlaufe der Konferenz theilte Graf Michael Károlyi mit, daß eine Deputation der Feministen um die Einführung des Frauenstimmrechts bei ihm vorgesprochen habe. Er erachte es als notwendig, daß man sich seinerzeit auch mit dieser Frage beschäftige. Julius Fusth meint, solange nicht für alle Männer das Wahlrecht erwirkt ist, man das Problem des Stimmrechts nicht mit anderen Fragen komplizieren dürfe. Desider Polonji ist der Ansicht, daß während des Weltkrieges wohl diese Frage nicht zu den dringendsten gehört. Nach kurzen Bemerkungen Ludwig Beck's übergab die Konferenz auf die Berathung der Steuervorlagen. Hugo Laehne informirte die Partei über die von allen oppositionellen Parteien angenommene Resolution, welche auch die Károlyi-Partei annimmt mit dem Hinzufügen, daß sie nach dem Frieden die Einführung eines neuen, progressiven Steuer-systems fordern wird.

**Sommertagung.**

(Was haben die Städte zu erwarten?)

Heute nimmt der ungarische Reichstag seine Verhandlungen wieder auf. Die Sommertagung war auf einige Wochen, während welcher die Mitglieder des Parlamentes ihren Ernteurlaub hatten, ordnungsgemäß vertagt und jetzt kann die meritorische Arbeit der vierten Kriessession frischweg beginnen.

Das Abgeordnetenhaus wird die Beratung einiger wichtiger Kriegsvorlagen fortsetzen. Vor allem hat der Finanzminister ein Steuerprogramm vorgelegt, wodurch mitten im Kriege die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes versucht wird. Das Erträgnis der neuen Steuern soll gerade ausreichen, um die Zinsen der ungarischen Kriegsanleihen zu decken. Im verflochtenen Sessionsabschnitt des Reichstages haben zwischen dem Finanzminister und den oppositionellen Parteien eifrige Verhandlungen über gewisse Änderungen an den Steuervorlagen stattgefunden. Zudem die Regierung den größten Wert darauf legt, daß die neue schwere Mehrbelastung der Bevölkerung mit Zustimmung der

Opposition erfolge, hat sie den Wünschen der Opposition nach Tunlichkeit Rechnung getragen. Die Wünsche der Opposition zeichnen sich aber dadurch aus, daß sie, gleich den Regierungsvorschlägen, hauptsächlich das Ziel vor Augen haben, die Agrarbevölkerung nach wie vor zu schonen und den Hauptteil der neuen Mehrbelastung auf die gewerbe- und handeltreibende Bevölkerung der Städte zu überwälzen. Nach wie vor ist dabei der schreiende Mangel an einer numerisch ausgiebigen, intellektuell auf der Höhe ihrer Aufgabe stehenden und völlig unabhängigen Städtepartei zu vermissen.

Es ist dies ein Mangel, der auch, was die außerordentlichen Kriegsmassregeln der Verwaltung anbelangt, äußerst empfindlich zu Tage tritt. Die Verfügungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung haben zu Mißgriffen und Ungerechtigkeiten geführt, unter denen die Städtebevölkerung viel schwerer zu leiden hat, als das Landvolk. Wenn man dazu in Betracht zieht, daß auch die Steuerlast der Stadtbewohner unerbildlich schwerer, die Blutsteuer aber sicher nicht geringer als jene der ländlichen Volksschichten in die Waagschale fällt, so muß es jedem Unbefangenen einleuchten, daß die bisherige Parteizusammensetzung und das jetzige Wahlgesetz ein tatkräftiges Buzgeltungkommen der gerechten Wünsche und Beschwerden des Stadtvolfes als völlig aussichtslos erscheinen läßt.

Noch trauriger gestaltet sich diese betäubende Tatsache speziell für uns Pozsonyer. Wir sind selbst unter den städtischen Stiefkindern des Landes das reinste Aischenbrödel. Was nützt es, wenn unsere Abgeordneten mündlich und schriftlich den ungenügend informierten Ministern die Wahrheit über ihre Fehlgriffe mitteilen? Was nützt es, wenn unser Bürgermeister in der aufreibenden Sorge um unser tägliches Brot seit Jahr und Tag schier übermenschliche Arbeitsleistungen vollbringt? Solange sich im Abgeordnetenhaus keine Partei findet, die für die elementaren Existenzbedingungen der Städte Herz und Sinn hat, und solange der unabhängigen Presse jede Möglichkeit einer aufrichtigen, herzhaften Kritik des bestehenden Systems durch fortwährende Zensurverordnungen benommen wird, kann und wird unsere erbarmenswerte zweite Stadt des Landes unmöglich in der Lage sein, sich die notwendigsten Lebensmittel preiswürdig zu beschaffen.

Von der soeben beginnenden Tagung unseres Reichstages wird zwar oppositionellerseits eine lebhafteste Debatte über gewisse Approvisionierungsmaßnahmen erwartet, wir aber kennen diese Art von Korteschreden zur Genüge. Es wird zum Fenster hinaus gesprochen, ein paar Klowns und dumme Auguste wechseln mit dem Stallmeister und seinen Kessfortgehilfen ein paar unschuldige Zirkusohrfeigen, deren Schall zwar auch bis nach Pozsony dringt, hier aber auf kein leeres

„Standel“ unseres Lebensmittelmarktes etwas Eßbares zaubert und keinem ausgesackelten Nichtlieferanten den Hunger zu stillen imstande ist.

Mit solchen Empfindungen und mit derart minimal herabgeschraubten Erwartungen sehen wir Preßburger dem Wiederbeginn der Sommertagung unseres Reichstages entgegen. Nie vorher hat sich die Unzulänglichkeit, ja Ueberflüssigkeit dieser hochverehrten Körperschaft so eklatanterweise erwiesen wie gerade jetzt, in dieser langen, hängen Kriegszeit, und noch niemals haben wir Ursache gehabt, uns zaghafter an die einzige Hoffnung zu klammern, daß nach den unsagbar bitteren Erfahrungen dieser schweren Zeit vielleicht auch in bezug auf eine gerechte, stadtfreundliche Parlamentsreform irgend eine Besserung winkt.

## Die nötige Einheit des Handelns.

Die Verachtung der politischen Parteiarbeit, die in bürgerlichen Kreisen allgemein herrscht, \*) ist der Feind jeder gesunden Parteibildung und damit jeder politischen Erziehung des Bürgertums. Wie sehr sie auf prinzipielle Mißverständnisse zurückgeht und prinzipiell zu verwerfen ist, so verständlich ist sie angesichts der unglaublichen Parteienzersplitterung innerhalb des deutschen Bürgertums. Diese Verkrümelung des politischen Einflusses der deutschen Nation Oesterreichs durch die unsinnigste Spaltung in kleine und aller kleinste, einander auffällige Gruppen ist zugleich Schande für die Bürger und Schaden für den Staat. Die Herrschenden Ungarns und die Bourgeoisie Englands — um zugleich ein Beispiel unreifer und vollreifer Zustände zu geben — haben durch lange Zeiten, Englands Bourgeoisie durch Jahrhunderte, ihr volles Auslangen mit bloß zwei großen Parteien gefunden. Zwei Parteien, die ihre Traditionen über allen Wechsel der inneren Politik aufrecht erhalten und dennoch sich innerlich unablässig wandeln, reichen in England aus, um alle Geschäfte des Landes zu führen. (Daß das Proletariat, als beherrschte Klasse, sich eine dritte Partei daneben schafft, ist nur natürlich und überall unvermeidlich, wir reden in diesem Zusammenhang nicht von ihm, sondern von der Parteibildung innerhalb seiner notwendigen Klassengegner.) Je weniger Einfluß eine Bourgeoisie auf die Staatsgeschäfte hat, (das läßt sich bei Betrachtung der festländischen Parteiverhältnisse sofort wahrnehmen), umso mehr zersplittert sich ihre politische Vertretung. Wir könnten nun als politische Gegner, da wir von dieser Zersplitterung auch manchen Vorteil ziehen, dieses Uebel mit interessiertem Schweigen übergehen, wenn nicht eine wirkliche Demokratisierung des ganzen öffentlichen Wesens unmittelbar abhinge von der Tragfähigkeit und Verantwortungskraft der herrschenden Parteien. Das Parlament des allgemeinen Stimmrechtes hat nicht durch jene Partei, die neu ins Haus trat, die also als Geschöpf dieses Stimmrechtes gelten kann, durch die Sozialdemokratie Schiffbruch gelitten, sondern durch die aus den alten Parlamenten überkommene Anarchie des bürgerlichen Parteiensystems, durch die Unbotmäßigkeit der Eingänger und der kleinen Parteien, durch die politische Zerfahrenheit des Bürgertums. Um das Bismarcksche Gleichnis zu gebrauchen: Der Wahlrechtskampf des Proletariats hat die deutsche Bourgeoisie Oesterreichs zwar in den Sattel gehoben, aber zu reiten verstand diese nicht. Solange die Christlichsozialen die Führung besaßen — sie haben eine wirkliche Parteiorganisation, sie sind eine politische Partei, sind verhandlungs- und verpflichtungsfähig — ging es zur Not; als jedoch der Nationalverband die Verantwortung für die Geschäftsführung des Hauses wie für die Regierung übernahm, steigerte sich von Tagung zu Tagung die Unsicherheit, die Unordnung, die Verwirrung.

Der tiefe Grund lag darin, daß der Nationalverband, wie anspruchsvoll er auch auftrat, niemals etwas anderes war als die mechanische Aneinanderreihung innerlich entfremdeter Parteigruppen, daß er niemals eine Partei war oder auch nur werden konnte. Die äußeren Zurüstungen der Parteinheit, der Vorstand, die Funktionäre, die Sitzungen, machen noch keine Partei. Ohne innere Einheit des Programms, ohne Gemeinsamkeit der Ziele und Mittel ist Einheit des Handelns unmöglich: eine Partei aber ist wesentlich Gemeinschaft des Handelns. Der Spottvers:

Der eine sah, der andre stand,  
Der stimmte für, der wider

traf den Grundfehler jener parlamentarischen Vereinigung, auf die das deutsche Bürgertum so viele Hoffnungen gesetzt hatte, die in ihrer Art das Vorbild der „Vereinigten deutschen Linen“ fortsetzen sollte und nicht im entferntesten an sie heranreichte. Der Verband war in keiner Sache, ob sie nun nationale, wirtschaftliche oder soziale oder auch nur geschäftsordnungsmäßige Fragen betraf, eine handlungs- und verhandlungsfähige Einheit, er war weder den Nachbarparteien noch der Regierung gegenüber verpflichtungsfähig. Er erfüllte blind die unerlässlichsten Staatsnotwendigkeiten, jedoch ohne die elementarsten parlamentarischen Gegenverbindlichkeiten, und bewirkte so das Gegenteil jener Aufgabe, die jeder bürgerlichen Parlamentspartei gestellt ist: Staat und Volk verpflichtend zu verbinden — er löste selbst die Staatsgewalt von Volk und Volksvertretung los!

Hier nun erhebt sich die einfachste und zugleich schwierigste Aufgabe der beabsichtigten neuen Parteibildung, die unerlässliche Aufgabe, ohne deren Lösung die Absicht scheitern muß. Niemand, weder Freund noch Feind, wird länger eine bloße Zusammenrottung von zufällig Gewählten, auch wenn der hilflose Name der Nation als ihr deckender Schild benützt würde, als politische Partei nehmen. Die Wählerschaft würde sofort fühlen, daß hier bloß das Firmenschild gewechselt werden soll, um der Verant-

\*) Siehe die Arbeiterzeitung vom 9. August: „Segen und Unsegel des Parteiwesens.“

wortung für alte Sünden zu entkommen. Darin wird Täuschung unmöglich sein. Es gilt, eine tatsächliche Einheit des Handelns herzustellen, eine Einheit in allen großen Fragen, die das Staatswesen nach dem Kriege bewegen werden, in dem Verhältnis zum Staate, zu den anderen Nationen, zu den wirtschaftlichen Klassen, in der Frage der Verfassung, Verwaltung, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es gilt, das Bürgertum zu solcher Einheitlichkeit des Handelns zu erziehen und die Eingängerei, Sonderbündelei, Disziplinlosigkeit soweit zu bannen, daß die Gesamtheit aktionsfähig ist. Wir wissen genau, daß das der Bourgeoisie nicht leicht wird — ernsthafte Politik ist schwer und mühsam, das begreifen wir sehr wohl. Aber erspart kann diese mühsame Selbstsucht dem Bürgertum nicht werden, wenn es gelten will.

Natürlich steht die Arbeiterklasse diesen Versuchen fern — sie kann sie weder fördern, noch stören, sie besitzt ihre Partei und ihr streng abgegrenztes politisches Arbeitsfeld. Sie weiß zu gut, daß sie jede neue bürgerliche Partei als Gegnerin finden wird. Nichtsdestoweniger ist es ihr nicht gleichgültig, mit wem sie es zu tun haben wird! Soviel allerdings hat ihr der schwere Schaden der vertretungslosen Zeit klargemacht, daß nichts schlimmer ist als die völlige Anarchie auch im gegnerischen Lager. Am Ende ist Politik überhaupt nicht mehr möglich, wenn niemand da ist, mit dem zu verhandeln wäre, der die Verantwortung für das Ganze des öffentlichen Lebens auf sich nimmt, wenn sich das Parlament auflöst in ein Chaos von eigenwilligen und nichts vermögenden Gruppen. In diesem Sinne wäre es der Vorteil aller, wenn auch innerhalb des Bürgertums politische Ordnung würde, und wir meinen schon, daß in einem Lande, in dem die nationalen Gegensätze ohnehin Zerklüftung genug hervorrufen, jede Bourgeoisie mit dem Zweiparteiensystem ihr Auslangen finden könnte. Dazu aber müßte sie die Kraft, den Mut und das organisatorische Geschick aufbringen, Zwischenbildungen einzuschmelzen oder abzutun. Daß sie das vermag, daran fehlt uns allerdings der Glaube, obschon wir die Botschaft täglich hören.

11. VIII. 1916

Die Affaire der oppositionellen Vertrauensmänner bildet seit den Audienzen des Grafen Julius Andrássy, Grafen Albert Apponyi und Stephan Rakovszky sehr regen Gesprächsstoff in parlamentarischen Kreisen. Die Karolyi-Gruppe greift die genannten Vertrauensmänner systematisch an; sie erachtet das „Informationskomité“, da seine Mitglieder nun schon alle ihnen zu gewährenden Informationen erhalten haben, und da sie auch schon beim König in Audienz erschienen waren, für überflüssig; andererseits aber imputierten die Karolyaner den Vertrauensmännern die Absicht, daß sie regierungsfähig werden wollen, und daß Andrássy und Apponyi Ministerportefeuilles nachjagen. In Folge dessen tauchte heute in den Wandelgängen das schon seit Tagen lancirte Gerücht in bestimmter Form auf, daß Graf Julius Andrássy demnächst zum Minister des Aeußern ernannt werden soll. Nahrung zur Verbreitung dieses Gerüchts gab eine bekanntgewordene Aeußerung Stephan Rakovszky's, in der der Genannte erklärte, er habe Kenntniß davon, daß die Kandidatur des Grafen Julius Andrássy zum Minister des Aeußern an sehr ernster und entscheidender Stelle zur Sprache kam, und es sei nicht unmöglich, daß innerhalb kurzer Zeit alle Details dieser Angelegenheit öffentlich diskutirt werden können.

Die dem Grafen Julius Andrássy nahestehenden Kreise und Graf Andrássy selbst enthalten sich hierüber jeder meritorischen Aeußerung. In regierungsfreundlichen Kreisen hält man die Möglichkeit einer Veränderung in der Leitung des auswärtigen Amtes unter den gegenwärtigen Verhältnissen für kaum wahrscheinlich, weil jetzt ein Wechsel in dieser wichtigen Regierungsstelle bei unseren Feinden zu Voraussetzungen Anlaß geben könnte, die absolut keine Berechtigung haben. Trotzdem hält sich, speziell in oppositionellen Kreisen, die Nachricht von der Ernennung des Grafen Julius Andrássy mit großer Hartnäckigkeit. Graf Albert Apponyi wurde hierüber heute Abends gleichfalls mit Anfragen bestürmt. Auf die direkt an ihn gerichtete Frage, ob die Kandidatur Andrássy's zum Nachfolger des Baron Burián aktuell sei, antwortete er nur mit einer Geste, die man gerade so als Bejahung, wie als Verneinung auffassen konnte. Verhielt sich Graf Apponyi bezüglich dieser Hauptfrage also sehr räthselhaft, war er um so offener und klarer bezüglich der Kennzeichnung des Verhältnisses der oppositionellen Vertrauensmänner im Allgemeinen. Diesbezüglich sagte er:

Es ist nicht wahr, daß wir in Folge der von unseren Parteien erhaltenen Vertrauens in unserer parlamentarischen Aktion irgendwie beschränkt wären. Amtsgeheimnisse werden wir natürlich nicht verrathen, aber unser Stillschweigen bedeutet keinesfalls, daß wir uns mit allen Handlungen der Regierung identifiziren. Wir können es im Interesse des Landes gelegen erachten, zu schweigen, selbst wenn wir nicht Alles billigen oder gutheißen. Das bedeutet aber keinesfalls, daß wir mit Allem einverstanden sind.

Auf die Frage, ob es wahr sei, daß unter den Vertrauensmännern selbst Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht seien, sagte Graf Apponyi:

Was dieses Verhältniß zu einander betrifft, so befinden wir uns in allen Fragen im vollsten Einverständnis, umsomehr, da ja unsere Ansicht über die auswärtigen Fragen immer eine identische war.

Die Kunde all dieser Couloirgespräche gelangte im Verlaufe der Sitzung auch zur Kenntniß der Regierungspartei, wo man mit lebhafter Bewunderung darüber sprach, daß über eine solch ernste Angelegenheit, wie es ein Wechsel im Ministerium des Aeußern sein könnte, in oppositionellen Kreisen Gerüchte und Ansichten verbreitet werden, die leicht zu Mißverständnissen und falschen Voraussetzungen führen können. An kompetenten Stellen meinte man, Herr Rakovszky dürfte sich ja persönlich als sehr ernstest Faktor betrachten, aber das bedeuete noch nicht, daß man sich mit der Kandidatur des Grafen Julius Andrássy zum Minister des Aeußern an anderen Stellen ebenso ernst beschäftigt hätte. In wohlinformirten Kreisen erachtet man die diesbezüglichen Gerüchte als unbegründet.

## Gerüchte über den Grafen Julius Andrássy.

In jüngster Zeit haben Blätter wiederholt das Gerücht verzeichnet, die Ernennung des Grafen Julius Andrássy zum Minister des Aeußern sei in naher Zeit zu erwarten. Einem Mitarbeiter des „Az Est“ gegenüber hat sich heute auch der Reichstagsabgeordnete Stefan v. Rakovský geäußert, er besitze gleichfalls Kenntnis davon, daß die Anregung zur Berufung des Grafen Julius Andrássy an die Spitze des Ministeriums des Aeußern von ernster Seite ausgegangen sei. Solange es sich um bloße Zeitungsgerüchte handelte, haben wir die letzteren stillschweigend übergangen in der Ueberzeugung, daß Graf Julius Andrássy diesen Ausstreunungen nicht nur absolut fernsteht, sondern ihre Ignorierung seinem Geschmack sowohl wie seinen Wünschen am besten entspricht. Da nun aber Herr v. Rakovský sich als Bürge für das Gerücht stellt, so glauben wir unsere bisher beobachtete Reserve aufgeben und sagen zu dürfen, daß unseres Wissens die Anregung, um die es sich handelt, von keiner verantwortlichen und kompetenten Seite ausgegangen ist. Man darf vielleicht mithin vermuten, daß Herr v. Rakovský höchstens einen Akt wohlwollender Selbsteinschätzung vollzieht, indem er die Quelle der fraglichen Information als eine „ernste“ bezeichnet. Was die Eignung des Grafen Julius Andrássy für die Leitung des Auswärtigen Amtes betrifft, so sind wir als aufrichtige Verehrer seiner hervorragenden geistigen Eigenschaften und seiner staatsmännischen Begabung gewiß die letzten, sie in Zweifel zu ziehen. Ebenso sicher sind wir aber auch darin, daß Graf Andrássy den Zeitungen und Politikern, die sich seiner Kandidatur so geschäftig annehmen, wenig Dank für ihren Eifer wissen wird. Ihr Treiben wird ihm höchstens den Stoßseufzer entlocken: „Gott behüte mich vor meinen Freunden...“

\* Zur Schaffung einer großen Deutsch-nationalen Landespartei in Niederösterreich. Am 9. d. fand wie man uns berichtet, in S a n k t P ö l t e n eine Besprechung von Vertretern des Niederösterreichischen Volksbundes und der deutsch-sozialen Partei statt, der unter anderen anwohnten: Abg. W e d r a, Dr. M i t t e r m a n n, Doktor S a m p e l, Landesgerichtsrat Dr. L u z. Hauptgegenstand dieser Besprechung war die Frage der

Festlegung eines Rahmenprogramms, das es derzeit außerhalb des Niederösterreichischen Volksbundes stehenden deutsch-nationalen Gruppen ermöglichen könnte, der neuzuschaffenden großen allgemeinen Organisation der Deutsch-nationalen Niederösterreich sich anzuschließen. Die Aktion wird fortgeführt werden.

## Des Uebels Wurzel.

Wien, am 12. August.

Die Vaterfreunden der deutschfreiheitlichen Einheitspartei-Gründer waren bisher recht mäßig. Gerade dort, wo man mit Sicherheit freundlichen Willkomm erwartet haben mochte, erlebte man kühle Zurückhaltung oder gar schroffe Ablehnung, wofür die überschwänglichen Anbiederungen solcher Kreise, die sich anscheinend die Mehrzahl der Parteigründer mit ganz eindeutigen wirtschafts- und steuerpolitischen Programmforderungen vom Leibe zu halten trachtete, keine rechte Entschädigung zu bringen vermochten. Kein Wunder, daß das frohlockende Ciapopeia der ersten Gründungswochen seither einer verdrießlichen Stimmung gewichen ist, daß der Dornröschenschlaf schon über die Wiege des neuen Königskindes herabzusinken droht. So scheint die neue Gründung der Deutschfreiheitlichen den Weg ihrer vielen Vorgängerinnen gehen zu wollen. Es ist, als würde auch die neueste Gründertat von dem alten Fluch verfolgt, der mit unheimlicher Unerbittlichkeit den zahlreichen Parteierperimenten der Freiheitlichen immer wieder das Gelingen verdirbt.

Vielleicht ist es nicht ganz unnützlich, einmal den Ursachen dieser auffallenden Erscheinung nachzugehen. — Gestern beäugte das sozialdemokratische Hauptorgan den betrüblichen Fall, der ihm augenscheinlich tief zu Herzen geht, und predigte dem zerfahrenen bürgerlichen Freisinn eindringlich „die nötige Einheit des Handelns“. Die „politische Zerfahrenheit des Bürgertums“, von der die Sozialdemokratie allerdings „auch manchen Vorteil gezogen“ habe, war aber ein Hindernis der „wirklichen Demokratisierung des ganzen öffentlichen Wesens“. Der Wahlrechtskampf des Proletariats habe die deutsche Bourgeoisie Oesterreichs zwar in den Sattel gehoben — das Märchen, daß die Wahlreform in Oesterreich, die bekanntlich das Ergebnis des Fejervary-Kristoffyschen politischen Planes ist, von den Sozialdemokraten erkämpft worden sei, denen doch nur gestattet wurde, in der Wahlreformkampagne Handlangerdienste zu tun, spuckt also immer noch in den sozialdemokratischen Erzählungen herum! —, aber zu reiten habe sie nicht verstanden. „Solange“, bekennet das sozialdemokratische Hauptorgan, „die Christlichsozialen die Führung besaßen — sie haben eine wirkliche Parteiorganisation, sie sind eine politische Partei, sind verhandlungs- und verpflichtungsfähig — ging es zur Not; als jedoch der Nationalverband die Verantwortung für die Geschäftsführung des Hauses wie für die Regierung übernahm, steigerte sich von Tagung zu Tagung die Unsicherheit, die Unordnung, die Verwirrung.“ Das klingt fast wie Reue über den 1911er sozialdemokratisch-freisinnigen Junifregierwahlpakt, der das Volkshaus dem Freisinn in Verwaltung gab und durch Schuld der Sozialdemokraten nicht etwa bloß den wenigstens im Nationalverband zusammengeschlossenen Gruppen, sondern gerade den jeder Zusammenfassung spottenden, gänzlich unorganisierbaren und zu positiver Arbeit völlig unfähigen Wilden der freisinnigen Wiener Abart eine Mandatsvermehrung brachte. Die Erkenntnis, daß jener Generalschlag gegen die Christlichsozialen sich an den Stürmern von damals rächte und leider auch der Allgemeinheit zum Schaden anschlug, kommt zwar reichlich spät, aber als wertvolle Urkunde nicht zu spät, wenngleich wir keine Häuser darauf bauen möchten, daß die Führung der Sozialdemokratie sich ihre Er-

fahrung für künftige Fälle zur Lehre dienen lassen werde; gegen Neigungen, Traditionen und Verwandtschaften vermag die politische Vernunft in den seltensten Fällen aufzukommen. — Der bürgerliche Freisinn erhält dann vom sozialdemokratischen Organ allerlei Ratschläge, wie er es anzustellen habe, um eine brauchbare Partei zu werden: „Es gilt, eine tatsächliche Einheit des Handelns herzustellen, eine Einheit in all den großen Fragen, die das Staatswesen nach dem Kriege bewegen werden, in dem Verhältnis zum Staate, zu den Nationen, zu den wirtschaftlichen Klassen, in der Frage der Verfassung, Verwaltung, Wirtschafts- und Sozialpolitik.“ Es gelte, „das Bürgertum zu solcher Einheitlichkeit des Handelns zu erziehen und die Eingängerei, Sonderbündelei, Disziplinlosigkeit soweit zu bannen, daß die Gesamtheit aktionsfähig ist“ ... Die Sozialdemokratie wisse zu gut, daß sie jede neue bürgerliche Partei als Gegner finden werde; nichtsdestoweniger sei es ihr nicht gleichgültig, mit wem sie es zu tun haben werde. „Nichts ist schlimmer, als die völlige Anarchie auch im gegnerischen Lager; am Ende ist Politik überhaupt nicht mehr möglich, wenn niemand da ist, mit dem zu verhandeln wäre, der die Verantwortung auf sich nimmt“; jede Bourgeoisie könnte mit dem Zweiparteiensystem ihr Auslangen finden.

Wir möchten hiezu anmerken: In der hier so beklagten Zerfahrenheit des bürgerlichen Parteiwesens hat die demagogische Taktik der österreichischen Sozialdemokratie ihren nicht geringen Anteil; gerade die Elemente der Zerfahrenheit, gerade die Anschließungsfähigen, gerade die Sonderbündler, die Eingänger, die Hoch und Jenker, die Fried- und Neumänner zählten zu ihren ausgesuchten Lieblingen. Man demonstrierte, proklamierte, resolutionierte, wählte und stimmte nach der Wahl gemeinsam. Nun die Früchte der Demagogentaktik reiften, schmecken sie auch der Sozialdemokratie bitter. Ob sich im übrigen das Parteiwesen nach den Bedürfnissen der Theoretiker regeln und vereinfachen lasse, möchten wir bezweifeln. Bequem wäre es ja, wenn es statt der vielen bürgerlichen Parteien nur zwei und statt der vielen freisinnigen Gruppen nur eine einzige große freisinnige Partei gäbe. Uns gefiele die Welt sogar noch besser, wenn es weder eine solche noch eine sozialdemokratische Partei gäbe. Aber uns fehlt das himmelblaue Kinder-gemüt, das die Verwirklichung solcher frommer Wünsche für möglich hält. Parteien sind, weil und solange es politische Anschauungen und Stimmungen gibt, als deren Ausdruck sie gelten können; fällt der Herzog, so fällt der Mantel nach; mit ihren Voraussetzungen verschwindet über kurz oder lang auch eine Partei. Lebensfähige Parteien lassen sich nicht vom grünen Tische aus nach dem jeweiligen Bedarfe konstruieren. Gerade die Erlebnisse der verschiedensten politischen Treibhauspflanzen des Freisinns seit dem Zerfalle der „Vereinigten Linken“ bis herauf zur neuen „Einheitspartei“ könnten zur Witzigung dienen.

Das deutschösterreichische Parteileben befand sich in den Neunzigerjahren in einer ganz gesunden Entwicklung, das Zweigruppensystem war unterwegs, ein Zusammen-

schluß der christlichen und nationalen, auf eine zielbewußte Mittelstandspolitik mit sozialen Reformen lossteuernden Fraktionen von Morsey bis Kaiser, mit den Christlichsozialen als Brücke und Zentrum, im Gegensatz zum Börsenliberalismus war angebahnt, als plötzlich die in den Badenirummel geschleuderte Kulturkampf- und Los von Rom-Bombe dieser natürlichen Entwicklung ein jähes Ende setzte, die christlichen und nationalen Parteien der Mittelstandspolitik auseinandersprengte und unter der Eugenottenmusikbegleitung der Börsenpresse zur Selbsterfleischung gegeneinander hezte. Das wesentliche Ergebnis war, daß deutsche Parteigruppen, die von Geburt aus Gegner des Freisinn waren, an dessen Parteifarren gespannt wurden. Aber weder konnte sie der Freisinn dauernd verdauen, noch vermochten sie selber unter seinem Dache heimisch zu werden. Je mehr der kulturkämpferische Dampf verfloß, der ihre Sinne benebelt hatte, je mehr im Laufe der Jahre der alte Spiritus wieder durchbrach, um so mehr wurde die Unverträglichkeit der unnatürlichen Mischung offenbar.

Diese falsche, in der Badenzeit geschehene Gruppierung der deutschen Parteien nun ist das Grundübel, die Grundkrankheit des deutschösterreichischen Parteiwesens, und bevor hier nicht eine mutige Rückkehr zur Natur, zur natürlichen Gestaltung nach dem Grundsatz der Zusammengehörigkeit des Verwandten erfolgt und eine Nichtigstellung des verhängnisvollen, zwei Jahrzehnte fortgeschleppten Irrtums vollzogen ist, bleibt jeder Wunsch nach einer Gesundung ein leerer Wunsch und dünkt alles Suchen nach einer „Einheitspartei“ Zeitvergeudung. Zwischen dem Liberalismus der Börsenpresse und dem Geist nationaler Bodenständigkeit, wie er in einem beträchtlichen Teile der Nationalverbandsgruppen trotz alledem wirksam ist und von den heißen Verfälschungsbemühungen einer von Fremdlingen beigeestellten Pseudoparteipresse wohl zeitweilig niedergehalten und zurückgedrängt, aber nicht völlig ausgerottet oder ins Gegenteil verkehrt werden kann, zwischen dem Wirtschaftsprogramm der deutschnationalen Mittelstandspolitik und dem während der Kriegszeit zu den wildesten Sprüngen und Griffen ermutigten Manchesterliberalismus der großen Verdienner kann es ein Band natürlicher Zusammengehörigkeit nicht geben. Immer wieder müssen Gespenster aus der freisinnigen Unterwelt herausbeschworen, alte Ladenhüter aus der Kulturkammer hervorgeholt werden, um jeweilig eine notdürftige künstliche Übereinstimmung vom Wiener Schottenring bis in die Eichenhaine der Volksräte herzustellen.

Gerade weil die Steinwender und Beurle in richtiger Erfassung der Zeitbedürfnisse die öde Kulturkämpferei aus ihrer Einheitspartei des Freisinn ausgeschaltet wissen und den Zusammenschluß auf der Plattform einer vernünftigen Wirtschaftspolitik erzielen wollten, mußte der stark abenteuerliche Plan, die Dicht und Friedmann mit den Zuleger und Wichtl vor den gleichen Parteiwagen zu spannen, statt zur gewollten

Einigung zu einer weiteren Veruneinigung und recht verdrießlichen Auseinandersetzungen führen. Es ist eben die Tragik der unter der Fahne der Deutschfreiheitlichkeit funterbunt zusammengescharten Gruppen, daß sie, abgesehen von den mindestens recht inaktuell gewordenen, von vielen nur nach dem Geheiß der Trägheit gegen die gebesserte eigene Einsicht noch fortgeschleppten kulturkämpferisch-freisinnigen Schlagworten, gar nichts einigt und daß dafür gerade die hochaktuell gewordene Wirtschaftspolitik die für die neue „Einheitspartei“ auszuerehenden Gruppen mitten auseinanderspaltet, wie der Schwabenstreich des Ahlandschen Kreuzfahrers den Türken. Dieser jedem nüchternen Beobachter klare Sachverhalt kann durch keinen Kunstgriff und keine klugen Redensarten beseitigt werden.

Bevor die einzelnen Nationalverbandsgruppen nicht den Mut finden, sich einzugestehen, was ist, die latent vorhandene Scheidung der Geister auszusprechen und die Wirklichkeit Parteigestalt annehmen zu lassen, ist die angestrebte Gesundung des Parteiwesens nicht denkbar. Zwei Jahrzehnte lang konnte die Zwittererschöpfung einer stürmischen Zeit durch periodische Injektionen aus der Fichtegasse und den Kulturkampfküchen bei Laune und Leben erhalten werden; der Ernst des Weltkrieges räumt auch mit diesem Maskenscherz auf und läßt keine andere Wahl, als Umgruppieren oder vom Rad der Zeit zermalmt werden. Gewiß ist die Sache nicht leicht, weil die bestehende Wahlordnung in zahlreichen Wahlkreisen gerade die bürgerlichen Parteien mit verwardem politischen Programm zum Wettkampf und daher zur fürsorglichen Pflege der Gegnerschaft und Kampfbereitschaft zwingt; nur der Proporz, der jedem das Seine sichert, könnte hier einen Wandel herbeiführen. Aber herumzukommen ist an der Umgruppierung keinesfalls, wenn anders die Deutschen Oesterreichs nach dem Kriege zu fruchtbarer politischer Arbeit gelangen wollen. — Freisinn und Freiheitlichkeit sind vielmißbrauchte, vieldeutige und daher im ursprünglichen Sinn des Wortes nichtsnutzige Redensarten geworden. Wie sich die Politiker und Parteien zu den Ergebnissen, Erfahrungen und Lehren des Krieges stellen und insbesondere, weil der Neuaufbau unserer Volkswirtschaft die dringlichste und ausschlaggebende Arbeit der Gesetzgeber sein wird, zu welchen wirtschaftspolitischen Grundsätzen sie sich bekennen, so und nicht anders lautet die Frage, die, je nachdem, Parteien erhalten oder zerschlagen, neugestalten oder zermürben wird.

Wir können über all dies um so rückhaltloser reden, als für die Christlichsozialen die Antwort gegeben ist. Ihre Grundsätze sind Granit, der auch durch die furchtbaren Weltkriegsstürme durchhält, der standhält heute wie immer, nach dem Kriege wie vor zwei Jahrzehnten, als es dem Börsenliberalismus gelang, an der nationalen Hochkonjunktur schmarrchend, die so vielversprechende deutschnationale Mittelstandspolitik aus dem Geleise ihrer natürlichen Entwicklung an der Seite der christlichen Parteien zu werfen und auf verschlungenen Pfaden in das Geheg des Manchesterturns zurückzulocken. Die Gelegenheit ist wiedergekommen zur Schaffung nicht einer „Einheitspartei“ — am allerwenigsten unter den partikularistisch veranlagten Deutschen läßt sich der Deutschösterreicher uniformieren — wohl aber eines Blocks der volkfreundlichen Parteien, wie ihn die Besten Deutschösterreichs zur Zeit des Wahlkampfes der fünften Kurie, leider zu ihrer nachherigen bitteren Enttäuschung, erträumt hatten, zu einem Block der ehrlichen Volkspolitik, der sozialen Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Erneuerung, des Kampfes wider alles Ausbeuter- und Schmarokertum, wider Wucher und preistreibende Spekulation. Wer immer da zur redlichen Mitarbeit bereit ist, wird willkommen sein; wer aber die Aufgaben der Zeit verkennet, abseits steht oder gar die Geschäfte der Hochfinanz und Kriegsverdiener besorgen will, dem wird die schönste freisinnige Frisur vor der sehend gewordenen Bevölkerung nicht viel nützen.

## Deutschfortschrittliche Wanderversammlung in Lundenburg.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Brünn, 14. August.

Der Gau Brünn der deutschfortschrittlichen Partei in Mähren veranstaltete gestern nachmittag in Lundenburg eine Gau- und Wanderversammlung, die neuerdings zeigte, mit welcher regem Interesse die deutschfreiwillige Bevölkerung die politischen Vorgänge in unserem Vaterlande verfolgt. Für die Partei selbst wird der schöne Verlauf der gestrigen Versammlung sicherlich ein Ansporn zu weiteren ähnlichen Veranstaltungen im Lande sein.

Die Lundenburger Versammlung wies einen sehr starken Besuch auf. Es nahmen an ihr Parteigenossen aus Lundenburg und aus ganz Südmähren teil, darunter Parteiangehörige aus Auspitz mit dem Bürgermeister Schleichner, Göding mit dem Bürgermeister Kommerzialrat Redlich, Nikolsburg mit Dr. Kreiml und andere. Auch aus Brünn hatte sich unter Führung des Bürgermeisterstellvertreters Rastke und des Landtagsabgeordneten Dr. v. Fischel eine größere Anzahl von Parteimitgliedern eingefunden.

Gauobmann Bürgermeister Kasla aus Lundenburg widmete den verstorbenen Parteigenossen Rudolf Ritter v. Rohrer, Dr. Ritter v. Wieser und Dr. Frenzl in Ung.-Mähren warm empfundene Gedankworte und bezeichnete die Versammlung als ersten Versuch, das durch den Krieg unterbrochene politische Leben innerhalb der Partei Südmährens wieder reger zu gestalten. Es gelte jetzt, Vorarbeit für die Neugestaltung Oesterreichs zu leisten und zu zeigen, daß die Deutschen in Odmähren bereit sind, komme was wolle, ihre Stellung zu behaupten. Zu diesem Zwecke sei ein geschlossenes Vorgehen aller deutschen Parteien notwendig. Zerstückung hätte Schwäche zur Folge. Wir halten selbstverständlich an unserer deutschfortschrittlichen Ueberzeugung fest, müssen aber immer das Interesse des großen Ganzen im Auge behalten. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Dr. Redlich erachtet es als seine erste Pflicht, dem Gefühle der Dankbarkeit und der Verehrung für alle jene Ausdruck zu geben, die nun seit 25 Monaten im Felde stehen und in den schwersten Kämpfen ihr Leben dem Vaterlande geweiht haben. Der Verlauf des Krieges hat gezeigt, daß die Deutschen in Oesterreich, was sie immer betont haben, eine treue, starke Stütze dieses großen Staates und Reiches sind. Eine gewaltige Stütze war ihnen von vorneherein dadurch gegeben, daß wir Seite an Seite mit den Brüdern im Deutschen Reiche kämpften, daß sozusagen wieder ein Stück jenes gewaltigen Mitteleuropas entstand, das bis zum Jahre 1866 der Deutsche Bund gewesen ist. Die Deutschen in Oesterreich haben immer ihre volle Pflicht getan, insbesondere was die Ausgestaltung der Wehrmacht betrifft. Was die künftige Politik anlangt, so glaubt Redner, daß dieser Krieg angeht, der ungeheuren Opfer, die die Bevölkerung gebracht hat, keineswegs der Ausgangspunkt einer politischen Mitäbänderung werden dürfe, in dem Sinne, wie er manchmal vorschwebt, daß unter dem Schlagworte der Organisierung der gesamten Staatskraft man möglichst wieder jenem Regierungssysteme zustreben müsse, in dem es keinen Widerspruch, keine Debatten, mit einem Worte kein politisches oder nur ein gemindertes politisches Leben gäbe. Man wird aus diesem Kriege einiges gelernt haben, was für die Selbsterhaltung des Staates auch in sprachlicher Hinsicht erforderlich ist. Wir werden festhalten müssen an den Grundsätzen verfassungsmäßigen Lebens, an der demokratischen Gestaltung, die wir in den letzten Jahrzehnten vor diesem Kriege als eine unabänderliche Notwendigkeit erkennen gelernt haben.

Eine Verständigung der Nationen wird dann möglich sein, wenn einmal tatsächlich alle Völker gegenseitig die nationalen Rechte als solche, aber alle auch die Gerechtigkeit, die Rechte und Bedürfnisse des Staates als Gesamtheit anerkennen. Diesen Weg weisen die Grundsätze der deutschfortschrittlichen Partei, der Erbin der großen Verfassungspartei, die von allem Anfang an zwei Gedanken miteinander verband: das Verständnis für die Stellung des Deutschtums im Reiche und den Gedanken der verfassungsmäßigen Freiheit.

Gemeinderat Direktor Bokurek berichtet hierauf über die Bestrebungen wegen Bildung einer Einheitspartei. Seine Mitteilungen werden vom Abgeordneten Dr. Redlich durch eine Besprechung der Verhältnisse im Deutschen Nationalverband ergänzt.

Gemeinderat Bokurek hielt sodann einen interessanten Vortrag über die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland. Dr. Emil Fiedmann ersucht den Abgeordneten Redlich, wie bisher auch fernerhin seinen Einfluß im Sinne des Baues des Donau-Oberkanals unter der gleichzeitigen Durchführung eines Stichtkanals von Brünn nach Lundenburg einzusetzen, was Dr. Redlich zusagt.

Nach Annahme einer vom Bürgerschuldirektor Hanalschek beantragten und eindrucksvoll begründeten Entschließung wird die Versammlung nach mehr als dreistündiger Dauer mit herzlichen Dankesworten des Vorstehenden geschlossen.

**Gemeinsamer Ministerrat.**

Budapest, 16. August. (Privat.) Graf Tisza, der heute in Wien eingetroffen ist, wurde vor-mittags in Schönbrunn vom Kaiser in Audienz empfangen. Hierauf begab er sich mit dem Finanzminister v. Telezky und dem Handelsminister Baron Sarkanyi in das Auswärtige Amt, wo bereits Graf Stürgkh und der österreichische Finanzminister und Handelsminister eingetroffen waren. Unter dem Vorsitz des Baron Burian fand hierauf ein gemein-samer Ministerrat statt.

Graf Tisza wird im Vereine mit seinen Kollegen während seiner Wiener Anwesenheit auch die wirtschaftlichen Verhandlungen mit den österreichischen Kollegen fortsetzen.

**Die Broschüren gegen den deutschen Reichskanzler**

Sp. Berlin, 17. d. Der konservative „Reichsbote“ unternimmt es, einem weiteren Publikum die Gedankengänge der gegen den Kanzler gerichteten Schriften des „Junius alter“ und des Generallandschaftsdirektors Rapp zu vermitteln. Beide Broschüren sind in den letzten Tagen unter dem Deckmantel der „Drei Deutschen“ neuerdings massenhaft verschickt worden. In der Einleitung der Broschüre des „Junius alter“ heißt es: „Von allen Kriegszielforderungen, die im Verlauf des deutschen Daseinskampfes erhoben worden sind, erscheint das Verlangen nach der Beiseitigung dieses Kanzlers als die allerdringlichste, denn von keinem äußern Feinde droht uns in den nächsten Jahren eine auch nur annähernd so ernste Gefahr, wie sie eine weitere Kanzlerschaft des Herrn v. Bethmann bedeutet. Mag er persönlich das Beste wollen — was nützt dem Reiche ein Geist, der stets das Gute will und stets das Böse schafft?“

Aus der Denkschrift des Herrn Rapp zitiert der „Reichsbote“ die folgenden fünf Hauptursachen, in welchen das Mißtrauen „in weiten getreuen Kreisen des Volkes“ gegenüber der Reichsleitung seine Begründung finde.

1. Der Verzicht auf die Anwendung einer Waffe gegen England, die die verantwortlichen Fachmänner als bestimmt erfolgreich bezeichnet haben, und damit der Verzicht auf den Sieg über England. 2. Die Verlängerung des Krieges gerade dadurch, daß wir die Waffen in unserer Hand nicht gebrauchten, sondern uns durch Verhandlungen unter Preisgabe unserer Ehre in eine immer ungünstigere Position haben bringen lassen. 3. Die noch dazu schon heute öffentlich vor Beginn aller Verhandlungen, mitten im Kampfe erklärte Bereitwilligkeit, Belgien unter lediglich negativen Garantien herauszugeben, und damit der Verzicht auf die unbedingt notwendige Verstärkung unserer Machtgrundlage. 4. Die Setzung von Kriegszielen im Osten, die nicht nach unseren militärischen, wirtschaftlichen und nationalen Interessen bemessen sind, sondern in unklarer Weise unter Hineinziehung innerpolitischer Momente die Befreiung der Fremdstämmigen als unsere Hauptaufgabe hinstellen. 5. Das völlige Versagen unserer Volksernährungspolitik und der trotz aller unserer Waffenerfolge sich daraus ergebende Zwang zu einem vorzeitigen unzulänglichen Friedensschluß.“

Zum letzteren Punkte bemerkt der „Reichsbote“, daß er weit über das Ziel hinauschieße und auch sonst meint er, es sei leichter zu kritisieren, als es besser zu machen, aber er schließt seinen Artikel doch mit folgenden Sätzen: „Auch wir sind der Ansicht, daß in unserer äußeren Politik nicht wenige und nicht kleine Fehler gemacht worden sind, freilich nicht erst unter Bethmann allein. Die Versöhnungsbestrebungen und die offenbar nicht sehr geschickt geführten Verständigungsverhandlungen haben wohl mehr geschadet als genützt. Auch unser Austreten gegen Amerika hätte von Anfang des Krieges an ein anderes, entschiedeneres sein müssen. Vielleicht hätte sich dann manches leichter ge-

macht, hätte Wilson sich nicht in so anmaßender Weise in unsere Angelegenheiten einzumischen gewagt, hätten wir uns die Demütigung ersparen und den U-Bootkrieg unbehindert weiterführen können. Weiter liegt auch darin ein berechtigtes Moment der Kritik, daß es besser gewesen wäre, die Kriegsziele nach Westen mindestens ebenso scharf und bestimmt zu umgrenzen als nach Osten, zu betonen, daß das Deutschland sich nur wird erhalten und durchsetzen können, wenn wir aus diesem Kriege mit einer starken, festen Stellung dem Anglo-Amerikanertum gegenüber hervorgehen. Wir erlangen diese Stellung, wenn nicht England, sondern wir die Vormacht in Mlandern werden. So hat es Großadmiral v. Tirpitz erst dieser Tage wieder ausgedrückt.“

## Graf Westarps Kundgebung.

„Die Bezeichnung der deutschen Sozialdemokratie als einer nicht nationalen Partei ist durch die Betätigung ihrer Anhänger im gegenwärtigen Weltkrieg hinfällig geworden“ — so sagt Graf Westarp in seiner gestern veröffentlichten Kundgebung, und „dies Wort, sie sollen's lassen stahn“. Graf Westarp ist der Führer der konservativen Partei, ein Mann von Geschicklichkeit und Kühnheit. Sein Bekenntnis ist von unverkennbarer Bedeutung, auch wenn er einstweilen unterläßt, daraus die folgerichtigen Schlüsse zu ziehen, vielmehr neue Schlagworte sucht, um den alten Kampf gegen die Sozialdemokratie fortzusetzen.

Oder nein, nicht neu sind die Schlagworte, sie werden nur neu und scharf betont, nachdem Graf Westarp zugegeben hat, „das Wort antinational möge fallen“. Es bleibt noch genug übrig: „Die Leute sind nach wie vor Republikaner, mehr noch, sie sind Sozialisten“. „Also muß der Gegensatz der konservativen Partei zur Sozialdemokratie unüberbrückbar und unverwundbar bleiben.“ Republikanisch, antimonarchisch, auf die Herbeiführung einer Herrschaft der Masse gerichtet sind nach dem Grafen Westarp die Bestrebungen der Sozialdemokratie, und so hat man's in der Tat oft genug gehört und gelesen, insbesondere noch jüngst, als der Parteirat der französischen Sozialisten beisammen war.

Allein sind die Sozialdemokraten in Belgien, Italien, Dänemark weniger Republikaner als die deutschen Genossen? Und doch hat der König von Belgien keine Scheu getragen, Banderwilde zum Minister zu machen, und im Rat des Königs von Italien sitzt der Genosse Bissolati, und neben ihm ist Barzilai, der sich zwar nicht Sozialdemokrat, um so nachdrücklicher aber Republikaner nennt, Minister, ohne daß sein Monarch befürchtet, von ihnen entthront zu werden, wie ja auch auf öffentlichen Plätzen zu Genua und an anderen Orten die Denkmäler des Republikaners Mazzini und Viktor Emanuels nebeneinander stehen. Und der König von Dänemark hat, ohne durch Krieg genötigt zu sein, lange vor der „Weltwende“ die Sozialdemokratie als regierungsfähig anerkannt. Weshalb soll da nur in Deutschland zwischen dieser und den bürgerlichen Parteien auf alle Dauer eine unüberbrückbare Kluft gähnen?

Freilich, „diese Leute“ sind auch Sozialisten und wollen „die bürgerliche, auf dem freien Privateigentum beruhende Gesellschaftsordnung beseitigen“. Das mögen sie wohl wollen, wenn nicht alle, so doch ihrer manche. Nämlich in der Theorie. Und welche Partei wäre an gelehrten und ungelehrten Theoretikern so reich wie die Sozialdemokratie? Aber in Frankreich sind ihre radikalsten Vorkämpfer Minister, und siehe da, die Gesellschaftsordnung ist dort weder beseitigt, noch das Privateigentum irgendwie erschüttert. Denn leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Die Sozialdemokraten überdies sind keineswegs die einzigen Sozialisten hierzulande und anderwärts. Es wird dem Grafen Westarp nicht unbekannt sein, daß es auch „Ratheserzsozialisten“ und „Staatssozialisten“ in andern Parteien, selbst in hohen Ämtern und Würden gibt. Vollenbs in der heutigen Zeit des Kriegesozialismus! Auch hier also kein ausreichender Grund, von einem unüberbrückbaren und unverwundbaren Gegensatz gerade zur Sozialdemokratie zu reden.

Gegensätze zwischen den Parteien werden bestehen, wie sie bestanden haben, und zwar so gut zwischen den bürgerlichen Parteien untereinander, wie zwischen ihnen und der Sozialdemokratie. Auch Zentrum und Rechte werden nicht eins werden, so viel man auch vom schwarzblauen Block gesprochen hat. Worauf es aber ankommt, für die praktische Politik, das ist die Frage, ob man nach dem Krieg die nicht mehr „antinational“ zu nennende Sozialdemokratie wieder als eine Partei verkehren soll und darf, mit der man nicht verhandeln, deren Mitglieder man nicht als Stadträte bestätigen, nicht zu Vizepräsidenten des Reichstags wählen kann, ob man sie als eine Partei behandeln soll, zu der man sich immer des Umsturzes zu versehen hat. Wenn Graf Westarp heute schon unbefangen genug ist, das Wort „antinational“ für unanwendbar zu erklären, vielleicht kommt er in einiger Zeit auch zu der Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie als gleichberechtigt anzuerkennen sei, was immer sie nun und in Zukunft von den Konservativen — wie von den Liberalen und dem Zentrum trennen möge.

Denn ein andres ist die Theorie, ein andres die Tat. Wie Wirtschaftsordnung, so weit sie lebensstark ist, wird durch keine Angriffe gefährdet werden; das Privateigentum zu beseitigen, kommt den meisten Sozialdemokraten nicht einmal in den Sinn. Und welcher Genosse in Deutschland träumt den Traum der deutschen Republik? Als vor wenig Tagen in Paris diese deutsche Republik gefordert wurde, erklärte die „Münchener Post“, ein hervorragendes Blatt der Sozialdemokratie: „Die deutschen Sozialisten würden jetzt, selbst wenn sie könnten, die Republik nicht einführen mit dem Ende, daß die einrückenden Armeen des Zaren — was sie doch gewiß tun würden — die Monarchie wieder einführen“. Sie werden weder jetzt noch in Friedenszeit die Republik herstellen können. Und daß sie es wollen sollten, ist nichts weniger als ausgemacht. Also wozu leeren Worten einen Wert beimessen, der ihnen nicht zukommt?

Auch die Sozialdemokratie muß nicht nach Worten, sondern nach ihren Taten beurteilt werden. Und diesen Taten zollt mittelbar selbst Graf Westarp Anerkennung. Das ist für den Augenblick immerhin etwas, und wer weiß, ob nicht auf den ersten Schritt, der frei war, in kurzem der zweite folgt, zu dem der in den Dingen liegende Zwang nötigt? J. L.

## Auszeichnung von Statthaltern und Landespräsidenten.

Wien, 17. August.

Eine Reihe von Statthaltern und Landespräsidenten haben anlässlich des Geburtstages des Kaisers hohe Auszeichnungen erhalten. Die Statthaltereien sind in diesem Kriege Verwaltungsstellen von außerordentlicher Wichtigkeit geworden. Der überwiegend größere Teil der neuartigen Aufgaben, welche die Lebensmittelverhältnisse in dem langen Kriege an die Staatsverwaltung stellen, ruht auf den Schultern der Statthalter und Landespräsidenten. Der oberste Leiter der politischen Landesstelle trägt die nächste Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensbedürfnissen, für die Heranschaffung der Lebensmittel und für ihre richtige Verteilung, insbesondere für die Versorgung der breiten Schichten der Städtebewohner.

Die Kronländer sind in den zwei Kriegsjahren nicht bloß Verwaltungsgebiete, sondern selbständige Wirtschafts- und Konsumgebiete geworden, und die Lebensmittelpolitik der Statthalter gehört zu den schwierigsten und dringendsten Verwaltungsaufgaben. Der Statthalter von Niederösterreich Freiherr v. Bleyleben, der für die Approvisionierung der Zweimillionenstadt Wien tätig zu sein hat, die Statthalter Baron Heinold und Graf Clary als Leiter von größeren Kronländern, die dem Kriegsgebiete benachbart sind, haben einen Pflichtenkreis, der an die Arbeitskraft, die Umsicht und das Verwaltungstalent die stärksten Anforderungen stellt. Vielfach müssen von den Statthaltern ganz neue Wege und Methoden der Verwaltung eingeschlagen werden, um den drängenden Aufgaben der Lebensmittelversorgung, die oft von Tag zu Tag wechseln, genügen zu können.

Die Verantwortung der Statthalter und Landespräsidenten steigert sich, wenn ihre Kronländer unmittelbar dem Kriegsgebiete angehören, wie das bei Tirol, Dalmatien und dem Küstenlande der Fall ist. Die Statthalter dieser drei Länder, Graf Toggenburg, Graf Attems und Freiherr v. Fries-Skene, haben das Großkreuz des Franz Josefs-Ordens mit der Kriegsdekoration erhalten. Die drei Statthalter haben ihre Verwaltungsgebiete, die zum südwestlichen Kriegsschauplatz gehören, bereit, um die Bedürfnisse der Kriegsverwaltung und der Bevölkerung an Ort und Stelle kennen zu lernen. Insbesondere der Statthalter von Triest Freiherr v. Fries-Skene hat seit Übernahme seines Amtes die schwere Aufgabe gehabt, unter dem Donner der italienischen Geschütze die große Hafenstadt mit allen Bedürfnissen des täglichen Lebens zu versorgen. Freiherr v. Fries-Skene konnte von den Fenstern des Statthaltereigebäudes den Verlauf der großen Monzoslachten gleichsam miterleben. Wiederholt ist er im Geschützfeuer in Görz erschienen, um die schwergeprüften Bewohner der Stadt aufzurichten und die Versorgung der Bevölkerung zu überwachen.

Von den anderen ausgezeichneten Statthaltern ist Freiherr v. Handel seit Monaten in besonderer Dienstverwendung im Ministerium des Innern, wo er die legislative Abteilung leitet und an der Vorbereitung jener Reformen arbeitet, die die innere Verwaltung nach den Erfahrungen der Kriegsjahre erneuern sollen.

Die halbamtliche Mitteilung über die Auszeichnungen, die die Kronländer Oberösterreich, Böhmen, Dalmatien, Tirol, Küstenland, Salzburg und Kärnten umfassen, lautet:

### Die Mitteilung über die Auszeichnungen.

„Wie wir erfahren, wurde dem Statthalter in Oberösterreich Erasmus Freiherrn v. Handel und dem Statthalter in Böhmen Max Grafen Coudeuhove der Orden

der Eisernen Krone erster Klasse, dann dem Statthalter in Dalmatien Marius Grafen Attems, dem Statthalter in Tirol und Vorarlberg Friedrich Grafen Toggenburg und dem Statthalter in Triest und im Küstenlande Dr. Alfred Freiherrn v. Fries-Skene das Großkreuz des Franz Josefs-Ordens mit der Kriegsdekoration, dem Landespräsidenten in Salzburg Dr. Felix v. Schmitt-Gasteiger die Würde eines Geheimen Rates und dem Landespräsidenten in Kärnten Karl Grafen zu Lodron-Laterano das Kommandeurekreuz des Leopolds-Ordens verliehen.“

**Etwas vom Pazifismus.**

Der „Ethiker“ Wilhelm Börner bespricht in Nr. 227 des Wiener sozialdemokratischen Hauptorgans die Schrift „Universalseelsorge und Weltfrieden“ von Dr. Heinrich Swoboda und sagt allerlei Freundlichkeiten über sie. Leider ist oder tut Börner derart unbewandert in der Sache, die er bespricht und die im Buche besprochen wird, daß seine Lobsprüche dadurch ganz erheblich an Wert verlieren. Börner ist z. B. ganz erstaunt darüber, daß der Theologe Dr. Swoboda „die Friedenspropaganda des Papstes wirklich ernst nimmt“ und daß er „wenig gewillt ist, den Krieg als etwas Natürliches und Gutes anzusehen“. Dieser Standpunkt gegenüber dem Kriege ist doch nicht nur für einen Theologen, sondern für jeden Christen überhaupt selbstverständlich. Wenn Börner der Schrift Swobodas das angebliche „Kriegshurra der klerikalen Kreise in Oesterreich“ als „grellen Gegensatz“ entgegenhält und meint, Swoboda werde von der „Reichspost“ die Bezeichnung „Westler“ erhalten, so verrät er damit eine bedauerliche Tatsache u n k e n n t n i s, die natürlich eine wissenschaftliche Aussprache durchaus nicht erleichtert. Zunächst einmal: die Bezeichnung „Westler“ stammt nicht aus der „Reichspost“, sondern aus der „A.-Z.“, und zwar von deren Redakteur RAbg. Leuthner, der das Wort in den „Sozial. Monatsh.“ auf seine „britomanen“ (auch von Leuthner!) Partei- und Redaktionsgenossen prägte; die „Reichspost“ hat die Bezeichnung lediglich, unter häufiger Berufung auf den Autor und gewissenhaftester Wahrung seiner Urheberrechte, dann und wann zitiert und sinngemäß angewendet. Vielleicht merkt sich Börner den Fall, um sich gegen künftige Entgleisungen zu schützen, in seinem Notizbuch an.

Ebenso auf dem Holzweg befindet sich Börner mit seiner Behauptung vom „Kriegshurra der klerikalen Kreise in Oesterreich“. Da ist seine Wissenschaftlichkeit von den Kriegsschmökereien der „A.-Z.“ und verwandter Blätter, zu deren „voraussetzungslosen“ Gläubigen so mancher — Ungläubige gehört, böß „hereingelegt“ worden. Uns ist nicht eine einzige „klerikale“ Stimme in Oesterreich bekannt geworden, die den Krieg an sich als ein erstrebenswertes Gut begrüßt hätte. Das Gegenteil sind Erfindungen ratlos gewordener Schmöcke, die bisher gerade nicht als Geschichtsquellen gegolten haben. Das „Hurra“ der Patrioten, auch der „klerikalen“, galt selbstverständlich nicht dem Krieg, sondern der Verteidigung unserer von allen Seiten überfallenen Heimat, es galt unserem Kaiser, unserer Monarchie. Erwachsene, ernste Menschen sollte man darüber doch nicht erst aufklären müssen. Oder ist in Börners Ethik auch für ein solches „Hurra“ kein Platz? Dann wäre freilich jede Aussprache zwecklos; „Pazifismus“, der unser Vaterland gegen Verschwörungen und Feindestücken mehrlos sehen möchte, ist allerdings nicht nach dem Geschmade der „Klerikalen“. Wer sie darob tadeln will, trete vor!

Zimmer wurde in der katholischen Öffentlichkeit der Krieg als eine „schwere Heimsuchung“ und „Prüfung“,

als eine Zeit härtester Pflichten und Opfer beurteilt freilich auch, und zwar gerade deshalb, als Gelegenheit, Mahnung und Anstoß zur Selbstbesinnung, zur Läuterung, zur Übung der Nächstenliebe und edelster Tugenden. Auch andere schwere Heimsuchungen, wie Elementarereignisse, Pest u. dgl. sind schon als solche Seelenaufrüttler angesprochen worden, ohne daß man deshalb jene, welche diese Wahrheit aussprachen, etwa als begeisterte Anhänger von Wetterkatastrophen, Erdbeben und Seuchen bezeichnet hätte. Ganz selbstverständlich äußern sich bei der Verschiedenartigkeit der Menschen die Wirkungen solcher Katastrophen verschieden. Der eine besteht eben die Prüfung, der andere aber fällt durch. Das gleiche Erlebnis, das den einen zur Läuterung führt, stößt den anderen in den Sumpf. Sind wir nicht Zeugen ebenso eines beispiellosen Heldentums der Nächstenliebe wie erschreckendster Ausschreitungen des Eigennutzes und der Profitgier? Neben bewunderungswürdigem Opfermut, voller Hingabe und Verzicht sehen wir orientalischen Luxus und aufreizende Genußsucht, neben den vielen Heldengräbern, die vieltausendstimmig das Lied von der Treue bis in den Tod

wiederholen, sehen wir Galgen, an denen Verräter vom Schlage eines Battisti baumeln. Bis zum Heldentod für das Vaterland begeisterte sich der pfälzische Sozialdemokratenführer Frank, minder schön entwickelten sich im Kriege die Dieblneger, Haase und Mehring. Einen Dr. Renner veranlaßte der Krieg, über „Oesterreichs Erneuerung“ nachzudenken, seinem Klubgenossen Butschel brachte der nämliche Krieg Abstrafungen wegen Verbreitung unsittlicher Bücher unter Kindern ein. Es war immer so und wird immer so bleiben, daß große Erlebnisse, seelische Erschütterungen den einen zum Guten, den andern zum Schlimmen aneifern. Solche Zeiten sind eben Gerichtstage der Menschheit, ihre erbarmungslosen Enthüller. Es ist inferiores Schmodgeischwäh, diejenigen, die im Feuer des Unglücks, das über die Völker hereingebrochen ist, ihrer Völker Läuterung erstreben, als „Anhänger“ des Unglücks hinzustellen; man verschone uns endlich mit den Mäuschen einer kindischen Demagogie, welche Heimatliebe, Begeisterung und todbereite Treue für Kaiser und Reich in „Begeisterung für den Krieg“ umfälscht! Den Krieg an sich lieben außer politischen Bankrotteuren und Umstürzlern höchstens noch eine gewisse Sorte von Spekulanten und Bucherern, Konjunkturenjägern, Sadisten und Unglücksjähnen.

Börner ist damit einverstanden, daß Swoboda den Frieden nur von einer gründlichen Besserung der Menschen und diese von einer großzügigen Seelsorge erhofft, aber er lehnt eine konfessionelle Seelsorge ab und wünscht „eine rein weltliche, allgemein humane Seelsorge, welche die Menschheit humanisiert (blechernes Blech!) und sozialisiert und ihr die Bedeutung der Menschenökonomie im Sinne Rudolf Goldscheids als obersten Grundsatz eingepflanzt“; dies und nichts anderes werde den Krieg unmöglich machen. Wir haben zwar allerlei Gedrucktes von

Goldscheid schon unter die Augen bekommen, aber den Eindruck, daß er einen passenden Seelsorger für die Menschheit abgäbe, haben wir nicht empfangen. Die Seelsorge hat den Glauben an die Seele und dieser den Gottesglauben zur Voraussetzung; er läßt sich auch durch die schönsten Redensarten über Humanismus und Humanität und humane Humanität, Sozialismus, Internationalismus, Menschheitskultur u. dal. nicht ersetzen. Mit solchen Worten jongliert niemand geschickter als gerade die großen Kriegssünder Poincaré und der Zar, Grey und Sonnino, Northcliff und Reuter.

Solange es Rechtsverletzungen gibt, wird es auch Rechtsverteidigung geben, wie es eine Polizei geben wird, solange die Gefahr von Polizeiwidrigkeiten besteht. Dazu kommt, daß die Anschauungen d. über, was Recht und was Unrecht sei, nicht nur mit den Staats- und Volksgrenzen, sondern häufig selbst von Kopf zu Kopf anders werden. Demnach wäre es das Problem des Pazifismus, mindestens alle Menschen, die in den Staaten Macht und auf die Völker Einfluß besitzen, nicht nur zu so absolut rechtlichen und leidenschaftslosen, sondern auch zu so einsichtigen Menschen zu erziehen, daß ihr Verstand mit völliger Sicherheit Recht und Unrecht zu unterscheiden weiß und ihre Moral jede unrechte Handlung ausschließt. Erreichbar ist dieses Ziel wohl nie, aber ihm näherzukommen dürfen wir hoffen und müssen wir trachten. Daß dabei jene, welche die Lehren des Christentums ablehnen, gerade die beste Chance und den stärksten Hebel aus der Hand geben, bedarf keines weiteren Nachweises.

**Eine czechische Loyalitätskundgebung.**

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Prag: Im großen Sitzungssaale des mit Fahnen in den Reichs- und Landesfarben besflaggten Altstädter Rathhauses fand heute, am Vorabend des kaiserlichen Geburtstages, eine vom Verbanne der czechischen Städte und der czechischen Vertretungsbezirke im Königreiche Böhmen einberufene Festtagung unter zahlreicher Beteiligung der czechischen Herrenhausmitglieder, der Abgeordneten aller czechischen Parteien, von Vertretern der hohen Geistlichkeit, der Wissenschaft, der Industrie, der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft statt.

Der Obmann des Verbandes der czechischen Bezirke, Papoušek, eröffnete die Tagung mit einer Rede, in welcher er die pflichtgetreue Hingabe des czechischen Volkes an die Dynastie und an das Vaterland Oesterreich-Ungarn betonte.

Sodann hielt Dr. F o r s c h t die Festrede und sagte unter anderem: In die glorreiche Regierungszeit Sr. Majestät fällt die sukzessive Umgestaltung der alten Monarchie in einen neuzeitlichen Verfassungsstaat mit imponierender Fülle von Leistungen auf sämtlichen Gebieten des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Im Verlaufe dieses halbhundertjährigen Regenerierungsprozesses habe sich auch die Wiedergeburt des czechischen Volkes vollzogen. Redner hob mit Worten des innigsten Dankes die zahllosen Beweise Allerhöchster Gnade und väterlicher Huld hervor, die Sr. Majestät im Verlaufe seiner langjährigen Regierungszeit dem czechischen Volke in politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Belangen angedeihen ließ. Sodann gedachte er rühmend des Gesinnens

des Operats, das im Jahre 1912 bezüglich der Revision der Landesordnung anlässlich der damaligen Ausgleichsverhandlungen im Einverständnisse der czechischen und der deutschen Parteienvertreter und unter Beteiligung der Regierung zustande kam, und stellte diese Tatsache als Beweis dafür hin, daß der Weg der beiderseitigen, vom Geiste der Versöhnung und der patriotischen Opferwilligkeit getragenen Anstrengungen für das Zustandekommen eines dauernden, gedeihlichen Ausgleiches, dessen Fertigstellung gewiß allseits auf das lebhafteste ersehnt wird, immer noch als ein gangbarer sich darstellen dürfte, zumal die Erschütterungen infolge des Krieges das Zusammengehörigkeitsgefühl sämtlicher unter dem Pcepter der angestammten Dynastie zum Staatsganzen verbundener Völker auf das kräftigste gefestigt haben.

Der Präsident des czechischen Städteverbandes Dr. A. S t y c h verlas sodann ein Huldigungstelegramm, welches einstimmig angenommen wurde.

Auf Antrag des Präsidenten Dr. S t y c h wurde dann beschlossen, an den Statthalter eine Deputation mit der Bitte zu entsenden, über den Verlauf der Tagung an den Stufen des Thrones zu berichten.

Nach der Festversammlung begab sich eine Deputation zum Statthalter Mar Grafen Coudenhove. Der Führer derselben, der Obmann des Verbandes der czechischen Bezirke, Papoušek, bot den Statthalter, über den Verlauf der Festtagung an Allerhöchster Stelle zu berichten.

Der Statthalter dankte für diese lokale Kundgebung und erklärte, er sei überzeugt, daß diese Kundgebung an den Stufen des Thrones freudigst begrüßt werden wird, um so mehr, als an dieser patriotischen Kundgebung der Ergebenheit, Ehrfurcht und unerwüthter Treue an der geheiligten Person unseres geliebten Kaisers und Königs sich heute alle Schichten des czechischen Volkes beteiligt haben.

## Heydebrands politische Ziele.

Die Rede des konservativen Abg. v. Heydebrand in Frankfurt am Main, über die bisher einander abweichende Meldungen vorlagen, wird von der „Kreuztg.“ in der Hand des Stenogramms ausführlich wiedergegeben. Da sie im wesentlichen die Ziele und Aussichten der gesamten konservativen Partei enthält, möchten wir die bemerkenswertesten Sätze danach herausheben. Freimütig kritisierte Heydebrand die frühere auswärtige deutsche Politik, an deren Fehler auch seine Partei nicht immer ganz unschuldig gewesen wäre. Er tadelt vor allem die Kündigung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland und das Verhältnis zu Japan in der Vergangenheit. Ueber die Stellung zur Regierung äußerte er:

„Da wir nun einmal in dieser ersten Lage stehen, gibt es für keinen Patriot auch nur den mindesten Zweifel, er hat eben sein Allerbestes zu tun, um diese schwere Zeit Schulter an Schulter mit seinen anderen Volksgenossen durchzuhalten und allem die Spitze zu bieten. Das ist selbstverständlich auch die Pflicht der konservativen Partei. Sie erkennt diese Pflicht in vollstem Maße an und ist der Meinung, daß sie dieser Pflicht auch gerecht geworden ist. Deswegen berührt es die Konservativen nicht erfreulich, wenn gleichwohl von gewissen Stellen, einen Teil hat ja der Herr Vorsitzende vorhin genannt, die Meinung verbreitet wird, als habe die konservative Partei in dieser gesamten politischen Lage nicht ganz ihre Pflicht getan, als habe sie nicht nur versagt, sondern habe sogar Dinge getan, die den Interessen des Vaterlandes nicht dienen. Das sind sehr schmerzliche Vorwürfe, denen man doch gut tut, ins Gesicht zu sehen, um zu erkennen, was daran ist. Ich glaube nicht, daß es die Absicht der konservativen Partei ist oder sein kann, unserer Regierung in einer Zeit wie der jetzigen unnötige Schwierigkeiten zu machen. Das würde unverantwortlich sein. Aber, meine verehrten Anwesenden, das schließt nicht ein, daß eine Partei Abstand nimmt von der Vertretung ihrer eigenen Grundsätze, die sie für richtig hält und die sie offen und mannhaft zu vertreten hat an den Stellen, wo es hingehört. Das ist geschehen. Wir können nicht verpflichtet werden aus dem, was vorher geschah, Maßregeln für gut und dem Vaterlande für dienlich zu halten, von denen wir überzeugt sind, daß sie dem Vaterlande nicht dienlich sind. Wenn es sich um große nationale Fragen handelt, dann ist es die Pflicht jeder politischen Partei, offen und mannhaft ihre Meinung zu vertreten und auszusprechen.“

Von den extremsten Vertretern der Annektionspolitik rückte er dann vorsichtig ab, wenn auch „solche kraftvollen Naturen“ das Land und eine Partei sehr wohl ertragen könnte, da sie zu anderer Zeit und an anderer Stelle sehr viel leisteten. Ueber die Kriegsziele selbst sprach er nur andeutungsweise, wobei er England als den Hauptfeind, die baltische Frage für wichtiger als die polnische erklärte. Zur inneren Politik sich wendend, erklärte er dann:

„Wenn mich jemand fragt, was verstehen Sie denn unter der sogenannten „Reuorientierung unserer inneren Politik“, dann sage ich: Ich habe dieses Wort nicht, wie man jetzt zu sagen pflegt, geprägt, aber ich verstehe wenigstens etwas darunter. Ich verstehe darunter, daß man die Pflicht hat, sich den neuen Aufgaben auf allen Gebieten, die die Zeit an uns stellen wird, anzupassen, und daß man dabei die Gegensätze mildern muß, unzweifelhaft auch die, die zwischen den Parteien und Berufen bestehen. Wenn man an eine solche gemeinschaftliche große Arbeit geht, dann hat sie erst Erfolg, wenn sie getragen ist von gegenseitiger Rücksichtnahme. Sonst liegen wir Deutsche uns wieder in aller kürzester Zeit in den Haaren.“ Eine Reform des preussischen Wahlrechts lehnte er auch jetzt wiederum ab, wenn er es auch nicht als ideal bezeichnen wollte und er einsehe, daß Gesetze, auch Wahlgesetze, nicht für alle Zeiten gelten, daß sie nur dann eine Gewähr der Dauer in sich tragen, wenn sie sich auch veränderten Verhältnissen anzupassen vermögen. Das sehen wir ebenso ein, wie diejenigen, die bei einer Reformierung der Wahlgesetze ihren Vorteil zu finden glauben. Aber was wir nicht einsehen, und bei der Gelegenheit nicht wollen, das ist, daß wir die Art, wie Preußen nun doch einmal seine Volksvertretung hat, in ein allgemeines Schema aufgehen lassen sollen. Wir wollen der preussischen Volksvertretung ihre Eigenart, die, wie wir glauben, in unserem Bürgertum, in unserer ganzen bürgerlichen Gesellschaft wohl begründet ist, erhalten. Wir haben das Reichstagswahlrecht, das der großen Masse ein maßgebendes Urteil und eine maßgebende Entscheidung bietet. Wenn wir aber dazu übergehen, in den Einzelstaaten die maßgebenden Rechte, die dort die Volksvertretung hat, herabzudrücken, dann muß sich doch jeder, der die soziale Gestaltung unseres Volkes erhalten will, besinnen, ob er da ganz auf dem richtigen Weg ist.“

Zum Schluß legte er seine Stellung zur Sozialdemokratie dar. Er erkenne an, daß sie in der Stunde der Not zum Reich gestanden hätte, aber sie bleibe international. „Ich bin der Ueberzeugung, wenn die Sozialdemokraten unter sich sind, dann sind gewiß sehr viele unter ihnen, die die Empfindung dafür haben, daß die Verbrüderung des Proletariats der ganzen Welt, von der sie doch — auch die Sozialisten — eine Antwort bekommen, die sehr wenig harmonisch klingt, daß diese Verbrüderung sehr viel weniger für sie bedeutet als das Wohl und das Eingehen in die Arbeit eben dieses Vaterlandes, das sie mit uns verteidigt haben. Deshalb kann es ja sein, daß da eine Wandlung eintritt, ob es freilich geschehen wird, weiß ich nicht, man muß eben abwarten. Solange es nicht geschieht, wird man unmöglich Begriffe wie national und antinational zum alten Eisen werfen dürfen. Das hieße uns selbst aufgeben. Können wir herunter vom Boden der bürgerlichen Gesellschaft? Können wir unsere Stellung zur Monarchie und zur Religion, zum Privateigentum und zur Ehe abstoßen, wie die Mode einen alten Rock? Das ist ganz unmöglich. Hier liegen Gegensätze, die sich nicht überbrücken lassen.“

Die beste Antwort auf diese Ausführungen hat, wie wir schon mitteilten, Frhr. v. Zedlitz erteilt, der erklärte, die Wahlreform werde gemacht werden und sie würde um so demokratischer ausfallen, wenn die Konservativen sie zu verhindern suchten. Auch in der Stellung zur Sozialdemokratie weicht der Führer der Freikonservativen ganz erheblich von Herrn v. Heydebrand ab.

## Wie organisieren wir die neuen Arbeiterinnen?

Von Adelheid Popp.

Wer das Eindringen der Frauen in alle ihnen früher verschlossenen Berufe der Schwerindustrie, des Handwerks, des Verkehrs und der Bürokratie nur einigermaßen verfolgt, wird sicherlich erstaunt sein, zu erfahren, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen von 92.979 im Jahre 1913 auf 30.260 im Jahre 1914 und auf 25.689 im Jahre 1915 zurückgegangen ist. Das zwingt uns wohl zum Nachdenken!

Auch die Zahl der Frauen in den politischen Organisationen hatte im ersten Jahre des Krieges einen ähnlichen Rückgang erlitten. Auf 36 Prozent war die Zahl der weiblichen Parteimitglieder gesunken. Als dies das Frauenreichscomité erfuhr, wurden alle Kräfte angespannt, um einen noch weiteren Rückgang zu verhüten, und es ist dem Zusammenwirken der sozialdemokratischen Frauen in Wien und der Provinz gelungen, den Mitgliederstand der Frauen in den politischen Organisationen wieder auf 62 Prozent zu steigern. Aber eine Unsumme von Arbeit, Mühe und Agitationskraft war notwendig, um diesen Erfolg zu erringen. Zu hart und schwer lasten alle Tatsachen des Krieges auf den Frauen. Der Kampf und die Sorge um Lebensmittel nimmt alle Kräfte in Anspruch.

Daß die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften so ungeheuer zurückgegangen ist, trotz zunehmender Frauenarbeit, hängt mit der Auffassung zusammen, die die Frauen von der Dauer ihres jetzigen Berufes haben. Starke Mitgliederverluste, auch bei den Frauen, haben wohl die Textilarbeiter erlitten. Von 13.289 im Jahre 1913 ist ihre Zahl auf 9686 zurückgegangen. Aber gerade bei dieser Gewerkschaft erklären sich am leichtesten die Verluste, weil in der Textilindustrie die größte Betriebseinschränkung als Folge des Krieges notwendig wurde. Schon unter den Folgen des Balkankrieges hatte diese gewerkschaftliche Organisation schwer gelitten. Der Weltkrieg erschütterte sie noch stärker. Die Textilarbeiterinnen sind Munitionsarbeiterinnen geworden, sie sind in den Dienst der Eisenbahnen getreten, sie arbeiten in der Heimindustrie für den Krieg. Auf die gewerkschaftliche Werbearbeit hat das Frauenreichscomité keinen Einfluß. Die Genossinnen haben sich zwar oft in den Dienst der Gewerkschaften gestellt, aber eine selbständige systematische Werbearbeit obliegt ihnen auf diesem Gebiet nicht. Diese ist einzig Aufgabe der Gewerkschaften selbst. In Deutschland besteht im Rahmen der Generalkommission der Gewerkschaften ein Arbeiterinnensekretariat, das anregend wirkt. Es unterhält die Verbindung mit den Verbänden, regt Werbearbeiten an, sammelt Materialien, die dann in der Agitation fruchtbar verwendet werden. Seit 1915 erscheint noch eine „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“, die den Gewerkschaften zur Agitation unter den Frauen ganz billig überlassen wird. Aber trotz dem ist in Deutschland dieselbe Erscheinung wie bei uns zu sehen! Die Zahl der organisierten Arbeiterinnen ist auch in den deutschen Gewerkschaften zurückgegangen. Wir glauben auf Grund vielfacher Erfahrungen

annehmen zu können, daß die geringe Werbekraft, die die Gewerkschaften auf die neu auftretenden Schichten von Arbeiterinnen haben, hauptsächlich darin zu suchen sein wird, daß die meisten dieser Arbeiterinnen ihre Erwerbstätigkeit nur als eine vorübergehende betrachten. Vor allem werden die Textilarbeiterinnen, die jetzt in Munitionsfabriken arbeiten, zu ihrem früheren Beruf zurückkehren, wenn diese Industrie wieder in Gang kommen wird. Dann werden sie selbstverständlich auch der Organisation wieder gewonnen werden. Die vielen Tausende von Frauen aber, die zum Teil früher in keinem Beruf gearbeitet haben, die als verheiratete Frauen ihren Hausstand führten, betrachten den jetzigen Zustand nur als eine durch den Krieg erzwungene Nötigung. Kehrt der Mann wieder zurück, kehrt er gesund zurück, dann wird die Frau ihren Platz wieder in der Familie einnehmen; sie ist daher der Organisation jetzt nicht zugänglich. Bei den schwereren Arbeitsbedingungen aber, die in der Kriegsindustrie üblich sind: zwölf Stunden Tagesarbeit, die Nachtarbeit, die Sonntagsarbeit — ist die Agitation unter diesen Frauen sehr erschwert, wozu ja noch kommt, daß sich auch die agitatorischen Kräfte in den Gewerkschaften sehr verringert haben.

Die jungen Mädchen, die in der Kriegsindustrie arbeiten, sind von dem Gedanken der Organisation noch kaum berührt; bei ihnen trifft das zu, was für die Frauen gilt: sie betrachten ihren Beruf als keinen dauernden. Die Uebermüdung als Folge der langen Arbeitszeit macht sie außerdem unempfindlich gegen alle Einflüsse auf das Denkvermögen. Sie haben auch an dem Beruf kein ernstes sachliches Interesse, da sie ja annehmen, er sei nicht von Dauer. Das ist gerade bei den jungen Arbeiterinnen bedauerlich. Denn irgend einen Beruf werden sie doch ausüben müssen. Daß sie der Organisation fern bleiben, schädigt sie auch für später und schädigt alle, in deren Beruf sie dauernd eindringen werden. Daß aber manche in ihren jetzigen oder ähnlichen Berufen bleiben werden, ist gewiß; auch Frauen, die jetzt noch auf die Rückkehr des Mannes hoffen.

Viele werden dauernd Männer ersetzen, vor allem überall dort, wo die Unternehmer erkannt haben, daß Mädchenhände die Arbeit genau so leisten können wie die Männer. Da wird dann fühlbar werden, daß die Arbeiterinnen so gar nicht vertraut sind mit der gewerkschaftlichen Gedankenwelt und ihrer Bedeutung. Allerdings, die Möglichkeit, daß nach dem Kriege die neue Arbeiterin dem Manne eine gefährliche Konkurrenz werden kann, wird noch nicht allgemein geglaubt und zugegeben. Die Annahme, daß die Männer ohneweiters ihre früheren Arbeitsplätze vorfinden werden, ist noch ziemlich verbreitet. Diese Auffassung dürfte aber zu optimistisch sein. Das lehrt schon die Lohnfrage. Was immer man von den hohen Löhnen der Arbeiterinnen in der Kriegsindustrie spricht, die ja im Vergleich zu den Friedenslöhnen selbstverständlich höher sind — das bewirkt schon die Deuerung —, im Vergleich zu den Männerlöhnen sind sie doch niedrig. So viele Komplimente man auch vor dem Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gemacht hat, in der Praxis hat man den Weg für eine Umgehung immer gefunden. Ausnahmen bestätigen auch hier nur die Regel. Man paradiert mit den paar Ausnahmen,

*Min vngunfimen wir die manen Obbitwinnen?*

die Masse aber ist wie immer im Elend. Die Wahrheit ist wohl die, daß die Arbeiterinnen die Notwendigkeit der Gewerkschaft nicht erkennen, weil sie von ihr gar nichts wissen. Es gibt jetzt keine größere gewerkschaftliche Organisation, die irgend welchen Mitgliedererfolg erzielt hätte. Die verschiedenen Zweige der Metallindustrie haben den größten Zustrom von weiblichen Arbeitern, aber nichts, gar nichts hat die Organisation gewonnen. Um von einer ausschließlichen Arbeiterinnengewerkschaft zu reden, von den Heimarbeiterinnen, die im Krieg zum erstenmal Gelegenheit erhalten hat, augenfällig ihre Nützlichkeit zu erweisen, die unermülichlich Nahrungsmittel verschafft, zu weit besseren Bedingungen, als die Frauen sie sonst hatten — es ist keine Vermehrung der Mitgliederzahl eingetreten, sondern ein Rückgang.

Daraus kann nur geschlossen werden, daß der Krieg die Mitgliederwerbung ungünstig beeinflusst. Es darf nicht übersehen werden, daß die Gewerkschaften schon im letzten Jahre vor dem Krieg auf Erfolg bei den Arbeiterinnen nicht hinweisen konnten; denn von 42.607 weiblichen Mitgliedern im Jahre 1910 stieg die Zahl auf 47.981 im Jahre 1911. Ein Jahr später, 1912, wurde der höchste Stand erreicht: 50.416. Schon 1913 war diese Zahl wieder auf 42.979 gesunken, um im ersten Jahre des Krieges, im Jahre 1914, auf 30.260 und nun gar auf 25.689 zu sinken. Das ist genau die Hälfte der weiblichen Mitglieder, die 1912 den Zentralverbänden angehörten. Das gibt zu denken. Und so viele Erklärungen wir in den angeführten Umständen finden, beruhigen kann und darf das nicht. Die Arbeiterinnen kommen, wenn sie zu Besprechungen geladen werden. Aber auch da ist nicht zu verkennen, daß es sich um ganz neue Schichten handelt. Zum großen Teil um solche, die von den Strömungen der Arbeiterbewegung noch gar nicht berührt sind. Stichproben haben ergeben, daß es unter den neubeschäftigten Frauen viele gibt, die das Wort *Organisation* noch nie gehört haben, die vor etwas ganz Fremdem stehen. Wie den Sechsjährigen das Einmaleins, muß diesen Arbeiterinnen die Lehre von der Organisation beigebracht werden in unermülicher, nie ruhender Arbeit. Daß da ein großer Aufwand von Zeit und Mühe dazu gehört, kann nicht übersehen werden. Dazu kommt noch, daß gerade bei diesen neuen Arbeiterinnenschichten ganz andere Einflüsse wirksam sind, die erst paralytisch werden müssen durch die Ideen der modernen Arbeiterbewegung. Der politischen Frauenorganisation ist es dort und da gelungen, durch die Frauensammlungen Einfluß auf die Arbeiterinnen zu gewinnen; in der wieder zunehmenden Mitgliederzahl ist das ausgebrückt. Sicherlich werden diese Erfolge auch den Gewerkschaften zugute kommen, da es selbstverständlich ist, daß die politischen Frauenorganisationen in diesem Sinne wirken. Durch die politische Frauenorganisation spricht die Frau zur Frau, es gibt da gerade bei den Schichten, um die es sich jetzt handelt, mehr Berührungspunkte, aber zu einer großzügigen Agitation unter den arbeitenden Frauen fehlt der politischen Organisation alle Voraussetzung.

Aber die Organisierung, vor allem die Aufklärung dieser Arbeiterinnen verdient ernsteste Beachtung. Das Frauenreichscomité hat wiederholt darüber Beratungen

gepflogen, weil die Genossinnen bei der intensiven Tätigkeit, die sie seit Ueberwindung der ersten Kriegsmonate entfalten, immer wieder auf die Zusammenhänge gewiesen werden.

Ob es gelingen wird und ob die in Aussicht genommenen Versuche wenigstens aufklärend zu wirken vermögen, läßt sich natürlich nicht voraussagen. Als eine Notwendigkeit muß es aber der ganzen Arbeiterbewegung erscheinen, die vielen Tausende neuer Arbeiterinnen mit den Ideen der Gewerkschaft und des Sozialismus zu erfüllen. In allen Ländern sehen die ernstesten Geister schon den wilden Konkurrenzkampf zwischen Mann und Frau anbrechen, wenn die Kriegskonjunktur vorüber sein wird. Werden sich alle diese Voraussetzungen als trügerisch erweisen und sollen wir darauf unsere Hoffnungen gründen? Es müssen die Mittel und Wege gefunden werden, um in die Gedankenwelt dieser Frauen und Mädchen, die in ihrer übergroßen Mehrheit proletarischen Schichten entstammen, einzudringen.

Warten heißt verzögern, es kann nicht früh genug begonnen werden.

## Studienreise reichsdeutscher Journalisten in Ungarn.

Budapest, 21. August.

Eine Gruppe reichsdeutscher Journalisten hat eine für die Dauer von zwei Wochen berechnete Studienreise nach Ungarn angetreten. Auf ihrer Fahrt durch Ungarn besichtigen die Journalisten aus dem verbündeten Reiche zunächst die Hohe Tatra, wo sie heute eingetroffen sind. In Budapest werden sie als Gäste der hauptstädtischen Kommune zwei Tage verweilen, und dann übernimmt das Ackerbauministerium die Führung der Gäste, die über Arad nach Mezöhegyes, dann am 24. August über Szeged nach Zombolya und Temesvár, am 27. nach Herculesbad und zu Schiff an die untere Donau, von da nach Belgrad und Ujvidék fahren. Am 1. September findet ein Ausflug an den Balatonsee statt, am 2. erfolgt über Sopron die Rückkehr nach Budapest. Die Studienreise findet damit ihren Abschluß und am 3. September treten die Gäste die Heimreise an.

Die Liste der Teilnehmer an der Studienreise ist die folgende:

Branca-Berlin („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“),  
Bachmeister-Elberfeld („Bergisch-Märkische Zeitung“),  
Dr. Bahr-Berlin, Dr. Bert-Magdeburg, Hussong-Berlin („Tägliche Rundschau“), Knaz-Berlin („Vossische Zeitung“), Dr. Marquardt-Berlin („Schwäbischer Merkur“), Mielle-Hallensee („Reichsbote“), Müller-Münster, Steglitz (Kunstmaler), Neumann-Berlin („Lokalanzüger“), Dr. Sonnenschein („Rheinische Volkszeitung“), Professor Sohary-Berlin („Das Land“), Tettenborn-Graubenz („Der Gesellige“), Dr. Drechsler-Berlin („Mitteleuropäische Wirtschaftszeitung“), Fräulein Weirandt („Essener Volkszeitung“), Direktor Gismann, Trojisch, Kaiser, Mahler-Berlin.

Den ersten Tag ihrer Studienreise in Ungarn verbringen die deutschen Gäste heute als Gäste des Generaldirektors der Ungarischen Bank und Handels-A.-G. Simon v. Krauß, als Präsidenten der Fremdenverkehrs- und Reiseunternehmens-Aktiengesellschaft in der Hohen Tatra. Ein mit Blumen geschmückter elektrischer Sonderzug führte die Gäste von Poprádsella zur Besichtigung der interessantesten Punkte der Hohen Tatra, zunächst nach dem Esorbajee und von da nach Tatrálomnicz. Hier gab Herr Simon v. Krauß im „Palace Hotel“ den deutschen Gästen ein Dejeuner, dem auch die Magnatenhausmitglieder Graf Alexander Teleki und Graf Ambrózy, in Vertretung des Journalistenklubs „Otthon“ Thomas Kóbor, ferner der Generaldirektor der Fremdenverkehrs- und Reiseunternehmens-Aktiengesellschaft Koloman Gálos, der Temesvárer Redakteur und Bankdirektor Karl Kraushaar, der Oberstuhlrichter und Badekommissär Dr. Ernst Winkle anwohnten.

Bei der Frühstückstafel brachte Generaldirektor Simon v. Krauß den folgenden Trinkspruch aus:

Sehr geehrte Herren!

Alter Tradition entsprechend, die an ungarischen Tafelrunden den ersten Becher dem Ungarkönig weihet, noch mehr aber dem Orange unseres Herzens gehorchend, lassen Sie unser Glas leeren auf unseren erhabenen König, den verehrten Senior aller Monarchen, unser strahlendes Vorbild in der jetzigen großen historischen Zeit. Seine Majestät Franz Josef der Erste, er lebe hoch, hoch, hoch!

Sehr geehrte Herren! Begeistert gedenken wir in dieser Stunde Ihres erlauchten Herrschers, dessen Person tief in unsere Herzen geschlossen ist, als Symbol der Kraft, Verantwortlichkeit und Treue! Er, der die Bande so innig geknüpft hat, daß sie keine irdische Kraft mehr zerreißen kann, der große Kaiser, der große Bundesgenosse unseres Monarchen, Kaiser Wilhelm II. lebe hoch, hoch, hoch!

Sehr geehrte Herren! Sie, die berufenen Augen des mächtigen deutschen Kaiserreiches, deren Wille es ist und in deren Macht es steht, unsere Völker einander durch Vertiefung in die Völkerseele näherzubringen, die gekommen sind, um uns zu studieren, werden auf gesellschaftlichem und volkswirtschaftlichem Wege vollenden, was die großen Führer unserer Nationen auf politischem und militärischem Gebiete geschmiedet haben. Ein neues Zeitalter bricht an. Von jetzt ab beginnt eine neue Zeitrechnung in der Menschheitsgeschichte. Wir ziehen Hand in Hand, Schulter an Schulter in die Neuzeit ein. Nach dem Kriege werden noch große Aufgaben zu lösen, starke Gegner zu bekämpfen sein. Möglich, daß der Kampf mit unserem Siege noch nicht beendet sein wird. Beendet zwar auf den Schlachtfeldern, auflodernd vielleicht auf anderen Gebieten.

Seien Sie herzlichst begrüßt! Betrachten Sie das Ungarvolk aus nächster Nähe und erwerben Sie sich die Ueberzeugung, daß hier eine Nation lebt, dürstend nach Kultur, Fortschritt und Arbeit. Ergeben und bis zum Grabe treu dem Freunde; warm fühlend und verlässlich.

Betrachtet diese gottbegnadete Erde, deren Ertragsfähigkeit zu heben die Aufgabe der Neuzeit ist! Studieret unsere Industrie und überzeuge Euch, daß sie die enormen Anforderungen des Krieges mit Riesenschritten gefolgt ist! Schauet unsere Berge. Erfrischt Euch in unserem Balatonsee. Genießet unsere Bäder, die berufen sind, unseren eigenen Kämpfern und unseren verbündeten Brüdern nach den Mühsalen des großen Krieges Sinderung zu bringen und Gesundheit wiederzugeben. Die berufen sind, der arbeitenden Bevölkerung Rast und ein fröhliches Heim nach beendeten Werktagen zu bieten. Schauet und kommet zur Ueberzeugung, daß, was die Natur an Reichtümern und Schönheiten bieten kann, hierzulande aufzufinden ist!

Stolz begrüßen wir Euch in der Hoffnung, daß Ihr, uns näher kennen lernend, so gern hieher kommen werdet, wie gern wir Euch hier aus aufrichtigstem Herzen willkommen heißen!

Unsere Gäste, unsere Bundesgenossen, unsere Freunde hoch, hoch, hoch!

Die Ansprache wurde mit stürmischen Hochrufen aufgenommen.

Nachmittag begibt sich die ganze Gesellschaft nach Tatrálomnicz. Die Ankunft in Budapest erfolgt morgen vormittag.

## Die neuerlichen Audienzen ungarischer Oppositionsführer.

Von einem ungarischen Politiker.

Budapest, 20. August.

Die Geheimen Räte Graf Andrássy, Graf Apponyi und Stephan v. Rakovszky werden am Montag — in wenigen Wochen zum zweitenmal — beim Monarchen in Audienz erscheinen, und man stellt in allen politischen Kreisen Ungarns ohne Parteiausnahme befriedigt fest, daß Graf Tisza durch Ermöglichung, ja Förderung dieser Audienzen einer direkten Informierung der Krone über alle Stimmungen im Lande willig die Hand bietet. Wie unsere Feinde die Stabilisierung des Burgfriedens in Ungarn durch das Abkommen des Grafen Tisza mit den Oppositionsführern böswilligerweise als eine Fronde auszulegen bestrebt waren, wie sie dem Grafen Karolyi Absichten unterschoben, die diesem Politiker ebenso ferngelegen sind wie jedem Menschen in Ungarn, so werden sie dieses abermalige Erscheinen der ungarischen Oppositionsführer zweifellos nach dem Rezept ententegemäßer Brunnenvergiftung bei den Neutralen auszubeuten trachten. Obschon wir diesen Lügenfeldzug ebenso wirksam und erfolgreich überstehen werden wie alle Angriffe unserer Feinde durch Pulver und Tinte, wird es dennoch angezeigt erscheinen, solchen neu-

tralen Politikern, die noch Augen haben, um zu sehen, und Ohren, um zu hören, reinen Wein einzuschenken.

Man weiß überall, was in der Luft liegt, und jeder Politiker interessiert sich heutzutage in erster Reihe für eine Sache: die Rumänenfrage. Eine solche Frage gibt es eigentlich für uns nicht; sie wird von der Entente eingebracht und kann unsertwegen von ihr ausgelöst werden. Da aber Rumänien dicht an Ungarn angrenzt, ist es nur selbstverständlich, daß die ungarischen Politiker dieser Frage ein erhöhtes Augenmerk zuwenden. Nun wird vor aller Welt dementiert, was in offener Parlamentsitzung in Budapest behauptet wurde, daß in der Rumänenfrage ganz Ungarn eines Sinnes ist. Da gibt es zwischen den Politikern, die sonst eine ganze Welt voneinander trennen mag, keinen Unterschied, ja nicht einmal Nuancen bestehen in der Auffassung der verschiedenen Parteien. Graf Andrássy denkt über die wirkungsvolle Verteidigung Siebenbürgens ebenso wie Graf Tisza, und eines Sinnes mit ihnen ist Graf Karolyi. Man weiß ja heute nirgends noch, wie sich das auf einen Scheideweg gedrängte Rumänien verhalten wird, allein darüber kann nicht der geringste Zweifel aufkommen, welches Echo eine eventuelle Aufgabe der Neutralität Rumäniens oder eine Art „Bergewaltigung“ dieses Staates durch unsere Feinde in Ungarn hervorrufen wird. Unklarheiten und Zweideutigkeiten gegenüber, die von jenseits der transylvanischen Berge seit Wochen herüberklingen, wollen wir immer die Sprache der Offenheit und Klarheit anschlagen, um rechtzeitig keine Zweifel aufkommen zu lassen.

Die ungarischen Oppositionsführer haben aber in dieser Frage weder Separatwünsche noch Separatvorschläge, denn eines Herzens und eines Sinnes sind alle Ungarn, wenn es sich darum handeln sollte, die Grenzen des Landes anzutasten.

Nach den montägigen Audienzen wird man vielleicht manchen abenteuerlichen Roman in der Entente-Pressen zu lesen bekommen. Man wird sich über diese zielbewusste Phantastie lächelnd hinwegsetzen können in dem Bewußtsein, daß sich die Ereignisse niemals irren können. In Rumänien wird man aber gut tun, dem Verhalten der ungarischen Parteien ebensolch ernste Bedeutung beizumessen wie den Worten des verantwortlichen Regierungschefs.

**Die Kriegsziele der Sozialdemokraten.**

Ausruf zur Friedenspetition.

\* Wien, 21. August.

Die Friedenspetition des sozialdemokratischen Parteivorstandes wird, laut der Berl. Volksztg., von folgendem Ausruf begleitet:

In allen kriegführenden Staaten fordern politische Gruppen — hier größere, dort kleinere —, daß endlich die verantwortlichen Staatsleiter deutlich sagen, welchem Ziele der schreckliche Krieg dient. Aber nirgends wurde dem Verlangen reinliche Erfüllung. Wohl hat Rußland durch den Mund Sazonows bestimmt und scharf umrissen seine Eroberungsziele genannt: sie hießen die Meerengen von Konstantinopel, Galizien und vielleicht noch Stücke deutschen Landes. Aber Sazonow ist nicht mehr. Gilt sein Ziel noch? Wohl hat Italien von vornherein einen ausgesprochenen Eroberungskrieg begonnen: große Stücke Land von Oesterreich und die östliche Adriaflüße dazu will es verschlingen. Wohl hat auch die Regierung Frankreichs in aller Form die Rückgewinnung Elßas-Lothringens als ihr Ziel bezeichnet. Aber England? England, die stärkste Kraft der Entente, kam bis heute nicht hinaus über die unbestimmteste aller Formeln; nur das eine sagt Englands Regierung klar: Deutschland muß niedergeworfen werden!

Gegen Eroberungs- und Niederwerfungspläne steht das deutsche Volk geeint zusammen, aber die Pläne der Feinde zu entheben uns nicht der Pflicht, selbst zu sagen, welche Ziele Deutschland dem Kriege setzt. Mit der Bestimmtheit und Klarheit, die jede Mißdeutung ausschließt, muß zum Ausdruck kommen, daß das deutsche Volk gleich weit entfernt ist von einer wüsten Gewalt- und Eroberungspolitik wie von verzagendem Ergeben in Gewaltpläne der Gegner. Wie vom ersten Tage der Krieg unseren Volksmassen war die Einsetzung aller Kräfte zur Verteidigung und Selbstbehauptung, so soll nach ihrem Willen nicht einen Tag länger Krieg geführt werden, wenn dieses Ziel erreicht ist. Unter Abweisung aller Eroberungspläne stehen wir ein für:

Unversehrtheit des Reichsgebietes.

Erhaltung der politischen Unabhängigkeit.

Wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit.

Eine Massenforderung soll ausdrücken, ob wahr, was erobrerungslüsterne Politiker behaupten: daß des Kanzlers Kriegswille dem Volk viel zu schwächlich, seine Kriegsziele bei weitem unzulänglich seien, oder ob nicht vielmehr das Volk hinter dem Begehren der Sozialdemokratie steht, die vom Kanzler verlangt, er solle bestimmter als bisher das Kriegsziel so bezeichnen, wie die drei Klauseln der Petition es ausdrücken. Deutlich muß die Volksmasse sprechen, daß sie nicht gewillt ist, Deutschland auf eine Bahn zu lassen, die den Kriegsschrecken unendlich verlängern müßte, und an deren Ende mit Gewißheit der Keim zu baldigen neuen Kriegen emporwuchern würde."

**Die Audienzen der ungarischen Oppositionsführer.**

Wien, 21. August.

Die Führer der ungarischen Opposition wurden heute nachmittag vom Kaiser in Audienz empfangen.

Zuerst fand der Empfang des Grafen Andrássy statt. Er fuhr kurz nach 12 Uhr mittags vom Hotel Bristol nach Schönbrunn. Um halb 1 Uhr mittags wurde der Führer der Verfassungspartei vom Kaiser in Audienz empfangen. Die Audienz dauerte etwa eine Stunde.

Nach dem Grafen Andrássy erschien Graf Albert Apponyi um halb 2 Uhr vor dem Monarchen, und um halb 3 Uhr nachmittags wurde der Vertreter der Volkspartei Stephan v. Károlyi in Audienz empfangen.

Nach der Audienz begaben sich die Führer der ungarischen Opposition in ihre Absteigquartiere zurück.

Um 5 Uhr nachmittags traten sie gemeinsam die Rückfahrt nach Budapest an, um an der morgigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses teilzunehmen.

23. VIII. 1916

## Wer denkt an die?

Die ungarischen Oppositionsführer sind gestern zum zweitenmal in Schönbrunn empfangen worden. Sie verlangten bekanntlich, daß ihnen Gelegenheit gegeben werde, ihre Ansichten dem Kaiser unmittelbar vorzutragen zu können, und das ist den Herren Andrássy, Apponyi und Rakovszky nun zum zweitenmal ermöglicht worden. Das ungarische Abgeordnetenhaus hält nun wieder Sitzungen und morgen soll dort eine ausführliche politische Debatte abgehalten werden, in der auch der Ministerpräsident mit Darlegungen über die Kriegslage und über den Stand der internationalen Beziehungen eingreifen wird. Es sind für morgen vierzehn Interpellationen angekündigt, darunter eine Interpellation des Grafen Michael Karolyi über die Beziehungen zwischen der Regierung und der Heeresleitung, des Grafen Albert Apponyi über die politische Lage und über die mit Oesterreich im Zuge befindlichen volkswirtschaftlichen Verhandlungen, des Abgeordneten Ludwig Gollo über die politische und die militärische Lage, des Abgeordneten Geza Polonyi über die Kriegslage und über die allgemeine politische Lage, des Abgeordneten Lehel Hedervary über die Wiederherstellung unserer diplomatischen Vertretung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika — lauter Interpellationen über gemeinsame Angelegenheiten, die natürlich Oesterreich ebenso angehen, wie sie die Ungarn angehen...

Mit diesem Hinweis können wir die Betrachtung wohl schließen. Was da zu sagen ist, sagt sich ein jeder selbst, und der Unterschied zwischen den beiden Staaten ist so handgreiflich, daß ihn wohl der Begriffstüchtigste faßt. Nur eines möchten wir wissen: was sagen die Führer der deutsch bürgerlichen Parteien dazu, die Führer des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen Vereinigung? Die ungarischen Oppositionsführer werden, obgleich Ungarn eine parlamentarische Regierung hat, voll beachtet und sorgfältig angehört. Wer denkt daran, daß der Deutsche Nationalverband einen Führer hat namens Dr. Groß, die Christlichsoziale Vereinigung einen namens Baron Fuchs? Wer denkt überhaupt daran, daß das deutsche Volk in Oesterreich durch Politiker vertreten wird, von Führern repräsentiert wird? Wer denkt an die? Wo erscheint das deutsche Bürgertum in Oesterreich, wodurch wirkt es, wie macht es sein Anrecht auf Mitentscheidung geltend? Führer unbedeutender Parteien in Ungarn üben Einfluß und man ist sehr beflissen, sie bei guter Stimmung zu erhalten. Die Führer des deutschen Volkes in Oesterreich, die existieren überhaupt nicht, und auf sie zu achten, fällt niemandem ein.

**Christlichsoziale Vereinigung.**

Die christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter hielt vorgestern eine achtstündige Vollberatung ab, der auch der Parteichef Landmarschall Prinz Liechtenstein, Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Minister a. D. Dr. Geßmann beiwohnten. Der bisherige geschäftsführende Obmann Abgeordneter Dr. v. Baechle übergab die Klubleitung an das Vorstandsmitglied Landeskulturratspräsidenten Schraffl. Chefredakteur Dr. Funder hielt einen Vortrag über die gegenwärtige Kriegslage. Dr. Geßmann berichtete über die innerpolitische Lage und Vorsitzender Schraffl über den Stand der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn sowie über die letzten Empfänge der christlichsozialen Parteiführer beim Ministerpräsidenten, ferner bei den Ressortministern insbesondere in Angelegenheit der Notlage des Priesterstandes. Es entwickelte sich eine lebhafte Wechselrede über die vorstehenden Referate, und es wurden eine Reihe von Anregungen und Anträgen der zahlreichen Redner von der Versammlung zum Beschluß erhoben. Die Vereinigung beschloß unter anderm, ihre Aktion betreffend die Kriegsausgaben für den Klerus, beziehungsweise eine endgültige Reaklung der Kongrua mit allem Nach-

drucke fortzusetzen und ihre Bemühungen nicht aufzugeben, bis die wirtschaftliche Lage des notleidenden Priesterstandes gebessert sein wird.

## Kriegstagung des Reichstages. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 23. August.

Das Abgeordnetenhaus, in dem die Führer der Opposition heute morgen das Einsetzen neuer Partiekämpfe in Aussicht stellten, bot im Lichte der aufstrahlenden Lampen am Abend keinesfalls ein Bild des ernstesten Kampfes. Ungewöhnlich ist die lange Reihe der angemeldeten Interpellationen allerdings, ungewöhnlich auch Ton, Dauer und Stoff der Interpellation, ungewöhnlich schließlich der Umstand, daß die Interpellanten beim Aufruf der Reihe nach zur Stelle sind. Doch von Stürmen ist auch in der vorgerückten Abendstunde nicht die Rede, es gibt höchstens „bewegte Szenen“. Das ist der wesentliche Charakterzug dieser Dauersitzung. Die Galerien sind überfüllt. Rosige, sonnengebräunte Mädchengesichter erzählen von nützlich verbrachter Erholungszeit. Lachend und in sommerlicher Eleganz blüht freundliche Heiterkeit auf den Tribünen. Neugierde, angenehm angeregte Spannung, mehr Sport als Kampf ist der Sinn der Stunde.

Wäre die Zeit nicht zu ernst, man dürfte sich des freundlichen Spieles in schwerer Zeit herzlich freuen. Doch oft verlassen die Gedanken den Raum. Man denkt dann an die herben Aufgaben, die unserem Staate gestellt sind, denkt an unser ringendes, herrlich opferndes, großes, tapferes Volk. Und diese Andenken und Ausblicke sind stärker, als die Sensationen und Sensationchen, als die Pikanterien, die heute nacht im ungarischen Abgeordnetenhaus mit großer Geste serviert wurden. Deshalb glauben wir der publizistischen Pflicht vollauf zu genügen, wenn wir über den Verlauf der heutigen Nachtsitzung nur in gedrängter Kürze berichten. Der mysteriöse Stimmungswechsel der Opposition kam so rapid, daß er sich nur in ganz äußerlich wirkenden Gesten offenbaren konnte und mußte. Der große Ernst, mit dem Graf Stefan Tiska heute den oppositionellen Interpellanten antwortete, klang wie Orgelton in das Interpellationspotpourri, in dem Jägersorgen mit weltpolitischen Beschwerden wechselten. Was Graf Stefan Tiska heute auf die Interpellation des Abgeordneten S o l l ó antwortete, wird bleiben als ein Evangelium unseres nationalen Glaubens. Der Applaus, der den Reden des Ministerpräsidenten folgte, war eine herzliche Beifallsfundgebung Ungarns. Ragend, kampfbereit, doch leidenschaftslos und kühl, wie ein Fechter die Hand in die Hüfte gestützt, doch mit dem ruhigen Feuer des Denkers im Auge: so stand Graf Stefan Tiska in dieser heutigen Nacht auf seinem schweren Posten, so werden ihn dankerfüllt die kommenden Geschlechter im Geiste sehen.

Indem wir die letzten Zeilen der Einleitung dieses Berichtes schreiben, weicht langsam die Nacht dem Morgen. Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses über-

## Politische Debatte in Ungarn

Im ungarischen Abgeordnetenhaus hat es gestern, zum erstenmal seit Kriegsbeginn, wieder eine große politische Debatte gegeben, in der die Opposition mit kritischen Neußerungen nicht zurückhielt. Wie man weiß, machte sich bei den ungarischen Oppositionsparteien schon seit längerer Zeit das Bedürfnis geltend, ihr Recht auf Kontrolle und Kritik, das sie aus Burgfriedensrücksichten hatten ruhen lassen, wieder in freierer Weise auszuüben. Zunächst sprachen die Oppositionsführer den Wunsch aus, auch über politische Vorgänge, die zur öffentlichen Erörterung ungeeignet sind, ausreichend informiert zu werden. Ministerpräsident Graf Tisza erklärte sich am 5. Juli bereit, diesen Wunsch zu erfüllen; es sollten den Vertrauensmännern der Opposition seitens der gemeinsamen Regierung die erforderlichen Aufschlüsse erteilt und ihnen zugleich Gelegenheiten geboten werden, vor dem Monarchen zu erscheinen und hier ihre eventuell abweichenden Anschauungen zu entwickeln. Die drei Oppositionsparteien nahmen diese Vorschläge an — wobei allerdings eine Spaltung der Unabhängigkeitspartei eintrat, weil die Dissidenten es grundsätzlich ablehnten, für die Regierungspolitik irgendeinen Schein von Mitverantwortung zu übernehmen. Die Führer der drei Oppositionsparteien, die Grafen Andrássy, Apponyi und Stephan v. Rakovszky, nahmen darauf als Vertrauensmänner die

Mitteilungen und Aufschlüsse des Ministers des Neußern entgegen und erschienen beim Monarchen in Audienz. Diese Art vertraulichen Verkehrs zwischen Regierung und Opposition, die durch sechs Wochen anhielt, scheint jedoch den Erwartungen der ungarischen Oppositionsführer nicht entsprochen zu haben. Uebereinstimmend erklärten sie gestern im Abgeordnetenhaus, daß die Informationsverteilung des Ministers des Neußern sie nicht befriedigt habe und daß sie sich daher veranlaßt sähen, ihre Mission als Vertrauensmänner niederzulegen; da aber die Methode der vertraulichen Rücksprachen sich nicht bewähre, so bleibe nichts übrig, als nunmehr wieder den Weg der offenen parlamentarischen Behandlung einzuschlagen.

Schon die gestrigen Erklärungen der Oppositionsführer ließen erkennen, daß die Kritik, die sich im ungarischen Abgeordnetenhaus nun wieder zum Wort meldet, eine ziemlich rückhaltlose sein wird, wenn auch die politischen und militärischen Interessen der Kriegführung dabei sorgfältig gewahrt werden sollen. Die Oppositionsparteien haben denn auch bereits zwei Duzend Interpellationen angemeldet, darunter manche, deren Inhaltsangabe ein wenig befänglich klingt. Aber man braucht sich über die neue Situation, die damit im ungarischen Abgeordnetenhaus eintritt, durchaus keine Sorgen zu machen, und auch das feindliche Ausland wird darin gewiß keinen Grund finden, schadenfroh aufzuhorchen. In den Parlamenten der Entente-Staaten herrscht die unbekümmerte Freiheit der Diskussion heikelster Fragen und der oppositionellen Kritik schon die längste Zeit. In England hat sie überhaupt nie aufgehört, und in Frankreich ist die „heilige Einigkeit“ der Parteien, wie man dort den Burgfrieden nannte, längst von den sich durchsetzenden natürlichen Parteigegensätzen abgelöst worden. In der italienischen Kammer hat die sozialdemokratische Opposition der Regierung niemals Schonzeit gewährt, und in der russischen Duma sind über die Mängel der Kriegführung und über die Korruption der Verwaltung Reden von einer kritischen Schärfe gehalten worden, wie selbst im freiesten Westen nicht. In keinem dieser Länder wird man also geneigt sein,

falsche und unsinnige Schlüsse daraus zu ziehen, daß auch im ungarischen Abgeordnetenhaus die Opposition wieder lebendig wird. Ist doch auch im deutschen Reichstag die frühere Burgfriedensstille schon seit geraumer Zeit einem ganz kräftigen und freimütigen Redestil gewichen. Das ungarische Abgeordnetenhaus schließt sich also im Grunde nur den allgemeinen europäischen Parlamentsitten der Kriegszeit an. Wobei noch zu bemerken ist: daß es über die Entschlossenheit zum Durchhalten, zur beharrlichen Fortsetzung des Krieges bis zu einem ehrenvollen Frieden, in Ungarn keinerlei Meinungsverschiedenheit zwischen Regierungspartei und Opposition gibt.

## Rücktritt der Vertrauensmänner der ungarischen Opposition.

Was zu erwarten war, ist es geschehen. Die Vertrauensmänner der ungarischen Opposition haben ihre Ämter niedergelegt, und zwar, wie man in Kreisen, die gut unterrichtet sind, behauptet, weniger deshalb, weil die Vertrauensmänner der Opposition mit ihrem Amte unzufrieden gewesen wären, sondern deshalb, weil die Opposition mit ihren Vertrauensmännern unzufrieden war. Sie fand, daß sie wenig davon habe, wenn die Herren Apponyi, Andrássy und Rakovszky zu den Wissenden gehören und sie selbst mit einer Verantwortung belastet werde, die in keinem Verhältnisse zu ihrem Einflusse stehe.

So ist der Vertrauensmännerrat in Wirklichkeit wohl an dem Widerspruchsvollen seines eigenen Wesens, das sich nicht völlig in die Verfassung einfügen läßt, zugrunde gegangen. Die zurücktretenden Vertrauensmänner haben dies etwas anders begründet und darüber Klage geführt, daß sie nicht in die Lage kamen, vor dem Vollzug von Tatsachen von diesen Kenntnis zu erlangen und vor allem, daß sich die Meinungsverschiedenheiten, zwar nicht in bezug auf Krieg und Frieden und in bezug auf die Bündnisse, aber in anderen Angelegenheiten als zu tiefgehend erwiesen.

Diese Begründung hätte man starren Theoretikern des Verfassungsrechtes nicht zutrauen sollen. Die Opposition kann nicht im Frieden, noch weniger im Kriege begehren, daß sich ihr die Handlungen der verantwortlichen Staatsmänner unterwerfen. Und schwerlich vermögen die drei Vertrauensmänner der Opposition die Öffentlichkeit zu überzeugen, daß die ganz unvermeidlich lückenhafte Kenntnis, die jetzt alle Außenstehenden über die inneren Zusammenhänge jeweiliger Handlungen haben, gerade in Kriegszeit die Opposition berechtige, von dem Gesetze des parlamentarischen Mehrheitsprinzips eine Ausnahme zu fordern.

Immerhin ist es erfreulich, daß in dieser Lage die Wortführer der Opposition mit ihrer Forderung nach Einberufung der Delegationen ein warmes Interesse an dem Funktionieren eines Reichsparlamentes bekundeten, ein Verständnis, das nicht immer so reichlich vorhanden war. Es zeigt sich, daß auch die ungarische Opposition nicht befriedigt sein kann, wenn die Tribüne zur Behandlung jener Angelegenheiten versperrt ist, die naturgemäß beide Teile angehen und von einem unmöglich allein bestimmt werden können. Der vernünftige Schluß wäre also, daß künftig alles getan werden sollte, um die Vertretung der gemeinsamen Angelegenheiten in sich zu kräftigen und von den Schicksalen der beiderseitigen Parlamente reinlicher zu trennen. — Weniger logisch ist, wenn Abgeordneter v. Rakovszky gleichzeitig nach Einberufung und nach Abschaffung der Delegationen ruft.

Die Antwort des Ministerpräsidenten Grafen Tisza auf die Reden der Vertrauensmänner enthält vieles

Interessantes. Er mußte auch auf eine Bemerkung des Grafen Andrássy erwidern, der Vorwürfe dagegen erhoben zu haben scheint, daß es nicht möglich war, den Frieden mit Italien zu erhalten. Immer hat man den Grafen Andrássy für mehr als einen Dilettanten in der auswärtigen Politik gehalten. Daß er heute nach allem Vorgefallenen, nach allen öffentlich bekanntgewordenen Dokumenten noch glauben kann, daß es irgendwie möglich gewesen wäre, den Krieg mit Italien zu vermeiden, nimmt Wunder.

Graf Tisza hat die meritorischen Forderungen der Oppositionsredner abgelehnt und die nun folgenden Differenzen sind wesentlich eine Angelegenheit zwischen ihm und der Opposition. Jedenfalls wird aber schon aus den Ankündigungen der drei Oppositionsredner, daß sie nun die öffentliche Kontrolle an der Führung der öffentlichen Angelegenheiten üben wollen, deutlich, daß über sie die von ihnen bekämpfte Taktik des Grafen Karolji den Sieg davongetragen hat. Dieser Nachweis der eigenen Inkonsequenz läßt ihre Rolle nicht imposanter erscheinen.

## Was geht vor?

Was ist in Ungarn vorgegangen? Man erinnert sich noch der rührenden Szene, da am 5. Juli der Graf Andrássy aufstand und dem Grafen Tisza den Gedanken der „designierten Vertrauensmänner der Opposition“ unterbreitete, denen man Aufschlüsse zu geben hätte und die dem Monarchen ihre Ansicht äußern können sollen, worauf sich ungesäumt der Graf Tisza erhob, um zu versichern, er sei mit Freude bereit, mit den „Vertrauensmännern“ in Verbindung zu treten. Man weiß auch, daß Andrássy, Apponyi und Kalovszky, als die Führer der drei Oppositionsparteien, seither wiederholt in Wien waren, mit Burian tagelang konferierten und daß alle drei — erst wieder am letzten Montag — in Schönbrunn empfangen wurden. Und heute haben sie nun erklärt, daß sie mit der Sache nichts weiter zu tun haben wollen, die Verbindung mit der Regierung lösen und ihre Kontrolle fortan öffentlich führen wollen. Mit dem parlamentarischen Burgfrieden in Ungarn wäre es danach zu Ende. Was mag da nur vorgegangen sein, das den überraschenden Entschluß der Oppositionsführer zu erklären vermöchte?

Aus den Reden erfährt man gar nichts und insbesondere ist der Graf Tisza bei seiner „Antwort“ aus einer Verlegenheit in die andere gefallen. Nur so viel ist klar, daß die Oppositionsführer in irgend einer Sache mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nicht übereinstimmen — vielleicht schon mit der Person nicht — und daß sie ihre Finger deshalb lieber aus dem Spiele ziehen, als sich sie dabei zu verbrennen. Da wir nicht erfahren, was der Gegenstand der Meinungsverschiedenheit ist und uns, da wir nicht Ungarn sind, natürlich auch nicht gestattet ist, darüber Vermutungen anzustellen, so ziehen wir uns auf die österreichische Rolle zurück, welche die ist, respektvoll zuzuhören, wenn die Ungarn über gemeinsame Angelegenheiten, also über Angelegenheiten, die auch österreichische sind, sprechen, und sich nicht beifallen zu lassen, sich in das Gespräch einzumischen; die gemeinsamen Angelegenheiten sind ja ohnedies in guten ungarischen Händen und Burian und Tisza, Andrássy und Apponyi werden es schon machen. Wir möchten lieber unserer Verblüffung über diese anspruchsvollen ungarischen Politiker Ausdruck geben. Der ganze Andrássy hat im ungarischen Abgeordnetenhaus nicht ein Drittel soviel Abgeordnete unter sich, als ihrer etwa der Herr Dr. Groß im österreichischen Abgeordnetenhaus befehligt, der der Führer der größten österreichischen Parlamentspartei ist, die sich überdies als die politische Vertretung des größten und entwickeltesten Volkes in Oesterreich-Ungarn darstellt. Trotzdem er nun politisch so wenig bedeutet, wird der Graf Andrássy über alles, was vorgeht, unterrichtet; vor ihm gibt es keine Geheimnisse. Und auch die Möglichkeit wird ihm eröffnet, dem Monarchen ungescheut und so oft, als er glaubt, daß es nötig sei, seine Anschauung darzulegen. Und dem Grafen Andrássy ist das alles noch zu wenig; er löst die Verbindung mit der Regierung in geradzum demonstrativer Weise. Mit wie viel weniger wären die österreichischen Führer beglückt; wie ungleich bescheidener wäre etwa der Dr. Groß oder der Baron Fuchs! Aber anscheinend ist Bescheidenheit nicht gerade die Tugend, die politischen Einfluß verbürgt. Gewiß ist nur, daß „unsere“ Führer nichts aufgeben müssen, weil ihnen nichts angeboten wird; daß sie nicht antworten müssen, weil sie nicht gefragt werden. Auch heute möchten wir fragen: Was sagen die Führer und Vertreter des deutschen Bürgertums dazu? Was sagen sie dazu, daß die gemeinsamen Angelegenheiten zu ungarischen Berechtigungen werden? Was sagen sie insbesondere zu der mitleidigen Begönnerung, die ihrem Lande heute in Ungarn ward? Schämen sie sich denn gar nicht?

Wir erachten die ungarischen Reden zur Erleuchtung der österreichischen Öffentlichkeit als ungemein nützlich. Guter Gott, sie sind ja dickfellig, diese österreichischen Führer, und das Erstaunen und Schämen ist bei ihnen schon lange aus der Mode gekommen. Inzwischen wird aber der Kontrast so schneidend, daß die Hoffnung nicht eitel sein dürfte, es könnte endlich einmal nicht bloß das Reden, sondern auch das Schweigen vernommen werden.

**Eine halbamtliche Verlautbarung.**

Die „Bud. Korr.“ meldet:

Ein heutiges Abendblatt veröffentlicht eine Aeußerung des Grafen Julius Andrássy, nach der er in der heute von der Opposition verlangten geschlossenen Sitzung eine auswärtige politische Frage zur Sprache bringen wollte, die er, nachdem eine geschlossene Sitzung zu diesem Behufe nicht gestattet worden sei, in der öffentlichen Sitzung auf die Tagesordnung zu bringen gezwungen sein werde.

Wie die „Bud. Korr.“ von kompetenter Stelle erfährt, hat das Präsidium nach Uebernahme des während der Debatte ihm übergebenen, eine geschlossene Sitzung fordernden Bogens im Sinne der imperativen Verfügungen der Geschäftsordnung gar nichts anderes tun können, als die Frage der Abstimmung zuzuführen. Hätte der Präsident oder der Führer der Mehrheit im vorhinein Kenntnis davon gehabt, daß eine geschlossene Sitzung beabsichtigt ist und daß in dieser Graf Julius Andrássy eine ernste auswärtige politische Frage zur Sprache bringen wolle, so hätte die Mehrheit des Hauses die Anordnung einer geschlossenen Sitzung in Erwägung ziehen können.

Abmüßel.

## Nachahmenswert?

In verschiedenen österreichischen Blättern wird auf die kriegspolitischen Erörterungen im ungarischen Abgeordnetenhaus und auf den Versuch der Oppositionsführer, Einfluß auf die Gestaltung der militärisch-politischen Ereignisse zu gewinnen, verwiesen und bald heftig gestikulierend, bald weltchmerzlicherisch-neidisch gefragt, warum es in Oesterreich „nicht so sei wie in Ungarn“ und warum man hier nicht auch dreinreden dürfe und warum hier die Parteiführer nicht auch befragt würden und was dergleichen „impotente Raunzereien“ mehr sind.

Wir wollen hier von dem geschichtlichen Unterschiede zwischen den beiderseitigen Regierungssystemen ganz absehen und gar nicht daran erinnern, daß in Ungarn sich das System des Parlamentarismus, wenn auch nicht gerade seit „antiken Zeiten“, eingelebt hat, während alle Versuche, das ganz anders gewordene und ganz anders gestaltete Oesterreich nach dem gleichen, hier nicht heimischen Rezept zu regieren, ausnahmslos kläglich fehlgeschlugen; wir wollen auch nicht an die Zustände erinnern, in welchen das österreichische Parlament vom Weltkrieg angetroffen wurde, während drüben Graf Tisza längst vor dem Kriege unter dem Wutgeheul der heutigen Reider Ungarns mit eiserner Faust Ordnung zu schaffen und sich den zum Chaos gewordenen Reichstag wieder zu einem handlichen politischen Instrument umzugestalten vermocht hatte. Auch daran wollen wir hier nicht erinnern, daß es aus einer Reihe verhängnisvoller Umstände schwer fallen dürfte, den Rat der Parteiführer des österreichischen Abgeordnetenhauses im Sinne einer parlamentarischen Regierungsmethode einzuholen; Befragungen der Herren Andrássy und Genossen sind gewiß leichter zu bewerkstelligen als Befragungen etwa der einst nicht minder gewichtigen Führer Kramar, Masaryk, Dürich, Choc, Kurylowicz, Pitacco, Battisti. Eine Auslese ist natürlich sehr wohl möglich, aber sie hat mit der parlamentarischen Regierungsweise, die manche so gern der Nachbarschaft nachmachen möchten, nichts zu tun. Aber von all dem soll hier nicht gesprochen werden; auch davon nicht, daß es keinem österreichischen Parlamentarier benommen ist, etwaige gute Ratschläge maßgebendorts vorzubringen, eine Möglichkeit, die freilich nur einen recht ärmlichen Ersatz — wir leben im Zeitalter der Surrogate — für ordnungsgemäße Verhandlungen im Parlament darstellt, das wir uns leider längst vor dem Kriege zertrümmern ließen.

Aber haben wir in Oesterreich denn überhaupt Ursache, Ungarn um die letzten Vorgänge zu beneiden? Ist denn das Abenteuer der drei Oppositionsführer, die nach einem pompösen Ausflug in den Kreis der „Eingeweihten“ plötzlich wieder „zu Muttern“, zu Karolyi heimkehrten, sei es, weil ihnen ihre eigenen Parteien zu verstehen gaben, daß man von der Eingeweihtheit der drei Herren nichts habe, oder sei es, daß ihnen unterwegs vor der Mitverantwortung jeder Mitwissenschaft abgehangen wurde, gar so etwas Großartiges? Ist die feierliche Kündigung des Burgfriedens im ungarischen Parlament so herzerhebend, daß sie unsere Nachahmungstrieb anregen müßte? Und die kriegspolitische Debatte in der siebzehnstündigen Sitzung — um die und um ihre Möglichkeit sollten wir Ungarn beneiden? Wer das Reden an sich, ohne Rücksicht auf den Inhalt und die Wirkung, für das höchste aller Güter hält, den mag die Tatsache jener Erörterungen entzücken; er kann sich aber die gleiche Gemütshebung alle Tage in jedem beliebigen Kaffeehaus

verschaffen, wo die Hinterlandsstrategen zusammenkommen. Wer aber den Zweck über die Formel, das Werk über das Wort, die Interessen des Vaterlandes über das Redebedürfnis stellt, der darf es Oesterreich zum Ruhme anrechnen, daß von hier aus nicht ähnliche Redereien in die Welt geflattert sind, wie aus der letzten Dauer Sitzung des ungarischen Reichstages. Ist Ungarn etwa seit den letzten Reden der Holla, Karolyi, Polonyi und Genossen reicher geworden? Haben diese Ergüsse, ganz abgesehen von den Interessen der Gesamtmonarchie, Ungarn genützt, sein moralisches Kapital gemehrt, sein politisches Ansehen gestärkt? Wir vermuten eher, daß die Debatte einen unangenehmen Nachgeschmack im Munde zurückgelassen hat. Wir kennen die tragikomische Geschichte der österreichischen „Herbstzeitlose“ vor dreieinhalb Jahrzehnten zu gut, als daß wir eine Neigung verspüren könnten, Ungarn gerade um die Möglichkeit solcher Debatten zu beneiden.

Es dünkt überhaupt eine recht unfruchtbare Beschäftigung, fort und fort zu bedauern, sich zu ärgern und darüber zu jammern, daß Unmögliches — denn über die wirklichen Zustände des österreichischen Parlaments kann es unter wachen Menschen doch keine Meinungsverschiedenheit geben — leider nicht möglich wird. Fruchtbarer wäre die Erwägung, daß außerlegte Einflußlosigkeit auch aller Mitverantwortung enthebt. Bis andere Zeiten kommen, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als diejenigen Faktoren, die später, wenn wir wieder die Möglichkeit des Urteils erlangt haben werden, alle Last der Verantwortung zu tragen haben, weil ihnen jetzt alle Macht überlassen bleibt, durch unser Vertrauen zu stärken, damit sie desto besser befähigt seien, in dieser außerordentlichen Zeit des Vaterlandes Interessen zu schützen und zu fördern.

## Kriegstagung des Präfidenten

könnte in einem Augenblick, in dem man sich davon überzeugt, daß dies im öffentlichen Interesse notwendig sei. Seines Erachtens hätte die geehrte Opposition, wenn sie irgendeine Frage in geschlossener Sitzung besprechen und diese ihre Absicht auch verwirklichen wollte, richtiger gehandelt, um über ihre Absichten in Kenntnis zu setzen. Wenn man inmitten der Spezialdebatte über einen Paragraphen, zwischen zwei Rednern, in überraschender Weise ein Ansuchen um eine geschlossene Sitzung überreicht, so könne es niemand der Mehrheit verargen, wenn sie diesem Ansuchen nicht willfahret. Redner ist kein Freund der geschlossenen Sitzungen, eine Situation, in der auf Schritt und Tritt solche Ansuchen gestellt würden, wäre keine zweckdienliche. Anders, wenn die Führer der geehrten Opposition es verlangen und Redner hört, daß man eine gewisse wichtige Frage in geschlossener Sitzung verhandeln will. Die Erfüllung eines solchen Ansuchens würde gewiß auf keine Schwierigkeiten stoßen. Was die morgige Sitzung betrifft, möchte es Redner zunächst dahingestellt lassen, wer ein Recht habe, auf seine Erklärungen Gewicht zu legen. Er glaubt jedoch, daß derjenige, der auf seine Erklärungen kein Gewicht legt, ziemlich isoliert bleiben würde. Von einem Uebereinkommen oder einem Versprechen, das welche Verpflichtungen immer enthalten würde, war keine Rede. Redner hat es, ohne daß man ihn von irgendeiner Seite befragt hätte, für seine Pflicht gehalten, das Abgeordnetenhaus über die Arbeitsordnung zu orientieren, und gab seiner Ansicht Ausdruck, daß es die Intention der Regierung sei, höchstens vier Sitzungen zu halten. Er glaubt nicht, daß es gegen das Wesen oder den Geist dieser Erklärung verstößt, wenn das Haus diesmal, nach wochenlangen Pausen, ausnahmsweise fünf Sitzungen in der Woche hält. Die ganze Angelegenheit ist an sich nicht wichtig und Redner würde bereitwillig dem Wunsche nachgeben; man möge aber andererseits zugeben, daß die Regierung, besonders in der heutigen Zeit, mit so viel Arbeit überbürdet sei, daß sie einer gewissen Arbeitseinteilung bedarf. Diesmal ist diese Einteilung derart getroffen worden; sie ist auf jene großen Interessen, an denen niemand mehr liegt als gerade dem Redner, bedacht. Auch er wolle eine möglichst ruhige Verhandlung sichern und bittet diesmal sich damit abzufinden, daß morgen eine Sitzung stattfinden. Er richtet diese Bitte in der Ueberzeugung, daß es aus allen Gesichtspunkten zweckmäßiger sein werde und daß er nichts Unmögliches verlangt. Er könne die Abgeordneten versichern, und das möge als Versprechen gelten, daß aus den fünf Sitzungen in der Woche keineswegs ein System gemacht werden solle und daß es sich um einen Ausnahmefall handelt. Man möge nicht wünschen, daß die Regierung ihre gut durchdachte Arbeitseinteilung abändere.

## Graf Julius Andrássy

erklärt, die Opposition wolle keineswegs die Arbeitseinteilung der Regierung stören. Er nimmt mit Beruhigung zur Kenntnis, daß für die Zukunft nicht systematisch fünf Sitzungen in der Woche stattfinden sollen. Was die geschlossene Sitzung betrifft, so wäre es ein Gebot der parlamentarischen Courtoisie gewesen, daß die Mehrheit, wenn die Opposition zum ersten Male zu diesem Mittel greift und wenn das Ansuchen von allen Mitgliedern der Opposition und von allen Parteiführern unterzeichnet ist, dies als einen ernstlichen Schritt zu betrachten. Man hätte nicht annehmen dürfen, daß wir unbequem werden wollen. Ein Mißbrauch mit diesen Rechten ist nach der neuen Geschäftsordnung ohnehin erschwert, indem sofort nach Eröffnung der Sitzung ein Abgeordneter wieder die öffentliche Sitzung fordern kann, wenn die Begründung für die geschlossene Sitzung der Mehrheit nicht gefällt. Die Opposition will keineswegs die Ruhe und Ordnung der Verhandlungen stören. Sie denkt nicht, turbulente Szenen zu veranstalten. Er bittet, die Arbeit der Opposition nicht zu erschweren und infolgedessen der Opposition mit einer gewissen Courtoisie zu begegnen.

## Ministerpräsident Graf Stefan Tisza:

Ich will mich nur auf eine ganz kurze Bemerkung beschränken. Ich kann die geehrten Herren Abgeordneten versichern, daß ich in Zukunft einem von den Führern der Opposition unterschriebenen Ansuchen um eine geschlossene Sitzung für meine Person beipflichten werde.

Abgeordneter Nikolaus Bozsagy: Sie werden aber Ihre Partei anweisen, anders abzustimmen. (Heiterkeit.)

## Abgeordneter Julius Sággh

billigt die Äußerungen seiner oppositionellen Kollegen.

## Abgeordneter Stefan Kaloskhy

zieht nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten seinen Antrag zurück.

## Graf Michael Karolhy

erklärt, die Äußerungen des Ministerpräsidenten zur Kenntnis zu nehmen.

Die Tagesordnung des Präsidenten wird sodann angenommen.

Nach Authentifikation des Protokolls wird die Sitzung um 8 Uhr 30 Minuten geschlossen.

## „Der beschränkte Untertanen- verstand“

ist eine großartige Sache, wenn ihn die sozialdemokratische Parteizensur in der eigenen Parteipresse bei ihren umlernenden Genossen und Mitarbeitern, deren Ansichten ihr nicht in den Kram passen, voraussetzt (die Fälle Leuthner, Bernerstorfer, Lensch, Dr. Meyer u. a.!), aber wenn in einer Zeit, wo ein unüberlegtes Wort das Leben von Tausenden und Lebensinteressen des Vaterlandes gefährden kann, einem Parlamente vorübergehend Schweigen auferlegt wird, das in der Vergangenheit infolge der bekannten Verhältnisse weder seine Befähigung für eine große, noch seinen Willen für eine gute Politik darzutun imstande war, dann glaubt das Wiener Sprachrohr der nämlichen sozialdemokratischen Parteizensur mit dem abgelebten Schlagwort vormärzlicher Schlapphutmagogen Hausiergeschäfte machen zu können.

Wir sahen es voraus, daß die „A. Z.“ mitgetroffen aufschreien würde, wenn wir den Nachahmungstrieb, der bei gewissen Leuten in Oesterreich durch jeden im ungarischen Reichstag von Scharlatanen vollführten Lärm zu ergötlichen Sprüngen angeeifert wird, ein wenig mit der Laterne ableuchten. Und pünktlich meldete sie sich! Sogar unsern Lueger möchte sie für sich als Zeugen führen, als ob Lueger ein Verehrer des Mitredens von Hinz und Kunz und nicht eine ausgesprochene selbstherrliche Diktatorennatur gewesen wäre! In allen demokratischen Staaten der Welt, in allen bekannten Republiken der Geschichte behalf man sich in schweren kritischen Zeitläuften, weil man aus Erfahrung wußte, daß viele Köpfe den Brei verderben, mit dem schröffsten Absolutismus, mit der Uebertragung aller Gewalt an einen oder, seltener, an mehrere Diktatoren. Und da will die „A. Z.“ jemandem weismachen, daß Oesterreich den schwersten aller Kämpfe um seine Existenz nur dann erfolgreich bestehen könne, wenn die jüdisch-hanischen Abbilder der Hollo, Polonyi und Genossen unausgeseht das große Geschehen mit ihren wichtigen Reden begleiten dürfen! Gerade dieser Einfall riecht bedenklich nach „beschränktem Untertanenverstand“ und legt es nahe, den Wirkungskreis eines solchen „Verstandes“ im Interesse des Gemeinwohles fürsorglich zu „beschränken“, solange der Feind vor den Mauern tobt.

Ob wir die Maßnahmen und Unterlassungen der Faktoren, denen zurzeit alle Macht übergeben ist und die mit seinem Vertrauen zu unterstützen dem Hinterland schon der bloße Selbsterhaltungstrieb gebietet, auch „billigen“ — die demokratische „A. Z.“-Despotie verwechselt nämlich Vertrauen mit Billigen, Kredit mit Sanktion! — das zu sagen ist jetzt weder möglich noch die richtige Zeit. Wohl aber bekennen wir mit Vergnügen, daß es uns geringere Beschwerden verursacht, unser Vertrauen denen vorzuschießen, denen bis nach Ueberwindung der äußern Gefahren die Macht übergeben ist, als jenen geheimnisvollen Unbekannten, die jetzt allenfalls in der Stimmung wären, nach dem Machtbesitz zu streben, oder gar den von der „A. Z.“ empfohlenen Zuständen ebenso unfruchtbaren als endlosen Gerede. Im übrigen wird sich Nie-

mand mehr freuen, als wir, wenn es unserm Parlament gelingt, das unvermeidlich gewesene Uebergangsstadium eines Sanatoriums zu überwinden und völlig gesundet zur Beschäftigung, die seine Bestimmung ist, zurückzukehren.

\* **Der Karpelès-Revolver.** Die Drohung des „Abend“ ein bisheriges Schweigen über die Geschichte von Karpelès' Abgang zu brechen, wenn die „A. Z.“ mit ihren Angriffen gegen das Colbertblatt nicht aufhöre, hat eine überraschende Wirkung gehabt. In einer kleinen Notiz erklärte heute die „A. Z.“, sie habe „besseres und anderes zu tun“, als sich bei dem Hin- und Hergerede des „Abend“ aufzuhalten, und man werde von ihr wohl nicht erwarten, daß sie sich noch einmal mit der Antwort des Colbertblattes befasse. Kein Wunder, daß der „Abend“ diesen Erfolg seiner Karpelès-Drohung in vollen Zügen genießt und also höhnt:

„Der Klügere gibt nach. Die ‚Arb.-Ztg.‘ will es sein. Es sei ihr gegönnt. Und klüger ist es ohne Zweifel, wenn sie sich nicht weiter mit Hin- und Herreden herstellt, das Klügste, was sie tun kann. Was gäbe sie dafür, wenn sie gleich vor dem ersten Hin- und Herreden so klug gewesen wäre? Der Genosse aus Wildwest aber, dessen Ausdrucksweise durch das ständige Lesen des Austerlitz-Stils ein wenig derb geworden ist, legt sein Parteiblatt weg und sagt lächelnd: ‚Na ja, es ist ja Wunder! Es hat ihnen halt die Red' verschlagen!‘“

Ist es mit der Sozialdemokratie wirklich bereits soweit gekommen, daß ihrem Hauptorgan durch eine „im reinsten Revolverstil“ vorgebrachte Drohung mit Enthüllungen Schweigen geboten werden kann? Daß ein Colbertblatt durch bloßes Herumsuchteln mit dem Karpelès-Revolver alles vom sozialdemokratischen Parteiorgan erzwingen kann, was es nur will, und sich über das Opfer noch öffentlich lustig machen kann? Wenn der Hohn des „Abend“ das Feld behauptet und die „A. Z.“ wirklich wie das Colbertblatt frohlockt, dazu schweigen muß — wir können vorderhand noch nicht daran glauben — dann stünde es schlimmer um die Sozialdemokratie, als selbst die schwärzesten Pessimisten in der Partei bisher annehmen konnten. Eine große Partei abhängig vom Wohlwollen und von der Gnade eines Revolver-inhabers, man mag den Fall gar nicht zu Ende denken. Also, warten wir ab!

### Loß der Einflußlosigkeit!

Was geht das uns an, das geht uns gar nichts an!

Die „Reichspost“, die gestern entdeckt hatte, daß die österreicherischen Politiker „taktivoll zu schweigen wissen“, entdeckt heute, daß die Einflußlosigkeit des Volkes und seiner politischen Vertreter eigentlich das schönste und beneidenswerteste Los ist: Wozu nachsinnen über Aenderungen und Besserungen:

Fruchtbarer wäre die Erwägung, daß auferlegte Einflußlosigkeit auch aller Mitverantwortung enthebt. Bis andere Zeiten kommen, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als diejeniger Faktoren, die später, wenn wir wieder die Möglichkeit des Urteils erlangt haben werden, alle Last der Verantwortung zu tragen, weil ihnen jetzt alle Macht überlassen bleibt, durch unser Vertrauen zu stärken, damit sie desto besser befähigt seien, in dieser außerordentlichen Zeit das Vaterland zu schützen und zu fördern.

Was geht das uns an, das geht uns gar nichts an, nämlich das Vaterland, das geht nur die Minister an! Eine nette Ansicht von der Politik: sich zu freuen, daß man nichts dreinzureden hat, weil man dann nichts zu verantworten hat! Aber das Grobhartigste ist schon das „Vertrauen“, das sich sogar zu „stärken“ vermag, ohne das Bedürfnis zu haben, sich mit Tatsachen zu fundieren. Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, aber ich billige sie! Derlei Vertrauen ist schon ein Mysterium: es bedarf keiner Tatsachen, sondern gründet sich auf Offenbarung! Derlei Politik, die auf die Verherrlichung des beschränkten Untertanenverstandes hinausläuft, hätte Zueger erleben sollen!

## Die parlamentarische Kriegssession.

Apponyi Präsident der Unabhängigkeitspartei. — Apponyi über die Lage. — Apponyi und Rakovszky im oppositionellen Informationskomité. — Kompromisse in der Steuerfrage. — Dreiwöchentliche Ernteferien des Abgeordnetenhauses.

Der heutige Tag brachte den Abschluß der durch die vorwöchentliche Interpellation des Grafen Julius Andrássy entstandenen Affaire bezüglich der in das oppositionelle Informationskomité zu entsendenden Vertrauensmänner. Aus dieser Angelegenheit entstand bekanntlich ein Konflikt innerhalb der Unabhängigkeitspartei, der den Austritt des Grafen Michael Károlyi und seines persönlichen Anhangs nach sich zog. Die heute in den Nachstunden abgehaltene Konferenz der Unabhängigkeitspartei billigte nun vollständig den in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunkt des Grafen Albert Apponyi, mit dem die überwiegende Majorität der Partei zurückgeblieben ist, während die Károlyi-Gruppe bisher nur sechzehn Mitglieder aufweist. Durch den Umstand, daß Graf Albert Apponyi heute mit Akklamation zum Präsidenten der Unabhängigkeitspartei gewählt wurde, gab diese Partei dem Grafen Apponyi vollständige Genugthuung den öffentlichen und verkappten Angriffen gegenüber, die gegen ihn wegen der seinerseits erfolgten Zustimmung zur Entsendung von oppositionellen Vertrauensmännern in das Informationskomité gerichtet wurden. Die Partei gab auch ihre Zustimmung dazu, daß in diesem Komité Graf Albert Apponyi als Vertrauensmann der Unabhängigkeitspartei figurire. Damit ist diese Affaire abgeschlossen und es muß nun abgewartet werden, welche Haltung die Fraktion Károlyi den kommenden Ereignissen gegenüber einnehmen wird.

Auch die Volkspartei nominirte heute ihren Vertrauensmann für das vorerwähnte Informationskomité. Zur allgemeinen Ueberraschung ist dies nicht Graf Adárik Zichy, sondern Stephan Rakovszky geworden, allerdings mit vollster Zustimmung des angeblich aus privaten Gründen auf diese Vertrauensstelle verzichtenden Grafen Zichy.

Der heutige Tag brachte zwei interessante politische Ereignisse, und zwar eine prinzipielle Verständigung zwischen der Opposition und der Regierung betreffs der Steuerfrage. Dieses Uebereinkommen hat zur weiteren Konsequenz, daß das Abgeordnetenhaus in den nächsten Tagen dreiwöchentliche Ernteferien antritt, was dadurch möglich wurde, daß die oppositionellen Parteien schon heute erklärten, daß sie im Prinzip gegen die wichtigsten Steuervorlagen (Vermögens-, Einkommen- und Erwerbsteuer) keine prinzipiellen Einwendungen erheben werden, sondern sich nur auf Abänderungsanträge beschränken werden. Ueber all diese politischen Ereignisse liegen folgende Detailberichte vor:

### Konferenz der Unabhängigkeitspartei.

Apponyi Präsident und Vertrauensmann der Unabhängigkeitspartei.

Heute Abends nach Schluß der Sitzung des Abgeordnetenhauses versammelten sich sämtliche in der Hauptstadt weilenden Mitglieder der Unabhängigkeitspartei, mit Ausschluß jener Abgeordneten, die bereits ihren Austritt aus derselben angemeldet haben, zu einer Konferenz, in welcher zu der bekannten Austrittserklärung des Grafen Michael Károlyi Stellung genommen wurde. Die Konferenz verlief sehr würdevoll und brachte dem Grafen Albert Apponyi nach allen Richtungen hin volle Satisfaktion. Er selbst hielt eine längere Rede, in welcher er gegenüber dem Standpunkt Károlyi's ausführte, daß die Aktionsfreiheit der Partei durch die Entsendung eines Vertrauensmannes durchaus nicht berührt wird, umsoweniger, als die Situation eine solche ist, daß selbst zu noch so extremen Entschließen

ger entschlossene Politiker unter den gegebenen Verhältnissen sich der tatsächlichen Situation anpassen müssen. Fast sämtliche Redner, die nach dem Grafen Apponyi das Wort ergriffen: Samuel Balanyi, Johann Eöth, Michael Horváth, Baron Géza Mannsdorff, Aurel Förster, Andreas Ráth, und Béla Földes unterstützten in kräftigster Weise den Standpunkt des Grafen Albert Apponyi, nur eine einzige Stimme erhob sich gegen denselben, und zwar diejenige des bisherigen Vizepräsidenten der Partei, Béla Barabás, der bekanntlich mit dem Grafen Michael Károlyi vor Ausbruch des Krieges die amerikanische Propagandareise unternommen hat und gleichzeitig mit ihm in französische Internierungshaft gerathen ist. Barabás erhob gegen die Partei den Vorwurf, daß sie in der letzten Zeit Vieles ohne Anhörung des Präsidialraths gethan habe, ein Vorwurf, der eigentlich gegen den Grafen Michael Károlyi erhoben werden müßte, denn für alle bisherigen Handlungen der Partei war ja noch der bisherige Präsident der Partei Graf Michael Károlyi verantwortlich. Ueber Antrag Béla Földes' erhob die Konferenz unter stürmischen Esenrufen den Grafen Albert Apponyi auf die Würde des Präsidenten der Partei und wollte damit zum Ausdruck bringen, daß er nicht nur der geistige Führer, sondern auch der tatsächliche Leiter der Partei sei. Der Austritt Béla Barabás' wurde stillschweigend zur Kenntniß genommen, wie man auch über den Rücktritt des Grafen Michael Károlyi keine Thräne vergoß. Die Konferenz selbst nahm folgenden Verlauf:

Die Unabhängigkeits- und Achtundvierziger-Partei hielt heute Abend um 8 Uhr eine Konferenz.

Vorsitzender Julius Sággh eröffnete die Konferenz und meldete mit Bedauern, daß Graf Michael Károlyi seine Präsidentenstelle niedergelegt hat und aus der Partei ausgetreten ist. Außer dem Grafen Károlyi haben die Mitglieder Julius Justh, Johann Justh, Graf Theodor Batthyány, Graf Paul Batthyány, Béla Egró, Kornel Kober, Ludwig Bed, Martin Lováshy, Joseph Vaskó, Desider Polonyi, Hugo Baehe, Karl Fernbach und Graf Joseph Károlyi ihren Austritt angemeldet.

Nach Verlesung der Austrittserklärung des Grafen Michael Károlyi nahm Graf Albert Apponyi das Wort.

### Rede des Grafen Albert Apponyi.

Graf Apponyi bemerkt, daß er die angemeldeten Austrittserklärungen, besonders aber jene des gewesenen Präsidenten, mit dem aufrichtigsten Bedauern zur Kenntniß nimmt. Er will mit den verlesenen Schreiben keineswegs polemiziren, und dies umso weniger, als in zahlreichen grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens die Partei mit den Dissidenten auch in der Folge Hand in Hand gehen wolle. Redner wünschte, daß diese Trennung, von deren Nothwendigkeit er auch jetzt nicht überzeugt ist, ohne jede Bitterkeit vor sich gehe. Trotzdem sieht sich Redner veranlaßt, auf einige Punkte der Austrittserklärung des Grafen Michael Károlyi zu reflektiren.

Graf Michael Károlyi konstatiert ganz richtig, daß schon vor Ausbruch des Krieges zwischen ihm und dem Redner in Bezug auf die auswärtigen Fragen ein scharfer Gegensatz bestand, und bemerkt, daß der noch immer andauernde Krieg ihn daran hindere diesen Gegensatz des Näheren auseinanderzusetzen. Da die auswärtige Frage nicht zur Parteiangelegenheit wurde, konnten wir beide unseren Standpunkt aufrichtig darlegen, doch muß ich — meint Redner — bemerken, daß unsere gegensätzliche Auffassung keineswegs in der in seinem Briefe bezeichneten Richtung obwaltete, und wenn Graf Károlyi sagt, daß ihn und seine Freunde für den Ausbruch des Krieges auch nicht der Schatten einer Verantwortung treffen kann, und er damit andeuten will, daß diese Verantwortung mich und die mir Näherstehenden treffe, muß ich dagegen ganz entschieden Protest einlegen. Selbst wenn man die amtliche Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren Verbündeten für den Ausbruch des Krieges verantwortlich machen könnte, was ich stets bestritten habe, so standen wir doch mit dieser Politik in gar keiner Verbindung. Wofür ich verantwortlich bin, ist, daß, als der Konflikt ausbrach, dessen Ausgang für die Existenz der Nation entscheidend und kritisch werden kann — ich als erstes Ziel die Vereinigung aller Kräfte der Nation bezeichnete. (Lebhafte Beifall und Esenrufe.)

Bezüglich der Verantwortlichkeit der Vertrauensmänner der Opposition hat sich bereits Graf Julius Andrássy in erschöpfender Weise geäußert, so daß Redner dem kaum etwas hinzuzufügen hätte. Wenn den einzelnen Vertrauensmännern der Opposition Gelegenheit gegeben wird, zur vollständigen Kenntniß der Situation zu gelangen, und es auch ermöglicht wird, daß sie ihre Rathschläge vor die Stufen des Thrones bringen, — konnte die Opposition unmöglich eine solche Gelegenheit, dem Vaterlande zu dienen, zurückweisen. (Lebhafte Beifall, Esenrufe und Applaus.) Oder hätten wir die Anregung deshalb zurückweisen sollen, weil dies der gewöhnlichen

parlamentarischen Schablone nicht entspricht, oder weil wir keine Garantie für den Erfolg haben? Bei solchen hochwichtigen Fragen ist es wahrlich nebensächlich, ob sich hierbei einzelne Menschen abmühen. Ich könnte niemals die Verantwortung dafür übernehmen, daß ich mich dieser Verantwortung entzogen habe. (Langanhaltender lebhafter Beifall, Esenrufe und Applaus.) Oder wird Jemand behaupten wollen, daß wir so großes Vertrauen zur Regierung haben? Wird Jemand sagen wollen, daß wir, vor großen Entscheidungen stehend, etwa sagen werden, daß wir diese Entscheidung der Regierung überlassen? Oder etwa behaupten wollen, daß wir diese wichtigen Angelegenheiten als irrelevant betrachten? Selbst dann, wenn wir den Ausgangspunkt der Regierungspolitik für verfehlt halten? Oder daß es uns gleichgültig ist, wenn auch weiter Fehler begangen werden? Oder haben wir von uns selbst eine so geringe Meinung, daß wir es ganz überflüssig halten, daß wir in entscheidenden Augenblicken Rathschläge ertheilen können sollen?

Unter all den Unverständlichkeiten und Unerklärlichkeiten, denen ich in meinem Leben begegnete, halte ich das für die größte Unverständlichkeit, daß eine Opposition, die mit Recht darüber Klage geführt hat, daß ihre leitenden Männer in die Geschehnisse nicht eingeweiht werden, jetzt, wo sich ihr Gelegenheit zu solcher Information bietet, diese Gelegenheit vor sich weist. Ich würde immerhin eine Regierung begreifen, die sagen würde, daß sie Niemand einweihen will, daß sie für ihre Politik die Verantwortung trägt, aber nicht begreifen kann ich eine Opposition, die einer Regierung kein Vertrauen entgegenbringt und in dem Momente, wo sie dazu gelangen kann, die Allmacht dieser Regierung einzuschränken, vor dieser günstigen Chance zurücktritt.

Noch eine Bemerkung hätte ich zu dem Schlußpassus des Briefes meines geehrten Freundes, des Grafen Michael Károlyi. In diesem Schlußpassus sagt er nämlich: „Ich fühle, daß, wenn jemals, jetzt ich es nothwendig habe, meine volle Aktionsfreiheit zu wahren. In nächster Zukunft werden sich die wichtigsten Existenzfragen der Nation entscheiden. Es wird über Wiederherstellung des Friedens, die Integrität des Landes, unsere demokratische Wiedergeburt, die Verwirklichung der nationalen Aspirationen entschieden werden. Mein Gewissen läßt es nicht zu, mich bei der Erfüllung dieser meiner mir ans Herz gewachsenen Pflicht irgendwie lähmen zu lassen.“

Zu diesen Ausführungen möchte ich mir ein paar Worte erlauben. Das, was zwischen den einleitenden Worten und den Schlußworten des Briefes steht, ist ein Hinweis auf die Differenzen in den mit Krieg und Frieden zusammenhängenden Fragen. Und nicht minder ein Hinweis auf die Art der nach dem Kriege einzuleitenden Aktion. Ich habe von der Vaterlandsliebe meines Freundes Grafen Michael Károlyi eine viel zu hohe Meinung, als daß ich nicht überzeugt sein wollte, daß der Gebrauch der wiedergewonnenen Aktionsfreiheit nur in sehr geringer Nuancen abweichen wird von jener Aktion, welche Graf Michael Károlyi und seine Anhänger in ihrem sogenannten gesesselten Zustande befolgt haben. Ich glaube wohl, daß die Integrität des Landes, ich meine nicht nur die territoriale, sondern auch die moralische und rechtliche Integrität des Landes, die demokratische Wiedergeburt Ungarns und die Verwirklichung der nationalen Aspirationen meinem geehrten Freunde Grafen Michael Károlyi sehr ans Herz gewachsen sind. Aber ich bitte zu glauben, daß auch ich diese Interessen warm am Herzen trage. (Lebhafte Zustimmung und Applaus.)

Was nun die demokratische Wiedergeburt und den Fortschritt bedeutet, bin ich hinsichtlich eines Details dieses demokratischen Fortschrittes mit meiner ganzen politischen und individuellen Reputation gebunden. Und zwar an jene Vereinbarungen hinsichtlich des Wahlrechtes, in denen die oppositionellen Parteien übereingekommen sind. Wer mich kennt, wird niemals glauben, daß ich von diesen Vereinbarungen abweichen, von denselben zurücktreten könnte. Wer mich kennt, wird jeden Gedanken vor sich weisen, daß ich je einen solchen retrograden Schritt unternehmen könnte. (Esenrufe.) Wenn Graf Michael Károlyi sagt, daß er in diesen Fragen sich nicht durch etwaige gegenwärtige Auffassungen einschränken lassen wolle, konstatire ich, daß niemals auch nur der Versuch gemacht worden ist, daß diese auf die zukünftige demokratische Wiedergeburt bezüglichen Fragen unter uns in concreto besprochen werden sollen. (Beifall.)

Es ist natürlich, daß all dies jetzt nur theoretische Ausführungen sind, mit welchen ich mein eigenes Vorgehen rechtfertigen wollte in jener schweren Krise, welche für unsere Partei eingetreten ist. Ich wollte nur ausführen, daß ich in dieser schweren Stunde so denke, wie ich immer gedacht habe. Ich will nur noch sagen, daß ich eine ira et studio auch nach der Spaltung bestrebt sein werde, in der Verwirklichung unserer gemeinsam bekannten Prinzipien gemeinschaftlich mit Jenen zu arbeiten, die heute sich von uns losgelöst haben. (Beifall und Applaus.) Daß ich derjenige bleibe, der ich war, daß wir Alle bleiben, die wir waren, ebenso intransigente Oppositionelle gegenüber dem gegenwärtigen Regierungssystem, wie es Jene sind, die sich von uns getrennt haben, ebenso entschlossene unabhängige und zu Thaten bereite Anhänger und mit Gottes Hilfe auch Mitarbeiter an dem großen Werke der auf nationaler Grundlage durchzuführenden demokratischen Wiedergeburt. (Langanhaltender Esenrufe und Applaus.)

## Die Debatte.

Julius Sággh ersucht den Grafen Albert Apponyi, in dem oppositionellen Kontrollrath die Stelle eines Vertrauensmannes der Unabhängigkeitspartei anzunehmen. (Stürmischer Applaus, Rufe: Eihen Apponyi!)

Béla Barabás behauert, daß er als alter Anhänger der Unabhängigkeitsprinzipien jetzt aus dem Kreise seiner bisherigen Freunde scheiden muß. Er wird zu diesem Schritt veranlaßt, weil er mit Bedauern sieht, daß in der letzten Zeit die Verfassungspartei die Haltung der Partei allzustark beeinflusse. Uebrigens müsse er dem Grafen Michael Károlyi folgen, weil er mit ihm in Amerika gewesen ist und mit ihm dort für politische Zwecke Geld sammelte. (Heiterkeit.)

Arpád Szentibányi behauert die Parteisplaltung umso mehr, weil, wie er dies von einigen der austretenden Parteifreunde vernahm, die Ursache der Spaltung keine prinzipiellen Gründe, sondern nur der Umstand allein bildet, daß die Majorität der Partei einzig und allein den Grafen Albert Apponyi zum Vertrauensmann designiren wollte.

Samuel Balanyi meint, daß die Parteinigkeit gerade jetzt umso mehr aufrechterhalten hätte werden müssen, weil nach Beendigung des Krieges, nach dem Friedensschluß, die Partei größere Kämpfe als bisher bestehen werde müssen. Die Austretenden vergessen, daß eine solche Parteisplaltung für den Feind ein Lebenselixir bilden kann und gerade eine Diverfion in den auswärtigen Fragen den Zeitpunkt des Friedensschlusses hinauschiebt. Redner weist dann die Angriffe Barabás' gegen die Parteisplaltung zurück und betont, daß die Partei stets ihren eigenen Standpunkt durchgesetzt habe.

Michael Horváth unterstützt den Standpunkt des Grafen Albert Apponyi.

Baron Géza Mannsdorff verbleibt in der Partei, trotzdem er stets der radikalsten Gruppe angehört hat, weil er eine Parteisplaltung unter den gegenwärtigen Verhältnissen als den größten politischen Fehler erachtet. Er wundert sich über die Haltung des Grafen Michael Károlyi, der ihm gegenüber einmal bemerkte, es sei kein Unglück, wenn persönliche Gegensätze bestehen, die Hauptsache sei, daß bezüglich der Grundprinzipien der Partei volle Einheit besteht.

Aurel Förster votirt dem Grafen Albert Apponyi Vertrauen.

Andreas Ráth tritt den Ausführungen Barabás' entgegen. Auch er war in Amerika. Er that dies aber im Auftrage der Partei. Es erfüllte ihn mit Beruhigung, daß das Geld, welches dort gesammelt wurde, sich in guten Händen befinde. Dasselbe wird für keine anderen Zwecke verwendet werden, als dafür, wofür es die amerikanischen Ungarn gegeben haben.

Béla Földes erachtet es als nothwendig, daß bei Befetzung der Präsidentenwürde nicht nur darauf Bedacht genommen werde, daß ein administrativer Präsident gewählt, sondern eine Persönlichkeit auf diese Stelle berufen werde, dessen Namen allein schon ein politisches Banner bedeute. Er beantragt daher, daß Graf Albert Apponyi zum Präsidenten gewählt würde. (Stürmischer Beifall.)

Die Partei wählt den Grafen Albert Apponyi zum Präsidenten, der für diese Auszeichnung dankt.

Ueber Antrag Johann Eöth's wurde dem bisherigen geschäftsführenden Vizepräsidenten Julius Sággh für seine Thätigkeit Dank votirt, worauf noch an Stelle des aus der Partei geschiedenen Ludwig Bed zum Duástor des Parteiklubs Baron Géza Mannsdorff gewählt wurde. — Die Konferenz schloß um halb 11 Uhr Nachts.

### Die Károlyi-Gruppe.

Bis zur Stunde haben sich dem Grafen Michael Károlyi folgende Abgeordnete angeschlossen: Joseph Vaskó, Béla Barabás, Ludwig Bed, Graf Paul Batthyány, Graf Theodor Batthyány, Béla Egró, Karl Fernbach, Julius Justh, Johann Justh, Graf Joseph Károlyi, Kornel Kober, Béla Kun, Hugo Baehe, Martin Lováshy, Desider Polonyi. Außer diesen bisherigen Mitgliedern der Unabhängigkeitspartei hat sich noch, wie bereits gemeldet, der außerhalb der Parteien stehende Ludwig Söllö der Fraktion angeschlossen. Die Gruppe zählt noch auf den Beitritt von weiteren acht bis zehn Politikern, die aber zur Zeit von der Hauptstadt fern weilen und ihre Absichten noch nicht kundgegeben haben. Géza Polonyi soll sich dem Vernehmen nach der Károlyi-Gruppe nicht anschließen, weil ihn sehr wesentliche prinzipielle Gegensätze vom Grafen Károlyi trennen.

### Graf Apponyi über die Spaltung.

Der neue Präsident der Unabhängigkeitspartei Graf Albert Apponyi hatte die Liebenswürdigkeit, unmittelbar nach der heute Abend abgehaltenen Konferenz einem Redakteur des „Neues Pester Journal“ seine Ansichten über die nunmehr geklärte Situation in folgenden knappen Sätzen darzulegen:

**Kriegstagung des Reichstages.****Sitzung des Abgeordnetenhauses.**

Budapest, 14. Juli.

Das Abgeordnetenhaus hat heute die Immunität des Abgeordneten Emerich Ivánka in einer neueren Strafsache suspendiert.

Das Haus setzte die Beratungen über den Entwurf betreffend die Stempel und Gebühren fort. Nachdem Abgeordneter Samuel Bakonji in eingehender Weise gegen die Vorlage polemisiert hatte, ergriff Graf Theodor Bejačević das Wort, um eine loyale Erklärung der Kroaten zu verlesen.

Dann sprach Abgeordneter Johann Novák. Ihm folgte Baron Anton Radványi, der in sehr anregender Weise neue Gesichtspunkte und Ideen in die Debatte brachte. Abgeordneter Georg Plattl machte gegenüber der Vorlage verschiedene soziale Gesichtspunkte geltend. Hierauf wurde die Debatte geschlossen.

Um 12<sup>1/2</sup> Uhr ergriff Finanzminister Johann v. Teleky das Wort. Er beschäftigte sich mit allen Argumenten, die gegen die Vorlage vorgebracht wurden und zerstreute Bedenken, die sich in den Ausführungen der einzelnen Redner bekundeten. Die eingehenden Darlegungen des Finanzministers waren durchleuchtet von der Zuversicht, daß das Land erfüllt ist von patriotischer Opferwilligkeit.

Das Haus nahm dann die Vorlage in erster Lesung an.

Es folgte die Spezialdebatte. Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

**Der Verlauf der Sitzung.**

Präsident Paul v. Bethy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Nikolaus Kostyál, Alfred Pál, Joltán Vermes.

Auf den Ministerstühlen: Graf Tiba, Teleky, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Jankovich, Sibeghéthy.

**Berichterstatter Géza Antal**

unterbreitet die Berichte des Unterrichtsausschusses über die Gesetzentwürfe betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Mittelschulen und die Qualifikation der Professoren und betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Volksschulunterricht.

**Berichterstatter Julius Petár**

unterbreitet die Berichte des Unterrichtsausschusses über den Bericht des Unterrichtsministers betreffend die Volksschulen und das Lehrpersonal der Volksschulen.

Die Berichte werden in Druck gelegt, verteilt und seinerzeit auf die Tagesordnung gestellt werden.

Nach Erledigung des Einlaufes wird an die Tagesordnung geschritten.

Der Gesetzentwurf über die Kriegsgewinnsteuer wird in dritter Lesung angenommen.

Folgt die dringliche Verhandlung des Berichtes des Immunitätsausschusses in der Immunitätsangelegenheit des Abgeordneten Emerich Ivánka.

**Berichterstatter Dr. Philipp Darvai**

weist darauf hin, daß gegen den Abgeordneten Emerich Ivánka vor dem Possonyer Gerichtshof ein Strafverfahren wegen des Verbrechens und Vergehens gegen die Interessen der Kriegführung im Gange ist; wegen dieser Handlungen hat das Abgeordnetenhaus das Immunitätsrecht des Abgeordneten Emerich Ivánka am 26. Juli 1915 aufgehoben. Im Laufe der Untersuchung kamen 31 Lasten des Abgeordneten Ivánka Verdachtsmomente einer neuen Strafsache zum Vorschein, auf die sich die Geltung der Aufhebung des Immunitätsrechtes nicht erstreckt. Nach der Auflösung des Vertrages zwischen dem Abgeordneten Ivánka und der Heeresleitung übernahm der Propstfarrer Alois Rudnay die Führung des Geschäftes und schloß am 23. Mai einen Vertrag mit der Heeresleitung auf Lieferung von Schlachtvieh. Rudnay wurde an zuständiger Stelle aufmerksam gemacht, daß Ivánka dem Konsortium unter keinen Umständen angehören dürfe. Dessenungeachtet übertrug Propstfarrer Rudnay alle seine Rechte auf Emerich Ivánka, der persönlich das Rudnaysche Unternehmen leitete. Ivánka entsprach nicht der durch Rudnay übernommenen Verpflichtung und übergab, entgegen den Bestimmungen des Vertrages, der Militärkommission Schlachtvieh, dessen Gewicht künstlich dadurch gesteigert worden war, daß man die Tiere unmittelbar vor der Uebergabe mit Salz und Paprika fütterte, was zur Folge hatte, daß diese Tiere in übermäßiger Weise gefüttert und getränkt werden mußten. Die Possonyer Oberstaatsanwaltschaft ersucht infolgedessen das Haus um Aufhebung des Immunitätsrechtes des Abgeordneten Emerich Ivánka auch in dieser Angelegenheit.

Da das Gesuch vorschriftsgemäß ausgestattet ist, da ferner nach den Aussagen der im Laufe der Untersuchung einberufenen Zeugen die Kriterien des Verbrechens gegen die Interessen der Kriegführung vorzuliegen scheinen und ein Zusammenhang zwischen den Strafschreibungen und der Person des Abgeordneten Ivánka festgestellt werden kann, eine Verurteilung aber nicht vorliegt, beantragt der Berichterstatter im Namen des Immunitätsausschusses, das Immunitätsrecht des Abgeordneten Emerich Ivánka auch in dieser Angelegenheit zu suspendieren.

Das Haus beschließt ohne Debatte, das Immunitätsrecht des Abgeordneten Ivánka auch in dieser Angelegenheit zu suspendieren.

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit wird der hierauf bezügliche Teil des Protokolls der heutigen Sitzung verlesen und authentifiziert.

Folgt die Fortsetzung der Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Abänderung der auf die Stempel und Gebühren bezüglichen Gesetze und Vorschriften.

**Abgeordneter Samuel Bakonji**

nimmt die Vorlage, gleich dem Abgeordneten Csermák, als Grundlage für die Spezialdebatte an, muß aber feststellen, daß die Wertbestimmungen der neuen Vorlage auch neue Lasten, besonders der Mittelklasse, aufbürden. Besonders die vorgesehene Abschätzung durch Sachverständige verursache überflüssige Kosten. Gleich den in Oesterreich durch kaiserliches Patent vom 29. Juli 1914, also schon bei Kriegsausbruch bestimmten Begünstigungen für heimkehrende Invaliden und Hinterbliebene von Gefallenen müsse dies auch bei uns eingeführt werden, wiewohl es durchaus nicht notwendig sei, die Bestimmungen der österreichischen Verordnung wortgetreu und sklavisch zu übernehmen. Die Vorlage sei engherzig. Er bittet um entsprechende Abänderung. (Zustimmung.)

Das Haus erteilt dem Abgeordneten Grafen Theodor Bejačević die Erlaubnis, vom Gegenstande abzuweichen.

**Graf Theodor Bejačević**

erklärt nach einer kurzen, in kroatischer Sprache gehaltenen Einleitung, er wolle sich zugleich auch auf die anderen Steuerentwürfe erstrecken, deshalb habe er um die Erlaubnis angefragt, vom Gegenstand abzuweichen. Er verliest im Namen der kroatischen Abgeordneten folgende Deklaration:

„Die ganze Schwere des gegenwärtigen gigantischen Kampfes vor Augen haltend, wollen wir, die Abgeordneten Kroatiens-Slavoniens-Dalmatiens, nicht bei jedem einzelnen Gesetzentwurf, der zur Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt dem geehrten Hause unterbreitet wurde, das Wort ergreifen, wir tun dies aber jetzt bei dieser Gelegenheit, um unseren Ansichten auf diesem Gebiete Ausdruck zu geben. (Hört! Hört!)

Wir werden diese Gesetzentwürfe votieren, weil wir wünschen, daß alle Vorbedingungen dafür geschaffen werden, daß unser Vaterland in seiner Gesamtheit seinen eigenen Kräften gemäß auch zu den finanziellen Lasten beitrage, die der Krieg erfordert, ebenso wie auch unsere Söhne auf dem Schlachtfelde hierzu mit ihrem Blute beigetragen haben. (Allgemeine Zustimmung.)

Der sehr geehrte Herr Finanzminister hat in seiner vorgestrichenen Rede mit lobenswerter Aufrichtigkeit all jene Momente hervorgehoben, die es jedem Staatsbürger zur Pflicht machen, all jene Lasten auf sich zu nehmen, die ebenso schwer zu tragen sind, wie der Kampf ist, in dem wir das Blut unserer Söhne opfern.

Die mit dem Herrn Finanzminister bisher gepflogenen Verhandlungen zeigen, daß er nach Möglichkeit die berechtigten Argumente zu würdigen versteht. So hat der Herr Finanzminister die Berechtigung unserer gegenseitigen Meinung zu würdigen gewußt, die wir namentlich mit Bezug auf die Höhe des Spirituskontingents, sowie auf die Zahlungsstellen der Kriegsgewinnsteuer mit Rücksicht auf unser eigenes Territorium entwickelten. Demzufolge geben wir uns der Hoffnung hin, daß seinerzeit Verfügungen und Vereinbarungen getroffen werden, die geeignet sein werden, auf finanziellem Gebiete jedes Mißverständnis zu eliminieren.

In allen diesen Gesetzentwürfen befinden sich auch Bestimmungen, die sich fast ausschließlich auf kroatisch-slavonische Verhältnisse beziehen, so zum Beispiel auf die Angelegenheiten der Hauskommunionen, der Vermögensgemeinden und der kleinen Spiritusbrenner. Die Wichtigkeit dieser für uns tief ins Leben einschneidenden Verfügungen vor Augen haltend, hoffen wir, daß unsere in dieser Beziehung zum Ausdruck gebrachten Bedenken Würdigung finden werden, damit hieraus keine Mißverständnisse entstehen können.

Indem wir hierin bezüglich dieser einzelnen Gesetzentwürfe unserem prinzipiellen Standpunkt Ausdruck gegeben haben, beehren wir uns zu erklären, daß wir sie als Grundlage der Spezialberatung annehmen, damit wir, in dieser Weise den Staatshaushalt auf gesunde Grundlagen legend, auch hierdurch den nationalen Wohlstand fördern.“ (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

**Abgeordneter Johann Novák**

erwartet, daß die Aermere und die Bauernklassen bei Bemessung der Erbschaftsgebühren, speziell wenn es sich um Grundbesitz handelt, billiger und nachsichtiger behandelt werden als die bevorzugten Klassen. In dieser Beziehung hege er aber Bedenken, denn die Vorlage sei „schroff“. Auch hinsichtlich der Erbschaftsschätzung durch Sachverständige billigt er die Vorlage nicht und wünscht, daß bei kleinen Erbschaften bis zu 50.000 Kronen die Gemeindevorsteherung von Amts wegen die Schätzung vornehme. Redner nimmt die Vorlage im übrigen an.

**Abgeordneter Baron Anton Radványi**

nimmt die Vorlage im allgemeinen an. Er untersucht, inwiefern das neue Gesetz auf alten Spuren wandle und in welcher Richtung es am entsprechendsten unserem kommenden neuen Steuersystem einzuwerfen wäre. Er billigt es, daß der Mindestwert statt des katastralen Zwanzigsfachen aufs Dreißigsfache erhöht werde und daß er im alten Geleise geblieben sei bezüglich der Vielfältigkeit des Katastereinkommens, wiewohl es allgemein bekannt sei, daß der Kataster viele Unverhältnismäßigkeiten enthalte. Die Gebühren seien eine Ergänzungsteuerart, die zur Geltung komme, wenn der Vermögensverlehr Gegenstand von Kauf und Verkauf bilde. Daher wünsche er das Gebührensystem dazu zu benützen, um durch einen progressiven Gebührenschlüssel den Wertzuwachs (Bettermert) einzuholen zur mäßigen Besteuerung jenes Plus, das beim Verkauf erzielt wurde. Eine andere Bemerkung des Bettermert, die sich bei Wachsen des Ertrages bemerkbar macht, ist bei den bei Vermögensbestimmungen weilig sich wiederholenden Vermögensabschätzungen an

Begründet

1704



# Zeitung

irte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22/26.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690.

## Bei den Helden von der Somme.

Die gelcheitert. — Biaches teilweise von uns wiederbesetzt.

Staatsdepartement beauftragt, mit dem Auswärtigen Amt in London direkt zu verhandeln, da die Verhandlung mit der britischen Botschaft in Washington zu nichts geführt habe. Die Mission dieses Herrn wird als durchaus unoffiziell angesehen, weil die amerikanische Regierung die Handelsblockade nicht als gesetzlich anerkannt hat, und da nach amerikanischer Auffassung amerikanische Importeure berechtigt sind, Güter, die nicht unter dem Begriff der Kontorbande fallen, aus Deutschland nach Amerika zu verfrachten. Das „Journal of Commerce“ sagt weiter, daß verschiedene amerikanische Importeure der Ansicht sind, daß das Staatsdepartement eine energichere Haltung in dieser Frage einnehmen sollte, und auf Grund ihrer Vorstellungen habe das Staatsdepartement sich entschlossen, Herrn Wybell nach London zu schicken.

### Der Kaiserbesuch an der Westfront.

Ämtliche Meldung.

Großes Hauptquartier, den 16. Juli, abends.

Seine Majestät der Kaiser weilte heute wieder im Kampfgebiet an der Somme. Er nahm vom Oberbefehlshaber der Armée die Meldung über die stattgehabten Operationen entgegen und hatte unterwegs eine Besprechung mit dem Chef des Generalstabes des Feldheeres. Bei dem Besuch in Lazaretten zeichnete er Schwerverwundete mit dem Eisernen Kreuz aus. — Wie mehrfach anlässlich seiner Anwesenheit bei den Kämpfen an der Maas in letzter Zeit sprach er auch an der Somme den tapferen Truppen seine Anerkennung und seinen Dank aus.

### Der Wiener Generalstabsbericht.

Wien, 16. Juli.

Ämtlich wird verlautbart:

#### Russischer Kriegsschauplatz.

In der Bukowina griff der Feind gestern unsere Stellungen auf der Höhe Capul und beim Gefäß Luczina neuerdings an. Er wurde im Handgemenge geworfen.

Die Zahl der bei Zablonica eingebrachten Gefangenen hat sich auf 3 Offiziere, 316 Mann erhöht.

Im Raume von Nowo-Poczajew scheiterte ein nächtlicher Vorstoß der Russen gegen unsere Vorposten.

Südwestlich von Luck sind wieder stärkere Kämpfe im Gange.

Westlich von Terezhyn schlugen unsere Truppen einen nach heftiger Artillerievorbereitung geführten russischen Angriff zurück.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf unseren Stellungen im Raume des Borecola-Passes lag andauerndes schweres Artillerief Feuer. Feindliche Flieger belegten Vielgeräth erfolglos mit Bomben. Im Gebiete des Tosana I brachen wiederholte Angriffe der Italiener zusammen.

#### Südböhmischer Kriegsschauplatz.

An der unteren Bojsa Artilleriekämpfe und Geplänkel.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.  
v. Hoefler, Feldmarschalleutnant.

### 5000 Tonnen-U-Boote.

Drahtmeldung der „Bo en Zeitung“.

\* Amsterdam, 16. Juli.

Ein Exchange-Telegramm aus Baltimore berichtet: Die Lake-Torpedo-Gesellschaft und der New-Yorker Vertreter von Krupp haben beschlossen, in Amerika eine Gesellschaft mit hundert Millionen Dollar zum Bau von 5000-Tonnen-U-Booten zu gründen, wobei deutsche und amerikanische Patente benutzt werden sollen.

Eine Bestätigung dieser Meldung lies bisher nicht vor. (Siehe auch 2. Seite.)

### Die klugen Ungarn.

Von

Georg Bernhard.

In der Freude über das Gelingen der kühnen Fahrt unseres Handelsunterseebootes und inmitten des gespannten Interesses, das wir den Vorgängen an unseren Fronten gerade jetzt entgegenbringen, sind die Vorgänge in dem uns verbündeten ungarischen Reiche allzusehr in den Hintergrund getreten. Dort hat vor kurzem die Opposition einen wichtigen Pakt mit der Regierung geschlossen. Schon von Anbeginn des Krieges haben die hauptsächlichsten ungarischen Oppositionsparteien — bei aller Wahrung ihrer Prinzipien — in mustergültiger Weise den Burgfrieden gewahrt. Das war dort sicher besonders schwer, wo die Politik mit Leidenschaft betrieben und nicht gerade durch die persönlichen Gegensätze erleichtert wird, die zwischen den Führern und ihren Familien bestehen. Nunmehr aber haben sich die Oppositionsführer einen Einfluß auf die zukünftigen Beschlüsse der Regierung gesichert. Nicht, wie in anderen Ländern, durch die Bildung eines Koalitionsministeriums, das ihnen die Mitverantwortlichkeit für das, was in Zukunft geschehen wird, aufgebürdet hätte, sondern durch eine eigenartige Maßnahme: Die Verfassungspartei, die Unabhängigkeitspartei und die Katholische Volkspartei senden ihre Führer, die Grafen Julius Andrássy, Albert Apponyi und Adar Zichy, in einen Ausschuß, der das Recht hat, seine Meinung über die Dinge, die die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns betreffen, dem Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza vorzutragen. Diese drei Führer erlangten überdies das weitere Recht, Privataudienzen beim König von Ungarn nachzusuchen. Dieses Recht hat Graf Albert Apponyi in einer Sitzung der Unabhängigkeits- und Achtundvierzigerpartei dahin kommentiert, daß der Ausschuß der Opposition „für den Fall, daß seine Ratschläge nicht den Beifall der Regierungsorgane finden, jederzeit zum König gehen und dort seinen Rat zur Geltung bringen könne.“

Von der Verfassungspartei und der Katholischen Volkspartei sind diese Maßnahmen mit ungeteiltem Beifall begrüßt worden. Dagegen ist es in der Unabhängigkeitspartei darüber zu einer Spaltung gekommen. Fünfzehn Mitglieder haben ihren Austritt aus der Partei erklärt. An ihrer Spitze der bisherige Präsident Graf Michael Karolyi. Wer die verwickelte Geschichte dieser Partei und namentlich die Zustände in ihr während der letzten Jahre kennt, den wird das nicht wundernehmen. Denn die Vergangenheit dieser Parteigruppe, die die Grundsätze des Jahres 1848 gegenüber den 1867er Parteien vertrat, an deren Spitze Franz Kossuth gestanden hat, und aus deren Reihen sich Koloman Tisza, die Mitglieder der heute herrschenden und von seinem Sohne Stephan geführten liberalen Partei rekrutierten, ist gekennzeichnet durch fortwährende Abspaltungen, Trennungen und Wiedervereinigungen. Nach ihrer Umformung zur jetzigen Form schied sie sich von je in zwei Flügel, die sich um die Grafen Karolyi und Apponyi scharten. Karolyi und Julius v. Juszt unterschieden sich von Apponyi und seinen Freunden zunächst in der Frage der inneren Politik. Vor allem dadurch, daß sie das allgemeine gleiche Wahlrecht ohne Einschränkung forderten, während Graf Apponyi zu Konzessionen und zu erst allmählicher Ausweitung der Gleichheitsrechte aller Nationalitäten geneigt war. Aber vor allem waren beide Männer und ihr Freunde durch ihre Haltung in den Fragen der auswärtigen Politik und insbesondere durch ihre Stellung gegenüber Deutschland getrennt. Die Gesamtpartei strebt eine friedliche Stellung zu allen Nationen an und neigt pazifistischen Tendenzen zu. Sie hat auch — freilich zum größten Teil aus rein magyarschen Motiven — in Heeresfragen vor dem Kriege die stärkste Opposition gemacht. Die Persönlichkeit des Grafen Apponyi, der deutsch, italienisch, französisch, englisch und lateinisch wie seine Muttersprache spricht, bildete damals die ausgezeichnetste Personifikation dieses Internationalismus. Während aber Graf Karolyi das kulturelle Element des Internationalismus stark in den Vordergrund schob und früher auch aus seiner Neigung zu Frankreich kein Fehl

## Auswanderungsfragen.

Im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Kriegssteuer wurde die Möglichkeit erörtert, daß Leute von großem Besitz und Einkommen sich der ihnen auferlegten Steuerpflicht durch Auswanderung zu entziehen versuchen würden. Man nahm die Sache so ernst, daß dem Gesetz eine Bestimmung beigelegt wurde, wonach die Erteilung eines Auslandspasses von dem Nachweis der erfüllten Kriegssteuerpflicht abhängig gemacht werden sollte. Die Befürchtung der Reichsflucht scheint hinsichtlich der Besitzenden in gewissen Kreisen ziemlich stark zu sein. Auch der in Fragen sozialer Steuerpolitik hochverdiente Justizrat Bamberger in Mchersleben sieht eine Reichsflucht aus Steuerscheu voraus und hat deshalb ein Gesetz in Vorschlag gebracht, um der Auswanderung der Steuer-scheuen einen Riegel vorzuschieben. Er fordert eine Auswanderungssteuer von 10 v. H. des Vermögens, die von 100 000 M. an bis zu 50 v. H. steigt. Zugleich schlägt er die Einsetzung einer Kommission vor zur Prüfung der Frage, wie den Nachteilen einer zunehmenden Auswanderung zu begegnen sei.

Ob es dieser Kommission nicht ebenso gehen wird wie vielen andern, daß sie den Stein der Weisen nicht findet? Die Auswanderung ist ein kleines Teilproblem der Bevölkerungsfrage; bisher haben die Kommissionen zur Prüfung des Bevölkerungsproblems nichts, aber auch rein gar nichts zur Lösung ihrer Aufgabe beizubringen vermocht, es sei denn, man halte moralische Entrüstung schon für den Anfang eines Eindringens in die Sache. Auch mit dem Auswanderungsproblem liegt es nicht viel anders; man braucht nicht erst Kommissionen zusammen zu berufen, um sich darüber klar zu werden, daß die Reichsflucht aus Unlust, an den Lasten des Reiches mitzutragen, nachdem man unter dem Schutze des Reiches ein Vermögen gesammelt hat, moralisch verwerflich ist. Aber damit ist noch gar kein Mittel gegeben, wie man im besonderen Falle vorgehen soll, wenn jemand nur aus Steuerscheu sich ernstlich damit trägt, auszuwandern. Immobiles Vermögen kann man nicht außer Landes führen, das ist klar; aber man kann es vorsichtig zu mobilem Gelde machen und meist ohne Verlust, sofern man die Sache nicht überreißt. Hat man aber bares Geld, so gibt es kein Mittel, jemand zu verhindern, daß er es ins Ausland überführt. Alsdann kann er, mit guten Wechsellern versehen, seinem Gelde nachreisen.

Vorausgesetzt ist dabei freilich, daß wir unsern Welthandelsverkehr in ungefähre denselben Formen aufrechterhalten wollen, wie er vor dem Kriege bestand. Wollten wir auch nur den Zahlungsverkehr zwischen Deutschland und der übrigen Welt unter eine lückenlose Aufsicht stellen, so würde das für unsern gesamten Welthandel eine Umwälzung bedeuten, die wahrscheinlich vernichtend ist, zum mindesten aber in ihren Folgen gar nicht übersehen werden kann. Und das alles um der Möglichkeit willen, daß einige reiche, aber vor Geldgier blinde Leute lediglich aus Angst vor den Steuern das Reich mit ihrem Mammon verlassen wollen.

Es wäre aber an sich schon eine Neuheit, wenn sich nach dem Kriege eine nennenswert stärkere Auswanderung von Besitzenden entwickeln sollte als vorher bestand, wo freilich stets etliche reiche Leute auswanderten, um unter einem schöneren Himmel ihr Geld zu genießen. Aber erstens pflegten diese Leute nie alle Fäden zur Heimat abzuschneiden, und dann dürfte jetzt für sie als sehr erheblich ins Gewicht fallen, daß die Gegenden mit dem „schöneren Himmel“ nach den Erfahrungen dieses Krieges reichen Leuten keine starken Aussichten auf ein angenehmes Dasein bieten. Weder in Italien noch an der Riviera, weder in Paris noch im englischen Ausland dürfte der Deutsche für die nächsten Jahre angenehm gebettet sein, selbst wenn er Geld mitbringt. Es kommt hinzu, daß alle unsere Gegner gleichfalls sehr hohe Steuerlasten zu tragen haben werden. Und nicht anders wird es mit den neutralen Ländern werden. Man braucht nur daran zu denken, daß die Schweiz die ungeheuren Kosten für ihre Mobilhaltung decken muß. Gewiß ist es richtig, daß in manchen neutralen Ländern, besonders in Skandinavien, viele Leute viel Geld verdient haben, aber auch dort werden die Staatsfinanzen davon nicht in einem solchen Maße verührt, daß dort an niedrige Steuern zu denken wäre.

Eine ganz andere Frage aber ist die, ob nach dem Kriege nicht eine stärkere Auswanderung von Besitzlosen, gebildeten wie elementar geschulten, eintreten wird. Gemeinhin hat nach jedem Kriege die Auswanderung etwas zugenommen, selbst nach 1866 und 1870/71. Ein so langer und schwerer Krieg wie dieser mag vielleicht die Stimmungen verstärken, die zur Auswanderung verleiten. Auf der andern Seite aber darf man sich entgegenhalten, daß nach dem Kriege sich in Deutschland das Fehlen so vieler männlicher Kräfte sehr bemerkbar machen wird, und daß die Wiederherstellungsarbeiten voraussichtlich reiche Arbeitsgelegenheit und

19. VIII. 1916

Die Zukunft des Ungartums.

Von unserem Korrespondenten.

Budapest, 18. Juli.

Eines der stärksten Talente der jüngeren Generation Ungarns, Roland v. Hegedüs, hat über „die Zukunft des Ungartums nach dem Kriege“ eine schön geschriebene politische Studie herausgegeben, die mit ihrer reichen Fülle von Gedanken und Anregungen so starkes Interesse erregt hat, daß die erste Auflage binnen einer Woche vergriffen war. Hegedüs hat für seine schriftstellerische Laufbahn wertvolle Gaben mitgebracht. Seine anregende, geistreiche Darstellungs-kunst ist ein Erbeil aus der Familie Tokai, die Ungarn ihren glänzendsten Romanschriftsteller gegeben hat und der Roland v. Hegedüs — ein Neffe Maurus Tokais — mütterlicher Seite entstammt, während er als Sohn des um die Entwicklung des ungarischen Bankwesens und der ungarischen Industrie hochverdienten gewesenen Handelsministers Alexander v. Hegedüs von väterlicher Seite einen sehr realen, die Tatsachen erfassenden Geist und einen untrüglich scharfen Blick in wirtschaftlichen Fragen ererbt hat. Die überaus seltene Verschwiegenheit dieser beiden Gaben, von denen jede einzelne an sich nicht allzuhäufig ist, macht sein neuestes Buch nicht nur zu einer sehr anziehenden Lektüre — es liest sich wie ein Feuilleton — sondern mit den darin enthaltenen wertvollen Anregungen und Ideen auch zu einer Fundgrube praktischer Winke und Belehrungen.

Hegedüs teilt seinen Stoff in vier Teile. Der erste gilt der Stellung Ungarns zu den Fragen der auswärtigen Politik. Er findet darin warme Worte dafür, daß Ungarn aus dem engen Gesichtskreise, in dem sich seine Politik bisher vielfach bewegte, herausstreite und seine Interessen in höherer Perspektive ins Auge fasse. Zwei Lehren sind es, die er aus dem Kriege ableitet: die eine ist, daß Ungarn der imponierenden Einheit der Monarchie ebenso sehr bedürfe wie zur imponierenden Kraft der Monarchie der entwickelte Organismus des Ungartums unbedingt erforderlich sei; die andere, daß die ungarische Politik auch die internationalen Verhältnisse viel mehr beachten muß, als bisher, weil sie sonst weder ihre wirkliche Aufgabe zu erkennen noch ihren Organismus ergänzen, noch auch ihre Nationalitätenfragen zu lösen imstande sei. Ungarn hat sich, wie Hegedüs ausführt, in die seit 1867 bestehenden Zustände so rasch eingefügt, daß die tieferen Gründe, deren Folge der Ausgleich war, fast in Vergessenheit geraten sind. Dies kam darin zum Ausdruck, daß Ungarn sich in seine innere Politik eingesponnen, die andere, äußere Seite der Welt aber ganz außer acht gelassen hat. Der Weltkrieg habe erst gezeigt, daß es ein Irrtum war, anzunehmen, daß das Problem des Ungartums, dieses zwischen Nord- und Südslawentum eingeschlagenen Keiles, dieses Verbindungsgliedes zwischen germanischer und orientalischer Kultur, bereits als endgültig gelöst zu betrachten sei. Diese Aufgabe ist vielmehr stets von neuem zu lösen. Hegedüs schildert in Einzelzügen die Einseitigkeit des politischen Lebens Ungarns, das für die wichtigsten, grundlegenden Fragen des nationalen Bestandes keine Augen hatte, sich in kleinlichen inneren Kämpfen erschöpfte und vergaß, daß das ungarische Volk nicht allein in Europa lebt. Er glaubt, daß der Krieg hier Wandel geschaffen hat. Ungarn habe sich in die deutsche Kultur eingeschaltet, ohne seine staatliche Selbständigkeit aufzugeben, welche im Gegenteil während des Krieges zum mitteleuropäischen Interesse wurde. Damit aber sei das Kapitel der ungarischen Freiheitskriege Borschans, Bethlens, Rakoczys und Kossuths, welche dem Gefühl der Unruhe darüber entsprungen sind, daß Ungarn entweder seine Freiheit verlieren oder aber sich von der deutschen Kultur lossagen müsse, für immer abgeschlossen. Der Krieg hat das große ungarische Problem gelöst, und Ungarn kann seinen Beruf fortan nach beiden Seiten hin erfüllen.

Im zweiten Teil seiner Studie behandelt Hegedüs die wirtschaftliche Zukunft Ungarns. Er geht von der Diagnose

aus, daß das krankhafte Symptom der Auswanderung auf einen geschwächten wirtschaftlichen Organismus deutet. Er erhofft auch von der Beendigung des Krieges keine Verminderung der Zahl der Auswanderer, fürchtet eher eine Vermehrung, und bezeichnet es daher als die oberste Aufgabe der ungarischen Wirtschaftspolitik, alles aus dem Weg zu räumen, was den natürlichen Zuwachs des Ungartums zu verhindern vermag. Er geißelt scharf, daß Ungarn in den zollpolitischen Peripetien der letzten Jahrzehnte eigentlich nie vom eigenen Interesse ausgegangen ist, sondern immer fremde Mollen gespielt, ausländische zollpolitische Strömungen nachgeahmt habe. Ungarn — führt er weiter aus — muß sich in seiner gegebenen geographischen Lage mit einer bescheidenen Zollpolitik begnügen. Deshalb kann sich Hegedüs auch für die

Idee des selbständigen ungarischen Zollgebietes nicht begeistern. Er berechnet, daß bei der langen Grenzlinie zwischen Oesterreich und Ungarn die Selbstkosten der Zwischenzolllinie so hoch wären, daß Ungarn, wenn es auf das selbständige Zollgebiet nicht draufzahlen will, gleich mit sehr hohen Zöllen beginnen müßte. Im übrigen hält auch er die von Zeit zu Zeit erstarkende Bewegung für das selbständige Zollgebiet nur für einen unüberlegten Reflex zollpolitischer Strömungen, welche im Ausland geherricht haben. Wenn im Ausland die Schutzzollbewegung abblante, würde auch in Ungarn vom selbständigen Zollgebiet wenig gesprochen und umgekehrt, während doch tatsächlich Ungarn einer selbständigen Zollpolitik um so weniger fähig ist, je stärker sich das Ausland gegen ungarische Agrarprodukte absperrt. Nach dem Krieg werde überdies der Zwang, dem Staat neue Einkünfte zuzuführen, den Antriebe zu Kartellbildungen geben und die Forderung des selbständigen Zollgebietes noch mehr zurückdrängen. Im allgemeinen ist auch Hegedüs der Ansicht, daß die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zur Bildung größerer wirtschaftlicher Gemeinschaften führen wird, wenn er es auch für verfrüht hält, darüber schon jetzt zu sprechen. Die wahre Rolle Ungarns auf dem Gebiete des internationalen Wirtschaftsverkehrs erblickt er darin, daß Ungarn die landwirtschaftlichen Produkte des Orients verarbeite und dann in veredelter Form an den Westen weitergebe. In der Veredelbarkeit aber wurde in vollständiger Verkenennung unserer zollpolitischen Lage eine Politik befolgt, die gerade eine solche Entwicklung verhinderte.

Der sozialen und der Nationalitätenfrage widmet Hegedüs den dritten Abschnitt. Die Wurzel beider Fragen erblickt er in den volkswirtschaftlichen Verhältnissen Ungarns, ihre Lösung erwartet er daher nur von einer wirtschaftlichen Transformation des heutigen Ungarn. In geistvoller Weise vergleicht er den Wunsch, daß alle Menschen im Karpathenbecken dem Magyarentum angehören mögen, mit dem Bestreben, das vor drei Jahrhunderten allgemein darauf gerichtet war, daß das ganze Land den katholischen Glauben annehme. Die Bedürfnisse des Staates seien jedoch stärker gewesen als diese Wünsche der Menschen, und so haben die Glaubenskämpfe ein Ende erreicht. Auch der stillen nationalen Sehnsucht der heutigen Zeit werden die Bedürfnisse des ungarischen Staates ein Ende bereiten. Man wird schließlich zu der Erkenntnis kommen, daß auch hier mit den gegebenen realen Verhältnissen zu rechnen ist. Daß die in der nächsten Umgebung von Budapest gelegenen Dörfer auch heute deutsch sind, daß die Sprachgrenze der Slowaken heute dieselbe ist wie im ersten Jahrhundert, ist ein untrüglicher Beweis für die Kraft jener Vis inertiae, mit welcher bei dem Nationalitätenproblem gerechnet werden muß. Mit der Schule läßt sich dieses Problem nicht lösen; die Schule erreicht schon sehr viel, wenn sie das Ungartum gegen die abdrückende Kraft anderer Volkstämme verteidigen kann. Und wer bedenkt, daß es kein Land gibt, wo gleichzeitig und nebeneinander alle Kulturgrade vom zehnten bis zum zwanzigsten Jahrhundert so vertreten wären, wie in Ungarn, der kommt zu der Einsicht, daß die Schule hier noch ganz andere Aufgaben zu erfüllen habe, als die Nationalitätenfrage zu lösen. Nach der Ansicht Hegedüs' hängt auch die Lösung dieser Frage davon ab, wie das Aufsteigen der unteren Gesellschaftsschichten sich durch ständige Einrichtungen sichern läßt. Das dem Ungarn mangelnde soziale Gefühl und die Unvollkommenheit der demokratischen Institutionen haben leider nach dieser Richtung hin unzulängliche Ergebnisse gezeitigt und das muß sich in Zukunft ändern. Hier gibt Hegedüs einen ganze Reihe praktischer Ratschläge.

Dem wichtigsten seiner Vorschläge widmet Hegedüs den vierten Abschnitt seines Werkes, in welchem er die Frage der ungarischen Agrarreform behandelt. An einer Reihe geschichtlicher Beispiele, die auf Julius Cäsar zurückgehen, weist er nach, daß nach allen großen Kriegen das Agrarproblem stark in den Vordergrund gedrängt wird. In solchen Zeiten macht sich die Forderung einer demokratischen Agrarpolitik mit elementarer Gewalt geltend. Um so mehr muß das in Ungarn der Fall sein, wo die Grundbesitzverteilung vor dem Kriege eine ungesunde war. Die nationale Zukunft des Ungartums ist nur dann gesichert, wenn es gelingt, die ins Stocken geratene ungarische demokratische Bodenpolitik wieder in Schwung zu bringen und neuen Familien besonders dort Platz zu machen, wo das Ungartum den Nationalitäten gegenüber zurückbleibt. Mit Befremden stellt er fest, daß zu der Einkommensteuer, die während des Krieges eingehoben wurde, Industrie und Handel eine höhere Summe beigetragen haben als die Landwirtschaft, so daß man, wenn man bloß nach den Ergebnissen dieser Steuer urteilen wollte, annehmen müßte, daß Ungarn ein überwiegend industrieller Staat ist. Darauf baut nun Hegedüs seinen Vorschlag auf, der dahin geht, daß der Staat ermächtigt werde, jenen Grundbesitz, der einen unverhältnismäßig geringen Steuerertrag liefert, durch Ablösung an sich zu bringen und zu An siedlungs zwecken zu verwenden. Das gleiche Vorgehen soll bei den Fideikommissen befolgt werden.

Auch diese flüchtige Skizze des Inhaltes des gehaltvollen Buches Hegedüs' zeigt, daß es eine Frucht tiefer Studien und eingehender Ueberlegung ist. Er läuft freilich gegen viele eingewurzelte Vorurteile an und das erklärt auch, weshalb bereits ein so ungewöhnlich heißer Streit um das Buch entbrannt ist. Seinen Zweck, zu tieferem Nachdenken über die Grundlagen der ungarischen Politik anzuregen, hat Hegedüs damit jedenfalls schon erreicht.

20. VII. 1916

## Ungarns Politik und die Opposition.

In Budapest, 10. Juli.

Die Tatsache, daß die ungarische Regierung sich auf Ansuchen der Opposition dazu entschlossen hat, drei Vertrauensmännern der Opposition Einblick in die sich vollziehenden und vorbereitenden Kriegsereignisse zu gewähren, den Rat der Oppositionsführer anzuhören, ihnen die Möglichkeit zu bieten, auch vor dem König zu erscheinen und auch diesem ihre Ansicht zum Ausdruck zu bringen, wird vermutlich in der Presse der Entente dazu benutzt werden, um kundzutun, daß es in Ungarn drunter und drüber geht. Wurde doch erst vor einigen Tagen eine angeblich aus Budapest stammende Meldung in der „Times“ veröffentlicht, wonach zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland ein Geheimvertrag über die Vereinheitlichung in der Leitung der militärischen und auswärtigen Angelegenheiten abgeschlossen worden wäre. Fast gleichzeitig veröffentlichte ein Schweizer Blatt die aus französischer Quelle entnommene Nachricht, daß wegen der in Budapest zunehmenden Unruhen jede Versammlung und Ansammlung unter Androhung der schärfsten Strafen verboten sei. In allen diesen Meldungen ist kein wahres Wort. Mutig und aufrecht steht Ungarn seit Beginn des schrecklichen Völkerringens. Hier gibt es kein zaghaftes Zammern und keine Verschwörung von Unzufriedenen.

In den ersten Phasen des Weltkrieges wäre, wie man damals erzählte, Graf Tisza vielleicht nicht abgeneigt gewesen, den einen oder den anderen der Oppositionsführer in sein Kabinett aufzunehmen. Die Opposition soll dies abgelehnt haben. Ob dies unwahr ist oder nicht, die Tatsache, daß es dazu nicht kam, ist für Ungarn unbedingt erfreulich. In Frankreich, England und in Italien hat die Furcht der leitenden Männer vor der Verantwortung und der Nachhunger der Führer die Opposition dazu veranlaßt, den Kabinetten beizutreten. Damit sind diese Führer und die hinter ihnen stehenden oppositionellen Parteien Teilhaber an der Regierung geworden, haben die Verantwortung für die Entschliessungen der Regierungen übernommen, und in diesen Ländern gibt es seither, streng genommen, keine ministerielle Verantwortlichkeit mehr. Auf normalem Wege und mit normalen Mitteln kann in diesen Parlamenten keine Regierung, in deren Reihen alle Parteien vertreten sind, zur Verantwortung gezogen werden.

In Ungarn wäre wohl daselbe geschehen, wenn nicht Graf Tisza die moralische Kraft besessen hätte, die schwere Bürde der Verantwortung allein zu tragen und wenn die Opposition sich nicht dazu entschlossen hätte, ihre Aktionsfreiheit für die Zeit nach dem Kriege zu bewahren. Was jetzt in Ungarn geschehen ist, hat nichts mit einer Koalitionsregierung zu tun. Graf Julius Andrássy hat, als er im Namen der Opposition die von uns mitgeteilte Anfrage an die Regierung richtete, keinen Moment daran gedacht, die Opposition in irgend einer Weise an den Regierungsgeschäften teilnehmen zu lassen. Der Zweck seines Antrages war einzig und allein, der Opposition eine einwandfreie Orientierung über die Geschhnisse zu ermöglichen. Die Opposition will sich dadurch ihr Recht auf Kritik, das sie jetzt nicht ausüben kann, auch für die Zeit nach dem Kriege wahren. Es wird mit Zustimmung des Regierungschefs den Vertrauensmännern der Opposition ermöglicht werden, vor dem Monarchen zu erscheinen und eventuelle Bedenken oder Vorschläge zum Ausdruck zu bringen. Eine Verantwortung könne die Opposition nur in dem einzigen Falle treffen, wenn ein von ihr unterbreiteter Vorschlag angenommen und durchgeführt werden sollte. Nur durch diese Lösung des schweren politischen Problems bleibt die ministerielle Verantwortung leit nach wie vor und die Unabhängigkeit der Opposition bestehen, während die Regierung den unleugbaren Vorzug genießt, die Meinungen des ihr in normalen Zeiten jedenfalls gegnerischen Lagers kennen zu lernen.

Diese Art einer durch die Verhältnisse aufgezwungenen, von der Opposition gesuchten Verständigung — nicht Annäherung — zwischen Regierung und Opposition hat das Mißfallen einiger Unzufriedenen hervorgerufen. An ihrer Spitze steht Graf Michael Károlyi, der von der bisherigen Außenpolitik der Monarchie nichts wissen will. Seiner Erziehung entsprechend, war der reiche Majoratsherr von Konservativen und agrarischen Ideen erfüllt. Ein innerer Drang zog ihn zur Politik. Aus dem Saulus wurde bald ein Paulus und er schloß sich der radikalen Unabhängigkeitspartei an, die den jungen, für Parteizwecke reichlich opfernden Magnaten alsbald zu ihrem Präsidenten erkor. Der Rahmen der ungarischen Parteipolitik wurde dem Grafen jedoch zu enge. Er begann in auswärtiger Politik zu arbeiten und wurde zum fanatischen Gegner des Dreihun-

21. VII. 1916

### Vom Burgfrieden und Kriegszielen.

Daß im Kriege mehr gelogen wird als in Friedenszeiten, ist eine alte Behauptung. Daß das Walten der Zensur weder die Klarheit, noch die Wahrhaftigkeit, noch die Einheitlichkeit der öffentlichen Meinung fördert, ist auch keine neue Erfahrung, sondern hat sich wiederholt, so oft eine Zensur verhängt oder notwendig geworden war. Daß aber nach der herrlichen Auguststimmung vor zwei Jahren die öffentliche Aussprache in dem Halbdunkel zwischen angewandter und nichtangewandter, gemildeter und verschärfter Zensur, in dem Augenblicke, da draußen im Westen und Osten um die Entscheidung gelämpft wird, in den Niederungen des inneren Streites wie Anno 1913 herumplätschert, als hätten wir nicht die Erfahrungen des furchtbarsten Weltkrieges durch 24 Monate durchlebt, muß nachdenklich und bedrückend stimmen. Es müßte auch den unbedingten Verfechtern der strengsten Gebundenheit der öffentlichen Meinung die Frage nahelegen, was denn mit dieser Fesselung eigentlich erreicht worden ist. Ist das Vertrauen zur Regierung, das im August 1914 selbstverständlich erschien, erhalten und gefestigt worden? Sind sich die Parteien näher gekommen? Hat das Ausland unser Schweigen über Kriegsziele als eine Bereitschaft zu einem vernünftigen, ehrenvollen Frieden aufgefaßt oder nicht vielmehr entweder als die Verheimlichung ungeheuerlicher Eroberungspläne oder als das Bewußtsein, daß wir besiegt sind oder unser Besiegtwerden erwarten? Eine selbst in bescheidenen Grenzen gehaltene Aussprache sollte eine Verlängerung des Krieges und Wackhaltung der Kampflust der Feinde zur Folge haben; die freie Aussprache ist unterblieben und der Krieg dauert zwei Jahre und läßt noch kein Ende ersehen. Unsere Feinde aber haben weder ihren Haß noch ihre Vernichtungsbegier gedämpft, und wenn sie über die Möglichkeit uns niederzurücken, heute etwas kühler denken, so verdanken wir das den unsterblichen Taten unserer Armee und dem zähen Willen des Volkes durchzuhalten, nicht aber der Schweigepolitik. Die Engländer mit ihrer ziemlich freien und unbelümmerten Aussprache haben durch sie keine Nachteile gehabt und wie es scheint, auch Rußland nicht, das seiner Presse eine Kritik der Regierung erlaubt, die bei uns unerhört wäre. Bei uns aber ist viel Vertrauen und werktätige Gesinnung gemeuchelt oder beirrt worden — unnützlich. Wenn die Regierung heute die Zensur abbaut, so kann man das begrüßen, aber der Regierung nicht unrecht geben, wenn sie es mit Vorsicht tut; denn die Lage ist eine andere geworden, nicht zuletzt durch die Schuld der früher getroffenen Maßnahmen, die fortzeugend Böses mußten gebären und die Möglichkeit einer ziemlich einheitlichen Kriegszielstimmung, die vorhanden war, erschwert haben.

Eine der schlimmsten Folgen des bisherigen Systems ist eine weitgehende Unklarheit über wichtige Lebensfragen im Volke und die Unmöglichkeit, den durch Andeutungen und Anschuldigungen entstandenen Irrtümern entgegenzutreten. Wenn z. B. von der liberalen Presse, die sich immer noch nicht auf den Weltkrieg, den Kampf um alles, eingestellt hat, sondern über ihn hinaus immer nur an die erwartete liberal-sozialistische Neuorientierung denkt, die konservative Partei der Fronde gegen den Kanzler aus reaktionärer Verstocktheit beschuldigt wird, so ist das eine handgreifliche Unwahrheit; aber sie wird jeden Tag wiederholt und in den beeinflussten Kreisen geglaubt, wenn auch die Vorgänge im Reichstage und eine Uebersicht der Presse schlechtweg das Gegenteil beweisen. Die Meinung der Konservativen über das Kriegsziel wird von dem weitaus größten Teile der Nationalliberalen und von einem sehr gewichtigen Teile des Zentrums geteilt, wie noch dieser Tage eine große Versammlung in München, über die auch ein Teil der Berliner Presse berichten durfte, klärlieh bewies. Die Zentrumsredner des Abends, Dr. Schlittenbauer und Dr. Heim, haben ausdrücklich als ihr Ziel „Starken Frieden nach Ost und West“ aufgestellt und gegenüber England die Forderung erhoben: Wir müssen endlich aufhören, den Willen, die Kraft und die Absichten unserer Gegner zu unterschätzen. Der Unabhängige Ausschuss für einen starken Frieden,

# Zeitung

1704

## und gelehrten Sachen

Im monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung.  
50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. —  
Die Zeile, Stellengesuche 50 Pf., Stellenangebote auch gegen Jahres-  
e: Volkhaus, Breite Straße 8/9, Ullsteinhaus, Kochstraße 22/23,  
hialen. Fernsprech-Zentrale Ullstein & Co, Amt Moritzplatz  
3 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 289. Amt Zentrum 8689 und 8690.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelssteils)  
J. B.: Carl Rundel in Berlin.

## Neuorientierung.

Daß bei dem Für und Wider um den Reichslanzler die innerpolitische „Neuorientierung“ eine bedeutsame Rolle spielt, merkt auch der Harmloseste. Denn die Bestimmungen mancher ultrakonservativer Kreise werden mit üblicher Offenheit durch deren Organe bekannt gegeben. Bethmann „steuert innerpolitisch zu weit links“. „Schon vor dem Kriege hat er den vom Reich ausgehenden Demokratisierungstendenzen nicht den nötigen Widerstand entgegen gesetzt.“ Insbesondere wird ihm die Anerkennung der Sozialdemokratie als nationale Partei und das harmlose Stück Reparaturarbeit an dem Vereinsgesetz als ein Verstoß gegen die konservativen Grundsätze in Rechnung gestellt. — Auf liberaler Seite dürfte man weniger ausschweifend im Urteil sein; man kennt Herrn v. Bethmann als einen konservativen Mann, der nicht leicht aus seiner Haut herauslann, und man kennt außerdem die Widerstände, die er überwinden müßte, wenn er seiner „Neuorientierung“ einen halbwegs befriedigenden Inhalt geben wollte. Für die stark links gerichteten Gruppen und die äußerste Linke ist es obenein klar, daß das, was Herr v. Bethmann besten Falles bieten wird, in gar keinem annehmbaren Verhältnis zu dem stehen kann, was man wünscht. Man hält sich lediglich deshalb an Herrn v. Bethmann, weil er es ist, der den Wechsel auf liberale Reformen unterschrieben hat, ist aber durchaus nicht der Meinung, daß die Erfüllungspflicht nicht an die Person des Akzeptanten gebunden ist. Haftbar für das Versprechen, dem Volke nach dem Kriege reformatorische Zugeständnisse zu machen, ist der Staat in allen seinen Organen und Abteilungen, vom Kaiser und den Bundesfürsten an bis zu den Volksvertretern der kleinsten Gruppen im kleinsten bundesstaatlichen Parlament. Das Versprechen ist in feierlichster Form vor dem ganzen Volke gegeben und muß erfüllt werden, gleichviel ob der dazu berufene Mann Bethmann oder nicht Bethmann heißt.

Aber zu einer politischen Neuorientierung gehören zwei: die Regierung und das Volk. Bisher waltet die naive-mechanistische Auffassung vor, daß eines Tages nach dem Kriege Herr v. Bethmann oder ein anderer kommen müsse mit einem Blatt Papier, auf dem geschrieben stehe: „Reform“, sei es nun Aufhebung der Klassenwahlen oder der geheimen Wahlen in Preußen, sei es gar Einsetzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Dann soll alles gut sein. Aber selbst in diesem alleräußersten Falle würde Preußen doch nur ein neues papierenes Recht haben und ein Parlament, das alles in allem nicht einflußreicher wäre als der Reichstag im Deutschen Reich, und das wäre wenig genug. Jede Reform zugunsten des Volkes muß bewirken, daß das Volk einen größeren Einfluß auf die Leitung der Staatsgeschäfte gewinnt, wofür ein Blatt Papier nicht ausreicht, wie denn überhaupt alle geschriebenen Verfassungen keine Gewähr bilden für die Durchsetzung des Geistes, aus dem sie entstanden sind. Die einzige Gewähr bietet die politische Durchbildung der Bürger, ihre praktische Weisheit, ihr zäher Kampf um die einzelnen Stappen der Macht und ihre Entschlossenheit zum Durchhalten, da ja niemals „der volle Sieg, der ganze Sieg“ einem Volke auf dem Präsentierteller dargeboten wird. Eine wirkliche Mitbestimmung des Volkes ist allemal das Produkt einer langen Entwicklung, wenn sie gesund und von Dauer sein soll.

Es ist daher nicht die einzige und nicht einmal die wichtigste Frage, in welcher Form irgendein Staatsmann der Zukunft die Neuorientierung bringen werde, sondern vor allem hat das Bürgertum sich selbst zu prüfen, ob es innerlich auf die kommenden Entwicklungen vorbereitet ist, um sie kräftig zu beeinflussen. An einigen guten Anzeichen dafür fehlt es nicht. Die Einheitsstimmung, die in den Augusttagen 1914 aus der allgemeinen Not emporstieg, wird nicht ganz verslogen sein. Es steht zu hoffen, daß der Kastengeist, der mehr als alle Parteikämpfe unser Volk zersplitterte, eine starke Minderung erfahren hat.

Auch der Byzantinismus und der Personenkultus muß nach dem Kriege dauernd abgetan sein. Auch dem Liberalismus, der sich oft in diesem Punkte ohne Fehl dünkt, wird es ziemen, das Register seiner vergangenen Sünden und noch vielleicht obwaltenden Schwächen genau durchzusehen. Das kritiklose Durch-die-und-dann-Gehen, sobald nun einmal ein staatlich Mächtiger einige liberalisierende Anwandlungen zeigt, ist Personenkultus. Ebenso gibt es einen Byzantinismus vor den Gesalbten der Demokratie.

Einen kräftigen Stoß hat durch das in diesen Jahren Erlebte die „Autorität“ erlitten. Das ist vielleicht das Beste an innerlichem Wachstum, was uns der Krieg gebracht hat. Die Kritik erhebt sich jetzt von allen Seiten, und man trägt sich schon mit praktischen Plänen zur Teilnahme des Volkes an der Kontrolle der Staatsgeschäfte. Für einzelne Gebiete hat die Regierungsgewalt

1916.

43

# zung

erreich.

nachmittags.

**Abonnementbedingungen:**  
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:  
 Wöchentlich 60 h.  
 monatlich K 2.60, vierteljährlich K 7.80  
 Nur Abholen in den Filialen, in allen  
 Tabak-Praktiken und Verkaufsstellen:  
 Monatlich K 2.60.  
 Provinz und Ungarn:  
 Monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—  
 bei freier Zustellung durch die Post.  
 Deutschland: Vierteljährlich K 12.—,  
 für alle anderen dem Selbsthilfeverein  
 angehörl. Länder: Vierteljährlich K 15.—.  
 Abonnements werden angenommen  
 in der Administration, V. Rechte  
 Wienzeile 97, und in den Filialen:  
 I. Schulerstraße 18, Telefon 9191  
 II. Wagramergasse 30, Tel. 40229  
 X. Biedersteig 8, Telefon 55234  
 XIV. Rindlergasse 6, Tel. 35190  
 XVI. Klausgasse 84, Telefon 34140  
 XVII. Rastnergasse 22, Telefon 17175  
 Für die an fremde Kostträger oder  
 Verschleiher bezahlten Beiträge leisten  
 wir keine Garantie.  
 Offene Reklamationen sind portofrei.

XXVIII. Jahrgang.

## Arbeiterzeitung

fernhalten und die Märkte zu beherrschen beginnen. Der Arbeiter stieß bei den ersten Versuchen, seine hilflose Stellung auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und aus der „Ware Arbeitskraft“ den selbstbewußten Menschen mit dem Anrecht auf menschenwürdige Behandlung und Entlohnung zu machen, allüberall auf den feindlichen Widerstand der Staatsgewalt, in dem England von 1800 nicht minder als in dem Deutschland von 1860 und nachher. Und noch heute gilt vielen als unstritten, ob die staatliche Anerkennung der Selbsthilfeorganisation des Proletariats, die im Kriege sich durchgesetzt hat, auch von Dauer sein werde! In einer Zeit, deren Schlagwort die Organisation ist, wo alles und jedes sich organisiert und die Freiheit der Organisation so selbstverständlich braucht wie die Luft zum Atmen, wird noch immer in einem rückständigen Teile der bürgerlichen Gesellschaft die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse diskutiert. Daß dies heute nur noch ein Bruchteil der bürgerlichen Welt ist, das danken wir den Männern von 1891 und ihren älteren Vorläufern. Sie haben die feste Zuversicht, die heilige Ueberzeugung, den schrankenlosen Opfermut nie verloren und den Organisationsgedanken in der eigenen Klasse wie in der gesamten feindlichen Welt zum siegreichen Durchbruch geführt.

Bald nach 1848 entstanden die ersten modernen Gewerksvereine, noch teilweise geistig im Banne des alten Gesellensozialismus und in den Formen der Gesellenbewegung. Die Lassallesche Agitation, die die Arbeiter zunächst politisch aufrüttelte, gab mittelbar den Anstoß zu den ersten Fachvereinen heutigen Stils, die 1868 gegründet wurden und die sich zum Teil bis heute erhalten haben. Im Jahre 1918 wird Deutschland eine Reihe von Halbhundertjahrsfeiern begehen. Die meisten dieser frühen Gründungen erlagen jedoch dem Sozialistengesetz. Als dieses endlich im Oktober 1890 gefallen war, bemühten sich fast alle gewerkschaftlich wirkenden Parteigenossen, zentrale Organisationen zu schaffen. Hier liegt der Grund, daß im Jahre 1891 zahlreiche Berufsgruppen von Arbeitern Deutschlands — wie Oesterreichs! — die Grundlage für die Organisation gelegt haben, die in ihren Grundzügen, wenn auch mannigfach ausgebaut, verbessert, bis zum heutigen Tage erhalten wurde. So hätten wir nun allen Anlaß, frohe Feste zu feiern und den kräftigen, fünfundschwanzig Jahre alt gewordenen Organisationen unsere Glückwünsche darzubringen. Die fast ununterbrochene Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaften hat freilich wie alles Kulturwerk durch diesen Krieg schwere Unterbrechungen erfahren.

Die Metallarbeiter Deutschlands waren unter den ersten, die die bisherige lose Verknüpfung von Orts- und Berufsvereinen vermittelt Vertrauensmänner durch eine einheitliche Reichs- und Branchenorganisation ersetzten. Am Tage der Verbandsgründung zählten sie etwa 23.000 Organisierte und nur langsam ging es aufwärts. Der Verband stieg in den ersten fünf Jahren bloß von rund 23.000 auf rund 33.000 Mitglieder. Die ersten fünf Jahre nach Ablauf des Sozialistengesetzes waren gekennzeichnet durch eine schwere wirtschaftliche Krise, der eine sehr langsame Entwicklung der Gewerkschaften, ja mancher Rückgang der Mitgliederzahl parallel ging. Von 1895 beginnt erst der Aufstieg, aber auch 1896 hatte der Deutsche Metallarbeiterverband noch nicht 50.000 Mitglieder, im Jahre 1900 jedoch mehr als 100.000; nun ging es rasch vorwärts. Im Jahre 1905 konnte man 200.000 Mitglieder mustern, 1906 schon 300.000, 1910 400.000, im Jahre 1911 war die erste halbe Million überschritten, der Höhepunkt war im Jahre 1912 mit 561.547 Mitgliedern erreicht, keine Gewerkschaft der Welt hatte annähernd so viele Mitglieder. Dann kamen Jahre der Krise, die keinen Fortschritt der Mitgliederzahl, sondern einen leichten Rückgang zeitigten. Als der Krieg ausbrach, hatte der Verband rund 532.000 Mitglieder.

Nun begann eine schwere Zeit für alle Gewerkschaften, zuerst auch für den Metallarbeiterverband. Eine ungeheure Arbeitslosigkeit setzte ein. Es schien die Gefahr vorzuliegen, daß die Reserven des Verbandes verbraucht werden würden. Aber die Befürchtung erwies sich als falsch. Der ungeheure Bedarf an Kriegswerkzeug und Kriegsmitteln drückte die Arbeitslosigkeit

## Ein Vierteljahrhundert aufbauender Arbeit.

Fünfundzwanzig Jahre sind es heute, daß der Deutsche Metallarbeiterverband zu Stuttgart seine Tätigkeit aufnahm, und festlich begehen die Metallarbeiter Deutschlands den Gründungstag, festlich und doch mit Sorge und Trauer um die langjährigen Mitarbeiter, die heute dem ungewohnten Kriegshandwerk obliegen, tief ernst und doch von ihrem großen Werke innerlich befreit. Die Vereinigung, die auf dem Metallarbeiterkongreß zu Frankfurt am Main Anfang Juni 1891 beschlossen wurde und am 1. August desselben Jahres ins Leben trat, ist von bescheidenen Anfängen zur stärksten Gewerkschaftsorganisation der Welt, zum Stolz der deutschen und zum Vorbild aller anderen Arbeiterverbände emporgewachsen.

Der bürgerlichen Welt wie der heranwachsenden Arbeitergeneration sind heute die ungeheure Arbeit und die unschätzbare Opferbereitschaft, die zur Aufrichtung eines solchen sozialen Bauwerkes gefordert worden sind, schwer anschaulich zu machen. Seit den Anfängen unserer Gewerkschaftsorganisationen ist ein Menschenalter und mehr verflossen und der Nachwuchs tritt in ein fertiges Bauwerk, ohne zu ahnen, daß jeder seiner Steine in Sorgen und Entbehrungen, unter Bedrängnissen und Verfolgungen aller Art ins Ganze gefügt worden ist. Was die Alten in begeistertem Opfermut geschaffen haben, wird den Jungen leicht zum bequemem Erbe. Freilich, die Organisationen, die nunmehr ein Menschenalter stehen, Tausenden, ja Hunderttausenden ein fester Schutz und Schirm in allem Ungemach, das Arbeitern zustoßen kann, haben heute den Vorteil der Selbstverständlichkeit bei Freund und Feind errungen, sie sind als Notwendigkeit des Volkslebens in das Volksdenken eingeleibt und keine Verfolgung wird sie mehr entwurzeln.

Nicht so leicht wie anderen Klassen der Gesellschaft ist es der Arbeiterschaft gemacht worden, durch den solidarischen Zusammenschluß der Klassengenossen, durch organisierte Selbsthilfe der Klasse eine starke Schutz- und Kampforganisation aufzubauen, die jeden einzelnen unter ihre feste Hut nimmt. Mannigfache staatliche Förderung und Anleitung verhalf den Landwirten zu ihrem dichten Netz von Raiffeisenklassen und Genossenschaften, womit sie sich heute das Reihkapital

# Des Kaisers Dank an die ausharrende Bevölkerung.

Die morgige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht folgendes Ah. Handschreiben:

Lieber Graf Stürgkh!

Zum zweiten Male jähren sich die Tage, in denen die unversöhnlichen Gesinnungen der Feinde uns zum Kriege zwangen.

So schmerzlich Ich die lange Dauer dieser der Menschheit auferlegten harten Prüfung beklage, erfüllt Mich doch der Rückblick auf das schwere Ringen, das Mein Vertrauen in die unbezwingliche Kraft der Monarchie stets aufs neue rechtfertigt, mit hoher Genugtuung.

Würdig Ihrer tapferen Söhne, die in innigem Vereine mit den Heeren unserer glorreichen Verbündeten dem stets erneuten Anprall der Uebermacht heldenhaft die Stirn bieten, leisten Meine geliebten Völker auch daheim jenes hohe Maß begeisteter Pflichterfüllung, wie es der großen ersten Zeit entspricht. In einen machtvollen Siegeswillen geeint, bringen Sie mit männlicher Entschlossenheit jedes Opfer, das die Sicherung eines künftigen ehrenvollen und dauernden Friedens erheischt. Mit richtigem Verständnisse der zum Wohle des Vaterlandes erforderlichen Maßnahmen ertragen Sie die infolge des Krieges notwendig gewordenen Einschränkungen des wirtschaftlichen Lebens und vereiteln die auf planmäßige Gefährdung der Existenz der friedlichen Bevölkerung abzielenden tückischen Absichten unserer Feinde.

Mein Herz teilt in väterlicher Bekümmernis mit jedem Einzelnen Meiner Getreuen die Sorge, die auf ihnen lastet und die Sie so standhaft ertragen, den Schmerz um die Gefallenen, die Angst um die Lieben im Felde, die Störung der segensreichen friedlichen Arbeit, die empfindliche Erschwernis aller Lebensbedingungen. Aber Ich blicke, gestützt auf die erhebenden Erfahrungen zweier Kriegsjahre, mit vollem Vertrauen in eine nun allmählich heranreifende Zukunft, in dem beglückenden Bewußtsein, daß Meine braven Völker den Sieg wahrhaft verdienen, und in der gläubigen Zuversicht, daß ihn die Gnade und Gerechtigkeit der Vorsehung ihnen nicht vorenthalten wird.

In diesen ersten, aber hoffnungsreichen Gedenktagen drängt es Mich, die Bevölkerung neuerlich wissen zu lassen, daß Mich die nie erlahmende Betätigung ihres patriotischen Opfermutes mit stolzer Freude erfüllt und daß Ich ihre wackere, endgültigen Erfolg verbürgende Haltung dankbaren Herzens anerkenne.

Ich beauftrage Sie, dies in Meinem Namen der Bevölkerung kundzutun.

Wien, am 31. Juli 1916.

Franz Joseph m. p.

Stürgkh m. p.

# Die Kundgebung des National-Ausschusses.

Western haben in einer großen Zahl von Städten Redner des Deutschen Nationalausschusses über das Thema: An der Schwelle des dritten Kriegsjahres gesprochen. An mehreren Orten — in Stettin, Kiel, Königsberg, Wiesbaden — haben die vorbereiteten Versammlungen nicht stattfinden können.

Ueber die Versammlungen in Berlin und im Reich gehen uns folgende Sonderberichte zu:

## Harnack in Berlin.

In Berlin sprach Adolf Harnack in der Philharmonie, deren Riesenraum bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Die Eröffnungsansprache hielt der Vizepräsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Krause.

Harnack setzte an die Spitze seiner Rede die Erinnerung an das Kaiserwort „Ich kenne keine Parteien mehr“ und an die heiligsten Plammen der Begeisterung in den ersten Zeiten des uns auferlegten Krieges. Er schilderte dann den nie erhörten Feldzug der Lüge, der in diesem Kriege von unseren Feinden gegen alles Deutsche eröffnet worden sei. „Daran eine fruchtlose Kritik zu üben aber sind wir nicht hierhergekommen. Wir sind gekommen, den Geist des Augustmonats 1914 in Ewigkeit zu erneuern. In dieser Absicht fragen wir: Worauf beruht unser Vertrauen? Welche Ziele stecken wir uns? Was verlangt von uns die Gegenwart?“

Voran stehe das Vertrauen auf Gott, gehärtet in der Stille gemeinsamer Leiden und gemeinsamer Kraft. Nicht auf die Ufer und die vorübergehenden Ufer dürfen wir schauen, sondern auf das Ziel in Zeit und Ewigkeit. Wir vertrauen auf unser Heer und auf den Kaiser. Blicken wir zurück auf das Ertrungene in Polen, auf Gallipoli, auf Stagerat, Verdun und die Somme, da die eiserne Mauer unserer Feldgraben den Rhein und die Weichsel schützte. Wir vertrauen aber auch auf unsere Regierung. Vielleicht dürfen wir das nicht im Namen des ganzen deutschen Volkes sagen. (Beizehnmal Beifall.) Aber diese Einschränkungen gehen doch nur auf Dinge zweiter Ordnung. Die Regierung Bethmann-Hollwegs und seines Staatssekretärs Delbrück hat es verstanden, die Klüfte zwischen Bürgerlichen und Sozialisten zu überbrücken. In der auswärtigen Politik gelang es, Bulgarien und die Türkei für uns zu gewinnen und die Neutralen neutral zu erhalten. Manche haben gemeint, Unfreundlichkeiten dieses oder jenes Neutralen hätten ebenso unfreundlich beantwortet werden müssen. (Einzeln stimmende Zwischenrufe und Widerspruch.) Ich meinerseits zweifle nicht, daß die Geschichte dereinst der Regierung Recht geben wird, wenn die Geheimnisse dieses Krieges einmal zutage kommen.

Uebergehend zu den „Zielen“, umschrieb Harnack zunächst seine Ziele und Wünsche zur „Neuorientierung“. Erhaltung und Steigerung der Volkskraft in allen Teilen, Säuglingspflege, Reichskindespflege, körperliche Erleichterung und sachliche Vorbereitung in der Fortbildungsschule zur Qualitätsarbeit. Sorge für das Wohnumwesen. Im Bildungswesen muß dem neuen politischen und geographischen Horizont des Volkes Rechnung getragen werden. Der Zugang zur Pflege der reinen und auch der angewandten Wissenschaft darf allerdings nicht erweitert werden, sonst kommen wir zurück. Im allgemeinen: nicht nach der Religion soll gestraft werden, sondern nach Fähigkeit und Pflichttreue. Mögen sich auch die Wahlrechtsmünsche weiter Volkstreife so weit wie nur irgend möglich erfüllen. Wichtiger aber dünkt mir, daß unser Wirtschaftslieben von Grund auf geändert werde. Die internationale Privatwirtschaft brach durch den Krieg zusammen. An ihre Stelle trat eine lediglich vom Profit regierte heimische Privatwirtschaft. Ich frage dieses System an, das Verdienen ohne jede Rücksicht überhaupt möglich macht. Eine Aenderung kann nur durch Beteiligung des Staates und der Kommunen an den großen, für das Volkswesen notwendigen Betrieben erreicht werden.

Welche Ziele aber stecken wir uns nach außen? Bestimmte Ziele dürfen wir jetzt noch nicht, können wir noch nicht umschreiben. Trotzdem sehe ich etwas Einheitliches unter den Besten der Nation werden.

Zwei Parteien sind da: die einen wollen nur den früheren Zustand vor dem Kriege herstellen, die andern aber sagen: die Opfer dürfen nicht umsonst gewesen sein. Deshalb müssen wir alles festhalten, was wir erobert haben, damit ein deutscher Frieden werde, der von niemandem mehr angetastet werden kann. Die Geschichte wird aus beiden Ueberzeugungen Richtiges herausheben. Wir hätten gewiß schon genug geleistet, wenn wir die Unmasse unserer Feinde siegreich abwehren. Aber es ist auch undenkbar, daß eine solche Leistung mit dem status quo ante endet. Andererseits: Wir kämpfen zusammen mit anderen Nationen, das allein setzt schon bestimmte Begrenzungen. Nach einem ungewöhnlichen Krieg kann nur ein ungewöhnlicher Friede kommen. Der Friede soll den Feind im Osten endgültig auf seine natürlichen Grenzen zurückdrängen. Mit fester Hand müssen wir, zum Nutzen der ganzen abendländischen Kultur, Rußland auf seine asiatischen Entwicklungsmöglichkeiten verweisen. Im Westen darf Belgien nicht eine Satrapie Englands bleiben. Ungewöhnlich aber wäre nun auch noch nicht der Friede, der die unnatürliche Koalition unserer Feinde gegen uns sprengte. Ungewöhnlich wäre er erst, wenn er das brächte, was er bringen muß, soll anders er dauernd sein: ein auf ganz andere Ziele gerichtetes Völkerrecht. Hieran schloß Harnack ein Bekenntnis zum deutschen Idealismus und — in weitester Ferne — zum Weltfrieden. Die Gegenwart verlangt Stärke und Einheit. „Seid eingedenk, daß unser bestes Friedensinstrument vorläufig noch immer das Heer ist, aber singt auch nicht Hahngesänge hinter der Front. Lähmt nicht das Heer, aber heßt auch nicht zu endlosem Blutvergießen. Entschlossen — geschlossen setze das deutsche Volk seinen Siegeswillen durch.“

Unter Zustimmung der Versammelten wurde ein Telegramm an den Kaiser verlesen, in dem „an der Schwelle des dritten Kriegsjahres“ Durchhalten bis zu einem „gesicherten Frieden“ gelobt wird. K. E. K.

## Friedrich Naumann in Leipzig.

Friedrich Naumann sprach in der vollbesetzten Albertshalle des Kristallpalastes vor mehr als 3000 Personen. Naumann erinnerte an die Einweihung des Völkerschlachdenkmals in Leipzig, als noch die Russen in Deutschland Ehrengäste waren, und zog einen Vergleich zwischen der Schlacht bei Leipzig, der damals größten Schlacht der Weltgeschichte, und den heutigen wochenlangen und monatelangen Riesen Schlachten. In glänzender Darstellung schilderte er den bis-

herigen Verlauf des Krieges. Die Frage sei nicht zu umgehen, ob wir nicht durch einen baldigen Frieden aus diesem Kriege herauskommen können. Wenn man die Geschichte der bisherigen Friedensschlüsse ansehe, so sei der Friede desto leichter zu erreichen, je abso-luter eine Seite gesiegt hätte, und desto schwieriger, je weniger klar diese Tatsache sei. Heute müsse festgestellt werden, daß der Umfang unserer Leistungen noch nicht ausreicht, um die Gegner zu überzeugen, daß die geschichtliche Entscheidung sich zu unseren Gunsten gewendet hat. Wir im deutschen Vaterlande glaubten, daß durch einen besonderen Schlag die letzte Entscheidung herbeizuholen sei. Das sei aber nicht Sache des Volkes, auch nicht der Volksvertretung, sondern allein der Heeresleitung. Wir haben aus einer Frage, die eine militärisch-technische ist, fast eine moralische machen wollen. Wir müssen am Anfangstage des dritten Kriegsjahres darauf gefaßt sein, daß noch weitere geschichtliche Umwege, Kämpfe und Schlachten kommen werden. Wir müssen unserem Schicksal folgen, damit wir nicht aus Mattigkeit fahren lassen, was wir in zwei Jahren durch den Heldentod so vieler unserer Söhne errungen haben. Die Neuorientierung der inneren Politik werde dem Versprechen des Reichskanzlers gemäß nach dem Kriege kommen. Langanhaltender Beifall folgte der begeisterten Rede. Hierauf brachte Rechtsanwält Martin ein dreifaches Hoch auf den Kaiser und das deutsche Volk aus, worauf die Versammlung stehend das „Deutschland, Deutschland über alles“ sang.

## Georg Bernhard in Bochum.

Auf Einladung des Nationalausschusses hielt heute im großen Saale des evangelischen Vereinshauses der Schriftsteller Georg Bernhard in Bochum, vor einem aus den verschiedensten Gesellschaftsklassen zusammengesetzten Hörerkreis einen Vortrag über das Thema „An der Schwelle des dritten Kriegsjahres“. In nahezu zweistündiger glänzender Rede entwickelte der Vortragende Gedanken und Probleme, die mit der wirtschaftlichen und politischen Weltstellung Deutschlands nach dem Kriege im engen Zusammenhang stehen. Bernhard führte etwa folgendes aus: Es ist begreiflich, wenn am Schlusse des zweiten Kriegsjahres sich mehr als je zuvor der Wunsch nach Frieden regt, in allen Ländern gleichzeitig, aber in Deutschland vielleicht trotz der großen Erfolge in Ost und West heißer als in andern Ländern, obwohl wir im eigenen Lande die Schrecken des Krieges nicht zu spüren bekommen, denn das deutsche Volk ist von jeher friedliebend gewesen und hat vom ersten Tage ab diesen Krieg als einen ihm aufgezwungenen Abwehrkrieg betrachtet.

Aber Friedensliebe ist nicht gleichbedeutend mit Nachgiebigkeit und Schwächlichkeit. Da wir diesen Krieg weiterführen müssen, so muß er mit allen Mitteln geführt werden, die uns unsere Ueberlegenheit an Wissenschaft und Technik gegenüber den anderen Nationen bietet, ohne Zögern bis zum Ende. Schwächlichkeit würde dieses Ende nicht näher, sondern ferner rücken, denn die un sinnigen Kriegsziele, die die Franzosen und Engländer noch täglich in ihren Zeitungen propagieren, lehren uns, daß sie das eigentliche Ziel, das sie gehabt haben, auch heute noch nicht aufgeben. Dieses Ziel ist wesentlich ein englisches Ziel. England hat die Revanche-Idee im erregbaren Gemüt des französischen Volkes ständig wachgehalten und geführt. England hat den Begehrt Rußlands nach der Herrschaft über den Balkan und über Konstantinopel genährt. Alles, um mit dem Weltbrand, den es entfesseln wollte, den unliebsamen Wirtschaftskonturrenten Deutschland zu vernichten. Die Wiedererringung der immer weiter zurückgehenden Ueberlegenheit seiner Industrie und seines Handels über Deutschland hat es sogar so hoch gewertet, daß es sich selbst in diesen Krieg verstrickte, aus dem es sicher die Absicht hatte, einen rein kontinentalen Krieg zu machen. Sich darüber klar zu sein, daß England an diesem Kriege schuld ist, ist für uns von höchster Bedeutung. Denn dadurch sind uns deutlich auch unsere Kriegsziele gewiesen.

Es ist schon oft gesagt worden, daß Deutschlands Unverfehrtheit und Deutschlands neue wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten von uns erlöpft sein müssen, bevor wir die Waffen niederlegen. Deutschlands Unverfehrtheit soll nicht bloß im Friedensvertrag festgelegt werden, sondern muß auch dauernd behauptet werden können. Infolgedessen sind unter allen Umständen unsere Grenzen so zu stecken, wie unsere militärischen Sachverständigen es fordern. Andererseits ist Deutschlands freie wirtschaftliche Entwicklung nur möglich, wenn unsere Kapitalkraft im Verhältnis zu der Englands mindestens ungeschwächt bleibt. Auf Kriegsschädigungen verzichten, heißt auf Deutschlands wirtschaftliche Zukunft verzichten. Wir müßten entweder diese Kriegsschädigungen in bar oder in Verrechnung erhalten, damit wir Kapitalschulden abbürden können, oder wir müssen die von uns in hartem Kampfe erstrittenen Länder besetzen, um aus ihnen ein Teil unserer Zinsenlast zu belegen.

Wenn unsere Gegner so lange kämpfen wollen, wie sie jedenfalls nicht fähig sind, so führen sie diesen Kampf auf Kosten ihres Landes lediglich zum Nutzen für England weiter. Die Forderung: Land oder Geld zeigt unseren Gegnern, daß derjenige von ihnen, der sich rechtzeitig entschließt, diesen Kampf, der der Entente keinen Erfolg mehr versprechen kann, abzubrechen, am billigsten davon kommen wird. Wenn wir als Ersatz für diese Entschädigung gezwungen sein würden, Land zu nehmen, so hat das nichts mit der grundsätzlichen Frage zu tun, ob man An-negionen billigen oder verwerfen soll. Diese Frage soll auch heute an dem Tage, an dem es gilt, das Einigende über das Trennende zu stellen, nicht grundsätzlicher behandelt werden. Aber auf alle Fälle ist die Notwendigkeit der Sicherung deutscher Wirtschaftskraft eine Forderung, in der alle deutschen Parteien, alle Stände und alle Kreise einig sein müssen. Es besteht zwischen dem Arbeiter und Industriekapital, zwischen dem Konservativen und Sozialdemokraten kein Unterschied. So betrachtet, geht der Kampf ebenso um den Profit des Kapitalisten, wie um die Lohnhöhe der Arbeiterschaft. Der Sieg Deutschlands über seine Feinde bedeutet denjenigen der deutschen Sozialpolitik.

Unser Ziel ist zu erreichen, indem wir entschlossen mit allen Mitteln zu Lande, zur See und in der Luft weiterkämpfen. Je einiger und rücksichtsloser wir durchhalten, desto näher wird das Ende sein. Durchhalten ist auch eine Tat. Es bedeutet den Kampf der Heimat, durch den wir unsere kämpfenden Brüder am wirksamsten unterstützen. Mögen unsere Gegner in ihrer eigenen Heimat sich an trunkenen Worten berauschen, für uns in Deutschland, für unsere Krieger an den Fronten gilt das Wort des Apostels Paulus: Unser Reich steht nicht in Worten, sondern in

Kraft. — Der lebhafteste Beifall, der schon während der Ausführungen Bernhards wiederholt erklingen war, verstärkte sich am Schlusse des Vortrages zu einer begeisterten Zustimmungskundgebung.

## Reichstagsabg. v. Liszt in Stuttgart.

In hiesiger Versammlung, in der man den Vizepräsidenten der Zweiten Kammer Dr. v. Riene, den preussischen Gesandten Freiherrn von Seidenborff sowie den bayerischen Gesandten Graf von Hoy bemerzte, sprach Reichstagsabgeordneter Prof. Franz von Liszt in Berlin. Es gelte, vor unserem Volke und der Welt Zeugnis abzulegen und das Gelöbnis unverrücklicher Treue für Kaiser und Reich, das wir vor zwei Jahren abgelegt haben, zu erneuern. Der Krieg, der jetzt seinen Höhepunkt erreicht habe, hat uns erst gemacht. Trotz allen Opfern, die wir gebracht haben und die wir noch bringen müssen, sehen wir ruhig und fest in die Zukunft. Mit fester Zuversicht sehen wir auch auf unseren Kaiser, den Reichskanzler und den Reichstag. Das Vertrauen zum Reichskanzler muß heute mehr denn je ausgesprochen und unterstrichen werden. Der Redner hofft, daß die Klärung der Kriegslage die Möglichkeit einer offenen Auseinandersetzung über die Kriegsziele gibt. Im Gegensatz zu unseren Feinden kämpfen wir in diesem Kriege nur für die Verteidigung. Der Friede, den wir erwarten, muß uns in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Beziehung schützen gegen die Wiederholung eines solchen Kampfes, und eine Ausgestaltung unserer Volkskraft gewährleisten. Der Redner forderte für die Männer, die die Geschicke des Deutschen Reiches leiten, das Vertrauen, daß der verschärfte U-Boot-Krieg in dem Augenblick kommen wird, wo die Gründe der Vertagung in Wegfall gekommen sind. Wenn der Waffenlärm verstummt ist, werden an das Deutsche Reich Aufgaben herantreten, wie sie die Weltgeschichte noch nie gesehen hat. Die Neuorientierung unserer inneren Politik nach dem Kriege wird im Sinne der Gleichberechtigung aller Erwerbsstände und aller Konfessionen, sowie der Gleichberechtigung aller nichtdeutschen Volksstämme erfolgen. Die Bürgerschaft dafür gibt uns das feierliche Versprechen des Kaisers und des Reichskanzlers.

## Friedrich Payer in Frankfurt a. M.

In den weiten Räumen des Schumann-Theaters sprach heute abend auf Veranlassung des deutschen Nationalausschusses unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. Luppe Reichstagsabgeordneter v. Payer über die Kriegslage an der Schwelle des dritten Kriegsjahres. Der Redner erörterte die schwebenden Fragen und meinte, von dem Streite um den Unterjochkriege sei das Beste, daß er allmählich abflaue. Einig seien Regierung und Volk darin, daß wir auf England und seine Bevölkerung, die uns dem Hungertode preisgeben wollen, irgendwelche Rücksicht zu nehmen keinen Anlaß hätten. Aber man müsse die U-Boot-Frage nicht von allen anderen militärischen und politischen Fragen losgelöst für sich allein betrachten. Teilweise ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Erörterung über die spätere Anwendung der Zeppeline gegen England. Die letzten Tage haben wieder bewiesen, daß Rücksichten auf den englischen Königshof nicht maßgebend in dieser Frage sind. Die Eröffnung der Debatte über die Kriegsziele läuft praktisch betrachtet auf das Verlangen hinaus, die Regierung solle ihre Kriegsziele öffentlich bekannt geben. Ausführungen über die Einzelheiten zu machen, könnten aber, wie uns die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt haben, zu ähnlichen Wirkungen führen, wie sie die Befantgabe der Kriegsziele unserer Gegner gesettigt habe. Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, vorläufig auf die öffentliche Erörterung der Kriegsziele zu verzichten. Friedensbedingungen werden nach dem Maß von Kraft und Widerstand bemessen werden, die bei Schluß des Krieges auf beiden Seiten der kriegführenden Parteien noch vorhanden sind.

Notwendig wäre es, daß das deutsche Volk sich in seinen Friedensforderungen geeinigt hinter die Regierung stellen würde. Das wäre eine Tat, würdig der glorreichen Taten unserer Kämpfer an der Front. Wenn der Bundesrat heute einstimmig hinter der Regierung steht, so sollte das doch mehr Eindruck machen als die Agitationen gewisser energischer und kapitalkräftiger Politiker und Agitatoren, die den Kampf gegen den Reichskanzler wegen der verheißenen Neuorientierung der inneren Politik aufgenommen haben, die in weitestgehendem, freilichem Sinne erfolgen muß.

## Südekum in Mannheim.

Die heute abend im Ribelingen-Saale des städtischen Rosengartens abgehaltene Versammlung des Deutschen National-Ausschusses war von etwa 2000 Personen besucht. Vertreten waren alle Stände und Parteien, darunter auch Damen und Feldgrauen. Die einleitende Begrüßungsansprache hielt Geheimrat Eberhard Gothein von der Heidelberger Universität. Er führte aus, daß nicht zum Festfeiern der 1. August angetan sei, daß er vielmehr vor neuem ein Bekenntnis der Entschlossenheit des deutschen Volkes nach außen und der Geschlossenheit im Innern sein solle. Gerade in diesem Sinne begrüße er es, daß ein Vertreter der Sozialdemokratie vor der Bürgerschaft Mannheims, das der im Felde gefallene Dr. Frank im Reichstag vertreten habe, das Wort ergreife. Der Redner des Abends, Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum, begann mit einem sehr warm empfundenen Dank an die tapferen Kämpfer, zu deren Ehren sich zu erheben er die Versammlung hat. Jeder Mensch, sagte er dann, unter den kriegführenden Völkern ist heute von Friedenssehnsucht erfüllt. Aber die Regierungen der Feinde gestatten diesem Gesühle noch heute keinen Einfluß auf ihre Handlungen. Noch immer zielen sie auf die Vernichtung Deutschlands ab. Wir könnten freilich den Frieden haben, wenn wir die demütigenden Bedingungen von ihnen annehmen; aber daran ist nicht zu denken. So heißt es für unser Volk draußen wie daheim, weiter durchzuhalten bis zu dem Ende, das unserem Vaterland seinen Bestand und seine Entfaltung sichert. Gewaltige Aufgaben wird unser Volk, in dem jeder Einzelne sich durch den Krieg als Staatsbürger hat fühlen lernen, nach dem Kriege zu lösen haben. Wir hoffen, daß der Geist der Erneuerung in jedem Einzelnen das Pflicht- und Verantwortungsgefühl wachruft, an seinem Teil an diesen Aufgaben mitzuwirken. So, hoffen wir, wird aus dem großen Erlebnis Deutschland mit Freude und Zuversicht in eine große Zukunft eintreten.

(Hier drei Folien)

Verantwortlich für die Anzeigen: I. B. Ernst Haupt, Schöneberg, Druck und Verlag: Ullrich & Co., Berlin.

## Radikale Schwächlinge.

Ein neuer Spartacus-Brief liegt vor. Er ward geschrieben am 28. Mai und verfolgt neben der Berichterstattung über die zweite Zimmerwalder Konferenz den Zweck, der sozialdemokratischen Welt die schwächliche Halbheit der Gruppe um Haase zu zeigen. Wie stolz sind die Haase-, Ledebour-, Adolf Hoffmann-Leute auf ihren Radikalismus, wie überlegen fühlen sie sich, ungehört erfüllt von wahrhaft echt sozialdemokratischem Geist, gegenüber den nach ihrer Meinung schwankenden Gestalten der Scheidemann-Freunde. Wie schwächlich aber erscheinen sie selber trotz ihres radikalen Gebarens im Lichte der Schilderung eines Spartacus.

Spartacus spricht zunächst von einem „Eunuchen-Reichstag“, von der „Fraktion des sozialistischen Verrats und dem Parteivorstand des Gewaltstreiks nebst seinen liebedienerischen Instanzen“. Dann aber höhnt er, daß auf der zweiten internationalen sozialistischen Zimmerwalder Konferenz, die Ende April von Vertretern aus Italien, der Schweiz, aus Rußland, Polen, Serbien, Frankreich sowie aus Deutschland durch „die Opposition der „Internationale“, die Richtung Hoffmann-Ledebour und den Vertreter der Opposition einer großen Lokalorganisation Nordwestdeutschlands“ (Bremen?) besucht war, ein Delegierter der Hoffmann-Ledebour-Richtung die Parteisituation in Deutschland „mit dem jener Gruppe eigentümlichen Optimismus behandelte“:

„Er erzählte u. a., daß in Groß-Berlin sämtliche Organisationen einschließlich ihrer Leitung vollständig in den Händen der Minderheit seien. Der gleiche Delegierte leistete sich bei der Berichterstattung, wie auch nachher bei der Behandlung der übrigen Beratungsgegenstände, mehrfach eine persönlich gehaltene Kritik an der „Internationale“, insbesondere an dem Zustandekommen der Januar-Konferenz, der Thesen und ihrer Uebersendung nach Bern im Februar d. J. Der Vertreter der Richtung der „Internationale“ verzichtete bei seinem Bericht vollständig auf die Widerlegung der Kleinlichen Forderung und schiefen Darstellung, er behandelte dafür ausführlich die wirtschaftliche, allgemeinpolitische und parteipolitische Situation in Deutschland und schilderte dann kurz die sachlichen Ursachen der Trennung innerhalb der Opposition und die Arbeiten der „Internationale“ seit der Trennung. Der Vertreter der Opposition einer großen nordwestdeutschen Stadt behandelte darauf die Parteiverhältnisse in seinem Orte vor und während des Krieges, er nahm weiter kritisch zur Arbeitsgemeinschaft der Achtehn Stellung und griff die Erklärung der Zwanzig vom 21. Dezember und die Haltung der Opposition um Ledebour-Hoffmann in der Steuerfrage an.“

Danach sind also die Vertreter der radikalen Haase-Gruppe auf der Konferenz in Zimmerwald als recht unsichere Kantonsisten behandelt worden. Als ein Vertreter der deutschen „Internationale“, d. h. der Mehring-Rosa-Luxemburg-Gruppe, in Zimmerwald die Anwendung aller parlamentarischen Mittel im Reichstag forderte, wandte ein Vertreter der Ledebour-Hoffmann-Gruppe ein, daß damit offenbar nur das Prinzip der kleinen Anfragen gemeint sei.

In Zimmerwald sind auch Thesen angenommen worden. Zu ihrer Vorberatung wurde eine Resolutionskommission eingesetzt. Dort traten ersichtlich Meinungsverschiedenheiten nur bei dem ersten Satz der fünften These zutage.

In der ursprünglichen Form lautete dieser Satz: „Die Pläne, durch die allgemeine Einschränkung der Rüstungen, durch obligatorische Schiedsgerichte, die Kriegsgefahr aufzuheben oder zu mildern, sind eine Utopie“. Der Vertreter der italienischen Delegation und der der Ledebour-Hoffmann-Gruppe machte gegen diese Formulierung Einwendungen: es sei nicht völlig ausgeschlossen, daß solche pazifistischen Mittel verwirklicht werden und durch sie die Kriegsgefahr gemildert würde. Der deutsche Delegierte erklärte schon deshalb gegen diesen Satz und die ganzen Thesen, falls die Worte „zu mildern“ stehen blieben, stimmen zu müssen, weil das deutsche Parteiprogramm allgemeine Schiedsgerichte fordere und er selbst jahrzehntelang in seiner ganzen Agitationsarbeit für diese Forderung eingetreten sei. Die Mehrzahl der Kommission konnte sich diesen Einwänden nicht anschließen, trotzdem strich das Kommissionsmitglied, dem die redaktionelle Uebersetzung der Thesen überwiesen worden war, die Worte „oder zu mildern“.

Einige Tage nach der Zimmerwalder Konferenz fand eine Sitzung der erweiterten internationalen sozialistischen Kommission in Bern statt. Hier stieß ein Antrag Grimm, der die Gründung einer Union sozialistischer Parlamentarier vorschlug, auf allgemeinen Widerstand.

Soweit Spartacus über die zweite Konferenz in Zimmerwald. Sein Brief vom 28. Mai enthält aber noch zwei weitere ironische Artikel über die Schwäche der Haase-Gruppe. In einem Artikel „Anfragen und Anfragen“ wird ihr vorgeworfen:

„Bis zur Entfernung Lieblinedts von der parlamentarischen Kampfarena durch seine Verhaftung hat die „Opposition“ um Haase und Ledebour nicht ein einziges Mal die Waffe der „kleinen Anfragen“ zum politischen Kampf ausgenutzt. Ja, von jener Seite kam, wie bekannt, sogar im Seniorenkongress eine scharftadelnde Kritik an dem Gebrauch, den Lieblinedt von diesem Kampfmittel machte. Und auf der Osterkonferenz zu Aiental hat der Vertreter dieser Richtung es abgelehnt, die „kleinen Anfragen“ systematisch zum sozialdemokratischen Kampf im Parlament zu verwenden.“

Dann hat die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft einige kleine Anfragen im Reichstag gestellt, aber damit nach Ansicht von Spartacus nur gezeigt, „wie es nicht gemacht werden soll“. Zu gemüthlichen Plaudereien, neugierigen Stöbereien, juristischen Spitzfindigkeiten sei die Zeit wirklich zu ernst: „Sie gehört dem Kampf, dem systematischen und radikalen Burgfriedensbruch.“ Die Anfragen von Herzfeld, Stadthagen, Ledebour aber hätten dieser Mindestforderung nicht entsprochen: Herzfelds Anfrage über die deutsch-türkischen Verträge wollte der Geheimdiplomatie einen Jagdhieb versehen: „aber der Hieb ging in die Luft und schlug — den Schläger.“ Ledebours und Stadthagens Anfragen waren „philtiströs und schwächlich“. Endlich sagt Spartacus noch in einem Artikel „Opposition und Opposition“:

„Wie bei den „kleinen Anfragen“ zeigte sich die Halbheit der Opposition um Haase und Ledebour in ihrem Antrag über die Vorgänge im Reichstag am 8. April und bei den Zensurdebatten.“

So erscheinen die radikalen Freunde um Haase in den Augen der noch radikaleren Sozialdemokraten in fast allen Punkten als Schwächlinge. Darauf hinzuweisen, ist geboten, um zu zeigen, daß innerhalb der Oppositionsgruppen in der sozialdemokratischen Partei keineswegs Einigkeit vorhanden, vielmehr der Kampf aller gegen alle die Regel ist.

bei täglich zweimaliger Zustellung

für Wien: K 3.90

monatlich . . . . . 11.50

vierteljährlich . . . . . 23.—

halbjährlich . . . . . 46.—

Für Oesterreich-Ungarn:

monatlich . . . . . K 4.60

vierteljährlich . . . . . 13.50

halbjährlich . . . . . 27.—

Bei täglich einmahliger Zustel-

lung (das Morgenblatt zugleich

mit der Nachmittagsausgabe des

vorherigen Tages) für auswärts:

monatlich . . . . . K 3.90

vierteljährlich . . . . . 11.50

halbjährlich . . . . . 23.—

Für Deutschland:

vierteljährlich Kreuzbandsendung

K 16.—

und durch die Postämter laut dort

auflegender Postzeitungsliste.

Länder des Weltpostvereines:

vierteljährlich Kreuzbandsendung

K 22.—

und durch die Postämter laut dort

auflegender Postzeitungsliste.

ost.

reich-Ungarns.

16

XXIII. Jahrgang

# Stürme auf Doberdo

## öpfe am oberen Sereth.

### der Pikardie.

mütig zu Mute. Wieso ist Preußen zum neuen Deutschen Reich gekommen und Oesterreich am Ende des Jahrhunderts zu seinem verächtlichen Pultdeckelparlament unseligen Angehens? Wir Oesterreicher, und sagen wir es nur ganz offen heraus, wir Deutsche in Oesterreich haben jenen hoffentlich für immer überwundenen innerpolitischen Niedergang selbst verschuldet. Der Preuze hat Politik nur mit dem Kopf getrieben, der Oesterreicher dagegen mit dem Herzen, der Phantasie und allen möglichen Leidenschaften.

Aus Freytag oder Kürnberger im Augenblick etwas zitieren, hieße die Zensur herausfordern, und das wollen wir klüglich unterlassen. Es genügen schon ein paar Striche, um die Wesensverschiedenheit der beiden für ihre Umwelt typischen Publizisten zu charakterisieren. Freytags Artikel über Oesterreich stammen aus den Jahren 1848/49. Auf der Wiener Ferdinandsbrücke sieht er sich die einzelnen Passanten genauer an, sie erscheinen ihm als die bezeichnenden Vertreter ihrer Stände: den Proletarier, der von hohem Lohn und geringer Arbeit träumt, von lustigen Tagen und einer freundlichen hellen Stube, der die Reichen haßt und die wahre Freiheit dennoch nicht kennt, weil er in unwissenden Utopien lebt; dann den Helden der akademischen Legion, den echten König von Wien, vor dessen Jorn Ministerien abwärts kugeln wie hohle Weinsässer, der aber im Grund genommen nichts als Begeisterung und übermütige Schwärmerei besitzt, grünen Wis und unreifes Urteil, eine Marionette der Freiheit, der sich lieber Bücher kaufen sollte, um zu studieren, als farbige Bänder; und schließlich die erwählten Abgeordneten, Volkstribunen, große Demagogen, kleine Schufte, Meuterer, Hanswurste, einige hätten früher mit Kleidern geschachert und machten jetzt in Politik, der Name der Firma sei geändert, die Methode geblieben — das seien die Haupthelden der deutschen Partei in Oesterreich.

Und wahrlich, so grimmig diese unbarmherzige Satire des liberalen protestantischen Preuzen Freytag auf den der katholischen Kirche entlaufenen und mit verschiedenen Elementen aus dem äußersten Osten vermischten deutschösterreichischen Liberalismus des Jahres 1848 lautet, so echt ist sie.

Wir gehen ein paar Jahrzehnte weiter und blättern in den politischen und kirchlichen Feuilletons, die der journalistische Klassiker dieser Zeit und Partei, Kürnberger, in Wien verfaßt hat. Von jenen Politikern, die früher mit Kleidern geschachert, ist hier nirgends die Rede, wohl aber immer wieder von den Pfaffen, den Baalspriestern, den Jesuiten, von theokratischen Menschenopfern und ähnlichen Schauerdingen. Wir staunen heute und schütteln den Kopf. Warum, wozu hat Kürnberger stets nur in die eine Kerbe hauen können, just zu einer Zeit, wo nur liberale Ministerien möglich gewesen sind?! Kürnberger schreibt am Ostersonntag 1867 im Hinblick auf die damals aufkommende, jetzt freilich atavistisch anmutende Weltanschauung, der Materialisten und ihre Gegner: Der Christenpriester (damit meint er einen theologischen Homunkulus in zeitgemäßer Retorte) sei über den Materialismus erhaben, der Baalspriester werde von ihm beunruhigt und schimpfe über ihn. Ich ändere den Text nur ganz wenig und sage: Der wahrhaft Freiheitliche ist über den Ultramontanismus erhaben, der Scheinliberale wird von ihm beunruhigt und schimpft über ihn. Und darin hat Kürnberger sein Menschenmöglichstes getan, so daß Adolf

## Reichspost

### Gedanken eines österreichischen Patrioten im Deutschen Reich.

Von Dr. Wilhelm Kosch.

Professor an der Universität Czernowit.

München, 31. Juli.

Opfertag ist heute! Von allen Giebeln und Türmen, Toren und Masten wehen bunte Fahnen: schwarz-weiß-rote, weiß-blaue, schwarz-gelbe, rot-weiß-grüne u. v. a. Die Musikkapellen spielen: „Deutschland, Deutschland über alles“, „Heil dir im Siegerkranz“, das Flaggenlied, den Maderkymarsch, „O dumein Oesterreich“ — lauter vaterländische Weisen der Verbündeten. Und das liebe, gute, treuherzige Münchner Kindl wandert mit der Sammelbüchse von Straße zu Straße, von Haus zu Haus, um einen Millionensteg des deutschen Herzens zu ermöglichen, in treu-dankbarer Erinnerung an die Helden da draußen, die Lebendigen und die Toten, ihre Witwen und Waisen.

Opfertag — ein Tag der Einkehr, Erhebung, Geistesforschung! Nachdenklich betrete ich meine Schwabinger Kriegswohnung wieder, nachdenklich kehre ich zu meinem Arbeitstisch zurück. Zwei Bücher liegen da aufgeschlagen, zwei alte und doch als Zeitdokumente nie veralternde Bücher: die „Politischen Aufsätze“ des protestantischen Preuzen Gustav Freytag und die „Siegelringe“ des katholisch getauften Oesterreichers Ferdinand Kürnberger. Welch ein gewaltiger Gegensatz tut sich vor mir auf. Ich fange an Vergleiche anzustellen und mir wird ganz weh-

## Piritani szeretnék!

Die beiden Worte sind dem gewöhnlichen Reichsdeutschen weniger geläufig. In Ungarn kennt den Humor der Sache jedermann. Der Zigeuner kommt im kalten Winter zum Bauer und bittet um die Erlaubnis, sich am Herdfeuer zu wärmen, und zugleich um ein Stück Brot. Beides will ihm der Bauer nicht gewähren, er möge sich eines von beiden wählen. Darauf entscheidet sich der piffige Zigeuner für das Stück Brot und sagt: „Piritani szeretnék!“ Zu Deutsch: „Ich möchte mir (das Brot) bähnen.“ Das niedliche Scherzwort wird immer angewendet, wenn einer den besonders Schlaun spielen will, der das Angenehme mit dem Nützlichen verbindet, ohne es den andern merken zu lassen.

„Piritani szeretnék“ ist auch das Motto für das eben veröffentlichte Programm der neuen Unabhängigkeits- und Achtundvierziger-Partei, die ihren Auszug aus der alten Kossuthpartei unter Führung des Grafen Michael Karolyi vollzogen hat. Die Verpflichtung gegenseitiger Verteidigung, wie sie die Pragmatische Sanktion für beide Reichshälften vorsieht, erkennt sie als nützlich an, steht aber auf dem Standpunkt der reinen Personalunion. Darum verlangt sie die selbständige ungarische Armee. Diese Armee bestünde aber, weil die Madjaren in Ungarn in der Minderheit sind, zum größeren Teil aus Nichtmadjaren; darum muß sie „naturgemäß nur auf nationaler Grundlage“ organisiert werden, das heißt die Nichtmadjaren sollen nicht etwa, gleich den Heloten und Periöken der Spartaner, vom Heeresdienst ausgeschlossen werden, sondern die Militärzeit dient als neues Hilfsmittel der Madjarisierung. Ferner wird das allgemeine Wahlrecht gefordert, natürlich nicht zu dem Zweck, um ein Parlament zu schaffen, das ein getreues Abbild der Bevölkerungsverhältnisse wäre, sondern zur Stärkung des einheitlichen unabhängigen Nationalstaates mit eigenem Zollgebiet und selbständiger ungarischer Notenbank. Die „Allgemeinheit“ des Wahlrechtes müßte also nur geschickt formuliert werden; denn die Rumänen, die Deutschen und die Slowaken sind unbedingte Anhänger der Realunion mit Oesterreich, also müßten diese vom Einfluß auf die Gesetzgebung auf irgendeine Weise ferngehalten werden, ohne daß die Regierung dem „Liberalismus“ entsagt, der als Aushängeschild immer seine guten Dienste tut. Ähnlich verhält es sich mit der ernsthaft beanspruchten Sicherung des Vereins- und Versammlungsrechtes, mit der Wiederherstellung der Pressefreiheit und mit der intensiven Entwicklung des Volksschulunterrichtes. Es fragt sich nur, in welchem Sinn diese „Intensität“ zu verstehen ist. Vielleicht sind die breiten Volksmassen, auf deren Bearbeitung das Programm spekuliert, wirklich so naiv und fallen ohne Unterschied des Glaubens und der Sprache auf die hübschen Schlagworte herein. Vielleicht! Nachher wird sie das Karolyi-Parlament zu der Freiheit führen, die er meint . . .

Nein, so gefährlich ist es nicht. Dazu ist man in Ungarn in diesen Dingen zu abgebrüht, um auf solche Köder harmlos anzubeißen. Graf Karolyi wird zwar nach Wiedereröffnung des ungarischen Reichstags am 10. August sich mit ein bis zwei Duzend Getreuen in der neuen Aufmachung ziemlich geräuschvoll vorstellen und von der dort üblichen Rede- und Bewegungsfreiheit ausgiebigen Gebrauch machen, aber eine wesentliche Veränderung wird der ungarische Globus dadurch nicht erfahren. Ein einziges Gebiet gibt es, auf dem sich Graf Karolyi persönlich als Reformator großen Stils und im eigensten Wirkungskreis betätigen kann. Seine Partei wünscht nämlich auch „die Sanierung der ungesunden Verteilung des Grundbesitzes durch eine umfassende nationale Bodenreform“ und findet es für notwendig, „umfassende Parzellierungen vorzunehmen, um das Abströmen der Bevölkerung durch Auswanderung zu verhindern“. Karolyi gilt als der reichste Großgrundbesitzer in den Ländern der Stephanskrone, ist also in der Lage, zunächst selbst ohne Mitwirkung der Gesetzgebung in dieser Hinsicht einen gesunden Umsturz vorzubereiten. Daß er freilich seine Bodenreform „national“ nennt, legt wieder den Gedanken nahe, daß die nichtmadjarische Mehrheit vom Segen dieser Neuerung ausgeschlossen werden soll; das demokratische Prinzip hätte somit einen verzweifelt aristokratischen Anstrich. Also auch hier wieder: „Piritani szeretnék!“

Als äußere Veranlassung zur parteilichen Sonderbildung ergriff Graf Karolyi die Gelegenheit, als Graf Andrássy im Abgeordnetenhaus verlangte, daß Vertrauensmänner der Opposition vor wichtigen Regierungshandlungen rechtzeitig zu Rate gezogen werden und so einen Teil der Mitverantwortung übernehmen, da während des Krieges eine öffentliche Kritik vollzogener Tatsachen vielfach nicht angängig sei. Davon wollte Karolyi nichts wissen, da er bekanntlich kein Freund des früheren Dreibundes war und

Montags-Ausgabe  
7. August 1916

# Zeitung

und gelehrten Sachen.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800,  
11 801 bis 11 850, 15 280 bis 15 291. Zentrum 8690.

## Stre-Wald.

an der Hindenburg-Front.

### Frische Brise.

Von

Georg Bernhard.

Die Versammlungen, die der deutsche Nationalausschuß für den 1. August angekündigt hatte, haben stattgefunden. Ihr Verlauf ist verschieden gewesen, je nach dem organisatorischen Gesicht, das von den Veranstaltern an den einzelnen Orten entfaltet wurde. Aber auch je nach der Tendenz der einzelnen Redner. Wenn man die Berichte aus den verschiedenen Plätzen sorgfältig durchliest, so wird man nicht gerade behaupten können, daß aus den Kundgebungen der Redner eine einheitliche Stellungnahme des Ausschusses, der die Redner entsandte, erkennbar geworden ist. Und es bleibt ebenso wie früher noch immer die Frage offen: Was will der Nationalausschuß?

Er hat es uns in verschiedenen Aufrufen gesagt. Er will die Extremen bekämpfen und zwischen den Extremen sammeln. Dient es wirklich solchem Zweck, wenn man annähernd ein halbes Hundert Redner der verschiedensten Richtungen ins Land hinausendet und sie zu einer unvorbereiteten Menge sprechen läßt? Das kann allenfalls eine gute Einleitung sein. Eine Einleitung zu allgemeiner Aussprache. In diesem Sinne könnte das Gelingen der ersten Versammlungen als Beweis dafür gelten, daß es heute nicht mehr ungefährlich ist, sich über die Ziele des Krieges und des Friedens auszusprechen. Insofern hat der Nationalausschuß auch zweifellos etwas Positives geleistet. Er hat die Aera der Besprechung dieser Fragen eingeleitet. Seine Aufgabe wird es nun aber sein, dafür zu sorgen, daß die Augustversammlungen auch wirklich einen Anfang und nicht bereits den Schluß bedeuten! Er muß auch die Möglichkeit schaffen, unter den die verschiedenen Richtungen sich auseinandersehen und den Versuch anstellen können, sich einander zu nähern. Kurzum, es wäre die Aufgabe des Nationalausschusses, eine öffentliche Meinung zu schaffen.

Eine solche existiert in den Kriegsfragen heute nicht. Vielmehr leben Meinungen der verschiedensten Art durch- und nebeneinander. Es fehlt eine Uebersicht über diese, und es fehlt noch mehr der Beweis für die Stärke ihrer Anhängerenschaft. Eine einheitliche, öffentliche Meinung kann nicht etwa künstlich dadurch geschaffen werden, daß der Ausschuß mit einem geschlossenen Programm in die Öffentlichkeit tritt und seinen eigenen Zeitsähen Anhänger wirbt. Vielmehr muß er die Schranken wegräumen, durch die heute die verschiedenen Fähnlein der Aufrechten, der Lauen und der Zurückgebliebenen in den Verließen der Geheimbündelei festgehalten werden. Der Ausschuß soll einen freien und offenen Markt schaffen, auf dem die verschiedenen geistigen Werte in Austausch miteinander treten können. Aus diesem Austausch soll dann die breite Meinung hervorgehen, die den Möglichkeiten Rechnung trägt. Nur so kann der Ausschuß überhaupt eine erspriehliche Arbeit entfalten. Aber diese Arbeit muß er tun, soll er überhaupt eine Existenzberechtigung haben. Und er muß sie bald tun.

Diese Arbeit ist nur zu leisten, wenn sie systematisiert wird. Dazu gehört eine straffe Leitung, die unbeirrt auf ihr Ziel losgeht. Eine Leitung, die, auf breiter politischer Basis aufgebaut, von allen politischen Parteien und Strömungen als solchen unabhängig ist, aber andererseits mit ihnen in engster Fühlung steht. Diese Aufgabe kann der vielköpfige Ausschuß nicht leisten. Ebenso wenig können das die paar Geschäftsführer tun, die mit dem rein Technischen und Organisatorischen, wenn sie ihre Stellung richtig auffassen, bald überlastet sein müssen. Zur Führung der geistigen Arbeit des Ausschusses gehört ein Aktionskomitee, aus wenigen Mitgliedern zusammengesetzt. Aus Männern, die Ziele und Geltung haben, aus Männern, die sich nicht gängeln lassen, sondern anregen und fördern wollen. Hat der Ausschuß solche Absichten, so mag er sie schnell ausführen. Zögert er damit oder glaubt er, ohne solche Leitung auskommen zu können, so mag er es aufgeben, um Ver-

# tzung

erreich.

er nachmittags.

**Montagsmitteilungsblatt**  
 Abonnementsbedingungen:  
 Wien: Mit Zustellung ins Haus  
 Wöchentlich 60 h.  
 monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80  
 Zum Abholen in den Filialen, in allen  
 Labor-Exakten und Beschriftungen  
 monatlich K 2.00.  
 Graz und Ungarn:  
 Monatl. K 2.—, vierteljähr. K 6.—  
 bei freier Zustellung durch die Post.  
 Deutschland: Vierteljähr. K 12.—  
 für alle anderen dem Postvorsatz  
 angehr. Länder: Viertelj. K 16.—  
 Abonnements werden angenommen  
 in der Administration, V. Rechte  
 Wenzelsplatz 97, und in den Filialen:  
 I. Schulterstraße 18, Telefon 9192  
 II. Bismarckgasse 30, Tel. 4222  
 X. Wollauplatz 5, Telefon 88244  
 XIV. Wollauplatz 6, Tel. 89121  
 XVI. Stadlgasse 34, Telefon 24146  
 XVII. Badnergasse 28, Telefon 17176  
 Für die an fremde Ausländer oder  
 Beschrifteter bezahlten Beträge leisten  
 wir keine Garantie.  
 Offene Konnotationen sind postfrei.

XXVIII. Jahrgang.

## Arbeiter

tragsgegenstand zwischen Oesterreich und Ungarn gemacht, in dem sich nur Spezialisten zurecht finden. Auch sie können den Wählerschaften schwer nahegebracht werden.

Was sich nun so herkömmlicher Weise bei uns einen Staatsmann nennt, offenbar, weil er aus den Händen eines Hofmeisters oder Hauslehrers direkt über das Theresianum in ein Ministerialbüro übergegangen und dort fleißig avanciert ist, bis er der zweiten Rangklasse nahegekommen, weil er also, im engsten Kreise staatlicher Büros eingeschlossen, weder von dem Reich und seinen so verschiedenartigen Gebieten noch von deren Bewohnern und ihren Wirtschafts- und Kulturbedürfnissen irgend eine zureichende Anschauung besitzt — dieser Staatsmann herkömmlichen Stils schätzt natürlich die Wahlarbeit sehr niedrig ein und freut sich am Ende gar, daß die höchsten Staatsfragen den Wählerschaften entrückt sind. Leute solchen Schlages wissen nicht, daß die bürgerlichen Wahlwerber die undankbare Aufgabe haben, die Maßnahmen des Staates im einzelnen und nicht nur das, auch den allgemeinen Bestandgrund des Staates, des abstrakten wie des konkreten, vor dem zweifelnden Bürger zu rechtfertigen. Ein saures Amt fürwahr, aber ein Amt, das für jeden Staat heute unentbehrlich ist! Der Gendarm zwingt, aber er überzeugt nicht. Der Abgeordnete des allgemeinen Stimmrechtes, der ein Gesetz mitbeschließt, rechtfertigt es vor- und nachher in persönlicher Ansprache mit dem Volke selbst, er macht es allmählich, bei längerer Dauer der Verfassungsmäßigkeit, den Massen aller staatlichen Einrichtungen, da sie ja Opfer ohne Zahl fordern, verständlich, erträglich und vertraut. Die unzähligen Wahlschlachten die im Deutschen Reiche um den Militarismus geschlagen worden sind, die hundert- und tausendmalige kontradiktorische Klarstellung seiner Aufgaben und Opfer in allen Zusammenkünften der Staatsbürger seit der Gründung des Reiches und die so oftmals wiederholte Wahlentscheidung um diese eine Frage haben heute an den Erfolgen der deutschen Heere, an ihrer Zähigkeit und Unererschütterlichkeit, einen großen Teil. Haben doch auch diese Kämpfe von anderthalb Menschenaltern, die nimmermüde Kritik an den Schattenseiten des Kasernenlebens, die Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen auf beiden Polen ganz wesentlich geläutert. Das richtet kein Zwangssystem, sonst würde es auch Rußland bewältigen.

In diesem Sinne ist es ein unverschuldetes Unglück des gesamten österreichischen Parteilebens, daß ihm seine größten Gegenstände, wenn auch nicht ganz entzogen, so doch fern abgerückt sind. Das darf vorweg nicht verschwiegen werden. Des großen Objekts beraubt, ist es nur zu leicht versucht, sich in nebensächliche Gegenstände zu verlieren. Wer sich nicht verantwortungsvoll für des Staatsganzen Stellung und Macht innerhalb Europas entscheiden muß, wer nur alle zehn Jahre einmal zu fertigen Verträgen zwischen Oesterreich und Ungarn ja oder nein zu sagen hat, der muß am Ende mit dem berühmten Nachtwächter von Veitomischl oder gar mit dem Hausierhandelsverbot vorliebnehmen!

Indessen ist diese Einschränkung, die sich der Verantwortungsvolle vielleicht selbst, wenigstens solange es angeht, dort auferlegt, wo er nichts richten kann, das allerschlimmste Uebel nicht. Merger ist die halb-schlächtere Auflehnung gegen diese Beschränkung. Weil keine bürgerliche Partei, insgesamt und in ihren einzelnen Gliedern, in jenen großen Dingen eine ernste Verantwortung trägt, mit ihrer Entscheidung steht und fällt, so kann sie ungestraft auf dem allergefährlichsten Boden kanegießern nach Herzenlust. Die Wähler wie der Gewählte wissen schon, daß die Partei das nicht entscheidet, noch verantwortet. Warum sich also nicht nach Herzenswunsch damit erlustigen? Ob der Ermählte für oder gegen den Juden, den Befähigungsnachweis, den Hausierhandel diese oder jene Redemendung gebraucht hat, das nimmt die

## Die mildernden Umstände.

Nicht erst der Krieg hat die Auflehnung des Bürgertums gegen seine Parteien verraten. Schon vorher hatten sich die Wählerschaften gegen die Kulissenpolitik der „Erwählten“ erhoben, am lautesten in Deutschböhmen, wo die schließliche Ergebnislosigkeit eines sechsjährigen, opfervollen nationalen Kampfes die allgemeine Kritik herausforderte. Im Kriege ist die allgemeine Kritik vollstän-dig geworden. Wenn der behauptete Seelenaufschwung, den man anderswo wirklich erlebt haben mochte, bei uns auch weniger fühlbar wurde, so empfand doch jedermann den krassen Abstand zwischen der Weltkatastrophe, in deren Mittelpunkt man sich unversehens befand, und den Wichtigkeiten, mit denen man jahrelang beschäftigt worden war, zwischen der erdenweiten Perspektive des Schicksals, in das der eigene Staat verstrickt war, und der Froschperspektive der Wahlbezirkskämpfe, und der Widerwille gegen einen so gearteten Parlamentarismus nährte im Bürgertum leider die falsche Annahme, es sei besser, daß man das Parlament los sei, besser kein Parlament als ein solches!

Der Deutsche Nationalverband hat das Parlament in seiner letzten Wahlperiode geführt und verantwortet seine Ergebnisse nach unten wie die Regierungen Wien und Stürgkh nach oben. Indessen wollen wir gerechterweise die allgemeinen Ursachen des Niederganges nicht übersehen, bevor wir die besondere Verschuldung hervorheben. Erstlich hat sich die große Bourgeoisie, die von seinen Anfängen her die Trägerin des Parlamentarismus war, in den letzten zwei Jahrzehnten allüberall vom öffentlichen Leben auf das private Geldmachen zurückgezogen; hat ihre zuständigen Vertretungskörper in den Generalversammlungen der Banken und Aktiengesellschaften, ihre verantwortliche Regierung in den Bankdirektoren und die bequemste Methode, den Staat zu beeinflussen, in den Beziehungen der Geldinstitute zu den öffentlichen Verwaltungen und Vertretungskörpern erkannt. Unter diesem System ist der Parlamentarismus ganz Europas erniedrigt worden. Die rein bourgeoise Presse hat, ganz anders als in früheren Zeiten, eifrig daran gearbeitet, das Ansehen der Verwaltung hinaufzuleben und das der Volksvertretungen herabzudrücken. Zweitens entkleiden die positiven Verfassungseinrichtungen Oesterreichs das Haus der Gewählten der entscheidenden Machtbefugnisse: auswärtige Politik und Heerwesen, die zwei politischen Angelpunkte des Staates, sind in die Delegationen verlegt und diese wichtigsten Fragen sind so den Wählerschaften künstlich entrückt. Die großen Wirtschaftsfragen aber sind in einer wunderlichen Kompetenzverteilung zum Ver-

# itung

sterreich.

r nachmittags.

**Abonnementsbedingungen:**  
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:  
 Wöchentlich 60 h.  
 monatlich K 2.00, vierteljährlich K 7.80  
 Zum Abholen in den Filialen, in allen  
 Tabak-Handlungen und Vertriebsstellen:  
 monatlich K 2.00.  
 Böhmen und Ungarn:  
 Monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—  
 bei freier Zustellung durch die Post.  
 Deutschland: Vierteljährlich K 12.—,  
 für alle anderen dem Weltpostverein  
 angehörl. Länder: Vierteljährlich K 15.—.  
 Abonnements werden angenommen  
 in der Administration, V. Rechte  
 Wenzelsplatz 97, und in den Filialen:  
 I. Schulergasse 13, Telefon 9191  
 II. Bognergasse 30, Tel. 40239  
 X. Wenzelsplatz 5, Telefon 68244  
 XIV. Wenzelsplatz 6, Tel. 81129  
 XVI. Wenzelsplatz 33, Telefon 34140  
 XVII. Badnergasse 22, Telefon 17176  
 Für die an fremde Adressen oder  
 Verschleiher bezahlten Beträge leisten  
 wir keine Garantie.  
 Offene Reklamationen sind portofrei.

XXVIII. Jahrgang.

## Arbeiterzeitung

Unsere erschreckende Armut an politischen Persönlichkeiten danken wir vor allem dem Mangel dieses Mittels.

Wenn die Kriegserfahrungen das deutsche Bürgertum Oesterreichs zu der Ueberzeugung geführt haben, daß es sein Verhältnis zum Staate ordnen, am Staate teilhaben und dafür dem Staate dienen müsse, dann bleibt ihm nichts anderes übrig, als vorbehaltlos in die Arena der politischen Parteien herabzu steigen, vom Vereins- und Versammlungsrecht fleißig Gebrauch zu machen und die Politik nicht länger den Bierbänken der Kleinbürger und den Gaststuben der Bauern zu überlassen. Politik ist nicht zu machen ohne Partei, Parteien sind nicht zu haben ohne Organisation. Die Organisationsarbeit muß eben auch geleistet werden, ohne sie wird sich die angebliche Bewegung innerhalb der Bourgeoisie rasch in Sand verlaufen.

Unsere Bourgeoisie war bisher zu träge und zu indolent, ihre eigene Politik zu machen und den geistigen Apparat aufzubauen, ohne die politische Wirksamkeit nicht möglich ist. Es muß einen wundernehmen, daß noch kein bürgerlicher Schriftsteller seinen österreichischen Klassengenossen die Organisation und Arbeitsweise etwa der englischen Parteien in ein paar Artikeln geschildert hat, um ihnen klarzumachen, wie sie es denn anstellen sollen, zu einer Partei, die diesen Namen verdient, zu gelangen. Bisher haben sie sich's wirklich bequem gemacht. Zum Teil haben sie den Kleinbürgern das Geschäft überlassen, dem anderswo die ersten Männer der Gesellschaft obliegen, wie etwa in Ungarn die Mitglieder der Gentryfamilien. Als mit der Einführung der fünften Kurie die Bierbank der Kleinbürger nicht mehr auslangte, hat man bei uns Ueberläufer aus der Arbeiterklasse und verbummelte Studenten in Lohn genommen, auf daß sie die Politik der Bourgeoisie in der Maske von „Nationalsozialisten“ machen. So hat Kramarsch seine Nationalsozialisten geschaffen, so haben sich im deutschen Lager Fabrikanten deutschgelbe „Arbeiterführer“ ausgehalten, nachdem ihnen die Christlichsozialen mit den Armann, Bedral und anderen vorangegangen waren. Dem österreichischen Spießbüchlein ist dabei gar nicht bemerkt worden, welche groteske Untat es sich dadurch schuldig gemacht hat. Die Mitarbeit am Staate, die sich sonstwo die größten Begabungen, die ernstesten Charaktere und die Vertreter der ersten Familien des Landes vorbehalten, hat man gegen den Hungerlohn eines Schriftleiters den zweifelhaftesten Persönlichkeiten überantwortet. Während eine wirkliche politische Nation wie die Engländer mit der peinlichsten Gewissenhaftigkeit gerade vom Dienste des Gemeinwohls Unberufene fernhält, hat sich unsere Bourgeoisie Klopfflechter letzter Güte großgezogen — für das „schmutzige Gewerbe“ der Politik schienen ihr und scheinen noch die skrupellosesten Ehrabschneider, die windigsten Polsterer, die großmäuligsten Nichtswisser eben gut genug. In seltsamer Verblendung meinte sie, es handle sich nur darum, jeden Sozialdemokraten so anzuschwärzen und den Sozialismus zu einem solchen Popanz herabzulügen, daß möglichst wenig Sozialdemokraten gewählt werden. Wer positiv gewählt wird, das war ihr dabei höchst gleichgültig! Es ist die große Schuld, das unsühnbare Ver schulden der deutschen wie der tschechischen Bourgeoisie im österreichischen Staate, die bürgerliche Politik in die Hände dieser Leute gespielt zu haben, in die Hände der bekannten Schriftleiter aller Zungen, die den nationalen Chauvinismus bis zum Ueberwitz gesteigert und am Ende das Parlament in Fetzen gerissen haben.

Sollen wir den guten, honorigen Bürgern, heute zum Teil Herrenhausmitgliedern und Erzellenzen, ihre eigene Schmach in Erinnerung rufen? Sollen wir sie gemahnen daran, wie sie mit wiederholtem Behagen — links und rechts im hohen Hause — den pöbelhaften Ausschreitungen der von ihnen ausgehaltenen oder gedungenen Werkzeuge gelauscht haben, so oft sie gegen die gehafteten Vorkämpfer des allgemeinen Stimmrechtes losfahren, den sinnlosen Ausschreitungen im geheiligten Namen der — von den Sozialisten angeblich verratenen — Nation? Die hohen Herren werden vorziehen, nicht erinnert zu sein. Denn die Früchte,

## Gegen und Unsegen des Parteiwesens.

Die allgemeine Verkümmernng unseres öffentlichen Lebens durch Verbildung seiner staatsrechtlichen Grundlagen hat sichtlich unser Parteiwesen beeinträchtigt und erklärt vieles. Allerdings das eine nicht: gerade diese Uebel mühten doch alle denkenden Bürger, die allerbesten allen voran, anspornen, sich zusammenzutun, um die Hindernisse der Gesundung hinwegzuräumen, das heißt eine solche staatliche Ordnung herbeizuführen, daß durch ein gesundes Parteileben auf dem Boden des Parlaments dem Volke selbst geregelter Einfluß auf die Staatsverwaltung und umgekehrt dem Staate der Segen allseitiger Anteilnahme des Volkes an seinen Aufgaben zuteil werde. Dort, wo das Volk staatslos denkt und der Staat volksfremd waltet, fehlt es an der verbindenden Brücke zwischen Staat und Volk. Sie wird eben durch das Parteiwesen hergestellt.

Nur völlig kurzfristige Staatsmänner stimmen in die Klagen ruhebedürftiger Privatleute über das Parteienwesen ein und verneinen, das Bindemittel der Gesetzblätter und der Anschläge an den Amtstafeln reiche aus, um Volk und Amt in vertrauensvollem Eilvernehmen zu erhalten. Jedes Gesetz fordert Opfer an Freiheit, manches Gesetz auch an Gut. Soll das Opfer dem Bürger verständlich werden, so muß es ihm schon als Entwurf erläutert werden mit all seinem Für und Wider. Diesen ganz unschätzbaren Dienst besorgt das Parteiwesen, ihn besorgt die Parteipresse und die Wählerversammlung, und auch in Oesterreich werden sich die sogenannten Staatsmänner aus der Bürokratie zu dem Verständnis aufzwingen müssen, das sich für das öffentliche Leben des Westens selbst versteht, dem Verständnis, daß der Journalist und Versammlungsredner — einerlei, ob er dem „Für“ oder dem „Wider“ dient — dem Staate wirksamer dient als mancher Altensucher hinter seinem Schreibtisch, daß Leute ein Volk nicht führen und einen Staat nicht regieren können, die das, was sie wollen, nicht auch in Wort und Schrift vertreten können. Ohne das Mittel eines gesunden Parteiwesens entfalten sich politische Talente nicht.

**London, 8. August.** Lloyd meldet aus Cetta: Der griechische Dampfer „Sohilleos“ (?) ist am 5. d., 1 Uhr Nachmittags auf der Höhe des Kap Bogur von einem Unterseeboot versenkt worden.

### Die Kriegslage.

Die Heere der Ententemächte stürmen noch immer an allen Angriffsfronten mit größter Wucht vor. Aber mehr als Theilerfolge können sie trotzdem nicht erringen. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz bleiben alle, noch so wichtigen Vorstöße der Russen ergebnislos. An so vielen Stellen der Front auch angreifen, überall mußten seine Angriffswellen in dem gewaltigen Feuer, das ihnen die verbündeten Truppen entgegenzuschleuderten, zurückfluthen, wo es aber zum Nahkampfe kam, wie bei Borokaja-Wolka (am Stochod, westlich von Sokul), und bei Kuchari (5 Kilometer tiefer am Stochod), mußten die Russen trotz ihrer überlegenen Zahl weichen. Ebenso sind die Kämpfe westlich von Luck zu unserem Vortheil entschieden und haben unsere Truppen auch die verloren gewesenen Stellungen östlich von Ezelwoiv (10 Kilometer südöstlich von Lokaschn) restlos zurückerobert. An der Front des Erzherzogs Karl haben wir auch an den beiden Flügeln Erfolge zu verzeichnen, so daß südlich Balozee die Zahl der Gefangenen gestiegen ist, im Waldgebirge wir aber sowohl in Galizien östlich von Worochla, wie in der Bukowina im Gebiete des Kapul sogar Raum gewonnen haben, während wir zwischen Pruth und Dnjester auch die bei Dithnia kämpfenden Kräfte wieder etwas zurückgenommen haben, so daß nun unsere neuen Stellungen sich westlich der Linie Rignioiv (am Dnjester, an der Bahnlinie Stanislaw—Monasterzhska)—Lysmienica (12 Kilometer östlich Stanislaw)—Dithnia befinden.

Auf dem südlichen Kriegsschauplatz setzen die Italiener die Angriffe gegen die Hochfläche von Doberdo, besonders aber im Raume von Görz, mit größter Heftigkeit fort, offenbar in der Absicht, ihren gestern gemeldeten Erfolg beim Görzer Brückenkopf auszuweiten. Es ist ihnen hierbei auch gelungen, mit einzelnen feindlichen Abtheilungen die Stadt zu erreichen, doch am Doberdo wurden all ihre Angriffe wieder blutig abgeschlagen. Daß italienische Truppen nun die Stadt Görz erreicht haben, die von unseren Truppen durch fast volle fünfzehn Monate mit einer wirklich bewundernswürdigen Zähigkeit verteidigt wurde, mag wohl vom Standpunkte des Prestiges von den Italienern überaus hoch bewertet werden, aber in dem jetzigen Stadium des Krieges sind es lange nicht mehr die Prestigefragen, die entscheiden, und wenn die Italiener für jeden Fortschritt, den sie machen müssen, um ihr Ziel zu erreichen, so viel Zeit und Truppen werden opfern müssen, als für diesen Erfolg, dann werden sie ihr Ziel nie erreichen.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz sind alle Angriffe der Engländer und Franzosen im Sommergebiete neuerdings zusammengebrochen, während im Kampfgebiete bei Verdun das so viel und heikumschrittene Werk Thiaumont wieder von den Deutschen zurückerobert worden ist, so daß alle Opfer, die die Franzosen bei ihren jüngsten Vorstößen rechts der Maas gebracht haben, vollständig vergeblich waren.

## Nachtrag.

(Nach Schluß des Blattes eingelangt.)

### Mundtodtmachung der russischen Verwundeten.

**Stockholm, 9. August.** (Privat-Telegramm.) Petersburger Privatmeldungen berichten von schrecklichen Schilderungen, die von der Front zurückgekehrte Krieger ihren Angehörigen entwarfen. Sie erzählen von schauererregenden, maßlosen Verlusten, von völliger Mißachtung des menschlichen Lebens bei allen sinnlosen Angriffen gegen die Höllenschlünde der deutschen

Artillerie. Es wüthten schreckliche Epidemien an sämtlichen Fronttheilen, besonders an der Südwestfront. Dazu herrscht furchtbare Hungersnoth. Daraus ist auch ein Erlaß zurückzuführen, der jetzt allen Lazarethen zugegangen ist und der allen Verwundeten unter Androhung der strengsten Strafe einschärft, nach ihrer Genesung keinerlei Civilpersonen, auch nicht den nächsten Angehörigen, ihre Erlebnisse von der Front zu erzählen, weiter nichts über die russischen Verluste, die Zustände an der Front, die Versorgung mit Lebensmitteln und Munition, das Sanitätswesen, sowie über alles Andere, das dem Feind Nutzen bringen könnte, zu sprechen. Das Sanitätspersonal wurde verpflichtet, Zumiderhandelnde anzuzeigen. Dieser Versuch der Mundtodtmachung der Verwundeten kennzeichnet die trostlose Stimmung an der Front.

### Die unerschütterliche Siegeszuversicht Deutschlands.

**München, 9. August.** Die „Bairische Staatszeitung“ meldet über die Tagung des Bundesrathsausschusses für auswärtige Angelegenheiten: Wie wir erfahren, tagte im Reichskanzlerpalais in Berlin gestern Nachmittag und heute Vormittag unter Vorsitz des bairischen Staatsministers Grafen Hertling der Bundesrathsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der während des Krieges schon wiederholt zusammengetreten ist, um von Zeit zu Zeit Mittheilungen des Reichskanzlers über die allgemeine politische Lage entgegenzunehmen. Der Reichskanzler gab auch diesmal eine eingehende Darstellung der gesammten politischen Lage, wobei alle schwebenden Fragen zur Sprache kamen. Der Bundesrathsausschuß begegnete sich mit dem Reichskanzler in unerschütterlicher Siegeszuversicht und gab seiner vertrauensvollen Zustimmung zu der von dem Reichskanzler vertretenen Politik einmüthigen Ausdruck.

### Sezession und Friedensaktion der Minorität der französischen Sozialisten.

**Genf, 9. August.** (Privat-Telegramm.) Aus Paris wird gemeldet: Nach der Abstimmung im Nationalrath der französischen Sozialisten gab Abgeordneter Mistral im Namen der Minderheit eine Erklärung ab, wonach sich diese ihre Entschlieung darüber vorbehält, sich behufs Durchführung ihrer Friedensziele zu einer Sonderorganisation zusammenzuschließen. Eine separate Konferenz der Minderheit findet am 28. d. in Lyon statt.

### Lloyd George — der Nachfolger Asquith's (?)

**Genf, 9. August.** (Privat-Telegramm.) Die Mailänder Blätter bringen Londoner Telegramme, denen zufolge sich in der Londoner Presse die Gerüchte verdichten, daß Lloyd George noch vor Ende des Sommers die Nachfolgerschaft Asquith's antreten wird. „Daily News“ haben Lloyd George interviewen lassen, der jedoch nichts sagend erklärte, zu dieser Auslösung erscheine ihm Asquith kompetenter als er.

### Protest der irischen Abgeordneten gegen die Wiederernennung des Vizekönigs.

**Rotterdam, 9. August.** (Privat-Telegramm.) „Daily News“ meldet: Die irischen Abgeordneten im Parlament haben korporativ bei Asquith Einspruch erhoben gegen die Wiederernennung des jetzigen Vizekönigs von Irland und gegen die fernere Belassung des Generals Maxwell als Oberkommandirender in Irland.

### Die Theilnahme Portugals am Kriege.

**Genf, 9. August.** (Privat-Telegramm.) Finanzminister Costa gab im Parlament zu Lissabon bekannt, daß England Portugal bedeutende finanzielle Unterstützung gesichert habe. Die englische Regierung wird Portugal ferner die Mittel für alle, von beiden Regierungen notwendig erachteten Kriegsausgaben vorzuschicken. Diese Darlehen, die in englischen Schat-

teinen erfolgen, sind innerhalb zweier Jahre durch eine portugiesische äußere Anleihe zu decken, die England begünstigen wird. Der Minister des Aeußern erklärte ferner, Großbritannien lade Portugal zu einer umfangreichen militärischen Betheiligung in Europa ein. Der Kriegsausschuß trat sofort in die Erörterung dieses Vorschlages ein.

## Aus dem Abgeordnetenhaus.

**Graf Karolhi's Kriegserklärung an die Regierung — Graf Apponyi über Ungarns Bundesstreue. — Graf Tiska über Rumänien und über den zu erkämpfenden Sieg. — Berathung der Steuervorlagen.**

Das Abgeordnetenhaus tagt heute bei Eröffnung der Sitzung alle äußeren Merkmale einer „großen“ Tagung. Dicht besetzte Bankreihen, bis auf das letzte Plätzchen gefüllte Galerien und im ganzen Haus jene erwartungsvolle Spannung, mit welcher das Parlament bedeutungsvollen Ereignissen entgegensteht. Nach den gestern Abend bekannt gewordenen Aeußerungen des Grafen Michael Karolhi wußte man in allen politischen Kreisen, daß das Abgeordnetenhaus heute der Schauplatz interessanter Vorgänge sein werde. Diese Voraussetzung wurde durch den Verlauf des ersten Theiles der Sitzung in vollstem Maße erfüllt. Nicht die Rede des Führers der neuesten Partei, des Grafen Michael Karolhi, war es, die das große Auditorium auf seine Rechnung kommen ließ, sondern jene Erklärungen, welche im Anschlusse an die Ausführungen Karolhi's seitens der Grafen Albert Apponyi und Stephan Tiska abgegeben wurden. Die Reden dieser beiden Staatsmänner gestalteten die heutige Sitzung zu einer denkwürdigen, ja einer direkt historischen.

Gleich zu Beginn der Sitzung erhielt Graf Michael Karolhi die Erlaubniß vom Präsidenten, vor der Tagesordnung äußern zu dürfen. Er that dies mit großer Breitspurigkeit, aber mit wenig parlamentarischer Schulung. Seine Ausführungen litten nicht nur unter dem monotonen Tonfall seiner Sprechart, sondern auch unter dem Umstand, daß er zumeist nur Dinge sagte, die man aus seinen bisherigen Deklarationen und Emissionen über die Spaltung der Unabhängigkeitspartei ohnehin schon kannte, die also lebhafteres Interesse nicht mehr hervorzurufen vermochten. Trotzdem wartete man noch immer auf irgend eine neue Offenbarung, denn allseits hatte man die Empfindung, daß Graf Karolhi etwas sagen müsse, wenn er seine unter den gegenwärtigen Verhältnissen so schwer in die Waagschale fallende Haltung nur einigermaßen — rechtfertigen wolle. Die Drohung, daß seine Partei auf den Sturz der Regierung hinarbeiten werde, weil diese das allgemeine Wahlrecht verweigert, einem langfristigen Ausgleich mit Oesterreich abschließen will, ließ völlig kalt, nicht einmal die eigene Partei Karolhi's konnte sich für diese abgedroschenen Redeverwendungen erwärmen. Erst als er auf die auswärtige Situation zu sprechen kam und da speziell über Rumänien seine Ansichten offenbarte, horchte man auf. Es klang beinahe wie persönliche Ueberhebung, als er darüber sagte, man wolle ihn für einen eventuellen Krieg mit Rumänien verantwortlich machen. Dagegen wahrte er sich in einer Weise, die nicht als Entschuldigung seiner bisherigen Haltung, vielmehr als Vorwurf gegen die Regierung, die Armee und unsere Bundesgenossen klang. Erst zum Schluß seiner Rede nahm Karolhi einen Anlauf, um den Vorwurf der Ententefreundlichkeit vor sich abzuwehren. Als er erklärte, jeder Ungar würde wie ein Tiger gegen die Angreifer Siebenbürgens kämpfen, da fand er Verständniß und auch — Verzeihung. Schwacher Applaus auf den Bänken seiner spärlichen Anhänger bildete das Zeichen für den Schluß seiner Rede.

Da Graf Karolhi gegen die Haltung der unter Führung des Grafen Albert Apponyi verbliebenen Partei wiederholt polemische Bemerk-

## PESTER LLOYD

MORGENBLATT

100 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 18 K, halbj. 9 K, viertelj. 4.50 K, monatlich 1.50 K. Mitteltäglicher zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganzj. 44 K, halbj. 22 K, viertelj. 11 K, monatlich 4 K. Für das Inland: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 36 K, halbj. 18 K, viertelj. 9, monatlich 3.40 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 28 K, halbj. 14 K, viertelj. 7 K, monatlich 2.50 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 48 K, halbj. 24 K, viertelj. 12 K, monatlich 4.40 K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herrn Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährlig: Für Deutschland 18 K, für alle übrigen Staaten 21 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

„Pester Lloyd“ und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, E. Eckstein, Györi & Nagy, Jaulus & Co., Geh. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzler, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des „Pester Lloyd“ für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Anzeigen für den „Pester Lloyd“.

Einzel: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 12 Heller. Abendblatt in Budapest 6 Heller, in der Provinz 8 Heller.

Redaktion und Administration: V. Mária Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

63. Jahrgang.

Budapest, Donnerstag, 10. August 1916

Nr. 221

## Budapest, 9. August.

Nun weiß man wenigstens, was den Grafen Michael Károlyi und das Fährlein seiner persönlichen Anhänger zum Austritt aus der Unabhängigkeitspartei und zur Etablierung als selbständige Fraktion bewogen hat: sie haben den Burgfrieden kündigen wollen. In seiner heutigen Rede hat der Führer der neuen Partei diese Kündigung auch sofort in aller Form vollzogen. Er tat es mit der konfusesten Entschlossenheit, die nun einmal seine persönlichste Eigenart ausmacht. Den Zwang zur Kündigung des Burgfriedens leitete er ab aus dem Ziel, dem er und seine Freunde unentwegt zustreben und das in die Worte sich zusammenfassen läßt: „ein neues demokratisches Ungarn“. Das will Graf Károlyi ohne jede Verzögerung noch im Verlaufe des Krieges schaffen. Und weil solchem Streben die gegenwärtige Regierung im Wege steht, will er diese Regierung aus dem Sattel werfen. Eine Frage aber, die er selbst sich nicht vorgelegt zu haben scheint, muß ihm von der öffentlichen Meinung vorgelegt werden: wie will er das alles anstellen? Zugegeben hat er heute, daß seine Partei nicht nur dermalen numerisch äußerst schwach ist — sie zählt alles in allem zwei Duzend Mitglieder —, sondern auch für absehbare Zeit schwach bleiben muß, da bei der heutigen Lage der Dinge eine leidenschaftliche Werbetätigkeit, die allein ein rasches Anwachsen seiner Gefolgschaft herbeiführen könnte, völlig ausgeschlossen ist. Wie also will Graf Károlyi die gegenwärtige Regierung, das Hindernis, das dem „neuen demokratischen Ungarn“ im Wege steht, beseitigen? Hinter der Regierung steht die Mehrheit des Parlaments, und hinter der Mehrheit des Parlaments steht heute mehr denn je die Mehrheit der Nation. Graf Károlyi müßte also, um an sein Ziel zu gelangen, entweder im Parlament die Mehrheit zertrümmern oder die Mehrheit der Nation für sich gewinnen, Aufgaben, die bei den durch den Krieg bedingten Ausnahmezuständen, die einerseits jede agitatorische Tätigkeit, andererseits die Durchführung von Neuwahlen unmöglich machen, eigentlich unlösbar erscheinen.

Wenn Graf Károlyi auf die Agitation für seine Partei, weil sie zurzeit unmöglich ist, verzichtet, wie kann er da in einem Atem den Willen verkünden, die Mehrheit der Nation an seine Seite zu bringen? Bleibt aber die Mehrheit der Nation hinter der parlamentarischen Mehrheit, so könnte diese nur durch einen Rückfall in die trüben Zeiten der parlamentarischen Minderheitsrevolten zertrümmert werden. Allein gegen solchen Rückfall hat sich das Parlament durch seine neue Geschäftsordnung wirksam genug gewappnet. Die Zeiten sind für immer vorbei, wo eine faktische Minderheitsgruppe im ungarischen Parlament den Mehrheitswillen zu lähmen, vom Vertrauen der Mehrheit getragene Regierungen zu stürzen vermochte. Auch läßt Graf Károlyi außer acht, daß alle übrigen Oppositionsparteien einig sind in der Erkenntnis von der absoluten Unerläßlichkeit

der Wahrung des Burgfriedens für die Kriegsdauer und in dem Entschlusse, den Parteihader während des Krieges nicht wieder aufzuzahlen zu lassen. Zwar trennen die übrigen oppositionellen Parteien grundsätzliche Unterschiede von der Regierung; aber wenn sie die trennenden Momente für Kriegsdauer zurückgestellt haben, so haben sie es getan in der Einsicht, daß Ungarn im Weltkriege für sein Leben zu kämpfen hat, zu kämpfen gegen eine ungeheure Uebermacht, der gegenüber wir nur durch Zusammenfassung aller nationalen Kräfte, durch restlose Einigkeit den Sieg erhoffen können. Als das einzige Mittel, das zu diesem Ziele führt, haben die übrigen oppositionellen Parteien den Burgfrieden erkannt, und wer sich gegen diesen Burgfrieden erhebt, würde nicht allein die Regierung und die Mehrheit, sondern ganz gewiß auch alle übrigen oppositionellen Parteien niederzurücken haben.

Graf Károlyi müßte also, um sein heute angekündigtes Vorhaben zur Tat werden zu lassen, die ganze Majorität und alle oppositionellen Parteien zer schlagen und sich über ihre Trümmer hinweg den Weg zur Macht bahnen. Das alles, während der Feind vor den Toren steht, während unsere Monarchie und in ihr unser Vaterland den schwersten und blutigsten Kampf zu bestehen haben, der jemals auf Erden geführt worden ist! Und nun muß man wieder den Grafen Károlyi vor eine Frage stellen, die er sich offenbar vorzulegen unterlassen hat. Würde das Aufzählen eines Teiles der nationalen Kraft durch innere Kämpfe nicht den Feinden zugute kommen? Wenn wir, statt Schulter an Schulter uns dem Feind entgegenzuwerfen, in dieser Zeit höchster Gefahren uns gegenseitig zerfleischen, würde dies nicht den Sieg derer fördern, die es auf Ungarns Bestand abgesehen haben? Wie würde es dann aussehen um das neue demokratische Ungarn, das Graf Károlyi schaffen will? Graf Károlyi hat heute daran erinnert, daß er in den Tagen des Kriegsbeginns, in denen der Burgfriede zustande kam, von der Heimat abwesend war. Hat er in den langen Monaten seiner französischen Kriegsgefangenschaft niemals eine Karte jenes neuen Europa zu Gesicht bekommen, durch dessen Anblick unsere Feinde ihre Kampflust immer wieder neu beleben? Hat er von dieser Karte nicht abgelesen, welches Schicksal die Gegner unserem Vaterlande bereiten wollen? Die Vernichtung Ungarns ist ihr festes Vorhaben. Wie Graf Tisza heute mit einem kräftigen Worte jagte: „in die blutigen Felsen unseres Leibes wollen sie sich teilen.“ Kroaten, Siebenbürgen, Oberungarn, das nördliche Karpathengebiet, das Banat wollen sie uns nehmen. Was von unserem Vaterlande noch übrig bliebe, daran könnte dann Graf Károlyi seine Experimente zur Schaffung einer neuen ungarischen Demokratie vollführen. Das kann Graf Károlyi, der ein guter ungarischer Patriot ist, nicht wollen. Daß er es nicht will, hat er ja heute auch ganz deutlich im Abgeordnetenhaus ausgesprochen. Seine Absage an die rumänische Sezession ließ an Wucht nichts zu wünschen übrig. Es klang aus seinem Munde wie der Aufschrei des natio-

nen und staatlichen Lebenstriebes, da er ausrief: „Wer unsere Integrität antasten will, wird, solange ein Ungar atmet, nicht Menschen, sondern Tiger gegen sich finden.“ Das Schicksal aber, das man uns zugehört hat, läßt sich nur abwenden durch den Sieg. Und Vorbedingung des Sieges ist die restlose Einsetzung aller Kräfte, über die wir verfügen, in dem uns aufgenötigten Kampf, ist die Zusammenfassung aller nationalen Energien. Das Mittel hierzu aber ist die Wahrung des Burgfriedens. Wer das Ziel will, muß auch das Mittel wollen. Wer das Mittel zertrümmert, gefährdet das Ziel.

Auch die Friedensfrage hat Graf Károlyi heute angeschnitten, leider auch diese in der verworrenen Art, die seine sonstigen Ausführungen gekennzeichnet hat. Die Entscheidung über Krieg oder Frieden will er mit dem Neophyteneifer eines eben erst bekehrten Demokraten der Diplomatenzunft entreißen und das Schicksal der Völker durch eine Demokratisierung der Auslandspolitik den Unberechenbarkeiten der durch Kabinettsgeheimnis geschützten Regierungsmachenschaften entrücken. Dabei schwang in seiner Rede pazifistische, antimilitaristische Nebentöne und leise Klänge des Glaubens an die Möglichkeit eines ewigen Völkerfriedens mit. Diese Ideologien wurden vom Grafen Apponyi, der unmittelbar nach Károlyi das Wort ergriff, in triftiger und lichtvoller Weise abgetan. Die Demokratie, sagte Graf Apponyi, ermöglichen das Aufleben von Volkseidenschaften, und diese führen ebenso häufig zu Kriegen wie die Politik der Kabinette. Das hat sich ja in der Tat in diesem Weltkriege wieder erwiesen. Frankreich ist sicherlich ein demokratisch wieder erwiesenes Land, und hat nicht die Revanchegier der französischen Demokratie den Löwenanteil an dem furchtbaren Frevel, der der Menschheit durch Entfesselung dieses Krieges angetan worden ist? Ein anderes Land von mustergültig demokratischem Geist ist das Britenreich, wo bisher Jahrhunderte hindurch der Volkswille der alleinige Träger der staatlichen Souveränität, die königliche Gewalt aber sozusagen nur ein verfassungstechnischer Behelf zur unbedingten Geltung des Volkswillens war. Hat nicht England dennoch, ohne daß sein Volk den Willen zum Kriege hatte, über Nacht sich in den blutigen Wirbel dieses Völkergemezels werfen lassen? Diese beiden Beispiele zeigen, wie wenig wirksam das demokratische Prinzip ist, wenn es gilt, den Volkswillen als Vorbeugungsmittel gegen den Krieg aufzubieten. In der Stunde, da sie den Kriegsausbruch verhüten sollte, ist die französische Demokratie mit fliegenden Fahnen in das Lager der Kriegsheer übergegangen, weil sie in sich nicht die Kraft und den Mut fand, sich dem glühenden Strome des nationalen Hasses gegen Deutschland entgegenzuwerfen. Die auf die unumschränkte Macht des Volkswillens so eifersüchtige englische Demokratie aber hat noch schmälicher versagt: sie hat sich durch die Lügen und Heucheleien ihrer Regierenden einschläfern und sich in einen schmachvollen Kabinettskrieg verwickeln lassen, und als sie aus ihrem Dufel erwachte, beugte sie sich nicht nur mit Schafsgeduld vor der vollzogenen Tatsache, sondern sie warf dieser auch noch ihre

# ost.

**Preis 12 Helle für auswärts.**  
**Bezugspreise:**  
 Bei täglich zweimaliger Zustellung  
 für Wien: K 3.50  
 monatlich . . . . . 11.50  
 vierteljährlich . . . . . 23.50  
 halbjährlich . . . . . 47.50  
 Für Oesterreich-Ungarn:  
 monatlich . . . . . K 4.50  
 vierteljährlich . . . . . 13.50  
 halbjährlich . . . . . 27.50  
 Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:  
 monatlich . . . . . K 3.50  
 vierteljährlich . . . . . 11.50  
 halbjährlich . . . . . 23.50  
 Für Deutschland:  
 vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—  
 und durch die Postämter laut der auflegenden Postzeitungsliste.  
 Länder des Weltpostvereines:  
 vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—  
 und durch die Postämter laut der auflegenden Postzeitungsliste.

reich-Ungarns.

16

XXIII. Jahrgang

## Den Russenmassen im Isonzoknie. — Inner gefangen. griffe auf Ostengland.

Ein Duzend Brände wurde he vorgerufen, davon zwei von sehr großer Ausdehnung bei der Baumwollfabrik und in der Stadt, die noch auf 25 Meilen Entfernung sichtbar waren.

Das heftige Abwehrfeuer der Batterie war ganz wirkungslos; alle Flugzeuge sind unversehrt eingerückt.

Flottenkommando.

### Erfolgreiche Unternehmungen deutscher Luftgeschwader.

Das Wolffsche Bureau meldet:

„Ein Geschwader unserer Seeflugzeuge hein am 9. August mittags vor der flandrischen Küste bestehende englische Monitore und leichte Streitkräfte erfolgreich mit Bomben angegriffen und mehrere einwandfrei festgestellte Treffer erzielt.“

Am gleichen Tage sind ferner die russischen Flugstationen Arensburg und Lebar auf Oesel von mehreren deutschen Flugzeugen geschwadern mit gutem Erfolg angegriffen worden. Eine Anzahl Treffer wurde einwandfrei beobachtet. Die Flugzeughalle Arensburg ist schwer beschädigt, die Decke eingestürzt. Bei den zur Abwehr aufgestiegenen feindlichen Flugzeugen wurde eines gezwungen niedergehen. Alle Flugzeuge sind trotz heftiger Beschädigung durch die englischen und die russischen Streitkräfte unversehrt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Ein Toter und seine Fürsprecher

Wien, am 10. August.

Der Liberalismus als Heraustrreten der Einzelpersonlichkeit aus den festen Ordnungen von Religion und Kultur, aus der gemeinsamen religiös-kulturellen Ueberlieferung und Weltanschauung, aus der Einheit der tiefsten Ueberzeugungen, Werturteile und Ziele; die Liberalismus als Freiheit und Eigenmächtigkeit; des Denkens und Glaubens entsteht meistens als Gegenbewegung gegen verdorbene Vertretung jener gemeinsamen Ueberlieferung und Weltanschauung. So ist es mit dem Individualismus der Reformatorische und Humanisten, so mit dem Liberalismus von 1789 und 1848. Der Unwille gegen den Geist der Majestät die sich die allerchristlichste nennt und als die allengundchristlichste betätigt, der Widerwille gegen diein Macchiavellianer im Kardinalspurpur, gegen Figuren wie Mazarin und Richelieu, der Widerwille gegen die galante Abbés vom Schlage Talleyrands mit derheit schnalenden Geständnis: Wer nicht vor 1789 gelebt hat, der kennt nicht die Schönheit des Lebens; der Widerwille gegen Unehrlichkeit, Mißbrauch, Verjümpfung und Bereich der festen Kulturordnungen, verleitet zur Flucht aus diesen. Aber es geht nicht an Ideen und Ein-

ismus des Heimerlebens und der Vaterlandsverteidigung Ausgangspunkt eines gewissen geistig-kulturellen Solidarismus werde, eines Solidarismus, von der Sorge um das Heil und Wachsen und Blühen des Volkes zur Vereinigung mit der Gottheit aufsteigend. Kjellen meint, nachdem allzulange die Freiheit geherrscht und die besten Kulturwerte zerstückt, wenn nicht aufgelöst habe, müsse die Lösung für morgen Autorität, Zusammengehörigkeit, Verantwortung, Ordnung heißen: Ordnung ist das Siegeszeichen des kämpfenden Heeres, wie auch der Glückstjab der friedlich arbeitenden Gesellschaft. So wie das höher organisierte Tier das überlegene ist, so wird auch in der Menschheit die höhere Organisation siegen. Die Welt hat lange genug am geistigen Uebermut des einzelnen gelitten und der einzelne hat auch seine Stärke auf intellektuellem Gebiete (Erfindungen, Entdeckungen) gezeigt. Aber wir sind müde ob der intellektuellen Ueberbelastung; wir müssen Halt machen, um uns zu vertiefen, wenn nicht unsere Seele zerrissen werden soll. Unserem Geschlecht kann nur das Gesetz Erlösung bringen.

„Nach Ordnung haben wir gehungert und gedürstet in unsern aufgelösten Gesellschaften und Seelen, gehungert und gedürstet im selben Maße, wie die Männer von 1789 in ihrer Lage nach Freiheit. Sie litten am Absolutismus, wir leiden an der Freiheitszeit. Nach mehr Freiheit zu rufen in einer Zeit, die an zu viel Freiheit krankt, das ist, praktisch und moralisch, nicht besser als der Ruf des Alkoholikers nach mehr Schnaps, um die Folgen seines Schnapsmißbrauchs zu heilen! Die Freiheit war 1789 ohne Zweifel das Salz der Welt und der Gesellschaft; im Jahre 1914 ist sie es nicht in einem andern Sinne, als es das Weib Lots war zu seiner Zeit.“

Es gibt Kreise, die an der Erhaltung des Liberalismus das größte Interesse haben und ihn mehr als je als das große Zukunftsprogramm verkündigen. Es ist die „Händler“welt. Sie erreichte im Zeichen des Liberalismus die verschiedenartigen „Emanzipationen“, stieg empor nicht nur zu einer ganz bestimmt gearteten Herrschaft über das Wirtschaftsleben, sondern auch über allerweiteste Gebiete der Kultur. „Eine kleine Clique“, schreibt Max Scheler, „die zum Träger des hochgespanntesten kapitalistischen Geistes geworden ist, entscheidet durch ihre Presse, durch ihre Zeitschriften, Verlage „Mäzene“ usw. allein vermöge ihres Kapitalbesitzes, welches Theaterstück, welche Komposition als gut und schlecht gilt, wer als repräsentativ für deutsche Kultur und deutsches Wesen anzusehen ist. Das Kapital besitzt heute keine Gelehrten, Publizisten, Hofnarren, selbst keine Künstler (und wirkt durch sie so sehr bestimmend auf das Ganze des Geisteslebens), daß man seit langem in unserem Lande Dinge über Gott und unsere heiligsten Einrichtungen ungestraft und ungeachtet sagen kann, die man nicht nur über keinen Prinzen, sondern über keinen der führenden Leute des Kapitalismus sagen darf“. Je mehr die „Händler“welt ihre Herrschaft dehnen und sichern will, um so mehr Liberalismus ist ihr nötig. Eine in ihren Seelentiefen zerrissene Kultur; Professoren, die von Katheder zu Katheder andere Evangelien verkünden; Gelehrte, die anstatt mit Presse, Bücher, Kapitalismus, sich mit Spezialfragen der vorjunktlichen Zeiten beschäftigen, sind ja ahnmächtig, ungefährlich, und deshalb wünschenswert für die, welche den Welt Herrschaftstraum träumen. Daher die Propaganda für den Individualismus und Subjektivismus im Bereich der „Händler“welt und ihrer Literaten. Daher die Lobgesänge von Georg Brandes für Nietzsche und Stirner, daher die Steigerung des ursprünglichen Individualismus Kants in der Auslegung von Cohens Marburger Kantische, daher die Protektion des individualistischen römischen Rechts durch Unger und seine Jünger. Daher die unermüdlichen Freiheitsrufe der Ludo Hartmann, der Dr. Diner und Baron Hod, des „Berliner Tageblatt“, der „Wolffschen Zeitung“, der „Neuen Freien Presse“. Liberalismus ist Ohnmacht des Geistigen, ist Chaos; die Länder, wo es im letzten Jahrhundert am meisten Liberalismus gab (Amerika, England, Frankreich usw.) sind die Länder der vollen Triumphe der Mammonarchen und Plutokraten — daher die Befürwortung des Liberalismus durch die Händlerwelt.

Man hat das Denken des führenden Händlerthyps nomadenhaft genannt. So wie dieser Typ den Nomaden gleiche, die wenig eigenschöpferisch seien, sondern die Gebiete anderer Menschen überfallen und ausbeuten, so sei auch sein Denken, seine Geistesart unstill und beweglich, mechanisch und spießindig, ohne nach dem organischen Zusammenhang der Dinge und künftigen Wirkungen des Tuns zu fragen, nur den Vorteil des Augenblicks suchend. Solche Charakteristik gilt nicht für das Denken der Händler in ihrem Fürsichsein und Untereinander. Nirgends gibt es so viel Orthodoxie der Weltanschauung und Geschlossenheit der Organisation als beim führenden Händlerthypus. Aber die Charakteristik ist zutreffend hinsichtlich des Denkens der „Händler“ unter ihren

Wirtsvölkern. Diesen gegenüber betätigt es sich wahrhaft nomadenhaft.

Der eigensüchtig-unstete, aller organischen Entwicklung unholde, feste Ordnungen zerstückende und auflösende Nomadengeist ist der große Schutzgeist des Liberalismus. Er hat den Liberalismus, ursprünglich eine Sache enger Gelehrten- und Politikerkreise, so recht zur Sache der breiten Massen gemacht. Ist dieser Nomadengeist zurückzudrängen durch das neu erwachte Selbstbewußtsein des gesunden Geistes der sechsten arischen Völker, des organisch, positiv, solidarisch gerichteten Geistes, dann ist der Liberalismus auch praktisch tot und der Weg frei zu neuer großer, in der Einigkeit, in der solidarischen Organisation, im Festhalten von Tradition und Autorität starker Kulturarbeit.

Dr. E.

## Festtagung der böhmischen Städtevertreter.

Prag, 17. August. Im großen SitzungsSaale des mit Fahnen in den Reichs- und Landesfarben besflaggten Altstädter Rathhauses fand heute eine vom Verbands der böhmischen Städte und der böhmischen Vertretungsbezirke im Königreich Böhmen einberufene Festtagung unter zahlreicher Beteiligung der böhmischen Herrenhausmitglieder, der Abgeordneten aller böhmischen Parteien, von Vertretern der hohen Geistlichkeit, der Wissenschaft, der Industrie, der Landwirtschaft und der Arbeiterchaft, kurz von allen Berufen und Ständen des ganzen böhmischen Volkes statt. Der große Saal, die Logen und die Galerie waren dicht gefüllt.

Der Obmann des Verbandes der böhmischen Bezirke Pavoucek eröffnete die Tagung mit einer patriotischen Rede, in welcher er die pflichtgetreue Hingabe des böhmischen Volkes an die Allerhöchste Dynastie und an das Vaterland Oesterreich-Ungarn betonte und fortfuhr: Erst die unbefangene und ruhige Zeit nach dem Krieg wird alle vom böhmischen Volke während des jetzigen Weltkrieges dargebrachten Opfer an Blut und Gut richtig einschätzen können. Das böhmische Volk bringt gern und freiwillig alle diese Opfer in dem Bewußtsein dar, daß die Erhaltung des selbständigen und unabhängigen, im Innern und nach außen mächtigen und kräftigen österreichischen Staates in seinem eigenen Interesse gelegen sei. Ebenso wie

die Erhaltung und möglichste Kräftigung und Hebung des mit den übrigen Völkern gleichberechtigten und gleichwertigen böhmischen Volkes im Interesse der habsburgischen Monarchie liegt.

Nachdem Redner noch der Leistungen der böhmischen Selbstverwaltung während des Krieges gedacht hatte, schloß er seine Rede mit einem Glava auf den Kaiser, das von sämtlichen Anwesenden begeistert wiederholt wurde.

Die sodann von Dr. Forst gehaltene Festrede wurde an mehreren Stellen und zum Schluß von jubelndem Beifall begleitet. Redner betonte einleitend in warmen Worten die Notwendigkeit, daß, je ernster die Zeit, desto kräftiger den Gefühlen Ausdruck verliehen werden müsse, von welchen das Herz des Volkes zur erhabenen Person des Monarchen durchdrungen sei. Die historische Gestalt des Kaisers und Königs Franz Josef I. spiegelte sich in geradezu großartigen Konturen ab von dem Gesamtbild, der bedeutamen geschichtlichen Phase, die Oesterreich im verfloßenen halben Jahrhundert durchwandelt hat. In die glorreiche Regierungszeit des Kaisers — sagte der Redner — falle die sukzessive Umgestaltung der alten Monarchie in einen neuzeitlichen Verfassungsstaat mit imponierender Fülle von Leistungen auf sämtlichen Gebieten des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Im Verlauf dieses halbhunderjtährigen Regenerierungsprozesses habe sich auch die Wiedergeburt des böhmischen Volkes vollzogen und seine neuzeitliche Politik herausgebildet. Mögen auch die Formulierungen derselben während der verschiedenen Epochen in den Einzelheiten und in der Tattil Nuancen aufgewiesen haben, ihr programmatischer Aufbau fuhte immer auf drei festen Grundpfeilern: auf der dynastischen Treue, auf dem österreichischen Staatsgedanken und auf dem Grundsatz der politischen Selbstverwaltung.

Redner besprach eingehend die ethnischen und geschichtlichen Ausgangspunkte, in denen diese politischen Bestrebungen wurzeln, und hob sodann den Zusammenhang zwischen dem Grundsatz der politischen Autonomie und dem System der territorialen Selbstverwaltung hervor, legte dar, daß der Ursprung der letzteren mit dem Regierungsantritt des Monarchen zusammenfalle. Er schilderte eingehend, wie sich die spezifisch österreichische Struktur der Selbstverwaltung aus der eigentümlichen Natur und dem

geschichtlichen Werdegang des Kaiserstaates entwickelte, und besprach auch die vielfachen Reformbestrebungen, die sich auf diesem Gebiet im Verlaufe der letzten Jahre geltend machten. Redner hob sodann rühmend das Gelingen des denkwürdigen Operats hervor, das im Jahre 1912 bezüglich der Revision der Landesordnung anlässlich der damaligen Ausgleichsverhandlungen im Einverständnis der böhmischen und der deutschen Parteienvertreter und unter Beteiligung der Regierung zustande kam, und stellte diese Tatsache als Beweis dafür hin, daß der Weg der beiderseitigen, vom Geiste der Versöhnung und der patriotischen Opferwilligkeit getragenen Anstrengungen für das Zustandekommen eines dauernden, gedeihlichen Ausgleiches, dessen Fertigstellung gewiß allseits auf das lebhafteste ersehnt wird, immer noch als ein gangbarer sich darstellen dürfte, zumal die Erschütterungen infolge des Krieges das Zusammengehörigkeitsgefühl sämtlicher unter dem Zepher der angestammten Dynastie zum Staatsganzem verbundenen Völker auf das kräftigste gefestigt haben.

### Die Loyalitätskundgebung.

Der Präsident des böhmischen Städteverbandes Dr. A. Stych verlas sodann das nachstehende Guldigungsstelegramm, das einstimmig angenommen wurde:

„Die vom Verbands böhmischer Städte und böhmischer Bezirke einberufene böhmische Festtagung, die unter Beteiligung von Mitgliedern des Herrenhauses, Abgeordneten, Vertretern der Wissenschaft und Angehörigen aller gesellschaftlichen Schichten im Altstädter Rathause abgehalten wurde, erlaubt sich, Euer k. u. k. Apostolischen Majestät am Vorabend des Allerhöchsten Geburtsfestes die ehrerbietigste Guldigung und die Versicherung ihrer unerschütterlichen Ergebenheit und Treue zum allerdurchlauchtigsten Herrscherhaus und zum altberühmten, von Allerhöchstem Zepher regierten Habsburgerreiche zu verdolmetzen. Bewegten Herzens und in tiefster Dankbarkeit gedenken die Teilnehmer der Versammlung der väterlichen Fürsorge und des mächtigen Schutzes, welchen Euer Majestät während der ganzen Dauer Ihrer ruhmvollen und gesegneten Regierung den Verdienst der Entwicklung des böhmischen Volkes zu gewähren geruhten, und fügen ihrem heißen Danke den aus der Tiefe der Seele kommenden Wunsch hinzu: Der Allmächtige möge Euer Majestät nach

lange Jahre schirmen und erhalten, damit nach der siegreichen Beendigung des jetzigen Weltkrieges unserm gemeinsamen österreichisch-ungarischen Vaterland zum Wohle des Ganzen und aller in demselben vereinten treuen Völker eine neue reiche Blüte zuteil werde.

Auf Antrag des Präsidenten Dr. Stych wurde dann beschlossen, an den Statthalter eine Deputation mit der Bitte zu entsenden, über den Verlauf der Tagung an den Stufen des Allerhöchsten Thrones zu berichten.

Nach der Festversammlung begab sich nun eine Deputation zum Statthalter Max Grafen Coudeahove. Der Führer derselben, der Obmann des Verbandes der böhmischen Bezirke, Pavoucek, richtete an den Statthalter eine Ansprache, in welcher er betonte, das Geburtsfest des Kaisers habe der böhmischen Selbstverwaltung abermals die gewünschte Gelegenheit geboten, in eigenem und im Namen des ganzen böhmischen Volkes dem Monarchen die unverbrüchliche Treue und Ergebenheit zum Ausdruck zu bringen. Die eben abgehaltene Festversammlung, sagte der Redner, gestaltete sich zu einer großartigen Manifestation des ganzen böhmischen Volkes und zu einer begeisterten Kundgebung der Liebe, Ergebenheit, Ehrfurcht und Dankbarkeit aller Vertreter des böhmischen Volkes zu der geliebten Person des Kaisers. Redner bat den Statthalter, über den Verlauf der Festtagung an Allerhöchster Stelle zu berichten und die ehrerbietigsten Gefühle derselben an den Stufen des Allerhöchsten Thrones zu verdolmetzen.

Der Statthalter dankte für die lokale Kundgebung und für die Mitteilungen über den Verlauf der Festtagung und erklärte, er sei überzeugt, daß diese Kundgebung an den Stufen des Allerhöchsten Thrones freudigst begrüßt werden wird, um so mehr, als an dieser patriotischen Kundgebung der Ergebenheit, Ehrfurcht und unerschütterlichen Treue zu der geheiligten Person unsres geliebten Kaisers und Königs sich heute alle Schichten des böhmischen Volkes von den Repräsentanten der Wissenschaft, der Kunst, des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft bis zu den Repräsentanten der breiten Schichten beteiligt haben. Diese erhebende Kundgebung ist sicherlich der Ausdruck der Seele des ganzen Volkes, das in diesen ernsten Zeiten wohl erkennt, wer seine feste Stütze und sein festester Beschützer ist. Der Statthalter schloß mit Ausdrücken des Dankes für die Versicherung der patriotischen Gefühle des böhmischen Volkes und versprach, diese Kundgebungen an den Stufen des Allerhöchsten Thrones zu verdolmetzen.

Sodann zog der Statthalter sämtliche Herren der Abordnung ins Gespräch, ließ sich von ihnen über zahlreiche, die Selbstverwaltung betreffende Fragen, namentlich über die Fragen der Approvisionierung und der Kriegsfürsorge, eingehend informieren und verabschiedete sie in herzlichster Weise mit wiederholten Ausdrücken des Dankes für die schöne patriotische Kundgebung.

# Unsere Kronen.

Eine heraldische Studie über Gebrauch und Bedeutung der Kronen des Herrscherhauses.

Von **Kais. Rat Ernst Krahl**, I. u. I. Hof-Wappenmaler.

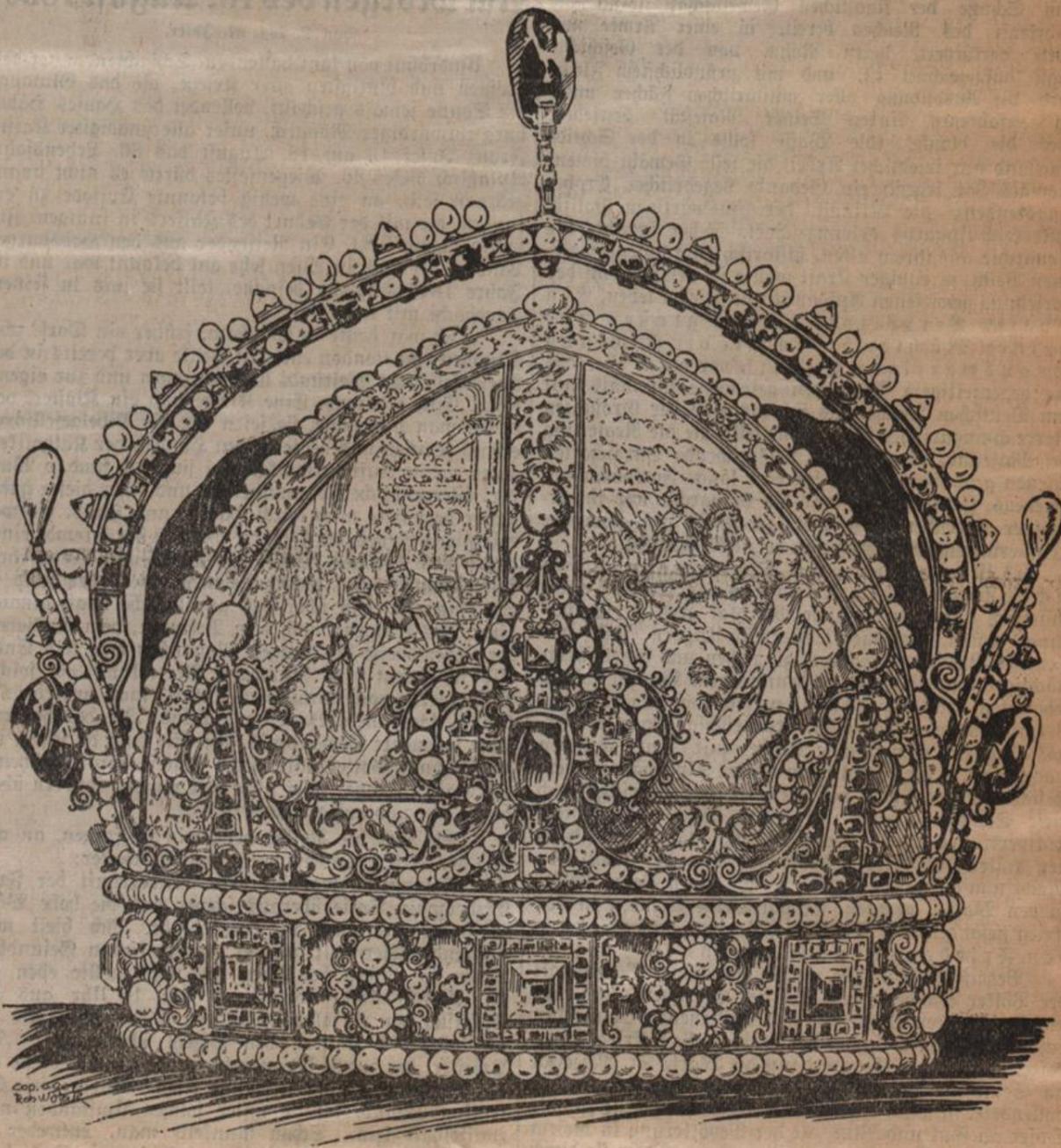
Dem sicherlich bestehenden Wunsche, über dieses schon öfter in Wort und Schrift abteilungsweise behandelte Thema eine möglichst abgeschlossene Aufklärung zu erhalten, versuche ich in folgendem nachzukommen:

Es liegt nahe, daß ich mich in erster Linie mit jenem Kleinod befaße, welches vermöge seiner Bestimmung, seines Alters und seiner hervorragenden Schönheit unsere größte Aufmerksamkeit erregt und von allen Besuchern der Schatzkammer unseres Kaiserhauses mit ehrfürchtiger Scheu bewundert wird.

## Die Kaiserkrone,

gedacht und ausgeführt als Krone des heiligen römischen Reiches, wurde 1804 anlässlich der Erhebung Oesterreichs zu einem Kaisertum zur österreichischen Kaiserkrone erklärt.

Nach den spärlichen Aufzeichnungen, die über dieses Kunstwerk vorhanden sind, erscheint es geboten, mit größter Vorsicht unumstößliche Daten aufzustellen, doch steht fest, daß es Kaiser Rudolf II. anfangs 1600 in Auftrag gab und das Jahr der Fertigstellung nach der im Innern des Kronenreifes angebrachten Jahreszahl zu schließen, 1610 gewesen sein muß. Ein Blick auf dieses Kronjuwel belehrt uns, daß die Arbeit eine jahrelange gewesen ist; die geschichtlichen Darstellungen der seitwärts eingesetzten Mytra sind eine glänzende und langwierige Arbeit der Goldschmiedekunst und stellen sich würdig an die Seite der vornehmsten deutschen Treibarbeiten. Zweifellos wurde die Krone nicht, wie vielfach angenommen wird, in Prag ausgeführt, sondern es dürfte vielmehr der Schöpfer derselben der Augsburger Goldschmied David Ahlensteller gewesen sein. Die seinerzeitigen Anschaffungskosten sind ganz unbekannt, nur in einem Inventarium der kaiserlichen Schatzkammer im 8. Jahrhundert wird sie mit einem Betrag von 700.000 Talern bewertet.



der Große mit derselben immer und überall abgebildet, in Wirklichkeit hat er sie nie getragen, es ist eine südtalientische Arbeit aus dem 11. Jahrhundert und es soll das Oktogon durch Heinrich den Heiligen (1002 bis 1024) dem Burgundenkönig Rudolf dem Faulen abgejagt worden sein und Konrad II. den mächtigen Biegel darauf gesetzt haben.

Warum nun die Rudolfinerkrone des öfteren als „Hauskrone“ bezeichnet wird, ist nicht bekannt, wohl wurde sie zur Kaiserkrönung nie verwendet, sondern nach den in der Schatzkammer erliegenden Akten nur ein einziges Mal anlässlich der Krönung Kaiser Josef II. 1774 zu Frankfurt vorangetragen, aber mit Rücksicht auf den Umstand, als Kaiser Franz I. eine wirkliche Hauskrone anfertigen ließ, ist anzunehmen, daß dieser Monarch die von Rudolf gefertigte, sagen wir Gabsburgerkrone nicht als Hauskrone anerkannte. Im Inventarium der kaiserlichen Schatzkammer vom Jahre 1758 heißt es: „Kasten 13, ein Zircron von Silber und vergoldetem Blech, welche in der Rundung mit acht Laubern versehen ist. Mit dieser Cron haben sich Seine Majestät Franciscus I. glorreichen Gedächtnisses bei der Krönung zu Frankfurt anno 1745 als einer Hauskrone bedient.“

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Rudolfinerkrone, wie schon erwähnt, aus reinem Golde hergestellt ist und nach einem Inventarium der kaiserlichen Schatzkammer ein Gewicht von 1189 Kronen hat. Neben dem in der Mitte hingezogenen Bogen befinden sich die beiden der Mytra entnommenen mit Treibarbeiten versehenen Seitenstücke, die Einfassung der letzteren ist mit zollbreiter Emaillierung versehen. Der Reifen ist im ganzen bis zum Kreuz mit 194 größeren und kleineren Diamanten besetzt, ferner befinden sich an der Krone zwei sehr große, 60 mittlere und sechs Stück kleinere Rubine, die sämtlich orientischer Herkunft sind. Auf dem Kreuze erscheint ein selten großer, ungeschliffener Saphir und endlich sind an der Krone 693 Perlen, 10 große Tropfen und verschiedene kleinere Perlen angebracht.

Während nur wenige historische Daten und Ereignisse, die österreichische Kaiserkrone betreffend, bekannt sind, ist das Material über

## die ungarische Königskrone

außerordentlich reichhaltig. Zwei mächtige Faktoren bedingen den gewaltigen Unterschied des existierenden Materials: Erstere ist nämlich um 577 Jahre jünger als letztere und ruhte während der drei Jahrhunderte ihres Bestehens — von einigen Reisen nach Frankfurt abgesehen — immer an ein und demselben Platze, letztere hingegen war wiederholt ein Spielball im politischen Kampfgetriebe und mußte infolge des öfteren Wechsels der Herrscher auch viele Wanderungen durchmachen. Dazu kommt noch, daß sich im Jahre 1880 eine Kommission, bestehend aus den hervorragendsten Fachmännern, an der Spitze Arnold Jpolvi v. Pulszky, Direktor des Nationalmuseums in Budapest, zusammensand, um die ungarische Krone in bezug auf ihre äußere Gestaltung genauestens zu reproduzieren und sämtliche historischen Daten in einem Werke festzustellen. Am 9. Mai 1880 wurden seitens dieser Kommission, im Beisein des Primas von Ungarn, des Kronhüters, von Ministern, Hofwärtenträgern und Abgeordneten die Siegel gelöst, die Schlösser geöffnet und die Krone von ihrem Aufbewahrungsorte — der Schatzkammer — in die Ofner Burg übertragen, woselbst sie photographiert, gemessen und genauestens beschrieben wurde. Unter Beobachtung des bei der Uebertragung üblichen Zeremoniells wurde die Krone auch wieder in die Schatzkammer zurückgebracht. Es ist bekannt, daß Papst Silvester II. im Jahre 1000 dem hl. Stefan die Krone als Zeichen der Dankbarkeit für die Einführung des Christentums in Ungarn überhandte. Weniger bekannt dürfte sein, daß laut päpstlicher Bulle die Krone ursprünglich gar nicht dem König Stefan, sondern dem Polenfürsten zugehört war. Unüberwindliche Hindernisse stellten sich der Uebergabe der aus Rom gesandten Krone an den Polenfürsten entgegen und es wurde dieselbe daher durch ungarische Delegierte an Stefan, für die Befehrung der Ungarn übergeben. Welcher Art die Hindernisse waren, die die Uebergabe an den Polenfürsten nicht gestatteten, sind in der Bulle nicht angeführt. Daß die Krone in der Tat direkt von Rom gekommen war, bestätigt ein berühmter, glaubwürdiger Historiker jener Zeit, nämlich Bischof Thietmar von Merseburg. Der jetzt obere, ältere Teil der eigentlichen Stefanskronen bestand aus einem halbkugelförmigen Kopfteile, also einer Art Goldblechhaube, mit einem Stirnreifen herum. Darüber befanden oder befanden sich zwei breite, herabgebogene, gekreuzte Bänder, auf deren gemeinsamer Kreuzungsplatte das Bild des Erlösers in Emailfarben angebracht ist. Auf den vier herabhängenden Bändern sind die Abbildungen je zweier Apostel, ebenfalls in Email ausgeführt, und zwar: Petrus, Paulus, Johannes, Jakobus, Andreas und Philippus. Früher befanden sich auf dem halbkugelförmigen Kopfteile zwischen je zwei Bändern ebenfalls Emailbildnisse von Aposteln. Als jedoch die alte Krone in die neue byzantinische hineingesetzt wurde, mußte man den am Kopfteile angefügten Stirnreifen wegnehmen und bei dieser Gelegenheit entfernte man auch die vier zwischen den Bändern befindlichen Figuren. Die neue byzantinische Krone zeigte einstmals einen offenen Reifen, welcher abwechselnd mit bogenförmigen und spitzen Platten, die sich seitwärts verjüngen, besetzt war, dann ist der Reifen rückwärts von einer Bogenplatte, seitwärts davon aber, bis zur Mitte, mit Perlen besetzt...

Treten wir der Frage ein wenig näher, warum Kaiser Rudolf II. diese Krone überhaupt anfertigen ließ, so könnten zwei seiner hervorragendsten Eigenschaften als Triebfeder dafür ins Auge gefaßt werden. Sein Sinn für Kunst und kunstgewerbliche Prunkstücke wirkte nicht bloß befruchtend auf die Goldschmiedekunst im allgemeinen, sondern dürfte auch den Gedanken in ihm zur Reife gebracht haben, seinem Hause ein Insignium von besonderer Schönheit zu schaffen, welches für alle Zeiten Verwendung finden sollte. Weit mächtiger aber mag etwa bei dem glaubensstrengen Fürsten der Wunsch gewesen sein, neuerdings eine Krönung durch den Papst in Rom anzustreben, die seit mehr denn 100 Jahren nicht mehr stattgefunden hatte. Kaiser Max (1493—1519) war der letzte, welcher mit der Absicht gen Italien zog, um sich dort krönen zu lassen, verblieb aber in Trient und rief sich dort selbst zum Kaiser aus.

Daß es zu einer Kaiserkrönung seitens Rudolfs II. durch den Papst nicht kam, dürfte vielleicht dem Umstande zuzuschreiben sein, daß dieser Monarch schon 1612, also kaum zwei Jahre nach der Fertigstellung der Krone, starb. Der Gedanke eines solchen Wunsches drängt sich einem bei der Besichtigung der Krone, besonders von der Seite gesehen auf, denn sie besteht aus dem Oktogon (Kronenreif) und dem hineingesetzten Koronat (Mytra), ohne welche ein Kaiser in Rom nicht

gekrönt werden könnte. Die zu römisch-deutschen Kaisern erwählten Regenten wurden zumeist mit der sogenannten Karolingerkrone (fälschlich Krone Karls des Großen genannt) zu Aachen oder Frankfurt zu Königen gekrönt, zogen dann mit einem königlichen Kronenreif nach Rom, woselbst ihnen vor der Kaiserkrönung die Mytra in die Krone eingesetzt wurde. Schon Konradin (1127—1139) hat die Form seiner Krone daraufhin aufgebaut, zumindest wird ihm eine solche zugeschrieben, desgleichen sehen wir Friedrich III. auf seinem Grabmal von 1492 in St. Stefansdom mit dieser Krone, jedoch im gotischen Stile, abgebildet.

In dem vorerwähnten Sinne der anlässlich der Kaiserkrönungen in Rom in den königl. Reif eingesetzten Mytra, sowie im Sinne der oben genannten Kaiser hat Rudolf II. seiner Krone für alle Zeiten dadurch ein Definitivum verliehen, daß er eine herrlich getriebene Mytra aus Gold schuf und diese mit einem von Diamanten und Perlen besetzten königlichen Reif innig und fest verband. Ob die beiden genannten Konradin- und Friedrichskronen jemals bestanden haben, ist sehr zweifelhaft, denn es ist nicht anzunehmen, wenn dies der Fall gewesen sein sollte, daß davon auch nicht ein Stäubchen mehr vorhanden wäre. Besteht doch voll und unbeschädigt die in unserer Schatzkammer ruhende Karolingerkrone und in Budapest die Stefanskronen, beide fast 1000 Jahre alt. Was die Karolingerkrone betrifft, so wird wohl Karl



Kaisers Ducas, rechts und links aber im Kronreife einerseits das Bild des Thronfolgers des Vorgenannten und andererseits das des Königs Geza, ferner, nach vorne zulaufend die Bildnisse des Demetrius, des Kosmas und Damian und schließlich der Erzengel Michael und Gabriel. Endlich hängen rechts und links je vier Kettchen herunter und an diesen in Kleeblattform gefasste Steine; ein ebensolches Kettchen hängt rückwärts. Trotz dieser Vereinigung zweier Kronen wurde dieselbe ausschließlich „Stefanskronen“ genannt und als solche gehalten; die späteren Könige aus dem Hause Arpad trachteten darnach, nur mit dieser Krone gekrönt zu werden.

Mit dieser „Stefanskronen“ hat sich die Wichtigkeit und Wirksamkeit des ungarischen Staatsrechtes gebildet; die Gesetze des Landes wurden mit dieser corona Stephani angerufen, sie bildete den Ausruf der königlichen Macht, des Gesetzes und des Rechtes. Jeder Fürst, der mit dieser Krone gekrönt war, hatte dadurch die Anerkennung und Legitimität seiner Würde nicht nur im Lande, sondern außerhalb desselben erhalten. Nach dem Aussterben der Arpaden wurde die Krone geraubt und der damalige Papst ließ eine neue verfertigen und durch seine Abgesandten überbringen, mit welcher Karl aus dem Hause Anjou gekrönt wurde.

Später ließ sich Karl mit der mittlerweile wieder aufgefundenen alten Krone neuerdings krönen.

Königin Elisabeth ließ 1440 die Krone, die damals in Wisegrad aufbewahrt wurde, durch ihre Kammerfrau Helene Kattauer im Vereine mit deren Geliebten Dedón Kuticz für ihren Sohn rauben. Zu gleicher Zeit genas die Königin eines Knäbchens namens Ladislaus Posthumus, dieses wurde am 15. Mai 1440 zu Stuhlweissenburg mit dieser geraubten Krone gekrönt. Aber alles nützte nichts, Wladislaw von Polen wurde von den Unionisten ins Land geholt und zum König von Ungarn gekrönt. Da die echte Krone aber nicht zu haben war und Friedrich IV., bei welchem man sie verpfändet hatte, dieselbe nicht herausgab, so ließ sich Wladislaw I. mit jener Krone krönen, welche als Dekoration auf dem Reliquienschreine Stefans des Heiligen lag. Erst Matthias I. ließ sich nach Wiedererlangung dieses kostbaren Kleinodes, um die volle Würde eines Königs zu erlangen, mit demselben krönen und erließ sodann genaue Gesetze über die Aufbewahrung desselben, welche auf dem Reichstage zu Ofen 1464 stipuliert wurden. Die Krone mußte in der Schatzkammer zu Ofen aufbewahrt werden und es wurden zu diesem Zwecke zwei Kronhüter ernannt.

Nach der Schlacht bei Mohacz (1527) war die Krone in Wisegrad in Obhut des Johann Zapolya, der sich mit derselben krönen ließ und somit legaler König von Ungarn wurde unter dem Namen „König Johann“. Später wurde die Krone wieder nach Wisegrad gebracht und nun ließ sich Ferdinand I. von Oesterreich mit derselben krönen. Der Kronhüter Berenyi wurde samt der Krone vom Sultan Soliman gefangen genommen, wodurch sie in den Besitz des letzteren gelangte. Sultan Soliman schenkte sie aber dem König Johann Zapolya zurück und nach dessen Tode kam sie in den Besitz seiner Gattin, der Königin Isabella. Der mittlerweile eingetretene Friede veranlaßte die Königin Isabella, die Krone — und somit auch die Macht — an Ferdinand I. auszuliefern, der durch nicht weniger als zwanzig Jahre zu gleicher Zeit mit Johann Zapolya gekrönter König von Ungarn war.

Später brachte man das so viel umstrittene Kleinod nach Wien und Prag, von wo es zunächst provisorisch zur Krönung, sodann aber definitiv nach Preßburg überführt wurde. Auch nach Kaschau und Eperjes wurde die Krone zur Aufbewahrung gebracht. Bemerkenswert ist, daß sich Josef II. mit der Krone nicht krönen, sondern sie 1784 in die Schatzkammer nach Wien bringen ließ.

Später fühlte er sich veranlaßt, sie (1790) nach Ofen zurückstellen zu lassen. Anlässlich der französischen Kriege wurde die Krone an den denkbar verschiedensten Orten der Sicherheit wegen aufbewahrt. Zur Zeit der Revolution 1848 hatte L. Kossuth die Krone bei sich, als er aber das Land verlassen mußte, vergrub er sie an der Grenze bei Orsova. Hierauf kam sie nach Wien, um endlich ihren hoffentlich dauernden Ruheplatz in Ofen unter dem Schutze der Kronenwache gefunden zu haben.

Eine eigentümliche, vollständig abweichende Gestaltung hat die böhmische Königskrone; den goldenen Kronenreife zieren vier mächtige Lilien und zwei mit Steinen besetzte Bögen, sie wurde nach dem Muster der französischen Königskrone, Mitte 1400 durch die Gemahlin Kaisers Karl IV. mit Benützung des Materiales der böhmischen Herzogskrone, Wenzel des Heiligen, hergestellt.

Ein prächtiges Kleinod, wohlverwahrt, gehütet und geschützt in der Schatzkammer des Chorberrnstiftes Klosterneuburg, ist der von dem Hoch- und Deutschmeister Erzherzog Maximilian III. 1616 dorthin zur dauernden Aufbewahrung übergebene

**niederösterreichische Herzogshut.**

Er besteht aus einem mit sieben tiefen Einschnitten versehenen (gelappten) Hermelinreife, aus welchem eine purpurrote Samtkappe hervorragt. Zwischen jedem der Hermelineinschnitte steht ein, oben mit einer prachtvollen Perle geschmückter, goldener, von Steinen und Perlen besetzter Keil. Die ebenfalls mit Perlen und Rubinen besetzten Kronenbügel sind vierkantig, auf deren Kreuzung als Reichsapfel ein großer, kreisrunder Saphir steht. Wesentlich verschieden ist jene Krone, welche seit Jahrzehnten unsere kaiserliche und königliche Hoheiten führen, sie gleicht vollkommen der allgemein bekannten Königskrone sowie jener der Großherzoge und fürstlichen Herzoge; sie besteht aus fünf sichtbaren Blättern am Kronenreife und fünf Spangen, auf der Kreuzung mit einem blauemaillierten und mit einem goldenen Kreuz gezierten Reichsapfel. Ein Unterschied bestand nur darin, daß die Königskrone ohne eingesezte Purpurkappe, also offen alle anderen Kronen teils halb,



teils ganz mit Purpur ausgefüllt waren. 1884 erklärte der Großherzog von Mecklenburg, anlässlich einer Neuaufstellung seines Wappens, durch Professor Emil Doepler d. J.: die Purpurkappe hat zu entfallen, denn eine königliche Hoheit hat eine offene Krone zu führen.

In demselben Sinne entschied wenige Jahre später Se. Majestät Obersthofmeisteramt, anlässlich einer Arbeit für einen Herrn Erzherzog: „eine kaiserlich und königliche Hoheit habe eine offene Krone zu tragen.“ Tatsächlich ist seit dieser Zeit nie mehr eine erzherzogliche Krone, für was immer für Zwecke, anders als ohne Purpur ausgeführt worden.

Als die Gemahlin weiland des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand zur Herzogin erhoben wurde, entstand die Frage, welche Krone die Hoheit zu führen habe? Der Verfasser hatte damals mit dieser Angelegenheit lebhaft zu tun und wurde dieselbe im Einverständnis mit Sr. kaiserl. Hoheit, dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog-Gemahl und den Hofämtern dahingehend gelöst, daß die Krone der „Erzherzoglichen“ vollkommen gleich zu gestalten sei, nur mit dem Unterschied, daß die Krone Ihrer Hoheit (im Gegensatz zur kaiserlich und königlichen Hoheit) ganz geschlossen, das heißt: mit Purpur ausgefüllt werden muß. Gleichzeitig wurde dem Abteilungsdepartement des k. k. Ministeriums des Innern diese Angelegenheit zur Kenntnismahme unterbreitet.

Ursprünglich bestand die Königskrone, wie schon erwähnt, nur aus einem goldenen oder vergoldeten Reife mit aufgesetzten Blättern ohne Bügel, welche letztere erst im 15. Jahrhundert erscheinen. Der ältere Herzogshut unterschied sich dadurch, daß er anstatt des goldenen, mit Blättern versehenen Kronenreifes einen ausgezackten (gelappten) Hermelinreife aber die fünf Bügel zeigt. Genau dieselbe Form hat der Fürstenhut, jedoch mit nur drei sichtbaren Bügeln, einen in der Mitte und je einen an den Seiten oben an der Kreuzung von einem blauemaillierten Reichsapfel und dem Kreuz zusammengehalten. Bis ins 15. Jahrhundert waren nur die Kaiser-, Königs- und Helmkrone bekannt, welche letztere in ganz alten Adelsdiplomen als „königl. Cron“ bezeichnet und seither als ausgesprochenes Zeichen des Adels angewendet wird; wir haben seit Jahrhunderten nur wenige Adelsdiplome in welchem die altherwürdige Dreiblätterkrone auf dem Helm nicht ruht, es ist daher auch ganz falsch, wenn der Adelsstand, in vollständiger Verleugnung des Wertes dieser Dreiblätterkrone eine Fünfperlenkrone als Standeskrone führt oder der Ritterstand vermeint, sich durch diese Krone von dem einfachen Adel unterscheiden zu müssen. Beide, Adel- und Ritterstand haben richtig, wenn sie die Krone allein besitzen, die Dreiblätterkrone zu führen, eine fünfperlige oder Ritterstandskrone existiert ministeriell überhaupt nicht.

Noch haben wir einer Krone zu gedenken, welche zwar durch die Abtretung des lombardisch-venetianischen Königreiches 1866 aus dem österreichischen Wappen entfällt, jedoch durch die Fortleitung des mit derselben verbundenen österreichischen Ordens das größte Interesse besitzt, es ist die

**„Eiserne Krone“.**

Ein breiter, rechteckiger Reifen aus Gold, grün emailliert mit Steinen und emaillierten Ornamenten geschmückt, welcher innen durch einen Eisenreife, angeblich aus einem Nagel vom Kreuze Christi geschmiedet, zusammengehalten wird.

Mit dieser Krone sind die lombardischen Könige gekrönt worden, ebenso Napoleon I. 1805 und Ferdinand I. von Oesterreich als Regenten der Lombardei.

Das neue italienische Staatswappen von 1890 zeigt diese Krone, welche in der Schatzkammer der Kirche von Monza bei Mailand aufbewahrt ist. Kaiser Napoleon gründete nach seiner Krönung zum König von Italien zum Andenken daran den Orden der Eisernen Krone.

Mit Napoleons Abdankung im Jahre 1814 und der Auflösung des Königreiches Italien erlosch der Orden.

Als jedoch Kaiser Franz I. von Oesterreich in den Besitz seiner italienischen Staaten trat, beschloß er, diesen Orden, jedoch entsprechend verändert, wieder ins Leben zu rufen.

Die feierliche Wiederherstellung des Ordens der Eisernen Krone geschah am Geburtstag des Kaisers in Mailand am 12. Februar 1816 unter dem Namen: „Oesterreichischer Orden der Eisernen Krone“.

**Abonnementbedingungen:**  
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:  
 Wöchentlich 60 h,  
 monatlich K 2.00, vierteljährlich K 7.80  
 Zum Abholen in den Filialen, in allen  
 Tabak-Prämissen und Verkaufsstellen:  
 Monatlich K 2.00.  
 Böhmen und Ungarn:  
 Monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—  
 bei freier Zustellung durch die Post.  
 Deutschland: Vierteljährlich K 12.—.  
 Für alle anderen dem Weltpostverein  
 angehörenden Länder: Vierteljährlich K 15.—.  
 Abonnements werden angenommen  
 in der Administration, V. Bräute  
 Wienzeile 97, und in den Filialen:  
 I. Schulerstraße 18, Telefon 9191  
 II. Sagmanitzgasse 30, Tel. 40285  
 X. Wielandplatz 5, Telefon 56264  
 XIV. Blumingerplatz 6, Tel. 88187  
 XVI. Gnausgasse 34, Telefon 24141  
 XVII. Sadnergasse 22, Telefon 17115  
 Für die an fremde Austräger oder  
 Verfallener bezahlten Beträge leisten  
 wir keine Garantie.  
 Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

# ung

terreich.

er nachmittags.

XXVIII. Jahrgang.

## Arbeiterzeitung

19

### Die nationale Unterscheidung.

In seiner großen Rede am 5. Juni, in der er mit seinen alldeutschen Gegnern abrechnete, sprach der Reichskanzler auch folgende Worte: „Immer wieder heißt es: Dieser Reichskanzler stützt sich ja nur auf die Sozialdemokratie und auf einige pazifistisch angehauchte Versöhnungspolitiker. Soll ich in diesem Kriege, wo es nur Deutsche gibt, mich an Parteien halten? Wohl weiß ich es, daß die Unterscheidung zwischen nationalen Parteien und anderen in den politischen Kämpfen vor dem Kriege viel bedeutet hat. Aber es wird doch die schönste Frucht sein, die dieser Krieg uns im Innern bringt, daß wir die Unterscheidung in Zukunft endgültig fahren lassen, weil sie keine Berechtigung mehr hat, weil sich das Nationale eben von selbst versteht.“ Daß diese Erklärung des Reichskanzlers bei den Parteien, die gewohnt sind, mit dem Nationalismus Geschäfte zu machen, großes Mißbehagen hervorgerufen hat, ist nicht unbegreiflich. Jene „Unterscheidung“ ist eine bössartige Erbschaft aus den Zeiten Bismarcks, der überhaupt jeden, der ihm nicht bedingungslos folgte, als „Reichsfeind“ denunzierte; zu den Reichsfeinden der Bismarckschen Ära gehörten ebenso die bürgerlichen Freisinnigen wie das ganze Zentrum, und Politiker, die von ihren Parteien heute noch als die bedeutendsten Vertreter ihrer Richtungen verehrt werden, wie etwa der Fortschrittshörer Eugen Richter und der Zentrumsführer Ludwig Windthorst, waren unter Bismarck geächtet, galten als der Inbegriff der Reichsfeindschaft. Die Unterscheidung ist dann das beliebteste, schließlich das einzige Kampfmittel gegen die Sozialdemokraten geworden. Mit ihr bewaffnet, konnte man den organisierten Arbeitern das politische Recht bestreiten, ihren wirtschaftlichen Aufstieg hindern; in der äußerlichen Form des Rechtsstaates, der auf dem Grundgedanken des gleichen Rechtes für alle Bürger beruht, stand die Sozialdemokratie doch immer unter einem zwar nicht verkündeten, wohl auch gezeugneten, aber stets fühlbaren Ausnahmestand. Verwaltung und Rechtsprechung waren, wie der Ausdruck lautet, darauf eingestellt, daß die Sozialdemokraten antinational seien, als Reichsfeinde erkannt werden müssen und demgemäß zu behandeln sind. Die Unterscheidung zwischen den „nationalen“ Parteien und den „anderen“ war für die Feinde der Arbeiter geradezu die unentbehrliche Ausrüstung; konnten sie doch mit ihr alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Arbeiter befrieden — was sie dann den Kampf gegen die „antinationale“ Sozialdemokratie nannten. In unserem lieben Oesterreich haben wir ja daselbe, wenngleich in vergrößerter Nachahmung, erlebt: der Arbeiterfeind, der der Arbeiterfeindschaft den politischen und sozialen Fortschritt mißgönnt, kann seine arbeiterfeindliche Gesinnung als nationale Besorgnis, als nationale Strammheit ausgeben. Er kann es, und so tun es ja alle. Man begreift danach, wie peinlich es den Nutznießern dieser Unterscheidung war, als der Reichskanzler, aus der Rechtschaffenheit

seiner Gesinnung heraus, dieses häßlich-gehasste Schlagwort in die Versenkung warf.

Das Wort, daß diese Unterscheidung fortan nicht gelten kann und nicht gelten darf, sikt nun den preussischen Konservativen, die auf ihr ihren Anspruch aufbauen, daß sie die Herren im Lande bleiben müssen und die Regierung ihren Herrschaftsanspruch wahre und vertrete, tief im Gemüt. Zwei ihrer Hauptlinge haben sich in den letzten Tagen mit ihr auseinandersetzen gesucht. Der berühmte Herr v. Seydebrand hielt in Frankfurt eine Rede, in der er zuerst die bekannten scharfmacherischen Ideale auf Ausdehnung des Krieges und ungehemmtes Erobern vortrug, dann das verächtliche Klassenwahlrecht als „der Eigenart des preussischen Staates angepaßtes Wahlrecht“ pries, das man deshalb erhalten müsse, und schließlich seine Stellung zur Sozialdemokratie darlegte. Er meinte: „Wenn man in einem Hause mit anderen wohnt und mit ihnen gemeinsam einen Brand im Hause löscht, darf man freilich später nicht so tun, als kenne man die anderen nicht. Aber die Sozialdemokraten halten voll die Grundsätze ihres Programms aufrecht; sie bleiben international, sie wollen nach wie vor die ganze Welt verbrüdern. Die Scheidung zwischen nationalen und antinationalen Parteien darf nicht zum alten Eisen geworfen werden.“ Ein zweiter konservativer Führer, der Graf Westarp, legt in einem Briefwechsel, von dem er selbst wünscht, daß er an die Öffentlichkeit gelange, folgende Auffassung dar:

Wenn ein ganzer Gedankenkreis, wie der frühere Gegensatz der Sozialdemokratie zu den bürgerlichen Parteien, in ein einheitliches Schlagwort zusammengefaßt wird, so gibt das natürlich zu Beanstandungen sehr leicht Anlaß, weil ein solches Wort das, was es alles umfassen soll, unmöglich vollständig decken kann. Die Bezeichnung der deutschen Sozialdemokratie als einer „nicht nationalen“ Partei ist durch die Betätigung ihrer Anhänger im gegenwärtigen Weltkrieg hinfällig geworden. Aber die Leute sind nach wie vor Republikaner, mehr noch, sie sind Sozialisten. Und da sie als solche die Monarchie und die bürgerliche — auf dem freien Privateigentum beruhende — Gesellschaftsordnung beseitigen wollen, die die Grundlagen des heutigen Deutschen Reiches sind, so sind sie wohl nicht eigentlich „national“. Immerhin, das Wort „antinational“ möge fallen. Aber ihre Bestrebungen sind republikanisch, antimonarchisch, auf die Verbeisführung einer Herrschaft der Masse gerichtet. Also muß der Gegensatz der konservativen Partei zur Sozialdemokratie unüberbrückbar und unverwischbar bleiben.

Die Sozialdemokraten würden sich auch schönstens dafür bedanken, daß dieser Gegensatz verwischt werde... Ueber den Kniff, nun den Gegensatz zwischen „monarchisch“ und „republikanisch“ vorzuschieben, braucht nicht gesprochen zu werden; bemerkt sogar die (Münchener) „Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung“, die von jenem Briefwechsel Nachricht gibt, der Vorwurf, daß sie „republikanisch“ sei, werde die Sozialdemokratie wohl kaum anfechten, da es auch bürgerliche Republikaner, ja in Deutschland sogar drei bürgerliche Republiken als Bundesstaaten gibt. Uns interessiert mehr, was das Bürgerturn in Deutschland den Junkern antwortet. Die „Frankfurter Zeitung“ antwortet Herrn v. Seydebrand, der große Kriegsziele nach außen, nach innen so gut als gar keine besitzt, mit folgenden deutlichen Worten: „Einem aber muß man schon jetzt mit Entschiedenheit widersprechen, der Art und Weise nämlich, wie Herr v. Seydebrand die Sozialdemokratie und ihre Entwicklung bewertet. Wie? Nach dem, was das deutsche Volk in allen Klassen und Parteien in dieser Zeit geleistet hat, soll der politischen Vertretung der überwiegenden Masse des Arbeiterstandes nicht die innere Gleichberechtigung zuerkannt, es soll nach den ausdrücklichen Worten des konservativen Redners „die Scheidung zwischen nationalen und antinationalen Parteien nicht zum alten Eisen geworfen werden“; noch immer nicht? Wir möchten aber den Politiker sehen, der es wagen wird, Bürgern, die im Schützengraben gelegen haben, die vaterländische Gesinnung abzusprechen! Solche Unmahnung braucht man nicht mehr zu widerlegen; die Zukunft wird sie wegwischen wie Spinnweben der Vergangenheit.“ Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, ein gemäßigt liberales Blatt, erklären ihm: „Sogar die alte, längst überlebte Scheidung zwischen nationalen und antinationalen Parteien will Herr v. Seydebrand aufrecht erhalten: die Sozialdemokratie antinational, die übrigen Parteien national. Das verlebende, den Parteikampf vergiftende Schlag-

# Eine sozialdemokratische Masseneingabe.

Die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie veranstaltet eine Masseneingabe an den Reichskanzler. Wir haben kurz bereits über die Forderungen berichtet, die hier aufgestellt werden. Im feindlichen Auslande — wozu wir auch die Spalten eines nicht unbedeutlichen Teiles der Zeitungen neutraler Staaten rechnen müssen — ist man in der üblichen Weise über diese Kundgebung hergefallen und hat in durchaus freier dichterischer Bearbeitung daraus den herkömmlichen Schauerroman von der Verzagttheit und der drohenden Ausruhrgefahr in Deutschland zurechtgefeselt; mit diesem Schicksal muß jedes in der deutschen Öffentlichkeit gesprochene oder gedruckte Wort rechnen. Die Hoffnung auf den inneren Feind der Zwietracht unter den deutschen Volksgenossen war von Anfang an eines der hauptsächlichsten Trugmittel, mit denen die feindlichen Kriegsschürer ihre Völker in das blutige Ringen hineingehebt haben. Und daß dem Feindeszügel der letzte und entscheidende Bundesgenosse aus unserer eignen Mitte heraus noch zu Hilfe kommen werde, daß der „Ausruhr in Deutschland“ das Vernichtungswerk, das die kriegerische Uebermacht an allen Fronten nicht erringen kann, doch noch herbeiführen werde, das ist ein Wahn, der um so eifriger gepflegt wird, je ausfichtsloser jeweils die militärische Lage für unsere Feinde erscheint. Hader und Zank in unserer Volksmittel verlängern also die Kriegsdauer. Dessen muß sich jeder Deutsche bewußt sein, der in der Öffentlichkeit wirkt. Es liegt jedoch nicht in unserer Macht, zu verhindern, daß die Gewissenlosigkeit der berufsmäßigen Lügner und die Torheit und Unbildung der Zeitungsleser in den feindlichen Ländern aus jedem Wort, das bei uns fällt, eine neue Täuschung zurechtzimmern. Selbst wenn bei uns alles still und stumm bliebe, so daß es keine deutschen Neußerungen mehr zu verdrehen gäbe, so würden solche eben von Reuters und Havas und Genossen erfunden werden. Schon heute spielen Reden deutscher Staatsmänner, die niemals gehalten worden sind, und Vorgänge in unserer Heimat, die sich nie ereignet haben, die hervorragende Rolle in dem feindlichen Feldzuge gegen den gesunden Menschenverstand. Deshalb brauchen wir die Rücksicht auf jene ausländischen Verdrehungskünstler nicht so weit zu treiben, daß wir auf jede ernsthafte öffentliche Erörterung verzichten. Wir dürfen darauf gar nicht verzichten. Gerade die hier erwähnte Kundgebung der deutschen Sozialdemokratie, die in der feindlichen Presse so maßlos entstellt worden ist, beweist dies:

Wir geben den Wortlaut dieser Masseneingabe an den Reichskanzler weiter unten

wieder. Unsere Leser ersehen daraus, daß die Eingabe geplant ist als eine Gegenkundgebung gegen die von einer bestimmten Gruppe „eroberungslüsterner Politiker“ vertretene Meinung, „daß des Kanzlers Kriegswille dem Volke viel zu schwächlich, seine Kriegsziele bei weitem unzulänglich seien“. Demgegenüber stellen die Sozialdemokraten drei Voraussetzungen für einen für uns annehmbaren Frieden auf, die sich im wesentlichen mit den Forderungen decken, die der Kanzler im Reichstage in allgemeinen Zügen aufgestellt hat. In allgemeinen Umrissen sind auch diese sozialdemokratischen Richtlinien gehalten. „Unversehrtheit des Reichsgebietes, Erhaltung der politischen Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit“ verlangen sie. Daß sie sich in diesen Grundsätzen einig wissen mit den Absichten unserer Reichsleitung, das wollen die Sozialdemokraten damit natürlich nicht ausdrücklich kundtun. Ihr Verlangen geht dahin, daß Herr von Bethmann Hollweg das Kriegsziel „bestimmter als bisher“ so bezeichne, wie die oben mitgeteilten drei Grundforderungen es ausdrücken.

Unsere Reichsleitung hat auf dieses Verlangen schon bei früheren Gelegenheiten eine ausführlichere Antwort erteilt, als es die Fragestellung der Eingabe erkennen läßt. Wenn hier die Frage damit begründet wird, wir hätten die Pflicht, „selbst zu sagen, welche Ziele Deutschland dem Kriege steckt“, so ist dabei außer acht gelassen, daß unsere leitenden Staatsmänner schon mehrfach in aller Form verkündet haben, daß Deutschland zum Friedensschluß bereit ist, sowie unsere Feinde von ihrem finsternen Trachten ablassen, uns alle die drei Lebensbedingungen, die die sozialdemokratische Eingabe erwähnt, mit Gewalt zu rauben. Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß unsere Reichsleitung ihre friedfertige Absicht geändert haben sollte. Ebenso sicher aber ist es, daß die Feinde immer noch alles daran setzen, ihre bösen Absichten gegen uns zu verwirklichen. Die jehigen allgemeinen Anstürme gegen die deutschen Verteidigungsfronten in allen Windrichtungen sprechen noch deutlicher den immer noch unveränderten Vernichtungswillen unserer Gegner aus, als die hastriessenden Niedrigkeiten in den Reden ihrer Staatskenter. Unsere Heimat weiß sich in begeisterter Dankbarkeit sicher in der Hut unserer unzertrennlichen Behrmacht. Und es ist auch im Grunde genommen ein außerordentlich günstiges Zeichen für das allgemeine Gefühl wohlberechtigten Vertrauens, daß man bei uns zu Hause so viel Zeit und Gedanken frei hat für die Austragung der heftigsten Meinungsstreitigkeiten. Aber es ist nicht deutsche Art, sich selbst hinwegzutäuschen über die Schwere der zu bewältigenden Aufgaben durch leichtfertige Ueberheblichkeit. Und ist von diesem Gesichtspunkte aus die entscheidungsschwere Gegenwart, in der wir allem Anscheine nach den Höhepunkt des Völkerringens überwinden müssen, der rechte Augenblick, um von unserer Reichsleitung zu verlangen, sie möge sich auch auf die Einzelheiten ihres Kriegszieles festlegen? Dienen wir damit unsern kämpfenden Brüdern draußen an der Front, wenn wir den Feinden jetzt die Sicherheit geben, daß ihr Einfluß im blutigen Spiel nicht größer werden würde, auch wenn sie es immer weiter trieben? — Nein! Sie sollen wissen, daß sie durch ihre eigene Schwächung bei uns die Macht und den Willen vermehren, für die unerhörten Opfer, die ihre Abwehr uns auferlegt, eine vermehrte Zukunftssicherheit unserer Volkskraft durchzusetzen. Wie dürfte ein deutscher Staatsmann den Feindeszügel von der Befürchtung entlasten, daß die weitere Verlängerung des Krieges die Feinde mit wachsenden Nachteilen bedrohen kann?!

Von einer höheren Warte aus darf man auch diesen Gesichtspunkt der seelischen Beeinflussung der Feinde nicht außer acht lassen, wenn man den Stab zu brechen versucht ist über die in Ausdruck und Inhalt ja gewiß vielfach über das Ziel hinauszutretenden Neußerungen des „Machtstrebens der Eroberungspolitik“. Man ist bei uns zurzeit allzu sehr geneigt, nur die Möglichkeit des Aufspeichens der Kriegswut in den gegnerischen Ländern in allen „Internationsplänen“ zu sehen. Auch in unseren führenden Kreisen macht sich eine recht starke Empfindlichkeit in dieser Hinsicht bemerkbar. Bismarck hat sich in mündlichen und schriftlichen Neußerungen oft über das Gegenteils beklagt. Er hat es bedauert, daß die Gefügigkeit der Franzosen gegen seine Friedensbedingungen nicht gefördert worden ist durch das laute Verlangen seiner Deutschen nach noch viel weitergehenden Zugeständnissen, die vom Feinde verlangt werden sollten. Die Zeiten sind heute anders. Sie mögen auch andere Mittel erfordern. Aber das eine ist gewiß: eine Friedensgeneigtheit im Feindeslager würde alles andere als gefördert werden, wenn wir dem ferneren Kriegsverlauf keinen Einfluß auf die Gestaltung des Friedens zusprechen wollten.

Deutschland ist zum Frieden bereit. Unsere Reichsleitung würde lieber heute als morgen

das blutige Ringen endigen. Denn unser erstes Kriegsziel ist erreicht. Deutschland ist bewahrt geblieben vor dem Ueberfall des Feindeszügels. Daß die Feinde es sind, die immer noch nicht absteigen wollen vom blutigen Beginnen, das stellt die sozialdemokratische Eingabe ausdrücklich fest. So müssen denn die Waffen weiter sprechen, bis den Ohren der bedröhten Völker die Rede der Vernunft wieder zugänglich wird. Bis dorthin muß es dabei bleiben, daß, wie es in der Eingabe heißt, gegen Eroberungs- und Niederwerfungspläne seiner Feinde das deutsche Volk geeint zusammensteht.

### Der Wortlaut der sozialdemokratischen Masseneingabe an den Reichskanzler ist folgende:

„In allen kriegsführenden Staaten fordern politische Gruppen — hier größere, dort kleinere —, daß endlich die verantwortlichen Staatsleiter deutlich sagen, welchem Ziel der schreckliche Krieg dient. Aber nirgends wurde dem Verlangen reifliche Erfüllung. Wohl hat Rußland durch den Mund Sazonows bestimmt und scharf umrissen seine Eroberungsziele genannt; sie hießen: die Meerengen von Konstantinopel und Gallizien, vielleicht noch Stücke deutschen Landes. Aber Sazonow ist nicht mehr. Gilt sein Ziel noch? Wohl hat Italien von vornherein einen ausgesprochenen Eroberungskrieg begonnen: große Stücke Land von Oesterreich und die östliche Adriaflüste dazu will es verschlingen. Wohl hat auch die Regierung Frankreichs in aller Form die Niedergewinnung Elsaß-Lothringens als ihr Ziel bezeichnet. Aber England? England, die stärkste Kraft der Entente, kam bis heute nicht hinaus über die unbestimmteste aller Formeln; nur das eine sagt Englands Regierung klar: Deutschland muß niedergeworfen werden!

Gegen Eroberungs- und Niederwerfungspläne steht das deutsche Volk geeint zusammen, aber die Pläne der Feinde entheben uns nicht der Pflicht, selbst zu sagen, welche Ziele Deutschland dem Kriege steckt. Mit der Bestimmtheit und Klarheit, die jede Mißdeutung ausschließt, muß zum Ausdruck kommen, daß das deutsche Volk gleich weit entfernt ist von einer wüsten Gewalt- und Eroberungspolitik, wie von verzagendem Ergeben in Gewaltpläne der Gegner. Wie vom ersten Tage der Krieg unserer Volksmassen war die Einsetzung aller Kräfte zur Verteidigung und Selbstbehauptung, so soll nach ihrem Willen nicht einen Tag länger Krieg geführt werden, wenn dieses Ziel erreicht ist. Unter Abweisung aller Eroberungspläne stehen wir ein für

Unversehrtheit des Reichsgebietes. Erhaltung der politischen Unabhängigkeit. Wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit.

Für dieses Programm können wir ehrlich streiten, redlichen Herzens jedem Kriegsgegner, die Hand darbieten: Schlage ein!, wir fordern nicht mehr, als wir auch gewähren! Und wie solche Redlichkeit, solch ernster Wille, das Lebensrecht aller Völker zu achten, dem deutschen Volksgenossen die stückliche Kraft gibt, der nationalen Selbstbehauptung sich weiter zu widmen, für sie die schwere Kriegsbürde weiter zu tragen, so gibt derselbe ernste Wille uns das Recht, den Anhängern öden Machtstrebens, den Eroberungspolitikern, die das Lebensrecht anderer Völker herabwürdigend und verkürzend möchten, entgegenzutreten und sie anzulagen als Verlängerer dieses schaudervollen Krieges, der Millionen Menschen verschlang.

Kein Frieden um jeden Preis, kein Frieden, der unser Volk zum Schemel der Größe fremder Mächte macht. Aber Frieden, sobald der Feind willig ist, die drei Klauseln zu erfüllen.

Oder ist's nicht etwa an dem, wie wir sagen, steht es etwa gar so, daß mit Recht die Eroberungspolitik sich darauf berufen, die wahre Meinung der Volksmehrheit sei auf ihrer Seite? Wie lernt man die Volksmeinung kennen? Zudem man sie sich ausprechen läßt! Ist's heute nicht möglich, den kräftigsten politisch regiamsten Volksteil zur Aussprache zu berufen, weil er an den Grenzen steht, so ist's doch möglich, die Volksmassen dabeiin, die ununterbrochen mit den Kriegern Fühlung halten, zu hören. Die deutsche Sozialdemokratie schafft Gelegenheit dazu! Sie ladet ein zu einer Masseneingabe an den Reichskanzler. Eine Masseneingabe soll ausdrücken, ob wahr ist, was eroberungslüsterne Politiker behaupten; daß des Kanzlers Kriegswille dem Volk viel zu schwächlich, seine Kriegsziele bei weitem unzulänglich seien, oder ob nicht vielmehr das Volk hinter dem Begehren der Sozialdemokratie steht, die vom Kanzler verlangt, er solle bestimmter als bisher das Kriegsziel so bezeichnen, wie die drei Klauseln der Petition es ausdrücken. Deutlich muß die Volksmasse sprechen, daß sie nicht gewillt ist, Deutschland auf eine Bahn treiben zu lassen, die den Kriegsschrecken unendlich verlängern müßte und an deren Ende mit Gewißheit der Keim zu baldigen neuen Kriegen emporwuchern würde.

Der deutsche Volksgenosse verteidigt das Reich gegen Vergewaltigung. Er will nicht vergewaltigt werden. Er will auch selbst nicht vergewaltigen!“

Spielabteilung gegenübersehen. Man wird also voraussichtlich recht interessante Wettkämpfe zu sehen bekommen, über deren Ausgang sich nichts Bestimmtes voraussagen läßt. Die zur Entscheidung kommenden Spiele sind: W. A. F. gegen Wacker und Rapid gegen Sportklub (beide Hütteldorf); Amateur gegen Sloman (Ober St. Veit); Rudolfshägel gegen Gertsha (Favoriten); Floridsdorf gegen W. A. G. (Floridsdorf).

\* Leichtathletik. Der W. A. F. veranstaltet heute um 2 Uhr nachmittags auf seinem Sportplatz in Hütteldorf Leichtathletische Vorgabe-Wettkämpfe. Das Nennungsresultat war ein recht befriedigendes. Spannende Kämpfe sind zu erwarten. Die zur Entscheidung kommenden Konkurrenzen sind: Laufen über 60, 200, 400, 1000 und 5000 Meter; Weiselaufen über 100, 200, 300, 400 Meter; Krosslaufen über 500 Meter; Diskuswerfen, Hochsprung, Gewerfen.

## Volkswirtschaft.

### Der Staat als Kompagnon.

Vom Reichsratsabgeordneten Emil Kraft.

Von der Wiege bis zum Grabe begleitet den Staatsbürger der Staat als Kompagnon. Schon bei der Geburt ist das Konto des jungen Erdenwallers belastet mit den Kosten der alten Erbschulden, der staatlichen Einrichtungen, an Schulen, Gerichten, Spitälern usw. und mit anderen mehr oder weniger notwendigen Ausgaben. Diese und die stets neuerstehenden Kosten hat der Bürger abzutragen, und zwar nach den verschiedensten Maßstäben und Aufteilungen. So begleiten denn Steuern und Gebühren, als sogenannte Gegenleistungen, den Bürger bis zu seinem letzten Atemzuge als treuer Kamerad — „einen bessern findest Du nit!“ Die Teilhaberschaft des Staates kam aber bisher nur im übertragenen Sinne zum Ausdruck, mit dem kaufmännischen Begriffe des Kompagnons deckte sich bisher die Teilhaberschaft des Staates nicht. Dies soll nun anders werden. Nach dem Kriege, so wird von vielen Seiten verlangt, soll der Staat von dem großen Geschäfte der Volkswirtschaft weitaus mehr kaufmännische Funktionen als bisher übernehmen, und zwar einerseits durch Ausdehnung der Monopole auf weitere Geschäftszweige, andererseits durch Beteiligung bei kaufmännischen Betrieben, großen Industrien, in Syndikaten und Kartellen selbst als wirklicher Kompagnon, als Aktionär und Verwaltungsrat, Genossenschaftler oder wie es sonst die Beteiligungsformen ermöglichen, auftreten.

Die Gründe hiefür sind naheliegend. Für die großen Kosten des Krieges, für seine Abzahlung genügt nicht mehr die Stala aller bisher bekannten Steuerarten, und der Erfindungsgeist alter und junger Steuerentdecker versagt bald an der geringen Höhe der neueinzuführenden Steuern, bald an der Schwierigkeit und Unständigkeit der Erhebung. So will man also den Staat direkt an den Einnahmsquellen mitgenießen lassen, als wirklichen Teilhaber an Zwangssyndikaten, Kartellen und Trusts.

Die Berechtigung hiezu scheint bald begründet. Der Staat führt heute höhere Eisen- oder Kornzölle ein, und morgen sind alle Eisenwerkaktionäre und beinahe alle Landwirte reicher geworden. Freilich sind im gleichen Augenblick die eisenverarbeitenden exportierenden Gewerbe und die landwirtschaftliche Produkte Verzehrenden (das sind so ziemlich alle Bewohner) ärmer geworden. Es ist naheliegend, daß an dem mühelos erworbenen Reichtum der Staat teilnehmen will, und zwar nicht nur in der Form des Steuerträgers. Ober der Staat erschließt durch Erbauung neuer Kanäle und Eisenbahnen großartige Komplexe von Kohlen- und Erzgruben, die einzelne bereichern; auch da wünscht man den Staat als den Mitnuznießer und gleichzeitig als Regler dieser Produktion und ihres Konsums. Diese Aufgabe haben beispielsweise die deutschen Kohlenzwangssyndikate zu erfüllen. Noch viele andere Vorteile werden für die direkte Staatsbeteiligung an Zwangssyndikaten angeführt, zum Beispiel die Sicherung der Betriebe gegen Verluste, die Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Leitung aller gleichartigen Betriebe, die Sicherung der Qualität, also auch des Verkaufes der Fabrikate ins Ausland, die bessere Ausnützung des Auslandsverkehrs und die Förderung des Exports und dadurch die Besserstellung unseres Auslandsgeldwertes, Besserung der Valuta usw.

Im Rahmen eines Artikels ist es natürlich unmöglich, alle Vor- und Nachteile auszuführen, die sich mit einer so gewaltigen Umgestaltungsbewegung des wirtschaftlichen Lebens ergeben. Außerdem sind die Entwicklungsmöglichkeiten unübersehbar, und es muß genügen, wenn zur Beleuchtung des Problems einiges beigetragen wird.

Bedenklich wird diese Entwicklung, die Beteiligung des Staates an Ertragsunternehmungen, vor allem deshalb, weil gewisse Nachteile des Staatsbetriebes in den gemischten Betrieben übernommen werden, und zwar um so mehr, je größer das Einflußgebiet des Staates wächst: Die Schwerfälligkeit der Anpassung, die Unmöglichkeit, sich untauglicher Menschen zu entledigen, und das Anwachsen der politischen Wirkungen. Wegen einer schlechten Wirtschaft

ost.

reich-Ungarns.

**Bezugspreise:**  
 bei täglich zweimaliger Zustellung  
 für Wien:  
 monatlich . . . . . K 8.90  
 vierteljährlich . . . . . 11.50  
 halbjährlich . . . . . 23.—  
 Für Oesterreich-Ungarn:  
 monatlich . . . . . K 4.60  
 vierteljährlich . . . . . 13.50  
 halbjährlich . . . . . 27.—  
 Bei täglich einmaliger Zustellung  
 (das Morgenblatt zugleich mit der  
 Nachmittagsausgabe des vorherigen  
 Tages) für auswärts:  
 monatlich . . . . . K 3.90  
 vierteljährlich . . . . . 11.50  
 halbjährlich . . . . . 23.—  
 Für Deutschland:  
 vierteljährlich Kreuzbandsendung  
 K 16.—  
 und durch die Postämter laut dort  
 auflegender Postzeitungsliste.  
 Länder des Weltpostvereines:  
 vierteljährlich Kreuzbandsendung  
 K 22.—  
 und durch die Postämter laut dort  
 auflegender Postzeitungsliste.

16

XXIII. Jahrgang

## Westfront siegberwunden.

Appen der Italiener.  
 Ostfront gegen die

### Die Sozialdemokratie nach dem Kriege.

Wien, am 19. August.

Das Programm keiner andern Partei ist von den Ereignissen seit dem Sommer 1914 so hart mitgenommen worden wie jenes der Sozialdemokratie. Der Freisinn, in seinem Großteil bei uns in Oesterreich immer mehr durch Kasten- und Geldsachinteressen als durch gemeinsame Grundsätze zusammengehalten, hat alle Aussicht, aus dem Kriege finanziell derart gestärkt hervorzugehen, daß er seine offenkundigen programmatischen und organisatorischen Schwächen nicht zu tragisch zu nehmen braucht. Den Grundsätzen der christlichsozialen Volkspartei haben die Erfahrungen des Weltkrieges nachdrücklichste Rechtfertigung und Bestätigung gebracht; die Gewißheit, schon vor dem Kriege den rechten Weg gegangen zu sein, muß der Parteiarbeit, sobald der Friede die derzeit gebundenen Kräfte wieder sich frei entfalten lassen wird, zum mächtigen Ansporn werden. Ganz anders wirkt der Krieg auf die Sozialdemokratie. Vor dem ehernen Schritt der Ereignisse zerstoßen die Hirngespinnste der führenden Doktrinäre und Phantasten. Das aufgedonnerte System einer Massenkampf-internationale löste sich in Dunst auf vor der Solidarität der Volksgesamtheit und des Staatsganzen und das Stillsichere, das sich die spärlichen Reste während des Krieges in Zimmerwald und im Haag gaben, war mehr Totenklage als Hoffnung.

Weit entfernt von der naiven Annahme, die heillosen Erschütterung des Lehrgebäudes der Sozialdemokratie werde diese auch als Partei und Erscheinungsform einer bestimmten Geistesrichtung zerstören oder zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken, dürfen wir doch das eine feststellen, daß der Allesenthüller Krieg dem stets gefühlten, aber immer wieder überbrückten oder unterdrückten Gegensatz zwischen dem triebhaften Aufwärtstreben des vierten Standes und den verzwickten Glaubensformeln der Parteipresse und Parteikongresse, der Parteiliteraten und Agitatoren ans grelle Tageslicht gebracht hat. Alles, was die Programmfabrikanten, die Doktrinäre und Systemmenschen, die Publizisten, Schönredner und gelehrten Führer der Partei im Laufe der Jahre Falsches und Verkehrtes in die wehrlose Masse hineingepropft hatten, bekamen sie bei Kriegsausbruch oder doch bald nachher wieder zurückgestellt. Der ganze Formelstrom der Parteipresse, alle die Sophismen und Rabulistereien, Phantastereien und falschen Prophezeiungen verließen die Verdauungswege der Esser — das Volk hat einen guten Magen — unverdaut und unverändert, als wäre es bloß Saccharin gewesen, Zuckerersatz ohne Nährwert, von demagogischen Schmeichlern der Arbeiterschaft vorgetäuschte Süßigkeiten. Nun plagen sich die Parteiliteraten selber an der zurückerhaltenen Ware seit zwei Duzend Monden, und die Schlingbeschwerden scheinen ungewöhnlich arg zu sein. Die Masse der Arbeiterschaft aber schreitet ihren Weg der Erkenntnis fort, unbeirrt vom Zanf der ratlosen Führer und Publizisten, deren einige übrigens tapfer genug waren, den Mummenschanz der Vergangenheit wie eine

Daß die Entwicklung die angedeutete Richtung e, ist freilich nicht nur eine Existenzfrage der sozialkratischen Partei, sondern in entgegengesetztem e leider auch eine solche jenes großen Schwarmes zur Sozialdemokratie aus dem bürgerlichen Freizugereisten Führern. Die Briand, Viviani, Mille-Guesde und Thomas und Genossen, denen die östliche Sozialdemokratie als Sprungbrett zu Man- und politischen Ehren und Würden gerade gut gevar, haben in allen Ländern ihre Ebenbilder. Es durchwegs Nichtproletarier und Nichtarbeiter, die nentwegtesten den Klassenkampf predigen, der für iturgemäß nicht eine Ueberzeugung, sondern bloß andlicher Hebel, ein Instrument ist. Diese aus itation zum Proletariat bloß überfiedelten Ele- in der Führung und Parteipresse sind es, welche ihre fremden Zutaten die als Reaktion auf die hreitungen des rücksichtslosen Manchesterturns ent- ene und in ihrem ursprünglichen Kern gesunde und tigte Bewegung verdorben und verfälscht . Man mag über Dr. Schillings Veröffentlichungen seinen Austritt aus der Sozialdemokratie urteilen mmer, an den von ihm mitgeteilten Aussprüchen her Führer über den Zweck ihres Uebertritts zur idemokratie kann kein redlicher Freund der Ar- schaft gleichgültig vorübergehen. Inter den vielen großen Aufgaben nach Abschluß des s ist keine dringender und wichtiger als die ng der ungeheuren wirtschaftlichen Schäden, die idlung der Kriegswirtschaft, die Korrektur der un- ren Vermögensumwälzung, die sich vollzogen hat. Zur irtlung bei dieser Arbeit ist gewiß auch die Sozial- kratie berufen, und die sozialdemokratische Arbeiterschaft reifelos hiezu bereit. Aber wird sie können und n, wenn sie sich nicht völlig freimacht von gewissen enten, die aus den Regionen der großen Kriegs- ener stammen? Verschiedene der Hochfinanz auf- Leib und aus der Seele geschriebene Äußerungen ährenden Parteipresse geben zu denken. Diejenigen, icht wollen, daß die Hochfinanz als ihr Instrument tuche, was berufen wäre, ihr Ankläger und Richter in, werden beizeiten zum rechten sehen müssen.

## Professor F. W. Förster und Oesterreich.

Von Engelbert Bernerstorfer.

Vizepräsident des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Mit F. W. Förster habe ich mich knapp vor Ausbruch des Krieges in den „Süddeutschen Monatsheften“ sehr ausführlich auseinandergesetzt. Ich habe es mich nicht verdrießen lassen, wohl alle seine zahlreichen Bücher genau durchzuarbeiten. Förster ist Pädagoge. Als solcher hat er an der Züricher Universität gewirkt und ist von da, gewiß weniger wegen seiner wissenschaftlichen Bedeutung, als vielmehr wegen seiner katholisierenden Richtung auf die Wiener Universität berufen worden. Nach einem Jahr verließ er uns, um einem Rufe nach München zu folgen, wo er bald einen begeisterten Kreis von Hörern um sich sammelte.

Ich habe in dem erwähnten Aufsatz versucht, die Mängel und Zwiespältigkeiten seines Wesens darzulegen. Leider ist durch den Ausbruch des Krieges seine in Aussicht gestellte Ermiderung, auf die ich sehr gespannt war, unterblieben. Ich hoffe, sie kommt später noch, denn meine Auseinandersetzungen waren ein Frontalangriff auf ihn, den abzumehren gewiß auch in seinem Interesse liegt.

Diesen Angriff zu wiederholen, ist im Rahmen eines Zeitungsartikels nicht angängig. Auch über die Berechtigung seines Artikels in der „Friedenswarte“, der ja nur ein Kapitel eines später erscheinenden Buches ist, soll hier nicht gesprochen werden. Womit ich mich hier beschäftigen will, das ist Försters Auffassung Oesterreichs. Daß er unser Land im Laufe eines Jahres genau kennen gelernt hat, ist ausgeschlossen. Die Kreise, in denen er wohl fast ausschließlich verkehrt hat, die katholischen und im besonderen die christlich-sozialen Kreise, sind gerade nicht geeignet, jemandem vorurteilsfreie Meinungen über Oesterreich beizubringen. Freilich, man kann sich ja aus Büchern belehren und aus dem sorgfältigen Studium der Zeitgeschichte. Das erfordert viel Zeit und noch mehr Geduld. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Förster bei seiner, wie seine Bücher beweisen, ungemein ausgedehnten Beschäftigung mit der pädagogischen Literatur aller Kulturländer, diese Zeit und Geduld hat aufbringen können. Wenn er z. B. Kraliks Geschichte Oesterreichs studiert hat (ein Zitat weist darauf hin), so wird er aus ihr wohl keine richtigen Vorstellungen von ihr bekommen haben. Dieses Buch des fanatischen Christlichsozialen kann man höchstens zitieren, um es anzugreifen. Es ist schlechtmeg ein schlechtes, geradezu irreführendes Buch.

Als uns Förster verließ, hat er uns Deutschen in Oesterreich noch zuletzt eine Vorlesung darüber gegeben, wie wir und politisch zu verhalten hätten. Er hat sie drucken lassen und sie ist jetzt in zweiter vermehrter Auflage erschienen („Das österreichische Problem vom ethischen und staatspädagogischen Standpunkt“. Wien, H. Heller). Da das Schriftchen schon wegen seines spannenden Titels vielfache Beachtung finden dürfte, so ist es wohl am Platze, Herrn Professor Förster ein öffentliches Wort der Belehrung zu sagen. Ich habe vielleicht dazu eine gewisse besondere Berechtigung, weil ich zu jenen Deutschen in Oesterreich gehöre, die nicht nur bei aller guten deutschen Gesinnung niemals Feindseligkeit gegen andere Nationen geäußert haben, vielmehr immer den Standpunkt der Gleichberechtigung der Nationen vertreten habe. Wenn ich also in dem, was Oesterreich nützt, die Aufrichtung eines ehrlichen Nationalitätenbundesstaates mit Prof. Förster einig bin, so muß ich doch aufs lebhafteste gegen seine Darstellung Einspruch erheben, die dem Leser, der in den Dingen nicht sachkundig ist, leicht den Eindruck erwecken können, als sei der von uns gewünschte Zustand bisher nur deswegen nicht erreicht worden, weil wir Deutschen ihn verhindert hätten. Die Geschichte Oesterreichs ist seit 1848 erfüllt von nationalen Streitigkeiten. Gerade mir fällt es nicht ein, die österreichische Politik der Deutschen in dieser Zeit zu verteidigen. Aber daß sie nationale Bedrückung geübt hätten, kann man ihnen nicht vorwerfen. Man braucht nur an die Entwicklung des tschechischen Schulwesens in dieser Zeit zu erinnern. Förster hat keine Ahnung von dem weißglühenden Nationalismus der Tschechen. Ich tadle sie deswegen nicht; nur er hat sie vom nationalen Lode gerettet. Ihm gegenüber haben die Deutschen sich oft in die Abwehr stellen müssen. Ich habe diese Zeit wissend und mit Verständnis seit 1870 mit erlebt, kenne alle einzelnen Phasen der Geschichte Oesterreichs in dieser Zeit und muß billig mein höchstes Erstaunen darüber ausdrücken, daß Prof. Förster, nachdem er nach Oesterreich kaum sozusagen hineingerochen hat, uns politische Ratschläge erteilt. Prof. Förster muß es wissen, daß Dr. Karl Renner im Jahre 1897 in einer Broschüre zuerst den Gedanken der nationalen Autonomie ausgesprochen und daß 1899 der Brünner Parteitag der

scheitert, mehrfache mit erheblichen Kräften unternommene Versuche des Feindes, seine Stellungen auf dem westlichen Ufer bei Rudla Czernowitz zu erweitern, unter großen Verlusten für ihn abgewiesen. Zwischen Sareze und Smolary nahmen wir bei erfolgreichen kurzen Vorstößen 2 Offiziere und 107 Mann gefangen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl: In den Karpathen ist der Höhenzug Stepansky (westlich des Czarny Czernosztal) von uns genommen. Hier und auf der Kretahöhe sind russische Gegenangriffe abgewiesen. Bei der Erstürmung der Kreta am 19. August fielen 2 Offiziere, 188 Mann und 5 Maschinengewehre in unsere Hand.

**Balkankriegschauplatz:**

Südlich und südöstlich von Florina sind der Berg Bic und der Malarekalam gewonnen, östlich von Banica die serbischen Stellungen auf der Malka Ribza-Planina gestürmt. Alle Anstrengungen des Feindes, den Djevaal-Seri zurückzuerobern, blieben ergebnislos. Bei Ljumnica wurde ein schmerzlicher feindlicher Vorstoß zurückgeschlagen.

Die in der letzten Nummer des Reichspost-Berichtes erwähnte Schlacht bei Ljumnica ist in der vorliegenden Nummer des Reichspost-Berichtes ausführlicher besprochen.

**Liberalismus des Wirtschaftslebens.**

Wien, am 21. August.

Wie weiteste Gebiete des Kulturlebens, so steht auch die Volkswirtschaft des letzten Jahrhunderts im Zeichen des Liberalismus, der Freiheit und Selbstherrlichkeit des Einzelnen, der stärksten Hintansetzung gesamt-völkischer Gefühle und Interessen hinter Willen und Willkür des Einzelindividuum. Staatlich-soziale Bindungen der alten Zeit waren um so lästiger geworden, je verdorbener ihre offiziellen Hüter. So hieß es nur immer: weg mit allen Schranken und Ketten, gebt Freiheit, Freiheit! Laßt jeden nach Eigendünken für sich selbst sorgen, so wird auch für die Gesamtheit am besten gesorgt sein. Aus der Freiheit wird die wahre Arbeits- und Unternehmungslust, aus dieser eine Unsumme von Nutzgütern, aus deren Verteilung das Erdenparadies erwachsen. Und die Geschlechter, welche die Loslösung der Massen von den Thronen und Altären betrieben, weil in der Welt der Könige und Kardinäle mancherlei Entartung und Verjüngung eingerissen war, betrieben auch die Aufhebung aller Schranken im Wirtschaftsleben. 1789 und 1848 sind Daten, für die Politik nicht minder bedeutsam wie für die Volkswirtschaft.

Aber das Wort Freiheit darf in der Menschheit nicht ohne das Wort Sünde gesprochen werden. Freiheit heißt nicht nur Freigabe herrlicher Träume, edler Vorzüge und idealer Kräfte, es heißt auch Freipaß für alle schlimmen Instinkte und Leidenschaften. Und letztere haben im Wettkampf viel mehr Aussicht und Erfolg als erstere. Die Menschheit steht nach dem Christentum unter dem Gesetz der Erbsünde: ihr Intellekt ist getrübt, ihr Wille geschwächt, zum Bösen geneigt. Es gibt keine Seher und Denker, die in diesem Punkte je dem Christentum widersprochen. Wir streben nach dem Verbottenen, wünschen, was uns verbot, meinte schon der alte Ovid. Kant spricht von einem radikalen Bösen in der Menschennatur. Friedrich der Große erklärte gegenüber einem Optimisten bezüglich der Menschennatur:

„er kennt die verfluchte Rasse nicht“. Renan betonte, der natürliche Baum trage keine guten Früchte.

Tatsächlich ist die Freiheit des Einzelnen, der Liberalismus, dem Wirtschaftsleben nicht zum Segen geworden. Schaut doch hin auf die Entwicklung der letzten 50 Jahre! Gewiß viel Unternehmungsgeist und rastlose Arbeit, gewiß riesig wachsender Handel und Verkehr auf der Grundlage ewig neuer Entdeckungen und Erfindungen. Aber die tiefere Wahrheit dieser Entwicklung heißt doch: ungezügelter Habgucht, Kampf aller gegen alle, Sieg der Skrupellosesten, Unterjochung der breiten Massen, Welt Herrschaft von zweifelhaften Typen wie Gould, Field, Rodesseller, Rothschild. Die Volkswirtschaft wird Produktion um der Produktion willen; die Kräfte und Kredite arbeiten lediglich in der Richtung der größten Gewinnaussichten; so liegen nützlichste Gebiete brach, werden andere bis zum Uebermaß gepflegt; die Landwirtschaft leidet Not; überflüssigste Industrien werden großgezogen. Um des Gewinnes willen erfolgt Raubbau an Menschen und Natur, wird das Vaterland mißachtet und die Kultur niedergedrückt. Im Bereich der Banken und Börsen, der Industriellen und Händler sammeln sich Reichtümer riesengroß; die Volksmassen der Provinz aber schufen um kargen Lohn, und das Massenproletariat der durch wahnwitzigen Industrialismus begründeten Groß- und Weltstädte verzehrt sich im Heimweh nach Licht und Luft und Sonne; büßt in seinen Kasernen, Dachkammern und Kellerlöchern, büßt im aufreibenden Kampf ums Brot sein höheres Menschentum ein. Und kommt der Krieg — nun ja, dann können die Massen aus Stadt und Land für Vaterland und Kultur bluten; die Krösusse und Händler aber erleben nur eine ausgezeichnete Konjunktur und sind bereit, der Heimat mit Geld und Rebbach den Rücken zu kehren, wenn der Kriegsgott weniger hold.

Die Rechtsanschauungen und Rechtsgrundsätze, in deren Zeichen der wirtschaftspolitische Liberalismus des letzten Jahrhunderts sich auswirkt, sind die des alten heidnischen Rom. Das altrömische Recht ist das Recht des Individualismus und Egoismus. Es entwickelt sich außerhalb von Religion und Sittengesetz, entsteht aus Verträgen des selbstsüchtigen Einzelnen, der mit andern Einzelnen zwecks gemeinsamer Kräfteanstrengung zur Erlangung von Macht und Besitz zusammentritt. Das römische Recht ist Herrenrecht, die Beziehungen der Einzelnen, die sich fremd und pflichtlos gegenüberstehen — homo homini lupus! — regelnd nach dem Grundsatz der Ueberlegenheit des Stärkeren. Daher neben weitestgehender Souveränität der Besitzenden die Tatsache und Anerkennung der Sklaverei breiter Massen, deren Rechtsgefühle und Rechtsansprüche durch Gewährung von „Brot und Schauspielen“ zu betäuben gesucht werden. Der Eigentümer des alten Rom ist in seinem Bereich ohne Schranken; er hat die volle Verfügung über seine Habe, hat das Recht, sie ins Grenzenlose zu mehren, besitzt gleichermaßen das Recht des Gebrauchs, wie des Mißbrauchs. Der alte Römer verfügt in seinem Bereich nicht nur über die materiellen Gegenstände und Sklaven, er verfügt auch über die Gattin und die Kinder. Für das Erwerbsleben ist die bloße Form des Arbeitsvertrages maßgebend, nicht der Inhalt. Um dessen Recht und Unrecht, um die eventuelle Ausbeutung und Auswucherung des Arbeiters durch den Unternehmer kümmert sich das römische Recht nicht. Der Darlehensvertrag ist so geregelt, daß im Falle der Nichtzahlungsfähigkeit des Schuldners nicht nur dessen Eigentum in

Kriegstagung der Reichstages 121

ebenfalls viele Leute, die sich in den alten Steuergesetzen zurechtfinden und mit einer Steuergesetzesnovelle bald bekannt sein werden, als solche, die bereit sind, neue Steuergesetze zu erlernen...

Einige Redner haben bemängelt, daß die Vermögenssteuer nicht auch auf die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen ausgedehnt wurde.

Der Gesetzentwurf, den das Abgeordnetenhaus nach Verabschiedung der heute in Verhandlung stehenden drei Gesetzesentwürfe zu erledigen haben wird, beschäftigt sich mit der Besteuerung der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen.

Der Abgeordnete Graf Moriz Esterházy habe dem Minister im Anschluß an die Vermögenssteuervorlage vorgeworfen, daß der Minister habe unlangst erklärt, in Ungarn könne derzeit keine so intensive Bodenwirtschaft betrieben werden, wie in Deutschland...

Die Abgeordneten Wajonji und Ernst Bródy haben, indem sie sich besonders mit der Lage der städtischen Klassen befassen, die Gesetzesvorlagen von dem Standpunkte angegriffen, daß sie die erwerbenden Klassen viel mehr belasten als dies in Oesterreich der Fall sei.

müsse bei der Sicherung der laufenden Einkünfte des Staates dieser Gesichtspunkt vollständig in den Vordergrund treten. Es sei sehr erfreulich und sehr richtig, wenn ein Staat durch möglichst minimale Besteuerung seiner Bürger die Summe jener Einkünfte zu erzielen vermöge...

Was die von mehreren Abgeordneten aufgeworfene Frage anlangt, ob die Vermögenssteuer, wenn es sich um Grund- und Bodenbesitz handle, von dem Pächter oder von dem Eigentümer zu tragen sei, so erklärt der Minister dies für eine vollkommen privatrechtliche Frage...

Der Minister freut sich sehr, im Laufe der Debatte die Überzeugung gewonnen zu haben, daß die Besteuerung der ad hoc-Gewinne von allen Rednern gebilligt wurde. Die Idee, die vom Abgeordneten Gustav Graf in der Frage der Gelegenheitsgewinne vorgeschlagen wurde, bildet die Grundlage des Gesetzentwurfes.

Was die finanzielle Lage der Städte betrifft, so billigt der Minister in vollem Maße die diesbezüglichen ausgezeichneten Ausführungen des Abgeordneten Géza Antal. Der Minister will diesen Ausführungen nichts hinzufügen und nichts davon wegnehmen.

Der Minister beschäftigt sich sodann mit den oppositionellen Beschlußanträgen. Er erklärt zunächst, daß er den Punkt 1 der Földbesseren Resolution über die Kontingentierung der Einkommensteuer nicht annehmen kann.

Daten, Jedenfalls werden wir nach dem Siege in dieser Hinsicht große Veränderungen zu verzeichnen haben, infolgedessen werden die diesbezüglichen Verfügungen erst bei der definitiven Regelung unserer Steuergesetzgebung durchgeführt werden.

Auch die Resolutionen der Abgeordneten Esterházy und Pallavicini, die mit der Bodenbesitzpolitik in Zusammenhang stehen, muß der Minister zu seinem lebhaften Bedauern ablehnen. Er gibt wohl zu, daß wichtige nationale Interessen des Landes sich daran knüpfen, daß eine entsprechende Bodenbesitzaktion unternommen werde.

Die Erfahrungen, die auf diesem Gebiete gemacht worden sind, sind nicht besonders erfreulich. Der Minister hofft, daß diejenigen, die gegen die Besteuerung des Werteswertes so energig Stellung genommen haben, bei dem Verkauf oder der Parzellierung ihres Grundbesitzes zu Kolonisationszwecken von demselben Gesichtspunkte ausgehen werden.

Folgt die Abstimmung. Die drei Gesetzentwürfe werden im allgemeinen als Grundlage der Spezialdebatte angenommen. Von den Beschlußanträgen nimmt die Mehrheit nur den Beschlußantrag des Abgeordneten Géza Antal an.

# PESTER LLOYD

## ABENDBLATT

Budapest, Mittwoch, 23. August 1916

63. Jahrgang.

Nr. 234

Halb- u. Viertel- 4.50 K., monatlich 1.50 K.  
Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus:  
Ganz- 4 K., Halb- 2 K., Viertel- 1 K.  
monatlich 4 K. Für das Inland: Bloss  
Morgenblatt: Ganz- 36 K., Halb- 18 K.,  
Viertel- 9 K., monatlich 3.40 K. Bloss Abend-  
blatt: Ganz- 28 K., Halb- 14 K., Viertel-  
7 K., monatlich 2.50 K. Morgen- u. Abendblatt:  
Ganz- 48 K., Halb- 24 K., Viertel- 12 K.,  
monatlich 4.40 K. Mit separater Postversen-  
dung des Abendblattes Viertel- 2 K. mehr.  
Für Wien auch durch Herrn Goldschmidt.  
Für das Ausland mit direkter Kreuzpost-  
sendung vierteljährig: Für Deutschland  
18 K., für alle übrigen Staaten 21 K. Abonne-  
ments werden auch bei sämtlichen aus-  
ländischen Postämtern entgegengenommen.

Bureau: J. Blocher, E. Lektors, Spati &  
Hagy, Julius & Co., Geb. Leopold, Ant. Hezel,  
Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hentzl,  
Jos. Schwarz, Generalvertretung des  
„Pester Lloyd“ für Oesterreich und das  
gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G.,  
Wien, Wollzeile 10. — Auch alle anderen  
renommierten Inseratenbureaus in Oester-  
reich wie im Auslande übernehme An-  
kündigungen für den „Pester Lloyd“.

Einzelne: Morgenblatt in Budapest und  
in der Provinz 12 Heller, Abendblatt in  
Budapest 6 Heller, in der Provinz 8 Heller.

Redaktion und Administration: V. Maria  
Valeria-utca 12. — Manuskripte werden in  
keinem Falle zurückgestellt. — Unfran-  
kierete Briefe werden nicht angenommen.

### Kriegstagung des Reichstages. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 23. August.

Das „große Ereignis“, das gestern geheimnisvoll seine Schatten vorauswarf, ist eingetroffen. Vor Eingang in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergriff Abgeordneter Albert Apponyi das Wort, um mitzuteilen, daß die Vertrauensmänner der Opposition ihr Amt zurückgelegt haben. Die Vertrauensmänner — so führte er aus — seien nicht in die Lage gekommen, ihre Mission zu erfüllen, weil ihnen eine rechtzeitige Information vorenthalten wurde, sie also nicht fähig waren, vor Vollendung der Tatsachen ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Ueberdies hätten sich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der Auslandspolitik ergeben, Meinungsverschiedenheiten, die aber weder die bisher befolgte Bündnispolitik betrafen, noch das Bestreben, daß das Land durchhalten muß bis zum segensreichen Frieden. Mit der Zurücklegung der Vertrauensmission höre für die Opposition die Möglichkeit auf, passiv zu bleiben. Wenn auch die Mängel in der militärischen Führung durch die Neuregelung des Kommandos behoben seien, die Mängel in der Diplomatie bestehen fort. Graf Albert Apponyi sprach auch über österreichische Fragen, indem er betonte, daß es keinen Faktor gebe, der nicht wünscht, die österreichische Verfassungsmaschine möge wieder in Wirkung treten.

In lautloser Stille erhob sich nun Graf Julius Andrássy. Auch er legt die Mission des Vertrauensmannes zurück. Man hat die Daten, die erforderlich waren, den Vertrauensmännern nicht zur Verfügung gestellt. Das mag auf einer Verschiebung in der Auffassung der Mission beruhen, mache aber ihre weitere Betätigung überflüssig. Auch Graf Julius Andrássy sieht damit den Augenblick einer oppositionellen Aktion gegeben, wenn auch die Veranlassung nicht Rache, nicht Strafe sein soll. Der Krieg sei in einer Zeit des heftigsten parlamentarischen Kampfes hereingebrochen; nach seinem Ausbruch habe sich eine Einigung der Gemüter vollzogen, die zu stabilisieren eine politische Pflicht des Ministerpräsidenten gewesen wäre; die Erfüllung dieser Pflicht habe Graf Tisza verjäumt. Oft sei im Kriegsverlaufe die Versuchung an die Minderheit herangetreten, um aktiv oppositionell einzugreifen. So in der Zeit der italienischen Krise, als unsere auswärtige Politik wieder den Frieden zu retten, noch die Monarchie vor demütigenden Verhandlungen zu bewahren verstanden habe. In weiterer Folge sah die Opposition eine Reihe von wichtigen Fragen unvereinigt. So tauchte die Notwendigkeit einer rechtzeitigen Information auf und es entstand die Institution der „Vertrauensmänner“. Da nun aber diese Institution versagt habe, müsse die Opposition den Weg der öffentlichen Kritik betreten. Sie sei auch dadurch auf diesen Weg gewiesen, weil die Diktatur, der Absolutismus zur Bekämpfung der Gefahr zwar notwendig werden können, aber sie müssen auch Erfolge haben. Das sei bei uns nicht der Fall. In Oesterreich wachse die Unzufriedenheit von Tag zu Tag, weil das Parlament nicht funktioniert. Die letzte Ursache dieses Zustandes aber sei die österreichische Regierung. Die Einberufung der Delegation sei dringend erforderlich, denn es sei unzulässig, daß drei, vier Herren unkontrolliert die Auslandspolitik der Monarchie beherrschen, ohne Erfolge aufzuweisen zu können. Mit einer Kundgebung, die sich dagegen verwehrt, daß aus diesen Tatsachen auf eine Kriegsmüdigkeit geschlossen werde, schloß Graf Julius Andrássy seine Rede.

Abgeordneter Stefan Tisza folgte mit Ausführungen, die mehr ins Detail gingen als die der Vorredner. Er erzählte aufs Haar genau, wie es geschah, daß die Geschäfte der Vertrauensmänner gehemmt worden seien, indem diese vor fertige Tatsachen gestellt wurden. Auch er beklagte die mangelhafte Kontrolle in den auswärtigen Sachen und berührte noch eine Reihe anderer Fragen, um schließlich zu fordern, daß die Delegationen einberufen werden sollen.

Ruhig, völlig leidenschaftslos antwortete Ministerpräsident Graf Stefan Tisza. Mit Bedauern nahm er die Entschließung der oppositionellen Vertrauensmänner zur Kenntnis. Es konnte bei der Ausübung der Mission nur von der Gewinnung gewisser Informationen die Rede sein. Jedensfalls sei die Klärung dieses Problems überflüssig, nachdem Graf Julius Andrássy heute erklärte, daß er angesichts der nach seiner Ansicht begangenen Fehler ein weiteres Zusammenwirken als unmöglich betrachte. Mit erhobener Stimme stellte der Ministerpräsident fest, daß unsere Haltung gegenüber Italien durch Lebensfragen des Staates diktiert war. Betreffend die Einberufung der Delegation läge in der ungarischen Regierung kein Einverständnis vor, doch die Lage in Oesterreich hindere die Einberufung. Das österreichische Verfassungsleben kämpfe nicht erst seit dem Regierungsantritt der gegenwärtigen Regierung mit Schwierigkeiten, die Mängelreichen auf

eine Vergangenheit von Jahrzehnten zurück. Jeder Ungar wünsche, daß in Oesterreich das Verfassungsleben kraftvoll wirke, doch könne man für alte Mängel nicht das gegenwärtige Kabinett verantwortlich machen. Ungarns Volk aber möge mit dem Urteil über die in dieser Weltlage befolgte Politik zurückhalten, bis die Akten offen vor alle Welt gebracht werden können. Bis dahin, bis diese auch von der Regierung heißersehnte Stunde gekommen ist, werde die Regierung erhobenen Hauptes dulden, daß ihr in halben Worten bedenkliche Bemerkungen zugerufen werden, unentwegt werde sie weitergehen auf dem Wege, für den sie die Verantwortung trage und tragen werde. Möge die Opposition im Geiste der Worte bleiben, in denen sie auch heute patriotisches Verhalten gelobt hat.

Die letzten Worte der Rede des Ministerpräsidenten wurden mit stürmischen Kundgebungen des Beifalls aufgenommen. Das halblaute Geplänkel, das oppositionelle Zwischenrufer anzetteln wollten, ging kümmerlich unter in den Beifallsrufen, die rechts und im Zentrum des Hauses die Ausführungen des Ministerpräsidenten begleiteten.

Noch einmal ergriff Graf Julius Andrássy das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, die Graf Stefan Tisza mit einer sehr naheliegenden Feststellung beantwortete. Dann hatte noch Abgeordneter Stefan Rakosky eine persönliche Erklärung abzugeben, die jedoch in eine politische Erklärung mündete, über die der Chronist am besten Schweigen bewahrt.

Hierauf ließ der Präsident eine Pause eintreten. Nach der Pause setzte das Haus in heiliger Ruhe und unter großer Teilnahmslosigkeit die Spezialdebatte über die erste der drei vereinten Steuervorlagen fort.

Diese Debatte, an der die Abgeordneten Ernst Bródy, Béla Mezösy, Béla Földes und mit sehr interessanten Ausführungen Abgeordneter Wilhelm Váczonji teilnahmen, gedieh nicht bis zu der Annahme des § 1. Ueber diesen Paragraphen wird die Debatte nachmittags fortgesetzt.

Um 2 Uhr suspendiert der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

### Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Bóthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags. Schriftführer: Géza Kovácsi, Mikolauš Kostyál, Peter Mihályi.

Auf den Ministeraufentwurf: Graf Tisza, Sándor, Balogh, Baron Hillány, Baron Sarkányi, Hideghéthy. Präsident teilt mit, daß die Abgeordneten Graf Albert Apponyi, Graf Julius Andrássy und Stefan v. Rakosky um die Erlaubnis angefragt und sie auch erhalten haben, vor der Tagesordnung das Wort zu ergreifen.

### Graf Albert Apponyi:

Auf Grund einer Interpellation des Grafen Julius Andrássy und der darauf erteilten Antwort des Ministerpräsidenten haben wir, drei Oppositionelle, mit Genehmigung unserer Partei die Mission übernommen, in gewisse Details unserer auswärtigen und Kriegslage, die unsere nationale Existenz betreffen und deren Erörterung vor der Öffentlichkeit unter den gegenwärtigen Umständen nicht ersprießlich ist, Einblick zu nehmen, an zuständiger Stelle unsere Bemerkungen zu machen, unsere Einwände zu erheben und vielleicht unsere Ratschläge zur Geltung zu bringen. Wir wissen sehr gut, daß dieses Vorgehen nur schwer in nicht außerordentlichen Zeiten dem verfassungsmäßigen Leben eingefügt werden kann. In den außerordentlichen Zeiten, in denen wir leben, steht über alle formellen Gesichtspunkte der Gedanke, daß wenn wir die Möglichkeit gegeben ist, auch nur um ein Prozent die Chancen unserer Nation in dem schweren Kampfe, in dem wir jetzt stehen, zu verbessern, es meine Pflicht ist, diese Gelegenheit zu ergreifen, mögen welche Unannehmlichkeiten immer für meine Person damit verbunden sein. Ich und auch meine Freunde wußten, daß zwar durch unser Vorgehen die Verantwortlichkeit der Regierung nicht berührt wird, daß aber dennoch eine gewisse, richtiger gesagt eine ungewisse und demzufolge noch schwerer wiegende moralische Verantwortung unsere Schultern belasten wird. Dennoch hielt ich es für meine Pflicht, die Betrauung zu übernehmen und unter ähnlichen Umständen würde ich es abermals für meine Pflicht halten und sie übernehmen. (Zustimmung links.) Jetzt bin ich in der Lage, bezüglich dieser Mission ebenso, wie ich sie mit Genehmigung meiner Parteifreunde vor der Öffentlichkeit übernahm, zu erklären, daß ich nicht in der Lage bin, unserer Vertrauensmission auch weiter nachzukommen. Das hauptsächlichste Motiv hierfür ist, daß die Natur dieser Mission von der anderen Seite, seitens der unmittelbar interessierten Kreise, seitens der auswärtigen Regierung nicht so aufgefaßt wurde, wie wir sie aufgefaßt haben. Der Gedanke war: es wurden zweifellos schwere Fehler begangen und die Lage wurde ernster als sie früher war, obwohl ich der Entwicklung der Dinge mit vollem Vertrauen entgegenstehe. (Beifall.) Infolgedessen sei es unmöglich, die Tätigkeit der Regierung auch weiter ohne eine wirkungsvollere Kontrolle zu lassen, auch wenn wir gewisse Bedenken gegen einzelne Details öffentlich zu erörtern. Da aber ein großer Teil der öffentlichen Meinung der Politik der Regierung kein Vertrauen entgegenbringt und demzufolge die durch die Umstände hervorgerufenen, allein vielleicht über die Gebote der Umstände hinausgehenden diktatorischen Handlungen dieser Regierung drückender wirken, so muß diesem Teil des Publikums die moralische Verantwortung gegeben werden, daß auch solche Männer, auf

die sie vertraut, oder denen sie mehr vertraut, als den Leitern der Regierung Einblick in die Einzelheiten der Dinge gewinnen, bevor vollendete Tatsachen geschaffen werden, damit sie Gelegenheit haben, zu den betreffenden Fragen Stellung zu nehmen. Nun mußten wir unter sehr wichtigen und entscheidenden Umständen die Wahnehmung machen, daß wir nicht in die Lage gelangt sind, vor der Schaffung vollendeter Tatsachen Kenntnis von den Tatsachen zu erlangen. Infolgedessen ist es für uns unmöglich, im Kreise des Publikums den Glauben aufrecht zu erhalten, als ob wir davon Kenntnis gehabt hätten. Wir sind das nicht nur uns schuldig, sondern auch der Öffentlichkeit, der Erhaltung jenes Vertrauens, das wir bei einem Teile der Öffentlichkeit genießen. Allein nicht nur dieses Motiv war maßgebend, daß wir unsere Mission niederlegten, sondern auch, weil die Meinungsverschiedenheiten, die uns hinsichtlich der Leitung der auswärtigen Politik von dem Minister des Aeußern trennen, sich als weitergehend erwiesen haben, als daß wir eine teilweise verbessernde und ergänzende Arbeit übernehmen könnten. Ich beile mich zu erklären, daß diese Differenzen sich nicht auf unsere Bundesgenossen, auf die Grundprinzipien unserer Politik, auf die Erhaltung unserer Bündnisse bezogen, weil wir auf die Erhaltung und Vertiefung dieser Bündnisse, namentlich des Bündnisses mit Deutschland — natürlich unter Aufrechterhaltung der Gleichberechtigung — mindestens ein so großes Gewicht legen, wie die Regierung und deren Vertreter. Auch bezogen sich diese Differenzen nicht darauf, als ob wir nicht sehen würden, daß, wie sehr auch die Friedenssehnsucht überall groß sein mag, es vollständig unmöglich ist, überhaupt Friedensverhandlungen einzuleiten, oder von Frieden zu sprechen, so lange bis das eingestandene Programm unserer Feinde unsere Vernichtung ist, obwohl es notwendig ist, daß wir ein klares, gemeinsam festgestelltes Programm fertig haben. (Zustimmung links.) Auf diese Dinge bezogen sich nicht die Differenzen. Ich wünsche dies zu betonen, denn es wäre von seiten unserer Feinde nur ein eitles Bestreben und würde nur überall Heiterkeit erregen, wenn sie, aus dem Umstände, daß hier hinsichtlich der Fragen der Leitung der auswärtigen Politik Meinungsverschiedenheiten herrschen, nur irgendwas folgern würden, was zur Störung der Einmütigkeit und der moralischen Einheit der ungarischen Nation in ihrem Selbstverteidigungskampfe führen könnte. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Nach alledem werde ich keinen Mißverständnissen ausgeheft sein, wenn ich nunmehr auch erkläre, daß wir in Zukunft nicht mehr in ebensolchem Maße wie bisher die positiven Beobachter der Lage bleiben können, sondern daß es unsere Pflicht ist, die Arbeit der parlamentarischen Kontrolle intensiver zu erfüllen. Wir wissen, innerhalb welcher Schranken wir uns bewegen müssen, wir wissen, daß wir alles beiseite lassen müssen, was auf die Kriegsführung, auf die Kriegslage, auf die Vollkommenheit unserer Verteidigung von schädlichem Einfluß sein könnte. Wir sind unserer Pflicht bewußt bei allem, was wir tun, wir müssen nunmehr in gesteigertem Maße die Verantwortung auch dafür fühlen, was wir nicht tun. (Zustimmung links.) Es ist zweifellos, daß schwere Fehler begangen worden sind, sowohl betreffend die Kriegsführung, wie auch die Leitung unserer auswärtigen Politik. Fehler für die die schuldigen Personen und Institutionen seinerzeit zur Rechenschaft gezogen werden müssen. (Zustimmung links.) Das wäre heute keineswegs zeitgemäß. Wir hegen die feste Zuversicht, die vollste Hoffnung, daß auf strategischem Gebiet die Aera dieser Fehler abgeschloffen wurde. Die Verfügungen, die hinsichtlich des Oberkommandos erfolgt sind, haben ebenso, wie sie unsere Truppen neu besetzt haben, auch unsere Öffentlichkeit neu besetzt. (Zustimmung links.) Ich begrüße diese Veränderungen nur mit Zufriedenheit und Freude und finde nichts Herabsetzendes für uns darin, daß der sieggewohnte und lorbeerbekränzte Mann, der an die Spitze des größten Teiles unserer östlichen Front gestellt worden ist (Rufe links: Elen Hindenburg!), aus der Wehrmacht unserer Verbündeten hervorgegangen ist. Wir kämpfen zusammen, wir siegen zusammen. Auf jener Front sind sie mit größerer Kraft vertreten und aus ihren Reihen hob sich der Mann empor, dessen Name die Seelen packt, dessen Name geeignet ist, familiäre moralische Faktoren, sowohl in der Armee wie hinter der Front emporzuheben und zu möglichst großer Kraftanstrengung zu veranlassen. (Lebhafter Beifall links.)

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik aber ist die Notwendigkeit der verfassungsmäßigen Kontrolle nicht nur hier, sondern auch hinsichtlich des mit uns verbündeten österreichischen Staates notwendig. Der G.-M. XII. 1867 hat die volle Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich unter jene Bedingungen eingereiht, an die die ganze Ausgleichskonzeption geknüpft ist. Diese Bedingungen müssen demnach, so lange diese Institution besteht, aufrecht erhalten werden. Allein ich erinnere auch an die Achtundvierziger Traditionen, wo Ungarn die Ansprüche der österreichischen Völker auf Freiheit und Autonomie mit warmem Verständnis und brüderlichem Gefühl gebortet hat. Das österreichische öffentliche Leben hat keinen Faktor, der nicht fordern würde, daß in Oesterreich die verfassungsmäßige Vertretung wieder zur Geltung gelange. Ich halte es für notwendig, dies hier zu betonen, weil in zahlreichen Kreisen Oesterreichs irtümlich die Meinung vertreten ist, daß wir hier in Ungarn uns darüber freuen, daß nur wir eine verfassungsmäßige Vertretung besitzen, daß nur unser Parlament arbeitet. Wir freuen uns darüber nicht, sondern sehen dies mit Bedauern. (Zustimmung links.) Wir wünschen die Unabhängigkeit, wir wünschen die Parität, wir streben aber nicht nach einer dominierenden Stellung, wir begnügen uns mit der Gleichberechtigung und mit der Solidarität der Rechte und Freiheitsbestrebungen. (Lebhafter Applaus links.) Ich glaube, einer Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit und dem

ausüben will und darf. Ich erkläre nochmals: die Delegationen haben einberufen zu werden, dies ist überaus wichtig, nicht nur, damit wir unsere verfassungsmäßigen Rechte zur Geltung bringen, sondern weil so manches geschehen ist und noch geschehen wird, das diese Einberufung notwendig erscheinen läßt. In Oesterreich besteht die Meinung, Ungarn sei schuld daran, daß es in Oesterreich kein Parlament gebe. Wohingegen ich vollständig die Meinung meines geehrten Freundes Andrássy teile, der eben hier ausgeführt hat, Graf Stürgkh und sein Kabinett würden in dem Augenblick, in dem sie vor den einberufenen Reichsrat träten, auch schon gestürzt sein. Dies geht uns viel weniger an als das, ob in Oesterreich der Parlamentarismus selber gestürzt sei.

Unsere Mission ist daran gescheitert, daß all das, was Graf Andrássy schon im Herbst, im Oktober des vorigen Jahres vorausgesagt hatte, wirklich zutraf. Es wird aber auch noch ärger kommen, — es wird schrecklich kommen.

Zwischenruhe rechts: Na, na! Es wird schon nicht so schrecklich sein!

**Abgeordneter Stefan Rakovský:**

Gewiß wird es schrecklich werden. Denn es wird sich in einer gewissen Relation eine so große Entfremdung der Nation einstellen, daß ich wirklich nicht weiß, wie der Herr Ministerpräsident die Folgen wird verantworten können. (Ausrufe rechts.)

Der Herr Ministerpräsident hat seinerzeit von einer gewissen „Episode“ gesprochen. Damals dachte ich, er bediene sich dieses Ausdrucks, um die öffentliche Meinung zu beruhigen. Seither habe ich mich überzeugt, daß der Herr Ministerpräsident vollständig bona fide sprach, als er über erwähnten „Episode“ gebachte. Die „Episode“ ist leider etwas ernst ausgefallen. Aber gerade so ernst ist jene andere Episode, die sich derzeit auf der ganzen Linie unserer auswärtigen Politik abspielt. Da habe ich denn doch mehr Vertrauen zu dem Schlachtfelde. Zu den Tugenden unserer Armee, zu dem Mut, zu der unerhörten Tapferkeit, zu der glänzenden Bravour und allen übrigen herrlichen Tugenden unserer Truppen, zu ihrer Entschlossenheit, zu ihrer Todesverachtung, zu ihrem großen sittlichen Ernst. All diese großen Faktoren aber fehlen in der Leitung unserer auswärtigen Politik. Es ist ein Jahrhundert alter Krebsknoten der österreichischen Diplomatie, daß sie unaufhörlich ist selbst jenen gegenüber, deren Vertrauen sie unbedingt notwendig hätte.

Solange ein anständiger Friede nicht gesichert werden kann, werden wir kämpfen bis zu dem letzten Kinde! Aber ich lasse die Warnung laut werden: wenn wir schon so oft zu spät gekommen sind, laßt uns wenigstens jetzt nicht zu spät kommen! Es heißt jetzt einträchtig zusammenhalten! Wir sind hierzu mit Freuden bereit, aber was sollen wir tun, wenn man, was wir im Interesse des ganzen Landes zu tun bereit waren, ich meine unsere Mission, uns nicht ausführen läßt? Und ich schließe mit der Aufforderung, die Delegationen einzuberufen, — das ist ein vitales Interesse der Nation und, wie Graf Andrássy so beredt ausgeführt hat, hieraus kann keine Gefahr entstehen. (Beifall und Zustimmung links.)

**Ministerpräsident Graf Stefan Tisza:**

Geehrtes Haus! Nur für einige kurze Bemerkungen möchte ich die Geduld und die Zeit des geehrten Hauses in Anspruch nehmen. Ich muß mich sehr kurz fassen, denn enge Grenzen werden mir gesteckt. Nicht bloß durch die Natur der Fragen, die von den geehrten Herren Abgeordneten berührt wurden, sondern auch durch die Verpflichtung, die ich fühlen müßte, auf welcher Seite dieses Hauses immer ich sitzen würde, die ich aber in gesteigertem Maße fühlen muß an diesem Plage, die Verpflichtung, alles zu vermeiden, wodurch ich in welcher Hinsicht immer Del ins Feuer zu gießen vermöchte. (Bewegung links.) So will ich mich denn aller Dinge enthalten, die den Herren Abgeordneten in diesem kritischen Augenblick, wo sie zu wählen haben, ob sie der Stimme der Leidenschaft Gehör geben sollen oder den großen Interessen der Nation, in dieser Hinsicht die Wahl zu erschweren vermöchten. (Bewegung links. Hör! Hör!)

Geehrtes Haus! Wenn die Herren Abgeordneten erklären, daß sie nicht gelassen sind, die Art und Weise ihrer Informierung in den auswärtigen Fragen, wie sie in den jüngsten Wochen bestand, weiter fortzuführen, so kann ich das meinerseits bloß mit Bedauern zur Kenntnis nehmen; und ich will mich nicht in die Frage vertiefen, in welchem Maße gewisse, nach meiner unmaßgeblichen Ansicht irrige Auffassungen, gewisse Mißverständnisse auf diese ihre Entscheidung eingewirkt haben.

Wie ich die Sache auffaßt, war ja eigentlich von nichts anderem die Rede, als bloß davon, daß die Herren Abgeordneten, die bereit sind, auf die Waffe der öffentlichen Kontrolle solange zu verzichten, als diese Kontrolle ohne Gefährdung der mit dem Krieg zusammenhängenden großen Interessen nicht geübt werden kann, gewisse Informationen erhalten sollen, die jedenfalls um vieles weiter gehen als jeder öffentliche Aufschluß, den sie gewinnen könnten, und daß sie auch die Möglichkeit finden sollen, auf Grund dieser vertraulichen Informationen an zuständiger Stelle ihre Ueberzeugungen darlegen zu können.

Abgeordneter Martin Lováň (dazwischenrufend): Post festa!

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza: Da ich nicht um Haarsbreite weiter auf das Thema eingehen will, als ich es mir zur Aufgabe gestellt habe, so will ich jetzt auf diesen Zwischenruf nicht antworten. Ich bemerke, daß meiner Ansicht nach der Vorwurf, der in dieser Hinsicht besonders in den Ausführungen des Herrn Grafen Apponyi sich geoffenbart hat, vielleicht auf einem gewissen Mißverständnis, auf einem gewissen Irrtum beruht. Aber, wie gesagt, ich will darauf nicht weiter eingehen, da diese ganze Frage im Grunde gegenstandslos geworden ist und einen akademischen Anstrich gewonnen hat durch die Erklärung des Herrn Abgeordneten Grafen Andrássy, wonach er sich ohnehin die Ueberzeugung verschafft habe, daß auf diesem Wege nicht weitergegangen werden könne, weshalb er denn auch seine Freunde gebeten hätte, auf diesen Weg zu verzichten, denn er hege so schwere Bedenken, daß er angesichts derselben auf das Recht der öffentlichen Kritik nicht weiter verzichten könne.

Stefan Rakovský (dazwischenrufend): Ganz richtig!  
Ministerpräsident Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Wenn das nun ganz richtig ist, dann ist die Frage ganz akademisch geworden, und so will ich die Aufmerksamkeit des geehrten Hauses im gegenwärtigen Augenblick mit mir nicht länger in Anspruch nehmen.  
Unendlich schwierig für mich ist es, auch auf die Frage einzugehen — eigentlich ist es nicht bloß schwierig, sondern geradezu unmöglich —, ob diese schweren Bedenken der Herren Abgeordneten ihre Berechtigung haben, denn es

handelt sich ja um Fragen, deren öffentliche Erörterung im gegenwärtigen Augenblick absolut unmöglich ist. Um aber zu beweisen, daß auch die Auffassung der Herren Abgeordneten in dieser Richtung vielleicht nicht ganz frei von gewissen Irrtümern ist, möchte ich dennoch auf die eine Frage hinweisen, die der Abgeordnete Graf Andrássy konkret angeordnet hat und mit der auch ich mich kurz befassen kann, da diese Frage heute bereits — man kann sagen: nicht ganz und gar, aber wenigstens zum großen Teil — der Geschichte angehört. (Hör! Hör!)

Der Herr Abgeordnete hat auf die diplomatische Aktion, die dem italienischen Krieg voranging, hingewiesen. Ohne in die Einzelheiten dieser Frage einzugehen, möchte ich die Aufmerksamkeit des geehrten Hauses auf ein Moment hinlenken. (Hör! Hör!) Darauf nämlich, daß wenn wir die in ihrer letzten Phase zweifellos das berechtigte Selbstgefühl auf die äußerste Probe stellende, sagen wir: demütigende Form der Verhandlungen verfolgt hätten, die italienische Kriegserklärung entweder vor dem Durchbruch bei Gorlice oder unmittelbar in den darauffolgenden Tagen erlossen wäre.

Georg Szmeccányi (dazwischenrufend): Drei Wochen! (Lärm. Hör! Hör! rechts.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Und wenn ich jetzt bedauere, welche Folgen das hätte haben können, um von nichts anderem zu sprechen, wenn ich die Tatsache, die heute schon in die Öffentlichkeit gebracht werden darf, erwähne, daß, um den italienischen Angriff aufzuhalten, die serbische Grenze begarniert wurde; und wenn ich bedenke, welche Folgen die Degarnierung der serbischen Grenze nach sich ziehen hätte können, falls sie vor Gorlice oder in den Tagen unmittelbar nach Gorlice stattfände: dann, glaube ich, können wir erhobenen Hauptes die Verantwortung dafür übernehmen, daß wir in diesen peinlichen letzten Wochen auch auf Kosten unseres berechtigten Selbstgefühls bis zum Äußersten gegangen sind, um Wochen, Tage, Stunden zu gewinnen und die italienische Kriegserklärung bis zu dem Zeitpunkt hinauszuschieben, in dem wir über die genügende Kraft verfügen konnten, um den italienischen Angriff aufzuhalten. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lärm links.)

Georg Szmeccányi (dazwischenrufend): Drei Wochen!

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Der Herr Abgeordnete sagt: „Drei Wochen“. Ich weiß nicht, wie er das meint, ob die Zeit kurz oder lang war. Meines Erachtens waren die drei Wochen eine noch ziemlich knapp bemessene Zeit. Wenn es uns möglich gewesen wäre, würden wir gern auch noch eine vierte und fünfte Woche dazugewonnen haben, denn die ganze Wirkung des großen Sieges von Gorlice hat sich von Tag zu Tag immer kräftiger entfaltet und sich nicht allein auf den serbischen Kriegsschauplatz, sondern allenthalben in der ganzen Welt fühlbar gemacht. Wir setzten also auch nach Gorlice noch die Verhandlungen fort, weil es unsere Pflicht war, so viel Zeit zu gewinnen, als wir nur irgend gewinnen konnten. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Geehrtes Haus! Schon auf Grund dieses einen Beispiels darf ich vielleicht mit einigem Recht dem geehrten Hause und der ganzen öffentlichen Meinung sagen: möge jebermann mit seinen Urteilen in diesen Fragen zurückhalten, bis die Möglichkeit eintritt, sie auf Grund des audiatur et altera pars vor der großen Öffentlichkeit zu diskutieren und zu bereinigen.

Stefan Rakovský (dazwischenrufend): Die Delegation!

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Die Herren Abgeordneten sagen, dazu sei die Delegation da. Ich bitte um Entschuldigung, im gegenwärtigen Augenblick wäre dazu auch die Delegation nicht geeignet, denn nicht einmal in den Ausschüssen der Delegation darf man derzeit mit diesen Fragen bis zu den Grenzen gehen, die notwendig wären zur Durchspruch der Fragen.

Graf Julius Andrássy (dazwischenrufend): In der italienischen Frage?

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Ich habe nicht dem Herrn Abgeordneten geantwortet, aber von vielen Seiten wurde hier dazwischen-gerufen: „Die Delegation!“

Was nun die Delegation betrifft, so könnten die Herren Abgeordneten, auch wenn ich es nicht sagte, wissen, daß von seiten der ungarischen Regierung gegen die Einberufung der Delegationen keinerlei Hindernis obwalten würde. Wir verhandeln ja durch Monate hier im Abgeordnetenhaus, das berechtigt, allenfalls auch berufen ist, in den Fragen der auswärtigen Politik die Regierung zur Verantwortung zu ziehen. Also dürfen wir sagen, daß wir auch der Kritik einer jedenfalls mit größerer Öffentlichkeit ausgestatteten Körperschaft nicht aus dem Wege gehen.

Stefan Rakovský (dazwischenrufend): So schaffen wir doch die Delegation ab. (Lärm. Hör! Hör! rechts.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Die Herren wissen sehr gut, daß das Hindernis der Einberufung der Delegationen in einem andern Umstand, in dem Stillliegen des parlamentarischen Lebens in Oesterreich, liegt.

Georg Szmeccányi (dazwischenrufend): Das wäre der Sturz des Grafen Stürgkh! (Lärm. Hör! Hör! rechts.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Geehrtes Haus! Ich denke, wir verhandeln viel zu wichtige Fragen, als daß hier eine gemüthliche Plauderei geführt werden könnte. (So ist! rechts.) Und wenn der Herr Abgeordnete Rakovský sagte, die Einberufung der Delegation sei ja durch ein ungarisches Gesetz angeordnet, folglich müsse sie einberufen werden ohne Rücksicht auf die Verhältnisse im österreichischen Parlament...

Stefan Rakovský schüttelt verneinend den Kopf.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Hat er nicht das gesagt, so habe ich ihn mißverstanden. Ich konstatiere aber, daß die ungarische Delegation einseitig nicht einberufen werden kann, sondern in Zeiten, in denen die ungarische Delegation nicht fungieren kann, übt bei der Natur der Sache das ungarische Parlament die Rechte aus, die der Gesetzentwurf XII: 1867, wenn ich so sagen darf: unter Voraussetzung der Reziprozität, unter der Voraussetzung, daß dieser Apparat auch in Oesterreich wirken kann, den Delegationen übertragen hat. (Aufe auf der äußersten Linken: „Der Burián soll herkommen!“) Das ungarische Parlament muß diese Rechte ausüben und übt sie auch aus in beiden Beziehungen, nämlich in bezug auf die Feststellung der gemeinsamen Ausgaben in dem Appropriationsgesetz zum ungarischen Gesetz, und in Hinsicht der Ministerverantwortlichkeit, allerdings nicht in dem Rahmen, den der Gesetzentwurf XII: 1867 geschaffen hat und der den unmittelbaren Verkehr zwischen den gemeinsamen Ministern und dem ungarischen Reichstage nicht ermöglicht, wohl aber kann das ungarische Parlament die Ministerverantwortlichkeit wirksam machen, in-

dem es die ungarische Regierung zur Verantwortung zieht und die Kontrolle über die ungarische Regierung übt. Ich kann freilich nicht sagen, daß dies ein tadelloser Zustand ist, ich kann nicht sagen, daß dieser Vorgang den unmittelbaren Verkehr zwischen den gemeinsamen Ministern und den Delegationen erzwingen kann, wohl aber behaupte ich, daß unter den gegebenen Umständen dies die einzig mögliche Modalität ist, um die Grundprinzipien der Verfassungsmäßigkeit und die in dieser Hinsicht bestehenden Rechte der ungarischen Nation unter den einzig möglichen Formen dem Wesen nach in vollem Maße zur Geltung zu bringen.

Es kann im gegenwärtigen Augenblick nicht meine Aufgabe sein, mich über die Dinge in Oesterreich zu äußern. Bloß ein Moment will ich hervorheben. Geehrtes Haus! Wer die österreichischen Verhältnisse auch nur mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt, die Entwicklung des Verfassungslebens in Oesterreich beobachtet hat, kann wissen, daß die Funktionsfähigkeit des österreichischen Verfassungsapparates nicht erst seit dem Bestande der gegenwärtigen Regierung, sondern seit viel längerer Zeit mit Anomalien zu kämpfen hatte, die auch schon in Friedenszeiten schwere Gefahren in sich schlossen, die aber vollends unter den Erschütterungen des großen Weltkrieges mit den verhängnisvollsten Folgen hätten einhergehen können. Und, ich bitte um Entschuldigung, aber diese Lage können wir alle betrauert sein, es kann ja keinen Menschen in Ungarn geben, der eine Freude an ihr hätte. Jeder Ungar kann bloß wünschen, daß ein in jeder Hinsicht aktionsfähiges, kräftiges Parlament an der Spitze des öffentlichen Lebens in Oesterreich stehe. Auch uns berührt die Lage schmerzlich. Wir hoffen und wünschen, daß die Besserung tunlichst bald eintreten möchte, aber, ich bitte um Entschuldigung, ich sehe das größte Uebelstände die heutige österreichische Regierung, oder der heute an der Spitze der österreichischen Regierung stehende Staatsmann verantwortlich gemacht wird.

Und nun habe ich nur noch gegen die Beschuldigung zu protestieren, die ich mit einiger Ueberschätzung gehört habe, gegen die Beschuldigung, als ob unsere auswärtige Politik nicht aufrichtig gewesen wäre. Diese Beschuldigung entbehrt auch nur des geringfügigsten Scheines der Berechtigung. Im übrigen meine ich, daß es ja heute durchaus unmöglich ist, sich ein Urteil über diese Politik zu bilden. Die Herren Abgeordneten können mir es glauben: niemand wird sich mehr freuen als ich, wenn einmal die Zeit gekommen sein wird, um die Lage ganz aufdecken, um dafür einstehen zu können, was die ungarische Regierung und der mit ihr solidarische Minister des Neuhern inmitten der Ereignisse dieses Weltkrieges getan oder unterlassen haben, und um dann diese ganze Politik dem Richter sprache der restlos aufgestellten öffentlichen Meinung unterbreiten zu können. Heute ist uns dies nicht möglich. Heute müssen wir auch das, Gewehr bei Fuß, über uns ergehen lassen, daß die Herren Abgeordneten in hingeworfenen Andeutungen schwere Beschuldigungen auf die Regierung werfen. Erhobenen Hauptes müssen wir den Weg der Erfüllung jener schweren Pflichten weiter beschreiten, die die gegenwärtige Lage jenen auferlegt, die augenblicklich die Verantwortung für die Leitung der Angelegenheiten des ungarischen Staates tragen.

Geehrtes Haus! Wir tragen, tragen und werden tragen diese Verantwortung, in dem Bewußtsein, daß wir in schweren Zeiten im Dienste der bedrohten Lebensinteressen der Nation zur Verteidigung unserer Interessen alles mögliche getan haben und im bleibenden, innigen, unerschütterlichen Bündnisverhältnis mit unseren Bundesgenossen und in erster Reihe mit dem Deutschen Reiche, werden wir auch den Aufgaben der Zukunft ins Auge blicken. (Lebhafte Claque rechts.) An die Herren Abgeordneten aber richte ich bloß die Bitte: wenn sie in den Fragen der auswärtigen Politik sich auf das Gebiet der öffentlichen Kritik begeben, so möchten sie die patriotischen Absichten, denen sie auch heute Ausdruck gaben, keinen Augenblick lang aus dem Auge verlieren. Mögen sie nie vergessen, daß die Haltung, die die Herren Abgeordneten seit Kriegsbeginn im Parlament bekundet haben, eine der wertvollsten Kraftquellen dieser kleinen ungarischen Nation gewesen ist, und mögen sie die Nation nicht um diese Kraftquelle bringen! (Lebhafte Claque und Applaus rechts.)

**Graf Julius Andrássy:**

Ich möchte mich auf eine einzige Bemerkung beschränken. Der Herr Ministerpräsident sagte, ich hätte hinsichtlich der italienischen Politik beanstandet, daß in der letzten Phase Verhandlungen, die für uns demütigend waren, gepflogen worden sind. Er beruft sich auf das Ziel, das dadurch erreicht worden ist. Weder will, noch darf ich jetzt mich in eine Diskussion darüber einlassen, ob dieser Zeitgewinn in der Tat eine Folge jener Unterhandlungen war. Das behalte ich mir für eine andere Gelegenheit vor. Aber ich stelle fest, daß meine Kritik sich auf anderes bezogen hat. Ich habe jene italienische Politik ge tadelt, die den Frieden nicht zu sichern vermochte und sich dennoch gedemütigt hat. Das war meine Beschuldigung und ihr gegenüber hat der Herr Ministerpräsident eine Widerlegung gar nicht versucht.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza: Auf diese Erklärung des Herrn Abgeordneten möchte ich heute, im nachträglichen, völlig klaren Lichte der Ereignisse nur eine Bemerkung machen, die, daß jebermann im klaren darüber sein kann, daß es unmöglich gewesen wäre, den Frieden zu sichern, und daß wenn wir diese entgegenkommenden Schritte unterlassen hätten oder wenn wir sie früher begonnen hätten, der italienische Angriff in beiden Fällen zu früherer Zeit über uns hereingebrochen wäre, als in dem Zeitpunkte, in dem wir ihn abzuweisen vermochten. (So ist es! rechts. Bewegung und Lärm links.)

Abgeordneter Stefan Rakovský: Der Herr Ministerpräsident hat meine Beschuldigung gegen die auswärtige Regierung zurückgewiesen, in der ich dieser den Vorwurf des Mangels an Aufrichtigkeit gemacht habe. Demgegenüber beziehe ich mich auf den Herrn Ministerpräsidenten selbst, der eben erst vor einigen Augenblicken die Aufrichtigkeit des Ministeriums des Neuhern beleuchtet hat, indem er sagte, daß unsere Verhandlungen mit der österreichischen Regierung bloß den Zweck hatten, den Kriegsausbruch hinauszuschieben. (Zustimmung und Heiterkeit links. Widerspruch rechts.)

Präsident suspendiert die Sitzung auf fünf Minuten.

### Parlamentarische Vorgänge.

Schluss der Debatte über die Steuervorlagen. — Interpellationshaushalt. — Eine oppositionelle Kampfkampagne. — Der bedrohte Burgfrieden.

Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß sich die innerpolitische Situation Ungarns in den allerletzten Tagen einigermaßen zugegespiht hat. Allem Anschein nach hat sich die Opposition unter dem Eindruck der Audienzen, welche die drei oppositionellen Vertrauensmänner bei Sr. Majestät hatten, veranlaßt gesehen, aus ihrer bisherigen, wenigstens dem Scheine nach aufrecht erhaltenen Contenance herauszutreten und eine schärfere Tonart der Regierung gegenüber anzuschlagen. Die eigentlichen Beweggründe dieser veränderten Haltung entziehen sich vorderhand noch der Deffentlichkeit. Nur geheimnißvolle Andeutungen lassen darauf schließen, daß gewisse Erwartungen der Opposition nicht erfüllt wurden. Man geht nicht fehl, wenn man die vielbesprochene, gescheiterte Kandidatur des Grafen Julius Andrássy zum Minister des Aeußern damit in Verbindung bringt. Die nächsten Stunden werden vielleicht nähere Aufklärung bringen. Die morgige Sitzung des Abgeordnetenhauses dürfte sich jedenfalls zu einem parlamentarisch kritischen Tag gestalten. Die Opposition macht kein Geheimniß mehr daraus, den seit Ausbruch des Krieges beobachteten und erst vor Kurzem vom Grafen Michael Károlyi gestörten Burgfrieden nicht mehr in seiner Gänze aufrecht zu erhalten. Die hier angedeuteten Erscheinungen beschäftigen heute alle politischen Kreise in hohem Maße. Die hier folgenden Berichte schildern die Stimmung des Abgeordnetenhauses am Vorabend neuer Kämpfe.

Die Anstrengungen des oppositionellen Debatte-Arrangierungskomitees, die Diskussion über die auf dem Tapet befindlichen Steuervorlagen in künstlicher Weise zu verschleppen, scheiterten an der souveränen Gleichgiltigkeit, die man der ganzen oppositionellen Aktion entgegenbrachte. Heute Nachmittag wurde die allgemeine Debatte über die Steuervorlagen geschlossen und nach einer allerdings sehr breit angelegten Rede des Finanzministers Teleßky in die Spezialdebatte eingegangen. Diese wird man höchstwahrscheinlich nicht allzu lange hinziehen können, weil man auf allen Seiten des Abgeordnetenhauses die Empfindung hat, daß das Parlament unter den gegenwärtigen Verhältnissen wahrlich anderen, wichtigeren Dingen seine Aufmerksamkeit zuwenden müsse.

Den Vorgängen im Beratungsraum des Abgeordnetenhauses wird thatsächlich blutwenig Interesse entgegengebracht. Umso lebhafter geht es in den Couloirs zu. Heute wurden den ganzen Tag über in Gruppen und Ansammlungen in überaus geheimnißvoller Weise, an die gestrigen Audienzen der oppositionellen Vertrauensmänner anknüpfend, die verschiedensten, manchmal ganz abenteuerlich klingenden Gerüchte verbreitet. Gleich nach Eröffnung der Sitzung des Abgeordnetenhauses rief Graf Albert Apponyi den Präsidialrath seiner Partei zusammen, und hier wurde vereinbart, daß morgen Vormittag eine Parteikonferenz abgehalten werde, in welcher die Situation besprochen werden soll. Denselben Thema galt eine Besprechung, welche von halb 12 Uhr bis nahezu 2 Uhr in einem Konferenzzimmer des Abgeordnetenhauses die Verfassungspartei abgehalten hat. Es fiel auf, daß die Teilnehmer dieser Berathung in überaus ernster Stimmung auseinandergingen und jede Aufklärung über die Besprechung verweigerten. Erst Nachmittag wurde bekannt, daß Graf Julius Andrássy über jene Informationen, die er in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann erhalten hat, keinerlei Mittheilung machte, wohl aber als Präsident der Partei auf

mehrere an ihn gerichtete Anfragen verschiedenartige Antworten ertheilte, aus denen sich die Mitglieder der Verfassungspartei über die gegenwärtige militärische und politische Situation ein Bild machen konnten.

Eine ähnliche Besprechung fand Abends um 7 Uhr — ebenfalls im Abgeordnetenhause — unter den Mitgliedern der Volkspartei statt. Hier ertheilte Stephan Rakobßky verschiedenartige Aufklärungen.

Diesem politischen Aufklärungsdienst sollen auch jene Erklärungen dienen, die morgen zu Beginn der Sitzung des Abgeordnetenhauses vor der Tagesordnung seitens der oppositionellen Parteiführer Graf Julius Andrássy, Graf Albert Apponyi und Stephan Rakobßky abgegeben werden dürfen. Einem parlamentarischen on dit zufolge wollen die genannten Politiker im Rahmen wichtiger Aeußerungen gewisse Mittheilungen machen, die eine Klärung der politischen Situation bezwecken. Selbstverständlich soll auch die Regierung zu entsprechenden Mittheilungen und Aufklärungen veranlaßt werden.

Zu diesem Zweck sind für morgen nicht weniger als zweiundzwanzig Interpellationen eingetragen. Von diesen beziehen sich auf die politische und militärische Situation die folgenden: Ludwig Holló, Géza Polonyi, Graf Michael Károlyi (Verhältnis der Regierung und der Armeeführung), Graf Albert Apponyi (politische Situation in Verbindung mit den Ausgleichsverhandlungen mit den Österreichern). Militärische Fragen sollen erörtert werden in den Interpellationen Martin Bobáky's (über die Durchführung des G.-A. III:1915, d. h. über die aus Ungarn rekrutirten galizischen und bukowinischen Regimente), Karl Szűcs (Invalidentfragen), Johann Novák (militärische Enthebungen), Andreas Ráth (Offizierssehen), Georg Szmezsányi (Militärische Lage bei Körösmészö). Wirtschaftlichen Fragen galten die Interpellationen Andreas Ráth's (Kriegsprodukten-A.-G. und die Centralen), Graf Michael Esterházy (Schießpulver für die Jäger), Sigmund Eitner (Maximalisirung der Getreidepreise), Karl Szűcs (Mehlversorgung der Städte), Johann Bartos (Eingriff der Behörden bei der Beschaffung der Bedarfsartikel). Verschiedene andere, theils politische Fragen sollen erörtert werden in den Interpellationen Gabriel Ugron's und Stephan Rakobßky's (Polenfrage), Prinz Ludwig Windischgrätz (Verantwortung wichtiger staatlicher Organe), Markgraf Georg Pallavicini (Sanitätsfragen), Stephan Rakobßky (Censur, Verlängerung der Schulferien), Lehel Séderváry (Besetzung des Botschafterpostens in Washington), Alexander Gieswein (Kriegsziele).

Die große Anzahl der Interpellationen und vor allem die erörternden heißen Fragen beweist, daß die Opposition einen konzentrischen Angriff gegen die Regierung plant. Man hat den Eindruck, als ob die Zeit der parlamentarischen Trübsal zu Ende gehen sollte. Die oppositionellen Schachzüge gegen die Regierung haben schon vor kurzer Zeit begonnen und in den jüngsten Tagen sollen sie von einer Seite sogar bis in das Arbeitskabinet des Monarchen getragen worden sein. Man intriguirte nicht so sehr gegen den Grafen Tisza, sondern, um ihn zu treffen, gegen den Minister des Aeußern Baron Burján. Die Regierung und ihre Partei stehen diesen Machinationen nicht unvorbereitet gegenüber. Auf dieser Seite kennt man die Intentionen der Opposition, die es jetzt auf einen Kabinettssturz abgesehen zu haben scheint. In gouvernementalen Kreisen ist man fest entschlossen, den Fehlschuss aufzunehmen, falls die Opposition leichtfertig genug sein sollte, gerade den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Verwirklichung ihrer innerpolitischen Aspirationen zu wählen. Die Nationale Arbeitspartei ist vollkommen gerüstet, um jede oppositionelle Anstrengung mit entsprechender Energie

zurückzuweisen. Die nächsten Tage dürften also wieder sehr interessant werden.

Spät Abends nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses versammelten sich die Mitglieder der Nationalen Arbeitspartei zu einer Konferenz, in welcher die Spezialberathung über die im Abgeordnetenhause im Allgemeinen bereits angenommenen Steuervorlagen durchgeführt wurde. In der Konferenz unterbreitete Berichterstatter Roland Hegedüs die Vereinbarung, die bezüglich mehrerer, vom „Neuen Pester Journal“ bereits mitgetheilten Abänderungen zwischen dem Finanzminister und dem oppositionellen Steuerkomitee zustande kam. Die Partei gab ihre Zustimmung zu diesen Abänderungen. Nur bezüglich eines Amendements, betreffs welchem Finanzminister Teleßky erst heute in seiner im Abgeordnetenhause gehaltenen Rede erklärte, daß er es noch erwägen wolle (ob man nämlich gewisse Einkommen die auch unter die Kriegsteuer fallen können, gewissermaßen einer zweifachen Besteuerung unterwerfen soll), beschloß die Partei nach einer kurzen Diskussion, an welcher außer dem Finanzminister der Abgeordnete Hegedüs, Santos und Ministerpräsident Graf Tisza theilnahmen, die Entscheidung hierüber jedem Abgeordneten als offene Frage zu belassen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten schloß die Konferenz.

Die in der Hauptstadt weilenden oppositionellen Abgeordneten hatten im Laufe des Abends gesellige Zusammenkünfte, in welchen bezüglich der morgigen Sitzung, die sehr interessant zu werden verspricht, verschiedene Besprechungen stattfanden.

Kriegstagung des Reichstages. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 22. August.

Das Abgeordnetenhause hat heute die drei Steuer...

Finanzminister Johann v. Teleky ging in seinen Ausführungen von der prinzipiellen Auffassung aus...

Schließlich sprach Finanzminister Johann v. Teleky auch über die Fragen der Kolonisation.

Das Abgeordnetenhause hält morgen eine Sitzung, in der um 5 Uhr nachmittags zu den Interpellationen...

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Bethy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Auf den Ministerauftritt: Graf Tisa, Teleky, Balogh, Baron Sarkanyi, Janovich, Hiedeghethy.

Präsident meldet, daß laut Mitteilung des Ministerpräsidenten Se. Majestät für die ihm anlässlich seines Geburtstages dargebrachten homagialen Glückwünsche...

Präsident meldet ferner im Sinne des § 138 der Geschäftsordnung, daß der Erzeberger Einwohner Paul Csanyi gegen den Abgeordneten Ivan Kocel schriftlich die Inkompatibilitätsanzeige erstattet habe.

Da eine Debatte oder Beschlussfassung unzulässig ist, dient dies zur Kenntnis.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der gemeinsamen Generaldebatte über das teilweise Inkrafttreten der Einkommensteuer, die Vermögenssteuer und die Beibehaltung der Gültigkeit der pro 1916 bemessenen Erwerbsteuer III. Klasse.

Abgeordneter Baron Julius Madarassy-Rede:

Seine Ausführungen knüpfen an die Rede des Abgeordneten Ludwig Ráday an, der die Steuerordnungen...

Die vorliegenden Gleichheiten sind bloß der Anfang vom Anfang. Sie sind gleichsam ein Vorpiel, worin die Einkommensteuer und die Vermögenssteuer das Leitmotiv bilden...

es logisch begründet, daß diese Steuer kontingentiert werde, freilich in dem einzig richtigen Sinne der Kontingentierung...

Die Einkommensteuer ist als die theoretisch und praktisch richtigste direkte Steuer zu betrachten, und wenn wir Vertrauen zur wirtschaftlichen Zukunft des Landes haben...

Hinsichtlich der Vermögenssteuer ist die sachliche Auffassung, die vom Abgeordneten Ráday vertreten wurde, vollständig zu billigen. Die Vermögenssteuer ist eine natürliche Ergänzung der Einkommensteuer...

Die Grundlage der Vermögenssteuer ist der Verkehrswert. Die Feststellung des Verkehrswertes wird freilich bezüglich des Grundbesitzes und der Instruktion des letzteren mit namhaften Schwierigkeiten verbunden sein.

Nedner geht nun zum eigentlichen Gegenstand seiner Ausführungen, zur Frage des Bankensystems über. Die bankenfeindliche Stimmung im Hause entspringt in erster Reihe der ewig wiederkehrenden Beschuldigung, daß unsere großen Geldinstitute durch ihre Beteiligung an den Heereslieferungen...

Was nun den Kriegsgewinn aus Heereslieferungen betrifft, so hat der Finanzminister schon darauf hingewiesen, daß bei der außerordentlichen Entwicklung unserer Volkswirtschaft seit den 70er Jahren das in den Banken konzentrierte Kapital auch auf dem Gebiete der industriellen Entwicklung...

Nedner will nun die Quellen untersuchen, aus denen der Kriegsgewinn bei industriellen Lieferungen entspringt. Es handelt sich hier um die von der Heeresverwaltung für die Herstellung gezahlten Beträge, die durch die Steuerträger Oesterreichs und Ungarns im Verhältnis der Quote aufgebracht werden.

gen gehabt, ohne daß von dem vollen wirtschaftlichen Nutzen des Krieges Ungarn irgend etwas zu realisieren vermocht hätte.

Was den sogenannten konjunkturellen Warenwucher betrifft, so stehen wir einer optischen Täuschung gegenüber. Tatsache ist, daß auf Gebieten, wo die Banken im Wettbewerb mit auf durchaus altruistischer Grundlage stehenden Institutionen zu arbeiten hatten...

Der Abgeordnete Brody hat in seiner Rede über die Gehaltszüge der öffentlichen Beamten die Lebensbedürfnisse eines Gerichtsrates und seiner Familie untersucht, die mit einem Jahresgehalt von 4200 Kronen ihre Auskommen finden müsse.

Auf die von oppositioneller Seite betonte angebliche Behandlung der Banken im neuen Steuersystem übergehend, führt Nedner folgendes aus: Die Stimmung, die hier sich entwickelt hat, beleidigt die Banken mit den Eigenschaften einer natürlichen Person.

Was nun das in den Banken konzentrierte Kapital betrifft, so ist es mit keinem einzigen Lebensattribut natürlicher Personen ausgestattet. Die Bank als solche hat keine Lebensbedürfnisse, kein Existenzminimum, keinen standard of life, keine Luxusausgaben.

Nicht übersehen darf hierbei auch die Art und Weise werden, wie bei uns in Ungarn das Aktienvermögen verteilt ist. Das Stammkapital der heimischen Gesellschaften unter zwei Millionen beträgt insgesamt 534 Millionen Kronen.

# Kriegstagung des Reichstages

Schichte, ja in vielen Orten sogar der Bauernschaft. Aus dem Gesichtspunkte der sozialen Wertung besitzen diese Aktien also durchaus nicht den Charakter des internationalen Kapitals, auf den so häufig angepielt wird. Was nur die Großbanken betrifft, so ist auch bei diesen, gottlob, das ausländische Kapital in viel geringerem Maße interessiert, als allgemein angenommen wird. Als prägnantes Beispiel hierfür dient die Vaterländische Sparkasse, von der nicht geleugnet werden kann, daß sie ihren Reimboden im rein ungarischen Nationalvermögen hat und in Hinsicht der Elocierung ihrer Aktien ein ausschließlich ungarisches Gepräge aufweist. Das gleiche ist auch bei den übrigen großen Instituten der Fall. Die Aktien, die vielleicht anlässlich der Emission zum größeren Teile im Auslande untergebracht waren, sind seither in sehr ansehnlichem Maße in heimische Hände zurückgelangt.

Eine andere irrige Auffassung beurteilt die Bank in erster Reihe nach der Person ihres Leiters und findet nur sehr schwer den Weg zum Aktionär. Inwiefern die Kraft, die Sicherheit und das Gedeihen der Bank interessieren nicht allein den Leiter und die Aktionäre, sondern viel umfangreicher und wesentlicher ist der Interessentenkreis, durch den die Gläubiger und unter diesen in erster Reihe die Einleger und auf anderer Seite die Schuldner an die Bank geknüpft sind. Für den Gläubiger ist die Kraft der Bank aus dem Gesichtspunkte der Sicherheit seiner Forderung eine Frage von hervorragender Bedeutung. Auch das Schicksal des Schuldners hängt davon ab, denn die Kraft der Bank ist entscheidend für den wohlfeilsten oder teueren Kredit. Daß der Vermittlergewinn bei den ungarischen Instituten im allgemeinen viel geringer als im Auslande ist, könnte durch eine ganze Reihe triftiger Daten nachgewiesen werden.

Die ganze wirtschaftliche Entwicklung des Landes steht im innigsten Konnex mit dem Kredit, den die Banken für das Land geschaffen haben. Vielleicht ist bei Gewährung dieses Kredites bisweilen über die berechtigten Grenzen hinausgegangen worden, jedenfalls ist er aber der Volkswirtschaft des Landes durch fünfzig Jahre bei unaußgesetz abnehmendem Zinsfuß mit einem Betrage von beispielloser Größe und ununterbrochenem Aufstiege zur Verfügung gestanden. Noch vor einem halben Jahrhundert waren wir auf allen Gebieten dem Kredit Österreichs ausgeliefert. Die Institute haben seither dem ungarischen Grundbesitzer durch das Bodenkreditinstitut 3,9 Milliarden zur Verfügung gestellt, in anderweitigen Krediten aber sieben Milliarden Kronen zu elocieren verstanden. Und der Zinsfuß, der ursprünglich wie bei den Pfandbriefanleihen des Bodenkreditinstituts 5 1/2 Prozent betrug, ermäßigte sich seither in normalen Zeiten auf 3 1/2 Prozent; dieser Rückgang des Zinsfußes hat sich vor uns aller Augen auf der ganzen Linie vollzogen. Die Kanäle dieses ganzen Kreditwesens, dem wir unsere Entwicklung danken, haben unsere Banken im Auslande und im Inlande geschaffen. Auch unter schwierigen Verhältnissen ist dieses Kreditinstitut dem Auslande ein Gradmesser der Wirtschaftskraft und der Tragfähigkeit unseres Landes gewesen. Einer der hauptsächlichsten Stützen der Kreditfähigkeit Ungarns war jedenfalls der Umstand, daß namentlich unsere Großbanken sich auf dem Geldmarkte ein unerschütterliches Vertrauen zu erziehen wußten. Das ist kein Lob für die Banken, sondern ein Lob für die Feststellung von Tatsachen. Jedenfalls sprechen diese Tatsachen dafür, daß die gesunde Entwicklung und das Gedeihen der Banken nicht bloß ein Interesse der Aktionäre, sondern auch ein Interesse des ganzen Landes sind. Dem Aufschwunge unserer Banken und ihrem internationalen Kredit haben wir es zu danken, daß wir unser Wirtschaftsleben, soweit es anging, von Österreich zu emancipieren vermochten, daß der Kreditzinsfuß und der Kapitalisierungszinsfuß Ungarns denjenigen Österreichs nahezu erreicht hat. Wenn in welchem Lande immer, um nur ein Beispiel zu erwähnen, ein Institut von solcher internationaler Bedeutung, so hervorragender Organisation und so imponierender Kraft entstanden wäre, wie die Pester Ungarische Kommerzbank, so würde es ebenso sehr den Stolz jedes Landes bilden, wie welche andere große Institution immer.

Man hat hier viel von einer bevorzugten Behandlung der Banken in der Steuerpolitik gesprochen. Bei sachlicher Beurteilung aber findet sich nirgend eine Spur solcher Bevorzugungen. Die Steuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen hat in der Vergangenheit 10 Prozent betragen, also ebensowohl wie der Schlüssel der Erwerbsteuer III. Klasse; während aber bei der letzteren Steuer der zehnprozentige Schlüssel eine Fiktion war, da in Wahrheit die Erwerbsteuer III. Klasse höchstens zwei bis drei Prozent betrug, hatten die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen ihre 10 Prozent bis zum letzten Heller zu entrichten. Dazu kamen noch der allgemeine Einkommensteuerausschlag und die Kommunalsteuer, wodurch die Steuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen in Budapest auf 17,3, in städtischen Municipien durchschnittlich auf 17,85, in Gemeinden durchschnittlich auf 15,57 stieg. Das sind aber Durchschnittsziffern, und die Abgeordneten aus der Provinz können ja bestätigen, daß die Aktiengesellschaften in manchen Städten einen unverhältnismäßig großen Teil der gesamten Steuerzuschläge zu tragen haben. Die objektive Wahrheit ist, daß mit Ausnahme der Haussteuer die Steuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen die drückendste Steuergattung in Ungarn war; gemildert wurde der Druck höchstens durch die Steuerfreiheit der Effekten. Allein diese Steuerfreiheit war nicht etwa eine den Banken gewährte Begünstigung, sondern ihr lag die Absicht zugrunde, die Effekten in möglichst weiten Kreisen unterzubringen, einen Effektenmarkt zu schaffen und auf den Kurs, wie auf den Zinsfuß der emittierten Effekten einzuwirken. Diese Steuerfreiheit ist keine ungarische Erfindung, sondern sie wird in der ganzen Welt gelibt, und erst durch die umfangreichen Staatspapierkäufe der Institute, durch ihre eigenen Emissionen und überhaupt durch ihr steigendes Effektenportefeuille ist eine die Steuerlast der Aktiengesellschaften mindernde Institution daraus geworden. Den Emissionen des Staates, sowie den Pfandbriefen und den kommunalen Obligationen mußte die Steuerfreiheit gewährt werden, um ihnen den Markt zu verschaffen. Ohne diese Begünstigungen hätten weder der ungarische Staat, noch die Emissionsanstalten die außerordentlichen Schwierigkeiten zu meistern vermocht, die bei Placierung ungarischer Emissionen im Inlande wie im Auslande zu überwinden waren. Auch mußte die Steuerfreiheit eingeführt werden, um dadurch einen niedrigeren Emissionszinsfuß zu ermöglichen und bei dem Verkaufe einen höheren Kurs zu erzielen. Dinge, die stets und überall dem eigentlichen Schuldner zugute kommen, also bei Staatspapieren dem Staate, bei Pfandbriefen dem Grundbesitzer, bei Kommunalobligationen den Gemeinden. Als Beispiel mag die Pfandbriefschuld unseres Grundbesitzes dienen. Die Hypotheklast auf Grundbesitzern und Häusern beträgt in

Ungarn 3,9 Milliarden, davon auf Grund von Pfandbriefen 2,6 Milliarden Kronen. Bei Anleihen, denen nicht Pfandbriefe zugrunde liegen, beträgt der durchschnittliche Zinsfuß 7,6 Prozent; bei Pfandbriefen aber ist der durchschnittliche Zinsfuß samt der Dankprovision nicht höher als 4,7 Prozent. Nun wissen wir ja, daß bis zu den gegenwärtigen Kriegsanleihen, die in bezug auf Schaffung eines inländischen Effektenmarktes bei natürlichen Personen bahnbrechend waren, die Elocierung von Effekten gegen die größten Schwierigkeiten anzukämpfen hatte. Es ist ein unvergängliches Verdienst des Finanzministers, daß er in diesem Lande, wo die Sparkasseneinlage sozusagen die einzige Form der Kapitalsammlung war, den Mut gefunden hat, sich mit einer Kriegsanleihe von sechs Milliarden unmittelbar an das ungarische Publikum zu wenden und diese Aktion in einer Weise durchzuführen, daß sein Mut durch den vollsten Erfolg gekrönt erscheint. Bis dahin aber hat die ungarische Effektenemission des Staates und der Banken 10 Milliarden Kronen betragen, wovon 5,7 Milliarden im Auslande, 4,3 Milliarden in Ungarn und von letzterem Betrage 1,3 Milliarden bei den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen elociert waren. Bis zu den gegenwärtigen Kriegsanleihen waren also die ungarischen Institute Eigentümer von 35 Prozent aller im Inlande placierte ungarischen Emissionen. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß bis zum Kriegsausbruch alle Emissionen, die staatlichen, wie die privaten, zum großen Teile in die Portefeuilles der Geldinstitute gelangten. Dies aber ist kein indifferentes Moment, denn allgemein bekannt ist ja der Vorteil, der einem Lande erwächst, wenn es seine eigenen Effekten zum tunlichst großen Teile auf dem eigenen Markte zu elocieren vermag. Insbesondere haben unsere Großbanken sehr ansehnliche Beträge von ungarischen steuerfreien Effekten in ihren Portefeuilles angehäuft. Erstens weil sie die Vermittler der staatlichen Emissionen waren, und zweitens, weil sie im Interesse des Marktes von Zeit zu Zeit große Rückkäufe in Pfandpapieren und Kommunalobligationen durchführen mußten, wodurch insbesondere unter schwierigen Marktverhältnissen ihr Effektenbestand dauernd zunehmen mußte; drittens aber weil die Emissionsanstalten bei gewissen Elocierungen, so die Versicherungsgesellschaften bei den Prämienreserven, durch Gesetze zu Effektenkäufen verhalten waren, und viertens endlich, weil vom Standpunkte der Solidität und der Liquidität aus dies für die tunlichste Sicherheit der Einlagen unter allen Umständen die richtigste Geschäftspolitik war.

Nun haben aber die schweren Wirtschaftsverhältnisse vor dem Kriege bei den steuerfreien Effekten riesige Kurvenverluste herbeigeführt, die sich auf ungeschätzte Millionen belaufen. Dennoch darf sachlich konstatiert werden, daß aus der Einrichtung der Steuerfreiheit und aus der Tatsache, daß hauptsächlich unsere stärksten Institute Eigentümer eines großen Kontingents dieser Effekten waren, sich eine Steueranomalie entwickelt hat, die hinsichtlich des Ankaufs dieser Wertpapiere eine hohe Prämie für diese Anstalten bedeutete, andererseits aber zu der Lage führte, daß durch Abzug der steuerfreien Zinsen von dem Reingewinn gerade unsere größten Institute eine verhältnismäßig niedrige Steuer zu zahlen hatten. Dies sei ohne weiteres zugestanden und daraus folgt ja, daß jetzt, da jeder Bürger des Staates ungleich höhere Steuerlasten zu tragen hat, diese exzeptionelle Lage nicht in vollem Umfang aufrechterhalten werden kann. Gegenüber der Abschaffung der Steuerfreiheit des Effektenbestandes der Gesellschaft soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß diese tiefgehende Wandlung, die die einzelnen Anstalten in ganz ungleichem Maße trifft, aus sehr wichtigen kreditpolitischen Gründen nicht in ihrer ganzen Brutalität zur Geltung gebracht werden darf, daß vielmehr Milderungen und Uebergangsvorrichtungen notwendig sind.

Was die Wirkung der neuen Steuergesetze aus dem Gesichtspunkte der Banken betrifft, so ist vor allem der präliminierte Ertrag der neuen Steuern zu prüfen. Der Finanzminister erwartet von der Einkommensteuer 35 Millionen, von der Vermögenssteuer 25 Millionen; die Erwerbsteuer III. Klasse ist im wesentlichen petrisiziert, das ganze Steuerplus, das der Finanzminister von den ungarischen Steuerträgern mit einem Einkommen über 10.000 Kronen und einem Vermögen über 50.000 Kronen erwartet, beträgt also 60 Millionen Kronen. Dagegen ist der voraussichtliche Mehrertrag der neuen Steuer der Aktiengesellschaften mit 26 Millionen Kronen präliminiert. Nun beträgt nach den Daten Friedrich Hellners der Wert aller Vermögen über 50.000 Kronen in Ungarn 17 1/2 Milliarden, der Wert aller Einkommen über 10.000 Kronen 1,2 Milliarden, das gesamte Aktienkapital der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen mit samt den Reserven 3,3 Milliarden Kronen und deren gesamtes Nettoeinkommen 367 Millionen Kronen. Das Plus der erhöhten Steuer beträgt daher bei der Einkommensteuer 3 Prozent, bei der Vermögenssteuer 0,14 Prozent, bei den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften aber 9,8 Prozent gegenüber dem Nettoeinkommen und 0,916 Prozent gegenüber dem Vermögen, berechnet aus dem Nennwert des Stammkapitals und den Reserven, während, wenn der aus der fünfprozentigen Kapitalisierung des Nettogewinnes entstehende Wertbeizug als Ausdruck des Vermögens der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften genommen wird, das Steuerplus noch immer 0,492 Prozent beträgt. Während also die Einkommensteuer eine dreiprozentige Belastung des Einkommens bedeutet, stellt die Steuererhöhung bei den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften eine 9-prozentige Belastung des Geschäftsergebnisses dar. Während die Vermögenssteuer bei jedem anderen Vermögen bloß ein Steuerplus von 0,14 Prozent bedeutet, beläuft sich das Steuerplus bei den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften gegenüber dem Verkehrswert der Aktien auf 0,5 Prozent. Nach der Auffassung des Referenten würde die Vermögenssteuer mehr abwerten, aber auch nach seinen Berechnungen würde das erhoffte Maximum 0,2 Prozent, also bloß zwei Fünftel des Steuerplus bei Aktiengesellschaften betragen.

Da von einer Bevorzugung der Banken andauernd die Rede ist, will Referent untersuchen, was eine natürliche Person an direkten Steuern zu entrichten haben wird und welche Steuerlast einer zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaft mit gleichem Vermögen und gleichem Erwerb auf Grund der neuen Steuervorlagen auferlegt werden wird. Ein zur Erwerbsteuer verpflichtetes Individuum wird zu zahlen haben: an Erwerbsteuer 2,5 Prozent, dann an allgemeinem Einkommensteuerausschlag und an Gemeindesteuer weitere 1,75 Prozent, an Einkommensteuer ungefähr 3 Prozent, an Vermögenssteuer, auf das Einkommen umgerechnet, nach Abzug der Einkommensteuer, 3 Prozent, mithin insgesamt 10,25 Prozent. Ein Grundbesitzer wird zahlen: nach dem Kataster-Nettoeinkommen 25 Prozent

Grundsteuer, was, auf die ganze Einnahme projiziert, 6 Prozent bedeutet. Was die Einkommensteuer betrifft, so kann hier eine Höchstleistung von 3 Prozent angenommen werden, da die resiliose Ausparung des ganzen Einkommens bei dem Grundbesitzer viel schwieriger durchführbar sein wird als bei den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß gegenüber dem Verkehrswerte beim Grundbesitze die Rentabilität zweifellos geringer ist, muß ein Vermögenssteuerschlüssel mit 4 Prozent angenommen werden; den allgemeinen Einkommensteuerausschlag und die Gemeindesteuer mit in Betracht gezogen, wird also der Grundbesitzer eine Steuerlast von insgesamt 16 Prozent zu tragen haben. Diese Zahlen geben selbstverständlich bloß eine allgemeine Orientierung, denn infolge des progressiven Steuerschlüssels nehmen in den höheren Stufen die Lasten zu und in den unteren nehmen sie ab. Bei den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften wollen wir jedoch nicht die Durchschnittsziffern, sondern geradezu den niedrigsten Steuerschlüssel zum Ausgangspunkte nehmen. Diese Gesellschaften werden, da eine Verheimlichung völlig ausgeschlossen ist, nach ihrem ganzen Geschäftsertrag, also 12 Prozent laut Steuerschlüssel, dann von diesem Betrag 30 Prozent als Einkommensteuerausschlag und 47 Prozent an Gemeindesteuer zu entrichten haben; die gesamte Steuerlast einer zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaft wird sich also auf 21,24 Prozent belaufen. Daraus geht hervor, daß diese Gesellschaften nicht nur nicht bevorzugt werden, sondern, wie aus den angeführten Daten hervorgeht, geradezu das Gegenstück der Fall ist. Die Prophezeiung des Grafen Pallavicini, daß natürliche Personen Aktiengesellschaften gründen werden, um der höheren Steuer zu entkommen, wird nicht in Erfüllung gehen. Die Angriffe, denen die Regierung wegen der angeblichen Steuerbegünstigung der Geldinstitute ausgesetzt war, sind im höchsten Grade ungerecht. Die Verschuldigungen, die hier vorgebracht worden sind, halten einer sachlichen Kritik nicht stand.

Die Grundlage der ungarischen Volkswirtschaft bildet der Grundbesitz. Seit Jahrzehnten, seitdem wir im Zeichen der Schanzhölle leben, haben die Interessen des Grundbesitzes die ungarische Politik maßgebend beeinflusst, und es ist ganz recht, daß dies der Fall war. Ungarn ist ein ackerbaubetreibender Staat und er hat daher in erster Reihe die Interessen seiner Landwirtschaft zu verteidigen. Das hat er aber auch im vollsten Maße getan. Er hat es getan in einer Zeit, da er nichts anderes tun konnte, als den auf ihn vom Westen geübten Druck nach dem Osten weiterzugeben. Diese Zollpolitik hatte aber ihre Folgen. Zunächst in der Preissteigerung aller landwirtschaftlichen Produkte, wofür die Gesamtheit der Konsumenten, also das ganze Land, aufzukommen hatte, und überdies in der außerordentlichen Steigerung des Bodenwertes. Dieser Schutz der landwirtschaftlichen Interessen hat uns einen hohen Preis abgefordert, aber der Preis ist nicht als übermäßig zu betrachten. Auch der Vorwurf ist nicht gerecht, daß dem Grundbesitz häufig gemacht wird, daß er es unterlassen hat, den Zollschutz im Interesse der Mehrproduktion auszunutzen und hierdurch die großen Opfer der Nation durch eine Steigerung des National Einkommens wettzumachen. In Ungarn ist eben die Mehrproduktion ein außerordentlich schweres Problem, und wenn auch Fehler geschehen sind, so ist die mangelhafte Entwicklung in dieser Hinsicht nicht vorwiegend auf Unterlassungen zurückzuführen. Als entscheidende Faktoren haben hier mitgewirkt: klimatische Verhältnisse, die unsere Ernte in ihrem Ertrage so unsicher gestalten, ferner der Umstand, daß wir die hervorragendere Qualität des ungarischen Weizens mit seiner geringeren Widerstandskraft gegen den Frost aufzuwiegen haben, ferner das Ergebnis der Verjüngung, mit englischen und französischen höher gezüchteten Weizengattungen, die bewiesen haben, daß die letzteren dem Frost weniger widerstanden und daher unter unseren Verhältnissen nur in reduzierterem Maße entsprechen; der Umstand endlich, daß die deutschen Düngemethoden, denen das Deutsche Reich eine so hochgradige Steigerung seines Ernteertrages dankt, sich bei uns im allgemeinen nicht bewährt haben. All das hat dahin geführt, daß das Problem der Mehrproduktion bei uns noch in Anfange des Anfanges steht und in seinen wirksamen Methoden vorerst noch wissenschaftlich ergründet werden muß. Allein auch wenn all dies zugegeben wird, so beruht es doch auf einer völligen Verkennung der Lage, wenn behauptet wird, daß die Politik des Landes von den Banken wesentlich beeinflusst wird und die Banken einer staatlichen Bevorzugung zuteil werden. Das haben die Banken weder notwendig, noch haben sie es je verlangt. Wenn wir uns selbst gegenüber aufrichtig sein wollen, müssen wir einbekennen, daß die ungarische Politik, was ja auch ganz richtig ist, im Zeichen des Grundbesitzes geleitet wird. Aus allen diesen Gründen ist der Mangel an Sachlichkeit sehr zu bedauern, der in der Erörterung dieser Angelegenheiten so häufig zutage tritt. Durch solche tendenziöse Einstellungen werden die Gegensätze zwischen den Klassen geschürt und Stimmungen ausgelöst, die, einmal entstanden, sich schwer meistern lassen. Wenn so, so gilt es jetzt, allen Vorurteilen zu steuern, nicht einseitig zu sein, uns nicht durch Klasseninteressen, sondern ausschließlich durch allgemeine Gesichtspunkte leiten zu lassen. Jede Klasse wird an den Folgen des Krieges schwer zu tragen haben. Darum wollen wir weder dem Grundbesitzer, noch der Industrie, weder dem Kaufmann, noch dem Kapital Unrecht tun. Die Regenerationsarbeit nach dem Kriege wird Jahrgebühre in Anspruch nehmen, und in der großen Arbeit, die alle produzierenden Klassen vereint zu verrichten haben werden, wird das Kapital die gleiche Rolle spielen, wie die Munition im Kriege. Gleichwie wir in dem Belagerungskriege, den wir gegen unsere Feinde an allen Fronten zu führen haben, unsere Munition bis zum letzten Gewehrgehäuse aus eigenem erzeugen müssen, so wird dies auch mit dem Kapital der Fall sein. Denn unsere wirtschaftliche Isoliertheit wird nicht so bald ein Ende haben, unser deutscher Bundesgenosse wird sein eigenes Kapital selbst brauchen und das ausländische Kapital wird durch die Politik der Geschäftigkeit uns noch lange Zeit entzogen bleiben. Da darf man denn schließlich fragen, wenn die systematische Fehlzug gegen die Banken und das Kapital frommen soll, der hier seit Monaten im Zuge ist? Starke Interessen knüpfen die ganze Bevölkerung, vom Arbeiter bis hinauf zu dem reichsten Grundbesitzer an das Schicksal der großen Kreditinstitute; keinen einzigen Menschen gibt es in diesem Lande, der nicht empfindlich geschädigt würde, wenn es gelänge, die Banken zu schwächen oder zugrunde zu richten. Die kapitalfeindliche Tendenz der Mitglieder der Volkspartei wäre noch begreiflich, wenn sie Vorläufer einer kommunistisch-sozialistischen Politik wäre, die die Daseinsberechtigung aller Formen des Kapitals, des Grundbesitzes ebenso wie des mobilen Kapitals, grundsätzlich verneint und den Agrarsozialismus ebenso wie den industriellen in sich schließt. Da jedoch die Volkspartei sich kaum zum Phalanster-

Kriegstagung des Reichstages

äußert die Nacht. Zur Stunde, es ist halb 2 Uhr, spricht Abgeordneter Graf Albert Apponyi. Im Saale lastet bleiern die Müdigkeit. Auf den Tribünen sind die Zuschauer teilnahmslos und schläfrig geworden. Durch die Wandelgänge weht kühl die Morgenluft. Unter den Fenstern des Hauses fließt in stiller Majestät grauschwarz die Donau hin. Aus den Fenstern des Hauses fällt Licht auf ihre Wellen. Sie hat große Zeiten gesehen, doch nie so große wie jetzt. Und wie klein erscheint neben den gigantischen Ereignissen unserer Zeit die bizarre Idee dieser improvisierten Nachtsitzung.

Der Verlauf der Sitzung.

Das Haus setzt die Spezialdebatte über den § 1 des Einkommensteuergesetzes fort.

Abgeordneter Ernst Bródy beantragt, daß die neuen Steuergesetze nur bis zum Schluß des Jahres 1918 in Geltung bleiben.

Abgeordneter Béla Mezősi stimmt dem Antrag Bródy zu, da er das Parlament nicht für geeignet hält, um solche meritorische Gesetzentwürfe zu erheben. Diese Aufgabe fällt dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts zu.

Abgeordneter Béla József resümiert die Wünsche der Opposition nach Kontingentierung der Einkommensteuer.

Abgeordneter Ernst Eszmáschließt sich den Vorrednern an.

Abgeordneter Wilhelm Szász weist die Beschuldigung zurück, als ob ihn bei der Verteidigung der Interessen der Städte Klassen Gesichtspunkte geleitet hätten. Inmitten des Weltkrieges klingt es komisch, von der Grundbesitzerklasse zu sprechen. Man könne die Blutsteuer und die Vermögenssteuer nicht verquiden, denn gerade die Besitzlosen leisten die größte Blutsteuer. Er schließt sich dem Antrag József an.

Präsident suspendiert um 2 Uhr die Sitzung. Nachmittags 4 Uhr wird die Spezialdebatte fortgesetzt.

Abgeordneter Stefan Szabó (Nagytád) muß konstatieren, daß die oppositionellen Redner die Interessen der Dorfbewohner nicht genügend vertreten haben.

Abgeordneter Alajos Vizony weist die Beschuldigung zurück. Er unterbreitet zum § 1 einen Abänderungsantrag, demgemäß das Einkommen nur über 2500 Kronen besteuert werden soll. Redner glaubt, daß der Zeitpunkt für die Einführung der Vermögenssteuer überhaupt nicht geeignet sei.

Die Debatte wird um 5 Uhr abgebrochen. Der Tagesordnungsantrag des Präsidenten wird angenommen. Folgen die Interpellationen.

Handelsminister Baron Johann Harlanji beantwortet die am 12. Februar 1916 in Angelegenheit des Rohöls an ihn gerichtete Interpellation des Abgeordneten Arpád Matia. Der Abgeordnete fragte, ob der Minister Kenntnis davon habe, daß die österreichische Regierung das Rohöl unter Sperre halte, 40 Prozent der Produktion für sich behalte, 40 Prozent Deutschland und 20 Prozent Ungarn überlasse. Der Minister hatte davon Kenntnis, da ja dies durch einen kaiserlichen Erlaß am 18. August 1915 angeordnet wurde. Diese Verteilung bot die einzige Möglichkeit, den Rohölbedarf Ungarns zu decken, wobei natürlich in erster Reihe die Gesichtspunkte der Kriegsführung maßgebend waren. Wir mußten Deutschland eine entsprechende Menge Rohöls überlassen, zumal ja dadurch in erster Reihe unsere gemeinsamen Kriegsziele gefördert wurden. Schon vor dem Kriege hat Deutschland einen ansehnlichen Teil seines Rohölbedarfes in Oesterreich gedeckt. Die Verteilung ist dem Konsum der beiden Staaten in Friedenszeiten entsprechend erfolgt. Der Minister will zur Vermeidung von Irrtümern feststellen, daß zum Motoröl nicht reines Rohöl verwendet wird. Es wäre dies eine Verschwendung, namentlich im Kriege, wo wir des Benzins und der Schmieröle bedürfen. Infolgedessen hat der Minister am 17. Mai eine Verordnung erlassen, die die

als der nun schon fachte grau gewordene Vater dreier Kinder, und vielleicht hat ihn oben auf dem bescheidenen Schloßbalkon zuweilen die Luft angewandelt, es hier seinen bescheidenen, einfachen alten Eltern gleichzutun. Er hat nicht veräuht, mit der Herzogin und den Kleinen den gewohnten Weg hinüber zur Wallfahrtskirche zu gehen, er richtete das frischgeputzte Schloßchen mit den alten Möbeln wieder ein, er gab den vier Tümmchen sogar die alte, kupferne Zwiebelbedachung, die sie vor hundert Jahren gehabt hatten. Und ließ die Schloßkirche streng in dem etwas kalten Barockstil so vieler niederösterreichischen Landkirchen restaurieren, rief die Geistlichen eines aus Frankreich vertriebenen Ordens hierher an die Donau, und ein, zwei Jahre vor seinem Tod begann er mit der Einrichtung einer in den Arisstetten Fels gesprengten Schloßgruft. Er mochte nicht in der Wiener Kapuzinergruft liegen. Hier, zu Füßen eines Bauernschloßchens, den Bäumen, Teichen, Wiesen und Moospfätzen seiner Jugend benachbart, wollte er schlafen. Dieser strenge, farge, so vielen hart erscheinende und von Tätigkeiten aller Art aufgegrühter Mann ist ein Trümmern und Poet gewesen. Diese Schloßgruft unter den Tannen, diese von Sonnenlicht durchflutete Gruft, in die die Vögel des Waldes singen, bedeuten sein heimliches Wesen auf. Und Arisstetten ist vielleicht eine Enthüllung des Mannes, der den meisten seiner Zeitgenossen ein Rätsel blieb.

Arisstetten, dem frommen Gnadenkirchlein benachbart, umzirkelt vom Silberband des Stromes, den unsere Romaniker bejagen, verborgen hineingebettet zwischen Hirschkirchle und grünverschattetem Waldteich, wäre dem alternenden Mann eine immer liebere Heimstatt geworden. Er hätte sich hier verfallen dürfen, wie so viele seiner Ahnen, irgendeiner unerfüllbaren, schönen, zarten Sehnsucht nachträumen zu dürfen. Die Ferien des ehrgeizigsten Monarchen hätten Arisstetten geheißt.

Aber Arisstetten wurde nur ein Grab. Als die Schloßgruft vollendet war, starb der Erzherzog in Sarajevo.

Verwendung des Rohöls bei Motoren verbietet. Auch Deutschland hat von Oesterreich nicht Rohöl, sondern Rohölprodukte erhalten, deren es von militärischen Gesichtspunkten aus bedürfte. Der Interpellant hat damals gefragt, ob der Motorölbedarf Ungarns gedeckt sei. Die Tatsachen haben seither den Beweis hierfür erbracht. Abgesehen von einigen Schwierigkeiten, die unmittelbar nach der Veröffentlichung des Erlasses geherricht hatten, geht die Befriedigung des Bedarfes glatt von statten. Um auch einem erhöhten Bedarf Rechnung zu tragen, hat der Minister die einzelnen Raffinerien, die anstatt des weniger lukrativen Motoröls eher andere Derivate herstellten, durch einen Erlaß angewiesen, daß zumindest dreizehn Prozent ihrer Produktion Motoröl sein müssen. Eine ähnliche Verordnung wurde für Oesterreich erlassen, wie überhaupt Oesterreich in dieser Frage parallel mit uns vorgegangen ist. Die getroffenen Verfügungen haben die erhofften Ergebnisse gezeigt, denn seit längerer Zeit haben sich keine Schwierigkeiten bei der Motorölversorgung gezeigt. Der Minister will noch bemerken, daß ebenso wie wir mit Rücksicht auf den Transport von unserem Rohölbedarf in Dalmatien eine bestimmte Menge überlassen haben, auch Oesterreich uns auf dem nördlichen Kriegsschauplatz mit Rohöl ausgeholfen hat. Abgeordneter Matia hat auch von Mißbräuchen und Preistreibern gesprochen. Die Preise, die er erwähnt hat, können nur vor der Maximierung bestanden haben. Seither hat ein Erlaß jeder Preistreiber ein Ende gesetzt. Der Minister bittet, seine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafte Beifall.)

Der Interpellant und das Haus nehmen die Antwort des Ministers zur Kenntnis.

Die erste Interpellation des Abgeordneten Ráth wird auf Wunsch des Interpellanten verschoben.

Abgeordneter Andreas Ráth

unterbreitet sodann die folgende zweite Interpellation an die ungarische Regierung:

- 1. Hat die ungarische Regierung Kenntnis von den vielen Klagen, Beanstandungen und von der allgemeinen Unzufriedenheit, die sich sowohl seitens des Publikums als auch seitens der Interessierten gegen die Tätigkeit und die Verhältnisse der Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft, der zahllosen Zentralen und deren Angestellten geltend machen?
2. Ist die Regierung geneigt, den Reichstag noch im Laufe der gegenwärtigen Tagung ausführlich darüber zu orientieren, welche Mengen von verschiedenen, ihrem Wirkungsbereich angeordneten Produkten, Waren und lebendem Vieh die Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft und die verschiedenen Zentralen übernommen, wie sie sie bewertet und verbucht haben und wie, in welchen Mengen und unter Anrechnung welcher Beiträge sie über diese disponiert haben, in welchem Verhältnis und wie viel davon dem Militär, desgleichen dem allgemeinen Konsum zu Händen von Institutionen und Einzelnen zugefallen ist?
3. Ist die Regierung geneigt, detaillierten Bericht zu erstatten darüber, wie viel die einzelnen Betriebe gekostet haben und kosten, wie groß der Status der Beamten, Kommissionäre, des Hilfspersonals und anders genannten Angestellten ihrer inneren und äußeren Organisation ist, was ihre Personal- und Sach- und Betriebsauslagen sind, welche Institutionen schon Rechnung abgelegt haben, und welche Summen sie einzeln und wann sogenannten altruistischen Zwecken zugeführt haben? Wenn nicht: ist die Regierung geneigt, augenblicklich zu verfügen, daß sie Bilanz und Gewinn- und Verlustkonto publizieren?
4. Ist die Regierung geneigt, die Liste sämtlicher Angestellten samt deren Gehalts- und Remunerationsverhältnissen vorzulegen, separat angeführt, wer vom Militärdienst entbunden ist und warum?
5. Ist die Regierung geneigt zu verfügen, daß sowohl die Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft wie auch die verschiedenen Zentralen einer parlamentarischen Aufsichtskommission untergestellt werden?

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza:

Geehrtes Haus! Die Interpellation des Herrn Abgeordneten wünsche ich nicht zu beantworten, denn die Regierung wird bei einer Gelegenheit demnächst, sei es in Form einer kumulativen Antwort auf die zu unterbreitenden Interpellationen, sei es in anderer Form, jedenfalls aber des näheren das Haus über die Tätigkeit der Getreide-Produktionsgesellschaft, sowie der sonstigen mit dieser zusammenhängenden Institutionen systematisch orientieren. (Allgemeine Zustimmung.) Ich ergreife bloß das Wort — und ich bitte, dies nicht als Antwort anzusehen, nicht einmal als vorläufige —, um gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten kurz festzustellen, er habe in der Motivierung seiner Interpellation sehr viele Behauptungen riskiert, die darauf hinweisen, daß er völlig falsch informiert sei, daß er — verzeihen Sie den Ausdruck — die absurdesten Gerüchte, die im Publikum da und dort aufgetaucht sind, für bare Münze genommen und seiner Interpellation zugrunde gelegt hat. (Rufe links: Sie sind in Zeitungen erschienen!) Ich lasse mich auf die Sache nicht ein, ich will nur einfach in Kürze andeuten, daß der Herr Abgeordnete eine ganze Menge von Zentralen angeführt hat, die es gar nicht gibt. Es gibt weder eine Fettzentrale, noch eine Vorkostenzentrale, noch auch eine Viehzentrale. (Rufe links: Es wird schon eine geben!) Nun, ich mag kein Prophet sein, aber ich halte das nicht für wahrscheinlich. (Hört! Hört! rechts.) Desgleichen gibt es keine Seeschiffahrtzentrale, haben wir doch nicht einmal eine Seeschiffahrt, geschweige denn eine Zentrale dafür. (Heiterkeit rechts.) Kurz, ich bitte das geehrte Haus nur, es möge einen sehr großen Teil der Ausführungen des Herrn Abgeordneten für völlig unkontrollierbare und irriige und — Verzeihung — auf der Straße ausgelesene Gerüchte ansehen.

Sienach habe ich nur noch zwei konkrete Bemerkungen zu machen. Die eine bezieht sich auf die Maisenteignung. Wiederholt schon haben wir erklärt, und dies halte ich aus entschiedenem Aufrecht und wiederhole es auch jetzt, daß die Regierung im Jahre 1915 Mais zu keinem anderen Zweck hat requirieren lassen — denn 1914 mußte Mais auch zwecks menschlicher Nahrung requiriert werden —, als zur Deckung des Kraftfutterbedarfs der Armee. Demgemäß hat die Regierung im Wege der Kriegsproduktions-A.G. überhaupt niemand als dem Kriegsdepartement, der Heeresleitung, Mais abgegeben. Nun haben wir nicht nur den Mästern — und nicht der Vorkostenzentrale, denn die gibt es nicht — keinen requirierten Mais abgegeben, sondern im Gegenteil, wir haben von Mästern angekauften Mais wie jeden anderen requiriert, teilweise weggenommen und ich kann sagen, wir waren gerade von Seiten der Großmäster äußerst galligen Vorwürfen ausgesetzt. Wenn requirierter Mais in beschränkter Quantitäten in Mästerhände geraten ist, so erklärt sich dies dadurch, daß das Kriegsdepartement, die Heeresleitung, mit ein paar Großmäuern einen — ich glaube: einen — Vertrag geschlossen hatte, laut dessen sie diesen Firmen Mais zum Maximalpreise zusicherte, wogegen

diese Mäster das als Mastresultat sich ergebende Fleisch und Fett beträchtlich unter dem Marktpreise der Heeresleitung zur Verfügung zu stellen hatten. Die Heeresleitung hat also eine verhältnismäßig geringe Menge des Maises, den sie zur Deckung des Kraftfutterbedarfs der Armee übernommen hatte, im Sinne dieses Mastgeschäftes verwendet. Es ist dies der einzige Fall, in dem Mäster Mais abbetamen, so zum Beispiel die Tétényer Mastanstalt, die, wie ich glaube, einer Gesellschaft gehört, in der auch die Genossenschaft der Landwirte vertreten ist. Dieser Mais wurde aber nicht von der Regierung überlassen, ich wiederhole das, sondern aus jenem Quantum, das von der Regierung beansprucht und von der Regierung der Heeresleitung zur Verfügung gestellt worden war, durch die Heeresleitung abgegeben; als Gegenwert konnte sie beträchtlich unter dem Marktpreise Speck und Schweinefleisch beschaffen.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf gewisse Anschuldigungen, die der Herr Abgeordnete laut werden läßt. Mit dem Herrn Abgeordneten bin auch ich der Meinung, daß, wer im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung irreellen Handel treibt oder Preise steigert, eine Handlung begeht, die nicht nur nach positivem Rechte strafbar ist, sondern auch unter schwerster sittlicher Beurteilung fällt und deren strenge Ahndung also gebieterisches Nationalinteresse ist. Aber eben weil die Sache so steht, glaube ich, es sei jedermanns Pflicht, der von solchen Fällen Kenntnis erhält, diese Fälle der Behörde zur Kenntnis zu bringen, allerdings in Form so konkreter Beschuldigungen, die zur Einleitung des weiteren Verfahrens geeignet sind. Ich bitte den Herrn Abgeordneten und jeden, dem derlei Fälle zur Kenntnis gelangen, diese welcher Behörde immer anzuzeigen, sich aber andererseits verallgemeinernden Behauptungen und Anschuldigungen zu enthalten, die im Publikum Unruhe und Erbitterung hervorrufen könnten und der entschlossenen, gehobenen Stimmung schaden, deren wir bedürfen, damit die ungarische Nation in diesem Ringen sich behauptet. Derlei Generalisierung würde uns vor aller Welt in einem Lichte erscheinen lassen, das die ungarische Nation nicht verdient und zu dem sie keine Ursache gegeben hat. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Dies ist es, was ich zu bemerken gewünscht habe, und ich wiederhole, daß ich dies weder als definitive noch als vorläufige Erwidern anzuzeigen bitte. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abgeordneter Karl Hujár (Sárovár)

begründet folgende Interpellation:

Ist die Regierung geneigt, die Lage der invaliden Soldaten zu verbessern und das Gesetz über die Invalidenversorgung einer Revision zu unterziehen? Ist die Regierung geneigt, den Kriegswitwen und -waisen für die ganze Dauer des Krieges die Unterstützung zu zahlen, wie dies in Oesterreich geschieht? Ist sie geneigt, über die in dieser Angelegenheit getroffenen Verfügungen Bericht zu erstatten und anzuordnen, daß die Behörden diese Angelegenheiten in rascherem Tempo erledigen?

Die Interpellation wird an den zuständigen Minister geleitet.

Abgeordneter Graf Michael Esterházy

richtet an den Ackerbauminister eine Interpellation in Angelegenheit der Versorgung des Jagdpublikums mit Schrot. Welche Verfügungen hat die Regierung getroffen, um für den Bedarf des Provinzjägerpublikums zu sorgen, und wie beabsichtigt der Minister den Bedarf der Winterjagdsaison zu sichern? Schließlich fragt er den Minister, ob er geneigt ist, ein Ausfuhrverbot für Wild zu erlassen, wenn die Fabriken Oesterreichs und Deutschlands die Deckung unseres Bedarfes an Schrot nicht rechtzeitig sicherstellen?

Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány

beruhigt den Redner, daß die erforderliche Menge von Schrot vorhanden ist. Das von der Heeresleitung überlassene Quantum wurde nicht nur unter die Budapester Kaufleute, sondern auch in der Provinz zur Verteilung gebracht. Auch wurde dafür Sorge getragen, daß die fehlende Menge rechtzeitig ergänzt werde. Natürlich kann die Verteilung nur im Verhältnis zu dem Bedarf in Friedenszeiten erfolgen. Was die Patronenhülsen betrifft, so sind die diesbezüglichen Verhandlungen im Gange. Das Verfügungsrecht hierüber steht der Heeresleitung zu. Was die Papierpatronenhülsen betrifft, so sind sie jedermann zugänglich und es entspricht nicht den Tatsachen, daß die österreichischen Kaufleute das ungarische Publikum nicht bedienen wollen. An eine Zentrale oder Maximierung der Preise denkt die Regierung nicht; doch wird dafür gesorgt, daß der ungarische Bedarf den Verhältnissen entsprechend gedeckt werde. (Beifall.)

Der Interpellant und das Haus nehmen die Antwort zur Kenntnis.

Abgeordneter Sigmund Citner

begründet in einer längeren Rede folgende Interpellation: „Hat die Regierung Kenntnis davon, daß die Kriegsproduktions-A.G. mit ihren Geschäften nicht das Prinzip des Altruismus befolgt, sondern im Gegenteil die Verpflegung der armen Volksklassen verteuert und erschwert? Hat die Regierung die Absicht, zu verfügen, daß diese Lebensmittel besichtigt werden und daß das Volk leichter und billiger Brot erhalte? Ich frage ferner die Regierung, weshalb sie bei der Preisfeststellung der diesjährigen wirtschaftlichen Produkte die hohen Arbeitslöhne nicht berücksichtigt hat, und weshalb sie nicht zugleich die Maximalpreise für die wirtschaftlichen Bedürfnisse, Industrieartikel und Maschinen festgestellt hat?“ Die Interpellation wird an den zuständigen Minister geleitet.

Abgeordneter Johann Novák

fragt den Honvédminister, ob er Kenntnis davon besitzt, daß das Kommando des I. u. I. Infanterieregiments Nr. 38 die Enthebungssakten, und zwar sowohl die des Honvédministeriums, wie die des Oberkommandos nicht berücksichtigt. Wenn ja, wird er dafür sorgen, daß in Zukunft die Urlaube und Enthebungen auch geltend gemacht werden und das Ansehen des Honvédministeriums gewahrt sei?

Honvédminister Baron Samuel Hazai

erklärt, er werde das Ersatzbataillionskommando des 38. Infanterieregiments befragen und wenn es sich bewahrheiten sollte, daß man dort seine, auf der Grundlage seiner gesetzlichen Rechte ausgegebenen Erlasse nicht vollstreckt, so werde er seinen Verfügungen Geltung verschaffen.

Der Interpellant und das Haus nehmen die Antwort zur Kenntnis.

Abgeordneter Ludwig Holló

beschäftigt sich zunächst mit den Ereignissen der Vormittags-sitzung, die ihn wie jeden Anhänger der Opposition mit Genugtuung erfüllen. In der Tatsache des Verzichts der Führer der Opposition erkennt er wieder einmal, daß alle Traditionen weiterleben, man wiser alles der Macht. Die Führer der Opposition konnten sich in diesen ernsten Zeiten

Kriegstaugung des Reichstages

Abgeordneter Ludwig Holló: nimmt die Antwort nicht zur Kenntnis, obwohl er einige Ausführungen des Ministerpräsidenten billigt.

Die Antwort des Ministerpräsidenten wird zur Kenntnis genommen. Präsident verfügt eine Pause von fünf Minuten. Nach der Pause interpelliert

Abgeordneter Géza Polónyi:

Die ungarische Nation hat bisher im edlen Wettbewerb der Völker stets gezeigt, daß sie, wo es galt, für das Vaterland Opfer zu bringen, selbst vor den schwersten nicht zurückzureden, selbst vor den größten materiellen Opfern nicht.

Nach einer Auseinandersetzung mit dem Präsidenten, die Zulässigkeit der Begründung der Interpellation auch nach 12 Uhr nachts fortzusetzen, eine Auseinandersetzung, in der Präsident Paul v. Bethly den Standpunkt der liberalen Auslegung der Geschäftsordnung verteil, unterbreitet Redner die folgende Interpellation an den Ministerpräsidenten:

- 1. Wann beabsichtigt der Herr Ministerpräsident zu verfügen, daß gemäß seiner am 26. Mai 1915 abgegebenen Erklärung der Text des Vertrages, der mit Italien bestand, in seiner ganzen Ausdehnung veröffentlicht werde?
2. Nach der am 9. August 1916 im Abgeordnetenhaus abgelesenen Erklärung des Ministerpräsidenten stehen wir mit Rumänien in einem Bundesverhältnis. Nach den Meldungen der Zeitungen weisen Verdacht erregende Symptome darauf hin, daß Rumänien auch mit Rußland verhandelt, ja sogar mit Rußland bereits im Vertragsverhältnis steht.
3. Beabsichtigt der Herr Ministerpräsident, das Abgeordnetenhaus über die Tatsache des in der Person Hindenburgs auf dem nördlichen und östlichen Kriegsschauplatz in erfreulicher Weise eingetretenen Wechsels im Oberkommando und über dessen Ursachen zu informieren?
4. Beabsichtigt der Herr Ministerpräsident, in Angelegenheit der Uebertragung des Oberbefehls auf einen Bürger eines ausländischen Staates einen der ungarischen Verfassung entsprechenden Gesetzentwurf zu unterbreiten?

Abgeordneter Graf Michael Karolyi

meint, die Mahnung, die der Ministerpräsident an die Vertrauensmänner der Opposition ergahen ließ, ihre Kritik vorsichtig auszusprechen, trotzdem er selbst so heisse Fragen, wie es die innerpolitische Situation Oesterreichs ist, offen behandelt habe, sei unangebracht.

Man begegnet im Geere fortwährend dem Gedanken Großösterreichs und überhaupt zentralistischen Bestrebungen. Graf Julius Andrássy konnte sich als Minister des Aeußern gegenüber der Politik der militärischen Partei behaupten.

Man könnte keineswegs behaupten, daß die Außenregierung und die Heeresleitung in Italien oder in Petersburg in einem solchen Widerstreit gelegen hätten. Unsere Außenregierung war im Hauptquartier entsprechend vertreten.

Nach den Informationen des Redners hatte der Minister des Aeußern im vorhinem gar keine Kenntnis von der bevorstehenden Offensive gegen Italien, so daß diese Offensive ohne seine Einwilligung und ohne seine Einflussnahme erfolgt ist.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten, die russische Offensive bei Luck sei nur eine Episode, habe nur momentan beruhigend gewirkt. Der Ministerpräsident sei eben von oben nicht gehörig über die auswärtige Lage informiert.

- 1. Haben sich der Minister des Aeußern und die ungarische Regierung die Kriegsziele gesetzt? Wenn ja, ist der Herr Ministerpräsident geneigt, das Land über diese zu orientieren?
2. Ist der Herr Ministerpräsident geneigt, Verfügungen zu treffen, damit die Heeresleitung darauf, sich selbständige politische Ziele zu stecken, verzichtet solle, vielmehr ihre Tätigkeit streng nach den durch die Regierung festgestellten oder festzustellenden Zielen richte?
3. Ist der Herr Ministerpräsident geneigt, Verfügungen zu treffen, damit die Heeresleitung über die militärische Lage sowohl den Minister des Aeußern als auch die ungarische Regierung in entsprechender und zuverlässiger Weise ständig informiere, daß dadurch einerseits die bisherige Unorientiertheit des Ministers des Aeußern und der ungarischen Regierung, die sehr leicht gefährlich werden kann, im Hinblick auf die militärische Lage aufhöre, andererseits, daß der Minister des Aeußern und mit ihm im Einverständnis die ungarische Regierung in genauer Kenntnis der militärischen Lage die erste zum Abschluß des Friedens sich darbietende Gelegenheit sofort ergreifen könne?
4. Ich frage den Herrn Ministerpräsidenten, unter welchem Rechtsmittel Sec. I. u. f. Hoheit Herr Erzherzog Friedrich in dem offiziellen Befehl des Oberkommandos von der Feststellung der neuen Grenzen der Monarchie sprechen kann?

Ministerpräsident Graf Stefan Tisa

will einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Grafen Michael Karolyi machen. Karolyi behauptete, zwischen der politischen und militärischen Leitung der Monarchie bestesse ein überlieferter Gegensatz, und sagte, die militärischen Kreise wollten sich der durch den siebenundschziger Ausgleich geschaffenen Lage nicht anpassen.

Es gibt viele Beispiele dafür, daß miteinander in Bündnisverhältnis stehende Parteien gewisse Maßregeln defensiver Natur ergreifen. Redner leugnet jedoch rundweg, daß diesen ein aggressiver Charakter zugeschrieben werden könne.

wurden wir zur rechten Zeit orientiert, in erster Reihe der Minister des Aeußern und dann selbstverständlich alle diejenigen, die für die auswärtige Politik verantwortlich sind.

Der Abgeordnete Graf Karolyi hat auch den Armeebefehl vom 23. Mai erwähnt. Es ist zweifellos, daß der betreffende Teil des Armeebefehls nicht anders gedeutet werden kann, als daß es sich darin um die Korrektur der strategischen Grenzen handelt.

Von den übrigen Fragen, die Graf Karolyi gestellt hat, will der Ministerpräsident nur Aufklärungen über den Abschluß des Vertrages mit Bulgarien erteilen. Dem formellen Abschluß des Vertrages sind längere Zeit in Anspruch nehmende Verhandlungen vorangegangen.

Man hat dem Ministerpräsidenten auch vorgeworfen, daß er die große Schlacht bei Luck als eine Episode bezeichnet habe. Damit, daß er das Wort Episode gebraucht habe, wollte er keineswegs die Tragweite dieser großen Schlacht herabsetzen, noch in zynischer Gleichgültigkeit sich über die großen blutigen Opfer äußern.

Graf Michael Karolyi habe Zweifel darüber zum Ausdruck gebracht, ob zwischen der Regierung und der Armeeführung die notwendige ständige Verbindung bestehe. Der Ministerpräsident weist darauf hin, daß diese Verbindung durch eine allerhöchste Resolution geregelt wurde, nach der durch die Heeresleitung der Minister des Aeußern über alle militärischen Ereignisse informiert werde.

Abgeordneter Graf Michael Karolyi nimmt von der Antwort des Ministerpräsidenten nur jenen Teil zur Kenntnis, der sich auf den Tagesbefehl des Erzherzogs Friedrich bezieht.

Das Haus nimmt die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis. Die Interpellation des Abgeordneten Martin Dobáhy wird wegen Nichtanwesenheit des Interpellanten gelöst.

Abgeordneter Karl Sükár bittet, seine Interpellation am nächsten Interpellationstag vorbringen zu dürfen.

Das Haus erteilt die Genehmigung. Abgeordneter Felkel Szeberováry verzichtet im Hinblick auf die Wichtigkeit der Interpellation des Grafen Albert Apponyi, die der feintigen folgen soll, bis zum nächsten Interpellationstag auf die Abhaltung der feintigen.

Abgeordneter Graf Albert Apponyi ergreift um 1 1/2 Uhr nach Mitternacht zur Begründung seiner Interpellation das Wort.

Bei Schluß des Blattes — um 3 Uhr morgens — spricht Graf Apponyi noch fort.

Berichtigungen.

Infolge eines Druckfehlers hat sich im Reichstagsberichte unseres Abendblattes in den Text der Rede des Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisa ein störender Fehler eingeschlichen, den wir hiemit berichtigen.

### Kriegstagung des Reichstages. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 24. August.

Das Abgeordnetenhause, dessen letzte Sitzung heute morgens um 4 1/2 Uhr geschlossen wurde, ist heute um 10 Uhr vormittags wieder zusammengetreten. Der letzte Teil der Nachtsitzung hatte noch eine große Rede des Grafen Albert Apponyi und auch eine Rede des Abgeordneten Stefan Rakovsky, eine ausführliche, tiefgreifende Antwort des Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisa und knappe, doch lichtvolle Bemerkungen des Justizministers Eugen v. Balogh und des Unterrichtsministers Bela v. Fankovich gebracht.

Man darf feststellen, daß die Rede des Grafen Albert Apponyi weit über das hinausginge, was die Opposition in der verflochtenen Nacht zu bieten hatte. In vollendeter Form, in prachtvoll frischem Vortrag bot diese Rede in dem Teil, der dem Geiste des unbedingten Durchhaltens galt, eine oppositionelle Kundgebung, die durch Wärme und Geweiht war von den Gefühlen eines innig wahrhaften Patriotismus, der auch im Streit die Gemeinziele, die Lösung der großen Aufgaben des Staates über die Leidenhaftigen der verrauschten Stunde stellt.

Dann kam — der neue Tag. Er fand ein müdes Haus, dessen matte Ruhe nur durch die jubelnd begrüßte Mitteilung über die glückliche Ankunft der „Deutschen Land“ für eine Weile in freudige Bewegung gewandelt wurde. Das Haus setzte hierauf bei stark gemindertem Interesse die Spezialdebatte über die Einkommensteuer vorläufig fort.

Die Debatte gedieh bis zum § 4. Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

#### Die Nachtsitzung:

Es war vier Uhr morgens geworden, als die letzte Zuhörererschleife Abgeordnetenhauses auseinandergehen konnte.

In unserem Morgenblatte haben wir den Bericht über die Nachtsitzung an der Stelle abgedruckt, an der Graf Albert Apponyi zur Begründung seiner Interpellation das Wort ergriff.

Im folgenden tragen wir nun den Bericht über den weiteren Verlauf der Nachtsitzung nach.

#### Graf Albert Apponyi:

Zwei Momente sind es, die in den bisher unbreiteten Interpellationen und den darauf erteilten Antworten meine Aufmerksamkeit packen. Ein großer Teil der Ausführungen des Abgeordneten Höllo hat meine Zustimmung. Alles, was er über den Aufbau des ungarischen Nationalstaates, über die Erwerbung der Vollständigkeit unseres nationalen Lebens gesagt hat, deckt sich mit den Bestrebungen, die mit meiner ganzen politischen Tätigkeit, meiner ganzen Seele untrennbar verknüpft sind. (Ehrenrufe links.) Aus den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten kann ich nur feststellen, daß der tiefgehende Gegenstand der Ausführungen, der uns auch bisher voneinander trennte, nach wie vor besteht. Der Ministerpräsident sagte, auch er erwarte von den Wirkungen des Krieges eine Erhellung der ungarischen Nation, ein Höhersteigen unserer Nation, aber er fügte hinzu, daß er all dies in der Welt der Wirklichkeiten und nicht in Schlagwörtern erblicke. Diese Dinge ist ja an sich ganz richtig. Dennoch macht sie im Dichte unserer bisherigen Kontroversen einen sehr verstimmenden Eindruck. Denn ich hätte erwartet, daß der Ministerpräsident und seine Partei künftig es vielleicht nicht als ein Schlagwort betrachten werden, daß eine Nation nur dann eine Nation sein kann, wenn sie über ein eigenes militärisches Leben verfügt. (Lebhafte Ehrenrufe und Applaus links.) Es ist eine Lehre dieses Krieges, daß das militärische Leben ein Organ des nationalen Lebens ist, ohne dessen Charakter die Nation eigentlich nicht den Namen einer Nation verdient, da ihr ein wesentliches Organ abgeht, dessen Mangel Schmerzen und in der nationalen Seele stets eine innere Disharmonie hervorruft. Und es ist gut, daß dieses Schmerzgefühl sich betätigt, denn wehe einem Volke, das mit innerer Seelenharmonie den Mangel eines so bedeutenden Organs seines nationalen Lebens zu ertragen vermag. (Lebhafte Ehrenrufe links.) Die Erringung der Vollständigkeit des nationalen Lebens, die Erringung eines mit nationalem Charakter ausgestatteten militärischen Lebens ist nicht ein Schlagwort, sondern ein Streben nach dem realsten und notwendigsten nationalen Interesse. Ohne dieses Organ sind wir außerstande, die nationale Einheit zu wahren; eine derartige fragmentarische Staatlichkeit macht es unmöglich, diejenigen, die nicht Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blute sind, in stiller und staatsbürgerlicher Beziehung zu assimilieren. (Lebhafte Beifall links.) Das Streben nach diesem Ziel ist unsere Pflicht, auch den Helden gegenüber, die ihr Leben geopfert haben für die Verteidigung des Vaterlandes und dafür, daß ein Vaterland geschaffen werde, für dessen Verteidigung zu sterben rühmlich ist. (Lebhafte Beifall rechts.)

Redner kommt nun auf die Ursachen des Krieges zu sprechen und betont, daß die ungarische Nation niemals Angriffsgelüste, niemals Eroberungsabsichten nach irgend einer Seite hin hatte. Mit allem Nachdruck müsse ferner erklärt werden, daß auch die Beschuldigung vollständig unbegründet ist, als ob unser deutscher Bundesgenosse durch seine imperialistischen Bestrebungen den Krieg verschuldet hätte. Niemand kann auch nur den geringsten Anhaltspunkt dafür bieten, daß Deutschlands Machtbestrebungen aggressiv Bestrebungen gewesen wären, daß es anderes angestrebt hätte, als ein Betätigungsfeld für seine mächtige wirtschaftliche und kulturelle Expansion, wie es jede zivilisierte Nation mit Recht beanspruchen darf. Diese friedliche Expansion Deutschlands, sein beispielloses Anblühen, wodurch andere monopolistische Bestrebungen sich gefährdet erachteten, war es, was den Antagonismus hervorgerufen hatte. Die ungarische Nation hegte niemals Weltbeherrschungsabsichten oder irgendwelche expansive oder aggressive Absichten. Wohl aber stand Ungarn den aggressiven Machtbestrebungen Russlands im Wege. Seitdem Russland zu einer europäischen Großmacht sich entwickelt hat, finden diese Be-

strebungen unausgesetzt ihren Ausdruck in dem Ringen nach dem Besitz Konstantinopels, in dem Streben, das ganze Slaventum und die ganze Orthodoxie unter die Herrschaft und den Einfluß des Zaren zu beugen. Solche Bestrebungen aber müssen naturgemäß in erster Reihe die Gebietsintegrität Ungarns gefährden.

Daran muß von Zeit zu Zeit erinnert werden, denn im Verlaufe des Krieges verlieren die Erinnerungen an den Ursprung dieses schrecklichen Völkerringsens, und vielleicht erweckt in mancher Seele der Gedanke, ob es unerlässlich war, daß wir uns in diesen Krieg verwickeln haben. Solchen Gefühlen, die die Stimmung verderben, die in der nationalen Seele den Willen zum Durchhalten lähmen könnten, muß entgegengetreten und ihnen gegenüber immer wieder auf den Ursprung des Krieges erinnert werden. (Zustimmung rechts.) Der Nation muß es immer vor Augen gehalten werden, daß sie einem weltgeschichtlichen Verhängnis, einem weltgeschichtlichen Konflikt gegenübersteht, daß sie Kräfte gegenübersteht, die ihre Existenz zu vernichten trachten. Je länger der Krieg dauert, je größer die Opfer und Entbehrungen sind, die er uns auferlegt, desto klarer muß dies im Bewußtsein unseres ganzen Volkes leben. (Allgemeine, lebhaftige Zustimmung.)

Da die ungarische Nation einen Selbsterhaltungskampf führt, ist es natürlich, daß die Gefühlswelt, die innere Kräfte zu steuern vermag, auch für den Fortgang des Krieges von größter Wichtigkeit ist. Sicherlich hat unsere Nation im Kriege eine riesenhafte sittliche und militärische Kraft befreit. Warum aber ist die ungarische Volksseele nicht völlig harmonisch in dieser Zeit der Prüfungen? Weil die Seele der ungarischen Nation das Gefühl hat, daß unser nationales Leben fragmentarisch ist und weil im Kriegsverlauf gewisse Kräfte, statt uns dies vergehen zu lassen, einzelne Tatsachen geschaffen haben, die uns diese schmerzliche Tatsache noch schmerzlicher fühlen lassen. Mit einem Zanberschlag, mit einem einzigen Federstrich könnten alle diese schmerzlichen und unsinnigen Momente aus der Welt geschafft werden, die die Seelenharmonie der ungarischen Nation stören.

Der Nation aber, oder wenigstens dem Teile der Nation, der mir wenigstens dem Maße ich dies sage: Obgleich diese schmerzlichen Momente keine Berechtigung haben und zu beseitigen sind, und obgleich ich mit ganzer Kraft für ihre Beseitigung kämpfen werde, so ist dasjenige, um das es sich in diesem Selbsterhaltungskampfe handelt, um vieles wichtiger, als diese störenden Momente. Und darin liegt die seelische Ausgeglichenheit, die wir anzustreben haben, darin liegt die ganze Durchdringung, die unter allen Umständen, insbesondere aber in so kritischer Zeit alle diejenigen anzustreben haben, die sich zur Führung der Nation berufen fühlen, mögen sie nun die führende Stelle tatsächlich innehaben, oder sich bloß würdig und berufen dazu fühlen, daß sie dasjenige, was als das wichtigste gilt, stets in das richtige Verhältnis mit dem zu bringen haben, was gleichfalls wichtig, an und für sich vielleicht nicht minder wichtig, aber im gegebenen Augenblick nicht der entscheidende Gesichtspunkt ist. Der entscheidende Gesichtspunkt ist die Zusammenfassung aller Kräfte, die Ueberwindung aller störenden Momente und aller seelischen Widersprüche, damit die Heimführung der Niederlage von uns abgewendet werde, jener Niederlage, die, wenn wir sie nicht verhindern können, jedes weitere Gerede über die nationalen Aspirationen sinnlos machen würde. (Allgemeine lebhaftige Zustimmung und Applaus.)

Redner geht nun auf das Problem der Ausgleichsverhandlungen mit Oesterreich über. Das ewige Hin- und Herziehen der die Verhandlungen führenden österreichischen und ungarischen Minister und Amtsoffene stöße ihm Bedenken ein. Er habe immer klarer das Gefühl, daß diese Verhandlungen sich nicht in den Spuren bewegen und nicht innerhalb der Schranken bleiben, die allein als die billigen zu betrachten seien. Das einzig richtige wäre ein Provisorium, eine tunlichst unveränderte Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände bis zu dem Zeitpunkt, in dem nach Wiederkehr des Friedens die Möglichkeit gegeben sein wird, die neue volkswirtschaftliche Lage in Betracht zu ziehen und durch die Wähler Ungarns ein neues Parlament wählen zu lassen. Mit zwei staatsrechtlichen Momenten will Redner sich befassen. Es wäre eine Verhöhnung des heldenhaften Kampfes der ungarischen Nation in diesem Kriege, wenn unter Ausnützung der außerordentlichen Verhältnisse über die wirtschaftliche Zukunft Ungarns in einer Richtung verfügt würde, die bloß von einem Teil der öffentlichen Meinung gebilligt, von einem anderen Teil grundtätlich verhorrt werde, zumal da man heute gar nicht feststellen könne, ob nicht der letztere Teil schon heute die Mehrheit im Lande errungen habe. Man dürfe nicht vergessen, daß der Reichstag dormalen nur auf Grund einer formalistischen Betrachtung weiter wirkte, daß Vereinsrecht und Presse eingeschränkt seien; unter solchen Umständen dürfe die Nation nicht einem Experiment ausgeliefert, dürfe über ihre wirtschaftliche Zukunft nicht auf längere Zeit verfügt werden.

Das andere Moment beziehe sich auf Oesterreich. Der Ministerpräsident sagte heute, die Einberufung des Reichsrates werde voraussichtlich nicht so bald erfolgen können. Für wen also werde der Ausgleich gemacht? In Ungarn haben wir eine Vollvertretung, deren Mandatsdauer abgelauten ist, und in Oesterreich ist nach den Worten des Ministerpräsidenten das Parlament für die ganze Kriegsdauer vielleicht aktionsunfähig. Wie also soll der Ausgleich in Oesterreich ins Leben treten? Auf Grund des § 14? Im Jahre 1899 haben alle Parteien des ungarischen Parlamentes sich bei der Ueberzeugung bezeugt, daß ein Zoll- und Handelsbündnis mit Oesterreich lediglich durch ein Zusammenwirken mit der österreichischen Gesetzgebung zustande kommen könne, also nicht mit Zuanpruchnahme des § 14. Die ungarische Gesetzgebung hat im Jahre 1899 lieber ein reines Reziprozitätsverhältnis bewilligt, das dem österreichischen Reichsrat jeden Augenblick die Umwälzung des ganzen Ueberkommens ermöglichte, nur um diese wichtige Verfassungsbürgschaft des G.-A. XII:1867 nicht durchbrechen zu lassen. Ein Inleben treten des neuen Ausgleiches auf Grund des § 14 wäre gleichbedeutend mit dem Umsturz

des ungarischen Rechtsbestandes. Ein Reziprozitätsverhältnis wäre eine Anhäufung von Unsicherheiten unter dem Vorwand der Stabilität. Das ganze Bündnis würde auf schwankender Grundlage stehen. Ein solcher Ausgleich ist eine absolute Unmöglichkeit. Glücklicherweise stimmen hier die berechtigten Ansprüche der ungarischen Nation und die Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Ration so reiflos überein, daß es unmöglich ist, gegen das eine zu verstoßen, ohne auch das andere völlig unzulässig zu machen. In diesem Belange ist es nicht möglich, gegen die Rechte des ungarischen Volkes ein Attentat zu begehen, ohne auch die Gesetze der Vernunft über den Haufen zu werfen. Ich richte daher an die Regierung die folgende Interpellation:

1. Ist die Regierung geneigt, das Haus über Inhalt und Ziel der in der österreichischen Regierung im Auge befindlichen finanziellen und volkswirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen zu informieren?

2. Hält sie den gegenwärtigen Reichstag für moralisch zuständig, in bezug auf diesen Ausgleich Beschlüsse von dauernder Geltung zu fassen?

3. Hält sie aus dem Gesichtspunkte des ungarischen Staatsrechtes den Abschluß eines Zoll- und Handelsbündnisses in der Weise für zulässig, daß es in Oesterreich mit Zuanpruchnahme des § 14 der österreichischen Verfassung durchgeführt würde? (Lebhafte Beifall und Applaus links.)

#### Ministerpräsident Graf Stefan Tisa:

Geehrtes Haus! In dieser vorgerückten Nachtstunde will ich mich in Kürze fassen. Ich verziehe mich nicht den Schwierigkeiten, mit denen die Behandlung der Materie des wirtschaftlichen Ausgleiches mit Oesterreich unter den heutigen Verhältnissen verbunden ist. Leider steht jedoch diesen Schwierigkeiten ein unbedingter Zwang gegenüber. Wir müssen die Materie ausarbeiten, wir müssen hinsichtlich dieser Fragen wenigstens mit der österreichischen Regierung zu einer Vereinbarung kommen, wenn wir nicht anders die Monarchie und mit ihr den ungarischen Staat zu völliger Ohnmacht auf wirtschaftlichem Gebiete verdammen wollen in einem Zeitpunkt, in dem nach meiner Ueberzeugung die ganze Welt für lange Zeit ihre handelspolitischen Entscheidungen treffen wird. (Widerstreif links.) Zujulgebenden ist es unbedingt notwendig, in Betreff der Verhandlung der mit dem Ausgleich zusammenhängenden Fragen wenigstens so weit zu gelangen, daß die vorhergängerige Verständigung über die Hauptfragen zwischen der ungarischen und der österreichischen Regierung zustandekommt und wir darin die Basis gewinnen, um in erster Reihe mit dem Deutschen Reich und dann wahrscheinlich auch mit anderen Staaten in handelspolitische Verhandlungen einzutreten. Was die weitere Frage betrifft, wann und unter welchen Modalitäten die legislatorische Erledigung der Sache, das Erwachen der zwischen den Regierungen getroffenen Vereinbarungen in Rechtskraft stattfinden soll, so kann ich darauf nur antworten, was ich schon bei der jüngsten Gelegenheit geantwortet habe. Aufrichtig möchte ich, daß die Gesetzgebungsarbeit auf dem neuen Reichstage erfolgen könne, und hiebei würde ich nur in dem Falle abweisen, wenn das Beschreiten dieses, wie ich anerkenne, sonst richtigeren Weges die wirtschaftlichen Lebensinteressen Ungarns stark verletzen und gefährden würde. (Bewegung und Widerstreif links. Zustimmung rechts.) Wäre dies der Fall, so würde es meines Erachtens unsere Pflicht sein, das Wesen der Sache im Auge zu behalten und die Form dem unbedingt zu wachsenden Wesen zu opfern. Ich bitte das geehrte Haus, meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

#### Abgeordneter Graf Albert Apponyi

Ich will Bedauern vernennen, daß der Ministerpräsident der Ansicht ist, es sei zulässig, das Zoll- und Handelsbündnis in Oesterreich mit Hilfe des § 14 ins Leben zu rufen. Die ungarische Regierung wäre verpflichtet, auf die österreichische Regierung in dem Sinne einzuwirken, daß sie beide vereint das Gewicht, das 53 Millionen Menschen im Weltverkehr haben, in der Richtung zur Geltung bringen, daß die endgültige Entscheidung in Schwere befallen werde bis zu der Zeit, wo haben wir drüber verfassungsmäßig vorgegangen werden kann. Wenn die 53 Millionen Menschen nicht das Gewicht haben, es durchzusetzen, daß in den Wirtschaftsbewegungen der Welt diese ihre spezifische Lage berücksichtigt wird, dann bleibt nichts anderes übrig, als zu abzuweichen. Eine solche Lage besteht aber nicht, und wenn in Oesterreich für uns das gleiche Wohlwollen herrscht wie bei uns für Oesterreich, wie ja in Ungarn sogar die Anhänger der selbständigen wirtschaftlichen Einrichtung niemals an einen Wirtschaftskampf mit Oesterreich gedacht haben, dann wollen wir diese Solidarität dadurch besiegeln, daß wir uns solidarisch erklären und solidarisch vorgehen in Fragen, in denen unser beiderseitiges Interesse sinnfällig übereinstimmt. Denn in bezug auf den Inhalt des wirtschaftlichen Ausgleiches sind zwar die beiderseitigen Interessen gegensätzlich, darin aber, daß wir haben uns drüber in einer unzulässigen verfassungswidrigen Lage uns befinden und daß in dieser Lage uns eine wirtschaftliche Bindung nicht auferlegt werden darf, darin stimmen wir überein, darin sind wir solidarisch. Wenn diese Solidarität mit gehörigem Nachdruck vertreten wird, kann es nicht sein, daß 53 Millionen Menschen unter einer Zwangslage geraten. Die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten kann ich nicht zur Kenntnis nehmen. (Beifall links.)

#### Ministerpräsident Graf Stefan Tisa:

Geehrtes Haus! Ich kann bezügl. der soeben vernommenen Bedenken des Herrn Abgeordneten nur wiederholen, was ich unlängst hierüber gesagt. Es handelt sich hier nicht um eine Zwangslage, die in welcher Hinsicht immer unserer Würde Abbruch täte oder die das Deutsche Reich in welcher Hinsicht immer verübeln könnte. Sicherlich will das Deutsche Reich uns nicht zwingen, unsere Handelsbeziehungen mit ihm zu regeln, wenn wir sagen, daß wir es nicht können oder nicht wollen. Aber wir können doch nicht dem Deutschen Reich zu muten, das es wegen unserer nichterklärten Aktionsunfähigkeit die eigenen Wirtschaftsinteressen solcher Staaten gegenüber vernachlässige, mit denen sein Handelsverkehr vernachlässigt, mit denen es als mit unserer Monarchie. (Bewegung links.) Mag das Deutsche Reich, und zwar mit Recht, ein noch so großes Gewicht auf die Regelung seiner Handelsbeziehungen mit uns legen, ich glaube nicht, daß es für dergleichen zu haben wäre, und ich wäre auch garnicht geneigt, sei es im Verein mit Oesterreich, sei es ohne Oesterreich, ihm gegenüber mit der Forderung aufzutreten, daß es, bloß weil wir wegen gewisser innerer Schwierigkeiten uns auf den Standpunkt stellen, daß wir jetzt aktionsunfähig sind, auch seinerseits seine überaus wichtigen kommerziellen Lebensinteressen anderen Staaten gegenüber vernachlässige und es hinnehme, daß die letzteren unabhängig von ihm sich über seine Interessen hinwegsetzen, in einer Gruppierung mit anderen, die ihre eigenen Interessen befriedigen. Es ist dies eine rein wirt-

Kriegstagung

24. Juni 1916

aus Paris

Diese Auslegung hätte ich heute zu hören gewünscht. (Rufe rechts: An welchem Tage wurde das gesagt?) Einige Tage vor Ausbruch des italienischen Krieges, am 17. Mai. Statt dessen jedoch hat der Ministerpräsident heute sich selbst bementiert, indem er sagte, wir hätten jene Verhandlungen nur geführt, um Zeit zu gewinnen. Er hat sich dieses Arguments bloß bedient, um ein trügerisches Beweisstück seines politischen Gegners zu widerlegen. Das ist ein viel zu hoher Preis für den Augenblickserfolg, den der Herr Ministerpräsident errungen hat. Und darum wiederhole ich die Bitte, die Zensurbehörde möge dringend angewiesen werden, die heutigen Worte des Herrn Ministerpräsidenten durch seine Worte vom 17. Mai des vorigen Jahres ersetzen zu lassen.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza:

Geehrtes Haus! Selbstverständlich wünsche ich nicht bloß über die letzteren Ausführungen, die, ich weiß nicht in welchem Zusammenhang mit der Interpellation des Herrn Abgeordneten stehen (Heiterkeit rechts), mich zu äußern. In drei Worten will ich dem Herrn Abgeordneten die ganz einfache Sache erklären, die er auch von selbst leicht hätte begreifen können, wenn er nicht durchaus darauf ausgegangen wäre, auf meine Kosten einen Gegensatz zu konstruieren. Geehrtes Haus! Unser Anerbieten betreffend territoriale Zugeständnisse haben wir der Regierung des Königreichs Italien im besten Glauben gestellt, in der ernsten Absicht, wenn es zu einer Durchführung dieser Gebietsabtretungen kommt, unseren Vorschlag ehrlich durchzuführen, diese Lösung als eine endgültige zu betrachten und uns hinsichtlich der Wiedererwerbung der abgetretenen Gebiete durch keinerlei Revanche oder Nachsicht oder sonst welche Hintergedanken leiten zu lassen. (Zustimmung rechts.)

Und das ist es, was ich in meiner Rede vom 17. Mai zum Ausdruck gebracht habe, und das hätte uns auch als Richtschnur gedient, wenn die italienische Regierung noch im Mai unseren Vorschlag angenommen haben würde. Aber diesen Vorschlag, den wir im besten Glauben gemacht hatten, und den, wäre er angenommen worden, wir auch im besten Glauben vollstreckt hätten, haben wir damals schon ungeachtet dessen aufrechterhalten, daß wir sozusagen gar keine Hoffnung mehr hatten, daß dieser Vorschlag noch angenommen werden würde. Denn auch für den Fall, daß unser Anerbieten nicht angenommen würde, wollten wir wenigstens durch die Verhandlungen jenen Zeitgewinn erzielen, dessen wir unbedingt bedurften, um die entsprechenden Gegenmaßregeln gegen den heuchlerischen Angriff Italiens ins Werk zu setzen. Es gibt also keinerlei Widerspruch zwischen den beiden Äußerungen. Wir hatten ein ehrliches Anbot gestellt und wir hielten es auch dann noch aufrecht, als keinerlei Hoffnung mehr auf dessen Annahme bestand. Doch mußte mit den Verhandlungen wenigstens Zeit gewonnen werden. Das ist es, was ich zur Aufhellung des Tatbestandes zu sagen wünschte. (Lebhafte Zustimmung und Applaus rechts.)

Das Haus nimmt sodann die Antwort des Justizministers auf die Interpellation des Abgeordneten Stefan Károvyi zur Kenntnis.

Folgt die Interpellation Stefan Károvyis über die Verlängerung der Schulferien. Sie lautet: „Ist der Herr Kultus- und Unterrichtsminister geneigt, die diesjährigen Schulferien um zwei bis drei Wochen zu verlängern?“

Kultus- und Unterrichtsminister Béla Jankovich

teilt mit, er habe schon vorgestern verfügt, daß in den Mittelschulen das Schuljahr diesmal am 15. September zu beginnen habe. Auf begründetes Ansuchen der betreffenden Unterrichtsanstalten kann im Sinne der erlassenen Verordnung der Beginn des Schuljahres auch darüber hinaus bis zum 1. Oktober hinausgeschoben werden.

Das Haus nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Die Interpellation des Markgrafen Georg Pallavicini an den Landesverteidigungsminister in Angelegenheit einiger sanitären Einrichtungen wird mit Zustimmung des Hauses für den nächsten Interpellationstag verschoben.

Die gleiche Erlaubnis wird dem Prinzen Ludwig Windischgrätz für seine Interpellation über die Verantwortung einiger wichtiger Staatsorgane erteilt.

Prinz Ludwig Windischgrätz

wünscht in persönlicher Bemerkung einige Worte zu sprechen. Der Ministerpräsident habe in seiner Antwort auf die Rede Hollós behauptet, daß aus den Ersatzkörpern der gegenwärtig in Ungarn garnisonierenden tschechischen Regimenter die Marschformationen in ebensolchem Maße wie aus den ungarischen Regimentern an die Front geschickt werden. Es sei schade, daß der Landesverteidigungsminister nicht anwesend sei, denn er könne am besten wissen, wie hoch die Ansprüche der Heeresleitung gerade den ungarischen Ersatzkörpern gegenüber sind und wie groß der Unterschied in dieser Hinsicht ist, wenn wir die Marschformationen beachten, die aus den ungarischen Ersatzkörpern an die Front abgehen. Das ist kein Kriegsgeheimnis, und alle Welt sieht ja, wie die Marschbataillone zusammengestellt sind, daß in jedes tschechische Marschbataillon zumindest vierzig Prozent ungarischer oder deutscher Mannschaften eingeteilt sind. Merkwürdig sei es, daß in ungarischen Abgeordnetenhause der ungarische Ministerpräsident sich so schwer davon überzeugen lasse, daß unsere Blutopfer wirklich so groß sind und die Verhältniszahl der ungarischen Truppen um so vieles größer als bei anderen Truppen ist. (So ist's! Applaus links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza:

Geehrtes Haus! In eine ins einzelne gehende Detaillierung dieser Frage dürfen wir uns wirklich nicht einlassen. (Zustimmung rechts.) Den Herrn Abgeordneten mache ich bloß darauf aufmerksam, daß niemand die in diesem Kriege entfalteten Kräfteanstrengungen der ungarischen Nation mit stolzerem Herzen anerkennt, als ich. Andererseits aber bleibt die Wahrheit immer die Wahrheit und diese tschechischen Ersatzkörper schiden genau so viele Männer ins Feuer, wie die unsrigen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Das Haus erteilt sodann den übrigen Interpellanten die Bewilligung, ihre Interpellationen am nächsten Interpellationstage zu unterbreiten.

Der Verlauf der heutigen Sitzung.

Präsident Paul v. Bóthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 1/2 Uhr vormittags.

Schriftführer: Géza Koványi, Nikolaus Kostyál, Peter Mihályi.

Auf den Ministeranteils: Graf Tisza, Telekfy, Sándor, Balogh, Baron Sarkányi, Jankovich, Baron Rosner, Hedegeéthy.

Abgeordneter Graf Moriz Esterházy

wünscht, daß die Möglichkeit geschaffen werde, daß das Laienpublikum endlich sich in den Steuerfragen orientieren könne. Hierzu sei die Vereinfachung und Vereinheitlichung der vielfachen Steuergesetze notwendig. Dies ist auch vom praktischen Gesichtspunkte wünschenswert. Den Vorschlag des Abgeordneten Mos Bizony, demzufolge die Vermögenssteuer durch eine Erhöhung der Einkommensteuer ersetzt werde, hält er für durchführbar. Er tritt für die Kontingentierung der Einkommensteuer ein. Er gibt zu, daß die oppositionellen Redner bei einem Teil ihrer Ausführungen in der allgemeinen Debatte sich durch falsche Statistiken leiten ließen. Der Minister hätte die Pflicht gehabt, gleich zu Beginn der Debatte auf diesen Fehler die oppositionellen Redner aufmerksam zu machen. Redner betont, daß hier nicht die speziellen Interessen einzelner Volksschichten, sondern nur die Interessen des Staates und der gesamten Bevölkerung maßgebend sein können.

Abgeordneter Karl Czerny

betont die Notwendigkeit, das Publikum über seine Steuerpflicht, über die Größe der Steuerleistung zu informieren. Es wäre wünschenswert, wenn die Regierung dies besorgen würde, und zwar durch Herausgebung eines Büchleins, das im gegebenen Falle, ohne Gesetzeskraft zu haben, die Bestimmungen über die Einkommensteuer übersichtlich zusammenfaßt.

Finanzminister Johann v. Telekfy

erklärt, er könne die unterbreiteten Abänderungsanträge nicht annehmen. Er habe in der allgemeinen Debatte die wichtigen Momente angeführt, die sich im Interesse der künftigen Steuer-gesetzgebung daran knüpfen, daß der Entwurf über die Vermögenssteuer schon jetzt Gesetzeskraft erlange. Wohl stehe kein entsprechendes Personal zur Verfügung, allein dies wird keine besonderen Schwierigkeiten bieten, da ohnehin das Hilfspersonal wegen der übrigen neuen Steuern verwendet werden muß. Nicht aus statistischen Ursachen hält der Minister daran fest, daß die Vermögenssteuer jetzt Gesetzeskraft erlange, sondern deshalb, weil die Vermögenssteuer eine der Grundlagen unserer künftigen Steuergesetzgebung bilden soll. Auch den Antrag kann der Minister nicht annehmen, daß die Geltung des Einkommensteuergesetzes nur provisorisch sein soll. Wohl hält auch er diese Gesetze nicht für definitive. Allein die Geltungsdauer darf nicht an einen bestimmten Termin gebunden werden, denn dies würde den Ernst der Gesetzgebung beeinträchtigen, zumal beim besten Willen ein fixer Termin nicht immer eingehalten werden kann. Was den Vorschlag betrifft, die Steuergesetze sollen in administrativem Wege einheitlich kodifiziert werden, so weist der Minister darauf hin, daß die Vereinheitlichung in der Vollzugsverordnung in der Regel durchgeführt zu werden pflegt. Er betont, daß bei der Zusammenstellung der statistischen Daten keinerlei Tendenz vorherrscht. Er bittet, den § 1 in der Textierung des Finanzausschusses anzunehmen. (Lebhafte Beifall.)

Berichterstatter Roland Hegedüs

verwahrt sich gegen eine Bemerkung des Abgeordneten Grafen Moriz Esterházy, als ob er oder der Finanzausschuß jemand irreführen wollte. Auch jetzt stehe er auf dem Standpunkt, daß das Einkommen aus dem Grundbesitz gleichgeartet ist mit dem Unternehmungsgewinn. Er und der Ausschuß haben ausschließlich die offiziellen statistischen Daten benutzt. Auch jetzt tritt er für alles ein, was in seinem Buch und in dem Bericht des Ausschusses enthalten ist. (Lebhafte Beifall.)

Der Paragraph wird sodann in der vom Finanzausschuß vorgeschlagenen Textierung angenommen; die Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Folgt § 2, zu dem

Abgeordneter Ernst Bródy

einige auf die Behandlung der Bankbeamten durch die Banken bezügliche Bemerkungen macht und besonders die obligatorische Pensionsversicherung eingeführt zu sehen wünscht. Er nimmt gegen die Begünstigung der Großbanken Stellung. Dieser Standpunkt ist nicht gegen die Großbanken gerichtet, sondern wird vom Gebote der Gerechtigkeit diktiert. Er ist sich der Bedeutung des Großkapitals bewußt, allein es darf nicht zum Nachteil der übrigen Bevölkerung bei der Steuerzahlung begünstigt werden. Er unterbreitet einen parlamentarischen Abänderungsantrag.

Abgeordneter Julius Ságghy

beantragt, daß der Paragraph völlig fallengelassen werde. Er ergibt sich in so weitreichenden Äußerungen, daß der Präsident ihn ersucht, sich an den Gegenstand zu halten.

Finanzminister Johann v. Telekfy

wiederholt seine Ausführungen über die Besteuerung der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften, die keineswegs eine Steuerbegünstigung erhalten. Durch die Gesetzesentwürfe des Finanzministers werden diese Gesellschaften mit höheren Steuern belastet, als es im G. N. vom Jahre 1909 geplant war. Er bittet, den Abänderungsantrag des Abgeordneten Julius Ságghy abzulehnen. Dagegen nimmt er den Antrag des Abgeordneten Ernst Bródy an.

Das Haus nimmt den § 2 in der Textierung des Finanzausschusses und mit dem Amendement des Abgeordneten Ernst Bródy an.

§ 3 wird unverändert angenommen.

Bei § 4 ergreift

Abgeordneter Paul Jaczsó

das Wort.

Präsident

unterbricht um 2 Uhr die Sitzung.

**Kriegstagung des Reichstages.****Sitzung des Abgeordnetenhauses.**

Budapest, 25. August.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung über die Steuervorlagen fort. Dabei wurde es am Beginn durch einen oppositionellen Antrag gehemmt, der die Abhaltung einer geschlossenen Sitzung anregte. In der geschlossenen Sitzung wollte Graf Julius Andrássy eine auslandspolitische Frage erörtern, die er selbst als „hochwichtig“ bezeichnete. Er erklärte einer Gruppe von Abgeordneten, die ihn im Wandelgange umgab, daß er sich nach Ablehnung des Antrages betreffend die geschlossene Sitzung nunmehr gezwungen sehe, die bezeichnete Frage in öffentlicher Sitzung in irgendeiner Form zur Sprache zu bringen.

Inzwischen mehrte sich die Zahl der Zwischenpiele. Im Saale wurden ein Antrag Stefan Rakovszky's und neue Interpellationen bekannt, und Graf Michael Karolyi bereicherte auch die Zahl der Geschäftsordnungsanträge um neue zwei Stück.

Das Haus hat heute die Vorlage betreffend die Einkommensteuer auch in zweiter Lesung verabschiedet. Dann wurde die Spezialdebatte über die Vermögenssteuervorlage begonnen. In dieser Debatte hat Graf Michael Esterházy gezeigt, wie man formalen Modernismus mit wesentlich dunkelster Reaktion verknüpfen kann.

Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

**Der Verlauf der Sitzung.**

Präsident Paul v. Bethy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10<sup>1/2</sup> Uhr vormittags.

Schriftführer: Géza Koványi, Nikolaus Kószta, Peter Mihályi.

Auf den Ministeraufentritt: Graf Tiba, Telekhy, Balogh, Baron Kószner.

Präsident teilt mit, daß der Abgeordnete Julius Bajzs um die Erlaubnis angefragt — und sie erhalten — habe, vor der Tagesordnung in persönlicher Sache das Wort zu nehmen.

**Abgeordneter Julius Bajzs:**

Der Abgeordnete Andreas Ráth hat in einer an die Regierung gerichteten Interpellation unter anderen Dingen hervorgehoben, daß über die Gebarung der Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft allerlei unkontrollierbarer Klatsch und sonderbare Gerüchte in Umlauf sind, so zum Beispiel soll Redner von der Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft mehrere tausend Meterzentner Mais zu Mastzwecken erhalten haben. Das sei un wahr und Verleumdung. Er wolle nicht leugnen, daß seine Landwirtschaft seit dem Kriege ergiebiger sei, als vorher. Hierzu habe er aber nur so viel getan, daß er, mit geschwächter Gesundheit, ein zweiundsechzigjähriger, die Arbeit von vier Menschen leiste. In seinem Alter könne er nicht mehr ins Feld; könnte er es, so würde er allenfalls an die Front gehen und nicht sich im Landesinnern zum Militärdienst kommandieren lassen. (Großer Lärm und Tumult links.)

Abgeordneter Graf Moriz Esterházy: Wer hat das getan?

Abgeordneter Georg Szmracsányi: Namen nennen! Stimme rechts: Eben Herr Georg Szmracsányi! Abgeordneter Georg Szmracsányi: Ja? Ja war doch in Serbien!

**Abgeordneter Julius Bajzs:**

Ich schließe also mit der Erklärung, daß ich die als „Gerüchte“ und als „Klatsch“ vorgebrachte Anschuldigung ruhigen Gewissens als Verleumdung zurückweisen kann. (Zustimmung rechts.)

Präsident: Da eine Debatte unzulässig ist, tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Fortsetzung der Spezialdebatte über die Steuervorlagen.

**Abgeordneter Georg Szmracsányi:**

Er hat ursprünglich nicht die Absicht gehabt, zum Gegenstande zu sprechen, aber der große Zug sozialer Fürsorge, der

aus dem Amendement des Abgeordneten Ernst Bródy weht, bewegt den Redner, sich dem Amendement anzuschließen.

**Abgeordneter Géza Koványi**

tritt ebenfalls für den Antrag des Abgeordneten Ernst Bródy ein.

**Präsident Paul v. Bethy**

teilt mit, daß zweiundfünfzig anwesende Abgeordnete auf schriftlichem Wege eine geschlossene Sitzung gefordert haben. Im Sinne der Geschäftsordnung wird das Haus ohne Debatte in einfacher Abstimmung über den Antrag entscheiden.

Der Antrag wird mit 88 gegen 52 Stimmen abgelehnt. (Lärm links.)

Abgeordneter Alexander Gál (zur Mehrheit): Von nun an müssen Sie alle Verantwortung tragen! (Lärm und Widerspruch rechts.)

Die Spezialdebatte wird sodann fortgesetzt.

**Abgeordneter Alexander Pető**

hebt die Bedeutung hervor, die der Begünstigung der kinderreichen Familien vom sozialpolitischen Gesichtspunkte bemessen wird. Schon im Jahre 1875 hat die ungarische Gesetzgebung in dem Gesetze über die Erwerbsteuer die vom Abgeordneten Ernst Bródy angeregte Idee teilweise verwirklicht. Er empfiehlt den Beschlusstrag Bródy's zur Annahme.

Die Debatte wird geschlossen.

**Finanzminister Johann v. Telekhy**

würdigt vollkommen die Intentionen, die in der Resolution des Abgeordneten Ernst Bródy zum Ausdruck gelangen. Allein er muß gegen die Behauptung Stellung nehmen, als ob die Besteuerung der kinderreichen Familienväter, die mehr als 10.000 Kronen Einkommen haben, das Heiligtum des häuslichen Herdes verletzen würde. Wenn die Reihe an die Durchführung des vom Berichterstatter Dr. Roland Hegedüs unterbreiteten Beschlusstrages kommen wird, wird diese Mehrheit beweisen, daß sie sich der hohen sozialpolitischen Bedeutung dieser Frage bewußt ist. Diese Steuergesetze sind sozialer Natur, als die 1909er Gesetze. Rein steuerrechtliche Gründe sind dafür maßgebend, daß diese Verfügung jetzt nicht durchgeführt wird. Die hohen Gesichtspunkte, die bei dieser Frage in Betracht kommen, lassen sich durch Steuergesetze wohl kaum erzielen. Er bittet, den Gesetzentwurf mit der Resolution des Berichterstatters anzunehmen. (Zustimmung.)

Der Paragraph wird mit den Abänderungsanträgen des Berichterstatters angenommen. Der Beschlusstrag des Abgeordneten Ernst Bródy wird abgelehnt.

§ 12 wird ohne Debatte angenommen.

§ 13 wird mit einer stillschweigenden Abänderung, die der Referent vorschlägt, angenommen.

Bei § 14 beantragt der Berichterstatter, daß überall dort, wo es sich um die Steuerfreiheit des 10.000 Kronen nicht übersteigenden Einkommens von Privatangehörigen handelt, statt 10.000 Kronen stets 20.000 Kronen gesetzt werde.

Nach kurzen Aeußerungen der Abgeordneten Stefan Szabó (Naghatád) und Alexander Pető, sowie nach den Aufklärungen des Finanzministers wird der § 14 in der von dem Referenten beantragten Form angenommen.

**Präsident Paul v. Bethy**

meldet, daß Abgeordneter Graf Michael Karolyi im schriftlichen Wege zwei Anträge unterbreitet hat. Der eine geht dahin, das Haus möge von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags Sitzungen halten, der zweite, daß auch am Samstag Interpellationen unterbreitet werden können.

Im Sinne der Geschäftsordnung wird das Haus über diese beiden Anträge am Schluß der morgigen Sitzung in einfacher Abstimmung entscheiden.

Die §§ 15, 16, 17, 18, 19 und 20 werden ohne Debatte angenommen.

Somit ist die Einkommensteuervorlage im allgemeinen und in den Einzelheiten angenommen.

Auf Ersuchen des Abgeordneten Polló gewährt Präsident eine Pause von fünf Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung folgt die Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Vermögenssteuer.

Beim Titel spricht

**Abgeordneter Graf Michael Esterházy**

über die großen Opfer, die die ungarische Nation in diesem Kriege gebracht hat. Der Ministerpräsident hat vor kurzem von den Möglichkeiten eines Winterfeldzuges gesprochen.

**Präsident Paul v. Bethy:**

Die Frage des Winterfeldzuges gehört wahrhaftig nicht zur Vermögenssteuer.

Abgeordneter Graf Michael Esterházy (fortfahrend): Die ungarische Nation hat sich das Recht erworben, die selbständige Armee fordern zu können. Bei dieser Gelegenheit will Redner auf einen heimtückischen Angriff hinweisen, der in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ gegen die selbständige ungarische Armee erschienen ist.

Präsident Paul v. Bethy: Das steht mit der Vermögenssteuer doch in keinem Zusammenhang!

Abgeordneter Graf Michael Esterházy (fortfahrend) will nur noch eine Bemerkung über diesen Gegenstand machen. Was würden die Bayern sagen, wenn wir gegenüber der selbständigen bayerischen Armee, auf die die Bayern so stolz sind, einen ähnlichen Standpunkt einnehmen würden? Redner hat die Frage der selbständigen Armee deshalb zur Sprache gebracht, weil nach seiner Ansicht die Erhaltung des selbständigen Heeres mit weniger Kosten verbunden wäre. Er spricht in Verbindung mit dem Gesetzentwurf von einer demokratischen Bodenpolitik. Es kann nicht im Interesse des Landes liegen, daß der Besitz aus den Händen der Geburtsaristokratie in die Hände der Plutokratie gerate. Der ungarische Bauer ist es, der in den Besitz des Bodens gelangen müsse. Redner berührt auch die Frage der materiellen Situation des Kleingrundbesitzes; diese sei weit ungünstiger als die des Mittelgrundbesitzes. Schließlich tritt er für das selbständige Zollgebiet ein.

**Abgeordneter Desider Abraham**

greift auf die Zeiten zurück, da der Ungar keine Steuern bewilligen wollte, und konstatiert, wie sich seither so alles geändert habe und heute der Steuerertrag im allgemeinen stets höher als das Präliminare sei. Die jetzigen Steuervorlagen scheinen nach dem Schmoller'schen Grundsatz geschaffen: „Nimm, woher du kannst.“

Da es 2 Uhr geworden, unterbricht Präsident die Sitzung und Redner seine Rede. Beide werden um 4 Uhr nachmittags fortgesetzt.

## Kriegstagung des Reichstages. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 24. August.

Das Abgeordnetenhaus hat auch in der Nachmittags-sitzung die Spezialdebatte über die Einkommensteuervorlage nicht zu Ende geführt. Besonders die Frage der Berücksichtigung des Familienstandes der Steuernden bot den Gegenstand einer sehr eingehenden Auseinandersetzung, in der auch die Fragen des Säuglingsschutzes und der Kindersterblichkeit eine sehr zeitgemäße Erörterung fanden. Das Problem selbst führte über eine interne Beratung zur Einbringung von Beschlussträgen, über die die Debatten noch fortgeführt werden.

Vor Schluß der Sitzung bot die Feststellung des Arbeitsplanes des Hauses Veranlassung zu einer Geschäftsordnungsdebatte. Das Ergebnis ist, daß das Haus voraussichtlich auch Samstag eine Sitzung halten dürfte. Diese Sitzung soll nur ausfallen, wenn die Debatte über die Steuervorlagen früher zur Verabschiedung der Vorlagen führen sollte.

### Der Verlauf der Sitzung.

In der Nachmittags-sitzung wird die Spezialdebatte über den Einkommensteuergesetzentwurf fortgesetzt.

#### Abgeordneter Paul Jaczko

meint bei § 4, die Entscheidung in Steuerbemessungsfragen wäre dem Verwaltungsgerichte vorzubehalten. Er beantragt ferner ein Amendement stilarischen Charakters.

#### Abgeordneter Graf Moriz Esterházy

unterbreitet ein Amendement im Interesse der genaueren Feststellung der Steuerbasis im Hinblick auf die Fortsitzungsgebühren.

#### Finanzminister Johann Telekly

reflektiert auf die Bemerkungen der Redner zu diesem Paragraphen. Er erklärt zunächst, der stilarischen Abänderung, die Abgeordneter Jaczko beantragt hat, zuzustimmen. Dem Wunsche auf Zuweisung der Entscheidung in Steuerbemessungsfragen in den Kompetenzkreis des Verwaltungsgerichtshofes könne er aus praktischen Gründen nicht zustimmen. Er sei jedoch gern bereit, in der Einführungsverordnung jenen Bedenken Rechnung zu tragen, denen Abgeordneter Esterházy Ausdruck gegeben hat. Redner bittet, das Amendement Esterházy abzulehnen.

Das Haus nimmt den § 4 mit dem Abänderungsantrage Jaczko an.

Der § 5 wird ohne Debatte angenommen.

Bei § 6 verlangt

#### Abgeordneter Graf Moriz Esterházy

im Text des Entwurfes eine genaue Umschreibung des Begriffs des außerordentlichen Forstbetriebes, da sonst bei der Wertbemessung den Forstbesitzern Nachteile erwachsen können. Er unterbreitet ein Amendement.

Das Haus nimmt den § 6 nach einer zustimmenden Bemerkung des Finanzministers Johann Telekly mit dem Amendement Esterházy an.

Der § 7 wird ohne Debatte angenommen.

Bei § 8 gibt

#### Abgeordneter Béla Fölbes

zu bedenken, ob die Vorlage nicht hätte ganz umgearbeitet werden sollen im besonderen Hinblick auf den Schlüssel, und zieht die Parallele mit den einschlägigen Paragraphen in Oesterreich. Er beantragt die Aufnahme eines Ersatzparagraphen.

#### Finanzminister Johann v. Telekly

bedauert, daß er den Ausführungen des Vorredners nicht beizupflichten vermag, und bittet, den § 8 in der ursprünglichen Fassung anzunehmen.

Das Haus nimmt den § 8 unverändert an.

§ 9 wird ohne Debatte angenommen.

Bei § 10 beantragt

#### Berichterstatter Roland v. Hegebüs

ein Amendement.

#### Abgeordneter Ernst Bródy

unterbreitet andere kleine Abänderungen, speziell die Kinderbegünstigung betreffend und die sogenannte Junggesellensteuer.

#### Abgeordneter Stefan Rakovszky

schließt sich dem Amendement Bródy an.

#### Abgeordneter Markgraf Georg Pallavicini

bemängelt den Mangel einer Verfügung betreffend die Steuerfaktierung von im Felde stehenden Personen und hofft, der Minister werde dies in der Vollzugsverordnung nachholen. Im übrigen schließt er sich dem Amendement Bródy an.

#### Abgeordneter Graf Albert Apponyi

bespricht in Verbindung mit diesem Paragraphen das Problem der Population. Er weist mit Bedauern auf den Umstand hin, daß in den letzten Jahrzehnten die Geburten abgenommen, dagegen die Kindersterblichkeit in erschreckendem Maße zugenommen hat, so daß wir in dieser Beziehung auf der letzten Stufe stehen. Es ist naturgemäß, daß die Geburten während des Krieges ebenfalls in bedeutendem Maße abgenommen haben. Auch für die dem Kriege unmittelbar folgende Zeit ist eine Veränderung in dieser Hinsicht kaum zu erwarten, da wir einen Teil unserer Männer ja unweiderwünscht verloren haben und auch die mit dieser Frage im Zusammenhang stehende Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse nicht unverzüglich erfolgen wird. Bisher ist zur Beseitigung der bestehenden Uebelstände fast nichts geschehen. Selbst für den Milchkonsum der Säuglinge und Kinder wurde bei uns nicht gesorgt. Es ist dies auf die Dequemlichkeit gewisser einflussreicher Cliquen und Klassen zurückzuführen. Es ist dies ein hochbedeutendes Problem, bei

dessen Lösung Staat und Gesellschaft werltätig zusammenwirken müssen. Es kommen hier wirtschaftliche und ethische Momente in Betracht. Es ist zunächst die Wiederherstellung gewisser in Vergessenheit geratener ethischer Begriffe notwendig. Die vermögenden und einflussreichen Gesellschaftskreise müssen von gewissen ethischen Gebrechen geheilt werden. Bei dieser Frage müssen alle moralischen, legislatorischen, wirtschaftlichen, gouvemementalen und gesellschaftlichen Mittel in Anspruch genommen werden, die zur Lösung dieses Problems führen. Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Ernst Bródy bietet hierzu den ersten Schritt. Der Finanzminister hat bei vielen Anlässen den oppositionellen Wünschen gegenüber Zuorkommenheit und Objektivität bekundet. Nur dort stießen die oppositionellen Forderungen auf Schwierigkeiten, wo diese Forderungen die plutokratischen Interessensphären berührten. Jetzt handelt es sich darum, diesem Gesetzentwurf einen sozialpolitischen Anstrich zu geben, und er hofft, daß die Regierung die Annahme des Bródy'schen Beschlusstrages nicht verweigern wird. (Lebhafte Beifall links.)

#### Abgeordneter Karl Székely

unterstützt im Namen der Volkspartei die Resolution des Abgeordneten Ernst Bródy.

#### Abgeordneter Desider Abraham

beklagt es, daß nach der letzten Statistik — noch vor dem Kriege — die Zahl der natürlichen Todes gestorbenen Personen um 48.000 mehr war als die Zahl der Geburten, und empfiehlt den Antrag des Abgeordneten Bródy zur Annahme.

#### Abgeordneter Roland Hegebüs

empfiehlt einen Beschlusstrag, laut dessen das Haus die Regierung anweisen möge, bei der endgültigen Regelung der Einkommensteuer die Begünstigung der kinderreichen Familien in das Gesetz aufzunehmen.

#### Finanzminister Johann v. Telekly

honoriert völlig den Standpunkt, den die Opposition in bezug auf § 10 einnimmt, speziell stimmt er den Ausführungen des Abgeordneten Grafen Apponyi zu. Trotzdem gelange die Intention der Regierung in dem Antrage des Berichterstatters besser zum Ausdruck als in dem des Abgeordneten Bródy, denn dieser Abänderungsantrag könnte auf die Geburtenermehrung des Mittelstandes keinerlei entscheidender Einfluß üben. Der Minister bittet, den § 10 unverändert mit den Resolutionen des Berichterstatters anzunehmen. (Zustimmung.)

Präsident suspendiert die Sitzung für die Dauer von 5 Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung meldet

#### Vizepräsident Karl v. Székely

daß sowohl Abgeordneter Ernst Bródy, wie der Berichterstatter ihre auf die Begünstigung der kinderreichen Familien bezüglichen Beschlussträge zurückgezogen haben.

Das Haus nimmt sodann den § 10 mit einer stilarischen Abänderung an.

Folgt die Verhandlung des § 11.

#### Berichterstatter Dr. Roland Hegebüs

unterbreitet bei diesem Paragraphen den vorhin zurückgezogenen, auf die kinderreichen Familien bezüglichen Beschlusstrag. Ferner beantragt er zwei Amendements: erstens, daß die Zahl der autonomen Mitglieder der Steuerreklamationskommission von drei auf vier erhöht werde, zweitens, daß die Steuerbuße in gewissen Fällen herabgesetzt werde.

#### Abgeordneter Ernst Bródy

ist es gleich, bei welchem Paragraphen sein Amendement eingeschoben wird, wenn es nur geschieht. Der Beschlusstrag des Berichterstatters, der statt des Redners Amendement angenommen wurde, bringe die gute Sache um keinen Schritt vorwärts. Er könne sich dem Beschlusstrage des Berichterstatters durchaus nicht anschließen, da er keine Lösung der Frage bedeute. Auch möge die beantragte Verfügung schon jetzt, nicht erst nach dem Kriege durchgeführt werden.

#### Abgeordneter Graf Albert Apponyi

leugnet, daß der Beschlusstrag des Referenten dem Wesen der Frage und deren Interessen entspreche und diene. Wozu dies bis nach dem Kriege hinausschieben? Es sei ein vitales Interesse der Familien, daß dies schon jetzt geschehe.

#### Abgeordneter Graf Moriz Esterházy

macht unter vorbehaltlicher Würdigung des Standpunktes, von dem der Beschlusstrag des Referenten ausgeht, mehrere Bemerkungen zu dem § 10, den er von sozialem Standpunkte aus als nicht allzu hoch wertbar bezeichnet. Er schließt sich der Modifikation des Abgeordneten Bródy an.

Die Beratung wird unterbrochen.

#### Vizepräsident Karl v. Székely

beantragt, die nächste Sitzung morgen vormittag um 10 Uhr zu halten und auf deren Tagesordnung die Fortsetzung der Spezialdebatte über die drei Steuervorlagen zu setzen.

#### Graf Julius Andrássy

verlangt, ehe er zum Tagesordnungsantrag des Präsidenten Stellung nimmt, vom Präsidium Aufklärungen darüber, ob übermorgen, Samstag, eine Sitzung des Abgeordnetenhauses stattfindet.

#### Präsident Paul v. Deöthy

erklärt, daß insofern die Spezialdebatte über die drei Steuervorlagen morgen nicht zu Ende geführt wird, am Samstag eine Sitzung stattfinden wird.

#### Graf Julius Andrássy

weist darauf hin, daß die Opposition jetzt, wo der bisher eingeschlagene Weg nicht zum erwünschten Ergebnis geführt hat, und auch keine Aussicht dafür vorhanden ist, daß die Delegationen einberufen werden, mit voller Energie ihrer Kontrollpflicht entsprechen will. Es hat den Anschein, als ob die Regierung und die Mehrheit die Arbeiten des Abgeordnetenhauses urgieren und die Tätigkeit der Opposition erschweren wollen. Findet am Samstag eine Sitzung statt, so sollen wenigstens an diesem Tage auch Interpellationen unterbreitet werden können. Noch von gestern sind zehn Interpellationen übrig und auch heute sind bereits mehrere Interpellationen eingetragen worden. Wenn für die Steuervorlagen 48 Stunden in der Woche zur Verfügung stehen, so muß auch für so hochwichtige Fragen, von denen die Existenz der Nation abhängt, eine gewisse Zeit eingeräumt werden. (Zustimmung links.)

#### Ministerpräsident Graf Stefan Tisza

meint, daß aus der Tatsache, daß in dieser Woche an fünf Tagen Sitzungen gehalten werden, der Regierung und der Mehrheit nicht die Absicht imputiert werden darf, als ob sie die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses beschleunigen wollten.

**LOYD**

„Pester Lloyd“ und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Györi & Nagy, Jaulus & Co., Gen. Leopold, Ant. Mezel, Rudolf Mosso, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyl, Jos. Schwarz. Generalvertretung des „Pester Lloyd“ für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den „Pester Lloyd“.

Einzelne: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz I. J. Heller, Abendblatt in Budapest G. Heller, in der Provinz S. Heller.

Redaktion und Administration: Y., Mária Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

**Nr. 237**

tion und der geistigen Freiheit marschierte dieses Volk, solange es vom blinden Haß, von einer wahnwitzigen Rachsucht nicht seiner besten Güter beraubt war. Und an der Spitze dieses Volkes marschierten einheitlich die Politiker, die, wie Waldeck-Rousseau und Père Combes, die Aufrichterhaltung der bürgerlichen Weltordnung mit den Forderungen des freien Denkens und des aufgeklärten Geistes zu vereinen wußten; an ihrer Seite die großen Volksführer, die sich gern Sozialisten, wenn auch nur Radikalsozialisten nannten. Heute ist alles verschüttet, sind die klaren Köpfe von tollen Leidenschaften benebelt, ist Clemenceau in Ketten gelegt, die sozialistische Minorität terrorisiert, in Acht und Bann getan. Und doch wird eben diese Minorität die Ehre und die Zukunft der dritten französischen Republik retten. Wenn nicht sie, dann niemand. Dann ist dieses Volk, wie wohl eines viel besseren Schicksals würdig, rettungslos verloren. Und die Majorität des sozialistischen Nationalrates hat ihm das Grablied gesungen. Denn dann hatte Mistral, der echte Sozialist und mutige Franzose, recht, als er auf dem Parteitag leidenschaftlich ausrief: „Wir wollen wissen, was im Londoner Vertrag steht, ob wir auf Gnade und Ungnade den Wünschen unserer Verbündeten ausgeliefert sind.“ Ja, der Londoner Vertrag ist die eiserne Kette, womit sich die Franzosen, aber auch die Russen und Italiener die Lebensadern unterbunden haben. Und wenn sie sich blutig schlagen, die Kette werden sie nicht bald los haben. Die französische Sozialdemokratie, eine eingeschworene Feindin jeder Gerechtigkeit, versucht als erste, die Kette zu sprengen. Weh ihr und ihrem Volke, wenn der Versuch mißlingt.

**Kriegstagung des Reichstages.**

**Sitzung des Abgeordnetenhauses.**

Budapest, 25. August.

Das Abgeordnetenhaus hat heute die Spezialdebatte über die Steuervorlagen fortgesetzt. Es hat sich eine größere Debatte ergeben, doch ohne die Merkmale besonderer Sachlichkeit aufzuweisen. Der vormittags abgelehnte Antrag der Opposition betreffend die Verfügung einer geschlossenen Sitzung, sowie die Frage des Arbeitsplanes des Abgeordnetenhauses hatten der sachlichen Auseinandersetzung wesentlich Abbruch getan. Am Schlusse der Sitzung haben dann die sehr konzilianter, durchaus entgegenkommenden Ausführungen des Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza und des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Paul v. Bóthy die Opposition mit dem Gedanken versöhnt, daß auch morgen eine Sitzung stattfinden soll. Auch die Unstimmigkeiten, die aus dem Antrag betreffend die geschlossene Sitzung hervorgetreten sind, erschienen am Abend durch die Erklärungen des Ministerpräsidenten und der oppositionellen Parteichefs behoben.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm Abgeordneter Markgraf Georg Pallavicini Veranlassung, um auf den Parlamentsbericht des „Pester Lloyd“, der die Mitteilungen über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. August enthält, zurückzukommen. Markgraf Georg Pallavicini erblickt in den Feststellungen

erstatte über den Bodenertrag und dessen Besteuerung als Vermögen lehnt er die Vorlage ab.

Die Verhandlung wird unterbrochen.

Präsident Paul v. Bóthy

beantragt, die nächste Sitzung morgen vormittags 10 Uhr zu halten und auf deren Tagesordnung die dritte Lesung des Gesetzentwurfes über das Inkrafttreten der Einkommensteuer und die Spezialdebatte über die beiden anderen Steuergesetzesvorlagen zu setzen.

Abgeordneter Stefan Rakovsky

vermißt die Erklärung des Ministerpräsidenten vom 7. Juli, wonach achttündige Sitzungen nur an höchstens vier Tagen der Woche stattfinden sollen. Das Präsidium erweist dem Ministerpräsidenten einen schlechten Dienst, wenn es durch diesen Tagesordnungsantrag den Glauben an die Erklärungen des Ministerpräsidenten erschüttert. Es liegen hier keineswegs obstruktionistische Velleitäten vor und das Inkrafttreten der Steuergesetze wird keineswegs darunter leiden, wenn die Gesetzesvorlagen einen Tag später vom Abgeordnetenhause erledigt werden. Bezüglich der heute vormittags von der Opposition geforderten geschlossenen Sitzung ist in der „Budapester Korrespondenz“ ein ungeschicktes Communiqué erschienen, demzufolge die Mehrheit den Antrag angenommen hätte, wenn sie gewußt hätte, worum es sich handelt. Er bittet die Mehrheit, jetzt nicht wieder diesen Fehler zu begehen. Die Opposition will jetzt in erhöhtem Maße ihrer Kontrollpflicht entsprechen. Infolgedessen möge die Mehrheit die Tätigkeit der Opposition nicht noch erschweren. Er beantragt, morgen keine Sitzung zu halten. (Zustimmung links.)

Präsident Paul v. Bóthy

hat seinerzeit die Erklärungen des Ministerpräsidenten so gebeutet, daß in der Regel nur 3 bis 4 Sitzungen in der Woche stattfinden sollen. Nun hat es seither eine zehntägige, dann eine dreiwöchige und dann wieder eine einwöchige Pause gegeben. Es ist notwendig, das Versäumnis einigermaßen einzuholen. Hinsichtlich der geschlossenen Sitzung weist der Präsident darauf hin, daß er der Geschäftsordnung entsprechend den Antrag unverzüglich zur Berlesung und Abstimmung gebracht hat. Als Präsident konnte er nichts anderes tun.

Abgeordneter Stefan Rakovsky: Wir haben ja gegen das Vorgehen des Präsidenten nichts einzuwenden.

Präsident Paul v. Bóthy (fortfahrend): In dem Communiqué, das ich veröffentlicht habe, habe ich nur erklärt, daß wenn die Mehrheit gewußt hätte, daß ein Führer der Opposition eine hochbedeutende Frage zur Sprache bringen wird, niemand sich dem Ansuchen auf Verfügung der geschlossenen Sitzung verschlossen hätte. Die Opposition hätte die Mitglieder der Mehrheit informieren können. (Zustimmung rechts.)

Graf Michael Karolhy

billigt die Ausführungen des Abgeordneten Stefan Rakovsky. Die Opposition steht in dieser Frage nicht dem Präsidium, sondern der Regierung gegenüber, da der Ministerpräsident in dieser Frage seinerzeit eine kategorische Erklärung abgegeben hat. In der Zukunft könnte die Opposition derartige Erklärungen nicht mehr ernst nehmen. Was die geschlossene Sitzung betrifft, so hat das bisherige Vorgehen der Opposition keine Grundlage für die Annahme geboten, daß sie vielleicht Obstruktion treiben will. Infolgedessen hätte man wissen müssen, daß die Opposition aus tiefliegenden Gründen um eine geschlossene Sitzung bittet. Man darf sich keineswegs darüber wundern, daß die oppositionellen Abgeordneten in so großer Zahl Interpellationen eintragen. Jetzt werden die Steuervorlagen verhandelt, bei deren Beratung wichtige politische Fragen nicht zur Sprache gebracht werden können. Infolgedessen muß die Opposition, um ihr Kontrollrecht auszuüben, von ihrem Interpellationsrecht Gebrauch machen. Die Opposition hat nur ihren guten Willen verraten, wenn sie in einer heiklen Frage die Abhaltung einer geschlossenen Sitzung verlangt hat. Er bittet, die frühere Vereinbarung, daß nur vier Sitzungen stattfinden sollen, anzuhalten.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza

will darüber, ob der Standpunkt über die Frage der geschlossenen Sitzung ein richtiger sei oder nicht, nicht diskutieren. Der geehrten Opposition ist sein Standpunkt, daß er kein Freund geschlossener Sitzungen sei, in denen Angelegenheiten von öffentlichen Interessen verhandelt werden, bekannt. Daraus folgt jedoch nicht, daß man keine Klärung zulassen sollte.

bittet den Finanzminister, eine Abänderung in diesem Sinne bei einem beliebigen Paragraphen zu beantragen.  
Der § 1 wird nach einer Bemerkung des Finanzministers mit den Amendements des Berichterstatters angenommen.  
Präsident suspendiert die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

**Die Einberufung der Delegationen.**

Graf Julius Andrássy hat während der heutigen Vormittagsitzung des Abgeordnetenhauses seinen angekündigten Antrag über die Einberufung der Delegationen in das Antragsbuch eingetragen.

**Abgeordneter Béla Földes**

befähigt sich ebenfalls zunächst mit den gestrigen Ausführungen des Abgeordneten Polónyi, die er als Humoristikum gern genieße, aber in meritorischer Hinsicht entschieden ablehne. Er widerlegt die Argumente des Abgeordneten Polónyi und rechtfertigt den Standpunkt, den die Opposition dieser Vorlage gegenüber eingenommen hat. Er beschäftigt sich ausführlich mit der Statistik im allgemeinen und verwahrt sich dagegen, als ob die ungarischen Statistiken einseitig zusammengestellt würden. Das ist schon technisch unmöglich, denn bei den verschiedenen Zusammenstellungen der Daten müßte man sofort die größeren Verstöße entdecken. Er bittet den Finanzminister, gewisse Korrekturen in dem Fassungsbogen, der nach österreichischem Muster gemacht wurde, vorzunehmen. Er bittet, unter die steuerfreien Gegenstände auch die Möbel, Kleider und Wäsche aufzunehmen. Im übrigen könne er den Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form nicht annehmen, sondern er bittet den Minister, die Wünsche der Opposition zu berücksichtigen.

**Abgeordneter Julius Sággh**

wünscht im Sinne der Rede des Abgeordneten Földes eine Abänderung der Vorlage und weist auf die betreffenden Modifikationen des näheren hin.  
Die Debatte wird geschlossen.

**Finanzminister Johann v. Telekly**

erklärt, die jetzt vorgebrachten Argumente haben ihn nicht davon überzeugen können, daß seine Stellungnahme in dieser Frage nicht die richtige wäre. Diese Vermögenssteuer soll nur als Grundlage für das künftige Steuersystem dienen und ist als solche jetzt unerlässlich. Denselben Standpunkt nimmt der Minister gegenüber den Argumenten ein, daß diese Vermögenssteuer die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften nicht belasten soll. Diese Gesellschaften sind nach den Entwürfen des Ministers viel höher besteuert als bisher, und die Regierung verdient keineswegs den Vorwurf, daß sie durch die Steuererlasse die Plutokratie begünstigen wolle. Diese Gesellschaften haben eine Steuerlast zu tragen, die für den ersten Augenblick die interessierten Kreise mit Recht erschreckt hat. Um so erfreulicher ist es, daß sie diese Steuern zu leisten imstande sein werden, ohne daß dadurch unser wirtschaftliches Leben gefährdet würde. (Lebhafte Zustimmung.) Gegenseitige Objektivität ist bei der Beurteilung dieser Fragen unerlässlich und feststehende Tatsachen müssen ohne Bedenken eingestanden werden. Durch die Steuerfreiheit gewisser Papiere haben gerade die größten Gesellschaften weniger gezahlt, und es war vom Gesichtspunkte der Billigkeit notwendig, dieses Privilegium zu beseitigen.

Abgeordneter Géza Polónyi hat die Frage gestellt, ob bei der Bemessung der Vermögenssteuer die Forderungen als Vermögen betrachtet werden und ob für die durch das Moratorium entstandenen Forderungen Steuer bezahlt werden muß. Was die Forderungen betrifft, so kommt bei der Steuerbemessung natürlich die Bonität in Betracht. Die durch das Moratorium entstandenen Forderungen werden den gefragten Forderungen gleichgestellt.

Den Beschlusstrag des Abgeordneten Stefan Szabó kann der Minister nicht ganz annehmen, da technische Gründe dagegen sprechen. Für die Zukunft will er sich vor den darin enthaltenen Wünschen nicht verschließen. Jedenfalls wird die Statistik diesbezüglich Aufklärungen erteilen. Dagegen wird der Berichterstatter in der Spezialdebatte ein Amendement unterbreiten, demzufolge die ungeteilten Weiden schon jetzt steuerfrei sein sollen. (Lebhafte Zustimmung.)

Gegenüber dem Grafen Moriz Esterházy bemerkt der Minister, daß bezüglich der Berücksichtigung der Rentabilität oder Nichtrentabilität des Vermögens die Vorlage in weitgehendem Maße liberal sei. Den Beschlusstrag des Abgeordneten Grafen Esterházy kann der Minister zu seinem lebhaften Bedauern nicht annehmen; nicht als ob er die Intention nicht billigen würde, allein die Steuerbemessungen sind schon jetzt im Gange, so daß es mit großen Schwierigkeiten verbunden wäre, die nächstjährige Statistik schon nach den Wünschen des Grafen Moriz Esterházy aufzuarbeiten. Der Minister wird indessen bestrebt sein, diese Aufarbeitung sobald als möglich durchzuführen zu lassen.

Bezüglich der Ausführungen des Abgeordneten Petö betreffend die Verheimlichung des Aktienvermögens erklärt der Minister, daß eine weitgehende Organisation zur Verfügung stehen wird, um das mobile Vermögen festzustellen, damit jedes Vermögen in gleicher Weise festgestellt und besteuert werde. Zugleich erklärt der Minister, daß die Familienbegünstigungen, die bei der Einkommensteuer zur Anwendung gelangen, bei der Vermögenssteuer gegenwärtig nicht erteilt werden können.

Wo es Begünstigungen gibt, wie in Preußen, beginnt diese bei 30.000 Mark, — bei uns beginnt sie bei 50.000 Kronen. — Was die Forderungen von Geschäftsleuten angeht, so ist deren besteuerebares Vermögen auf Grundlage der vorhergegangenen Jahresbilanz festzustellen, sofern nämlich diese Bilanz nicht zu beanstanden ist. Freilich, alle Vermögen jedes Jahr von neuem festzustellen: das vermöchte kein Beamtenstolz der Welt. Es ist aber auch nicht notwendig, — es genügt, wenn dies von 3 zu 3 oder von 5 zu 5 Jahren geschieht. Ja, der Minister gehe mit dem Gedanken um, auch die Einkommensteuer nicht auf ein Jahr zu bemessen, sondern auf zwei Jahre. Schließlich bittet der Minister, die Vorlage im allgemeinen als Grundlage der Spezialdebatte anzunehmen, den Antrag Esterházy aber nicht zu akzeptieren. Jedoch werde der Minister trachten, dem Wunsche des Grafen Esterházy entsprechend, eine Vermögensstatistik zusammenstellen zu lassen und dem Hause vorzulegen. (Zustimmung.)

Der Gesetzentwurf über die Vermögenssteuer wird im allgemeinen angenommen.  
Folgt die Spezialdebatte.  
Bei § 1 unterbreitet

**Berichterstatter Roland Hegebüs**

mehrere Amendements parlamentarischer Natur.

**Abgeordneter Alexander Simonji-Semadam**

bemängelt hier abermals, daß die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen mit der Vermögenssteuer nicht belegt sind. Das Vermögen der Aktiengesellschaften ist ein effektives Vermögen, das besteuert werden kann und muß. Die Aktiengesellschaft soll statt der einzelnen Aktionäre nach dem Aktienwert die Vermögenssteuer entrichten, was praktisch nur soviel bedeutet, daß von den Dividenden diese Steuer abgezogen würde. Dadurch würde auch jede doppelte Besteuerung des Vermögens entfallen, wenn der Aktienbesitzer dementgegen automatisch seine Steuer bezahlt. Das Alerax hat daraus noch den Vorteil, daß niemand seinen Aktienbesitz verheimlichen wird können. Daraus folgt selbstverständlich, daß der Aktienbesitz der Privatpersonen bei der Bemessung der eigenen Vermögenssteuer nicht in Betracht käme. Redner

**Kriegstagung des Reichstages.**

**Sitzung des Abgeordnetenhauses.**

Budapest, 26. August.

Das Haus begrüßte heute freundlich und warm den Abgeordneten Grafen Koloman Tisza, der in der feldgrauen Uniform eines Husarenmajors im Hause erschien. Dem Hause wurde heute auch eine zweite Ueberraschung zuteil: es verlaniet, die Regierung habe sich mit der Opposition darauf geeinigt, das Abgeordnetenhaus bis zum 5. September zu vertagen.

Die Generaldebatte über die Vermögenssteuer nahm übrigens ihren normalen Verlauf. Es sprachen die Abgeordneten Alexander Petö, Béla Földes und Julius Sággh. Dann würdigte — nach Schluß der Debatte — Finanzminister Johann v. Telekly in eingehender Kritik und Aufklärung die Argumente der Redner. Das Wesen des modernen Vermögens, die Zulässigkeit seiner Besteuerung, die moralische Berechtigung und die Grenzen des Systems der Vermögenssteuer traten aus der Rede des Ministers scharf und plastisch hervor, die Notwendigkeit der Einführung dieser Steuergattung aber aus dem Gesamtbilde unserer Staatswirtschaft, das in der Rede des Ministers erkennbar erschien.

Das Haus nahm dann die Vorlage an und trat auch in die Spezialdebatte ein. Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung.

In unserem Bericht über die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses sind zwei Stellen zu berichtigen. Abgeordneter Graf Moriz Esterházy hat betreffend den deutschen Beitragsbeitrag nicht — wie gemeldet — von einem Irrtum gesprochen, der ihm unterlaufen ist, sondern von einem Irrtum, der dem Berichterstatter unterliefe. Auch hat Graf Moriz Esterházy die Vermögenssteuervorlage nicht — wie berichtet — abgelehnt, sondern, ein entgegenkommendes Verhalten des Finanzministers für die Spezialberatung voraussetzend, angenommen.

**Der Verlauf der Sitzung.**

Präsident Paul v. Békthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Géza Kováts, Nikolaus Kostyál, Peter Mihályi.

Auf den Ministerantworten: Graf Tisza, Telekly, Balogh, Baron Szalai.

Präsident teilt mit, er habe dem Abgeordneten Markgrafen Georg Pallavicini die Erlaubnis erteilt, eine dringliche Interpellation einzubringen. Diese wird der Abgeordnete um 7<sup>1/2</sup> Uhr in Angelegenheit der Regierungsverordnung über die Getreidebewertung der Kleingutsbesitzer an den Ackerbauminister richten.

Nach Verlesung des Einlaufs wird als erster Punkt der Tagesordnung die Einkommensteuervorlage in dritter Lesung angenommen, dann wird zu der Debatte über die Vermögenssteuer übergegangen. Als erster Redner reflektiert

**Abgeordneter Alexander Petö**

auf die gestrigen Ausführungen des Abgeordneten Polónyi. Diese Reflexionen sind persönlicher Natur. Er weist dann darauf hin, daß der Finanzminister keine besonderen Sympathien der Hauptstadt entgegenbringt. Die Eingaben der Hauptstadt liegen alle unerledigt im Finanzministerium. Er beklagt sich darüber, daß die Verordnungen über die Maximalpreise von allen Gesellschaftskreisen, von der Bauernschaft ebenso wie von den Bankern, in zynischer Weise umgangen werden. Der Hauptstadt und einigen anderen Städten wurde die Möglichkeit genommen, sich mit Getreide und Mehl zu versorgen, und sie sind ganz der Kriegsprodukten-A.-G. ausgeliefert. Welche Garantien sind dafür vorhanden, daß die Kriegsprodukten-A.-G. die hauptstädtische Bevölkerung mit der entsprechenden Menge von Mehl versorgen wird? Im Vorjahre hat es eine längere Zeit gegeben, wo im ganzen Land schönes weißes Brot gebacken wurde, nur die hauptstädtische Bevölkerung mußte schlechtes Kukuruzbrot essen. Er unterzieht die Verfügungen des Vermögenssteuerentwurfes einer eingehenden und abfälligen Kritik. Er urgiert die Reform des auf die Aktiengesellschaften bezüglichen Teiles des Handelsgesetzes, namentlich die gesteigerte Wahrung der Interessen der Aktionäre. Er sieht die Interessen der Kaufleute und Gewerbetreibenden in dem Gesetzentwurf nicht entsprechend gewahrt und verlangt vom Finanzminister über einzelne Verfügungen der Vorlage beruhigende Aufklärungen. Er nimmt die Vorlage als Grundlage der Spezialdebatte an.

### Aus dem Abgeordnetenhaus.

Verzichtleistung der oppositionellen Vertrauensmänner auf ihre Mission. — Fortsetzung der Steuerdebatte. — Interpellationen. — Interessante Erklärungen.

Die an die heutige Sitzung geknüpften Erwartungen wurden in vollstem Maße erfüllt. Die Opposition setzte tatsächlich mit ihrem angekündigten Kampf gegen die Regierung ein. Die Parteiführer begannen ihre Attacke mit Erklärungen, in denen sie vor Allem auf die vor Kurzem übernommene Mission, als Vertrauensmänner der Minorität gewisse, auf die militärische und diplomatische Lage bezügliche Informationen entgegenzunehmen, in feierlicher Weise Verzicht leisteten, gleichzeitig aber ankündigten, daß sie von nun an öffentlich scharfe Kritik an der Thätigkeit der ungarischen und der gemeinsamen Regierung üben werden. Die Reihe der diesbezüglichen Erklärungen eröffnete Graf Albert Apponyi, der den bisher bestandenen Burgfrieden durch die Erklärung kündigte, die Opposition wolle nicht mehr — wie bisher — sich auf die Rolle des passiven Beobachters beschränken, sondern werde an den bisher begangenen und wahrscheinlich noch zu erwartenden Fehlern vor der größten Öffentlichkeit schärfste Kritik üben. Noch deutlichere Sprache führte der Vertrauensmann der Verfassungspartei Graf Julius Andrássy, der unter Anderem der Regierung gegenüber den Vorwurf erhob, sie habe in der italienischen Frage das Prestige der Monarchie verletzt. Die Spitze des Angriffes richtete sich in unverkennbarer Weise gegen den Grafen Tisza, denn damals war ja noch Graf Berchtold der Minister des Aeußern. Graf Andrássy nahm sich aber auch kein Blatt vor den Mund, als er die Thätigkeit des gegenwärtigen Ministers des Aeußern in scharfer, ironischer Weise glosierte. Noch größeres Interesse weckte Graf Andrássy, als er in seinen weiteren Ausführungen sich mit den parlamentarischen Verhältnissen Oesterreichs beschäftigte und in sehr energischer Weise darauf bestand, daß sowohl das österreichische Parlament als in natürlicher Konsequenz auch die Delegationen wieder in Funktion gesetzt werden sollen. Die bisherigen zwei oppositionellen Redner ernteten mit ihren unter den gegenwärtigen Verhältnissen doppelt interessanten Ausführungen auf den oppositionellen Bänken lauten Beifall, auf der Regierungs-

seite aber bemerkte man mit einer gewissen Befriedigung, daß die eingeschlagene Tonart durchaus nicht die Gebote der Freiheit der parlamentarischen Kritik überschritten hat. Der Vertrauensmann der Volkspartei Stephan Rakobsky sollte eigentlich die Stimmung aufspulvern, ihm war die Rolle zugetheilt, mit „Enthüllungen“ aufzutreten, aber diesmal erwies er sich als schlechter Acteur. Er sprudelte seine Sätze wohl auch heute mit temperamentvoller Hast hervor, aber die erwarteten Explosionsbomben schlugen absolut nicht ein, ja sie verfehlten direkt ihr Ziel und ihren Zweck. Rakobsky sollte den Grafen Tisza in empfindlicher Weise treffen, tatsächlich aber — verteidigte er ihn, und die Geschosse trafen bloß den Baron Burián, ohne freilich diesem irgendwelchen ärgeren Schaden zuzufügen. Auch Rakobsky plaidierte für die Reaktivierung des österreichischen Parlamentarismus, hauptsächlich deshalb, damit die Delegationen einberufen würden, wo man dann mit Baron Burián gründlicher abrechnen könnte. Rakobsky's Rede ließ das Abgeordnetenhaus vollständig kalt.

Nun konzentrierte sich die volle Aufmerksamkeit des ganzen Abgeordnetenhauses auf die Entgegnung des Ministerpräsidenten Grafen Tisza, der in ritterlicher Weise die gegen den Minister des Aeußern gerichteten Fleurettische in Abwesenheit des Angegriffenen parierte und sich mit dessen Thätigkeit vollständig solidarisch er-

Pflicht des Ministerpräsidenten, dem Parlament die Bedingungen mitzuteilen, unter welchen der Wirtschaftsvertrag mit Rumänien abgeschlossen worden ist.

Nun will Redner auf die „Hindenburg-Frage“ übergehen. (Heiterkeit rechts.) Er bezeichnet die Uebernahme des Kommandos durch „Herrn“ Hindenburg über österreichisch-ungarische Truppen als ungeheuerlich und wirft die Frage auf, ob es nothwendig gewesen sei, einen „fremden“ Staatsbürger mit dem Kommando unserer Truppen zu betrauen.

Inzwischen ist es 12 Uhr Mitternacht geworden und Polonhi selbst ist es, der erklärt, daß er eigentlich nicht weiter sprechen dürfe.

Diese Bemerkung Polonhi's erregte nicht geringe Heiterkeit und zwischen dem Redner und dem Präsidenten Beöthy entspann sich eine kurze Hausordnungsdebatte, die damit endete, daß Polonhi erklärte, er wolle seine Ausführungen schließen.

Er forderte den Ministerpräsidenten auf, den Dreibundvertrag und die mit Rumänien abgeschlossene Militärkonvention, sowie den Wirtschaftsvertrag dem Abgeordnetenhaus vorzulegen und fordert Aufklärung darüber, weshalb Hindenburg das Kommando über österreichisch-ungarische Truppen übernommen habe.

### Regierung und Armeeführung.

Graf Michael Karolhi reflektirt auf die Aeußerung des Ministerpräsidenten, daß es eine große Gefahr bedeuten würde, wenn man den Reichsrath in Oesterreich einberufen sollte. Man könne deshalb an die Einberufung der Delegation unter den gegenwärtigen Umständen kaum denken. Nun stehe Redner auf Basis der staatsrechtlichen Relegation, welche die Institution der Delegation vermisst, die Bemerkungen des Ministerpräsidenten aber haben den Bankrott des 67er Ausgleichs am besten bewiesen. Redner kommt sodann auf das Verhältnis der Regierung zur Armeeführung zu sprechen. Dieses Verhältnis sei ein solches, daß von diesem ein ersprießliches Zusammenwirken kaum erwartet werden könne. Sei es doch dem Honvedminister Baron Szajai trotz zweijähriger Bemühungen bisher nicht gelungen, im Teschener Hauptquartier eine Vertretung zu installieren, die ihn von Zeit zu Zeit informiren würde. Die Armeeführung lasse sich häufig zu politischen Manifestationen hinreißen, die unmöglich dem Standpunkt des Ministers des Aeußern entsprechen können. Redner fragt, ob der Ministerpräsident das Haus über die Kriegsziele orientiren und verfügen wolle, daß die Heeresleitung sowohl den Minister des Aeußern, als auch den Ministerpräsidenten entsprechend informire, ferner mit welchem Rechte Erzherzog Friedrich von den neuen Grenzen gegen Italien gesprochen habe?

Ministerpräsident Graf Tisza kann von jedem Soldaten entschieden verlangen, daß er sich von der Politik vollständig enthalte, und er zweifelt auch nicht daran, daß die kompetenten militärischen Persönlichkeiten dies auch streng vor Augen halten. Der Umstand, daß gegen Italien Befestigungen errichtet wurden, habe mit dem Bundesverhältnisse nichts zu thun gehabt, da diese Befestigungen rein defensiver Natur waren. Die Regierung sei über den Beginn der Offensive in Italien informirt gewesen, doch habe sie darauf keinen Einfluß genommen, weil es sich um eine rein militärische Angelegenheit handelte.

dann geht Redner auf die Besprechung der gegenwärtigen Ausgleichsverhandlungen über.

Redner kommt sodann auf den eigentlichen Gegenstand seiner Interpellation zu sprechen und bemerkt, daß dieses Abgeordnetenhaus kein Recht habe, das Land für eine so lange Frist zu binden. Der Ausgleich könne aber dennoch nicht definitiv abgeschlossen werden, weil jetzt kein Zolltarif ausgearbeitet werden kann, ohne Tarif aber ein Ausgleich unmöglich sei. Aber auch sonst würde er die Schaffung eines definitiven Ausgleichs für das größte Attentat auf die ungarische Nation halten, zu einer Zeit, da sich die Nation in keiner Weise zu äußern vermag, wo das Versammlungsrecht suspendirt, die Presse in ihrer Thätigkeit beschränkt ist. Es wäre geradezu empörend, wenn der Ausgleich dennoch zustande kommen würde, und dies umsomehr, als der Reichsrath in Oesterreich nicht einberufen werden kann, daher das Gesetz nur mittels des Paragraph 14 ins Leben gerufen werden könnte. Wenn aber der Ausgleich mittels des Paragraph 14 ins Leben gerufen werden sollte, dann würde das die größtliche Verletzung des Gesetzes, des Staatsrechtes bedeuten. Redner fragt den Ministerpräsidenten, ob er den gegenwärtigen Reichstag dafür geeignet erachte, um den Ausgleich zu schaffen.

Ministerpräsident Graf Tisza bemerkt, er habe schon vor einigen Wochen eine ähnliche Interpellation beantwortet. Er verschließt sich der Schwierigkeiten nicht, die der Schaffung des Ausgleichs die parlamentarischen Verhältnisse in Oesterreich bereiten. Die ungarische Regierung müsse aber mit der österreichischen Regierung ins Reine kommen, um mit Deutschland und anderen ausländischen Staaten in Betreff der wirtschaftlichen Regelung verhandeln zu können. Wann und wie der Ausgleich inartikulirt werden kann, das wisse er heute noch nicht. Vielleicht erst im nächsten Reichstag, früher nur dann, wenn die volkswirtschaftlichen Interessen Ungarns dies unumgänglich erheischen werden. Es wäre Wahnsinn, sagt der Ministerpräsident, wegen staatsrechtlicher Ueberspanntheiten unsere wirtschaftliche Interessen zu vernachlässigen, ja direkt zu schädigen.

Nach einigen Worten Graf Apponyi's wird die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntniß genommen. (Großer Lärm und Hochrufe links.)

### Die Censur.

Um 1/3 Uhr erhebt sich Stephan Kalobkly, um über die Mißstände bei der Censur zu sprechen. Man habe, sagt er, in diesem Hause schon zweimal über die Censur interpellirt, jedoch ohne Erfolg. Im Gegentheil, der Justizminister habe die Mitglieder der Censur in Schutz genommen. Indessen sei kein einziges Mitglied der Censurkommission geeignet, seinen Posten auszufüllen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede citirte Kalobkly mehrere vertrauliche Weisungen der Censurbehörde, darunter jene, in welcher die Blätter er sucht wurden, die Antwortdepesche des Königs an die Polen nicht zu veröffentlichen.

Nun erhebt sich Justizminister Balogh und sagt: Se. Majestät hat es selbst gewünscht, daß seine Antwortdepesche nicht veröffentlicht werde.

Diese Erklärung ruft große Sensation hervor. Die Opposition macht verschiedene Zwischenrufe.

Stephan Kalobkly: Ich verlange, daß die Aeußerung des Justizministers in das Diarium aufgenommen werde.

Kalobkly erklärt schließlich, die Censur, wie sie in Budapest und Wien gehandhabt wird, für eine Schmach.

Justizminister Balogh nimmt die Censur in Schutz und sagt, ihr Zweck sei, daß Nachrichten, welche das Publikum beunruhigen könnten, unterdrückt werden. (Unruhe links.) Die Antwort wird zur Kenntniß genommen.

Es sind noch acht Interpellanten übrig, doch heißt es, daß mehrere Interpellanten aufs Wort verzichten werden.

— 1/4 Uhr. Die Sitzung dauert fort.

Donnerstag, 24. August 1916.

Neues Pester Journal

klarte. Mit dem Effekt einer spannenden Neuigkeit wirkten seine Mittheilungen über die Verhandlungen vor dem Ausbruch des italienischen Krieges. Was er weiter über den österreichischen Parlamentarismus sagte, das war eigentlich an die Adresse der Politiker jenseits der Leitha gerichtet, wo man diese aufrichtigen Winke eines von der Wichtigkeit der Verfassungsmäßigkeit glühend überzeugten ungarischen Staatsmannes gewiß nicht unbeachtet lassen wird. Den Schluß seiner wirkungsvollen Ausführungen bildete eine feierliche Erklärung, die in dem Satze ausklang, daß das ganze Ungarn im Vereine mit seinen Bundesgenossen unerschütterlich in der Fortsetzung des Krieges verharret, im vollen Vertrauen auf den endgiltigen Erfolg. Die Regierungspartei sollte ihrem Führer reichen Beifall und vollste Zustimmung.

Es folgten kurze Berichtigungen seitens des Grafen Julius Andrássy und Stephan Rakovszky's, worauf dann die Spezialberatung der Steuervorlagen fortgesetzt wurde. Die Reden Ernst Ródy's, Béla Mezőssy's, Béla Földes', Wilhelm Bássonys und Alois Bizony's enthielten werthvolle Erläuterungen der an den Vorlagen vorzunehmenden Abänderungen, bei aller Sachlichkeit aber vermochten sie doch nicht das Interesse des Abgeordnetenhauses festzuhalten, denn alle Aufmerksamkeit war auf die angekündigten Interpellationen konzentriert, in deren Rahmen ja die Opposition eine Reihe weiterer scharfer Angriffe gegen die Regierung führen wollte.

Ob man jedoch die spannungsvoll erwarteten Sensationen genießen konnte, mußte man noch vorerst eine Reihe minder interessanter Reden anhören. Handelsminister Baron Sarkányi beantwortete eine ältere Interpellation über die Delsalamitäten. Andreas Ráth moquirte sich in sarkastischer Weise über die verschiedentlichen Centralen und die Kriegsprodukt-Gesellschaft. Graf Tíza reflektirte nur auf einen Theil der Ráth'schen Beschuldigungen und rieth demselben, seine Anklagen in konkreter Form vor die kompetenten Gerichtsbehörden zu bringen. Eine lange Interpellation Karl Sufár's über die Mißzustände auf dem Gebiete der Kriegswitwen- und Invalidenversorgung blieb vorderhand unbeantwortet. Mehr Glück hatte Graf Michael Esterházy, dessen Frage bezüglich der Schrotversorgung der Jäger Ackerbauminister Baron Ghillány in beruhigender Weise beantwortete. Sigmund Eitner beklagte sich über die Kriegsprodukt-Aktiengesellschaft, deren Altruismus er in Zweifel zog. Johann Kovák führte Beschwerde darüber, daß die Militärbehörden die bewilligten Enthebungen landwirthschaftlicher Arbeiter nicht respektiren. Honvedminister Baron Szajai beruhigte in sehr launiger Weise, das man allseitig als gutes Omen betrachtete, das Abgeordnetenhause mit der Versicherung, daß er seinen Enthebungsanordnungen überall Geltung verschaffen werde.

Lebhafte gestaltete sich die nun schon in die Nacht hineingehende Sitzung, als Ludwig Holló an die Reihe kam. Er brachte eine ganze Reihe von nationalen Rekrimationen vor, die sich auf die disparitätische Behandlung der ungarischen Soldaten zum Vortheile der österreichischen bezogen. Dabei übte er auch scharfe Kritik an der Obersten Heeresleitung, an der er sehr Vieles auszusetzen fand. Dieser Ausfall bewog den Ministerpräsidenten Grafen Tíza zu einer längeren Entgegnung, in welcher er die Vorwürfe Holló's zu entkräften versuchte und mit der überaus schwungvollen Anerkennung der unvergänglichen Verdienste der Soldaten zugleich in nachdrücklichster Weise betonte, daß die Heeresleitung viel mehr Lob als Tadel verdiene. Es gebe in diesem Weltkriege keine einzige Armeeführung, die ganz ohne Fehler wäre. Bei seiner Erklärung passirte dem Ministerpräsidenten auch eine kleine Entgegnung. Ein Zwischenruf des Fürsten Windischgrätz brachte ihn aus seiner Contenance, und Graf Tíza apostrophirte den Fürsten, der bei der

Kavallerie als Rittmeister dient, mit den Worten: „Der tapfere Herr Rittmeister...“ Diese harmlosen Worte entfesselten einen Sturm bei der Opposition, der sich aber sehr rasch legte, als Graf Tíza selbst erklärte, die Ansprache in loyalstem Sinne gebraucht zu haben. Man ging über die Episode zur Tagesordnung über und die schier unerschöpfliche Reihe der Interpellationen wurde fortgesetzt. Allerdings mußte der Präsident dem schon sichtlich erschöpften Hause eine Pause gönnen, denn jetzt gelangte Géza Polonyi zum Worte, der es sich nicht nehmen ließ, das Seinige zur Bereicherung des Programms beizutragen. Es war 11 Uhr, als er seine Rede begann.

Und er sprach bis zehn Minuten über Mitternacht. Da versuchte er einen Truc. Er erklärte, er habe kein Recht, nach Mitternacht zu sprechen, denn der Mittwoch sei abgelaufen und Interpellationen dürfen nur Mittwoch unterbreitet werden. Der Präsident theilte aber die Ansicht Polonyi's nicht und erklärte, das Interpellationsrecht der übrigen vorgemerkten Herren könne nicht konfisziert werden. Polonyi, der über die gescheiterte Mission der oppositionellen Vertrauensmänner, über Italien, Rumänien und über eine Reihe anderer Fragen in seiner Manier sprach — erhielt keine Antwort.

Alle inzwischen unternommenen Versuche, das Präsidium zum Schluß der Sitzung zu veranlassen, scheiterten an der Haltung der Majorität, welche die Opposition durchaus nicht darin einschränken wollte, von der Redefreiheit ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Die Interpellanten mußten sprechen — obwohl sie schon gar nicht mehr gerne wollten. Graf Michael Rárolhi machte gute Miene zum bösen Spiel und erörterte sehr breispurig das Verhältniß der Armeeführung zur Regierung.

In den Couloirs verlautet, daß der größte Theil der Interpellationen abgehalten werden soll. Bis her haben nur Martin Lovázy und Karl Sufár seine zweite Interpellation gestrichen.

Auf die Interpellation des Grafen Michael Rárolhi antwortete Ministerpräsident Graf Tíza. Die Abgeordneten sind noch immer in großer Anzahl beisammen, denn man wartet auf die Rede des Grafen Albert Apponyi, der über die Ausgleichsverhandlungen einige kitzliche Fragen stellt. Um halb 2 Uhr Nachts hält die Sitzung noch immer an.

Die Antwort des Grafen Tíza auf die Interpellation des Grafen Rárolhi enthielt eine sehr interessante Aeußerung über den bekannten Armeebefehl des Erzherzogs Friedrich betreffend die Erweiterung der Landesgrenzen. Diese Fassung nannte der Premier keine sehr glückliche. Im Uebrigen betonte er, daß die Folgen der Lucka Schlacht schon reparirt seien und keinesfalls von entscheidender Wirkung auf den Krieg sein werden.

### Die Vormittagsitzung.

Präsident Paul Beöthy eröffnet die Sitzung um 10 Uhr Vormittag und theilt mit, daß die Abgeordneten Graf Albert Apponyi, Graf Julius Andrássy und Stephan Rakovszky um die Erlaubniß angeht und sie auch erhalten haben, vor der Tagesordnung das Wort zu ergreifen.

### Graf Albert Apponyi.

Auf Grund einer Interpellation des Grafen Julius Andrássy und der darauf erteilten Antwort des Ministerpräsidenten haben wir, drei Oppositionelle, mit Genehmigung unserer Partei die Mission übernommen, in gewisse Details unserer auswärtigen und Kriegslage, die unsere nationale Existenz berühren und deren Erwörterung vor der Öffentlichkeit unter den gegenwärtigen Umständen nicht ersprießlich ist, Einblick zu nehmen, an zuständiger Stelle unsere Bemerkungen zu machen, unsere Einwände zu erheben und vielleicht unsere Rathschläge zur Geltung zu bringen. Wir wissen sehr gut, daß dieses Vorgehen in nicht außerordentlichen Zeiten nur schwer dem verfassungsmäßigen Leben eingefügt werden kann. Ich und auch meine Freunde wußten, daß zwar durch unser Vorgehen die Verantwortlichkeit der Regierung nicht berührt wird, daß aber dennoch eine gewisse, richtiger gesagt eine ungewisse und demzufolge noch schwerer wiegende moralische Verantwortung unsere Schultern belasten wird. Dennoch hielt ich es für meine Pflicht, die Betrauung zu übernehmen und unter

ähnlichen Umständen würde ich es abermals für meine Pflicht halten und sie übernehmen. (Zustimmung links.) Jetzt bin ich in der Lage, bezüglich dieser Mission ebenso, wie ich sie mit Genehmigung meiner Parteifreunde vor der Öffentlichkeit übernahm, zu erklären, daß ich nicht in der Lage bin, unserer Vertrauensmission auch weiter nachzukommen. Das hauptsächlichste Motiv hierfür ist, daß die Natur dieser Mission von der anderen Seite, seitens der unmittelbar interessirten Kreise, seitens der auswärtigen Regierung nicht so aufgefaßt wurde, wie wir sie aufgefaßt haben. Der Gedanke war: es wurden zweifellos schwere Fehler begangen und die Lage wurde ernster als sie früher war, obwohl ich der Entwicklung der Dinge mit vollem Vertrauen entgegen sehe. Wir mußten unter sehr wichtigen und entscheidenden Umständen die Wahrnehmung machen, daß wir nicht in die Lage gelangt sind, vor der Schaffung vollendeter Thatsachen Kenntniß von den Thatsachen zu erlangen. In Folge dessen ist es für uns unmöglich, im Kreise des Publikums den Glauben aufrecht zu erhalten, als ob wir davon Kenntniß gehabt hätten. Allein nicht nur dieses Motiv war maßgebend, daß wir unsere Mission niederlegten, sondern auch, weil die Meinungsverschiedenheiten, die uns hinsichtlich der Leitung der auswärtigen Politik von dem Minister des Aeußern trennen, sich als weitergehend erwiesen haben, als daß wir eine theilweise verbessernde und ergänzende Arbeit übernehmen könnten. Ich beeile mich zu erklären, daß diese Differenzen sich nicht auf unsere Bundesgenossen, auf die Grundprinzipien unserer Politik, auf die Erhaltung unserer Bündnisse bezogen, weil wir auf die Erhaltung und Vertiefung dieser Bündnisse, namentlich des Bündnisses mit Deutschland — natürlich unter Aufrechterhaltung der Gleichberechtigung — mindestens ein so großes Gewicht legen, wie die Regierung und deren Vertreter. Auch bezogen sich diese Differenzen nicht darauf, als ob wir nicht sehen würden, daß, wie sehr auch die Friedenssehnsucht überall groß sein mag, es vollständig unmöglich ist, überhaupt Friedensverhandlungen einzuleiten oder von Frieden zu sprechen, so lange das eingestandene Programm unserer Feinde unsere Vernichtung ist, obwohl es nothwendig ist, daß wir ein klares, gemeinsam festgestelltes Programm stets fertig haben. (Zustimmung links.)

Es ist zweifellos, daß schwere Fehler begangen worden sind, sowohl betreffend die Kriegführung wie auch die Leitung unserer auswärtigen Politik, Fehler, für die die schuldigen Personen und Institutionen seinezeit zur Rechenschaft gezogen werden müssen. (Zustimmung links.) Das wäre heute keineswegs zeitgemäß. Wir hegen die feste Zuversicht, die vollste Hoffnung, daß auf strategischem Gebiet die Aera dieser Fehler abgeschlossen ist. Die Verfügungen, die hinsichtlich des Oberkommandos erfolgt sind, haben ebenso, wie sie unsere Truppen neu besetzt haben, auch unsere Öffentlichkeit neu besetzt. (Zustimmung links.) Ich begrüße diese Veränderungen mit Zufriedenheit und Freude und finde nichts Herabsetzendes für uns darin, daß der sieggewohnte und Lorberbekränzte Mann, der an der Spitze des größten Theiles unserer östlichen Front gestellt worden ist (Rufe links: Elijen Hindenburg!), aus der Wehrmacht unserer Verbündeten hervorgegangen ist. Wir kämpfen zusammen, wir siegen zusammen. Auf jener Front sind sie mit größerer Kraft vertreten und aus ihren Reihen hob sich der Mann empor, dessen Name die Seelen packt, dessen Name geeignet ist, sämtliche moralischen Faktoren, sowohl in der Armeelike wie hinter der Front, emporzuheben und zu möglichst großer Kraftanstrengung zu veranlassen. (Lebhafte Beifall links.)

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik aber ist die Nothwendigkeit der verfassungsmäßigen Kontrolle nicht nur hier, sondern auch hinsichtlich des mit uns verbündeten österreichischen Staates nothwendig. Der O. A. XII: 1867 hat die volle Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich unter jene Bedingungen eingereiht, an die die ganze Ausgleichskonzeption geknüpft ist. Diese Bedingungen müssen demnach, so lange diese Institution besteht, aufrecht erhalten werden. Allein ich erinnere auch an die achtundvierziger Traditionen, wo Ungarn die Ansprüche der österreichischen Völker auf Freiheit und Autonomie mit warmem Verständniß und brüderlichem Gefühl gefordert hat. Das öffentliche Leben Ungarns hat keinen Faktor, der nicht fordern würde, daß in Oesterreich die verfassungsmäßige Vertretung wieder zur Geltung gelange. Ich halte es für nothwendig, dies hier zu betonen, weil in zahlreichen Kreisen Oesterreichs irthümlich die Meinung vertreten ist, daß wir hier in Ungarn uns darüber freuen, daß nur wir eine verfassungsmäßige Vertretung besitzen, daß nur unser Parlament arbeitet. Wir freuen uns darüber nicht, sondern sehen dies mit Bedauern. (Zustimmung links.) Wir wünschen die Unabhängigkeit, wir wünschen die Parität, wir streben aber nicht nach einer dominirenden Stellung, wir begnügen uns mit der Gleichberechtigung und mit der Solidarität der Rechte und Freiheitsbestrebungen. (Lebhafte Applaus links.) Ich glaube, eine Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit und dem Abgeordnetenhause entsprochen zu haben, indem ich bei der ersten Gelegenheit über Dinge, die geschehen sind und die geschehen sollen, Rechenschaft abgelegt habe. (Lebhafte Beifall links und außerlinks.)

Herrn Abgeordneten gewisse Informationen erhalten sollen, die jedenfalls um vieles weiter gehen als jeder öffentliche Ausschluß, den sie gewinnen könnten, und daß sie auch die Möglichkeit finden sollen, auf Grund dieser vertraulichen Informationen an zuständiger Stelle ihre Überzeugungen darlegen zu können.

Martin Lobáň (dazwischenrufend): Post festum! Ministerpräsident Graf Stephan Tíša: Da ich nicht im Haatesbreite weiter auf das Thema eingehen will, als ich es mir zur Aufgabe gestellt habe, so will ich jetzt auf diesen Zwischenruf nicht antworten. Ich bemerke, daß meiner Ansicht nach der Vorwurf, der in dieser Hinsicht besonders in den Ausführungen des Herrn Grafen Apponyi sich geoffenbart hat, vielleicht auf einem gewissen Mißverständnis, auf einem gewissen Irrthum beruht. Aber, wie gesagt, ich will darauf nicht weiter eingehen, da diese ganze Frage im Grunde gegenstandslos geworden ist und einen akademischen Anstrich gewonnen hat durch die Erklärung des Herrn Abgeordneten Grafen Andrášy, wonach er sich ohnehin die Überzeugung verschafft habe, daß auf diesem Wege nicht weitergegangen werden könne, weshalb er denn auch seine Freunde gebeten hätte, auf diesen Weg zu verzichten, denn er hege so schwere Bedenken, daß er angesichts derselben auf das Recht der öffentlichen Kritik nicht weiter verzichten könne.

Um aber zu beweisen, daß auch die Auffassung der Herren Abgeordneten in dieser Richtung vielleicht nicht ganz frei von gewissen Irrthümern ist, möchte ich dennoch auf die eine Frage hinweisen, die der Abgeordnete Graf Andrášy konkret angedeutet hat und mit der auch ich mich kurz befassen kann, da diese Frage heute bereits — man kann sagen: nicht ganz und gar, aber wenigstens zum großen Theile — der Geschichte angehört. (Hört! Hört!)

Der Herr Abgeordnete hat auf die diplomatische Aktion, die dem italienischen Krieg voranging, hingewiesen. Ohne in die Einzelheiten dieser Frage einzugehen, möchte ich die Aufmerksamkeit des geehrten Hauses auf ein Moment hinlenken. (Hört! Hört!) Darum nämlich, daß wenn wir nicht die in ihrer letzten Phase zweifellos das berechtigte Selbstgefühl auf die äußerste Probe stellende, sagen wir: demütigende Form der Verhandlungen verfolgt hätten, die italienische Kriegserklärung entweder vor dem Durchbruch bei Gorlice oder unmittelbar in den darauffolgenden Tagen erlossen wäre. Und wenn ich jetzt bedenke, welche Formen das hätte haben können, um von nichts Anderem zu sprechen, wenn ich die Thatsache, die heute schon in die Oeffentlichkeit gebracht werden darf, erwähne, daß, um den italienischen Angriff aufzuhalten, die serbische Grenze degenerirt wurde, und wenn ich bedenke, welche Folgen die Degenerirung der serbischen Grenze nach sich ziehen hätte können, falls sie vor Gorlice oder in den Tagen unmittelbar nach Gorlice stattfände: dann, glaube ich, können wir erhabenen Hauptes die Verantwortung dafür übernehmen, daß wir in diesen peinlichen letzten Wochen auch auf Kosten unseres berechtigten Selbstgefühls bis zum Aeußersten gegangen sind, um Wochen, Tage, Stunden zu gewinnen und die italienische Kriegserklärung bis zu dem Zeitpunkt hinauszuschieben, in dem wir über die genügende Kraft verfügen konnten, um den italienischen Angriff aufzuhalten. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lärm links.)

Geehrtes Haus! Schon auf Grund dieses einen Beispiels darf ich vielleicht mit einigem Recht dem geehrten Hause und der ganzen öffentlichen Meinung sagen: möge Jedermann mit seinen Urtheilen in diesen Fragen zurückhalten, bis die Möglichkeit eintritt, sie auf Grund des audiatur et altera pars vor der großen Oeffentlichkeit zu diskutieren und zu bereinigen. Die Herren Abgeordneten sagen, dazu sei die Delegation da. Ich bitte um Entschuldigung, im gegenwärtigen Augenblick wäre dazu auch die Delegation nicht geeignet, denn nicht einmal in den Ausschüssen der Delegation darf man derzeit mit diesen Fragen bis zu den Grenzen gehen, die nothwendig wären zur Durchspruchung der Fragen.

Stephan Rakobáň (dazwischenrufend): So schaffen wir doch die Delegation ab. (Lärm. Hört! Hört! rechts.)

Ministerpräsident Graf Stephan Tíša (fortfahrend): Die Herren wissen sehr gut, daß das Hinderniß der Einberufung der Delegationen in einem andern Umstand, in dem Stillliegen des parlamentarischen Lebens in Oesterreich, liegt.

Und wenn der Herr Abgeordnete Rakobáň sagte, die Einberufung der Delegation sei ja durch ein ungarisches Gesetz angeordnet, so konstatire ich dem gegenüber, daß die ungarische Delegation einseitig nicht einberufen werden kann, sondern in Zeiten, in denen die ungarische Delegation nicht fungiren kann, übt bei der Natur der Sache das ungarische Parlament die Rechte aus, die der Gesetzentwurf XII: 1867, wenn ich so sagen darf: unter Voraussetzung der Reziprozität, unter der Voraussetzung, daß dieser Apparat auch in Oesterreich wirken kann, den Delegationen übertragen hat.

Im gegenwärtigen Augenblick kann es aber nicht meine Aufgabe sein, mich über die Dinge in Oesterreich zu äußern. Bloss ein Moment will ich hervorheben. Geehrtes Haus! Wer die österreichischen Verhältnisse auch nur mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt, die Entwicklung des Verfassungslebens in Oesterreich beobachtet hat, kann wissen, daß die Funktionsfähigkeit des

österreichischen Verfassungsapparates nicht erst seit dem Bestande der gegenwärtigen Regierung, sondern seit viel längerer Zeit mit Anomalien zu kämpfen hatte, die auch schon in Friedenszeiten schwere Gefahren in sich schlossen, die aber vollends unter den Erschütterungen des großen Weltkrieges mit den verhängnisvollsten Folgen hätten einhergehen können. Jeder Ungar kann bloß wünschen, daß ein in jeder Hinsicht aktionsfähiges, kräftiges Parlament an der Spitze des öffentlichen Lebens in Oesterreich stehe. Auch uns berührt die Lage schmerzlich. Wir hoffen und wünschen, daß die Besserung thunlichst bald eintreten möchte, aber, ich bitte um Entschuldigung, ich sehe das größte Unrecht darin, wenn für chronische, auf Jahrzehnte zurückreichende Uebelstände die heutige österreichische Regierung, oder der heute an der Spitze der österreichischen Regierung stehende Staatsmann verantwortlich gemacht wird.

Und nun habe ich nur noch gegen die Beschuldigung zu protestiren, als ob unsere auswärtige Politik nicht aufrichtig gewesen wäre. Diese Beschuldigung entbehrt auch nur des geringfügigsten Scheines der Berechtigung. Im Uebrigen meine ich, daß es ja heute durchaus unmöglich ist, sich ein Urtheil über diese Politik zu bilden. Die Herren Abgeordneten können mir es glauben: Niemand wird sich mehr freuen als ich, wenn einmal die Zeit gekommen sein wird, um die Lage ganz aufdecken, um dafür einzusehen zu können, was die ungarische Regierung und der mit ihr solidarische Minister des Aeußeren inmitten der Ereignisse dieses Weltkrieges gethan oder unterlassen haben, und um dann diese ganze Politik dem Richterspruche der reiflos aufgeklärten öffentlichen Meinung unterbreiten zu können. Heute ist uns dies nicht möglich. Heute müssen wir auch das, Gewehr bei Fuß, über uns ergehen lassen, daß die Herren Abgeordneten in hingeworfenen Andeutungen schwere Beschuldigungen auf die Regierung werfen. Erhabenen Hauptes müssen wir den Weg der Erfüllung jener schweren Pflichten weiter beschreiten, die die gegenwärtige Lage jenen auferlegt, die augenblicklich die Verantwortung für die Leitung der Angelegenheiten des ungarischen Staates tragen.

Wir haben diese Verantwortung getragen und werden sie tragen in dem Bewußtsein, daß wir in schweren Zeiten im Dienste der bedrohten Lebensinteressen der Nation zur Verteidigung unserer Interessen alles Mögliche gethan haben, und im bleibenden, innigen, unerschütterlichen Bündnißverhältniß mit unseren Bundesgenossen und in erster Reihe mit dem Deutschen Reich werden wir auch den Aufgaben der Zukunft ins Auge blicken. (Lebhafte Ehrenrufe rechts.) An die Herren Abgeordneten aber richte ich bloß die Bitte: wenn sie in den Fragen der auswärtigen Politik sich auf das Gebiet der öffentlichen Kritik begeben, so möchten sie die patriotischen Absichten, denen sie auch heute Ausdruck gaben, keinen Augenblick lang aus dem Auge verlieren. Mögen sie nie vergessen, daß die Haltung, die die Herren Abgeordneten seit Kriegsbeginn im Parlament bekundet haben, eine der werthvollsten Kraftquellen dieser kleinen ungarischen Nation gewesen ist, und mögen sie die Nation nicht um diese Kraftquelle bringen! (Lebhafte Ehrenrufe und Applaus rechts.)

Graf Julius Andrášy: Geehrtes Haus! Ich möchte mich auf eine einzige Bemerkung beschränken. Der Herr Ministerpräsident sagte, ich hätte hinsichtlich der italienischen Politik beanstandet, daß in der letzten Phase Verhandlungen, die für uns demütigend waren, gepflogen worden sind. Aber ich stelle fest, daß meine Kritik sich auf Anderes bezogen hat. Ich habe jene italienische Politik getadelte, die den Frieden nicht zu sichern vermochte und sich dennoch gedemüthigt hat. Das war meine Beschuldigung und ihr gegenüber hat der Herr Ministerpräsident eine Widerlegung gar nicht versucht.

Ministerpräsident Graf Stephan Tíša: Auf diese Erklärung des Herrn Abgeordneten möchte ich heute, im nachträglichen, völlig klaren Lichte der Ereignisse nur eine Bemerkung machen, die, daß Jedermann im Klaren darüber sein kann, daß es unmöglich gewesen wäre, den Frieden zu sichern, und daß, wenn wir diese entgegenkommenden Schritte unterlassen hätten, der italienische Angriff in beiden Fällen zu früherer Zeit über uns hereingebrochen wäre, als in dem Zeitpunkte, in dem wir ihn abzuweisen vermochten. (So ist es! rechts. Bewegung und Lärm links.)

Stephan Rakobáň: Der Herr Ministerpräsident hat meine Beschuldigung gegen die auswärtige Regierung zurückgewiesen, in der ich dieser den Vorwurf des Mangels an Aufrichtigkeit gemacht habe. Demgegenüber berufe ich mich auf den Herrn Ministerpräsidenten selbst, der eben erst vor einigen Augenblicken die Aufrichtigkeit des Ministeriums des Aeußeren beleuchtet hat; indem er sagte, daß unsere Verhandlungen mit der italienischen Regierung bloß den Zweck hatten, den Kriegsausbruch hinauszuschieben. (Zustimmung und Heiterkeit links. Widerspruch rechts.)

Präsident Paul Bedöly suspendirt die Sitzung auf fünf Minuten.

### Die Detailberathung der Steuervorlagen.

Vizepräsident Elemér Simontsits erklärt nach Ablauf der Pause die Sitzung für wiedereröffnet.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Detailberathung der Steuervorlagen.

Ernst Brody bespricht die auf die Einkommensteuer bezughabenden Bestimmungen und beantragt zu §. 1 eine Modifikation, wonach das Gesetz nur zwei Jahre hindurch Gültigkeit haben solle.

Béla Mezöffy erörtert gleichfalls die von der Einkommensteuer handelnden Bestimmungen und bemerkt, es sei bedenklich, Steuergesetze zu schaffen in einer Zeit, wo die Steuerzahler alle ihre privaten, gesellschaftlichen, beruflichen Angelegenheiten im Stiche gelassen haben, um für das Vaterland Gut und Blut zu opfern. Der Krieg werde auf allen Gebieten so ungeheuerliche Veränderungen bringen, daß derzeit einem Gesetze banernd bindende Kraft überhaupt nicht gegeben werden könne. Redner schließt sich dem Beschlußantrag Ernst Brody's an.

Béla Földes verholmet sich den Wunsch der Opposition, wonach die Einkommensteuer kontingentirt werden möge.

Wilhelm Bázsonyi verwahrt sich dagegen, daß ihn bei der Verteidigung der Interessen der Städte irgend welches Klasseninteresse geleitet hätte. Einkommen- und Vermögenssteuer — sagt Redner — können nicht in Zusammenhang gebracht werden. In der Einkommensteuer fällt eben den Besitzlosen die führende Rolle zu, diese verlegen in erster Reihe ihr Blut. Redner wendet sich sodann gegen die Anschuldigungen des Abgeordneten Géza Polonyi, welche er zurückweist. Er schließt sich dem Beschlußantrag Béla Földes' an.

Vizepräsident Elemér Simontsits unterbricht die Sitzung um 2 Uhr Nachmittags, indem er die Wiedereröffnung derselben auf 4 Uhr Nachmittags anberaunt.

### Die Nachmittagsitzung.

Vizepräsident Karl Szék erklärt um 4 Uhr 15 Minuten die Sitzung für wiedereröffnet.

Stephan Szabó (Raghatáb) tritt bei §. 1 für eine staatliche Unterstützung der Gemeinden ein. In den das Kontingent überschreitenden Einnahmen werde sich hierfür reichlich Dedung finden. Er unterbreitet eine diesbezügliche Modifikation.

Mos Bizony begründet es, warum in dem Beschlußantrag der Opposition der Gemeinden keine Erwähnung geschah. Er beantragt, daß von der Vermögenssteuer ganz abgesehen und die bezügliche Steuer im Rahmen der Einkommensteuer eingehoben werde.

Die Debatte wird unterbrochen. Nach Feststellung der Tagesordnung für die morgige Sitzung (die heutige Tagesordnung) geht das Haus zu den Interpellationen über.

Handelsminister Baron Székely beantwortet die Interpellation Matta's in Angelegenheit des Rohöls. Die Sache sei zum großen Theile schon überwundener Standpunkt, denn wohl stand die Sache so, daß von der galizischen Produktion Ungarn nur 20 Prozent, Oesterreich und Deutschland aber je 40 Prozent erhalten, welches Verhältniß auch dem tatsächlichen Konsum in Friedenszeiten entsprochen hat. Inzwischen habe sich aber das Verhältniß wesentlich geändert und der ungarische Bedarf an Rohöl könne als vollständig gesichert betrachtet werden. Redner bittet, seine Antwort zur Kenntniß zu nehmen.

Arpád Matta nimmt die Antwort zur Kenntniß. Das Haus nimmt die Antwort zur Kenntniß.

### Angriffe gegen die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft.

Andreas Ráth richtet an die Gesamtregierung eine Interpellation in Angelegenheit der Organisation und Thätigkeit der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft und der verschiedenen Centralen. Der Interpellant wirft die Frage auf, ob die Gründung der Gesellschaft überhaupt nothwendig gewesen sei und ob nicht bessere Resultate durch eine energische und zielbewusste Politik der Regierung zu erreichen gewesen wären. Er bezweifelt den altruistischen Charakter der Gesellschaft, meint, daß die Beamten dieser Gesellschaft übermäßig hohe Gehälter beziehen und erklärt, daß trotz des Bestandes dieser Institution große Getreidevorräthe im Lande verborgen gehalten wurden und noch verborgen gehalten werden. Wo bleibt da die Kriegsprodukten-Gesellschaft? Weshalb veröffentlicht sie keine regelmäßigen Ausweise und Berichte über ihre Thätigkeit? Der Interpellant spricht sodann über die verschiedenen Centralen, die während des Krieges entstanden sind und gibt der Ansicht Ausdruck, daß diese Centralen in keiner Weise den an sie geknüpften Hoffnungen und Erwartungen entsprechen. Die Centralen erachten es als ihre wichtigste Aufgabe, die Preise zu maximalisiren, womit ihre ganze Thätigkeit erschöpft ist. Er beantragt die Entsendung einer parlamentarischen Kommission zur Kontrolle der Centralen. Er will den Gerichten, die besagen, daß die Zahl der in den Diensten der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft und der Centralen stehenden Beamten deshalb eine so große ist, damit diese vom Militärdienst entbunden werden, keinen Glauben schenken, regt aber die Idee an, daß eine genaue Namensliste der in den Diensten der Gesellschaft und der Centralen stehenden, vom Militärdienst entbundenen Beamten dem Abgeordnetenhaus behufs Vornahme einer Kontrolle unterbreitet werde.

Um 7 Uhr Abends hatte der Interpellant seine zweifelhafte Rede, während welcher sich die Reihen der Nationalen Arbeitspartei lütheten, beendet.

Ministerpräsident Graf Tíša erklärt, er wolle auf diese Interpellation jetzt nicht antworten, weil er